

Walter Reese-Schäfer (Hrsg.)

# Identität und Interesse

Der Diskurs  
der Identitätsforschung

Walter Reese-Schäfer (Hrsg.)  
Identität und Interesse

Walter Reese-Schäfer (Hrsg.)

# Identität und Interesse

Der Diskurs der Identitätsforschung

Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH 1999

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

**Identität und Interesse** : der Diskurs der Identitätsforschung / Walter Reese-Schäfer  
(Hrsg.).

ISBN 978-3-8100-2481-7

ISBN 978-3-663-10324-0 (eBook)

DOI 10.1007/978-3-663-10324-0

© 1999 Springer Fachmedien Wiesbaden

Ursprünglich erschienen bei Leske + Budrich, Opladen 1999

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

# Inhalt

<i>Walter Reese-Schäfer</i> Einleitung: Identität und Interesse .....	7
<i>Micha Brumlik</i> Selbstachtung und nationale Kultur. Zur politischen Ethik multikultureller Gesellschaften .....	45
<i>Peter Lohauß</i> Widersprüche der Identitätspolitik in der demokratischen Gesellschaft .....	65
<i>M. Rainer Lepsius</i> Bildet sich eine kulturelle Identität in der europäischen Gemeinschaft? .....	91
<i>Wolf-Dieter Narr</i> Identität als (globale) Gefahr. Zum Unwesen eines leeren Wesensbegriffs und seinen angestrebten Befindlichkeiten .....	101
<i>Peter Schmitt-Egner</i> Regionale Identität, transnationaler Regionalismus und europäische Kompetenz. Theoretische, methodische und normative Überlegungen zum Verhältnis von regionaler und europäischer Identität .....	129
<i>Gabriele Mordt</i> Politische Mobilisierung und die Identifikation von Interesse. Das Beispiel Lega Nord .....	159
<i>Wolfgang Bergem</i> Kultur als Identitätsgenerator in ostdeutschen Regionen. Zum Verhältnis von Integration und Differenz im vereinten Deutschland .....	181

*Suzanne Bleier*

Identitätsmarketing in künstlichen Gebilden: Die Fälle  
Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt ..... 205

*Michael Hennes*

Vom DM-Nationalismus zum EuroPAYismus? ..... 231

*Christoph Weller*

Kollektive Identitäten in der internationalen Politik. Anmerkungen  
zur Konzeptualisierung eines modischen Begriffs ..... 249

*Harald Welzer*

Moralische Mörder? Einige Überlegungen zu den moralischen  
Selbstbildern von Holocaust-Tätern ..... 279

Die Autorinnen und Autoren ..... 294

# Einleitung: Identität und Interesse

*Walter Reese-Schäfer*

Der Begriff des Interesses gehört neben Konflikt, Macht, Legitimation, Herrschaft und Gewalt zu den wichtigsten handwerklich eingesetzten Begriffen der Politikwissenschaft.<sup>1</sup> In den Sozialwissenschaften herrscht immer noch ein beinahe naiv zu nennendes Zutrauen in die analytische Kraft des Interesses vor, während sich die Ökonomen meist auf Präferenzen zurückziehen, die nicht mehr wie noch das Interesse dem Rationalitätsvorbehalt unterliegen.<sup>2</sup>

Identität dagegen gilt als schillernde, problematische, gefährliche und deshalb möglichst zu dekonstruierende Kategorie. In etwa achtzig Prozent der einschlägigen Literatur wird sehr viel Raum auf den Nachweis verwendet, daß Identität, sei es die nationale, die personale, die geschlechtliche oder die soziale, immer Produkt einer gesellschaftlichen Konstruktion sei. Sie könne also weder als essentiell noch als substantiell angesehen werden. Gerade in seiner ermüdenden Wiederholung bis hin in jede Seminararbeit und Dissertation wird dieser Antiessentialismus als argumentativ trivial erkennbar: denn er folgt aus der Definition, nicht aus der Beobachtung, und er kann dementsprechend wenig damit anfangen, wenn die irgendwann einmal auf die künstlichste Weise konstruierten ethnischen oder nationalen Identitäten plötzlich als soziale Tatsachen manifeste Wirkungen entfalten. Es hilft nicht besonders viel, den ethnischen Kurden darüber aufzuklären, daß seine Identitätsvorstellung nur Produkt einer Konstruktion sei. Zweifellos ist jede soziale Tatsache Ergebnis einer sozialen Konstruktion von Wirklichkeit – sie verliert dadurch aber nicht ihre Tatsächlichkeit. Diese Tatsächlichkeit hat einen Doppelcharakter. Der eine ist die eigene individuelle, oft sozialisationsmäßig und lebensgeschichtlich vorgeprägte Entscheidung, für sich selbst eine bestimmte Identitätsform anzunehmen, sich also in einem wichtigen

---

1 Massing, Peter: Interesse – Ein Schlüsselbegriff der Politikwissenschaft, in: Politische Bildung, 26. Jg. 1993, H. 2, S. 5-21, hier S. 5.

2 aber auch hier ist die Selbstkritik fundamentaler als jede Kritik von außen, vgl. March, James G.: Beschränkte Rationalität, Ungewißheit und die Technik der Auswahl, in ders. (Hg.), Entscheidung und Organisation. Kritische und konstruktive Beiträge, Entwicklungen und Perspektiven, Wiesbaden 1990, S. 297-328.

Aspekt der eigenen Persönlichkeit als Franzose, Brite, Homosexueller oder Landwirt zu verstehen. Soziale Tatsachen haben aber die vertrackte Eigenschaft, nicht bloß und in erster Linie auf eigenen Entscheidungen zu beruhen, sondern vielmehr Zuschreibungen anderer zu sein, gegen die nur sehr selten und nur in sehr liberalen Kontexten eine erfolgreiche Gegenwehr möglich ist. Identität ist von Erving Goffman durchaus zu Recht als „*Stigma*“ beschrieben worden.<sup>3</sup> Man wird von anderen als Deutscher identifiziert, selbst dann, wenn man jedes Abstammungsrecht weit von sich weist. Sogar assimilierte und zu einer der christlichen Konfessionen übergetretene Juden hatten im 19. Jahrhundert wenig Aussichten, einen Lehrstuhl oder andere Stellen zu bekommen, weil oft heimlich und mit intriganter Diskretion ihre jüdische Herkunft kommuniziert und wahrgenommen wurde. Man spürt, wie Emile Durkheim es pointiert formuliert hat, die Zwangsgewalt der sozialen Tatsachen „an dem Widerstand, den sie einem entgegensetzen.“<sup>4</sup>

Identität und Interesse sind miteinander auf seltsame Art verwoben. Ein bestimmtes Interesse kann sich nur derjenige zuschreiben, der sich in einer bestimmten Weise identifiziert. Jacques Chiracs Formel, das Interesse der französischen Landwirte sei das Interesse Frankreichs, ist eine typische derartige Identifizierung, die darauf zielt, auch diejenigen, die als Städter dafür nur höhere Lebensmittelpreise und höhere Abgaben zahlen müssen, in den Prozeß der Legitimation einzubeziehen. Jemand, der sich in erster Linie als Städter oder als Europäer identifizieren würde, wird sich dieser Vereinnahmung nicht anschließen können, nicht einmal dann, wenn er eine starke Identifikation mit den nationalen Interessen Frankreichs als konstitutiv für seine Persönlichkeit ansehen würde. Damit ergibt sich die Frage, ob nicht die eigene Identitätskonzeption der Interessendefinition vorgelagert ist, oder, ob umgekehrt das Interesse die Identität bestimmt.

Im Folgenden sollen zunächst die beiden Begriffe in ihrer Bedeutung und Genealogie entwickelt werden, um dann ihr komplexes Verhältnis zueinander an zwei Kernfragen der gegenwärtigen Diskussion zu explizieren.

## 1. Interesse

Der Begriff des Interesses ist im 16. Jahrhundert aufgekommen und hat im Denken der Aufklärung seine heutige Werkzeugfunktion erhalten. „Seit er gegen Ende des 16. Jahrhunderts in mehreren europäischen Ländern als im wesentlichen sinngleiche Ableitung aus dem Lateinischen (*inter esse*, *interêt*, etc.) breite Verwendung fand, steht der Begriff für die auf dem Selbsterhal-

---

3 Goffman, Erving: *Stigma. Über Techniken der Bewältigung beschädigter Identität*, Frankfurt 13. Aufl. 1998.

4 Durkheim, Emile: *Die Regeln der soziologischen Methode*, Frankfurt 1984, S. 106

tungstrieb basierenden grundlegenden Kräfte, die das Handeln von Fürsten oder Staaten, von Individuen und später auch von Gruppen, deren Mitglieder eine ähnliche soziale oder ökonomische Stellung einnehmen (Klassen, Interessengruppen), motivieren oder motivieren sollen.<sup>5</sup>

Die Möglichkeit der Rückführung auf das rationale Selbstinteresse macht den aufklärerischen Kern dieses Begriffes aus. Dies war entscheidend auch für die „Entstehung der Vorstellung eines interessenorientiert handelnden Fürsten im 16. und 17. Jahrhundert.“<sup>6</sup> Auf die diplomatischen Äußerungen des Verhandlungspartners ist naturgemäß kein Verlaß, wohl aber auf jene Ebene hinter dem Gesagten, die man aus der Beobachtung und Analyse, also aus externen Kriterien jenseits des bloßen Behauptens erschließen kann. Hier gilt die *Maxime* der Moralisten: man sollte sich nicht auf das verlassen, was jemand sagt, wohl aber auf dessen niedere Motive. Die enge Verbindung zur Staatsräson ist unübersehbar. In ihrer „empirischen Aufdringlichkeit“<sup>7</sup> gelten die Interessen als die Realbasis hinter dem Gerede der Verstellung. Aufklärung bestand darin, diese Oberfläche durchschauen zu können.

Man konnte zudem in den Interessen des Souveräns ein Gegengewicht sehen zu den ungezügelten und zerstörerischen Leidenschaften, der Ruhmsucht und der Religionskriege.<sup>8</sup> Die zweite Bedeutung von Aufklärung im Sinne einer Zivilisierung und Rationalisierung des Handelns konnte hier durchaus auch dazu dienen, die Interessenlehre nicht nur als *Maxime* des Eigennutzes zu verstehen, sondern in diesem Eigennutz auch ein Moment der Berechenbarkeit, der Stabilität und damit des Friedens zu sehen. Das geht hin bis zu Bismarcks Unterscheidung legitimer Interessenpolitik von arroganter Machtpolitik.<sup>9</sup>

Bei den amerikanischen Verfassungsvätern hatte der Interessenbegriff wohl das allerhöchste Ansehen. Man hielt „eine Welt, in der die Menschen nur noch ihre Privatinteressen verfolgen, für wesentlich kalkulierbarer und deshalb auch besser regierbar als eine solche, in der die Bürger um Ruhm und Ehre wetteifern. Darin sah man einen Vorteil, der – ganz abgesehen von der Vorstellung, daß freiwillige Tauschgeschäfte notwendigerweise zu beiderseitigem Nutzen dienen müssen – ausnahmslos allen zugute komme.“<sup>10</sup>

---

5 Hirschman, Albert: Der Begriff des Interesses. Von der Beschönigung zur Tautologie, in ders., *Entwicklung, Markt, Moral. Abweichende Betrachtungen*, Frankfurt 1993, S. 132-149, hier S. 132.

6 ebenda S. 133.

7 Mittelstraß, Jürgen: Über Interessen, in ders. (Hg.), *Methodologische Probleme einer normativ-kritischen Gesellschaftstheorie*, Frankfurt 1975, S. 126.

8 vgl. hierzu vor allem die Artikel von Ernst Wolfgang Orth und Reinhart Koselleck in *Geschichtliche Grundbegriffe, Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Hg. Otto Brunner, Werner Conze, Reinhart Koselleck, 3. Bd. München 1982, S. 305-365.

9 vgl. Koselleck, ebenda S. 349, Hirschman, ebenda S. 135.

10 Hirschman, a.a.o. S. 139.

Einige Autoren sahen einen notwendigen Zusammenhang zwischen Handel und zivilisierter Gesellschaft, und nannten die mit dem Handel verbundenen feineren und liebenswürdigeren Umgangsformen den „doux commerce.“<sup>11</sup>

Aber eine erweiterte Verwendungsweise des Interessenbegriffs ist schon zur gleichen Zeit erkennbar. Ein charakteristisches Dokument aufklärerischer interessenorientierter Analyse ist Schillers „Geschichte des dreißigjährigen Krieges“ (veröffentlicht 1791-93). Dieser Text ist voll von Passagen, in denen die öffentliche Präsentation konterkariert wird mit den wahren, aus dem Interesse erschlossenen Absichten des Redenden. Vor allem aber die Grundkonstellation des Krieges und seine verheerende Breitenwirkung wird aus einer Überkreuzung der Interessen abgeleitet. „Für den Staat, für das Interesse des Fürsten würden sich wenig freiwillige Arme bewaffnet haben; für die Religion griff der Kaufmann, der Künstler, der Landbauer freudig zum Gewehr.“<sup>12</sup> Die breiten Schichten konnten damals nur durch das „Religionsinteresse“ für den Krieg mobilisiert werden, durch die Furcht vor der spanischen Inquisition und vor Bartholomäusnächten. Viele protestantische Fürsten dagegen wurden durch das mächtige Motiv der Besitznehmung geistlicher Stifte und durch die Behauptung der eigenen Rechte gegenüber der Machtpolitik des Hauses Habsburg angetrieben.<sup>13</sup> „Hätte nicht der Privatvorteil, nicht das Staatsinteresse sich schnell damit vereinigt, nie würde die Stimme der Theologen und des Volkes so bereitwillige Fürsten, die neue Lehre so zahlreiche, so tapfre, so beharrliche Verfechter gefunden haben.“<sup>14</sup>

Schiller hat das Religionsinteresse letztlich durchaus positiv gesehen. Kurz vor den Europa umwälzenden Revolutionskriegen kam er zu dem Schluß, daß trotz der dreihunderttausend Toten und trotz der Kulturzerstörung in Deutschland doch festzuhalten sei, daß Europa am Schluß dieses Krieges ununterdrückt geblieben sei, sich erstmals als zusammenhängende Staatengesellschaft erkannt habe, daß die wirtschaftlichen Kriegsfolgen erfolgreich beseitigt worden seien, aber als politische Folge ein Weltbürgertum und eine allgemeine Staatensympathie übriggeblieben sei.<sup>15</sup> Heute wird der Interessenbegriff gerne ausschließlich mit dem Eigeninteresse gleichgesetzt<sup>16</sup> -- der Begriff ist aber immer auf die zugrundeliegende Einheit, das zugrundeliegende System bezogen, so daß sich je nach Selbstdefinition und interner Vorrangordnung der Relevanzen Privat-, Religions- und Staatsinteresse vermengen oder bekämpfen können.

Der seltsame und nicht besonders gut begründete Glaube, daß die Interferenz divergenter Interessenstrukturen in letzter Instanz ein positiv zu bewertendes Ergebnis hervorbringt, scheint ein Grundmotiv der Interessenlehre

11 Hirschman, ebenda 140.

12 Schiller, Friedrich: Geschichte des Dreißigjährigen Krieges, Zürich 1985, S. 37.

13 ebenda S. 47.

14 ebenda S. 31.

15 ebenda S. 30f.

16 z.B. bei Hondrich, Karl Otto: Lehrmeister Krieg. Reinbek 1992, S. 49.

zu sein. „So hatte schon Hobbes die absolute Monarchie damit gerechtfertigt, daß diese Regierungsform die ‚Interessenidentität‘ von Herrscher und Beherrschten herstelle; und den Vertretern der Schottischen Aufklärung schießen die Interessen der britischen Gesellschaft mit denen des Mittelstandes identisch; später wurde die Identität der Interessen einer Klasse mit denen der Gesellschaft zu einem Eckpfeiler des Marxismus, wobei diesmal natürlich das Proletariat an die Stelle der bürgerlichen Mittelschicht trat; und schließlich kehrte die pluralistische Schule der amerikanischen Politikwissenschaft zu der Smithschen Vorstellung von einer Harmonie zwischen Eigeninteressen und Allgemeininteresse zurück, indem sie Smiths ökonomische Individuen durch konkurrierende politische ‚Interessengruppen‘ ersetzte.“<sup>17</sup>

Das gemeinsame Moment aller dieser Interessenlehren ist die Verbindung eines an die Klarsicht und den Durchblick des Lesers appellierenden Realismus, demzufolge wir die Menschen sehen müssen, wie sie wirklich sind, mit dem für die Aufklärung ebenso charakteristischen Utopismus, daß dabei letzten Endes doch irgendetwas Gutes herauskommen wird. Albert Hirschman nennt das eine Mischung aus paradoxen Einsichten und Alchimie.

Die Faszination für den Interessenbegriff im 17. und 18. Jahrhundert ist wohl in dieser Amalgamierung von Durchblick und Hoffnung, von kühler Rationalität und unerklärlicher Harmonie begründet. Helvétius sah im Interessenbegriff den Schlüssel zu allen Erscheinungen der sozialen Welt: „So wie die Welt der Physik von den Gesetzen der Bewegung, wird das moralische Universum von den Gesetzen des Interesses bestimmt.“<sup>18</sup> Für Adam Smith ist Selbstinteresse die lebenslange, ruhige und leidenschaftslose Handlungsdisposition des Menschen, die von Habsucht und Habgier strikt unterschieden werden muß.<sup>19</sup>

Der Interessenbegriff stieß naturgemäß auf die eher romantische Kritik, daß damit die Buchhalter und Kalkulatoren die Oberhand gewannen. Man findet das in Goethes Werther oder bei Thomas Carlyle. In eine ernsthafte Bedrängnis geriet der Begriff aber erst, nachdem James Mill ihn in seinem „Essay on Government“ (1820) zu einem Grundbegriff seiner Theorie der Politik zu machen versuchte, die auf dem rationalen Eigeninteresse begründet war. Das neue Paradigma des ökonomischen Denkens sollte benutzt werden, nun konsequent auch andere Aspekte des sozialen Lebens zu erklären. Entscheidend ist hier Macaulays Angriff im Edinburgh Review, der in heutigen Mill-Ausgaben üblicherweise zusammen mit der Antwort Mills im Anhang abgedruckt wird.<sup>20</sup> Macaulay kommt zu dem Fundamenteinwand, es sei eine Trivialität zu sagen, Menschen würden immer aus Eigeninteresse handeln,

17 Hirschman, a.a.O. S. 141.

18 Helvétius, *De l'esprit, Œuvres complètes*, T. 2, 21f. zit nach *Geschichtliche Grundbegriffe*, Bd. 3, a.a.O. S. 332.

19 *Geschichtliche Grundbegriffe*, ebenda S. 336.

20 Mill, James: *Political Writings*, Hg. Terence Ball, Cambridge u.a. 1992, Appendix: Macaulay vs. Mill, S. 269-314.

weil in dem Augenblick, in dem man versucht, dies zu explizieren, nichts anderes herauskommt als daß Menschen, wenn sie können, tun, was sie tun wollen. „Wenn wir die Handlungen eines Menschen sehen, wissen wir mit Sicherheit, was er für seine Interessen hält. Aber es ist unmöglich, mit Sicherheit von dem, was wir für sein Interesse halten, auf seine Handlungen zu schließen. Der eine verzichtet auf ein Abendessen, um seinen hunderttausend Pfund einen Schilling hinzuzufügen, der andere macht Schulden, um Feste und Maskenbälle zu geben. (...) Beide handeln ohne Zweifel aus Selbstinteresse. Aber wir gewinnen nichts daraus, dies zu wissen, außer der Freude, wenn es denn eine ist, nutzlose Worte zu vervielfältigen. In Wirklichkeit ist dieses Prinzip genauso dunkel und genauso wichtig wie die große Wahrheit, daß, was immer ist, ist.“<sup>21</sup>

Diese Kritik, der Interessebegriff sei im Kern tautologisch, wird bis heute in den vielfältigsten Variationen wiederholt. Innere Differenzierungen im Interessenbegriff wurden deshalb notwendig. Das wohlverstandene und langfristige Eigeninteresse wurde gegen kurzfristige Interessenwahrnehmungen gesetzt, das wahre Klasseninteresse des Proletariats gegen dessen falsches Bewußtsein. In beiden Fällen beschrieb der Interessebegriff aber nicht mehr eine Realdisposition, sondern enthielt eine normative Forderung. Durch die Einführung dieser Differenzierung verlor der Begriff also seinen realistischen Charme und seine analytische Durchschlagskraft, denn die Diskussionen, wie das wahre oder wohlverstandene Interesse bestimmt werden konnte, mußten naturgemäß endlos werden.

Eine zweite Linie der Auflösung des anfänglich klar erscheinenden Interessenbegriffs bestand gerade in seiner Reduktion auf den Faktor des materiellen Nutzens und Reichtums. Albert Hirschman macht darauf aufmerksam, daß dann auch die leidenschaftlichste Jagd nach Reichtum als interessenorientiert angesehen werden kann, also die Unterscheidung zwischen rationaler Interessenverfolgung und irrationaler Leidenschaftlichkeit sich auflöst. Wenn der Gelderwerb ein für allemal mit dem Interessebegriff gleichgesetzt wird, dann kann man auch die irrationalsten damit verbundenen Tätigkeiten als interessenmotiviert betrachten. „So deckten die Interessen praktisch bald die ganze Bandbreite menschlichen Handelns ab, vom durchweg eigennützigem bis zum aufopfernd altruistischen und vom klug berechnenden bis zum leidenschaftlich besessenen. Hinter allem was die Leute taten oder zu tun gedachten, lugte schließlich das Interesse hervor (...)“<sup>22</sup>.

Inzwischen sind selbst die rationalen Entscheidungstheorien unter Beschuß geraten. In seinem berühmten Aufsatz „*Rational Fools*“ argumentierte Amartya Sen, daß Sympathie für andere Menschen und Bindung an ein Prinzip zwei Abweichungen vom Selbstinteresse hervorbringen. Beide Bindungen schaffen eine gegenpräferentielle Wahl, d.h. sie lassen eine Lücke auf-

---

21 Macaulay, ebenda S. 299.

22 Hirschman, a.a.O. S. 146f.

treten zwischen persönlicher Entscheidung und persönlicher Wohlfahrt, welche von der traditionellen ökonomischen Theorie üblicherweise gleichgesetzt werden.<sup>23</sup>

Diese Kritik ist von Amitai Etzioni in drei Punkten noch weiter zuge-  
spitzt worden. *Erstens* mit seinem Verständnis deontologischer, also von einer Ethik der Pflicht geleiteten Motivationen als kausaler Handlungsursachen: „So sparen Menschen zum Beispiel nicht nur, um im Alter konsumieren zu können, sondern auch, weil sie glauben, daß es ungehörig ist, vom Staat oder ihren Kindern abhängig zu werden. Und die Leute zahlen Steuern nicht nur, weil sie die Strafen fürchten, sondern auch, weil sie ihre Regierung als eine legitime Institution betrachten.“<sup>24</sup> Der *zweite* Einwand lautet, „daß die Menschen ihre Vorgangsweise in erster Linie aufgrund von Emotionen und Werturteilen wählen und erst in zweiter Linie aufgrund logisch-empirischer Überlegungen. (...) Kurz gesagt, die Menschen treffen im allgemeinen keine rationalen Entscheidungen.“<sup>25</sup> *Drittens* erhebt er den Einwand, daß die realen Akteure nur selten die Individuen sind, die eigenständige Entscheidungen treffen, sondern daß die Menschen durchweg Teile sozialer Kollektive sind, von denen die Individualentscheidungen präformiert werden. Wenn einmal tatsächlich freie, ungebundene, rational entscheidende Individuen vorkommen, dann nur in solchen Gemeinschaften, die ihnen genau dazu den entsprechenden psychischen und sozialen Rückhalt geben.<sup>26</sup> Sozialgebilde sind nicht bloße Aggregationen von Individualentscheidungen, sondern vielmehr Organisationsformen mit eigenen Strukturen, die den Rahmen solcher Entscheidungen vorgeben.

Etzioni behauptet also, daß Menschen realiter durchweg von einem Grundgefühl gemeinsamer Identität ausgehen und zugleich deontologische Verpflichtungen gegenüber gemeinsamen Wertvorstellungen haben. Werte werden damit keineswegs nur aus rational zielgerichteter Konformität akzeptiert, sondern wenigstens teilweise internalisiert. Das Individualinteressenparadigma ist in dieser sozioökonomischen Sicht „unsozialisiert“.<sup>27</sup> Oder, ironisch: Die Ökonomie lehrt, wie man wählt, während die Soziologie zeigt, daß wir keine Wahl haben.<sup>28</sup>

---

23 Sen, Amartya: Rational Fools: A Critique of the Behavioural Foundations of Economic Theory, in ders., Choice, Welfare and Measurement. Oxford: Basil Blackwell 1982, 2. Aufl. 1998. S. 84-108. Vgl. auch Mansbridge, Jane: Self-Interest in Political Life, in: Political Theory, Vol. 18, 1990, Nr. 1, S. 132-153.

24 Etzioni, Amitai: Die faire Gesellschaft. Jenseits von Sozialismus und Kapitalismus (zuerst als The Moral Dimension. Towards a New Economics, New York 1988), Frankfurt 1996, S. 14.

25 ebenda.

26 ebenda S. 15.

27 ebenda S. 29. Vgl. zu „undersocialized“ und „oversocialized“ den bekannten Aufsatz von Wrong, Dennis: The Oversocialized Concept of Man in Modern Sociology. American Sociological Review, Vol. 26, 1961, Nr. 2, S. 183-193.

28 ebenda S. 31.

Interessen galten in den Sozialwissenschaften traditionell „als ein empirisch gegebenes Faktum, als ein Basisphänomen sozialer Wirklichkeit“ und in diesem Sinne als zentraler theoriebildender Begriff.<sup>29</sup> Der hier komprimiert vorgetragene Blick auf die Genealogie des Begriffs macht aber schon deutlich, daß er nur selten genau zu definieren war und daß derartigen Definitionen, wie Jürgen Mittelstraß anmerkt, meist mit gutem Grund der Vorwurf der Zirkelhaftigkeit und der Tautologie entgegengebracht werden kann. Das liegt gewiß zum Teil auch daran, daß er intuitiv leicht verfügbar zu sein scheint.<sup>30</sup> Der Interessenbegriff, wie er traditionell verwendet worden ist, setzt durchweg ein Individuum voraus, das klare und beständige Interessen haben kann. Wie problematisch es sein kann, die Nation als Individuum zu verstehen, war am Beispiel von Jacques Chiracs Gleichsetzung des nationalen Interesses Frankreichs mit dem Interesse der französischen Bauern zu sehen. Aber auch die Auffassung des Einzelnen als unteilbar, eben als soziales Atom oder Individuum, geriet von seiten der Sozialwissenschaften und der Philosophie unter Beschuß. Bahnbrechend war hier Jon Elsters Band „*The Multiple Self*“<sup>31</sup>, im dem man Studien dazu finden kann, wie ein Teil des Selbst gegenüber anderen Teilen Strategien der Überredung und des Zwangs anwendet.

Das Unbehagen gegenüber der analytischen Kraft des Interessenbegriffs hat inzwischen aber auch die moderne demokratireflexive Politikwissenschaft ergriffen. Bei Michael Th. Greven heißt es zum Beispiel, „daß der gemeinhin unterstellte Rationalitätstypus interessengeleiteten Handelns viel zu selektiv gegenüber der enormen Vielfalt und Dimensionalität des Politischen ansetzt. In der Politik gibt es eben – anders als in der historisch herrschenden Form der Ökonomie – keine eindeutige Nutzenfunktion. Ziele, Werte und Wahrnehmungen sind in ihr ebenso unterschiedlich wie askriptive Merkmale von Akteuren, wie Konstellationen, Kontexte und vieles andere mehr.“<sup>32</sup>

## 2. Identität

Die semantische Geschichte des Identitätsbegriffs in den Sozialwissenschaften ist im Unterschied zum Interesse recht kurz. Das lateinische *identitas*, die vollkommene Gleichheit, gehört in die engen Bezirke der spekulativen Metaphysik und formalen Logik und muß in sozialen Zusammenhängen als bedeutungslos gelten. Erst in den fünfziger Jahren ist der Begriff als sozialwissenschaftliche

---

29 Mittelstraß a.a.O. S. 127.

30 ebenda S. 130.

31 Cambridge 1986.

32 Greven, Michael Th.: Die politische Gesellschaft. Kontingenz und Dezision als Probleme des Regierens und der Demokratie, Opladen 1999, S. 10.

Kategorie in Umlauf gekommen.<sup>33</sup> Vorher war es im wesentlichen um das Problem der individuellen Identität gegangen, wie es vor allem in den Philosophien von Locke und Hume aufgeworfen worden war. Beide hatten diesen Begriff ins Spiel gebracht, um Zweifel über die Identität des Selbst zu artikulieren.<sup>34</sup> Wenn man sich bemüht, den philosophischen und den sozialwissenschaftlichen Identitätsbegriff nach Möglichkeit strikt voneinander getrennt zu halten, kann man heillose Konfusionen und Äquivokationen vermeiden helfen.

Der Begriff „Identität“ scheint wertneutral und interdisziplinär zu funktionieren. Aus diesem Grunde wurde er sehr bereitwillig aus der an der personalen Identität interessierten Psychologie in die Sozialwissenschaften übernommen. „Mit der Ausbreitung sozialer Konflikte, die den Aufstieg von Bürgerrechts- und gegenkulturellen Bewegungen begleitete, wurde die Sprache der Identität verallgemeinert aus dem klinischen, sozialisationstheoretischen oder politisch aktivistischen Kontext und als Positivbegriff von Gruppen benutzt, um ihre eigenen Ansprüche auf soziale und rechtliche Anerkennung zu legitimieren.“<sup>35</sup> Die weite Verbreitung des Begriffs impliziert selbstverständlich keine allgemeinverbindliche Definition oder auch nur ein klares Verständnis der verschiedenen Bedeutungen. Dennoch lassen sich einige Bedeutungselemente herausarbeiten und stabilisieren.

In *systemtheoretischer* Perspektive funktioniert Identität nach dem Code identisch/nicht identisch. Sie dient der Konstitution kollektiver Zusammengehörigkeit. Ihr Medium sind meist ritualisierte Formen der sozialen Kommunikation. Sozialwissenschaftler haben sich abgewöhnt, nach dem materialen Substrat von Identität zu fragen. Es geht stattdessen immer um die Frage, wie Identität produziert wird.<sup>36</sup> Der Begriff der Identität, der eine lange Vorgeschichte in der Metaphysik aufweist, bezeichnet jetzt nicht mehr die Übereinstimmung eines Seienden mit sich selbst, sondern ist vielmehr Beschreibungsbegriff einer „Leistung der Synthese von Eindrücken externer Herkunft“ geworden.<sup>37</sup> Es wäre deshalb nicht falsch, ihn durch den aktivistischen Begriff Identifikation zu ersetzen. Dem Begriff der Identität bliebe dann im Grunde nur eine Signalfunktion für Identifikationen, „die eine Wiederholung wahrscheinlich und weitgehend erwartbar machen“<sup>38</sup>. Diese Redewei-

---

33 Gleason, Philip: Identifying Identity: A Semantic History, in *The Journal of American History*, Vol. 69, 1983, Nr. 4, S. 910-931.

34 Locke, John: Versuch über den menschlichen Verstand, II. Buch, Kap. XXVII: Über Identität und Verschiedenheit, Hamburg 3. Aufl. 1981; Hume, David: Über den Verstand, Hamburg 2. Aufl. 1989, 1. Bd., Von der persönlichen Identität, S. 325-340 sowie Anhang: Zum Begriff der Identität der Persönlichkeit, S. 359ff.

35 Weigert, Adrew J.: Identity: Its Emergence Within Sociological Psychology, in: *Symbolic Interaction*, Vol. 6, 1983, Nr. 2, S. 183-206, hier S. 202.

36 Luhmann, Niklas: Identität – was oder wie?, in: *Soziologische Aufklärung V, Konstruktivistische Perspektiven*, Opladen 1990, S. 14-30, hier S. 21.

37 ebenda.

38 Luhmann, Niklas: Die Politik der Gesellschaft, unveröffentlichtes Ms., Kap. 5.

se hat sich aber bislang nicht durchgesetzt, sondern in den internationalen Sozialwissenschaften ist durchweg von „Politiken der Identität“ statt solcher der Identifikation die Rede. Ein verbreiteter Sprachgebrauch kann nicht ohne weiteres umgestürzt werden.

Die Problematik der politischen Identität wird auf mehreren Ebenen diskutiert: Die Habermas-These von der „postnationalen Konstellation“ legt die Frage nahe, was eigentlich nach der nationalen Identität kommen könnte. Gibt es tragfähige Formen übernationaler Identität mit dem Grenzwert potentiell universalistischer Identifikation? Die Diskussion der Grenzwerte ist vermutlich der interessanteste Fall, weil Argumente, die hier gültig sind, auch für die weniger weit reichenden Fälle Gültigkeit haben müßten. Die Möglichkeit einer universalistischen Identifikation mit Menschheitsinteressen wird gelegentlich mit dem Hinweis bestritten, daß jede Identitätsform eine Abgrenzung, eine Unterscheidung innen/außen oder zugehörig/nicht zugehörig erfordere. Ein Kollektiv bedürfe zur Konstitution seiner Identität immer des Anderen, wovon die Abgrenzung erfolgt. Darauf wird im Teil 4 der Einleitung einzugehen sein.

Denkt man Identität als Identifikation aus der Perspektive des je einzelnen, wie das demokratietheoretisch allein vertretbar ist, dann ist im Grunde die Identifikation mit einer ganzen Bandbreite von den allerpartikularsten bis zu den am meisten übergeordneten Kollektiva denkbar. In sozialwissenschaftlichen Zusammenhängen ist durchweg von kollektiven Formen der Identität die Rede. Sobald man aber die Vorstellung einer aktiven oder impliziten Identifikation als Leistung des einzelnen ernst nimmt, ist man an die individuelle Identität zurückverwiesen.

Der einzelne kann sich mit einem Kollektiv identifizieren oder auch nicht. Im Falle der Identifikation wird dann eine von den Individuen durchweg unterschiedlich aufgefaßte Imagination dessen, was sie für dieses Kollektiv halten und was sie an ihm wichtig finden, zu einem Bestandteil ihrer eigenen Identität. Traditionell hatte man sogar angenommen, daß die Zugehörigkeit zu einem Kollektiv geradezu zu einem konstitutiven Bestandteil der Individualidentität würde – eine Annahme, die spätestens, seit man von multiplen Identitäten der einzelnen zu sprechen sich angewöhnt hat, obsolet geworden ist.

Das Kollektiv seinerseits muß ebenfalls als solches identifiziert werden können, d.h. es muß im Raum lokalisierbar und über die Zeit wiedererkennbar sein. Eine Geschichte des Christentums, eine Geschichte der Arbeiterbewegung, des Mercedes-Benz- oder Mannesmann-Konzerns oder eine deutsche Geschichte, selbst eine Geschichte der Deutschen kann man nur dann schreiben, wenn man die zugrundeliegende Einheit auch bei radikalen Wandlungen der zugehörigen Individuen und der vordringlichen Tätigkeit sowie der gemeinsamen Ideengruppe identifizieren kann. In diesem Sinne kann man dann von einer Identität eines Kollektivs oder einer Institution sprechen, die begrifflich unterschieden werden muß von der Identifikation einzelner

mit einem derartigen Kollektiv, welche oft auch mit dem Wort „kollektive Identität“ belegt wird.

Die Überlegungen zur aktiven Kraft der Identifikation zeigen, daß die Diskussion immer wieder zurückverwiesen werden muß auf die individuelle Identität. Bei Charles Taylor in seinen „Quellen des Selbst. Die Entstehung der neuzeitlichen Identität“ wird dieser Begriff weitgehend synonym mit dem Begriff des „Selbst“ verwendet, welches sich in einem bestimmten sozialen, nationalen, ethnischen oder ähnlichen Kontext bildet. Je nach äußerem Verlauf und innerer Organisationsfähigkeit dieses Selbstwertungsprozesses entwickelt man dann eine mehr oder weniger deutliche Identität. Taylor definiert Identität hermeneutisch als das Wissen darum, innerhalb welchen Rahmens und Horizonts man von Fall zu Fall zu bestimmen versucht, was wichtig, gut und wertvoll ist, was getan werden sollte bzw. was abzulehnen ist.<sup>39</sup> Früher mag dieser Rahmen als selbstverständlich, unangreifbar und von ontologischer Festigkeit erschienen sein, heute dagegen ist klar, daß es sich um wandelbare menschliche Interpretationsprozesse handelt. Allerdings ist es nicht möglich, ohne einen solchen Rahmen, ohne Identität auszukommen, weil dann die Orientierung verlorenginge. Taylor macht sehr deutlich, daß dieser Begriffssinn hochgradig modern ist und unseren Vorfahren noch vor zweihundert Jahren unverständlich gewesen wäre.<sup>40</sup> Taylors Realanalyse ergibt dann, daß personale Identitäten durchweg vielschichtig und komplex sind, sich also keineswegs auf ein partikularistisches, nationales oder gar universalistisches Zugehörigkeitsgefühl festlegen lassen. Vor allem aber enthalten Identitäten starke Wertungen, die implizit oder explizit vorgenommen werden können. Ohne Identitätshorizont auszukommen, scheint unmöglich zu sein, einzelne Identitätsformen können aber vernachlässigt und unter Umständen auch aufgegeben werden, wodurch sich ein neuer Rahmen konstituiert. Taylors Modell der Identität kommt dem systemtheoretischen auch in der Wortwahl sehr nahe, wenn er schreibt, „daß die Identität nur aufgrund der zu ihr gehörigen qualitativen Unterscheidungen die Aufgabe erfüllt, uns Orientierungshilfe zu geben und den Rahmen beizusteuern, in dem die Dinge für uns Sinn haben.“<sup>41</sup> Die systemische Erforderlichkeit des Rahmens sagt uns allerdings noch nicht, wie er im einzelnen beschaffen zu sein hat.

Über Taylor hinausgehend wird man sagen können, daß die vorherrschende Interpretationsform der Identität des Individuums derzeit in einem Wandlungsprozeß sich zu befinden scheint, der vor allem von Sozialpsychologen und Soziologen konstatiert worden ist. Harald Wenzel erwägt in einem Literaturüberblick die Möglichkeit, von einem *postmodernen Selbst* zu sprechen, dessen soziale Zugehörigkeit in zunehmendem Maße freiwillig und nur noch zeitweise fixiert und dessen Identifikationen sozusagen portabel

---

39 Frankfurt 1994, S. 55.

40 ebenda S. 57.

41 ebenda 59f.

geworden sind. Die Selbstverwirklichungsstrategien sind zunehmend bewußt selbstkonstruktiv aufgebaut, d.h. sie verlaufen weniger nach zufälligen oder traditionellen Mustern. Der entscheidende Schritt zum postmodernen Selbst scheint darin zu bestehen, daß es ein reflexives Bewußtsein der sozialen Konstruiertheit zutage bringt und damit nur noch phasenweise Stabilität erlangen kann.<sup>42</sup>

Das soziale Selbst spiegelt sich in den Anerkennungs- und Mißachtungsformen anderer. Es ist somit kaum jemals dem Subjekt frei verfügbar und gestaltbar. Die fremden Urteile müssen in die eigenen Interpretationsvorgaben integriert werden. Die Anforderung lautet: kreative Interpretation und *Identitätsmanagement*, wie das Robert Hettlage in einer schönen, in der Auseinandersetzung mit Charles Horton Cooley und Erving Goffman (Management of Identity) gewonnenen Formel erfaßt hat. Die Selbstdefinition wird in einem doppelten und normalerweise nicht widerspruchsfrei verlaufenden Prozeß der sozialen Bindung an und Perspektivenübernahme von anderen sowie der zugleich konstitutiv notwendigen Distanzierung zu ihnen gewonnen.<sup>43</sup> Kollektive Identitätsbildung wird auf diese Weise nicht nur analog zur individuellen verstanden, sondern vor allem auch als Stabilisierungsversuch in Situationen und Phasen erhöhter Mobilität und sozialen Wandels, z.B. unter dem Druck von Migrations- und Globalisierungsprozessen. Es handelt sich um die Herausbildung „imaginerter Gemeinschaften“<sup>44</sup>, bei denen es darauf ankommt, „daß sie den Anschein des Traditionalen, Unabänderlichen und des seit jeher Verbürgten und im Alltag Unhinterfragbaren bekommen. Erfolgreich gераhmte Identitätsarbeit besteht darin, den Konstrukt-Charakter in den Zustand einer Naturgegebenheit zu verwandeln und damit zu verhüllen.“<sup>45</sup>

Identität soll hier verstanden werden als in erster Linie politischer Begriff. Dazu ist es sinnvoll, eine Differenzierung zum Kulturbegriff vorzunehmen. Kulturen sind umfassende, dichte und schwammige Kommunikationsnetze. Identitäten dagegen „zwingen zu Klarheit und wirken mobilisierend“<sup>46</sup> Sie sind Ira Katzelson zufolge „dünn“ und bewußt konzentriert. Sie vereinfachen. Und vor allem: „Während Kulturen als vorgegebene Realitäten erscheinen, erheben Identitäten aktive Ansprüche darauf, Situationen zu definieren; das macht sie zu

---

42 Wenzel, Harald: Gibt es ein postmodernes Selbst? Neuere Theorien und Diagnosen der Identität in fortgeschrittenen Gesellschaften, in: Berliner Journal für Soziologie, 5. Jg. 1995, S. 113-131.

43 Hettlage, Robert: Identitätsmanagement. Soziale Konstruktionsvorgänge zwischen Rahmen und Brechung, in: WeltTrends Nr. 15, Sommer 1997, S. 7-23. Vgl. Goffman, Erving: Stigma. Über Techniken der Bewältigung beschädigter Identität, Frankfurt 13. Aufl. 1988 (am.: Stigma. Notes on the Management of Spoiled Identity, 1963).

44 Benedict Anderson: Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts. Frankfurt und New York 1988 (Originaltitel: Imagined Communities)

45 Hettlage, a.a.O. S. 11.

46 Katzelson, Ira: Über Identität, Rasse und Sozialpolitik in den Vereinigten Staaten, in Michalski, Krzysztof: Identität im Wandel. Castelgandolfo-Gespräche 1995, Stuttgart 1995, S. 79-97, hier S. 79.

Instrumenten der Macht.“<sup>47</sup> Es entspricht dem Diskussionsstand in den Sozialwissenschaften, das Moment der *Identitätskonstruktion* zu betonen. Die soziale Wirklichkeit allerdings trägt komplexere Züge. Die vorherrschende politisch wirksame Identitätsform ist immer noch die nationale Identität. Wir können in einer abstrakten Definition die Nation vom Volksbegriff lösen und darunter „eine abgegrenzte Gruppe von Menschen“ verstehen, „die durch gemeinsames politisches Selbstbewußtsein miteinander verbunden ist und als politisches Subjekt (politische Willensgemeinschaft) handelt oder handeln will.“<sup>48</sup> Die grundlegenden Merkmale der Gemeinsamkeit können wechseln. „Mal ist es die Gemeinsamkeit der Sprache, mal eine bestimmte geschichtliche Tradition; mal ist es die Zugehörigkeit zu einer bestehenden staatlich-politischen Ordnung, mal ist es die gemeinsame Religion; aber auch Kombinationen kommen vor.“<sup>49</sup> Dies liest sich wie ein spätes Echo auf Max Webers inzwischen klassisch gewordene Analyse des Gemeinsamkeitsglaubens.<sup>50</sup> Entscheidend ist, daß schon die Nationwerdung nicht als quasi naturwüchsiger Prozeß zu betrachten ist, sondern als „ein bewußter, ins Werk gesetzter Vorgang, angestoßen und geprägt von einer sei es geistig, sei es politisch führenden Schicht“<sup>51</sup> Die Herstellung eines Wir-Bewußtseins ist ein politischer und organisierter Prozeß – allerdings kann er nicht völlig frei an beliebig zuhandenen Merkmalen konstruiert werden, weil sonst die Akzeptanz bei den auf diese Weise zu organisierenden Bürgern nicht hergestellt werden könnte. Das Moment der Zustimmungsbereitschaft muß als Grenzwert bei allen Manipulationsmöglichkeiten nationaler Identitäten mitgedacht werden. Die auffällige Verschiedenheit der Nationalstaatskonzepte z.B. zwischen den USA, Deutschland, Frankreich und der Schweiz läßt sich auf die jeweils konkreten Ausgangsbedingungen der Selbstverständigungsdiskussion zurückführen. In Frankreich entstand die nationale Identität aus den universalistischen Ansprüchen des revolutionären dritten Standes („*Willensnation*“), in den USA aus der Verteidigung der Selbstverwaltungsrechte der Kolonisten gegen die britische Krone, in Deutschland auf der Grundlage einer vorstaatlichen oder staatenlosen Nation und dadurch typischerweise auf Sprache, Abstammung und ethnisch-kulturelle Elemente bezogen („*Kulturnation*“), in der Schweiz schließlich eindeutig als *Geschichtsnation*.<sup>52</sup>

---

47 ebenda.

48 Böckenförde, Ernst-Wolfgang: Die Nation – Identität in Differenz, in: Michalski, Krzysztof: Identität im Wandel. Castelgandolfo-Gespräche 1995, Stuttgart 1995, S. 129-154, hier S. 131.

49 Böckenförde, a.a.O. S. 133.

50 Weber, Max: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie. Tübingen 5. rev. Aufl. mit textkritischen Erläuterungen Hg. von Johannes Winkelmann, 1976, Bd. 1, Kap. IV, §2.

51 Böckenförde, ebenda S. 134.

52 vgl. dazu vor allem Lepsius, M. Rainer: Nation und Nationalismus in Deutschland, in: ders., Interessen, Ideen und Institutionen, Opladen 1990, S. 235ff., vgl. auch Böckenförde a.a.O. S.135-141.

Dies gilt mit den notwendigen Variationen auch für die anderen Formen von Identitätsbildung. „Diese Merkmale sind – ex ante betrachtet – variabel, nicht im Vorhinein festgelegt. Hat sich aber ein – in seiner Identität kontingentes – nationales Bewußtsein konkret herausgebildet, tritt regelmäßig eine Verfestigung ein. Es gewinnt eine eigene Entität als objektive Gegebenheit, indem es sich über die führende Schicht oder die Bildungselite hinaus verbreitet, die diese nationale Identität zunächst behauptete und propagierte, und bei den Menschen insgesamt Wurzeln faßt.“<sup>53</sup> Auf diese Weise kommt auch in die konstituierte und konstruierte Identität ein Moment der *Unverfügbarkeit* hinein, das auf den akademisch eingeübten Konstruktivismus der Sozialwissenschaften immer wieder überraschend und irritierend wirkt. Das scheinbar kontingente Konstruktionsprodukt ist zur sozialen Tatsache mutiert und beginnt nun als solche eigenständige und von den intellektuellen Konstrukteuren nunmehr nicht mehr kontrollierbare Wirksamkeit zu entfalten. Es ist gewiß zutreffender, hier vom kollektiven Mythos der Nation zu sprechen als von einer in irgendeinem Sinne wissenschaftlich abgestützten Nationalgeschichte. Maurice Halbwachs' Terminus des *kollektiven Gedächtnisses* hat sich als eine der überzeugendsten Beschreibungsformeln für diese komplexe Mischung von Konstruktion und Materialität eingepreßt.<sup>54</sup> Wenn man kollektive Identitäten lediglich als das geplante und absichtliche Ergebnis rationalen Handelns zu begreifen versucht, dann sind sie nicht sinnvoll und vollständig beschreibbar. Rein absichtliche Konstruktionsversuche wirken nämlich im Rückblick eher skurril, wie z.B. der Versuch, in der einstigen DDR die Vorstellung einer „*Klassennation*“ zu etablieren.<sup>55</sup>

Die nationalen Identitäten sind derzeit der besterforschte, am intensivsten und kritischsten durchreflektierte Teilbereich. Sie können aus diesem Grunde als paradigmatischer Fall gelten, zumal der historische Abstand zur Herausbildung der klassischen Nationalstaaten für einen distanzierten Blick weit genug liegt. Sie zeigen ein interessantes Doppelgesicht, weil sie einerseits die erste Form wirklich moderner, demokratischer und gleicher staatsbürgerlicher Identität darstellen und andererseits eben doch noch von meist künstlichen Herkunftsprojektionen zehren. Sie sind eine erste und normativ gesehen noch unvollkommene Moderne.<sup>56</sup> Neuerdings hat Bettina Westle hierzu ein Dreistufenmodell vorgelegt, das zwischen einem *traditionalen* Nationalbewußtsein unterscheidet, das nicht notwendig demokratisch ist und sich ebenso auf primordiale Bindungen beziehen kann, einem *reflektierten* Nationalbewußtsein, das auch anderen Nationen die gleichen Rechte zubilligt und ei-

---

53 Böckenförde S. 140f.

54 Halbwachs, Maurice: Das kollektive Gedächtnis, Frankfurt 1985.

55 vgl. zur Typologie Kulturnation, Klassennation, Staatsbürgernation Lepsius, M. Rainer: Nation und Nationalismus in Deutschland, in: ders., Interessen, Ideen und Institutionen, Opladen 1990.

56 vgl. dazu Habermas, Jürgen: Die postnationale Konstellation. Politische Essays, Frankfurt 1998, bes. S. 153.

ne höhere demokratische Qualität aufweist, sowie einem *postnationalen* Bewußtsein, das universal orientiert und zur nationalen Herkunft (sowie gelegentlich auch zur eigenen Demokratie) eher negativ eingestellt ist.<sup>57</sup> Die Operationalisierung wirkt überzeugend, auch wenn bei derartigen Stufungsmodellen immer in Rechnung gestellt werden muß, daß eine verfälschende Suggestionskraft dadurch entstehen kann, daß die jeweils letzte Stufe sich beinahe unausweichlich mit einer Konnotation des „höher“ und „besser“ zu verbinden tendiert. Die Pseudoevaluation der erreichten Skalenhöhe verdrängt dann die Frage danach, ob eine Position auch stichhaltig begründet ist und ob ihre Realisierung zu politisch wünschenswerten Folgen führt.

Aber auch die sozialen Bewegungen der siebziger und achtziger Jahre können heute aus einigem Abstand betrachtet werden. Stuart Hall, ein undogmatischer Marxist, hat deren Identitätsbezug folgendermaßen auf den Punkt gebracht: „Jede Bewegung appellierte an die soziale Identität ihrer Unterstützerinnen und Unterstützer: Der Feminismus an die Frauen, Sexualpolitik an Gays und Lesben, Kämpfe gegen Rassismus an die Schwarzen usw. Dies ist die historische Stunde dessen, was später Identitätspolitik genannt werden sollte – eine Identität pro Bewegung.“<sup>58</sup> Hinzufügen müßte man die diversen ethnischen Identitätsbewegungen. Die akademische Attacke auf den Essentialismus der Identität geriet hier in direkten Konflikt mit den Aktivistinnen der sozialen Bewegungen, die ihre Energie und Motivation gerade aus der Hypostasierung des Essentiellen bezogen. Eine anspruchsvolle theoretische Diskussion über diesen Gegensatz hat es bislang allein in der Frauenbewegung gegeben.

Dort hatten sich zwei miteinander im Streit befindliche Grundpositionen herausgebildet, nämlich ein *Gleichheitsfeminismus*, der den Entwurf eines politischen Konzeptes gleicher Menschenrechte mit der Ablehnung einer besonderen sozialen Frauenrolle verbindet, und ein *Differenzfeminismus*, der soziale Männlichkeit ablehnt und dagegen den Entwurf eines spezifisch weiblichen Konzeptes des Politischen setzt. Auf der einen Seite wird die biologische Zugehörigkeit als Differenz schlechthin betont, auf der anderen Seite dagegen nicht nur die soziale Geschlechtszugehörigkeit („gender“), sondern auch die Festgelegtheit der körperlichen Rolle und der körperlichen Unterscheidungsmerkmale („sex“) einer Dekonstruktion unterzogen. Der öffentliche Erfolg der neuen und radikalen Position von Judith Butler<sup>59</sup> erklärt

---

57 Westle, Bettina: Kollektive Identität im vereinten Deutschland. Nation und Demokratie in der Wahrnehmung der Deutschen, Opladen 1999, dort bes. die Operationalisierung S. 324-328.

58 Hall, Stuart: Die Frage der kulturellen Identität, in ders., Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften Bd. 2, Hamburg 1994, S. 180-240, hier S. 198f.

59 Butler, Judith: Kontingente Grundlagen: Der Feminismus und die Frage der „Postmoderne“. In: Seyla Benhabib, Judith Butler, Drucilla Cornell, Nancy Fraser (eds.): Der Streit um Differenz. Feminismus und Postmoderne in der Gegenwart. Frankfurt/M. 1993. 31-59.

sich gewiß auch aus dem medizinischen Fortschritt, der die biologische Gebärfähigkeit zumindest im Sinne des Austragens eines Kindes in absehbarer Zeit nicht mehr länger an den Körper einer Frau gebunden sein läßt. Vor allem aber wurde durch diese Diskussion deutlich, daß dies nie ein für Frauen allgemein akzeptierbares Unterscheidungsmerkmal gewesen ist. Die postmoderne Methodik Judith Butlers, die sich, an Michel Foucaults Studien orientiert, vor allem für soziale Ausschließungsregeln interessiert, hat keine Schwierigkeit, als Perspektivpunkt nicht etwa eine unterstellte oder gar angemäßte Sicht der Frauen überhaupt zu wählen (was der Begriff „Feminismus“ in gewisser Weise naheulegen scheint), sondern vielmehr den Perspektivpunkt von Außenseitern, von Transsexuellen zum Beispiel, deren Übergang von einer Geschlechtsidentität zur anderen die prägende Rolle der Körperlichkeit gerade in Zweifel zieht. Von hier aus kann dann auch erkannt werden, daß die soziale Geschlechtsrollenzuschreibung, die angeblich dem Körper äußerlich bleibt, diesem in Wirklichkeit eingeschrieben wird – zumindest in dem Sinne, wie bei Foucault den Strafgefangenen ihr Gefangenensstatus auch körperlich eingeschrieben wird.

Judith Butler befreit sich damit von der Dichotomie zwischen Gleichheits- und Differenzfeminismus. Die Kerngedanken ihrer Analyse sollen deshalb im folgenden resümiert werden: „Meine These ist, daß jeder Versuch, der der Kategorie ‚Frauen‘ einen universellen oder spezifischen Gehalt zuweist und dabei voraussetzt, daß eine solche vorgängige Garantie der Solidarität erforderlich ist, zwangsläufig seine Zersplitterung hervorrufen wird. Die ‚Identität‘ als Ausgangspunkt kann niemals den festigenden Grund einer politischen feministischen Bewegung abgeben. Identitätskategorien haben niemals nur einen deskriptiven, sondern immer auch einen normativen und damit ausschließenden Charakter. Das bedeutet nicht, daß wir den Terminus ‚Frauen‘ nicht verwenden dürfen oder daß wir den Tod dieser Kategorie verkünden müßten. Wenn der Feminismus umgekehrt davon ausgeht, daß die Kategorie ‚Frauen‘ ein unbezeichnenbares Feld von Differenzen bezeichnet, das keine Identitätskategorie totalisieren oder zusammenfassen kann, verwandelt sich dieser Terminus gerade in einen Schauplatz ständiger Offenheit und Umdeutbarkeit. (...) Das Subjekt des Feminismus dekonstruieren heißt also nicht, den Gebrauch dieses Begriffs zu zensieren, sondern ihn im Gegenteil in eine Zukunft vielfältiger Bedeutungen entlassen, ihn von den maternalen oder rassistischen Ontologien befreien und ihm freies Spiel geben als einem Schauplatz, an dem bislang unvorhergesehene Bedeutungen zum Tragen kommen können.“<sup>60</sup>

Dieses Zitat soll dazu dienen, den Kern einer häufig mißverstandenen und gern fehlreferierten Denkhaltung im Originalton deutlich zu machen. Sie hat nichts von der ihr gern unterstellten Esoterik an sich. Sie will vielmehr darauf hinaus, daß eine Pluralität von Positionen sich nicht mehr unter die Vorherr-

---

60 ebenda 49f.

schaft einer geschlossenen und wohldisziplinierten sozialen und politischen Bewegung bringen läßt. Hinter den Identitätskategorien, hinter dem Subjekt Frau gilt es wieder jede einzelne Frau in ihrer Individualität und Unterschiedenheit von anderen wahrzunehmen – alles andere wäre ein problematischer Biologismus. Auf dem Wege der Begriffsherrschaft erzwungene Solidarität mag kurze Zeit funktionieren, auf Dauer ruft sie Widerstand und damit zwangsläufig eine Zersplitterung hervor. Richtungsmäßig zersplittern sich die pluralen Feminismen ähnlich wie die nachreformatorischen protestantischen Sekten, wenn jede einzelne Richtung ihren Wahrheits- und Universalitätsanspruch behauptet – während es doch bei Akzeptanz der Differenzen eine politisch ebenso notwendige wie für die Gleichstellung im politisch repräsentativen wie beruflichen Bereich hilfreiche Kooperation geben könnte.

Judith Butlers Denken findet offenbar gerade deshalb so weites Gehör, weil hier eine Sprache der Pluralität gefunden worden ist, die aus den sich im Kreise drehenden Diskussionen hinausführen könnte, ohne doch eine der streitenden Gruppen zur Aufgabe ihres Denkansatzes zu nötigen. Da Judith Butler sich häufig auf Derrida, Foucault und Lyotard bezieht, ist ihr das Etikett der Postmodernität aufgeklebt worden. Sie akzeptiert diesen Terminus allerdings nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen: nämlich *erstens*, daß man darin ein kritisches Denken sieht, das die Machtverwicklung von Theorien aufzudecken in der Lage ist und zeigt, daß Denken selbst immer auch machtausübende Tätigkeit ist. *Zweitens*, daß postmodern nicht mit „neu“ gleichgesetzt wird, denn die Jagd nach dem Neuen ist ein typisches Anliegen der Hochmoderne. Im Gegenteil zieht postmodernes Denken vielmehr gerade die Möglichkeit des Neuen grundsätzlich in Zweifel. *Drittens* muß postmodernes Denken selbstreflexiv sein in dem Sinne, daß auch die postmoderne Machtkritik selbst sich ihrer Machtdurchwirksamkeit und ihrer Machtansprüche bewußt sein muß. Es gibt keinen Standpunkt der Freiheit außerhalb von Machtausübung – und das gilt dann auch für die eigenen Positionen.<sup>61</sup>

Judith Butlers postmoderne Position trifft sich überraschenderweise mit der durchaus universalistischen Perspektive Eric Hobsbawms, der an der Identitätspolitik der sozialen Bewegungen auszusetzen hatte, daß diese eine besondere Identität künstlich überbetonen, während gewöhnliche Menschen kein Problem damit haben, Identitäten zu kombinieren. Darin liegt für ihn überhaupt die Möglichkeit einer generellen, übergreifenden und nicht bloß sektoralen Identitätspolitik. Hobsbawm argumentiert insofern postmodernistisch, als er die individuelle Identitätswahl betont und die präskriptiven Identifikationsansprüche der Großgruppenideologen zurückweist. Empirisch weist er darauf hin, daß sich die Zahl derjenigen Amerikaner, die sich selbst als „*American Indian*“ oder „*Native American*“ bezeichnen, zwischen 1960 und 1990 vervierfacht hat, nämlich von einer halben Million auf zwei Millionen, was weit über der Rate liegt, die mit herkömmlicher Demographie er-

---

61 ebenda S. 35f.

klärt werden könnte. Die Definitionsgrenzen sind offen, und das Bekenntnis ist sozial wie finanziell offenbar attraktiv.<sup>62</sup> Identität und Interessen konvergieren.

Ein weiterer normativer Punkt kommt hinzu: In Zeiten reflexiven Identitätsverständnisses bekommt die Wahl der Zugehörigkeit Züge der Beliebigkeit: Warum soll man nicht gleichzeitig und ökumenisch Katholik, Jude und Buddhist sein können? Der einzige Grund, der dies verhindern könnte, wäre der Einspruch religiöser Autoritäten und die technische Schwierigkeit, bestimmte Rituale zur gleichen Zeit zu vollziehen: die Schuhe ausziehen, den Hut absetzen, die Kapa aufsetzen.<sup>63</sup> Jede partiale Identitätspolitik, auch die proletarische, wirkt isolierend. Hobsbawm erinnert die britische Linke daran, daß ihr Projekt demgegenüber dem Anspruch nach universalistisch sein sollte. Es sei ein Fehler gewesen, sich seit den siebziger Jahren mehr und mehr als Koalition von Minderheitsgruppen und Minderheiteninteressen zu sehen, die sich nach Rasse, Geschlecht, nach sexuellen oder anderen kulturellen Präferenzen oder Lebensstilen definiert hatten – inklusive der alten in die Minderheit geratenen Klasse der Handarbeiter. Die Gefahren der Identitätspolitik sind sowohl pragmatisch unter dem Aspekt der Mehrheitsgewinnung zu sehen als auch prinzipiell.<sup>64</sup>

- Identitätsgruppen zentrieren sich um sich selbst und für sich selbst und niemanden sonst. Eine Koalition solcher Gruppen würde nicht von einem gemeinsamen Ziel oder gemeinsamen Werten zusammengehalten und deshalb nur zeitweise funktionieren.
- Was auch immer ihre Rhetorik ist: die gegenwärtigen Bewegungen und Organisationen mobilisieren nur Minoritäten. Auch innerhalb der Zielgruppen wird kaum mehr als eine Minderheit mobilisiert.
- Der Druck auf Menschen, sich für eine und nur eine einzige Identität zu engagieren, trennt sie voneinander und wirkt isolationalistisch.

Die einzige soziale Bewegung, die es einigermaßen geschafft hat, diese Grenzen zu überwinden und universalistisch zu argumentieren, ist die Umweltbewegung.

---

62 Hobsbawm, Eric: Identity Politics and the Left, in: *New Left Review*, Nr. 217. 1996, S. 38-47, hier S. 40. Er selbst wendet sich gegen den Postmodernebegriff, weil er darunter Multikulturalismus versteht.

63 ebenda S. 41.

64 die folgenden Argumente bei Hobsbawm a.a.O S. 44.

### 3. Kann sich so etwas wie eine europäische Identität herausbilden? Ein Fall virtueller Identitätskonstruktion

Die Frage einer europäischen Identitätsbildung als Grundlage einer Demokratisierung der europäischen Union eignet sich als Fallstudie, um das komplexe Gewebe von Identität und Interesse genauer und nicht bloß rein theoretisch zu beleuchten.

Innerhalb der Architektur der europäischen Institutionen ist die Europäische Kommission von vornherein und zielgerichtet als Gremium konzipiert worden, in dem nach Möglichkeit nicht Einzelinteressen der Mitgliedsländer ausgehandelt und abgeglichen werden (dafür sind der Ministerrat und das europäische Parlament gedacht), sondern vielmehr die europäischen Gemeininteressen institutionalisiert werden sollten. Die Kommissare dürfen deshalb „Anweisungen von einer Regierung oder einer anderen Stelle weder anfordern noch entgegennehmen“ (Art. 213, Vertrag von Amsterdam). In Form einer bewußt elitär konzipierten und abgehobenen Institution sollte also die gemeinsame europäische Identität ihre Platz finden.

Die Gründung der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft hat von Anfang an bei den Interessen angesetzt: der Montanunion, dem gemeinsamen Agrarmarkt, der Reduktion der inneren Zollschränken. Der neuere Integrationschub in Europa wirft nun stärker als jemals vorher die Frage des Übergangs vom Eliteneuropa zum Bürgereuropa auf, also die Demokratiefrage. „Demokratische Entscheidungsprozesse setzen voraus, daß die am Entscheidungsprozeß Beteiligten eine kollektive Identität aufweisen.“<sup>65</sup> Diese muß keineswegs, das dürfte aus dem oben Gesagten deutlich geworden sein, ethnischer Natur sein. Es reicht, wenn die Mitglieder des *demos* sich als solche gegenseitig anerkennen. Bemerkenswert ist aber nun die Verflechtung von Identität und Interesse in diesem Zusammenhang: „Die eine Gemeinschaft konstituierende Identitätskomponente ist jedoch erst dann gegeben, wenn sich soziale Interessen ausbilden, die sich auf den sozialen Handlungszusammenhang als Ganzes beziehen, und diese Interessen in einer (vorgestellten) Öffentlichkeit beziehungsweise Kommunikationsgemeinschaft diskursiv ermittelt werden. Erst wenn solche gemeinsamen Interessen ausgebildet sind, wird ein öffentlicher Diskurs als Suche nach dem richtigen Weg möglich, der ein unabdingbares Merkmal des demokratischen Prozesses ist.“<sup>66</sup> Der Begriff „soziale Interessen“ scheint hier ein wenig unscharf gebraucht zu sein. Wer sollten die Träger solcher Interessen sein? Ist damit die Europäisierung der bislang vor allem im nationalen Bereich tätigen Sonderinteressengruppen gemeint, die nach der herkömmlichen Pluralismustheorie im Parallelogramm ihrer Wirkkräfte das Gemeinwohl definieren? Würden diese Interessen wirk-

---

65 Zürn, Michael: Über den Staat und die Demokratie im europäischen Mehrebenensystem, PVS 37. Jg. 1996, H. 1, S. 27-55, hier S. 39.

66 Zürn, ebenda S. 40.

lich gemeinsam schlagkräftiger in dem Sinne, daß sie mehr für ihre Klientel herausholen würden als bei der Mobilisierung nationalistischer Emotionen z.B. in der Agrarpolitik? Sind die Interessenlagen der verschiedenen Gruppen nicht sehr heterogen? Müßte es sich nicht vielmehr statt sozialer um die Herausbildung gemeinsamer politischer Interessen handeln, also auf der Ebene der politischen Gemeinsamkeit? Um eine politische statt einer bloß bürgerlichen Gesellschaft? Um Gemeinidentität statt Partialinteresse?

Soziale und politische Interessen müssen nicht notwendigerweise gegeneinander ausgespielt werden. Es ist aber auffällig, daß der Identitätsbegriff im Amsterdamer Vertrag gerade an der Stelle in der Präambel eine Rolle spielt, wo es um die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik geht, also um einen traditionell als genuin politisch angesehenen Bereich. Die Regierungen formulierten, sie seien „entschlossen, eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu verfolgen, wozu nach Maßgabe des Artikels 17 auch die schrittweise Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik gehört, die zu einer gemeinsamen Verteidigung führen könnte, und so die Identität und Unabhängigkeit Europas zu stärken, um Frieden, Sicherheit und Fortschritt in Europa und in der Welt zu fördern.“ Entsprechend wird in Artikel 2 unter den Zielsetzungen der Union „die Behauptung ihrer Identität auf internationaler Ebene“ genannt.<sup>67</sup> Eine zweite Formulierung findet sich in Art. 6, Abs. 3: „Die Union achtet die nationale Identität ihrer Mitgliedstaaten.“ Auch hier ist der Identitätsbegriff ganz offenbar an die Selbstbehauptung gebunden. Der Begriff verbindet die traditionelle mit der zukünftigen Außenpolitik. Er unterschreitet die staatliche Ebene nicht.

Identität meint hier Sprechen mit einer Stimme *nach außen* und Wiedererkennbarkeit als politisch handelnde Einheit *von außen*. Von sozialen Interessen ist hier gerade nicht die Rede und das mit Grund. Es sind nicht soziale Interessen, sondern vielmehr „Kommunikations-, Erfahrungs- und Erinnerungsgemeinschaften, in denen kollektive Identität sich herausbildet, sich stabilisiert, tradiert wird. Europa und auch das engere Westeuropa, ist keine Kommunikationsgemeinschaft, kaum eine Erinnerungsgemeinschaft und nur sehr begrenzt eine Erfahrungsgemeinschaft.“<sup>68</sup> Peter Graf Kielmannsegg hält dieses dreifache Defizit an Kommunikation, Erinnerung und Erfahrung für das entscheidende Demokratisierungshindernis. Die Zugehörigkeit zur Europäischen Union ist „wenn überhaupt, ein schwaches, sekundäres Merkmal der politischen Identität jener 360 Millionen, die einen europäischen Paß besitzen“, während es für Bundesstaaten charakteristisch ist, daß die Zugehörigkeit zu den jeweiligen Gliedstaaten das sekundäre Moment darstellt.<sup>69</sup> Sein

67 Präambel und Artikel 2 EUV. Vgl. dazu Pfetsch, Frank R.: Die Problematik der europäischen Identität, in: Aus Politik und Zeitschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 25-26, vom 12. Juni 1998, S.3-9.

68 Peter Graf Kielmannsegg: Integration und Demokratie. In: Markus Jachtenfuchs, Beate Kohler-Koch (eds.): Europäische Integration. Opladen 1996. 47-71, hier S. 55.

69 Kielmannsegg, a.a.O. S. 66.

Vorschlag zur europäischen Identitätsbildung ist deshalb, in der Verfassungsentwicklung der Institutionen die faktisch noch nicht gegebene Demokratiefähigkeit fiktiv ein Stück weit vorwegzunehmen, in der Hoffnung, daß die soziale Realität des Bürgerbewußtseins sich dem nach und nach anpassen wird.

In die europäische Verfassung sollen nach Kielmannsegg also antizipierende Elemente einer europäischen Gemeinwohlorientierung eingebaut werden. Eine institutionelle Dominanz des Ministerrats, wie sie immer noch von vielen Politikwissenschaftlern als die beste Form der Legitimationsübertragung von den Einzelstaaten auf die europäische Ebene empfohlen wird, würde bedeuten, daß „europäische Politik aus dem Kompromiß zwischen den Partikularinteressen der Mitgliedstaaten hervorgeht. Eine vernünftige europäische Politik, die sich von diesen Interessen löst, kann es nicht geben.“<sup>70</sup> Neben der europäischen Kommission als elitärer Institution müßte das Parlament als zweite gemeinwohlorientierte und durch Direktwahl legitimierte Einrichtung eine stärkere Rolle bekommen. Eine dritte identitätsprägende Institution wäre der europäische Gerichtshof. Eine vierte substaatliche institutionelle Ebene wird im EU-Vertrag ausdrücklich (und in gewisser Weise analog zum Art. 21 GG) benannt: „Politische Parteien auf europäischer Ebene sind wichtig als Faktor der Integration der Union. Sie tragen dazu bei, ein europäisches Bewußtsein herauszubilden und den politischen Willen der Bürger der Union zum Ausdruck zu bringen.“ (Art. 191 EGV) Auch hier geht es also nicht direkt um soziale Interessen, sondern um die bewußte Förderung eines Prozesses politischer Meinungsaggregation und gemeinsamer Willensbildung, die dazu gedacht ist, die Interessenperzeption auf die europäische Ebene transformieren zu helfen. Gerade durch den Generalisierungsdruck auf europäischer Ebene verändern sich die Interessendefinitionen selbst. Sonderinteressen, die sich bislang erfolgreich als nationale Interessen ausgeben konnten, bedürfen neuer, verallgemeinerbarer Argumentationsstrategien. Die teilweise Umstellung der Agrardiskussion auf ökologische Erhaltungsargumente („arktische Landwirtschaft“) ist schon zu beobachten.

Jede Art von Sozialpolitik ist auf Identitätsvorstellungen angewiesen. Bislang wird Umverteilung allein im nationalen Rahmen als legitim angesehen, so daß die Umverteilungsinteressierten zu den letzten Verteidigern der Nationalstaatlichkeit im Globalisierungsprozeß gehören. Auch dies ist übrigens ein Argument dagegen, daß „soziale Interessen“ im Prozeß der europäischen Integration eine in irgendeiner Weise vorantreibende Rolle spielen könnten. Michael Zürn sieht hier ein Dilemma: „Umverteilungen werden im allgemeinen nur dann akzeptiert, wenn die Identitätsbedingung bereits stark ausgebildet ist. Verteilungsfragen sind aber ungeeignet, um eine europäische Identität zu generieren.“<sup>71</sup> Gegenüber den gängigen Betonungen von bürger-

---

70 Kielmannsegg, a.a.O. S. 69.

71 Zürn a.a.O. S. 49.

schaftlicher Identität hat diese Sicht auf sozialpolitische Fragen den Vorteil eines kühlen Realismus. Dieses Dilemma dürfte kaum auflösbar sein und weist darauf hin, daß Sozialpolitik und soziale Interessen jedenfalls der letzte Faktor sein werden, der zu so etwas wie einer europäischen Identitätsbildung beitragen könnte.

Die Zähmung der nationalen Identitäten in Europa ist nicht von der sozialen Seite her zu erwarten, sondern wenn, dann allenfalls von der „Entstehung einer genuin europäischen Öffentlichkeit“<sup>72</sup> her. Jean-Marc Ferry hat vom Standpunkt eines methodologischen Kommunitarismus her die moralischen Ressourcen einer europäischen Identitätsbildung erkundet, die neben die monetären Zeichen des gemeinsamen Geldes, des gemeinsamen Marktes und der Rechtsintegration treten könnten. Die Gemeinschaftsregeln müssen, um allgemein akzeptiert zu werden, eben auch in Form von Wertvorstellungen assimiliert werden, auf deren Grundlagen sich die Angehörigen der Mitgliedstaaten allmählich als „europäische Bürger“ zu fühlen beginnen. Ein Basisdemokrat wie Jean-Marc Ferry, der die Konferenz von Maastricht als die geheimdipломatische Form einer verfassunggebenden Versammlung für Europa ansieht, als ein Paradoxon also, fordert als erstes ein europaweites Referendum über die Annahme einer europäischen Verfassung.<sup>73</sup> Die Pointe dieses Vorschlags liegt in der europaweiten *constituency*, die bisher noch in keinem EU-Dokument vorgesehen ist. Dies wäre in der Tat die optimale Legitimation, weil sie die Spannungen zwischen der europäischen *classe politique* und den *classes populaires* wenigstens für einen Moment aufheben würde.<sup>74</sup> Verfassungstraditionalisten könnten allerdings argumentieren, daß zuvor in einzelnen Referenden die Völker jeder einzelnen Demokratie über ihre Bereitschaft zum Souveränitätsverzicht abgestimmt haben müßten – eine, wie wir aus den Fällen Frankreich, Dänemark und Norwegen wissen, hochgradig risikoreiche Prozedur.

Wie läßt sich überhaupt so etwas wie eine postnationale Identität definieren? Schon auf der individuellen Ebene ist zu erkennen, daß alle Identitäten immer Mehrfachidentitäten sind und insofern auch instabile, variable Gebilde darstellen.<sup>75</sup> Die Grundfrage ist aber die gegen die herrschenden Denkge-

---

72 Ferry, Jean-Marc: Europäische Identität und europäischer Bürgerstatus. Anmerkungen zum Gipfel von Maastricht, in: Dewandre, Nicole/Lenoble, Jacques (Hg.), Projekt Europa. Postnationale Identität: Grundlage für eine europäische Demokratie?, Berlin 1994, S.111-118, hier S. 112.

73 Ferry S. 117.

74 Balibar, Étienne: Kann es ein europäisches Staatsbürgertum geben?, in Das Argument Nr. 206, 194, S. 621-638, hier S. 622.

75 Berten, André: Europäische Identität – Einzahl oder Mehrzahl? Überlegungen zu den Entstehungsprozessen von Identität, in: Dewandre, Nicole/Lenoble, Jacques (Hg.), Projekt Europa. Postnationale Identität: Grundlage für eine europäische Demokratie?, Berlin 1994, S. 55-65, hier S. 58f.

wohnheiten gerichtete Überlegung, ob es so etwas wie eine supranationale Identität geben kann. Sie kann keine Gemeinschaft der Sprache bedeuten. Sie wird also nicht auf einer generalisierten kommunikativen Kompetenz beruhen.<sup>76</sup> Furio Cerutti kommt zu dem Ergebnis, daß nur eine Art von menschheitlicher Identität möglich wäre, die auf Herausforderungen, Risiken und Furcht basieren würde.

Die Politik der europäischen Integration ist ein interessanter Fall für die Beobachtung des komplexen Verhältnisses von Identität und Interesse. Ein zu hypostasierendes Gemeininteresse an Wirtschaftswachstum durch Freizügigkeit und freien Handelsaustausch setzt, um auch als solches empfunden zu werden, eine gemeineuropäische Identifikation voraus. Dagegen steht das Alltagsbewußtsein auch vieler politischen Akteure mit ihrem Streben nach protektionistischen Sondervorteilen auf unteren Ebenen. Europäisierung wäre so gesehen beschreibbar als Transformationsprozeß der Selbstdefinition, also als Wandel der Identität in der komplexen Interaktion von Eliten und Bürgern. Interessendefinitionen sind strukturell abhängig von den jeweiligen Identitätsformen.<sup>77</sup> Beide befinden sich aber in Entwicklungsprozessen und können sinnvoll nur in Phasen relativer Stabilität als vorgegeben verstanden werden.

Letztlich bleibt die pragmatische Haltung jener Studien, die politische Vereinigungsprozesse in vergleichender Perspektive erforscht haben. Amitai Etzioni unterscheidet in seiner frühen und bahnbrechenden Studie „*Political Unification*“ drei aus der Organisationstheorie übernommene Grundelemente der integrierenden Kraft:

- Zwangselemente
- utilitäre Elemente
- identitive Elemente.

Zwangselemente beinhalten die Anwendung von Gewalt, z.B. militärischer Macht. Utilitäre Elemente sind ökonomische Vorteile und Sanktionen. Identitive Elemente können z.B. in normativen Appellen oder Propaganda bestehen.<sup>78</sup> Die Mittel und Möglichkeiten für soziopolitische Vereinigungsprozesse sind offenbar begrenzt und lassen sich auf diese drei Grundstrukturen reduzieren. Die identitiven Elemente können als der interessanteste Fall gelten, weil hier Werte und Symbole benutzt werden, die aufgebaut werden auf Erziehungsinstitutionen, politischen oder religiösen Ritualen und anderen Mechanismen. Die Anwendung dieser Strukturen tendiert dazu, weniger fremd-

---

76 Cerutti, Furio: Can there be a Supranational Identity?, in *Philosophy and Social Criticism*, 18. Jh. 1992, S. 147-162.

77 Wendt, Alexander, *Collective Identity Formation and the international state*. *American Political Science Review*, Vol. 88, Nr. 2, 1994, S. 385.

78 Etzioni, Amitai: *Political Unification. A Comparative Study of Leaders and Forces*, New York, Chicago, San Francisco, Toronto, London 1965, S. 37ff.

bestimmt zu erscheinen und zu wirken als die reine Gewaltanwendung (Truppenmarsch) oder der utilitäre Druck (Weltbankkredite).

Identitive Elemente sind eher emphatisch als instrumentell. „Sie sind die Basis für Gefühle von Solidarität, Gemeinschaft und Loyalität und damit für kollektive Interessendefinitionen.“<sup>79</sup> Es wäre aber oberflächlich, sie als bloß irrationale Ebene anzusehen, auf der keine Kosten-Nutzen-Erwägungen mehr angestellt werden. Es handelt sich in erster Linie um ein höheres Maß an sozialer Aggregation. Kollektives Handeln, das lediglich auf Zwang oder selektiven Anreizen basiert, hat eben auch Effizienz Nachteile gegenüber solchen Handlungsweisen mit höherem Freiwilligkeitsgrad. Erfolgreiches kollektives Handeln – und das gilt auch für den Prozeß der europäischen Integration – würde nicht bloß in der Koordination sozialer und anderer Interessen bestehen müssen, sondern vor allem darin, neue Definitionen des Selbst hervorzu bringen, in deren Folge sich auch die Interessenstrukturen transformieren können.

#### 4. Kann es so etwas wie eine weltbürgerliche Identität geben?

Eine europäische Identitätsbildung wäre an einem übergreifenden europäischen Gemeinwohl orientiert, hätte aber immer noch die Möglichkeit, das Außenverhältnis als Konkurrenzsituation zu begreifen und Feindbilder zur Orientierung zu benutzen. Man kann sie mit gewissen Einschränkungen also durchaus analog zum Modell der nationalen Identität zu begreifen versuchen. Das Außenverhältnis einer weltweiten, menschheitlichen Identitätsvorstellung dagegen ist nicht mehr zu bestimmen.

Bei genauerer Prüfung des Sachverhalts ergibt sich aber: Die identitätskonstituierenden Faktoren wie hinreichend intensive kommunikative Interaktion, gemeinsame Geschichte, gemeinsame oder wenigstens ähnliche Wertvorstellungen und vor allem die Identifikation mit dem Schicksal anderer, also die Herausbildung eines kollektiven Interesses oder Gemeininteresses, können alle auch in einer Weltgesellschaft wirken. Dagegen entfällt hier ein typisches zusammenschließendes Merkmal partikularer Gruppen bis hin zum Nationalstaat, ja sogar zum Staatenbündnis, nämlich die Abgrenzung nach außen. Vor allem muß ein typisches Merkmal klassischer Theorien aufgegeben werden, nämlich die These des außenpolitischen Realismus und Neorealismus, wonach relative Vorteile gegenüber von Konkurrenten das Handeln von Gruppen und Staaten mit größerer Wahrscheinlichkeit bestimmen werden als absolute Gesamtvorteile<sup>80</sup>. Diese Theorie kann schon strukturell die Weltgesellschaft nicht als Identitäts- und Interessengemeinschaft und schon

---

79 Wendt a.a.O. S. 386.

80 vgl. Wendt, S. 386ff.

gar nicht als politische Einheit begreifen. Der Einwand des „methodologischen Nationalismus“ gegen diese Theoriekonzeptionen kann deshalb nicht von der Hand gewiesen werden.<sup>81</sup>

Gegen die Option einer politischen Einheit, die ja in irgendeinem Sinne ein *Weltstaat* sein müßte, sind hinreichend starke Einwände (Gefahr des Zentralismus, der Entfremdung durch ferne Entscheidungen, der unkontrollierten Machtzusammenballung, der Unmöglichkeit des Ausweichens in anders verfaßte Räume etc.) vorgebracht worden. Daraus folgt aber nicht schon, daß auch die Vorstellung einer *Weltgesellschaft* zurückgewiesen werden müßte, die sich in der ökonomischen Sphäre des Handels und der Finanztransaktionen ohnehin schon in weiten Bereichen herausgebildet hat. „Es könnte sein, daß wir die neu entstandene Weltgesellschaft nicht wahrnehmen und deshalb auch nicht realisieren, weil wir sie unter falschen Kategorien, etwa unter der Idee des Weltreichs, erwartet haben.“<sup>82</sup>

Eine kommunikative Einheit im Sinne einer stärkeren, wenn auch unvermeidlicherweise vergrößerten kommunikativen Interaktion durch Medien und Reisen beginnt sich seit einiger Zeit zu entwickeln. Die Interaktion von Nichtregierungsorganisationen fügt dem zivilgesellschaftlichen Formen hinzu. Die intensivisierte Einflußnahme der Staatengemeinschaft aufeinander bis hin zur menschenrechtlich motivierten Einsprache und Intervention in traditionell als souverän behandelte Bereiche hinein hat sich ebenfalls etabliert und fügt dem eine transitorische, vernunftrechtlich-moralisch statt positivrechtlich begründete Dimension einer auch praktisch-politischen Globalisierung hinzu.

Das moderne Identifikationsangebot auf der Ebene des Nationalstaates ist die rechtliche Konstruktion einer Staatsbürgerschaft, die vor allem Jürgen Habermas betont. Könnte sich analog dazu eine entsprechende kollektive Identität auch auf der übergreifenden Ebene eines Weltbürgertums herausbilden? Habermas bezweifelt dies, weil jede politische Vergemeinschaftung auch einer ethisch-politischen Dimension bedarf, womit er die Herausbildung einer durch gemeinsame Sitten und Organisationsformen integrierten Gruppe unter Ausschluß Nichtbeteiligter meint. Dieses Argument scheint mir aber vor allem aus Habermas' besonderer Definition von „ethisch-politisch“ im Sinne von Sitte und Brauchtum im Unterschied zur universalen moralisch-rechtlichen Dimension zu folgen. Auch die kollektive Identitätsbildung auf nationaler Ebene war immer schon – bei aller imaginierten Naturwüchsigkeit – Ergebnis eines geschichtlichen Prozesses, d.h. der Konstitution gemeinsamer Traditionen.<sup>83</sup> Selbst sie wurde häufig als abstrakt gegenüber regionalen,

---

81 Ulrich Beck: Zwischenbilanz: Der ‚methodologische Nationalismus‘ und seine Widerlegung, in ders.: Was ist Globalisierung? Irrtümer des Globalismus – Antworten auf Globalisierung. Frankfurt/M. 1997, S. 115ff.

82 Luhmann, Niklas: Die Weltgesellschaft, in ders.: Soziologische Aufklärung 2. Aufsätze zur Theorie der Gesellschaft. Opladen 3. Aufl. 1986 (zuerst 1975), S. 53.

83 Habermas, Jürgen: Die postnationale Konstellation. Politische Essays, Frankfurt 1998, S.163.

stammesmäßigen und familialen Identitätsformen kritisiert. Weltbürgerliche Identität läge zweifellos noch eine Abstraktionsebene höher, braucht aber keineswegs allein, wie Habermas meint, auf einen dünnen, menschenrechtlichen moralischen Universalismus gestützt zu sein. Denn dieser beginnt seit 1945 im Zuge seiner weltweiten Diskussion und partiellen Durchsetzung so etwas wie eine geschichtlich-konkrete Dimension der Auseinandersetzungen, Kämpfe, Tragödien und Fehlschläge zu entwickeln. Die Empörung über Massenvernichtungsmaßnahmen, Völkermord und ethnische Säuberungen, also das Interesse, das westliche Öffentlichkeiten an dem nehmen, was anderen Menschen zustoßt, kann dabei als die treibende Kraft gelten. Aber auch gegen die Unterdrückung von Menschenrechten wie der freien Meinungsäußerung und des Rechts auf soziale wie politische Organisation kann sich ein weltweit wahrgenommener Widerstand manifestieren.

Weltbürgerliche Identität kann so mehr und mehr auch auf gemeinsam wahrgenommene weltgeschichtliche Ereignisse zurückgreifen, somit auf das, was Immanuel Kant als *Geschichtszeichen* analysiert und begriffen hat. Es ist zweifellos richtig, wenn Habermas in einer kosmopolitischen Gemeinschaft von Weltbürgern zunächst keine ausreichende Basis für eine Weltinnenpolitik zu sehen vermag. Wir beobachten aber den Prozeß der Entstehung und Verdichtung weltweiter kommunikativer und Wahrnehmungsstrukturen, welche die Realbasis für die Herausbildung weltbürgerlichen Bewußtseins darstellen.

Identität und Interesse können in diesem Zusammenhang nicht als fixe und unabhängige Voraussetzungen der Analyse behandelt werden. Wenn wir sie als gegeben betrachten würden, hätten wir keine Möglichkeit, ihre prozessuale Variation zu analysieren. Identität kann als Kontinuum zwischen den beiden Extremen des privaten Individualinteresses und der menschheitlichen Identifikation begriffen werden – mit allen Variationsmöglichkeiten, die multiple Orientierungen zu bieten haben.<sup>84</sup> Sie unterliegt Evolutions- und potentiell auch Lernprozessen, wie sie derzeit, vor allem im Medium von Konflikten und sogar Kriegen stattfinden.<sup>85</sup> Robert Axelrod hat gezeigt, daß sich reziproke Verhaltensformen durch wiederholte Interaktionen zum gemeinsamen Vorteil herausbilden und stabilisieren können. In diesem Prozeß besteht durchaus die Möglichkeit, nach dem Modell der Integrationstheorie utilitäre Momente durch identitive Momente zu ergänzen. Gemeinsame Praxis kann durchaus eine identitätsprägende Kraft haben. Dem Aspekt des Utilitären wird hierbei eine Ebene hinzugefügt, die Alexander Wendt, Richard Rorty und andere als rhetorische

---

84 vgl. Wendt 387.

85 in kühler und unaufgeregter soziologischer Analytik dazu Karl Otto Hondrich: Lehrmeister Krieg. Reinbek 1992. Derartige Lernprozesse haben jedoch immer einen ungewissen Ausgang. Die Griechen, in ihrem Selbstverständnis zusammengewachsen durch den in der Tat eindrucksvollen Abwehrkampf gegen die überlegenen Perser, haben sich nach ihrem Sieg im Kampf Athens gegen Sparta vollkommen zerfleischt.

Praxis bezeichnet haben, deren Funktion und Ziel in Prozessen kollektiven Handelns die Herstellung von Gemeinsamkeit und Solidarität ist. Die gängige ideologiekritische Haltung gegenüber der Rhetorik neigt dazu, deren funktionales Moment der Handlungsintegration zu übersehen und abzulehnen. Dialog, Diskussion, Überredung und Überzeugung, auch symbolisches Handeln sind aber allesamt rhetorische Praktiken von einer durchaus ernstzunehmenden identitätsbildenden und handlungsleitenden Wirksamkeit: „Das realweltliche kollektive Handeln besteht zu einem guten Teil in einer derartigen symbolischen Tätigkeit.“<sup>86</sup> All dies kann zu einer Internationalisierung der politischen Autorität beitragen, die dann die Legitimationsgrundlage abgibt zu ersten Ansätzen auch einer Internationalisierung des Staates, die gewiß noch nicht besonders weit fortgeschritten ist, aber doch schon praktisch wahrgenommen werden kann in der Form des Übergangs von Teilsouveränitäten auf supranationale Institutionen und transnationale Autoritäten.<sup>87</sup>

Wenn diese Identitätsformen weltgesellschaftlich oder, mit dem entsprechenden Pathos, menschheitlich orientiert sind, eine Außenabgrenzung also nicht mehr stattfindet, ergibt sich das, was „Die feindlose Demokratie“<sup>88</sup> genannt worden ist. Die Anzeichen sprechen allerdings in sehr eindrucksvoller Sprache dafür, daß dann die Tendenz entsteht, Feindbilder im Innern zu suchen: in lokalen Restdiktaturen, in Enklaven der Korruption, in der besonders konzentrierten Verfolgung bestimmter Formen von Kriminalität, potentiell aber auch gegenüber allen jenen schnell als rückständig stigmatisierten Menschengruppen, die die weltbürgerliche Identifikation nur zögernd oder gar nicht zu akzeptieren bereit sind. So wird man warnend anmerken müssen, daß auch universalistische Identifikationen zu Ausgrenzungen neigen und die Nichtuniversalisten womöglich in besonders gefährlicher Weise diskriminieren, weil diese sich als Ziel anzubieten scheinen. Reinhart Koselleck hat das in seinem Aufsatz „Zur historisch-politischen Semantik asymmetrischer Gegenbegriffe“ durchbuchstabiert.<sup>89</sup> Begriffe, die die Gesamtheit aller Menschen zu umfassen beanspruchen, tendieren zu pauschalisierenden Ausgrenzungen: Hellenen und Barbaren, Christen und Heiden, schließlich Mensch und Unmensch oder Übermensch und Untermensch. Die Ursache dafür liegt darin, daß der politische Sprachgebrauch zur werthaft polarisierenden Aufladung von Allgemeinbegriffen neigt und dies eben auch und gerade bei der Menschheit. Die Selbstreflexion und Selbstkritik der Aufklärung hat dies frühzeitig erkannt. In knappster Weise ist der potentielle Terrorismus jener Identifikationsform zusammengefaßt worden in Sarastros Arie aus Mozarts „Zauberflöte“: „Wen solche Lehren nicht erfreuen, verdient nicht, ein Mensch zu sein.“

---

86 Wendt 391.

87 am stringentesten ist dieser Prozeß analysiert bei Wendt 392f.

88 Beck, Ulrich: Die feindlose Demokratie. Ausgewählte Aufsätze. Stuttgart 1995.

89 in: Reinhard Koselleck: Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten. Frankfurt/M. 1979, Neuaufl. 1989, 211-259.

Mit diesem Gefährdungspotential kann man auf zwei Weisen umgehen: durch den Versuch einer Zurückdrängung der normativ-moralischen Aufladung von weltgesellschaftlichen Orientierungen oder durch normatives Wegpostulieren. Den *ersten* Weg beschreitet Niklas Luhmann, wenn er vor der politischen Durchstrukturierung der Weltgesellschaft warnt, weil die eigentümliche Kombination von Recht und Politik, die die staatliche Organisation der Nationen ausgemacht hatte, möglicherweise „gerade in ihrer besonderen Leistungsfähigkeit eine Fehlspezialisierung der Menschheitsentwicklung war, die sich, vorläufig jedenfalls, nicht auf das System der Weltgesellschaft übertragen läßt“, denn die Politik ist anscheinend nach wie vor darauf angewiesen, „den benötigten Konsens aus ‚Gefahren‘, Frontenbildungen und Interessengegensätzen zu gewinnen, die eigenen Mechanismen also in bezug auf Grenzen zwischen Menschen zu stabilisieren.“<sup>90</sup> Luhmann möchte die gefährliche Integrationsleistung stattdessen durch Wirtschaft, Wissenschaft und Technik ersetzen, es geht ihm also um ein *downgrading* des Politischen und dessen möglichste Ersetzung durch einen kognitiven Erwartungsstil. Luhmann stellte sich vor, daß die Rolle der Politik durch individuelle Grundrechte eingeschränkt werden könnte, und die funktionale Differenzierung mit ihrem *Hochtuning* der Leistungsfähigkeit von Teilsystemen durch explizit gezogene Grenzen einer strukturellen Kontrolle unterzogen werden müsse. Diese kluge Modernisierung von Helmut Schelskys These der „Verwissenschaftlichung unserer Welt und des Lebens in ihr“, also seiner Technokratie- und Sachzwanglehre<sup>91</sup> enthält zwei Verkürzungen der Rolle des Politischen. Die Grundrechtsgarantie ist eine Fundamentalaufgabe der Politik und kann im supranationalen Bereich nur menschenrechtlich fundiert sein. Internationalstaatliche Strukturen nach dem Modell Alexander Wendts haben keine andere als die menschenrechtliche Legitimationsmöglichkeit und sind zur Zustimmungsbeschaffung auch auf eine entsprechende moralische und identitätsmäßige Aufladung angewiesen. Allein technisch wäre die Integration nicht legitimierbar. Und *zweitens* kann die explizite Grenzziehung für die Teilsysteme nicht vom Rechtssystem geleistet werden. Dieses bedarf dazu einer politischen Verfaßtheit, eines politischen Ausführungsarms und vor allem eines ausgeprägten politischen Willens hinter der Installation der juristischen Instanzenzüge und der Verabschiedung der nötigen Gesetze.

In kritischer Absetzung zu Luhmanns Überlegungen hat Habermas den Weg der Normenreflexion zur Konstituierung einer weltgesellschaftlichen kollektiven Identität beschritten. Analog zu Hegels Vorstellung einer Fundierung abstrakter Moralität in einer konkret herausgebildeten Sittlichkeit orientiert sich auch Habermas an der Überlegung, daß eine derartige Identifikationsleistung,

---

90 Luhmann, a.a.O. 57.

91 Schelsky, Helmut: Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation (1961) in ders., Auf der Suche nach der Wirklichkeit. Gesammelte Aufsätze zur Soziologie der Bundesrepublik, München 1979, S. 449-499.

die ja nicht nur von einzelnen Moralvirtuosen, sondern von einer signifikanten Zahl von Menschen erbracht werden müßte, nur das Resultat realer Interaktion sein kann. Allerdings kann es sich bei einer menschheitlichen Identität nicht mehr um die Einheit von inhaltlichen Weltbildern handeln. Ein weltbürgerliches Denken wäre fehlprogrammiert, verstünde es sich als Ersatz für religiöse Lehren und Integrationsformen. Auch die Vorstellung, daß Philosophie oder die Wissenschaften an deren Stelle treten könnten, wird von Habermas mit dem Hinweis auf die Vielfalt wechselnder und spezialisierter Lehrmeinungen zurückgewiesen. Luhmanns Idee einer sachlich kognitiven Integration auf quasi-wissenschaftlichem Boden könne im übrigen schon deshalb nicht funktionieren, weil weder seine Systemtheorie noch irgendeine andere Gesellschaftstheorie eine realistische Chance auf allgemeine Akzeptanz hätten.

Habermas schlägt deshalb vor, kollektive Identität „heute allenfalls in den formalen Bedingungen verankert“ zu sehen, also in der Struktur des Erzeugungsprozesses „einer flexiblen Identität, in der sich alle Gesellschaftsmitglieder wiedererkennen und reziprok anerkennen, d.h. achten können.“<sup>92</sup> Kollektive Identität soll reflexiv verfaßt sein und hätte nur in dieser Form eine Chance, über partikuläre Begrenzungen hinauszugelangen, zu denen zweifellos auch ältere Identifikationsangebote mit universalistischem Anspruch gehören wie die Weltreligionen und die internationale Arbeiterbewegung, um nur die beiden größten und wirkmächtigsten Bereiche zu nennen. Entscheidend wäre dann die Form der Identifizierung, also eine überzeugende Beantwortung der Frage, ob „die Identitätsbildung auf zivilbürgerlichen und integrativen Grundlagen erfolgt, d.h. im Prinzip offen für alle ist.“<sup>93</sup> Gerade wegen ihres formalen Charakters sind derartige Bedingungen verallgemeinerbar. Habermas interpretiert die Westorientierung der Bundesrepublik als einen Versuch, eine derartige zivilbürgerliche Identität in posttraditionaler Form zu entwickeln. Dies ist der Weg gewesen, die altmoderne nationalstaatliche Identifikation zugunsten einer eindeutig rechtsstaatlich-demokratischen universalistischen Orientierung zu überwinden. Habermas glaubte allerdings noch 1987, daß sich die kulturelle Identität der Deutschen wie früher schon im Falle Österreichs von der einheitsstaatlichen Organisationsform gelöst habe und nun mit Ausnahme einiger Konservativer im Verfassungspatriotismus angekommen sei.<sup>94</sup> Nicht mehr das konkrete Ganze einer Nation, sondern vielmehr abstrakte Verfahren und Prinzipien sollen dessen Kern dar-

---

92 Jürgen Habermas: Können komplexe Gesellschaften eine vernünftige Identität ausbilden? In: Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus, Frankfurt/M. 1976, 92-129, hier S. 107.

93 diese Bedingung hat Michael Zürn für die nationalstaatliche Identitätsbildung formuliert, sie gilt aber strukturell genauso für eine weltgesellschaftliche. Vgl. Zürn, Michael: Regieren jenseits des Nationalstaats. Globalisierung und Denationalisierung als Chance, Frankfurt 1998, S. 257.

94 Jürgen Habermas: Eine Art Schadensabwicklung. Kleine Politische Schriften VI. Frankfurt/M. 1987, S. 168.

stellen. Konsequent verfahrenstheoretisch möchte Habermas auch den menschheitlichen Empörungsdiskurs gegen Menschenrechtsverletzungen verrechtlichen und durch die Institutionalisierung von Verfahren „den juristisch gezähmten Umgang mit Menschenrechtsverletzungen vor einer moralischen Entdifferenzierung des Rechts schützen und eine unvermittelt durchschlagende moralische Diskriminierung von ‚Feinden‘ verhindern.“<sup>95</sup> Dies setzt eine funktionierende UNO voraus. Für die Übergangszeit und bei Blockaden des Sicherheitsrates, also für alle Fälle von Unterinstitutionalisierung des Rechts, muß auch nach Habermas im moralischen Vorgriff auf derartige rechtliche Regelungen eines kosmopolitischen Zustandes gehandelt werden. Hier bleibt dann nur die schwache Kraft einer Selbstaufklärung und Selbstkontrolle, die auf die diskutierende Öffentlichkeit von Demokratien angewiesen ist, und die letztlich auch die politische Basis für die Entwicklung legitimer Verrechtlichungsformen darzustellen hat, also die öffentliche Kontrolle der Rechtsentwicklung mit übernehmen muß.

Bei aller kritischen Sensibilität für den politisch-sozialen Mechanismus der Identifikation durch Abgrenzung sollte nicht vergessen werden, daß Abgrenzung nur ein sekundäres Merkmal von Identität ist und nicht als notwendige und unvermeidliche Voraussetzung von Identitätsbildungsprozessen angesehen werden kann. Insbesondere die immer häufiger sich herausbildenden Mehrfachidentitäten sind nicht mehr auf die Differenz zu einem eindeutig zu bestimmenden Feind- oder Gegenbild angewiesen. So hat Wolfgang Bergem in seinem Beitrag zu diesem Band darauf hingewiesen, daß die in ihrer Bedeutung wachsenden regionalen Formen von Identität weniger zur Freund-Feind-Schematisierung taugen als die unmittelbar mit der Konstitution von Militärmacht verbundene nationale Identität. Transkulturalität, Vermischung und Identitätsüberlagerung verdrängen simple Einfachorientierungen. Die Faktizität hat hier die scheinbare Plausibilität der Begriffspaarung Identität und Differenz außer Kraft gesetzt, weil diese zu grob ist, um die innere Differenzierung und Multiplizität der Identifikationsmöglichkeiten zu beschreiben. Die Ausdehnbarkeit des Identitätsrahmens eröffnet die Potentialität von Interessendispersionen und der gegenseitigen Überlagerung von Identifikationsstrukturen. Man könnte aus diesem Grunde ernsthaft ins Auge fassen, den Begriff „Identität“, der immer ein Moment der Fixierung über einen gewissen Zeitraum enthält, durch den stärkere Flexibilität und Mobilität signalisierenden Begriff der Identifikation zu ersetzen. Ich halte jedoch bis auf weiteres am Identitätsbegriff fest, weil dieser ständig auch die Gefahrenpotentiale mit transportiert. Die Gefahren des Ausschlusses und der Abgrenzung von Identität können auf diese Weise semantisch mit präsent gehalten werden, um permanent daran zu erinnern, daß ihnen auf politischem Wege entgegengetreten werden muß. Auf diese Weise hat die Diskussion auch am ehesten die

---

95 Jürgen Habermas, *Bestialität und Humanität. Ein Krieg an der Grenze zwischen Recht und Moral*, *Die Zeit*, 54. Jg. 1999, Nr. 18, S. 1-7.

Chance, den kritischen Einwänden Wolf-Dieter Narrs gerecht zu werden, denen man nicht durch eine schlichte Wortänderung ausweichen sollte. Man sollte sich davor hüten, dem Identitätsbegriff unkritisch einen allzu positiven Klang zu verleihen.

Wie verhält sich ein solches Modell zum Interessenbegriff? Die „stumme Überzeugungskraft des ökonomischen Erfolges“<sup>96</sup> hat sicherlich zur deutschen Westorientierung beigetragen. Ebenso die Internationalisierung von Wissenschaft, Kunst und Literatur, sowie, nicht zu unterschätzen, Massenkommunikation und Massentourismus. Als weiterer Faktor ist gewiß der Zerfall eines bildungsbürgerlich definierten schulischen und universitären Curriculums zu nennen. Die ehemaligen Trägerschichten nationaler Identifikation haben ihre prägenden Vorstellung internationalisiert und auf diese Weise zu einer veränderten Sicht der Interessenlage beigetragen. Diese ist dadurch unübersichtlicher geworden, weil herkömmliche Feindbilder und Stereotypen nicht mehr ungebrochen funktionieren. Die so entstandene Unübersichtlichkeit der Interessenlagen muß nicht unbedingt als Nachteil angesehen werden.

Zwar können sehr klare und sehr präzise Interessendefinitionen unter Umständen Mißverständnisse vermeiden und den Bereich des zu Verhandelnden klar abzugrenzen helfen, sie können aber auch streiterzeugend und ausgleichsverhindernd wirken, wenn sich herausstellt, „daß Interessen, die bisher, in einer Zone gnädiger Unschärfe, als vereinbar galten“<sup>97</sup>, es nicht mehr sind. Unbestimmtheiten und Unschärfen gehören zu den Ermöglichungsbedingungen der Kooperation. Sie sind dann legitimierbar, wenn nicht eine Seite ständig den Eindruck haben muß, benachteiligt zu werden, auch wenn nicht jederzeit in jedem Einzelpunkt ein fairer Ausgleich möglich ist. Dahinter steht immer die Grundüberlegung, daß es sich bei derartigen Kooperationsprozessen nicht um Nullsummenspiele handelt, sondern erfolgreiche und friedliche Kooperation immer auch Zusatzgewinne für alle Beteiligten erbringt. Über die strikte Einhaltung der formalen Bedingungen der Kooperation hinaus bedarf es also der Entwicklung einer Argumentationskultur. Benjamin Barber hat darauf hingewiesen, daß so extrem unterschiedliche Theoretiker wie David Hume und Rousseau beide Empathie und Imagination als Schlüssel zur menschlichen Kooperation gesehen haben. Polarisierendes Sprechen ergibt sich, neben den Zuspitzungserfordernissen des Journalismus und den kollektiven Organisationsnotwendigkeiten des Gegensatzes von Regierung und Opposition daraus, daß Individuen verstanden werden als Träger unveränderlicher und irreduzibler Interessen, so daß alle Formen von Diskursen nichts anderes tun können, als diese Interessen zu artikulieren und ihnen nachzugeben bzw. diese abzuweisen.

Als Alternative zum „*polarizing talk*“ der Nullsummenwelt bedarf es offenbar einer Haltung der Empathie, die es ermöglicht, Interessen anderer

---

96 Habermas, Schadensabwicklung S. 176.

97 Hondrich, a.a.O. S. 67.

nicht einfach in selbstüberfordernden Akten des Altruismus hinzunehmen, sondern vielmehr in der Form des Gemeininteresses für sich zu rekonstruieren.<sup>98</sup> Es handelt sich um einen doppelseitigen Prozeß der Anerkennung und gemeinsamen Umformung von Interessenpositionen. Zu der mageren Position der Diskursethik, die die formalen Grundbedingungen derartiger Prozesse bestimmt, fügt dieses kommunitarische Denken die Ebene einer „Argumentationskultur“ hinzu, die auch auf der motivationalen Ebene eine Atmosphäre der Akzeptanz von Positionen anderer schaffen kann.<sup>99</sup> Amitai Etzioni hat auf dieser Grundlage die Idee entwickelt, daß Wertvorstellungen immer nur Ausdruck partikularer Gemeinschaften sind, daß Gemeinschaften auch problematische und gar schlechte Werte gutheißen können, und daß aus diesen Gründen in allen Konfliktfällen ein übergreifender *moralischer Dialog* gestartet werden muß, der beim Aufeinandertreffen sehr weit auseinanderliegender Konzepte nach einer letztlich globalen Einrahmung dieser Partialwerte suchen muß. Prozedurale Dialoge des diskursethischen Typs legen zwar scheinbar nur Minimalbedingungen fest, die jeder akzeptieren können müßte. In der praktischen Realisierung aber verlangen sie von den dialogisierenden Individuen die Entwicklung einer Fähigkeit, die nur mühsam anzuerziehen ist und von den meisten als unnatürlich und ihnen wesensfremd empfunden würde: „Menschen sind nicht in der Lage, Werte und Tatsachen in der Weise voneinander zu trennen, wie es die Ideale von Deliberation und Vernunft erfordern. Die Menschen zu drängen, diese Fähigkeit zu erwerben, würde eher zu vermehrter Frustration und Ablehnung führen als zu einer deliberativen Demokratie.“<sup>100</sup> Rein technisch wäre eine prozedurale Verständigung zwar einfacher, aber sie würde von den diskutierenden Individuen, die ja demokratische Normalbürger sein sollen und nicht lediglich hochartikulierte und in Wertfreiheitspostulaten geschulte akademische Diskursvirtuosen, zu viel an Künstlichkeit verlangen. Dieses diskurspragmatische Argument führt dazu, doch eher substantielle Dialoge zu befürworten, die Etzioni *Überzeugungsdialoge* nennt, und deren potentiell explosive Nebenfolgen durch die Entwicklung einer *Argumentationskultur* so gut es geht in Schranken gehalten werden müssen. Moralische Dialoge haben neben der Funktion,

---

98 Barber, Benjamin R.: An American Civic Forum: Civil Society between Market Individuals and the Political Community, in Paul, Ellen Frankel; Miller, Fred. D.; Paul, Jeffrey: The Communitarian Challenge to Liberalism, Cambridge 1996, S. 269-283, hier S. 278f.

99 dazu vor allem Tannen, Deborah: The Argument Culture. Moving from Debate to Dialogue, New York: Random House 1998. Die deutsche Übersetzung dieses viel-diskutierten Buches ist unter dem irreführenden, weil ein politisches Buch als privatistische Lebensberatung erscheinen lassenden Titel „Laß uns richtig streiten. Vom Wortgefecht zum Dialog, in München 1999 erschienen.

100 Etzioni, Amitai: Die Verantwortungsgesellschaft. Individualismus und Moral in der heutigen Demokratie. Zuerst als The New Golden Rule. Community and Morality in a Democratic Society 1996, Frankfurt und New York 1997, S. 294f.

gegenseitige Klärungen der Wertvorstellungen zu erzielen, vor allem auch die Funktion der Erinnerung an und der Durchsetzung von Verpflichtungen, denn deren Legitimierung bedarf der beständigen Kommunikationsprozesse, in deren Verlauf die Verwandlung von Identitäten und Interessen sich vollzieht.

## **5. Die Beiträge**

Micha Brumlik prüft an einem „hard case“, welche Identitätszumutungen eigentlich an Einwanderer gerichtet werden können. Sein neuer gedanklicher Zug in dieser Diskussion besteht darin, mittels eines funktionalisch-universalistischen Begriffs der „nationalen Kultur“ (die auch die eines europäischen Bundesstaates sein könnte) eine Ebene zu bezeichnen, die einwandernden Individuen ein größtmögliches Potential an Gleichheit und Würde ermöglicht. Dazu erinnert Brumlik an eine in der intellektuell unscharfen Multikulturalismusdebatte verwischte Unterscheidung zwischen Einwandern, die freiwillig und als ökonomisch interessierte Individuen kommen und Ureinwohnern, die wie die Dänen und Sorben nur aus kontingenten Gründen auf deutschem Territorium leben, sowie Flüchtlingen, die im Prinzip bei verbesserten politischen Verhältnissen in ihre Heimat zurückkehren möchten. Eine politische Ethik muß sich auf rechtlich abgrenzbare Einheiten wie den Staat beziehen, während die Orientierung an Gruppen und Ethnien die Individuen entrechten und wegen der unlösbaren inneren Abgrenzungs- und Differenzierungsprobleme gefährliche Konfliktpotentiale und künstliche Ungerechtigkeiten schaffen würde. Theoretische Grundlage dieses Ansatzes ist ein klarer Begriff der Einwanderer als ökonomisch interessierte Individuen, deren Würde und deren Menschenrechte am besten in einem ihre individuelle Entfaltung ermöglichenden nationalkulturellen Zusammenhang des Einwanderungslandes verwirklicht werden können. Der Ausgang vom Individualinteresse bringt eine einwanderungsoffene, aber auf Integration drängende nationalstaatliche Identitätskonzeption nach amerikanischem Vorbild hervor.

Peter Lohauß stellt die multikulturalistischen, liberalen und kommunitarischen Positionen zur Identitätspolitik einander an Hand gegenwärtiger praktischer Fragen gegenüber. Der Unterschied zwischen multikulturalistischem und kommunitarischem Denken besteht darin, daß der Multikulturalismus einen beliebigen und nicht entscheidbaren Relativismus der einzelnen kulturellen oder ethnischen Gruppen annehmen muß, während die Kommunitarier die Einbettung von Gemeinschaftsformen in übergeordnete gemeinschaftliche Zusammenhänge nach dem Modell der union of unions oder community of communities betonen. Die in einer Gemeinschaft geltenden Regeln müssen sich daran messen lassen, ob sie auch in einem übergreifenden Zusammenhang akzeptabel sind.

Der Unterschied zwischen kommunitarischem Denken und individualistischem Liberalismus besteht darin, daß der Liberalismus diese intermediäre Ebene der abgestuften Zugehörigkeit zu verschiedenen Gemeinschaften (bis hin zur Weltbürgergemeinschaft) analytisch wie auch normativ vernachlässigt und über der Betonung der unmittelbaren Individualrechte deren sozialintegrative Gegenseite durch bloße Systemintegration meint ersetzen zu können. Die von Lohauß gewählte Differenzierung zwischen Multikulturalismus, Liberalismus und Kommunitarismus entlastet die Kommunitarier vom Vorwurf des Kulturrelativismus.<sup>101</sup>

Der Multikulturalismus enthält zwar die konsequenteste Verallgemeinerung von Identitätspolitik, führe aber in die logisch unmögliche Situation, alles partikulär Höchstgeschätze als gleichrangig einzuschätzen, ohne auf die verbindenden und grundlegenden Voraussetzungen einer gegenseitigen Anerkennung unterschiedlicher Grundpositionen zu reflektieren. Das Identitätsinteresse von Minderheiten werde über die gesellschaftliche Integration gestellt. Die liberale Kritik sei zwar logisch stringent, übergehe aber den Grund der Identitätspolitik, der in Diskriminierung und verletzter Identität liegt. Die kommunitarischen Positionen lieferten immer noch keine wirklich überzeugende Lösung für die Abwägung und Hierarchisierung multipler Identitäten. Die Empfehlung Michael Walzers, im Zweifel sollten Minderheiten sich doch abspalten, verfehle das Problem, daß dann wieder Minderheiten der Minderheiten entstünden. Auch individuelle Identität habe schon dialogischen Charakter und führt auf gesellschaftliche Voraussetzungen zurück. Diese gesellschaftlichen Voraussetzungen von Gemeinschaft, Identität und Demokratie müßten reflektiert und gegeneinander abgewogen werden.

Für M. Rainer Lepsius stellt die supranationale europäische Union ein faktisch wirksames Objekt mit normativem Anspruch dar. Das anfangs sozialtechnisch konstruierte Europa ist dabei, sich zu politisieren. Weil der Legitimationsbedarf besonders bei der Entwicklung von gemeinsamen sozialen Ordnungskonzeptionen wächst, könnten auf diese Weise auch sozialpolitische und sozialmoralische Identifikationsmuster entstehen. Wahrscheinlicher allerdings ist es, daß sich wegen der komplexen europäischen Mehrebenenverflechtung mit letztlich nicht klar differenzierbaren und sichtbaren Verantwortungsebenen eher die parlamentarisch vermittelten nationalstaatlichen Identitätsbildungen erweitern, so daß dabei nicht unbedingt so etwas wie eine gesonderte europäische Identität entsteht. Die Sprachenvielfalt Europas ist ohnehin allenfalls für wenige Elitenangehörige reduzierbar. Kultur auf europäischer Ebene wird vor allem eine hochdifferenzierte Übersetzungsleistung sein müssen, also eine sekundäre Identitätsform. Eine Homogenisierung ist weder erforderlich noch wünschenswert, wohl aber eine Übersetzungspolitik

---

101 wie ihn z.B. Bassam Tibi mittels der Gleichsetzung von Multikulturalismus und Kommunitarismus erhebt: Tibi, Bassam: Europa ohne Identität? Die Krise der multikulturellen Gesellschaft, München 1998.

in die jeweiligen nationalen Formen des Selbstverständnisses. Lepsius setzt gegen die Vorstellung einer gesamteuropäischen Identitätspolitik damit die Idee einer komplexen kulturellen Hermeneutik.

Wolf-Dieter Narr zeigt, was geschehen kann, wenn der Identitätsbegriff nicht deskriptiv und analytisch, sondern als Normativitätsprävention verwendet wird. Sein Beitrag versammelt alle wesentlichen identitätskritischen Argumente. Auch wenn seine Minderheitsposition die ubiquitäre Verwendung dieses Begriffs nicht verhindern kann, so steckt sie doch den Rahmen ab: nur solche Verwendungen des Identitätsbegriffs können als wissenschaftlich zulässig und politisch verantwortlich angesehen werden, die dieser Kritik standzuhalten in der Lage sind. Sein Beitrag ist sozusagen der Teststreifen, um pathogene Erscheinungen in den diversen Identitätsflüssigkeiten feststellen zu können.

Peter Schmitt-Egner entwickelt von einer sozialwissenschaftlichen Identitätsdefinition ausgehend ein analytisches Raster und aus diesem wiederum einen Fragekatalog zur empirischen Erforschung regionaler Identität. Diese wird nicht, wie bislang üblich, von innen bestimmt, sondern in der Interaktion von Begrenzungs-, Entgrenzungs- und Auflösungsprozessen. Er konstatiert den Übergang zu einem eliteninduzierten transnationalen Regionalismus postmoderner Prägung, wie er sich bei grenzübergreifenden europäischen Regionalinitiativen abzeichnet. Diese können als postmodern insofern gelten, als sie weder auf traditionale oder ethnische Milieus noch auf die Standardisierungen der nationalstaatlichen Moderne rekurren. Unter normativen Aspekten werden solche Prozesse für Schmitt-Egner besonders dann interessant, wenn an der regionalen Basis Lernprozesse, Kompetenzentwicklungen und eigenständige Rückgriffe auf die „roots“ erfolgen, so daß die Verständigungskultur sich auch von unten her entwickeln kann.

Gabriele Mordt nimmt die Frage, ob es sich bei der italienischen Lega Nord um eine Identitäts- oder eine Interessenorganisation handelt, zum Anlaß einer Abwägung zwischen dem kulturalistischen Forschungsansatz und am Individualinteresse orientierten Erklärungsformen des rational-choice-Paradigmas. Die Analyse der von der Lega Nord vertretenen Wertvorstellungen zeigt weniger eine ethnische, als vielmehr eine an Gerechtigkeitsprinzipien orientierte Ablehnung der zentralstaatlich vorgenommenen und kirchlich sekundierten Umverteilung der Arbeitsergebnisse des Nordens in den unproduktiveren Süden. Um aber die Differenz im Arbeitsethos als politisches Interessenproblem wahrnehmen und identifizieren zu können, muß so etwas wie eine norditalienische Identität als Basis angenommen werden, die jedoch weder eine ethnische noch eine andersgeartete traditionale Basis, immerhin aber eine territoriale und wohl auch zivilgesellschaftliche Grundlage hat. Beide Erklärungsmomente sind in einer gegenstrebigem Fügung so ineinander verwoben, daß die unterschiedlichen Aspekte von zweckrationalen, wert-rationalen und affektuellen Motiven ohne Vorrangregel für einen dieser Bereiche nebeneinander analysiert werden müssen.

Wolfgang Bergem zeigt, wie die regionale Aufsplitterung der Identitätsbildungsformen in Ostdeutschland dabei ist, die Ost-West-Differenz zu überformen. Schon jetzt erscheint die mediale Betonung dieser Differenz aus der Perspektive der empirisch arbeitenden politischen Kulturforschung als in dieser Schärfe nicht zu bestätigende Übertreibung. Die positive Identifikation mit der eigenen Region läßt negative Formen der Abgrenzung von etwas anderen, also vom Westen, in den Hintergrund treten.

Suzanne Bleier untersucht Strategien des Identitätsmarketing in den Bindestrichländern Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt. Statt der intellektuellen Eliten des 19. Jahrhunderts, die die Avantgarde der Nationalstaatlichkeit bildeten, ist die Trägerschicht hier ein Symbolunternehmertum, das sich im Kooperationsbereich von Werbung und Politik ansiedelt und Kollektivsymbolik zum Zwecke des Standortwettbewerbs betreibt. Dies ist keine ganz harmlose Erscheinung, weil die regionalen Identitätsformen immer partikularistische Gefahren mit sich bringen.

Michael Hennes untersucht die Frage, ob der von Habermas und anderen konstatierte DM-Nationalismus, der seit Maastricht zu einem empirisch signifikanten Rückgang der Europabefürwortung in Deutschland geführt hat, sich wirklich als ein dauerhaftes und tiefgreifendes Integrationshindernis erweisen könnte. Da es sich beim DM-Nationalismus nur um eine sekundäre Ersatzidentitätsform gehandelt hat, kann er durch einen funktionalen EURO-PAYismus ersetzt werden, vorausgesetzt, der Euro erweist sich als hinreichend stabile Währung.

Christoph Weller legt eine ebenso systematische wie konzise politikwissenschaftliche Konzeptualisierung der „kollektiven Identität“ für die Teildisziplin der internationalen Beziehungen vor. Die Leistungsfähigkeit des Identitätsbegriffs besteht für ihn gerade in dessen Flexibilität. Identität besteht für ihn als selbstreflexive Bewußtseinsleistung der Individuen, die sich bestimmten Kollektiven wie Gruppen, Institutionen, Staaten oder suprastaatlichen Gemeinsamkeitsformen vorrangig zugehörig sehen. Mit dem philosophischen Identitätsbegriff darf diese soziale und reflexive Begrifflichkeit nicht verwechselt werden.

Harald Welzer prüft die Identitätskonzepte von Nazi-Mördern ausgehend von der Beobachtung, daß in den von ihm analysierten Fällen nicht etwa moralische Hemmungen gegen den Mord überwunden werden mußten oder die Alltagsmoral durch Korruption, Sadismus oder Verrohung ausgeschaltet war, sondern es vielmehr eine bestimmte, uns heute als zynisch erscheinende mörderische Moralkonzeption war, die ihr Handeln leitete. Diese Denkfigur des Mörders als Moralist auf einer sehr simplen Stufe konventioneller Moral der alltäglichen Korrektheit kann als zugespitzte Variante von Hannah Arendts älterer These von der Banalität des Bösen gelten. Nach Welzers sozialpsychologischer Betrachtung handelt Franz Stangl, der Kommandant von Treblinka, „im Rahmen zeitgenössischer normativer Paradigmen, wissenschaftlicher Lehrmeinungen, militärischer Pflichtauffassungen und kanonisierter Ehrendefinitionen“.

Für den Anstoß zur Auseinandersetzung mit dieser Thematik und für die kontinuierlichen, hochinteressanten Diskussionsprozesse danke ich Rainer Enskat, Heinz-Gerhard Haupt und Reinhard Kreckel. An der Universität Essen danke ich allen Kolleginnen und Kollegen, besonders aber Othmar Nikola Haberl und Karl Rohe für die gastfreundliche Aufnahme und die großzügigen äußeren Bedingungen, die es möglich machten, diesen Band schließlich fertigzustellen.

# Selbstachtung und nationale Kultur – Zur politischen Ethik multikultureller Gesellschaften

*Micha Brumlik*

## Vorbemerkung

Für die mannigfachen Probleme und vielfältigen Konflikte, die die sich selbst nicht anerkennende, sozialstaatlich verfaßte Einwanderungsgesellschaft der Bundesrepublik Deutschland hervortreibt, wird von progressiver Seite gerne ein Patentrezept angeboten: Deutschland, so heißt es, müsse endlich zu einer zivilen, einer multikulturellen Gesellschaft werden; die Transformation vom autoritär fixierten Wohlfahrtsstaat zu einer ebenso individualistischen wie solidarischen Zivilgesellschaft sei unumgänglich!<sup>1</sup>

Dabei fällt nicht nur auf, daß kaum je genau angegeben wird, worum es sich dabei handeln soll – geht es um das Wahlrecht, welcher Art auch immer für Menschen ohne deutschen Pass; geht es darum, im Grundgesetz den Schutz religiöser, ethnischer und sprachlicher Minderheiten zu verankern oder darum, in der Schule anderen als nur christlichen Religionsunterricht anzubieten? Oder geht es – in letzter Zeit eine wieder häufiger zu hörende Forderung – darum, ein verfassungsmäßiges Antidiskriminierungsgesetz zu verabschieden und in Form ethnischer, religiöser, generischer oder nach sexuellen Neigungen geordneter Quotierung öffentlicher Positionen administrativ umzusetzen?<sup>2</sup> Weiterhin fällt auf, daß die politischen und sozialen Erfahrungen, die andere Gesellschaften, vornehmlich die USA, Kanada oder Australien, mit einer Politik des Multikulturalismus gemacht haben, wenig oder gar nicht berücksichtigt werden.<sup>3</sup> Deren Erfahrungen – etwa mit einer ethnischen oder an der Hautfarbe orientierten Quotierung bzw. gezielter Förderung sind aber alles andere als unumstritten oder gar eindeutig.<sup>4</sup>

- 
- 1 D. Cohn-Bendit/Th. Schmid, *Heimat Babylon*, Hamburg 1992; G. Frankenberg, *Solidarität in einer „Gesellschaft der Individuen“*, in: ders. (Hg.), *Auf der Suche nach der gerechten Gesellschaft*, Frankfurt a. M. 1994.
  - 2 B. Rössler (Hg.), *Quotierung*, Frankfurt a. M. 1992.
  - 3 Etwa S. Neckel, *Die ethnische Konkurrenz um das Gleiche. Erfahrungen in den USA*, in: W. Heitmeyer (Hg.), *Was hält die Gesellschaft zusammen*, Frankfurt a. M. 1997, S. 255-278.
  - 4 Vgl. die konservative Polemik von D. de Souza, *Ilberral Education – The politics of sex and race on campus*, New York 1991.

Schließlich ist der Begriff der „Zivilgesellschaft“ alles andere als klar. Ob er eine scharfe soziologische Kategorie – ähnlich der Kategorie der „bürgerlichen Gesellschaft“ darstellt –, ob er ein kurzatmig ausgeschnapptes Artefakt der politischen Wissenschaft ist, die mit diesem Begriff historisch auf frühbürgerliche Bewegungen und aktuell auf Dissidentenbewegungen im Spätstalinismus in Ost- und Mitteleuropa hinweisen wollte, ist nach wie vor ungeklärt.<sup>5</sup> Die Debatte, die Jean Cohen und Andrew Arato, Helmut Dubiel und Günther Frankenberg mit dem Aufwerfen der „demokratischen Frage“ entfachen wollten, ist mehr oder minder verpufft; die Impulse der ost- und mitteleuropäischen Dissidentenbewegungen ließen sich für die Analyse und Deutung politischer Konflikte im westlichen, nachindustriellen Dienstleistungskapitalismus nicht fruchtbar machen.<sup>6</sup> Inzwischen sind die Protagonisten der „Zivilen Gesellschaft“ selbst dabei, sich von diesem Begriff zu verabschieden oder ihm wenigstens eine neue Lesart zu geben:

So verfiert Günther Frankenberg neuerdings das Programm einer „Zivilisierung des Sozialstaats“ verbunden mit einem Verständnis der Zivilgesellschaft als „Konfliktgesellschaft“.<sup>7</sup> Und sogar ein jeden politischen Radikalismus unverdächtiger Soziologe wie Anthony Giddens merkt in seiner Programmschrift „Jenseits von links und rechts“ bezüglich der Wiederbelebung beschädigter Solidaritätsbeziehungen an: „Es ist wichtig, darunter nicht die Idee der Wiederbelebung der Zivilgesellschaft zu verstehen, die sich heute in manchen Kreisen der Linken großer Beliebtheit erfreut.“<sup>8</sup> Wenn also das Konzept der Zivilgesellschaft brüchig wird und die Ideen des Kommunitarismus ob ihrer letztlich sozialstaatsfeindlichen und wertkonservativen, also illiberalen Tendenz den Solidaritätsbedarf einer pluralistischen Gesellschaft nicht decken können, sind dann jenseits neoliberalen *laissez faire* und den z. Zt. ausgespielten Melodien des Sozialismus überhaupt noch politische Konzepte denkbar, die – ohne die Individuen zu bevormunden und ohne die institutionell gewordene Solidarität des Sozialstaats anzugreifen – ein Minimum an Integration ermöglichen? Ein neuerer Vorschlag, in der politischen Philosophie schon seit längerem vorbereitet, ist 1995 in den USA publiziert worden: das Projekt einer sozialstaatlich moderierten Immigrationsgesellschaft auf der Basis universalistischer Grundhaltungen und einer umfassenden nationalen Kultur.<sup>9</sup> Lassen sich mindestens Elemente dieses Modells auch für die Bundesrepublik Deutschland diskutieren?

- 
- 5 M. Brumlik, Was heißt „Zivile Gesellschaft“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 8/91, S. 987-993.
  - 6 H. Dubiel/G. Frankenberg/U. Rödel, Die demokratische Frage, Frankfurt 1990; J. Cohen/A. Arato, Civil Society and political theory, Cambridge 1990.
  - 7 G. Frankenberg, Solidarität in einer „Gesellschaft der Individuen“, in: ders. (Hg.), Auf der Suche nach der gerechten Gesellschaft, Frankfurt a. M. 1994, S. 218.
  - 8 A. Giddens, Jenseits von Links und Rechts, Frankfurt a. M. 1997, S. 33.
  - 9 M. Lind, The next american nation, New York 1995; J. J. Judis/M. Lind, Für einen neuen Nationalismus – ein amerikanischer Versuch, in: Blätter für deutsche und in-

Tatsächlich steht die Bundesrepublik Deutschland kurz davor, zu einer auch politisch verfaßten Einwanderungsgesellschaft in Europa zu werden. Ich möchte daher im Folgenden einige Prinzipien für eine auf Integration und institutionelle Solidarität zielende Einwanderungsgesellschaft aufstellen und ihre Begründung skizzieren. Dabei geht es um die Prinzipien einer politischen Ethik multikultureller Gesellschaften. Ihr geht es vornehmlich um Fragen der Gerechtigkeit bezüglich der Güter von Chancengleichheit und Selbstachtung, deren Antworten schließlich in allgemein verbindliche, rechtliche Regeln gegossen werden sollen. Von dieser politischen Ethik zu unterscheiden wäre eine Ethik des guten Lebens in multikulturellen Gesellschaften, die sich nicht mit der hier zu beantwortenden Frage auseinandersetzt, welches die öffentlichen Prinzipien sein sollen, in deren Rahmen Angehörige verschiedener Kulturen ihr Leben führen, sondern mit der Frage, wie sich die individuelle Existenz zu dem Umstand verhalten soll, in ihrer Gesellschaft mit unterschiedlichsten kulturellen Erwartungen und Verhaltensmöglichkeiten konfrontiert zu sein. Diese Thematik lasse ich hier auf sich beruhen.

Die folgenden drei Annahmen einer politischen Ethik multikultureller Gesellschaften seien im folgenden begründet:

- a) Einwanderungsgesellschaften sind liberale Gesellschaften mit einem systematischen Vorrang individueller Wahlfreiheit und individueller Selbstachtung im Bereich möglicher, wählbarer Lebensformen vor Herkunft und Zugehörigkeit.
- b) Eine liberal-individualistische Grundorientierung resultiert im Vorrang einer nationalen Kultur vor ethnischen, sprachlichen oder religiösen Teilkulturen. Ausnahmen von diesem Prinzip gelten nur für solche Menschen, die sich aus kontingenten Gründen nicht auf Dauer in der Einwanderungsgesellschaft aufhalten wollen bzw. gegen ihren Willen in ihren politischen Verband aufgenommen worden sind oder die aufgrund von Verfolgung als Gruppe mit dem Ziel wanderten, ihre Lebensform zu bewahren und weiterzuentwickeln.
- c) Aufgabe und Pflicht des demokratischen Rechts- und Sozialstaats in der Einwanderungsgesellschaft ist es, alle Menschen in die Lage zu versetzen, zu einer sie befriedigenden Lebensform zu finden, aber nicht, diese Lebensformen als Staat selbst zu fördern.

---

ternationale Politik, 6/95, S. 677-689; vgl. aber auch die neueren Beiträge von Richard Rorty „The peoples Flag is deepest Red“, in: S. Fraser/J. B. Freeman (Hg.), *Audacious Democracy – Labour, Intellectuals and the social reconstruction of America*, Boston 1997, S. 57-63; Verblüffend gute Laune – Gespräch mit Richard Rorty, in: *Taz* vom 16.06.1997, S. 15; R. Rorty, Zurück zur Klassenpolitik, in: *Die Zeit* vom 18.07.1997, S. 40 sowie die neue Debatte um das Spannungsverhältnis von Universalismus und Patriotismus; M. Nussbaum (Hg.), *For Love of Country – Debating the limits of Patriotism*, Boston 1997.

# 1 Individualismus und Selbstachtung

## 1.1 Eine Theorie der Gerechtigkeit

Der liberalen Theorie politischer Gerechtigkeit und des politischen Gemeinwesens, wie sie vor allem John Rawls entwickelt hat, ging es in zwei Schritten darum, jene Verfassungsgrundsätze, auf denen westliche Gesellschaften beruhen, systematisch zu erläutern. In der „Theorie der Gerechtigkeit“ begründet Rawls die beiden Prinzipien: daß, erstens, in wohlgeordneten liberalen Gesellschaften alle das gleiche Recht umfangreichster Grundfreiheiten haben sollen, das mit dem gleichen System für alle anderen verträglich ist sowie, daß, zweitens, soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten so zu gestalten sind, daß sie mit Positionen und Ämtern verbunden sind, die allen dienen, zunächst mit einem spieltheoretischen Argument.<sup>10</sup> Welche Verfassung würden Menschen wählen, wenn sie weder Kenntnis von ihrem Geschlecht, ihrem Alter, ihrer Bildung, ihrem Einkommen und ihren sonstigen Interessen hätten? Aller Wahrscheinlichkeit nach ein Regelsystem, das keine dieser möglichen Eigenschaften systematisch bevor- oder benachteiligt, sondern allen Menschen – ungeachtet dieser kontingenten Umstände – gleiche Freiheiten und den gleichen Wert dieser Freiheiten garantiert.

Wider die von den Kommunitaristen gegen dieses Programm erhobenen Einwände erschlichener Wertsetzungen oder unhistorischer Abstraktion<sup>11</sup> hat Rawls später, in „Political Liberalism“ darauf hingewiesen, daß die Akzeptabilität, Legitimität und damit Stabilität konkreter politischer Gemeinwesen, die auf derartigen Prinzipien basieren, davon abhängen, daß Bürgerinnen und Bürger derlei Prinzipien auch und gerade dann anerkennen, wenn eine systematische, geschlossene Begründung für sie nicht vorliegt oder möglich ist. Liberale Gesellschaften beruhen demnach auf einem „overlapping consensus“, einem übergreifenden, historisch gewachsenen Konsens, dem unterschiedliche Menschen aus unterschiedlichen Gründen zustimmen können.<sup>12</sup>

Die Frage, die mit diesem Konzept auf Einwanderungsgesellschaften zukommt, die sich ja keineswegs bei all ihren Immigranten sicher sein können, daß sie diesen Konsens teilen, hat Rawls selbst nicht beantwortet. Zu den erwähnten Grundfreiheiten gehört es zweifelsohne, eine eigene Lebensweise in den Bereichen von Religion, Sexualität und Sprache ausüben zu können. Nach Rawls hätte sich eine wohlgeordnete Gesellschaft dadurch auszuzeichnen, daß niemand beim Erwerb öffentlicher Positionen oder Ämter ob seiner religiösen, sprachlichen oder sexuellen Orientierung einen Nach- oder Vorteil erleidet. Nun läuft Rawls' – nicht nur von den Kommunitaristen, sondern auch von ihren theoretischen Gegnern, den libertären Besitzindividualisten,

10 J. Rawls, Eine Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt a. M. 1975, S. 81f.

11 Vor allem M. Sandel, Liberalism and the limits of justice, Cambridge 1982.

12 J. Rawls, Political Liberalism, New York, S. 29f.

kritischer – zweiter Grundsatz darauf hinaus, durch geeignete politisch-gesetzliche Maßnahmen dafür zu sorgen, daß diese Grundfreiheiten nicht nur garantiert sind und dem Glück des Einzelnen überlassen bleiben, sondern daß sie zudem für alle annähernd den gleichen Wert besitzen.

Garantiert also z.B. eine Armee, die Homosexuelle zwar einstellt, diesen aber – im Unterschied zu Heterosexuellen – das öffentliche Präsentieren dieser Lebensform untersagt, den gleichen Wert der sexuellen Selbstbestimmung? Benachteiligt das grundgesetzlich verbrieftete Recht der Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland, im Rahmen der staatlichen Schulen Religionsunterricht zu erteilen, all jene Angehörigen anderer und kleinerer Konfessionen, die die dazu erforderliche institutionelle Reife noch nicht erbracht haben? Stellte die vor einiger Zeit noch in einigen deutschen Bundesländern gültige Pflicht für minderjährige Kinder aus Anwerbeländern, am muttersprachlichen Unterricht teilzunehmen, eine akzeptable Ausformung jener Garantie des gleichen Werts der Freiheit beim Vollzug von Lebensformen dar?

## 1.2 Integrität der Person als Grundgut

Um diese Fragen beantworten zu können, empfiehlt es sich, Rawls' ersten Grundsatz, dem es um Freiheit und deren gleichen Wert geht, im Hinblick auf die Grundgüter von Personen zu präzisieren. Dabei wird es um die Integrität von Personen als eines der wichtigsten Grundgüter gehen und sich zeigen, daß die Integrität von Personen an ihre Selbstachtung<sup>13</sup> geknüpft ist. Selbstachtung aber hängt von der Garantie körperlicher Unversehrtheit, von psychischer Anerkennung als handlungs- und verantwortungsfähiger Person sowie dem Respekt vor der kulturellen Zugehörigkeit der Person ab. Diese Integrität kann durch körperliche Freiheitsberaubung oder Verwundung, durch Mißachtung als handlungsfähige Person und durch Verachtung als Angehöriger einer Lebensform verletzt werden. Praktisch resultiert aus dieser normativen Einsicht die Forderung nach einer „Politik der Würde“ im Rahmen einer nicht nur zivilisierten, sondern auch „anständigen“ Gesellschaft, in der es Institutionen aller Art strukturell unmöglich ist, Menschen zu demütigen, d.h. sie in ihrer Selbstachtung zu verletzen. Systematisch hat dabei das Vermeiden der Demütigung Vorrang vor dem Herstellen von Achtung und Respekt durch diese Institutionen.<sup>14</sup>

---

13 R.S. Dilloin (Hg.), *Dignity, Character and Self-Respect*, London 1995; J. Rawls, a.a.O. (Anm. 10), S. 479f.

14 A. Honneth, *Kampf um Anerkennung*, Frankfurt a.M. 1992; M. Brumlik, *Politische Kultur des Streits im Licht sozialisationstheoretischer Überlegungen*, in: ders.: *Advokatorische Ethik – Zur Legitimation pädagogischer Eingriffe*, Bielefeld 1992, S. 289-302; A. Margalit, *Politik der Würde*, Berlin 1997.

### 1.3 Rationale Akteure und Zugehörigkeit zu einer Lebensform

Angehöriger einer Lebensform zu sein ist aber nicht nur als ein verletzliches Gut letztlich idiosynkratischer Art zu sehen, sondern – wie der kanadische Philosoph Will Kymlicka in Kritik und Erweiterung von Rawls gezeigt hat – auch eine der Bedingungen, unter denen überhaupt von rationalen Akteuren gesprochen werden kann.<sup>15</sup> Nicht erst in „Political Liberalism“ hatte Rawls darauf bestanden, daß eine politische Konzeption der vernünftigen Person, wie sie seine Theorie der Gerechtigkeit vorsieht, auf Seiten der Individuen nicht nur von einer Fähigkeit zur gerechten Beurteilung sozialer Verhältnisse auszugehen hat, sondern auch – wenn anders nicht das zu lösende Problem einer idealen Übereinkunft möglicher Konfliktparteien sofort entfallen soll – von einer Fähigkeit, Perspektiven des guten Lebens zu entfalten, die *prima facie* nicht allgemein gültig sind, sondern Personen gerade in ihrer Individualität kennzeichnen und deshalb unaufhebbar partikular sind, sie aber auch in einer demokratischen Gesellschaft zur Perfektionierung ihrer Lebensformen motivieren sollen.<sup>16</sup> Kymlicka behauptet, daß jenes semantische Reservoir vor allem evaluativer Maßstäbe und Maximen, von Werten, Deutungsmustern und Narrativen nichts ist, das Menschen sich individuell ausdenken können. Dieses Reservoir teilen sie gleichermaßen mit anderen. Überhaupt erst dadurch, daß Menschen in derartige starke Wertungen<sup>17</sup> einsozialisiert werden, gewinnen sie die Chance, diese abzuändern, zu kritisieren und kreativ zu erweitern. Soziologisch gesehen stellen derartige semantische Reservoire starker Wertungen und Narrative nichts anderes dar als das, was man gemeinhin als „Kultur“ bezeichnet. In einer Kultur aufgewachsen zu sein, ist sowohl eine Bedingung dafür, zur Person werden zu können als auch eines jener Güter, für deren faire Verteilung eine liberale Theorie einzutreten hat. Damit scheint der normative Individualismus von Rawls' Theorie, den ja die Kommunitaristen schon auf der methodologischen Ebene kritisiert hatten, überwunden.<sup>18</sup>

### 1.4 Die multikulturelle Gesellschaft und ihre Gruppen

Der Multikulturalismus scheint nun eine spezifische Antwort insbesondere auf das zuletzt genannte Problem zu geben. Nicht nur, aber vor allem Einwanderungsgesellschaften zeichnen sich durch ein Mit- und Nebeneinander

---

15 W. Kymlicka, *The Politics of Multiculturalism – a liberal theory of minority rights*, Oxford 1995a, S. 75f.

16 J. Rawls, a.a.O. (Anm. 10), S. 433f., S. 445f.; S. Cavell, *Conditions handsome and unhandsome. The constitution of Emersonian Perfectionism*, Chicago 1990.

17 C. Taylor, *The sources of the self*, Cambridge 1989.

18 M. Sandel, a.a.O. (Anm. 11).

verschiedener sprachlicher, ethnischer und religiöser Lebensformen<sup>19</sup> aus, die empirisch keineswegs alle gleichermaßen geschätzt werden. Freilich: auch Gesellschaften, die nicht wesentlich durch Einwanderung gekennzeichnet sind, können sich in entsprechenden Lagen befinden – man denke nur an das ehemalige Jugoslawien, das heutige Belgien oder Nordirland. Dennoch empfiehlt es sich aus methodischen Gründen, mit der Analyse beim deutlichsten Fall zu beginnen und das sind zweifelsohne die angelsächsischen Einwanderungsgesellschaften Nordamerikas und Ozeaniens/Australiens.<sup>20</sup> In den dort gegründeten Staaten konkurrieren mindestens vier, eher fünf Gruppen von Menschen um die öffentliche Anerkennung und Förderung der Kultur, der sie entstammen. Dabei herrscht eine erhebliche Spannbreite bei dem, was als Anerkennung jeweils eingefordert wird: Sie reicht von sprachlicher Gleichberechtigung im öffentlichen Dienst und Bildungswesen bis hin zu gezielter Förderung der Angehörigen minoritärer Gruppen<sup>21</sup>, ja sogar bis zur Forde- rung nach staatlicher Sezession. Zu unterscheiden sind:

- a) Die mehrheitliche, in der Regel auch die herrschende Verkehrssprache sprechende Staatsbevölkerung;
- b) die über je eigene kulturelle, sprachliche und religiöse Traditionen verfü- genden Mitglieder unterschiedlicher Einwanderergruppen, die inzwischen die Staatsbürgerschaft des Aufnahmelandes angenommen haben oder dabei sind, sie anzunehmen.
- c) Die meist minderheitlichen, eigenen Sprachen, ein traditionelles Territori- um mehr oder minder geschlossen besiedelnden und oft eigenen Glau- bensweisen anhängenden Angehörigen der vorstaatlichen Urbevölkerung;
- d) politische Flüchtlinge, die sich im Aufnahmeland aufhalten, ohne dort in jedem Fall bleiben zu wollen und die in manchen, nicht allen Fällen, über starke, kollektive Traditionen verfügen;
- e) Angehörige unterschiedlicher staatlicher Verbände mit eigener Kultur, die sich erklärtermaßen auf Zeit im Aufnahmeland aufhalten und weder Flüchtlinge sind, noch einwandern wollen.

Haben die Angehörigen all dieser Gruppen in der Einwanderungsgesellschaft den gleichen legitimen Anspruch auf die öffentliche Repräsentation ihrer Herkunftskultur gemäß einem liberalen Prinzip der gleichen Chance auf Selbstachtung<sup>22</sup> für jedes Individuum?

---

19 M. Brumlik, Bunte Republik Deutschland, in: Blätter für Deutsche und Internatio- nale Politik, 1/1990, S. 101-107.

20 B. Ostendorf (Hg.), Multikulturelle Gesellschaft – Modell Amerika, München 1994; Friedrich Ebert Stiftung (Hg.), Einwanderungspolitik Kanadas und den USA, Bonn 1994.

21 W. Kymlicka, a.a.O. (Anm. 15), S. 107f. sowie der Diskussionsband W. Kymlicka (Hg.), The rights of minority cultures, Oxford 1995b.

22 Zum Begriff der Selbstachtung: R. S. Dillon (Hg.), Dignity, Character and Self- Respect, New York 1995.

## 2 Selbstachtung und Immigration

### 2.1 Bürger und Nichtbürger

Das hängt davon ab, wie man den Begriff der Einwanderungsgesellschaft konzeptualisiert und ob man der Überzeugung ist, daß – solange es überhaupt Staaten gibt – diese Staaten ihre eigenen Bürgerinnen und Bürger vor Nichtbürgern in ausgewählten Teilbereichen legitimerweise privilegieren dürfen.<sup>23</sup> Auch und gerade auf einer universalistischen Verfassung beruhende, rechts- und sozialstaatlich strukturierte parlamentarische Demokratien grenzen sich, indem sie möglichst legitimes Recht prozedural im Rahmen international anerkannter zwischenstaatlicher Grenzen setzen, von anderen Staaten ab und unterscheiden mithin zwischen Rechten und Pflichten von Bürgern und Nichtbürgern. Auch und gerade dann, wenn sich derartige Staaten tatsächlich auf die Menschenrechte und ihre Einhaltung verpflichtet haben, beglaubigen sie diese Differenz: Tatsächlich lassen sich Menschenrechte nämlich weniger durch moralische Ansprüche, sondern vor allem im Rahmen (demokratisch) gesetzten Rechts und einer entsprechend von legitimer Macht garantierten Rechtssicherheit verwirklichen.<sup>24</sup>

Menschenrechte zählen nämlich, was meist vergessen wird, faktisch und systematisch weniger als Bürgerrechte, oder genauer: Bürgerrechte implizieren die Menschenrechte, nicht aber Menschenrechte die Bürgerrechte. Auch der einklagbare Anspruch eines staatenlosen Flüchtlings auf faire Behandlung verdankt sich noch dem demokratisch gesetzten Recht, das sich die Staatsbürger vorher gegeben haben.

Wie werden Einwanderer zu Staatsbürgern, was schulden die Einwanderungsgesellschaften den Immigranten, was die Immigranten der Einwanderungsgesellschaft? Zunächst ist davon auszugehen, daß die normale Immigration – sei sie auch durch diesen oder jenen ökonomischen Engpaß veranlaßt – ein im Prinzip freiwilliger Akt ist, dessen Vollzug oder Nichtvollzug in vollem Umfang den je einzelnen Immigranten zuzurechnen ist. Zudem gilt, daß – abgesehen von moralischen Pflichten gegenüber verfolgten und bedrängten Minderheiten – für staatliche Gemeinschaften keine moralische oder rechtliche Pflicht zu bestehen scheint, Immigranten aufzunehmen. Die Debatte innerhalb bundesrepublikanischer Parteien über die Frage der offenen Grenzen hat gezeigt, daß zumal bei dieser Frage andere Haltungen prinzipiell denkbar sind. Selbstverständlich kann man davon ausgehen, daß im Prinzip alle Menschen ein grundsätzliches Recht haben, sich unter Berücksichtigung der negativen Freiheiten Dritter dort niederzulassen, wo sie wol-

23 M. Walzer, *Sphären der Gerechtigkeit*, Frankfurt a. M. 1998, S. 65f.

24 H. Arendt, *Ursprünge und Elemente totaler Herrschaft*, München 1973, S. 422f.; J. Rawls, *The law of peoples*, in: S. Shute/S. Hurley (Hg.), *On human rights*, Chicago 1993, S. 41-82.

len, sofern sie die Belange anderer dabei nicht wesentlich beeinträchtigen. Eine derartige weltbürgerliche Position erfordert indes einen systematischen Begründungsaufwand<sup>25</sup>, der zwar konsistent erbracht werden kann, aber den erheblichen Nachteil hat, nur wenig Anschlußpunkte in der real existierenden Staatenwelt – auch und sogar im Zeitalter des sich wandelnden bis auflösenden Nationalstaats – zu finden. Darüber hinaus würde bei dieser Option das hier unterstellte Problem des Multikulturalismus im demokratischen Rechtsstaat verschwinden und anstatt dessen die Frage zu beantworten sein, wie eine weitgehend entstaatlichte Regelung kultureller Konflikte gesellschaftlich-gewaltfrei möglich ist.

## 2.2 Zwei Modelle der Staatsbürgerschaft: liberal oder republikanisch?

Wie ist bei unterstellter freiwilliger Immigration das Verhältnis von Immigranten und Aufnahmegesellschaft unter besonderer Berücksichtigung ihrer (Selbst)Achtung erheischenden kontingenten, kulturellen Herkunftsidentität zu beurteilen? Dafür, was eine Gemeinschaft von Staatsbürgern ihrem Wesen nach ist, hat die neuere politische Philosophie im Wesentlichen zwei Modelle hervorgebracht: das besitzindividualistisch liberale Modell in der Tradition von Hobbes und Locke und das demokratisch-republikanische Modell in der Linie Rousseau/Kant.<sup>26</sup>

Während die Bürger im ersten Fall einen Vertrag zur Abwendung äußerer und auch gegenseitig verübter Übel bzw. zur Steigerung ihres wechselseitigen Nutzens bei möglichst umfänglicher Wahrung ihrer vorpolitischen Freiheiten schließen, geht das zweite Modell davon aus, daß es derlei vorpolitische Freiheiten überhaupt nicht geben kann. Freiheit – auch und gerade der Individuen – kann überhaupt erst im Falle einer rückhaltlosen Übereignung an ein gemeinschaftlich, von allen Betroffenen beratenes und beschlossenes System von Gesetzen entstehen. Im ersten Fall bringen die Individuen ihre natürlichen Freiheiten in ein auf Klugheitsregeln basierendes Vertragswerk ein, während sie im zweiten Fall erst in der demokratischen Republik zu freien Staatsbürgern werden.<sup>27</sup> Während es im ersten Fall darum geht, vorausgesetzte Freiheiten zu sichern, geht es im zweiten Fall darum, Freiheit überhaupt erst zu schaffen.

Dementsprechend fordert das liberal-individualistische Modell von den Menschen lediglich äußerlichen Gesetzesgehorsam und Steuertreue, während

---

25 M. Brumlik, Einwanderung und Weltbürgerschaft, in: U. K. Preuss (Hg.), Staatsbürgerschaft und Zuwanderung, Bremen 1993, S. 5-21; I. Maus, Zur Aufklärung der Demokratie – Rechts- und demokratietheoretische Überlegungen im Anschluß an Kant, Frankfurt a. M. 1992.

26 M. Brumlik, Die Unverzichtbarkeit der liberalen Demokratie, in: K. Starzacher/K. Schacht (Hg.): Gefährdungen der Demokratie, Wiesbaden 1995, S. 75-89.

27 Ebd.

das republikanische Modell ein darüber hinausgehendes Engagement für das Gemeinwesen und eine Identifikation mit seinen Zielen fordert. Als Erwachsener in ein solches Staatswesen einzuwandern – ein Umstand, der gänzlich anders gelagert ist, denn als Kind in eine entsprechende Gesellschaft hineingeboren zu werden – bedeutet gemäß der beiden unterschiedlichen Modelle verschiedenes:

Im ersten Fall, der von den Immigranten lediglich äußeren Gesetzesgehorsam und Steuertreue fordert, ist eine Identifikation mit der je vorfindlichen Mehrheitskultur vielleicht wünschbar, aber nicht notwendig. Pflege und Aufrechterhaltung der mitgebrachten Kultur, einschließlich des Versuchs, sie im Ankunftsland auch öffentlich durchzusetzen, sind legitim.

Im zweiten Fall wird den Immigranten eine weitgehende Identifikation mit den Normen und Werten des Ankunftslandes ebenso abverlangt wie eine weitgehende Aufgabe ihrer kulturellen Herkunft. Da wir in der Theorie Immigranten als rationale Personen konzipieren, wissen sie in jedem Fall, was sie tun, wenn sie immigrieren. Nun spricht einiges dafür – nicht zuletzt die meist ökonomisch privatistischen Motive sowohl von Aufnahmegesellschaften als auch von Immigranten<sup>28</sup> –, Immigration im Licht des ersten Modells zu konzipieren. Demnach haben Immigranten prinzipiell das Recht, ihre eigene Kultur zu leben und auch darauf, ihre Werte und Normen im Rahmen aller legalen Mittel öffentlich durchzusetzen. Insoweit sind multikulturelle Gesellschaften unproblematisch.

### 2.3 Öffentliche Förderung von „Migranten“kulturen?

Ein Problem entsteht erst dann, wenn größere Gruppen von Immigranten oder Eingeborenen die öffentliche Förderung ihrer mitgebrachten Partialkulturen durch die Mehrheitsgesellschaft und deren politische Instanzen fordern. In diesem Fall werden systemwidrig die Bedingungen, unter denen der liberale Multikulturalismus erster Stufe ermöglicht wurde, durchbrochen. Liberale Gesellschaften sehen in Immigranten – wahrscheinlich realistisch – vor allem ökonomisch interessierte Privatpersonen, während das Einklagen der öffentlichen Förderung ihrer Kultur – etwa im Sinne von Kymlickas Einsicht, daß erst die Teilhabe an einer Kultur Menschen zu politischen Personen macht – diese anfängliche Unterstellung *ex post* aufkündigt und unterstellt, daß sie nicht als die privat interessierten Arbeitskräfte oder Freiberufler und Experten, die sie sein sollten, immigriert sind, sondern, daß die Bereitschaft zu ihrer Aufnahme gerade in spezifischen kulturellen Eigenheiten liegt. Daß auch im erweiterten liberalen Modell eine derartige Forderung keinen Raum hat, läßt sich leicht zeigen:

---

28 J. L. Simon, *The economic consequences of immigration*, Cambridge 1989; J. L. Simon, *Population matters, people, resources, environment and immigration*, New Brunswick 1990.

anerkannt wird ja durchaus, daß einzig die Teilhabe an einer Kultur die Menschen zu politischen Personen werden läßt – freilich ist damit noch lange nicht gesagt, um welche Kultur es sich dabei handeln soll. Sofern Immigranten – etwa über Sprachkurse, ein gut ausgebildetes Bildungssystem für ihre Kinder sowie eine weitgehend diskriminierungsfreie, ihre Selbstachtung ob ihrer Herkunft nicht beeinträchtigende Integration – soziale und politische Akzeptanz finden, ist all ihren legitimen Forderungen genüge getan. Nach dieser Theorie genügt es, daß die Bildungsinstitutionen des Einwanderungslandes die Herkunftskulturen der Immigranten nicht verächtlich machen, um die Bedingungen einer „Politik der Würde“ zu erfüllen.<sup>29</sup> Das Medium dieser Integration bezeichne ich als die „nationale Kultur“ der Einwanderungsgesellschaft, einen Begriff, auf den ich sofort eingehe.

### *2.3.1 Flüchtlinge und Ureinwohner*

Zuvor aber seien noch zwei weitere Gruppen in multikulturellen Gesellschaften näher betrachtet, Gruppen, die anders als die Immigranten nach Kymlicka ein legitimes Recht auf die Förderung und Bewahrung ihrer traditionellen Kultur haben. In aller Regel sind „Ureinwohner“, aber auch unfreiwillige Arbeitskräfte wie die schwarzen Skaven in Amerika gegen ihren Willen und oft genug gegen ihren heftigen Widerstand in neue, staatliche Gesellschaften inkorporiert worden, die nicht nur die kollektiven Bedingungen ihrer Selbstachtung zerstört, sondern ihnen damit zugleich die Möglichkeit genommen haben, zu politischen Personen zu werden. Da sowohl das liberale als auch das republikanische Modell von der Freiwilligkeit des staatlichen Zusammenschlusses ausgehen<sup>30</sup>, dies bei den überrollten oder hineingezwungenen Gemeinwesen von Ureinwohnern aber offensichtlich nicht gegeben war, ist es Angehörigen dieser Gruppen einzuräumen, Selbstachtung und die Möglichkeit politischer Selbstbestimmung über die öffentliche Förderung ihrer Partialkultur aufrechtzuerhalten. Freilich läßt sich bezüglich der Wahrung der Rechte von Ureinwohnern einwenden, daß das, was sie durch die unfreiwillige Inkorporation in ein anderes, am Ende moderneres Staatswesen verloren haben, überhaupt nicht zurückerstattet bekommen können. Handelte es sich vor der Inkorporation um Menschen, die in tribalen Gesellschaften mit mythischen Weltbildern in Form segmentärer Differenzierung lebten, so sind alle Kompensationen, die sie später erhalten, bereits Kompensationen im Rahmen moderner Gesellschaften. Läßt sich nach diesem Bruch überhaupt noch von derselben Kultur sprechen?<sup>31</sup>

Ähnlich, aber nicht identisch gelagert sind die Verhältnisse von Gruppen politischer und humanitärer Flüchtlinge, bei denen von vornherein nicht an-

---

29 cf. Margalit, a.a.O.

30 W. Kersting, *Die politische Philosophie des Gesellschaftsvertrags*, Darmstadt 1994.

31 Dieser Einwand wurde von H. Brunkhorst erwogen (mündliche Mitteilung).

zunehmen ist, daß sie freiwillig und aus privaten Motiven ihre Heimat verlassen haben, sondern denen zu unterstellen ist, daß sie kollektiver Eigenschaften wegen in der Heimat vor die Wahl gestellt wurden, das Land zu verlassen oder Entrechtungen bis zum Tod in Kauf nehmen zu müssen. Von solchen Menschen ist – es sei denn, sie wünschen von Anfang an, sich kollektiv anderen Orts niederzulassen – im Prinzip zu erwarten, daß sie im Fall geänderter Verhältnisse in ihre Heimat zurückkehren werden. Es ist gerade die Unfreiwilligkeit ihres Aufenthalts, sowie die unpersönliche, gruppenbezogene, dem Wesen nach kollektive Motivation ihrer Emigration, ihre Verfolgung, die sie – sofern der aufnehmende Staat sich den Menschenrechten verpflichtet sieht – dazu berechtigt, ihre Herkunftskultur im Hinblick auf ihre künftige Rückkehr oder auch ihrem künftigen Verbleib öffentlich gefördert zu sehen.

Es zeigt sich, daß die Verwischung der Differenz von Flüchtlingen und Immigranten bei der in Deutschland geführten Debatte um den Multikulturalismus eine zentrale Rolle spielt. Im Rahmen des liberalen Modells jedenfalls kann eine öffentliche Förderung der Kultur von Immigranten nur dann gefordert werden, wenn Immigranten als Ureinwohner oder Flüchtlinge angesehen werden. Diese Unschärfe hat in der Bundesrepublik Deutschland sowohl bei jenen, die sich der Belange „Fremder“ annehmen, als auch bei denen, die sie mit aller Kraft abwehren, ihren terminologischen Ausdruck gefunden: Wir haben uns daran gewöhnt, pauschal von „Migranten“ zu sprechen. Das massive reale Problem, das hinter dieser terminologischen Unschärfe steht und das auch gegen den hier unterbreiteten Vorschlag sprechen könnte, besteht natürlich daran, daß es keineswegs einleuchtet, eine durch massive Armut verursachte Wanderungsbereitschaft als rationalen Beschluß zur individuellen Wohlstandsmehrung zu deuten. Der ebenfalls in Umlauf gebrachte Begriff der „Armutsfüchtlinge“ trägt dem Rechnung und stellt das hier vorgetragene Modell in Frage. Ich komme darauf zurück.

### 3 Was heißt: „nationale“ Kultur?

Wenn also das liberale Modell die öffentliche Förderung der Immigrantenkultur ausschließt, so hat es gleichwohl die Bedingungen dafür bereitzustellen, daß die Kultur des Aufnahmelandes sowohl die Bedingungen politischer Personwerdung als auch einen Schutz vor Verlust der Selbstachtung garantiert, und d.h., alle Menschen in die Lage versetzt, Gerechtigkeitskriterien und Vorstellungen vom guten Leben zu entwickeln.

Nationale Kulturen, d.h. die öffentlich in Kindergärten, Schulen, Erwachsenenbildungseinrichtungen und Universitäten geförderten, in aller Regel in einer hegemonialen Sprache enthaltenen semantischen Potentiale entsprechen dieser Maßgabe genau. Tatsächlich enthält diese Kultur nicht nur

unterschiedliche Bezüge auf verschiedene Religionen, sondern: in Kunst und Literatur, in Geschichte und gegenwärtigem Alltag eine Fülle ganz unterschiedlicher Weltdeutungen, die gerade, weil sie so vielfältig und inkommensurabel sind, Personwerdung und Selbstachtung optimal begünstigen. Was eine nationale Kultur auszeichnet, ist gerade nicht, daß sie eine bestimmte Lebensform oder bestimmte politische Wertsetzungen begünstigt, sondern daß sie in der Vielfalt ihrer widersprüchlichen Stimmen, Werte, Deutungen und Lebenswege weist, die die Individuen in einer eigenen, ganz unverwechselbaren Weise aufnehmen und dabei gleichwohl den legitimen Zusammenhalt eines Staates stärken können.<sup>32</sup> Im übrigen ist es ein häufig anzutreffendes Mißverständnis, Kymlickas Begriff der „nationalen“ Kultur mit einer ethnisch geschlossenen Kultur gleich- und dem den Entwurf einer „globalen“ Kultur entgegenzusetzen.<sup>33</sup> Daß die Übernahme kultureller Deutungsmuster gleichwohl wesentlich von sozioökonomischen Randbedingungen abhängig ist, steht dabei als soziologische Einsicht überhaupt nicht in Frage.<sup>34</sup> Im Gegenteil: Sozialstaat als institutionalisierte Form von Solidarität und nationale Kultur stützen einander.

### 3.1 Aufklärerisch-westliches oder deutsch-romantisches Verständnis der Nation

Die „nationale“ Kultur, von der hier die Rede ist, stellt die Kultur einer am französischen und US-amerikanischen Vorbild gewonnenen Idee der Nation als einer freiwillig zusammengeschlossenen Zukunftsgemeinschaft ins Zentrum. Das deutsche und slawische, kurz das romantische Verständnis der Nation betont jedoch nicht die gemeinsamen, freiwillig eingegangenen Verpflichtungen der Individuen, sondern ihre gemeinsame, unabänderliche Herkunft, an die sie gebannt und der sie verpflichtet bleiben. Freilich – darauf hat zuletzt Roger Brubaker<sup>35</sup> hingewiesen – verliert die Entgegensetzung von westlich-aufklärerisch und deutsch-romantisch dann ihre Schärfe, wenn man als zentrales theoretisches Modell für den „deutschen“ Nationalbegriff die

---

32 W. Kymlicka, a.a.O. (Anm. 15), S. 101f., 181f.; Y. Tamir, *Liberal Nationalism*, Princeton 1993, S. 78f.; D. Miller, *On Nationalism*, Oxford 1995 sowie A. Gutmann, *Das Problem des Multikulturalismus in der politischen Ethik*, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*, 2/1995, S. 273-306; J. Raz, *Multikulturalismus: eine liberale Perspektive*, in: a.a.O., S. 307-328; M. Frank, *Transformation oder Verteidigung – Zu W. Kymlickas politischer Philosophie*, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*, 3/1995, S. 549-564.

33 J. Waldron, *Minority Cultures and the cosmopolitan alternative*, in: W. Kymlicka (Hg.), *The rights of minority cultures*, Oxford 1995, S. 93-122, aber auch – mit starker Betonung individueller Rechte: C. Kukathas, *Are there any cultural rights*, in: a.a.O., S. 228-256.

34 P. Bourdieu, *Die feinen Unterschiede*, Frankfurt a. M. 1985.

35 R. Brubaker, *Staatsbürger – Deutschland und Frankreich im historischen Vergleich*, Frankfurt a. M. 1994.

Schriften Johann Gottfried Herders<sup>36</sup> zugrundelegt, der von der Gleichwertigkeit aller Nationen überzeugt war und zudem eine Staateskonzeption vertrat, die noch am Universalismus des alten Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation orientiert war. Bezieht man sich allerdings nicht auf das spätaufklärerische Modell Herders, sondern auf den in Deutschland weitaus wirkungsmächtigeren Entwurf Fichtes, wie er in Reaktion auf den imperialen napoleonischen Universalismus in den „Reden an die deutsche Nation“<sup>37</sup> niedergelegt ist, gewinnt die Entgegensetzung wieder an Deutlichkeit.

Im romantischen Modell ist Kultur in erster Linie nicht Medium, sondern verpflichtendes Erbe, nicht Chance, sondern Aufgabe, nicht veränderlich, sondern starr. Der hier vorgeschlagene Begriff der „nationalen Kultur“ impliziert dagegen nicht mehr als die Anerkennung des Umstandes, daß es bisher noch immer die in der Regel durch eine hegemoniale Verkehrssprache geprägten politischen Instanzen des Nationalstaates sind, die für die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der Kultur jedenfalls im bildenen Bereich zuständig sind. Trotzdem ist hier ein möglicher Einwand zu erwägen. Ist es nicht ein Ausdruck von Provinzialität, oder schlimmer noch: bornierter Geisteshaltung, ausgerechnet in einer Zeit, in der die europäische Integration fortschreitet und mit der geplanten Währungsunion die Nationalstaaten substantielle Souveränitätsrechte aufgeben, Europa und seine Staaten sich also substantiell internationalisieren, von „nationaler“ Kultur zu sprechen und sie gar zu fordern? Dieser Geschmacksfrage läßt sich noch ein gewichtiges soziologisches Argument anfügen. Gesellschaft, das sehen jedenfalls die theoretisch ambitionierten Gesellschaftstheorien heute so, läßt sich nur noch als funktional differenzierte Weltgesellschaft verstehen. Die Kultur überschreitet zumal dort, wo sie sich in einer Sprache artikuliert, alle nationalen Grenzen.

### 3.2 Weltgesellschaft und nationale Kultur

Übersetzungen, Währungstausch, Tourismus, veränderte Speisegewohnheiten, Mehrsprachigkeit und das den ganzen Globus überziehende Netz alter und neuer Medien halten sich nicht an Staats- oder Regionalgrenzen. Ist damit nicht gerade die glücklicherweise staatlich nicht gebundene Kultur authentischster Ausdruck einer sich anbahnenden internationalistischen und weltbürgerlichen Gesellschaft, die die engen Grenzen der Nation längst überschritten hat?<sup>38</sup> Das ist in der Tat so. Aber: bei der hier vertretenen Ethik

---

36 J. G. Herder, *Auch eine Philosophie der Geschichte zur Bildung der Menschheit*, Stuttgart 1997.

37 J. G. Fichte, *Reden an die Deutsche Nation*, in: ders., *Werke*, Bd. VII, Berlin 1971, S. 259-516.

38 Vgl. auch die Überlegungen zu einer sich entwickelnden globalen Kultur im Rahmen weltweiter Migration: S. Castles/M. J. Miller, *The Age of Migration*, Basingstoke 1993, S. 273.

multikultureller Gesellschaften geht es um eine politische und das heißt in letzter Instanz auch, nicht nur, vom demokratischen Rechtsstaat umzusetzen- de Ethik, die rechtsförmig dessen Handeln bindet. Unter dieser Bedingung ist – gerade aus soziologischer Sicht – der Begriff der „nationalen“ Kultur unabdingbar: „Regional differenzierbar“, heißt es in Niklas Luhmanns „Gesellschaft der Gesellschaft“, „in der Form von Staaten ist nur das politische System und mit ihm das Rechtssystem der modernen Gesellschaft. Alle anderen operieren unabhängig von Raumbegrenzungen. Gerade die Eindeutigkeit räumlicher Grenzen macht klar, daß sie weder von Wahrheiten noch von Krankheiten, weder von Bildung noch vom Fernsehen, weder vom Geld noch von der Liebe respektiert werden... Die Bedeutung der Raumbegrenzungen liegt in den Interdependenzen zwischen dem politischen System und dem Rechtssystem auf der einen und den übrigen Funktionssystemen auf der anderen Seite.“<sup>39</sup>

Eine politische Ethik im hier vertretenen Sinne wird sich auf den Staat und damit auf ein Rechtssystem, das meist mit Raum- und Sprachgrenzen koextensiv ist, beziehen. Überall dort, wo den Ansprüchen individueller und kollektiver Selbstachtung, der Nichtdiskriminierung und der aktiven Toleranz im Medium symbolischer Formen, der Kultur, öffentlich und verbindlich Rechnung getragen werden soll, ist die rechtliche und damit staatliche, also die nationalstaatliche Ebene nicht zu umgehen. Damit ist aber auch das von vielen Partisaninnen einer Berücksichtigung verschiedenster Minderheiten favorisierte Modell einer „deliberativen“ Demokratie an den nationalstaatlichen Rahmen gebunden.<sup>40</sup> Der Hinweis auf Europa verschlägt hier nicht viel: sogar wenn Bildung und Kultur subsidiär und föderal von einem europäischen Bundesstaat rechtlich geregelt würden, ginge es eben um die nationalstaatliche europäische Kultur. Aus diesem – und nur aus diesem – Grund ist hier von „nationaler“ Kultur die Rede.

Dabei kommt nun der multikulturalistischen Intuition in der Tat eine wesentliche Rolle zu. Anders aber als im Selbstverständnis vieler Multikulturalisten kann es bei dem hier vertretenen Multikulturalismus nur um die Aufnahme bedeutsamer Teile der Kultur der Immigranten in die eine, in sich vielfältig gebrochene, spannungsreiche und widersprüchliche nationale Kultur gehen, nicht aber um das Etablieren schiefling-friedlicher nebeneinander existierender ethnischer Kulturen. Diesem Gedanken hat niemand anders emphatischen Ausdruck verliehen als der Dichter der US-amerikanischen Demokratie, Walt Whitman, der in seinem 1855 erschienenen Gedichtband „Grashalme“ im achtzehnten Gesang dichtete:

---

39 N. Luhmann, Die Gesellschaft der Gesellschaft, Frankfurt a. M. 1997, Bd. 1, S. 166f.

40 S. Benhabib, Toward a deliberative Model of Democratic Legitimacy, in: ders. (Hg.), Democracy and Difference – Contesting the Boundaries of the political, Princeton 1996, S. 67-94; J. Cohen, Procedure and Substance in Deliberative Democracy, in: a.a.O., S. 95-119; I. M. Young, Communication and the Other-Beyond Deliberative Democracy, in: a.a.O., S. 120-136.

„Sieh, Dampfer dampfen durch meine Gesänge.  
 Sieh, ständig langen Einwanderer an in meinen Liedern und landen;  
 Sieh, im Hintergrund den Wigwam, die Wildspur des Jägers Hütte, das Flachboot,  
 den Maishalm, den Eigentumsanspruch, den rohen Zaun und das Dorf im Hinterwald.  
 Sieh, auf der einen Seite das westliche Meer, auf der anderen das östliche;  
 sie fluten und ebbten wie über ihre Gestade, so über meine Gedichte.  
 Sieh, wie durch die Tiefen des Atlantiks Amerikas Pulsschläge Europa erreichen  
 und Europas Pulsschläge prompt Antwort geben.“<sup>41</sup>

Nimmt man diese Zeilen ernst und verallgemeinert sie, dann wäre die eine nationale Kultur von Immigrationsgesellschaften in der Tat multikulturell – multiethnisch wäre sie schon deshalb nicht, weil liberale Gesellschaften mit ihren Institutionen und Verfassungen allen Wertedebatten zum Trotz in erster Linie auf Individuen und nicht auf beliebige Größen wie Familien, Stämme oder Religionsgemeinschaften zugeschnitten sind. Die Frage der Ureinwohner oder unwillentlich inkorporierter ethnischer Gruppen bestätigt als Ausnahme die Regel. Das heißt weder, daß sich die nationale Kultur notwendigerweise in nur einer einzigen, hegemonialen Verkehrssprache auslegen muß, noch, daß sie sich gegen die Aufnahme der Perspektiven von Minderheiten, bisher unterdrückter historischer Erfahrungen oder gar neuer gesellschaftlicher Entwicklungen abschotten soll – im Gegenteil.

Die nationale Kultur einer kooperativ und partizipatorisch, sozialstaatlich konstituierten Teilgesellschaft, die ihre staatliche Form nicht von einer, einer ethnischen Herkunft her definiert, wird sich gerade auch solchen Erfahrungen öffnen und sie in gewissem Ausmaß sogar kanonisieren. Im Bildungswesen und im Bereich der öffentlichen Verwaltung wird gerade diese Porosität<sup>42</sup> bezüglich neuer ethnischer, religiöser und sprachlicher Erfahrungsgehalte dazu führen, daß am Primat öffentlich anerkannter Verkehrssprachen, die für alle verbindlich sind, und einem allgemein bildenen Schulwesen, in denen alle Verkehrssprache lernen, ebenso festgehalten wird wie an einem in allen Sektoren des Bildungswesens allgemein gültigen Kernkanon.

#### 4 Politische Konsequenzen

Die Folgerungen aus diesen Prinzipien sind alles andere als trivial. Sie laufen im Endeffekt auf nichts anderes hinaus als auf eine klare Absage an Gruppenrechte mit Ausnahme von Ureinwohnern und geschlossenen, nicht in je-

41 W. Whitman, *Grashalme*, Stuttgart 1968, S. 30f.

42 Vgl. G. Steiner-Khamsi, *Multikulturelle Bildungspolitik in der Postmoderne*, Opladen 1992; zu Fragen interkultureller Erziehung im Anerkennungsparadigma: D. Kiesel, *Das Dilemma der Differenz*, Frankfurt a. M. 1996.

dem Fall einwanderungs- und bleibewilligen Flüchtlingsgruppen. Die Chance zu einer individuellen Autonomie verbürgenden Teilhabe an einer Kultur liegt nicht automatisch im Wesen jeder kontingenten Herkunftskultur. Die Identität, das Selbstverständnis von Individuen, bildet sich nicht ethnisch, sondern interkulturell – d.h. aber unter Bedingungen von Einwanderungsgesellschaften auf eine lange Zeit hin unter der Hegemonie der tradierten Kultur und Religion des Einwanderungslandes. Die Einlösung des hier vorgeschlagenen, auf einer offenen Nationalkultur beruhenden individualistischen Multikulturalismus, läuft für die Bundesrepublik Deutschland im Konkreten, d.h. im Bereich des öffentlichen Bildungswesens auf eine Reihe von Forderungen hinaus, von denen beispielhaft sechs erwähnt seien:

- a) Die Forderung nach allgemeiner Aufhebung des muttersprachlichen Unterrichts als einer Pflichtveranstaltung und seine Umwandlung in einen für alle Kinder offenen Unterricht der in der Einwanderungsgesellschaft wichtigen Sprachen. Es ist nach der hier vorgeschlagenen Konzeption nicht die Aufgabe des demokratischen Staates, beliebige ethnische Identitäten zu garantieren. Aufgabe des demokratischen Rechts- und Sozialstaates ist es, den gleichen Wert der bürgerlichen, d.h. individuellen Freiheiten für alle durchzusetzen und das heißt überhaupt eine für Deutungen und Lebensentwürfe offene kulturelle Matrix zu eröffnen.
- b) Daß in diesem Bereich, anders als entlang der Konfliktlinie der Geschlechter, ein Quotierungssystem sinnlos ist, hat sogar eine so überzeugte Vertreterin des Prinzips einer deliberativen Demokratie und einer Politik der Präsenz, d.h. der fairen Repräsentation wie Anne Phillipps gesehen:  
„Ethnic Difference, by contrast, is far more intrinsically contested. Most discussions distinguish between an ethnic majority and ethnic minorities, and these ethnic minorities then lend themselves to a process of ever more precise subdivision. ‚New Ethnicities‘ are also continually being created – through intermarriage, through cultural transmission, through the myriad complexities of individual choice... ethnic quotas will always fail to capture the diversity of ethnic identities. When these elements are combined with the disturbing historical associations that attach to racial or ethnic quotas, it is difficult to justify quotas as the best way of dealing with racial or ethnic exclusions.“<sup>43</sup>
- c) Die Forderung nach identitätsstützenden, obligatorischen Angeboten für Kinder und Jugendliche aus solchen Flüchtlingsfamilien, die nicht ein-, sondern zurückwandern wollen.
- d) Die Forderung nach einem ethnisch kulturell normierten Bildungswesen für jene Minderheiten, die gegen ihren erklärten Willen in den Staatsverband Deutschlands aufgenommen worden sind. Das sind in Deutschland

---

43 A. Phillipps, *The politics of Presence*, Oxford 1995, S. 168.

auf jeden Fall die Dänen in Südschleswig, das sind vielleicht die Lausitzer Sorben, das sind kaum die Sinti und Roma, die zwar eine eigene Kultur haben, aber – obwohl sie seit Jahrhunderten brutal verfolgt wurden – jedoch nicht nach Deutschland verschleppt worden sind. (Im Falle der Sinti ließe sich allenfalls argumentieren, daß sie in ihrer eigenen nomadisierenden Lebensform durch die von ihnen nicht gewünschte zunehmende Verfestigung territorialstaatlicher, bodenständiger Herrschaft, ohne gefragt worden zu sein, überwältigt wurden. Diese populäre Annahme steht freilich im Widerspruch zu der wissenschaftlichen Erkenntnis, daß die Sinti in Deutschland sich nicht nur niederlassen wollten, sondern sich auch niedergelassen haben und durch (proto-)rassistische Obrigkeiten zum Nomadisieren gezwungen wurden.<sup>44</sup>)

Schon gar nicht gilt all dies für die nach EU Richtlinien ebenfalls zu berücksichtigenden Friesen, die zwar auch eine eigene Sprache sprechen, aber sich in ihrer Geschichte jeweils gegen bestimmte Herrschaften, aber nicht gegen die Eingliederung in einen Staatsverband per se gesträubt haben.

- e) Die Forderung nach Beendigung der Privilegierung historisch gewachsener Religionen im deutschen Schulsystem als garantierter und bis zum Alter von vierzehn Jahren obligatorischer Bekenntnislehre und anstatt dessen ein für alle Schülerinnen und Schüler obligatorischer religionskundlicher Unterricht, den Lehrerinnen und Lehrer auch dann authentisch erteilen können, wenn sie sich nicht zu der jeweils behandelten Religion bekennend verhalten. Das ist im Bereich politischer Bildung nicht anders.
- f) Die Forderung nach schulabschlußbezogener Regelungen, die als wesentliche Leistungen etwa für den Hochschulzugang die überdurchschnittliche Kenntnis zweier Sprachen, also von deutsch und einer zweiten Fremdsprache, die in der Regel eine der von den größten Immigrantengruppen gesprochene Sprachen sein wird, voraussetzt.

#### 4.1 Einwände, gruppenbezogene Prinzipien

Der zentrale Einwand, der gegen ein solches, ehrlicherweise als individualistisch und assimilatorisch zu bezeichnendes Programm erhoben werden kann, wurde oben angedeutet. Unter der Annahme, daß jede Wanderung unfreiwillig unternommen wird, d.h. daß prinzipiell jede Immigration Folge einer wie auch immer verursachten Vertreibung ist, also die Unterscheidung zwischen ökonomisch motivierter und Armutsflucht, der es um die Vermeidung der Katastrophe und den Wunsch ums nackte Überleben geht, nicht gilt, läßt sich diese Perspektive nicht halten. Unter dieser Annahme haben alle

---

44 K. Reemtsma, Sinti und Roma – Geschichte, Kultur und Gegenwart, München 1996.

Immigranten, die nun als Flüchtlinge anzusehen wären, unabhängig davon, ob sie auf absehbare Zeit in ihre Heimat zurückkehren wollen und können oder nicht, einen menschenrechtlich verbürgten Anspruch auf Wahrung ihrer Identität, die sie ja nicht freiwillig aufgegeben haben.

Auch diese Perspektive müßte freilich – wie die von mir vorgeschlagene – zunächst auf ihre empirische Triftigkeit hin überprüft werden. Zudem wären die Konsequenzen dieser Perspektive zu bedenken. Unter den Bedingungen universalistischer Moral wäre dann nicht nur ein nationales Bildungswesen illegitim, sondern mit ihm überhaupt die Etablierung von politischen Gemeinwesen, von Staaten, die sich gegen ihre Umwelt durch Mitgliedschaftsregeln und dementsprechend über Privilegierungen der eigenen Staatsbürger abgrenzen. Die einzige heute aktuelle und durchsetzbare politische Strategie, die dieser Perspektive entspricht, ist aber die Politik der radikal geöffneten Grenzen, der unter den obwaltenden Umständen nur ein einziges ökonomisches System genügen kann: eine radikal deregulierte Marktwirtschaft, in der sich auch kulturell nur diejenigen Gruppen behaupten werden, die über die stärkeren finanziellen und politischen Ressourcen verfügen. Eine auch nur annähernd an gleichmäßiger Berücksichtigung der Interessen aller orientierte Kultur- und Bildungspolitik aber wird nicht umhin können, den Bereich, innerhalb dessen sie tätig werden will, dem Markt teilweise zu entziehen und sich dabei auf Regeln zu beziehen, die Gerechtigkeitskriterien entsprechen. Die einzige Alternative zu einer gerechten Zuteilung kultureller Ressourcen an Individuen wäre ein System, das nicht von Individuen, sondern von Gruppen, Ethnien, Sprachgemeinschaften und Religionen ausgeht. Dazu sind – insbesondere von feministischer Seite – erwägenswerte Vorschläge gemacht worden, wobei insbesondere das Modell einer auf Repräsentation beruhenden parlamentarischen Demokratie angesichts kultureller Gruppendifferenzen in Frage gestellt wurde.<sup>45</sup> Auf jeden Fall: Die Stärkung von Gruppenrechten schmälert allemal die Rechte der Individuen. Auch die deutsche Einwanderungsgesellschaft wird sich zwischen einem den Individuen freundlichen Multikulturalismus und einem Gruppen und Ethnien bevorzughenden Multiethnizismus, dessen Konflikthaftigkeit wir nur erahnen können, zu entscheiden haben.<sup>46</sup>

---

45 I. M. Young, Das politische Gemeinwesen und die Gruppendifferenz, in: H. Nagl-Docekal/H. Pauer-Studer (Hg.), *Jenseits der Geschlechtermoral*, Frankfurt a. M. 1993, S. 267-304; dies., *Justice and the politics of difference*, Princeton 1990 sowie neuerdings: A. Phillipps, *Democracy and Difference*, Oxford 1993 sowie *The Politics of Presence*, Oxford 1995.

46 M. Brumlik/C. Leggewie, Konturen der Einwanderungsgesellschaft: Nationale Identität, Multikulturalismus und ‚Civil Society‘, in: K. Bade (Hg.), *Deutsche im Ausland – Fremde in Deutschland – Migration in Geschichte und Gegenwart*, München 1992, S. 430-441.

# Widersprüche der Identitätspolitik in der demokratischen Gesellschaft

*Peter Lohauß*

Der Begriff „Identität“ hat in den neunziger Jahren Hochkonjunktur. Der philosophische und psychologische Fachterminus wird immer häufiger auch auf Phänomene im Alltag und in der Politik angewendet. Im Deutschen ist der zusammengesetzte Begriff „Identitätspolitik“ noch nicht so eingebürgert wie „identity politics“ im amerikanischen Englisch. Aus den neuen sozialen Bewegungen erwuchs jedoch hier wie dort ein spezifischer Stil von Politik, von Argumentationen und Gruppenbildungen, die in einer historisch neuen Weise auf Identitätsbildung zielen. In den USA begannen schon in den achtziger Jahren marginalisierte Gruppen ein Gruppenbewußtsein zu entwickeln, das auf den individuellen Identitäten ihrer Mitglieder aufbaut. Politisches und persönliches Dasein fielen in ihren partikularen Identitäten zusammen. Zunächst aus der politischen Bewegung der Afroamerikaner erwachsend, von einem Teil der Feministinnen sowie schwulen und lesbischen Gruppen weiterentwickelt, tummeln sich heute die unterschiedlichsten Aktivist/innen auf dem Feld der „identity politics“ und der „political correctness“: Amerikanische Ureinwohner, Amerikaner asiatischer und hispanischer Herkunft, Alte, Obdachlose, Ex-Psychiatriepatienten, Behinderte, Kinderrechtsgruppen, Lebensschützer usw. (vgl. Gergen 1995).

In diesem Beitrag soll zunächst gezeigt werden, daß auch in der Bundesrepublik identitätspolitische Bestrebungen wirksam sind und was multikulturelle Identitätspolitik bedeutet. Anschließend wird ihre Kritik von liberaler und kommunitaristischer Seite aufgenommen und im Hauptteil werden die identitätstheoretischen Implikationen des Multikulturalismus aufgezeigt. Am Ende wird für eine gesellschaftliche Identitätspolitik plädiert, die die Widersprüche der multikulturellen Identitätspolitik überwindet.

## **Identitätspolitische Ansätze in der Bundesrepublik**

Entsprechend dem geringen Grad der Institutionalisierung der sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik waren Erscheinungen von Identitätspolitik eher ein Randphänomen, das die breitere Öffentlichkeit nur in Ausnahmefäl-

len bewegte. Weitgehend unbeachtet blieb daher, daß mit dem Regierungswechsel 1998 die rot-grüne Bundesregierung in ihrer Koalitionsvereinbarung erstmals – wenn auch marginale – Zugeständnisse an neue identitätspolitische Forderungen machte. So wurde der rechtliche Schutz schwuler und lesbischer Lebensgemeinschaften verklausuliert ins Auge gefaßt. Kern der multikulturellen identitätspolitischen Forderungen auf diesem Feld ist die gesellschaftliche Anerkennung gleichgeschlechtlicher Lebensweisen als gleichberechtigt mit Ehe und Familie und der Geschlechtsidentität der Mehrheit der Männer und Frauen. Das geht einen deutlichen Schritt über die Nichtdiskriminierung als privat erachteter sexueller Orientierungen hinaus. Eine vollständige Gleichstellung würde nicht nur die gesellschaftliche Anerkennung gleichgeschlechtlicher Lebensweisen bedeuten, sondern auch die Aufgabe des Anspruchs der Gesellschaft auf ein gemeinsames und verbindliches Modell der Familie und der Geschlechtsrollenidentität sowie auf dessen privilegierte und ausschließliche gemeinschaftliche Förderung.

Das zweite Beispiel ist der umstrittene „Doppelpaß“. Die Erleichterung der Einbürgerung und die Einführung des „ius soli“ ist eine alternative Möglichkeit der Konstruktion von Mitgliedschaft im deutschen Staat und kann auch als Variante von Interessenpolitik gesehen und begründet werden. Die im Koalitionsvertrag noch vorgesehene und nach öffentlichen Protesten wieder aufgegebene regelmäßige Hinnahme von Doppelstaatsbürgerschaft ging in ihrer Begründung jedoch weiter. Hier wollten ausländische Gruppen die Anerkennung ihrer besonderen Identität als zwischen zwei Kulturen stehend berücksichtigt und anerkannt wissen. Dieses erschien einer nicht unbeträchtlichen Zahl von „einfachen“ Deutschen als ein Privileg, das sie nicht zugestehen wollten. Die Art und Weise der politischen Auseinandersetzung zeigte die typischen Züge eines identitätspolitischen Streits, bei dem Minderheiten Rechte einklagen und Mehrheiten Anerkennung verweigern, ohne daß auf beiden Seiten viele Argumente oder Begründungen aufgewandt werden, weil beide Seiten der Ansicht sind, ihre Schlußfolgerungen ergäben sich ganz natürlich aus ihrer jeweiligen Lage.

Eine weitere identitätspolitische Forderung steckt in der unscheinbaren Formulierung der Koalitionsvereinbarung, daß die Anerkennung und Gleichberechtigung der Deutschen Gebärdensprache geprüft werden soll. Galt bisher die Prämisse, daß Behinderte sich so weit wie möglich an die Gegebenheiten der Nichtbehinderten anpassen müssen, d.h. auch, daß sie auf sprachliche Kommunikation verzichten müssen, wenn sie nicht die Umgangssprache erlernen können, geht die geplante Veränderung wiederum einen entscheidenden Schritt weiter. Erstmals würden Behinderte – hier Gehörlose – in ihrer Eigenheit als Behinderte nicht als defizitär, sondern als voll gleichberechtigt anerkannt. Die Anerkennung der Gebärdensprache bedeutet, daß sich die Nichtbehinderten an die Behinderten anpassen und nicht umgekehrt. Der identitätspolitische Hintergrund wird in der Parole der Aktivist/innen der Behindertenbewegung auf den Punkt gebracht: „Behindert ist man nicht, behindert wird man“ – nämlich durch Mangel an Anerkennung.

Eine weitgehende Initiative zur Verrechtlichung identitätspolitischer Ansprüche war der Vorschlag der gemeinsamen Verfassungskommission von Bundesrat und Bundestag nach der Vereinigung: „Der Staat achtet die Identität der ethnischen, kulturellen und sprachlichen Minderheiten“. Dieser Vorschlag fand im Bundestag nicht die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit. Auf einer solchen verfassungsrechtlichen Basis wäre eine Vielzahl von expliziten Gruppenrechten begründbar.

Wie weit identitätspolitische Forderungen sich manchmal hinter traditionellen Begriffen verbergen, soll folgendes Beispiel illustrieren: Anfang 1999 gab eine Gruppe von namhaften Berliner Politikern, Wissenschaftlern und Künstlern unter Berufung auf das Toleranzedikt von Potsdam 1685 ein „Toleranzedikt von Berlin“ (Der Tagesspiegel vom 5.2.99) heraus, in dem letztlich für ein friedliches Zusammenleben mit Ausländern geworben wurde. Toleranz wird in diesem Aufruf als „Respekt, Akzeptanz und Anerkennung der Unterschiedlichkeit von Kulturen und Lebensweisen“ innerhalb einer Gesellschaft definiert. Mit dieser Formulierung wird der Rahmen der klassischen Toleranzpolitik weit überschritten. Es ging in feudalen und absolutistischen Verhältnissen um die Duldung (lateinisch *tolerantia* = geduldiges Ausharren) religiöser Minderheiten in einem Staat und in einer Gesellschaft, die zutiefst von einer anderen Religion geprägt waren. Es war fast selbstverständlich, daß die Tolerierten nicht die vollen staatsbürgerlichen Rechte hatten. Diese Minderheiten wurde eben als abweichende, nicht als Gleiche geduldet. Gelegentlich wurden ihre Beziehung zur Mehrheit einseitig durch den Herrscher in Edikten geregelt. Im Toleranzaufruf von 1999 wird der entscheidende politische Unterschied von Duldung und Anerkennung verwischt. Es geht den Aufrufenden darum, daß Immigranten „nicht zur Selbstaufgabe ihrer Identität gezwungen werden“. Gesellschaftliche Integration bedeute gerade nicht Anpassung an die Mehrheitskultur, sondern wechselseitige Achtung der Kulturen. Obwohl beides ganz klar gefordert wurde, kommen die Ausdrücke „Identitätspolitik“ und „multikulturelle Gesellschaft“ in dem Aufruf nicht vor.

## **Multikulturelle Identitätspolitik**

Unabhängig davon, wie offen sie sich darstellt, kann multikulturelle Identitätspolitik in einer ersten Annäherung wie folgt definiert werden: Multikulturelle identitätspolitische Gruppen machen eine persönliche, nicht selbst gewählte und meist nicht wählbare Eigenschaft wie ethnische Herkunft, Geschlecht, Lebensalter u.ä. zum Mittelpunkt ihrer politischen Aktion und fordern nicht nur die Toleranz der Mehrheitsgesellschaft und Chancengleichheit, sondern öffentliche Anerkennung und Unterstützung ihrer Gruppenidentität, den Ausgleich der Benachteiligungen und die Gleichberechtigung mit der Mehrheitskultur.

Multikulturelle Identitätspolitik knüpft an die neuen sozialen Bewegungen an, in denen häufig die unmittelbare Berufung auf die universelle Prinzipien der „alten“ sozialen Bewegungen (Arbeiterbewegung, erste Frauenbewegung) wie Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit ersetzt wurde durch eine Forderung nach Freiheit und Gleichheit als individueller Autonomie mit dem Ziel der Selbstentfaltung. Sie geht insofern noch weiter, als identitätspolitische Forderungen legitim allein von den Angehörigen der jeweiligen Gruppe vorgetragen werden können und die Gruppe zudem beträchtliche Anstrengungen unternimmt, ihre Gruppenidentität durch den politischen Kampf um Anerkennung herauszubilden und zu festigen. Im Kern geht es letztlich um die Relevanz, ja sogar den Vorrang partikularer Eigenschaften und Forderungen gegenüber universellen bzw. von der Mehrheitsgesellschaft für universell erklärten Prinzipien.

Identitätspolitische Forderungen haben eine strukturelle Ähnlichkeit mit denen nach Selbstbestimmung indigener Völker bzw. gar mit Bewegungen nationaler Unabhängigkeit auf ethnischer Grundlage. Bei den letzteren finden sich alle bislang aufgeführten Elemente in ihrer Zuspitzung: Auf Basis einer tatsächlichen oder konstruierten ethnischen Identität wird die Forderung nach gleichberechtigter Anerkennung und Autonomie vorgetragen. Denjenigen, die ihre partikuläre ethnische Identität in den Mittelpunkt stellen, erscheint nicht nur die eigene Gruppe, sondern die Welt insgesamt ethnisch strukturiert. Sie vermeinen, sie könnten Anerkennung nur in einem ethnisch strukturierten Staatswesen finden. Der Nationalstaat ist tatsächlich die mächtigste Form einer autonomen und selbstbestimmten Gemeinschaftlichkeit. Die wechselseitige Anerkennung der Nationalstaaten ist die weitreichendste Form der gegenseitigen Anerkennung autonomer und selbstbestimmter Gemeinschaften. Diese Art ethnischer Identitätspolitik begleitet die Herausbildung moderner Nationalstaaten und ist insofern nicht neu.

Multikulturelle Identitätspolitik in dem hier angesprochenen Sinn zielt auf eine Anerkennung der eigenen Gruppe und Identität innerhalb der Mehrheitsgesellschaft und die Identitätspolitiken der verschiedenen Identitätsgruppen sollen nicht zur Abspaltung als eigene Nation führen, sondern zur wechselseitigen Anerkennung in einer multikulturellen Gesellschaft. Trotz möglicher Überschneidungen zwischen nationalistischen und innergesellschaftlichen Identitätsforderungen geht es aus Gründen der Vereinfachung in diesem Beitrag vornehmlich um die letzteren.

Über Ursachen und Gründe für das Auftreten von Identitätspolitik gibt es keine einhelligen Erklärungen. Am häufigsten wird das Stichwort Globalisierung herangezogen. Offensichtlich ist, daß in allen westlichen Gesellschaften der Anteil der Einwanderer und Migranten oder zumindest der Einwanderungsdruck zunimmt. Richtig ist auch, daß sich in Europa durch die Stärkung der EU aktuell Fragen nach der Bedeutung und dem Gehalt der Nationalstaaten stellen (vgl. Rex 1996). Vor diesem Hintergrund werden bislang für selbstverständlich gehaltene nationale Identitäten problematisiert.

Ein ganz anderer Erklärungsstrang bezieht sich auf geistige Strömungen. Manche amerikanische Autoren halten Identitätspolitik für einen fremdländischen, genauer gesagt, französischen Import und beschuldigen den Dekonstruktivismus und postmoderne Theorien.

Beide Argumentationsstränge können kombiniert werden. So definiert Claus Leggewie in einem frühen Text zur Verteidigung der multikulturellen Gesellschaft: „Multikulturalismus ist die Gesellschaft ohne kulturelles Zentrum und ohne hegemoniale Mehrheit. Dieser Aggregatzustand tritt ein, wenn das historische Gerüst des europäischen Universalismus, der Nationalstaat als Denk- und Handlungseinheit, nachgibt und transnationale Mobilität in einem Maße stattfindet, daß die Weltgesellschaft von einer Abstraktion zur alltäglich erfahrbaren Realität wird. Migrationen und grenzüberschreitende Kommunikationen lassen die „postmoderne“ Vorstellung der Dezentrierung Wirklichkeit werden. In der wirklichen Weltgesellschaft gibt es keine dominanten kulturellen Muster mehr, und die universale Tradition des Westens darf sich nicht in einem trotzigen Ethnozentrismus der Diskussion verweigern, sondern muß die Debatte (warum nicht selbstbewußt?) führen... In einer solchen Gesellschaft verschwindet nicht nur der traditionelle Raum des „Einheimischen“, es löst sich auch die für die klassische Moderne typische, zweistellige Opposition des „Eigenen“ und des „Anderen“ auf. Aus dieser binären wird eine multiple, auf den ersten Blick chaotische Konstellation von Personen und Gemeinschaften, die zueinander in einem Verhältnis struktureller Fremdheit und situativer Vergemeinschaftung stehen“ (Leggewie 1990: XIII).

In die gleiche Richtung zielen Cohn-Bendit und Schmid, wenn sie die Tendenz der multikulturellen Gesellschaft, in „Stammeswesen“ zu verfallen und „zum Statischen, etwa zur Ethnizität, Zuflucht zu nehmen“ (Cohn-Bendit, Schmid 1993: 347) damit kontern, daß sie sich in Anlehnung an Walzer (1992) komplexere und vielfältige Identitäten wünschen.

Es ist bemerkenswert, daß beide Texte, obwohl sie grundlegend die Debatte um die multikulturelle Gesellschaft in der Bundesrepublik bestimmten, mit ihren Argumenten zu den Ursachen des Multikulturalismus recht sparsam sind. Das entscheidende Argument ist ein schlichter Imperativ: Die Bundesrepublik Deutschland „muß verstehen, daß sie sich nur in begrenztem Maße aus der neuen Weltordnung heraushalten kann...“ (Cohn-Bendit, Schmid 1992: 329) heißt es inmitten einer Kette weiterer Imperative. Multikulturelle Gesellschaft sei „nur ein anderes Wort für die Vielfalt und Uneinheitlichkeit aller modernen Gesellschaften, die offene Gesellschaften sein wollen (Cohn-Bendit, Schmid 1992: 11, vgl. auch Taylor 1997: 86f.). Gegen diese Sicht der Gesellschaft als multikulturelle Unordnung werden viele Einwände vorgebracht, von denen im Kontext meiner späteren Argumentation die aus liberaler und aus kommunitaristischer Sicht am interessantesten sind.

## Libérale Einwände

Für diejenigen, die nicht in die herrschenden Identitätsmodelle passen, stellt sich die Frage der Anerkennung, wenn sie die universalistischen Grundregeln der Gleichheit auch auf sich angewendet wissen wollen. Tatsächlich erscheinen universalistische Prinzipien der Freiheit und Gleichheit geradezu als Voraussetzungen für Identitätspolitik. Doch mit dem Bestehen auf ihrer Partikularität gegenüber den Partikularitäten der Mehrheitsgesellschaft fallen identitätspolitische Gruppen in einen Widerspruch, der liberale Einwände hervorruft.

Gemäß der liberalen Verfassungsinterpretation wird der Zusammenhalt der Gesellschaft auf der Grundlage der durch Recht garantierten Gleichheit ihrer Mitglieder erzeugt. „In der liberalen Gesellschaft (werden) die besonderen Eigenschaften der Individuen, durch die sie sich von anderen unterscheiden – Geschlecht, Abstammung, Rasse, Sprache, Heimat, Herkunft, Glauben – von den öffentlichen Sphären des Rechts, der Politik und des Marktes verbannt...“ (Preuß 1998: 61). Das Recht solle die Individuen als „eigenschaftslose, abstrakte Personen“ ansehen, die Verfassung kenne nur den „Menschen sans phrase“. Indem auf diese Weise alle Diskriminierungstatbestände weggefiltert werden, „schützt sich die Gesellschaft gewissermaßen gegen ihre regressiven Tendenzen, und die potentiellen Opfer zahlen dafür durch die Verlagerung ihrer Individualität in die unsichtbaren Bezirke der Privatheit (Preuß 1998: 66). So wird die politische Nation zum Triumph der für alle Menschen gleichen, d.h. universalistischen Form über die Borniertheit und den Partikularismus der Kultur, über die in der Tradition wurzelnden religiösen, ethnischen, sprachlichen und moralischen Gemeinschaften. Ganz prägnant auf den Punkt gebracht: „Das Abstrakte verbindet die Menschen, nicht das Konkrete! Die Kulturen trennen die Menschen, die Zivilisation vereint sie!“ (Burger 1997: 178).

Mit dieser Betrachtungsweise entdeckt Preuß die Einbruchsstellen des Multikulturalismus, als einer Position, die eben die partikularen Identitäten in den öffentlichen Räumen vertreten will, bereits im gegenwärtigen deutschen Verfassungsrecht. Da ist zunächst das Recht auf Kriegsdienstverweigerung, das man vielleicht noch im Rahmen traditioneller Toleranz interpretieren könnte. Aber bereits bei der verfassungsrichterlichen Interpretation von Artikel 1 Grundgesetz, der die Menschenwürde für unantastbar erklärt, begännen die Probleme einer „überschießenden normativen Tendenz“. Ältere Lehrbücher sehen diesen Artikel noch als rein deklamatorisch an, als lediglich andere Formulierung des Rechts jedes Menschen auf Anerkennung als Gleicher. Indem das Bundesverfassungsgericht sich in seinen Entscheidungen zur Gewissensfreiheit nicht nur auf die Menschenrechte, sondern auch auf die Menschenwürde als materiellem Rechtsgrundsatz bezieht, wird „die Würde des Menschen nun in seiner unverwechselbaren Individualität, in seiner Einmaligkeit, vor allem aber in der Zugehörigkeit und Verwurzelung in einer be-

stimmten Kultur gesehen. Sie liegt in dem, was ihn von anderen unterscheidet“. (Preuß 1998: 71) Damit wandle sich der alte republikanisch-egalitäre Schlachtruf nach Freiheit – Gleichheit – Brüderlichkeit in ein Freiheit – Gleichheit – Identität. In ähnlicher Weise unterscheidet Taylor einen älteren (liberalen) Liberalismus von einem neueren (kommunitaristischen) Liberalismus (Taylor 1992: 28f.).

Demnach beginnt Multikulturalität da, wo partikulare Identitäten besondere Rechte konstituieren: wenn in der „affirmative action“ der USA Afroamerikanern, Frauen, amerikanischen Ureinwohnern u.a. wegen ihrer Hautfarbe, ihres Geschlechts, ihrer Abstammung dauernde und nicht nur vorübergehende Quotierungen eingeräumt werden; wenn in der Bundesrepublik Zeugen Jehovas auch den Wehrersatzdienst verweigern dürfen; wenn orthodoxe Juden und Muslims vom Verbot der Schächtung ausgenommen werden; wenn Peepshows wegen der Mißachtung weiblicher Würde verboten werden. Preuß warnt vor den Folgen, daß die erst unter dem Schutz der „farbenblinden“ Verfassung entstandenen Identitätsgruppen bei einer Durchsetzung ihrer Anerkennung in der öffentlichen Sphäre eben auch die Voraussetzungen ihrer Autonomie und des wechselseitigen sozialen Austausch zerstören könnten.

Gegen das Einräumen von Gruppenrechten bei Identitätskonflikten trägt Offe eine Reihe von weiteren Einwänden vor. So sei schwer zu bestimmen, was eine Minderheit oder eine Gruppe sei; sei kaum objektivierbar, ob diese Gruppe wirklich unterdrückt sei oder nur so tue als ob; sei möglich, daß sie unter den Minderheitsrechten mehr leiden würde als ohne diese und grundsätzlich seien Gruppenrechte immer kaum begründbare Privilegien (Offe 1996: 33f.). Generell wären individuelle politische und soziale Rechte völlig ausreichend, um Nachteile askriptiver Gruppen auszugleichen.

## **Kommunitaristische Positionen**

Gegenüber den logisch stringent argumentierenden liberalen Kritikern der multikulturellen Identitätspolitik bringen die kommunitaristischen Positionen mehr empirischen Gehalt ins Spiel. So weit ich sehe, werden vor allem drei Einwände gegen die multikulturalistische und auch die liberale Sicht vorgebracht.

Erstens: Die Verwirklichung der Demokratie setzt nicht nur allgemeine Gesetze und die Gleichheit aller vor dem Gesetz voraus. Die Bürger müssen nicht nur Meinungen haben, sondern diese auch formulieren, letztlich müssen ihre Repräsentanten gemeinsam entscheiden. Da ständig neue Fragen auftauchen, ist ein permanenter Konsensbildungsprozeß erforderlich. All dies setzt ein gewisses Maß von gegenseitigem Vertrauen voraus und einen hohen Grad an sozialem Zusammenhalt. Wenn größere Gruppen daß Gefühl haben, sie würden nicht gehört, könnten ihre legitimen Interessen nicht durchsetzen und seien nicht am politischen Prozeß beteiligt, dann verlieren die getroffenen

Entscheidungen an Legitimität. Demokratien bedürfen der Sicherheit, daß die Bereitschaft zur Einbeziehung aller auch von Dauer ist. „Dazu bedarf es einer Art gegenseitiger Verpflichtung. In der Praxis kann eine Nation nur dann eine stabile Legitimität garantieren, wenn ihre Mitglieder einander in hohem Maße verpflichtet sind kraft eines von allen geteilten Gefühls der Zugehörigkeit zur politischen Gemeinschaft“ (Taylor 1997: 82). Das Gefühl der Zugehörigkeit erwächst aus den Wir-Identitäten bezüglich des Staates und diese sind mit allen partikularen Identitäten verknüpft, die in gewachsenen Kulturen ausgeprägt sind. „Demokratische Staaten sind auf eine gemeinsame Identität angewiesen“ (Taylor 1997: 81).

Zweitens: Wenn Demokratie in dieser Weise als Selbstregierung einer „Gemeinschaft von Gemeinschaften (Etzioni) verstanden wird, dann gäbe es buchstäblich kein Argument, einer Gruppe die Artikulation und Selbstbestimmung zu verweigern. Die Berufung auf eine abstrakte Norm, die allem übergeordnet ist, wäre nicht konsensfähig und könnte nur mit Gewalt durchgesetzt werden. Walzer entwirft eine „Politik der Differenz“ in den Stufen

1. Artikulation der Differenzen,
2. Verhandlung zwischen den Gruppen über Gleichbehandlung und Beschränkung und
3. Inkorporierung der neuen Gruppen innerhalb von Gesellschaften in Form von kulturellem Pluralismus, regionaler Autonomie, Vertretungen der jeweiligen Gruppen, Einbindung aller Gruppen ins öffentliche und wirtschaftliche Leben sowie neue Formen der Staatsbürgerschaft (vgl. Walzer 1992: 228ff.).

Daneben plädiert er dafür, Völker aus dem Staatenverband gehen zu lassen, wenn sie gehen wollen. Skeptischer als die Befürworter der multikulturellen Gesellschaft erwartet er auf Europa bezogen nach der Artikulation der Differenzen, daß „die Verhandlungen darüber immer wieder abrechen und in eine Art bewaffnete Diplomatie und Freischärlerkriege umschlagen. Aber die Unterdrückung der Differenz zeitigt ihre eigenen charakteristischen Grausamkeiten, und sie war notwendig und wesensmäßig antidemokratisch. Artikulation von Differenz kann der Beginn von Demokratie sein...“ (Walzer 1992: 240).

Drittens: Ähnlich den Theoretikern des Multikulturalismus geht Taylor davon aus, daß sich die demokratischen Gesellschaften am Ende unseres Jahrhunderts faktisch durch Migration und eine immer geringere Wirksamkeit von Assimilationspolitik unumkehrbar und unaufhaltbar kulturell vielfältigen (Taylor 1997: 86). Sein zentrales Argument bezieht sich jedoch auf den historischen Wandel der Identität (vgl. Taylor 1989). Identitätspolitik oder, wie Taylor sie nennt, „Politik der Differenz“ erwächst aus einer Politik der Menschenwürde. Die Politik der Differenz verlangt, die unverwechselbare Identität eines Individuums oder einer Gruppe, ihre Besonderheit gegenüber anderen, anzuerkennen.

Das positive Bild einer kollektiven Identitätsfiguration ist für Taylor und andere Kommunitaristen eine Vorstellung eines guten Lebens. Auf den Urteilen darüber, worin ein gutes Leben besteht, gründet er einen Entwurf eines Liberalismus, in dem der Integrität der Kulturen ein zentraler Platz zukommt (vgl. Taylor 1993: 56). Anerkennung im demokratischen Rechtsstaat gebührt demzufolge nicht allein den freien und gleichen Individuen, sondern allen Kulturen, allen Identitätsfigurationen. Taylor weist allerdings die multikulturalistische Vorstellung zurück, alle Kulturen hätten ein Recht darauf, von vornherein als gleichwertig angesehen zu werden, er verlangt einen unvoreingenommenen Standpunkt bei der Überprüfung des Werts von Kulturen.

## **Identitätsbildung in modernen Gesellschaften**

Aus den referierten liberalen und kommunitaristischen Positionen werden die Ambivalenzen der Identitätspolitik nicht hinreichend deutlich. Weder aus der verstärkten Migration noch aus der Verunsicherung bisheriger kollektiver Identitäten folgt zwingend, daß nunmehr alle Identitäten in substantieller Gleichberechtigung nebeneinander existieren müssen. Gegen die Gleichgültigkeit aller Identitäten ist einzuwenden, daß diese Utopie sich nicht mit den Grundbedingungen von Identitätsbildung in modernen Gesellschaften verträgt. Die Vision multikultureller Gesellschaften verkennt die komplexen Figuren moderner Identitäten. Deshalb ist ausführlicher auf die Identitätsbildung in modernen Gesellschaften überhaupt einzugehen. Es wird sich zeigen, daß die liberalen Kritiker die Notwendigkeit von Identitätspolitik nicht erkennen und daß Multikulturalisten und Kommunitaristen die für eine demokratische Gesellschaft erforderlichen Grenzen der Politik der Anerkennung gar nicht bzw. zu undeutlich ziehen.

Als entwicklungspsychologischer Begriff beschreibt persönliche Identität die Wahrnehmung von Gleichheit und Kontinuität in der Zeit sowohl bei sich selbst als bei anderen über den ganzen Lebenszyklus (Erikson). Persönliche Identität umfaßt sowohl Selbstreflexivität als auch Integration, hat immer die Aspekte von Ich-Identität und Wir-Identität. Der psychologische Inhalt der Identität sind bewertende Gefühle, die auf einer Skala von Zustimmung und Ablehnung ausgeprägt sind. Auf diese Weise wird zugleich festgelegt, wer ich bin und wer ich nicht bin, zu wem ich gehöre und zu wem ich nicht gehöre. Identitätsfigurationen sind also nicht nur inklusiv, sondern auch exklusiv und häufig genug ist das Negativbild schärfer ausgeprägt als das positive Bild.

Die moderne, individualisierte Gesellschaft erzeugt bei den einzelnen den Eindruck, als wäre ihre Identität der Ausdruck ihrer Besonderheit und Unverwechselbarkeit als Individuum (vgl. Taylor 1989). Indem wir unsere Identität bestimmen, versuchen wir zu bestimmen, wer wir sind, „woher wir

kommen“. Sie bildet den Rahmen, in dem unsere Vorlieben, Wünsche, Meinungen und Strebungen Sinn bekommen. War diese Form der Identität in vormodernen Zeiten weitgehend durch die gesellschaftliche Stellung dem einzelnen zugewiesen, verbreitet sich seit dem 18. Jahrhundert die Auffassung einer individualisierten Identität, die allein mir gehört und die ich in mir entdecke, die etwas Authentisches ist.

Doch auch individualistische Identität kann nicht durch innere Monologe gefunden werden, sondern hat selbst einen grundlegend dialogischen Charakter. „Wir bestimmen unsere Identität stets im Dialog und manchmal sogar im Kampf mit dem, was unsere ‚signifikanten Anderen‘ in uns sehen wollen“ (Taylor 1993: 22). Deshalb gewinnt das Problem der Anerkennung mit dem Aufkommen der Idee einer innerlich erzeugten Identität neue Bedeutung. „Uns allen ist bewußt, wie sehr in den persönlichen Beziehungen die Identität durch den Verlauf, den unser Austausch mit signifikanten Anderen nimmt, geformt und verformt werden kann. Und in der gesellschaftlichen Sphäre haben wir es immer wieder mit einer Politik der gleichheitlichen Anerkennung zu tun“ (Taylor 1993: 25). Dieser tiefe kulturelle Wandel hat seine Folgen für demokratische Gesellschaften. Die Projektion eines diskriminierenden oder erniedrigenden Bildes auf einen anderen Menschen mag, je nachdem, wie stark es verinnerlicht wird, zerstörerisch und unterdrückend wirken. Eine Gruppe von Menschen kann einen wirklichen Schaden nehmen und eine Deformation erleiden, wenn die Umgebung oder die Gesellschaft ihr ein solches Bild ihrer selbst zurückspiegelt. Anerkennung ist ein menschliches Grundbedürfnis und Menschenwürde ist ohne Anerkennung der wesentlichen Grundzüge der Identität nicht denkbar.

Eine ganze Reihe von sozialen Identitätsfigurationen bleiben den einzelnen weitgehend unbewußt. Sie erscheinen als quasi natürliche, nicht weiter reflektierte Selbstverständlichkeit. Das betrifft insbesondere die Angehörigen der kulturell prägenden Schichten. Geschlecht, Herkunftsfamilie und Nationalität sind zunächst partikuläre Identitätsfigurationen, die jedem einzelnen „angeboren“ sind. In der Regel lernt der einzelne nicht nur sein Geschlecht, sondern die dazugehörige Geschlechterrolle, nicht nur den identifizierenden Namen seiner Herkunftsfamilie, sondern auch ihre soziale Position in der Gesellschaft, nicht nur seine Nation, sondern deren Sprache, Kultur, Region und Geschichte. Von diesen partikulären, „angeborenen“ Identitätsfigurationen sind selbst erworbene oder gewählte abzugrenzen. Diese können sich auf die in der eigenen Biographie gewählten Formen der sozialen Beziehungen, die familiären und die Gruppenbeziehungen, den erworbenen oder angestrebten Status in der Erwerbswelt oder in der Gesellschaft beziehen. Die unterschiedlichen Identitätsfigurationen drücken sich mehr oder weniger in entsprechenden Lebensstilen aus (vgl. Lohauß 1995).

Motivationen und Werte werden selbst wieder bewertet, Wertungen zweiter Ordnung oder „starke Wertungen“ getroffen (Taylor 1992: 10f.). Hierüber entwickelt sich ein Wertehorizont partikularer oder auch universel-

ler oder transzendenter Werte, der die persönliche Identität ausmacht. In der modernen Gesellschaft hat das Individuum Spielraum, bezüglich seiner unterschiedlichen Lebenskreise unterschiedliche Wertkonzepte zu verfolgen, doch ist es eine spezifische Leistung des Ich – und eine Notwendigkeit für die Entwicklung einer Persönlichkeit – eine mehr oder weniger integrierte Identitätsfiguration zu entwickeln.

Es ist wichtig festzuhalten, daß die moderne Gesellschaft die Freiheit für eine Vielzahl von Identitätsfigurationen gibt. Darunter schließen solche, die zentral um partikuläre Identitäten, wie ethnische Herkunft oder volksspezifische Tugenden, ausgerichtet sind, eine Vielzahl von anderen Gruppen aus und sind häufig mit Negativbildern angeblich unterlegener Kulturen konnotiert. Hingegen können Identitäten auch um universelle oder transzendente Werte gruppiert sein, die weniger exklusiv sind und weniger Negativbilder zur Stabilisierung benötigen. Schließlich umfassen Identitäten verschiedene Bezüge: Ich-bezogene und Wir-bezogene Werte und bewertende Gefühle. Ein wie auch immer besetzter Bezug zur gesellschaftlichen Gemeinschaft ist Teil der jeweiligen Identitätsfigurationen und auch dieser kann an partikularen Werten wie die der Ethnie zugeschriebenen oder an weniger exklusiven oder universellen Werten orientiert sein.

## **Identitätspolitik ist Politik der Anerkennung**

Erst im Kontext der Herausbildung von persönlicher Identität in modernen Gesellschaften erschließen sich Ursachen und Dilemmata der Identitätspolitik. Zum einen macht es für die Persönlichkeitsbildung einen entscheidenden Unterschied, ob jemand der herrschenden Mehrheitskultur angehört oder einer Gruppe, die in einem identitätsrelevanten Merkmal zu einer Minderheit gehört. Natürlich gibt es in modernen Gesellschaften zahllose Merkmale, die besondere Gruppen oder Minderheiten konstituieren, seien es Vegetarier, Naturfreunde, UFO-Gläubige usw. Solange bestimmte Eßgewohnheiten, Freizeitbeschäftigungen oder private Glaubensüberzeugungen nicht zum Kernbestand der kollektiven und persönlichen Identitäten in einer Gesellschaft gehören, entstehen aus einer diesbezüglichen Minderheitssituation keine gravierenden Folgen.

Anders ist es mit identitätsrelevanten Merkmalen. Eben weil der psychologische Inhalt der Identitätsbildung bewertende Gefühle sind, sind die identitätsrelevanten Eigenschaften der Mehrheitskultur aus ihrer eigenen Sicht immer „gut“, ihr Fehlen immer „schlecht“ und defizitär. Gehören zu den relevanten partikularen Identitätsfigurationen der dominanten Kultur die weiße Hautfarbe, ein Bild körperlicher Idealfunktionen, die deutsche Abstammung oder die Assoziation von Macht mit dem männlichen Geschlecht dann werden Farbige, Behinderte, Nichtdeutsche und Frauen in Beziehung

auf Macht im Hinblick auf diese Identitätsfigurationen minderwertig, defizitär erscheinen.

Definiert sich die Identität der Mitglieder einer dominanten Kultur durch solche Merkmale, dann ist es nicht mehr beliebig, ob diese bei einzelnen oder Gruppen vorhanden sind oder nicht oder ob gar das jeweils konstruierte Negativbild zutrifft. Wollte man behaupten, die identitätsrelevanten partikularen Merkmale seien gleichviel wert wie ihr Gegenbild, so fühlten sich die Betroffenen in ihrer Selbstachtung herabgesetzt und ihre Wir-Identitäten und damit auch ihr gemeinschaftlicher und gesellschaftlicher Zusammenhang wäre in Frage gestellt. Als Beispiele: Gehört zur Identität der nationalen Armee und zur Ich-Identität der Soldaten ein Bild männlicher Tugenden, dann stellt die Forderung nach dem gleich gelten von weiblichen und männlichen Tugenden die Leitbilder der Militärs grundsätzlich in Frage stellen; gälten in eine rassistischen Gesellschaft Schwarze und Weiße gleich, wäre schon die bloße Zugehörigkeit zur herrschenden oder zur beherrschten Klasse nicht mehr wie bisher bestimmbar; wäre die Unterscheidung von Katholiken und Protestanten in Nordirland nicht identitätsbestimmend, würden die gesellschaftlichen Konflikte einen anderen Verlauf nehmen usw. Um nicht mißverstanden zu werden: in keinem Fall sind die identitätsstiftenden Eigenschaften als solche ursächlich für soziale Ungleichheit und Exklusion. Doch durch die Identitätsfigurationen werden nicht nur Persönlichkeiten geprägt, sondern auch die jeweils spezifischen Negativbilder fixiert und vor allem die Zugehörigkeiten und Wir-Identitäten definiert. Die jeweiligen Identitätsfigurationen sind kulturell jeweils spezifisch, es sind keineswegs immer die gleichen identitätsstiftenden Merkmale vorherrschend.

In Bezug auf identitätsrelevante Merkmale haben Minderheiten deshalb immer sowohl ein Problem der Zugehörigkeit als auch eines der Selbstachtung (vgl. Honneth 1994: 212ff.). Die Mehrheitsgesellschaft bewertet persönliche Merkmale der Minderheit als negativ und definiert sie damit erst als Gruppe und diskriminierte Minderheit. Es erfordert eine zusätzliche Anstrengung auf Seiten der Minderheit kein negatives Selbstbild zu entwickeln oder das Negativbild in ein positives umzukehren (Black is beautiful oder schwules coming-out). Minderheiten in dem hier beschriebenen Sinn sind nicht per Definitionem immer vorhanden, sie werden aus dem Negativbild der herrschenden Wir-Identität geschaffen. Gerade deshalb müssen diskriminierte Minderheiten Identitätspolitik betreiben. Eine bloße Interessenpolitik würde gerade das spezifische ihrer Diskriminierung verfehlen. Identitätspolitik richtet sich auf Anerkennung.

## **Identitätskonflikte**

In Bezug auf die Virulenz von Identitätskonflikten ist noch eines über die Struktur von Identitätsbildung nachzutragen. Es ist eine Eigenheit von Identitätsbildung, daß auch gewählte Identitäten dem einzelnen nicht jederzeit frei zur Verfügung stehen. Der Prozeß der persönlichen Identitätsbildung verläuft immer unbewußt, auch wenn das Resultat selbstreflexiv betrachtet werden kann. Den traditionellen Gesellschaften waren Identitätsreflexionen fremd. Die spezifische Kultur reproduzierte sich fraglos, aus Gewohnheit, quasi natürlich. Konflikte kommen erst herein, wenn Modernität und Tradition aufeinanderprallen, Minderheiten einwandern oder gewaltsame Veränderungen von außen hereinbrechen. Tatsächlich sind es Individuen zwischen Kulturen und Gesellschaften im Umbruch zwischen traditionellen und wie auch immer gearteten modernen Verhältnissen, die Identitätsfragen am schärfsten reflektieren, kollektive Identitäten suchen und manchmal auch schaffen.

Da also trotz der möglichen Vielfalt die Identitäten für die Individuen nicht zur Disposition stehen, ist der Verzicht auf partikulare Identitäten inmitten eines Konfliktes kaum zu erwarten. Für Identitätskonflikte gilt das Gleiche wie für normative Konflikte generell: „Normativen Konflikten unterliegen unterschiedliche Wertorientierungen und – davon ausgehend – unterschiedliche Situationsdefinitionen, die es den Konfliktparteien verwehren, sich auf die Perspektive der anderen einzulassen. Normative Konflikte sind daher grundsätzlich unlösbar, sie lassen sich nicht in direkten Auseinandersetzungen beilegen, sondern bestenfalls umgehen, entschärfen, durch Dritte schlichten oder unterdrücken. Schlimmstenfalls neigen sie dazu, bis zur Gewaltanwendung zu eskalieren, denn schließlich hat jede Partei aufgrund ihrer unterschiedlichen Wertbindungen ein ‚gutes Gewissen‘“ (Kaufmann 1997: 157).

Auf der politischen Ebene hilft dagegen zwar Toleranz im Sinne von Duldung, aber die wechselseitige negative Bewertung wird dadurch nicht aufgehoben. Langfristig ist nur auf einem Weg eine wirkliche Überwindung von Identitätskonflikten möglich: Wenn die persönlichen und kollektiven Identitäten vor einem Horizont universalistischer Werte integriert wären, dann könnten partikulare Identitätsfigurationen wie körperliche Merkmale, Geschlechtszugehörigkeit, ethnische Zugehörigkeit oder Nationalität zurücktreten und dann wäre das Konfliktpotential geringer (aber nicht aufgehoben). Eine solche Entwicklung erfordert Veränderungen bei allen Konfliktparteien. Sie benötigt lange Zeit – als Beispiel sei die Überwindung der Feindschaft zwischen Deutschen und Franzosen nach dem zweiten Weltkrieg genannt. Eine solche Entwicklung ist wahrscheinlich während des Andauerns der offenen und gewalttätige Konflikte völlig ausgeschlossen.

## Kampf um Anerkennung trotz Gleichheit vor dem Gesetz

Identitätspolitik hat eine Reihe von historischen Voraussetzungen. Sie entsteht erst in modernen Gesellschaften, die die Individuen von den unabwendbaren Zwängen der traditionellen Gesellschaften freisetzen. Dazu gehört zum einen die Befreiung aus den gemeinschaftlichen Zwängen der Stammesgesellschaften bzw. der Familienverbände. In Europa gehört des weiteren dazu die Überwindung des Weltdeutungsmonopols von Religion und Kirche. Identitätspolitik entsteht sogar erst auf dem Boden entwickelter demokratischer Gesellschaft, in der sich die Intuition verbreitet, daß alle Menschen frei und gleich seien und dies durch die gesellschaftlichen Institutionen zu garantieren sei. Erst die Geltung dieser universalistischen Sätze läßt den Widerspruch zwischen formaler und substantieller Gleichheit hervortreten, erst dann kann es sich erweisen, daß die Geltung der universellen Rechte nicht die Bildung von herrschenden Mehrheiten und diskriminierten Minderheiten verhindert.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland enthält im Artikel 3 die Festlegung, daß alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind und es wird besonders hervorgehoben, daß Männer und Frauen gleichberechtigt sind. Darüber hinaus werden Tatbestände verbotener Diskriminierung oder Bevorzugung aufgezählt: Geschlecht, Abstammung, Rasse, Sprache, Heimat und Herkunft, Glauben, religiöse und politische Anschauungen. In jüngster Zeit wurde das Verbot der Benachteiligung Behinderter beigefügt. Einige neuere Landesverfassungen führen zusätzlich noch das Verbot der Diskriminierung der sexuellen Identität auf. Allein, daß neben der Gleichheit vor dem Gesetz und der Bindung des Staates und der Verwaltung an das Recht noch gesonderte Diskriminierungsverbote ausgesprochen werden müssen, verweist schon auf Probleme mit dem universalistischsten aller Gebote – denn die Bindung an Gesetze und die Gleichheit aller vor den Gesetzen verweist auf den kategorischen Imperativ Kants.

Trotz der Diskriminierungsverbote kann nicht davon abgesehen werden, daß die Mehrheitskultur in Deutschland nicht alle möglichen Ethnien, Sprachen, Abstammungen, Heimaten, Religionen, Politiken, sexuellen Identitäten usw. umfaßt und daß die Identitätsfigurationen der Deutschen mehrheitlich auf ganz spezifische Ausprägungen dieser Merkmale bezogen sind. Im Zusammenhang der Argumentation dieses Beitrages ist es darüber hinaus aufschlußreich, daß sich die Liste der Diskriminierungsverbote mit den Inhalten der wichtigsten partikularen Identitätsfigurationen deckt.

In einer Formulierung von Wolfgang Schäuble ist das Problem knapp zusammengefaßt: „Wir – die alten Staaten des alten Europa – sind klassische Nationalstaaten. Wir schöpfen unsere Identität nicht aus dem Bekenntnis zu einer Idee, sondern aus der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Volk“ (zitiert nach Cohn-Bendit, Schmid: 332). Im Volksbegriff fallen nun Abstammung, Ethnie, Sprache, Heimat und Herkunft, Glauben und religiöse Anschauung in

eins und über den Familienbegriff (der ja zusätzlich verfassungsrechtlich in Artikel 6 abgesichert ist) sind auch Geschlechtsidentität und sexuelle Orientierung hinreichend spezifisch abgedeckt. Damit ist das ganze Arsenal partikularer kollektiver Identitäten beisammen. Somit liegen hinter dem Modell universalistischer Regeln spezifische partikuläre Identitätsformationen, die sich selbst für universalistisch halten (vgl. Treanor 1997), solange sie nicht in ihrer „Selbstverständlichkeit“ gestört werden. Hinter der universalistischen Verfassung steht ein spezifischer „way of life“. Trotz weitgehend gleichlautender Menschenrechtskataloge in den demokratischen Ländern sind doch Gruppen von jeweilig nationalspezifischen Lebensstilen und Identitätsfigurationen prägend für die gesellschaftlichen Gemeinschaften.

Die Formel „Deutschland den Deutschen“ ist vor diesem Hintergrund durchaus nicht überraschend. Sie kann auftauchen, wenn die Grundelemente der spezifisch deutschen Identität für bestimmte Gruppen nicht mehr selbstverständlich sind und universalistische Bindungen an das Gemeinwesen nicht zur Verfügung stehen (vgl. Lohauß 1998). Die Diskriminierungsverbote der Verfassung sind nicht nur aufgrund der Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus geschaffen. Sie sind auch notwendig, weil auch in der auf Gleichheit beruhenden demokratischen Gesellschaft ein Rückfall in partikuläre Identitätsformationen niemals auszuschließen ist. Die spezifische Identität der deutschen Mehrheitskultur wird in ihren Außenbindungen durch globale und europäische Veränderungen und nach innen durch abweichende Minderheiten, seien es Einwanderer, seien es im Zuge demokratischen Selbstbewußtseins offensiv gewordene einheimische Minderheiten, in Frage gestellt. Beispiele: Schon das bloße Aufwerfen der Frage, ob sexuelle Orientierungen nicht anders sein könnten, als die „natürlichen“, verletzt das Selbstbild derer, die ihre Geschlechtsidentität als fraglose Voraussetzung nehmen. Das Öffentlichmachen des Islam in Deutschland führt zu virulenten Konflikten mit einer Mehrheit, die ihre christlichen „Selbstverständlichkeiten“ in diesem Konflikt überhaupt erst (wieder) entdeckt. Der Anspruch von Frauen auf Teilhabe an „mächtigen“ Positionen (einschließlich der Wissenschaft) ruft auch nach dem 50. Jahrestag von Artikel 3 Absatz 2 noch die verwirrendsten Diskussionen über Geschlechtsidentität und Prinzipien der Leistungsgesellschaft hervor.

## Die Grenzen der Politik der Anerkennung

Bislang wurden drei unterschiedliche Positionen zur Identitätspolitik dargestellt. Die Position des *Multikulturalismus* verabsolutiert Identitätspolitik. Für die Politik in einem demokratischen Rechtsstaat folgen aus dieser Position eine Reihe von schwerwiegenden Problemen.

In der Regel ist die Auseinandersetzung mit identitätspolitischen Positionen außerordentlich schwierig. Vor dem Hintergrund der verletzten Anerkennung formuliert sich multikulturelle Identitätspolitik als Vorwurf an die Mehrheitskultur. Sie strebt im Kern nicht nur den Ausgleich von materiellen oder politischen Interessen an, sondern auch so etwas Immaterielles wie Respekt und Hoch- oder zumindest Gleichschätzung mit der Mehrheitskultur. Bei allen tatsächlichen Identitätskonflikten (also unter Absehung von allen Grüppchen, die auf der Welle von Identitätspolitik Sonderinteressen verfolgen) berührt das Problem der Anerkennung der Minderheit auch die Selbstachtung und das Selbstbild der Mehrheitskultur. Die Auflösung der Mehrheits- und Minderheitskultur in eine beliebige bzw. gleichgeltende Menge von Multikultur bedeutet, das jeweils partikular Hochgeschätzte nunmehr als gleichrangig einzuschätzen. Solange sich die Identitäten nicht unmittelbar an universellen menschlichen Werten festmachen, ist das eine logisch unmöglich Operation. Entweder, es werden Konzeptionen guten Lebens angestrebt oder es gibt nur gleichwertige Konzeptionen des Lebens. Ganz konsequent führte die Zuspitzung der Identitätspolitik an amerikanischen Bildungseinrichtungen zum Versuch, ein Verbot schon der Benennung und jeder Auseinandersetzung über den Wert unterschiedlicher Kulturen und Identitäten als politisch korrekt durchzusetzen. Damit werden dann Opferrollen auf Dauer festgeschrieben und letztlich wird auch ein Prozeß unterbunden, der am Ende zur Überwindung der trennenden Partikularitäten hätte führen können.

In diesem Zusammenhang ist Leggewies Bild der multikulturellen Gesellschaft eher beunruhigend: „Multikulturelle Gesellschaften sind, nicht nur auf den ersten flüchtigen Blick, sozusagen „reine Oberfläche“; ihre Bauprinzipien und Strukturen sind nach außen projiziert und erscheinen dort plastisch in leiblichen Formen und ornamentalen Accessoires: in Hautfarbe und Körperform, Physiognomie und Habitus, Kleidung und anderen Merkwürdigkeiten“ (Leggewie 1990: 97). Diese Beschreibung scheint eher auf die Identitätsbildung Jugendlicher zuzutreffen, die allerdings bei Thiessen (vgl. Thiessen 1997) sehr viel präziser in der urbanen Moderne analysiert wird. Wenn Leggewies Beschreibung als gesellschaftliches Bauprinzip gültig wäre, so gäbe die bunte Oberfläche Material für tausenderlei partikuläre Identitäten und entsprechend zersplitterte Zugehörigkeiten ab und die Konflikte würden sich in gleichem Maße vervielfältigen.

Eine wirkliche Anerkennung setzt einen Rahmen der Übereinstimmung über Fragen des guten Lebens der gesellschaftlichen Gemeinschaft voraus. In einer multikulturellen Gesellschaft bleibt offen, welche Bindungen an die Gesamtgesellschaft bestehen, die Menge der Betroffenengruppen kann allein mit identitätspolitischen Argumentationen keine übergreifende Verbindlichkeit schaffen. Bei einer verallgemeinerten multikulturellen Identitätspolitik könnten alle Lebensstilgruppen der Mehrheitskultur aus dem privaten Raum in den öffentlichen Raum streben und ihre Differenz zur Basis von Sonderrechten und Anerkennung machen. Schließlich wird nicht mehr zu entschei-

den sein, welche Gruppe dann wem Kompensation für vergangene Diskriminierung oder Subventionen für die Aufrechterhaltung seiner kulturellen Besonderheit schuldet. Die Verallgemeinerung der Identitätspolitik zum Multikulturalismus wird der Identitätspolitik ihre Voraussetzungen entziehen. In den USA ist es längst schon so weit, daß weiße Männer ihre Diskriminierung durch die Quoten für Frauen und Minderheiten erfolgreich eingeklagt haben und daß Betroffengruppen von „Weißen“ entrüstet diese Bezeichnung zurückweisen und darauf bestehen, in ihrer „irischen“ oder „germanischen“ Identität anerkannt zu werden.

Cohn-Bendit und Schmid erhoffen sich einen Ausweg aus dem Dilemma der Nichtanerkennung von Identitäten durch ihre Vervielfältigung in einer multikulturellen Gesellschaft und sie stützen sich dabei auf Walzer (Walzer 1992: 136). Doch wie schon oben gezeigt, können die Identitätsfigurationen in der modernen Gesellschaft immer vielfältige Bezüge aufweisen: ich muß in Partnerschaft, Beruf, Freizeit und Politik nicht die gleichen Werte hochschätzen und bin in unterschiedliche soziale Gruppen integriert. Walzer meint, eine Überwindung der Partikularitäten könne in einer Vervielfältigung der Identitäten liegen. Sein Beispiel dafür ist wenig überzeugend: Er meint, als Amerikaner, Jude, Ostküstenbewohner, Intellektueller und Professor gehöre er unterschiedlichen Gruppen an und sei deshalb weniger partikular. Das ist falsch. Er hängt als Jude, Intellektueller und Professor universalen Werten an und kann deshalb die Partikularitäten für sich überwinden. Dem illegalen hispanischen Einwanderer, Voodoo-Anhänger, Wanderarbeiter, Familienvater und TV-Konsumenten in Kalifornien werden seine multiplen Identitäten hingegen kaum über seine Vorurteile hinweghelfen. Statt von der Vervielfältigung beliebiger Identitäten eine Aufhebung der Identitätskämpfe zu erwarten, wäre zu beantworten, welche Werte denn alle Identitätsgruppen gemeinsam hochschätzen könnten, um der Tatsache, daß sie Teil einer Gesellschaft sind, einen Sinn zu geben und sich gegenseitig zu achten.

*Die liberale Kritik in ihrer radikalen Variante* verfehlt den Grund, aus dem Identitätspolitik überhaupt entsteht. Verletzte Identität ist sozial und politisch nicht zu heilen, denn dies läßt ja den Grund der Diskriminierung ganz unangetastet. Als Beispiel: sollte es den Opfern des Rassismus politisch gelingen, für allfällige Verletzungen angemessen entschädigt zu werden und politischen Einfluß bekommen, ohne daß die Mehrheitskultur davon abläßt, sie aus rassistischen Gründen zu verabscheuen, dann ist die betroffene Gruppe weiterhin in ihrer Menschenwürde beeinträchtigt und eben weder gleich noch frei im Vergleich zur Mehrheitskultur.

Diese Position übergeht auch den spezifischen Charakter von Identitätskonflikten. Offes Unterscheidung von „interner“ Identitätsbildung und „externer“ Identitätsbildung verfehlt die Besonderheit, daß sich beide nicht nur möglicherweise verstärken, sondern daß sie immer negativ aufeinander bezogen sein müssen. Wäre dies nicht der Fall, läge kein Identitätskonflikt, sondern nur eine beliebige Abweichung von den mehrheitlichen Identitätsfi-

gurationen vor, die sich tatsächlich als Interessenpolitik im Rahmen sozialer und politischer Rechte ausgleichen ließe.

Offes Auffassung, daß identitätspolitische Diskriminierung nicht genau feststellbar sei, ist zurückzuweisen. Das Spezifische ist doch, daß unter der Geltung gleicher Rechte Ungleichheiten vorhanden sind, die mit Hilfe wesentlicher Merkmale der Identität der Mehrheit und der Minderheit festgeschrieben werden. Wer betroffen ist und welche Nachteile sich für die Minderheiten ergeben, läßt sich meines Erachtens genauso „objektiv“ feststellen wie z.B. die Angemessenheit von Subventionen für die Landwirtschaft oder die Höhe eines angemessenen Kindergeldes. Da die Ungleichheit und die Diskriminierung der Ausgangspunkt sind, ist schwer verständlich, daß Offe generell Gruppenrechte als Privileg ansieht. Wäre nicht vorab eine politische und soziale Ungerechtigkeit gegeben, wären selbstverständlich spezielle Gruppenrechte ein Privileg, das den Gleichheitsgrundsatz verletzte. Anders dagegen ist es mit einem Punkt, den Offe allerdings gerade nicht ausführt: Möglicherweise verletzt die Anerkennung der diskriminierten Gruppenidentität die legitimen Interessen der Mehrheit an der ungestörten Ausübung ihrer Identitätsfigurationen.

Der gewichtigere Einwand gegen die liberalistische Position ist jedoch ihr verkürztes Verständnis von Recht und Verfassung. Private und öffentliche Autonomie sind nicht so getrennt, wie es die liberale Position unterstellt. „Letztlich können nämlich die privaten Rechtssubjekte nicht einmal in den Genuß gleicher subjektiver Freiheiten kommen, wenn sie sich nicht selbst, in gemeinsamer Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Autonomie, über berechnete Interessen und Maßstäbe klarwerden und auf die jeweils relevanten Hinsichten einigen, unter denen jeweils Gleiches gleich und Ungleiches ungleich behandelt werden soll“ (Habermas 1993: 154). Das Rechtssystem ist in der Wirklichkeit eben nicht blind gegenüber den kulturellen Differenzen. Es schützt im Kern gerade die Integrität des einzelnen auch in seinen identitätsbildenden Zusammenhängen.

Es ist unsere spezifische Variante von Gleichheit vor dem Gesetz und Ausprägung der grundlegenden Menschenrechte, die bestimmt, wer in Deutschland Deutscher ist, oder ob der verfassungsrechtliche Schutz der Familie verhindert, daß gleichgeschlechtliche Partnerschaften gleichgestellt werden oder wie weit Sonderrechte gewährt werden können, ohne die Gleichheit zu verletzen. Umgekehrt haben, trotz gleicher Rechtsprinzipien in Deutschland und den USA, Deutsche nicht das unbeschränkte Recht, Waffen zu tragen und werden im Fall ihrer Festnahme nicht über ihre Rechte belehrt – was uns marginal erscheint, sind in den USA und in der dortigen gesellschaftlichen Kultur wesentliche Ausprägungen des Kerngehalts von Freiheit und Gleichheit. Das hat nichts mit dem Unterschied von Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit zu tun, sondern markiert wesentliche Unterschiede in der Ausgestaltung der gleichen fundamentalen Rechtsgrundsätze. Der auf universalistischen Prinzipien beruhende Rechtsstaat ist eine bestimmte Konstrukti-

on eines bestimmten Kulturkreises und wird in jeder praktischen Verwirklichung durch die ihn konstituierende Vereinigung von Bürgern schon in seiner Grundkonstruktion kulturell gefärbt.

Rechtsstaat und Verfassung schweben nicht in einem abstrakten Raum jenseits des Staatsvolkes und müssen nicht vor Versionen des guten Lebens geschützt werden. Letztlich ist jede Verfassung ein Konzept guten Lebens der gesellschaftlichen Gemeinschaft, das unter den Bürgern konsensfähig sein muß. Es ist eine falsche Abstraktion, wenn Burger meint, das Abstrakte verbinde die Menschen und versucht, die Idee des Staates gegen die Staatsbürger in Schutz zunehmen (und eine sehr deutsche Bewußtseinsform ist es außerdem). Diese Art des Liberalismus, die blind ist gegenüber den Fragen der konkreten Menschenwürde und der wirklichen Gesellschaftlichkeit der Bürger, schlägt potentiell genauso leicht in Staatsterror um wie Rousseaus utopisches Gemeinwesen.

Auf den ersten Blick scheinen die *kommunitaristischen Positionen* die Schwierigkeiten sowohl der überzogenen multikulturalistischen Ansätze als auch eines abstrakten Liberalismus zu vermeiden. Sie verweisen zu Recht auf die Bedeutung des Kampfes um Anerkennung und die Notwendigkeit einer demokratischen Identität des Gemeinwesens. Sie begründen die Notwendigkeit einer allgemeinen Identitätspolitik. Die Aporien der multikulturellen Gesellschaft wollen sie in einem gesellschaftlichen Prozeß der Verhandlungen und der Inkorporation der identitätspolitischen Gruppen aufheben. In abgestuften Varianten heben sie die Bedeutung der rechtsstaatlich-liberalen Grundsätze hervor. Doch das Verhältnis zwischen der Identifikation mit dem Gemeinwesen, seiner Kultur und seiner universalistischen Prinzipien einerseits und der Identifikation mit den partikularen Gruppenidentitäten andererseits bleibt verschwommen. In mehreren Hinsichten bedürften die kommunitaristischen Positionen weiterer Klärung.

Erstens wird unterschätzt, daß der Kampf um Anerkennung häufig nicht nur die Anerkennung einer weiteren Lebensweise oder Identität neben den vorhanden ist, sondern daß zwischen Mehrheitskultur und den mehrheitlichen Lebensstilen auf der einen Seite und den diskriminierten Identitätsfigurationen oder Merkmalen auf der anderen Seite ein scharfer Gegensatz besteht. Eine Lösung dieser Konflikte kann grundsätzlich nicht durch additive Anerkennung, sondern nur durch Erweiterung der herrschenden Identitätsfigurationen geschehen und zwar durch eine Verschiebung hin zu universalistischen Inhalten. Als Beispiel soll hier wieder der Rassismus herangezogen werden: Nur wenn die Mehrheitskultur bereit ist, ihre Hochschätzung von Eigenschaften, ihre Vorstellung von gutem Leben und ihre persönliche Identität von allem zu trennen, was mit ihrer eigenen Hautfarbe oder ihrer wie auch immer konstruierten ethnischen Herkunft zu tun hat, wird sie in der Lage sein, ethnisch anderen Gruppen Anerkennung entgegenzubringen. Damit verändert sich zwangsläufig der Horizont der Werte, vor dem sich in der Mehrheitskultur Identitäten bilden. Das kann die Identitätspolitik der Min-

derheitsethniken nicht unberührt lassen. Auch sie müßte in diesem Prozeß ihren Bezug auf die im Gegenzug positiv besetzte eigene ethnische Identität zugunsten einer gemeinsamen Wertschätzung nicht-ethnischer Identitätsfiguration ablösen.

Auf den Punkt gebracht: Die wechselseitige Anerkennung von irgendwelchen Differenzen ist nicht das Problem. In einer Situation, in der die diskriminierten Merkmale gerade für die Wir-Identitäten von Mehrheit und Minderheit entscheidend sind, ist wechselseitige Anerkennung dieser partikularen Identitäten gar nicht möglich. Da Identitätsbildung immer Ich- und Wir-Identitäten verknüpft, bedeutete die wechselseitige Anerkennung vollständig getrennter, unterschiedlicher Wir-Identitäten, daß man gerade nicht in zumindest einer Hinsicht zu einer gemeinsamen Gruppe gehört, sondern zu verschiedenen Gruppen.

Damit ist ein weiteres, sehr grundlegendes Problem angesprochen. Die kommunitaristischen Positionen betonen sowohl die Bedeutung der Identität der gesellschaftlichen Gemeinschaft, als auch die ihrer Teilgemeinschaften. Wenn beide in Konflikt geraten, bieten Kommunitaristen keine klaren Kriterien. Walzer vertritt die These in bezug auf ethnische Unterschiede, daß wer ziehen will, doch seine eigene autonome Nation aufmachen solle. Aber die Ethnien sind in sozialer Hinsicht keineswegs gleiche Gebilde. Überall überlagern sich ethnische mit sozialen Kriterien. Bei der nationalen Spaltung von Slowenien und Tschechien aus ihrem vormals gemeinsamen Staatsverband spielten neben ethnischen und kulturellen auch soziale Gesichtspunkte eine Rolle. Wie im Fall der Lega Nord in Italien gibt es einen Wohlstandschauvinismus in den reicheren Landesteilen, der sich durch die staatliche Autonomie der lästigen Verpflichtung zur Umverteilung von Steuergeldern zugunsten benachteiligter oder unentwickelter Regionen entziehen will. Durch räumliche Segregation entstehen auch innerhalb eines Landes reiche und arme communities und durch Verstärkung der wechselseitigen Autonomie lassen sich soziale Verpflichtungen der Gemeinschaft kappen. Ob die Beweggründe für Autonomiebestrebungen auf unvereinbaren Identitäten oder auf kollektivem Eigennutz beruhen, sollte für eine kommunitaristische Position nicht ganz gleichgültig sein. In einer modernen Gesellschaft werden wesentliche materielle Grundlagen für Freiheit und Gleichheit durch soziale Prozesse innerhalb der gesellschaftlichen Gemeinschaft von Nationalstaaten hergestellt. Die Frage ist also: „Auf welche community werden die Vorstellungen guten Lebens bezogen?“ Je nachdem, ob hier die gesellschaftliche Gemeinschaft des Nationalstaates oder beliebige Teilgemeinschaften angesprochen sind, können die Resultate einmal zu mehr gesellschaftlicher Gleichheit oder zu mehr Ungleichheit führen und damit wiederum Freiheit und kulturelle Identität von allen entwickeln oder bei einigen Gruppen einschränken. Die nähere Bestimmung der Gemeinschaft, auf die sich der Kommunitarismus bezieht, ist genauso wichtig, wie die Erörterung der individuellen Freiheiten in dieser Gemeinschaft (vgl. Lohauß 1995a).

Die kommunitaristischen Positionen machen zudem nicht deutlich genug, daß sich bei der Trennung von Identitätsgruppen unweigerlich neue Minderheiten bilden, deren Rechte nun wieder gegen die neue Mehrheitskultur gesichert werden müssen. Um hier nicht in einen unendlichen Regreß zu kommen, muß die Vorstellung, ethnische Identität könnte die Basis von demokratischen Nationalstaaten sein, überwunden werden. Taylor und Walzer machen die Beobachtung, daß infolge der weltweiten Migration die Nationalstaaten stärker ethnisch vermischt werden, zum Ausgangspunkt ihrer Überlegungen, an deren Ende sie für eine Verstärkung der ethnischen Abgrenzungen plädieren. Aber nur eine Zurückdrängung ethnischer Merkmale für die Herausbildung von kollektiven Identitäten kann einen demokratischen Prozeß innerhalb der ethnisch vermischten Nationalstaaten ermöglichen. Identitätspolitik in diesem Sinne wäre eine politische Strategie des Gemeinwesens zur Überwindung ethnischer Trennungen zugunsten von kollektiven Identitäten auf der Basis tatsächlich gemeinsamer Werte.

Taylors Konzeption einer Identitätspolitik innerhalb einer Nation am Beispiel Kanadas führt meines Erachtens zu unzulässigen Einschränkungen von Minderheitsrechten und dazu, die kollektive Identität der Gemeinschaft als Ganzer in Frage zu stellen. Taylor unterstützt argumentativ die Forderung der französisch sprechenden Mehrheit in den entsprechenden Landesteilen auf Sonderrechte, auf Grund derer fremdsprachige Werbung verboten würde und französischsprachigen Eltern nicht erlaubt wäre, ihre Kinder auf englischsprachige Schulen zu schicken.

Wenn Kanada als eine gesellschaftliche Gemeinschaft gedacht wird, dann ist das Verbot, seine Kinder in einer Amtssprache unterrichten zu lassen, ein Widerspruch gegen die Grundlagen des Gemeinwesens. Gilt dieses Verbot speziell für die Mitglieder einer Sprachgruppe, ist es zudem unzulässig, die individuelle Freiheit derjenigen einzuschränken, die sich nicht zu dieser Sprachgruppe bekennen wollen. Zwar ist Taylors Argumenten gegen den Begriff der negativen Freiheit als Grundlage des Freiheitsbegriffs zuzustimmen (Taylor 1992). Doch folgt meiner Ansicht daraus auch, daß niemandem ein Verhalten verboten werden kann, das für andere Mitglieder des Gemeinwesens zulässig ist. Am Beispiel Kanada plädiert Taylor implizit wie Walzer für die Aufteilung des Gemeinwesens in zwei souveräne Staaten.

Der nächste Kritikpunkt läßt sich darin zusammenfassen, daß nicht alle Identitäten zur Bildung eines demokratischen und rechtsstaatlichen Gemeinwesens taugen. Offe macht nicht zu Unrecht darauf aufmerksam, daß die Anerkennung von Identitätsgruppen um so leichter möglich sein wird, je näher sich die Kulturen stehen. Soweit Identitätsgruppen ihre kollektive Identität auf Wertungen stützen, die die Gewährung von Autonomie und Gleichheit ausschließen, können sie nicht als gleichwertig im öffentlichen Raum von demokratischen Rechtsstaaten anerkannt werden (im privaten Raum hingegen durchaus). Als Beispiel: Es ist nicht die Frage, ob islamische fundamentalistische Identitäten kulturell gleichwertig mit Kulturen in demokratischen

Rechtsstaaten sind, sondern, ob im öffentlichen Raum Rechtsstaatlichkeit und Freiheit gleichwertig mit Auffassungen vertreten sein können, die eine Einheit von Islam und Staat anstreben. Dies kann natürlich nicht der Fall sein. Es ist wiederum nur die Anerkennung der Autonomie des Nationalstaates, die es ermöglicht, daß islamische fundamentalistische und demokratische Gemeinschaften nebeneinander bestehen können. Innerhalb der Staaten jedoch sind einander ausschließende Kulturen im öffentlichen Raum nicht kompatibel. In den kommunitaristischen Positionen wird auf die Probleme von einander ausschließenden Werten von Identitätsgruppen kaum eingegangen.

Als letzter Einwand sei vorgetragen, daß die Gewährung von dauerhaften Sonderrechten für Gruppen innerhalb einer Gesellschaft problematisch ist, wenn sie gegen den Gleichheitsgrundsatz verstößt. Preuß hat gezeigt, daß Identitätspolitik dann gesellschaftlich relevant wird, wenn es ihr gelingt, in Form von Sonderrechten eine besondere Berücksichtigung ihrer partikularen Identität zu erreichen. In diesen Fällen sollte immer geprüft werden, ob nicht die gleichen Rechte anderer Gruppen verletzt werden.

Im Falle diskriminierter Minderheiten ist der Gleichheitsgrundsatz nicht verletzt, solange es gerade um den Ausgleich einer erlittenen Benachteiligung und Kränkung geht. In allen diesen Fällen geht es um einen Prozeß der Angleichung, der Herstellung nicht nur formaler, sondern materiell gleicher Rechte und Anerkennung. Das Ziel wäre also hier immer die Herausbildung gemeinsamer, anerkennender kollektiver Identitäten und die Überwindung der diskriminierenden Werturteile. In diesen Fällen ist „umgekehrte Diskriminierung“, die Anwendung von Quoten, die Unterstützung der Bildung von Identitätsgruppen geboten bis zur Überwindung der Ungleichheit. Solche Sonderrechte sind von ihrer Zielsetzung her – nämlich der Aufhebung der Diskriminierung – nicht auf Dauer zu gewähren und es ist legitim, immer wieder zu überprüfen, ob sie weiterhin gerechtfertigt sind. Dasselbe gilt von kulturellen Gruppen, wie z.B. die verschiedenen deutschen Vertriebenenverbände. Auch hier kann es nicht um einen kulturellen Artenschutz auf Dauer gehen, sondern nur um die Unterstützung legitimer Ausdrucksweisen kultureller Identität für Bevölkerungsgruppen, deren kultureller Zusammenhalt durch die Vertreibung zerstört wurde. Identitätspolitik führt legitimer Weise zu Sonderrechten von grundsätzlich begrenzter Dauer. Das ist nur dann anders, wenn es sich um Benachteiligungen handelt, die politisch nicht ausgeglichen werden können, wie im Falle der Behinderten.

## **Von der multikulturellen zur gesellschaftlichen Identitätspolitik**

Zum Schluß werden noch einmal die Eingangs aufgeführten Beispiele von Identitätspolitik aufgegriffen und im Kontext einer gesellschaftlichen, nicht einer multikulturellen Identitätspolitik bewertet.

Die Anerkennung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften wird in dem Maße möglich werden, wie in der Identität der Mehrheitsgesellschaft individualisierte Werte von Partnerschaft und Liebe wichtiger werden und traditionelle Rollenkonzepte von Familie zurücktreten. Hier findet eine Ausweitung und Generalisierung der Werte und Werturteile über persönliche Beziehungen statt, die es ermöglicht, unterschiedliche Lebensmodelle und sexuelle Orientierungen in Bezug auf Partnerschaft gleich hoch zu schätzen. Universelle und individualisiertere Identitätsfigurationen ermöglichen die Anerkennung unterschiedlicher Lebensweisen, während eine Fixierung auf partikulare Geschlechtsidentitäten lediglich neben heterosexuellen schwule, lesbische, transvestitische, bisexuelle, Queer usw. Lebensweisen voneinander trennt. Die rechtliche Anerkennung dauerhafter Partnerschaften schafft kein dauerhaftes Sonderrecht gegenüber der Mehrheitskultur und sie ist kein Gruppenrecht, das eine gesonderte Kultur bewahren soll, sondern ist der erste Schritt zur Rechtsgleichheit unterschiedlicher partnerschaftlicher Lebensweisen. Sie ist damit ein Beispiel, wie legitime Identitätspolitik zur Veränderung des öffentlichen Raumes führt und damit auch die liberale Position widerlegt, die solche Fragen in die Privatheit verweist.

Am Beispiel des Doppelpasses können ähnliche Argumente vorgetragen werden. Angesichts der jahrzehntelangen Mißstände in der rechtlichen Behandlung der Immigranten ist ein Ausmaß an Verletzung der Identitäten der ersten Einwanderergeneration entstanden – und Assimilation in großem Maßstab erschwert worden –, daß es gerechtfertigt wäre, zur Erleichterung der Integration unter gemeinsam geteilte Werte dieser Gruppe von faktischen Einwanderern den Doppelpaß zuzugestehen. Die Lösung, den hier Geborenen nicht generell, sondern nur auf Zeit die doppelte Staatsbürgerschaft zuzugestehen, entspricht dem oben genannten Kriterium, aus Gleichbehandlungsgründen mit der Mehrheitsgesellschaft Sonderrechte nur für eine Zeit zu gewähren, mit dem klaren Ziel einer gemeinsam geteilten kollektiven Identität, einer gemeinsamen und gleichen Zugehörigkeit zur deutschen Gesellschaft. Das Verständnis der Mehrheit von deutscher Identität muß sich zwangsläufig auch bei dieser Lösung erheblich ändern und insofern ist es legitim, die Identitätsansprüche der Mehrheit mit denen der Minderheit abzuwägen. Auch hier werden nicht multikulturell viele Staatsbürgerschaften als gleichwertig anerkannt, sondern geht es um ein erweitertes Verständnis von Zugehörigkeit, von Wir-Identität nicht auf Basis partikulärer Abstammung, sondern individueller Entscheidung und gemeinsam geteilter Werte. Es geht auch nicht kommunitaristisch um die staatsrechtliche Anerkennung kulturell differierender Gruppen in ihrer Besonderheit und Identität und schon gar nicht um die Gewährung von Sonderrechten zur dauerhaften Reproduktion der besonderen kulturellen Identität der Einwanderer, sondern darum, eine erweiterte Wir-Identität im demokratischen Rechtsstaat zu finden, die gleiche Rechte und Anerkennung zur Folge haben kann.

Das dritte Beispiel ist die Anerkennung der Gebärdensprache. Hier wird eine rechtliche Sonderrolle geschaffen, es werden nicht unerhebliche öffentliche Mittel aufgewendet werden müssen und es wird eine dauerhafte Sonderrolle sein. Da sich die Benachteiligung Gehörloser politisch nicht beseitigen läßt, stellt die Anerkennung der besonderen Sprache lediglich einen geringen Schritt dar im Hinblick auf die Teilnahme an der gesellschaftlichen Kommunikation und damit ein Schritt in eine Situation stärker anerkannter Menschenwürde. Auch hier ist es gerade die Erweiterung der liberalen Position um ein Verständnis von Menschenwürde, die eine legitime Identitätspolitik begründet. Dies setzt voraus, die immanente Begrenzung im Verständnis der Mehrheitskultur zu überwinden und sich der Menschenwürde auch derjenigen zuzuwenden, die Teil der Gesellschaft, doch anders als die Mehrheit sind.

Diskriminierungen, die die Menschenwürde verletzen, können durch eine gesellschaftliche Identitätspolitik ausgeglichen werden, die das Ziel verfolgt, eine wechselseitige Anerkennung vor einem gemeinsamen Horizont geteilter Werte bezüglich der gesellschaftlichen Gemeinschaft zu erreichen. Um diese Position zu begründen, ist weniger eine weitere Annäherung von kommunitaristischen und liberalen Ideen notwendig, als eine Reflexion auf die gesellschaftlichen Bedingungen von Gemeinschaft, Identität und Demokratie.

## Literatur

- Boyle, James: *Universalism, Justice and Identity Politics. From Political Correctness to Constitutional Law*, Washington 1997.
- Burger, Rudolf: *Multikulturalismus im säkularen Rechtsstaat*, in *Leviathan* 2/1997 S. 173-185.
- Cohn-Bendit, Daniel; Schmid, Thomas: *Heimat Babylon. Das Wagnis der multikulturellen Demokratie*, Hamburg 1993.
- Gergen, Kenneth, J.: *Social Construction and the Transformation of Identity Politics*, Swartmore 1995.
- Habermas, Jürgen: *Annerkennungskämpfe im demokratischen Rechtsstaat*, in: Taylor, Charles: *Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung*. Frankfurt am Main 1993.
- Honneth, Axel: *Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte*. Frankfurt am Main 1994.
- Kaufmann, Franz-Xaver: *Normative Konflikte in Deutschland: Basiskonsens, Wertewandel und soziale Bewegungen*, in: Peter L. Berger (Hg.): *Die Grenzen der Gemeinschaft. Konflikt und Vermittlung in pluralistischen Gesellschaften*. Gütersloh 1997.
- Leggewie, Claus: *multi-kulti. Spielregeln für die Vielvölkerrepublik*. Berlin 1990.
- Lohauß, Peter: *Neue normative Konflikte in der Bundesrepublik*, in: *Kommune*, 12/1998, S. 38-47.
- Lohauß, Peter: *Moderne Identität und Gesellschaft. Theorien und Konzepte*. Opladen 1995.

- Lohauß, Peter 1995a: Gemeinschaft und Autonomie. Für einen bundesrepublikanischen Kommunitarismus, in: *Kommune* 5/95, S. 68-72.
- Offe, Claus: „Homogenität“ im demokratischen Verfassungsstaat – Sind politische Gruppenrechte eine adäquate Antwort auf Identitätskonflikte? in: *Peripherie* Nr. 64, 1996, S. 26-45.
- Preuß, Ulrich, K.: Die Belagerung des liberalen Verfassungsstaates durch die multikulturelle Gesellschaft, in: *Leviathan*, 1/1998, S. 60-76.
- Rex, John: National Identity in the Democratic Multi-Cultural State, in: *Sociological Research Online*, vol. 1, no 2, 1996, <http://www.socresonline.org.uk/socresonline/1/2/1.html>.
- Thiessen, Rudolf: Urbane Sprachen – Proust, Poe, Punks, Baudelaire und der Park. Vier Studien über Blasiertheit und Intelligenz. Eine Theorie der Moderne. Berlin 1997.
- Taylor, Charles: Demokratie und Ausgrenzung, in: *Transit* 14, 1997.
- Taylor, Charles: *Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung*. Frankfurt am Main 1993.
- Taylor, Charles: *Negative Freiheit? Zur Kritik des neuzeitlichen Individualismus*, Frankfurt am Main 1992.
- Taylor, Charles: *Sources of the Self. The making of the Modern Identity*, Cambridge 1989.
- Treanor, P.: Structures of Nationalism, in: *Sociological Research Online*, vol. 2, no 1, 1997, <http://www.socresonline.org.uk/socresonline/2/1/8.htm.l>.
- Walzer, Michael: *Zivile Gesellschaft und amerikanische Demokratie*, Berlin 1992.

## Bildet sich eine kulturelle Identität in der Europäischen Union?

*M. Rainer Lepsius*

Die Ausbildung von Identität setzt ein Objekt voraus, das sich als Einheit versteht, gegen andere abgrenzt und als solches selbst beschreibt. Für Kollektive sind die Objekte ihrer Identität institutionalisierte Ordnungsvorstellungen, die einen normativen Gehalt haben und verhaltensprägend wirken. Bei der kulturellen Identität spielen in der Regel mehrere Ordnungsvorstellungen eine Rolle. Sprachkultur, ästhetische Kultur, regionale Kultur, politische Kultur, religiöse Kultur, Berufskultur sind alles Aspekte kollektiver kultureller Identitäten mit je verschiedenen Objektbezügen. Kulturelle Identität ist insofern immer heterogen und umfaßt konfligierende Ordnungsvorstellungen. Je nachdem, welche Ordnungen zu Objekten der Identitätsbildung werden und mit welcher Kraft sie sich normativ und verhaltensstrukturierend durchsetzen, ergeben sich unterschiedliche Grade der Homogenisierung kultureller Identitäten. Repräsentiert etwa die Kirche die Religion eines geschlossenen Territoriums, bestimmt sie die ästhetischen Vorbilder, strukturiert sie das Alltagsverhalten, herrscht auch noch eine einheitliche Sprache und ist die sozialstrukturelle Differenzierung gering, so werden die kulturellen Identitäten in hohem Maße religiös homogenisiert. In den europäischen Nationalstaaten, wie sie sich im 19. Jahrhundert herausgebildet haben, dominierte das politische System die Homogenisierung der Kulturen. Die kulturellen Identitäten wurden nationalstaatlich überformt, die politische Nation wurde zum herausgehobenen Objekt. Wenn man von den Minderheiten abieht, die die staatliche Ordnung, in der sie leben, ablehnen, wie etwa die Basken, so sind die kulturellen Identitäten in Europa staatlich gefaßt.

Für die Ausbildung einer europäischen Identität bedarf es als Bezugsobjekt einer normativen und verhaltensstrukturierenden Ordnungsvorstellung. Angesichts der Stärke des europäischen Nationalstaates müßte auch „Europa“ eine relativ stark institutionalisierte Ordnung darstellen. Solange dies nicht der Fall ist, bleiben der „Europagedanke“, das „Abendland“, das „europäische Kulturerbe“ Ideen ohne hinlänglichen Objektbezug auf konkrete Ordnungsvorstellungen. Die europäische Kultur ist daher ein Konglomerat nationalstaatlich verfaßter Kulturen, zwischen denen ein Wettbewerb unter

Verwendung nationaler Etiketten herrscht. Die staatliche Kulturpolitik tut ein übriges, um kulturelle Leistungen und Symbolisierungen staatlich verfaßten Einheiten zuzurechnen.

Mit der Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft hat sich die Situation geändert. Die Idee der europäischen Einheit hat eine Institutionalisierung gefunden. Ministerrat, Kommission, Parlament und Gerichtshof bilden ein neues supranationales Regime, das in einem sich ausweitenden Kompetenzrahmen mit Verbindlichkeit handelt. Damit ist ein Objekt entstanden, das einen normativen Gehalt besitzt und Verhalten in den Mitgliedsländern unmittelbar strukturiert. Wenn für die Ausbildung einer europäischen Identität ein spezifischer Objektbezug vorausgesetzt werden muß, so ist dieser durch die Entwicklung der Europäischen Union entstanden. Inwieweit sich daraus eine europäische kulturelle Identität gebildet hat oder bilden wird, soll im Folgenden geprüft werden.

## I

Der europäische Vergemeinschaftungsprozeß hat eine Entwicklung genommen, die den Charakter der Gemeinschaft im Laufe der Zeit wesentlich verändert hat. Handelte es sich zunächst um eine Art „Zweckverband“, eine Organisation, der von den Mitgliedsländern begrenzte Aufgaben zur gemeinsamen Erledigung übertragen wurden, ohne dadurch die Handlungskompetenz der Mitglieder wesentlich einzuschränken, so erwuchs daraus ein Regime mit eigenständiger Implementationsautorität für alle einmal übertragenen Aufgaben und eine irreversible Regulierungsdichte, der sich die Mitgliedsländer nicht mehr entziehen können. Jetzt strebt die Union die zentrale Koordinationskompetenz für die Wirtschafts-, Sicherheits- und Außenpolitik an, erfaßt die wichtigsten Staatsaufgaben der Mitgliedsländer. Zentrale nationale Institutionen verlieren an Gestaltungskraft. So ist etwa das Bundeskartellamt zu einer der Europäischen Kommission „nachgeordneten“ Behörde geworden. Nach der Währungsunion wird die Bundesbank ihre Kompetenz für eine selbständige Geld- und Kreditpolitik verlieren, und die nationalen Parlamente werden in ihrer Haushaltspolitik an europäisch administrierte Kriterien der Währungsstabilität gebunden. Die Obersten Gerichte sind an die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes gebunden: Gemeinschaftsrecht hat Vorrang vor nationalem Recht. Dieser Entwicklung hat die Grundgesetzänderung vom 21.12.1992 mit der Neufassung des Art. 23 bereits Rechnung getragen. Darin wird der Bund ermächtigt, Hoheitsrechte an die Europäische Union zu übertragen, soweit die „demokratischen, rechtsstaatlichen, sozialen und föderativen Grundsätze“, das Prinzip der „Subsidiarität“ und ein „diesem Grundgesetz im wesentlichen vergleichbarer Grundrechtsschutz gewährleistet“ sind. Eine prinzipielle Öffnung des Grundgesetzes gegenüber der Euro-

päischen Union ist damit festgeschrieben. Deutschland verliert nicht nur faktisch, sondern auch normativ an souveräner Handlungsautonomie, ebenso wie alle übrigen Mitgliedsländer.

Die *erste These* lautet: Der Prozeß der europäischen Vergemeinschaftung hat eine neue ökonomisch-politische Ordnung mit normativem Gehalt und unmittelbarer Wirkung auf die Lebensbedingungen der Menschen, die innerhalb ihres Geltungs- und Kompetenzbereichs wohnen, ins Leben gerufen. Damit ist „Europa“ zu einem konkreten Bezugsobjekt für einen Prozeß der Identitätsbildung und Selbstbeschreibung geworden. Die Institutionenbildung geht der Bewußtseinsbildung voraus, denn solange alle wesentlichen Interessen über die nationalstaatlichen Verfahren, Regulierungen und Organisationen formiert und repräsentiert werden, besteht keine Notwendigkeit zu einer den Nationalstaat übergreifenden Identifizierung und Selbstbeschreibung von Kollektiven auf europäischer Ebene.

## II

Die Europäische Gemeinschaft hat sich primär über ökonomische Effizienzkriterien legitimiert und lange Zeit umfassendere Ordnungsvorstellungen abgewiesen. Der ökonomische Integrationsprozeß unterlief gewissermaßen Ordnungsvorstellungen mit hohen und diffusen Wertladungen. Dadurch wurden die Willensbildung und Entscheidungsfindung von den nationalen politischen, sozialen und kulturellen Ordnungen weitgehend freigesetzt. Die Ziele konnten auf instrumentelle Zwecke beschränkt werden: die Zollunion, den Großen Binnenmarkt und die Gleichheit der Wettbewerbsbedingungen. Die Bewältigung der beabsichtigten und unbeabsichtigten Folgen, die mit diesen Entscheidungen verbunden waren, wurde den soziopolitischen Systemen der Mitgliedsländer überlassen. So konnte sich die Europäische Gemeinschaft auf abgrenzbare Politikfelder konzentrieren und sich auch dann noch als ein „Zweckverband“ der Mitgliedstaaten darstellen, als sie diesen Status schon längst überschritten hatte. Bis Maastricht wurden Verfassungsdebatten tunlichst vermieden und von der Öffentlichkeit auch nicht eingefordert.

Auch das häufig aufgeworfene Problem der mangelnden demokratischen Legitimation führte nicht zur Problematisierung des neuen supranationalen Regimes. Die Regierungen der Mitgliedsländer waren die „Herren der Verträge“, ihren Vertretern im Ministerrat oblag die Beschlußfassung, und die Staats- und Regierungschefs bestimmten im Europäischen Rat in direkten und persönlichen Verhandlungen die Grundsatzentscheidungen. Für sie ergab sich kein Demokratiedefizit, sie waren ja alle durch ihre nationalen Systeme legitimiert, und gemeinsam hielten sie die Mitwirkungsrechte des immerhin direkt gewählten Europäischen Parlaments in engen Grenzen. Für die Entwicklung der Programme war nur die Kooperation von Funktionseleiten er-

forderlich, die unter der Geltung spezifischer ökonomischer Rationalitätskriterien eine weitgehende Autonomie gegenüber der Öffentlichkeit und den nationalstaatlich formierten Interessen und politischen Gesinnungen besaßen. Der Glaube an den Wohlfahrtsgewinn für alle Teilnehmer rechtfertigte die Integrationspolitik ohne Inanspruchnahme von nichtökonomischen Wertvorstellungen.

Die *zweite These* lautet: Für die segmentäre Vergemeinschaftung unter ökonomischen Rationalitätskriterien genügte eine Zustimmung zu Regulierungen von wirtschaftlich begründeten Austauschbeziehungen. Ein darüber hinausgehendes Identitätsbewußtsein hat sich nicht herausgebildet und war auch nicht erforderlich.

### III

Die bisherige Strategie der Europäischen Gemeinschaft findet mit dem Übergang in die Europäische Union in zweifacher Hinsicht ihre Grenzen. Einerseits überschreitet die zunehmende Kompetenz der Union die sie bisher legitimierenden ökonomischen Rationalitätskriterien, andererseits vermindert sich die Chance der Europäischen Union, die Folgen der Integrationspolitik durch die Mitgliedsländer bewältigen zu lassen, da diese nun verminderte Anpassungselastizitäten haben. Die bisherigen Entlastungen der Gemeinschaftspolitik durch die Isolierung ökonomischer Rationalitätskriterien aus den übrigen politischen, sozialen und kulturellen Zielvorstellungen und die Externalisierung der Kontingenzen aus ihrem Zuständigkeitsbereich werden erheblich vermindert.

Verteilungs- und insbesondere Umverteilungsentscheidungen gehören zu den sensitivsten Politikfeldern, insbesondere in Zeiten der ökonomischen Stagnation, wenn nicht gar Schrumpfung. Es bedarf dazu komplexer Systeme der Willensbildung, Kompromißfindung und schließlich temporären Paktierung zwischen den Interessengruppen. Diese Systeme funktionieren bisher nur auf der Ebene der Nationalstaaten und unter Inanspruchnahme von spezifischen Ordnungsvorstellungen der Solidarität, der staatsbürgerlichen Gleichheitserwartung und der nationalen Versorgungsgarantie. Auf den soziopolitischen Vermittlungsprozessen zwischen unterschiedlichen Interessenlagen und Interessenverbänden und den dabei erreichten Legitimitätseinverständnissen für die Ergebnisse dieser Verhandlungsprozesse ruhen sowohl das Prestige als auch die soziopolitische Identität des Nationalstaates. Je mehr die europäische Union in diese Basisprozesse der gesellschaftlichen Strukturierung und Selbstlegitimierung materiell eingreift oder formell die Handlungsfähigkeit der Nationalstaaten beschränkt, desto mehr wird die Europäische Union selbst in die Verteilungskämpfe einbezogen. Sie wird dadurch nicht nur politisiert, sondern auch potentiell von Entlegitimierung bedroht. Sie be-

darf daher auch der Entwicklung von Ordnungsideen für den „Sozialraum Europa“, normativer Vorstellungen von europäischer sozialer Solidarität, also von Wertbeziehungen, über die sich bei erheblicher innerer Ungleichheit eine gemeinsame Identität ausbilden könnte.

Die *dritte These* lautet: Mit dem Übergang von der Europäischen Gemeinschaft zur Europäischen Union wird „Europa“ politisiert. Daraus ergibt sich nicht nur ein erhöhter Legitimationsbedarf, sondern auch die Entfaltung neuer Ordnungsvorstellungen für den europäischen Sozialstaat. Über diese könnten sich sozialpolitische und sozialmoralische Identifikationsmuster ausbilden. Diese sind aber weder ideell bestimmt noch durch Verfahren praktikierbar.

#### IV

Man hat das Gesamtsystem der Politikverflechtung innerhalb der Europäischen Union auch als ein „dynamisches Mehrebenensystem“ bezeichnet. Damit wird auf den prozessualen Charakter des Zusammenwirkens unterschiedlicher, politisch verfaßter Steuerungsebenen, von den Kommunen über die Regionen (in Deutschland auch die Bundesländer) und Nationalstaaten bis zu den europäischen und transeuropäischen Regimen der Europäischen Gemeinschaft, der NATO und den Vereinten Nationen, hingewiesen. Die Verklammerung dieses Mehrebenensystems erfolgt durch die Nationalstaaten. Sie sind an allen Ebenen beteiligt und beeinflussen deren Entscheidungen. Diese Ausdifferenzierung und Pluralisierung von Steuerungsebenen begrenzt die Ausbildung einer spezifisch europäischen Identität. Sie kann sich nur auf diejenigen Funktionszusammenhänge beziehen, die auf der europäischen Ebene gesteuert werden. Dazu gehört die Ausbildung einer für den europäischen Finanzausgleich erforderlichen „Solidaritätsidee“ der Europäer, die Asymmetrien zwischen den nationalen Steueraufkommen und der europäischen Steuerverwendung legitimieren müßte.

Zwischen der europäischen und der nationalstaatlichen Ebene besteht keine klare Kompetenzdifferenzierung. Das Prinzip der Subsidiarität verschleiert eine klare Aufgabenteilung durch eine fallweise Beurteilung der Zweckmäßigkeit der Kompetenzzuweisung. Was schon im Verhältnis zwischen den Bundesländern und dem Bund eingetreten ist, nämlich eine nicht mehr eindeutig zurechenbare Politik- und Finanzierungsverflechtung, erfaßt jetzt auch die Ebenen des Nationalstaats und der Europäischen Union. Verflechtungsbeziehungen dieser Art lassen die Adressaten von Erwartungen und die Zurechnung von Verantwortung undeutlich werden. Damit verlieren auch Identifikationsbildungen ihre Eindeutigkeit. Dafür stehen nur die nationalen Verfassungsstaaten zur Verfügung. Sie haben die institutionellen Voraussetzungen für die Konstruktion von Verantwortlichkeiten und Haftungen

auch dann, wenn die kausalen Bedingungen einer Entscheidung verschwommen bleiben oder sich in Systemfunktionalitäten verstecken. Für die Ausbildung von Identitäten bedarf es aber der normativen Konstruktion von Verantwortlichkeit und Haftung, wozu allerdings auch ein Sanktionssystem gehört, um die normative Zuschreibung auch durchsetzen zu können.

Die dafür heute noch am besten geeignete Ordnung ist das parlamentarische Regierungssystem mit der ungeteilten Haushaltshoheit über die öffentlichen Mittel. Da der Anteil der öffentlichen Ausgaben einschließlich der Sozialversicherung in den Mitgliedsländern zwischen 40% und 50% des Brutto- sozialproduktes liegt, ist das Budgetrecht noch immer das wichtigste Instrument zur Vermittlung unterschiedlicher Interessen und Wertvorstellungen. Über die Haushaltspositionen werden zwischen unvergleichbaren Zielen und heterogenen Wertvorstellungen operationalisierte Relationen hergestellt und in der Öffentlichkeit transparent und diskussionsfähig gemacht. Die Parlamente sind daher der zentrale Ort für die Verklammerung von heterogenen Rationalitätskriterien und daraus für die Erzeugung von „Solidaritätsnormen“. Die Restriktionen des Budgets erzwingen eine Präferenzbildung und eine Begründung für die getroffene Präferenz. Jede Budgetüberschreitung wird sanktioniert, entweder durch Verschuldungen oder durch eine Erhöhung der Steuern und Abgaben, in beiden Fällen öffentlich sichtbar und begründungspflichtig. Auch wenn die kausale Verantwortungszuschreibung für ein Ereignis auf eine Regierung zuweilen fiktiv ist, weil die Regierung keinen Einfluß darauf nehmen konnte, so liegt doch auf ihr eine Handlungserwartung, die durch die Öffentlichkeit und durch Wahlen sanktioniert werden kann. So bleibt auch der handlungsbeschränkte Nationalstaat der zentrale Ort für die soziale Konstruktion von Identifikationsobjekten und Solidaritätsnormen, über die kollektive Identitäten sich im Interessenkampf und im Diskurs über unterschiedliche Wertpräferenzen ausbilden können.

Die *vierte These* lautet: Im politikverflochtenen „dynamischen Mehrebenensystem“ löst sich das tradierte Bild von hierarchisch angeordneten Kompetenzträgern mit eindeutiger territorialer Allzuständigkeit auf. Kollektive Identitätsvorstellungen bilden sich noch immer am transparentesten und mit der größten Partizipationschance im Rahmen der nationalen Verfassungsstaaten. „Europäische“ Identität löst sich daher nicht von der nationalstaatlichen Identität im Sinne einer hierarchisch übergeordneten Identifikationsebene, sie verbindet sich mit der nationalstaatlichen der Mitgliedsländer der Europäischen Union. Die „europäisch“ organisierten Steuerungsfunktionen verändern die nationalstaatliche Selbstbeschreibung, gehen in diese ein, ohne sie aufzulösen. Das bedingt eine Erweiterung nationalstaatlicher Identitätsbildung, die nicht mehr einem Staats- und Nationalverständnis im Sinne des 19. Jahrhunderts folgen kann.

**V**

Die Europäische Gemeinschaft hat von Anfang an die Kultur ausgespart, sie den Mitgliedsländern vorbehalten. Zwar richten sich zahlreiche europäische Initiativen auch auf den kulturellen Bereich, doch wird damit noch keine kulturelle Identität Europas eingeleitet. Studenten- und Schüleraustauschprogramme, Forschungsverbundsysteme, die Ausrufung von jährlich wechselnden „Kulturhauptstädten“ Europas, die Anerkennung von Abschlußexamen beziehen sich auf die Vermittlung von nationalen Kulturen, nicht auf eine europäische Kultur.

Zentrales Medium kultureller Identität ist die Sprache. Im Europa der Fünfzehn gibt es elf Amtssprachen, zu denen noch anerkannte Regionalsprachen wie das Katalanische dazukommen. Nach einer Osterweiterung würde sich die Sprachenvielfalt um vier, vermutlich sogar um sieben weitere Sprachen erhöhen. Zwar haben diese Sprachen unterschiedliche Verbreitung und damit funktionales Gewicht, doch normativ sind alle gleichberechtigt. Nur Englisch und Französisch beanspruchen den Status einer *lingua franca*, und schon diese Dualität zeigt die Komplexität der einheitlichen Verständigung. In der Wirtschaft, der Technik und der Wissenschaft herrscht Englisch vor, und zwar nicht aus der Eigendynamik Europas heraus, sondern wegen der auf diesen Gebieten bestehenden Dominanz der USA. Englisch ist das sprachliche Weltmedium, kein spezifisch europäisches Medium. Engländer unterscheiden ihre eigene Sprache vom American English und auch vom European English. Hinzu tritt die wachsende Bedeutung nichtsprachlicher Codes, die keine spezifische europäische Basis haben. Die Bedeutung der Nationalsprachen nimmt deshalb nicht ab, denn nur in ihnen erfolgt die Kommunikation und Selbstbeschreibung unter den Sprachgenossen. Die Muttersprache ist das unmittelbar zugängliche Medium der Information und Kommunikation, aus dem sich kognitive und emotive Identifikationssymbole ausbilden. Daher ist das Recht auf die Verwendung der eigenen Sprache auch die Basis aller Partizipation, Konsensfindung und Legitimationsgabe. Die kulturelle Integration Europas ist primär eine Übersetzungsaufgabe, die für einen kleinen Teil der europäischen Bevölkerung durch die gemeinsame Verwendung einer *lingua franca* erleichtert werden kann. Die kulturellen Identitäten bleiben sprachgebunden vor allem in jenen Bereichen, die eine hohe semantische Differenzierung und eigentümliche Wertladungen haben.

Die in der Sprachenvielfalt zum Ausdruck kommende kulturelle Pluralität ist konstitutiv für Europa. Sie wird ergänzt durch die unterschiedlichen religiösen Traditionen und die darüber hinausgehenden Gesinnungsgemeinschaften. Nicht alle diese kulturellen Differenzierungen sind mit nationalstaatlichen Grenzen identisch, sie überschreiten diese zum Teil, vor allem auch durch die Migrationsströme, die kulturell homogene Subkulturen von Minderheiten in verschiedenen europäischen Ländern ausbilden, insbesondere durch die muslimischen Einwanderer. Auch bei den Standards der All-

tagskultur und den Prinzipien der politischen Kultur finden sich Vereinheitlichungen über die Grenzen hinweg. Da alle europäischen Kulturen, auch die der großen Nationalstaaten, europäische Minderheitskulturen sind, kann sich keine einer Mehrheitsentscheidung beugen. Sie verlangen einen „Minderheitenschutz“ in dem Sinne, daß sie nicht majorisiert werden dürfen und ihre Entwicklung selbstbestimmt gestalten können. Für die Europäische Union kommt es dabei darauf an, daß die Wertbeziehungen der „vergemeinschafteten“ Steuerungsfunktionen mit möglichst vielen europäischen Kulturen vermittlungsfähig werden. Solange sie sich primär auf die Vereinheitlichung von Marktordnungen, Wettbewerbsbedingungen und Freizügigkeitsregeln beschränkte, war dies insofern leichter, als diese Regulierungen nur peripher in das Selbstverständnis der einzelnen kulturellen Ordnungen eingriffen. Wirtschaftliche Kategorien sind bereits zu einem hohen Grad aus den nationalen „Kulturen“ ausdifferenziert. Dies ändert sich, wenn durch europäische Rechtssetzung in moralisch besetzte Verhaltensorientierung eingegriffen wird. Es empfiehlt sich, solche Wertkonflikte den Nationalstaaten zur Lösung zu überlassen, auch wenn dadurch Ungleichheiten zwischen den Mitgliedsländern auf Gebieten entstehen, die dem Gebot einer Markthomogenität nicht entsprechen. Auch in der politischen Kultur bestehen zwischen den demokratischen Nationalstaaten erhebliche Unterschiede, gerade auch im Staatsverständnis oder in der Idee des Föderalismus, die nicht homogenisierbar sind und zugleich eine erhebliche Bedeutung für die Legitimation der Europäischen Union haben. Das Problem ist nicht die Vielfalt, sondern die Vermittlung von Identitäten.

Die *fünfte These* lautet: Europäische kulturelle Identität ist ein Konglomerat von Identifikationen mit unterschiedlichen Wertbeziehungen. Eine Homogenisierung dieser Kulturen ist für die Europäische Union nicht erforderlich. Es genügt eine Vermittlung der Wertbeziehungen, die auf der europäischen Ebene Rationalitätskriterien des Handelns bestimmen mit den primär nationalstaatlich geformten Ordnungen von Wirtschaft, Recht und politischer Willensbildung. Europäische Kulturpolitik ist daher primär „Übersetzungspolitik“.

## VI

Das Ergebnis dieser Überlegungen läßt sich zusammenfassen. Mit der Europäischen Union ist ein Bezugsobjekt für eine europäische Identität entstanden. Dieses Objekt stellt sich als eine „segmentäre Vergemeinschaftung“ von ökonomisch-politischen Steuerungsfunktionen dar, die primär instrumentellen Charakter tragen. Eine darüber hinausgehende Identitätsbildung ist noch nicht eingetreten, da die Nationalstaaten die wesentlichen Träger der Entscheidungsfähigkeit und Legitimität der Europäischen Union sind. Auf diese

richten sich daher auch primär die Erwartungen und die Zurechnungen für die Verwirklichung von Wertvorstellungen, die in einer Gesellschaft gelten. Sie sind zudem die Garanten der Autonomie der nationalstaatlich geformten Kulturen. Kulturen können sich keinen Mehrheitsbeschlüssen fügen, die nicht von der Kulturgemeinschaft selbst getragen werden. Die europäische Kultur wird daher weiterhin ein nationalstaatlich gefaßtes Konglomerat von Kulturen sein. Zwei Tendenzen werden hinzutreten. Erstens wird die nationalstaatliche Geschlossenheit geöffnet. Die funktionalen Abhängigkeiten von der Europäischen Union werden in das nationale Selbstverständnis verstärkt eingebaut werden, ohne daß sich deshalb schon eine hierarchisch übergeordnete europäische Identität ausbilden wird. Zweitens werden sich einzelne Dimensionen aus dem nationalen Selbstverständnis ausdifferenzieren. Wirtschaft und Recht, die am stärksten institutionalisierten Wertbeziehungen in der Europäischen Union, werden sich stärker europäisieren, andere weniger. Im ganzen wird man erwarten dürfen, daß die kulturellen Selbstverständnisse weniger nationalstaatlich homogenisiert werden. Die Selbstbeschreibung von Gesellschaften und Kollektiven wird sich verstärkt über andere Wertbeziehungen ausbilden und pluralisieren. Insofern ist die kulturelle Identität Europas sprachlich, regional, religiös oder über Gesinnungsgemeinschaften und durch nationalstaatliche Interessenlagen differenziert. Sie ist kein Zustand, der bereits durch Tradition gegeben oder integrationspolitisch zu schaffen wäre.

# Identität als (globale) Gefahr

Zum Unwesen eines leeren Wesensbegriffs und seinen angestrebten Befindlichkeiten

*Wolf-Dieter Narr*

## **Meinem Bruder Roland, dem Pädagogen und Löffelschnitzer, zum 60. Geburtstag**

„Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche“ (Wilhelm II. August 1914)

„Ich bin kein ausgeklügeltes Buch, ich bin ein Mensch mit seinem Widerspruch“ (C.F. Meyer, Homo sum in: Huttens letzte Tage)

„Im Detail steckt nicht nur der Teufel, im Detail steckt vor allem das human Nötige“ (Menschenrechtliche Einsicht)

## **I Einstimmung ins Thema: Die Wonne der Identitäten**

Nun ist es amtlich. Die Staats- und Regierungschefs der Nato haben anlässlich ihrer Gipfelkonferenz im April 1999 zu Washington rechtzeitig zum 50jährigen Jubiläum ein neues strategisches Konzept der Nato verkündet. Im einschlägigen Dokument heißt es unter 13.:

„Parallel dazu hat sich die Nato erfolgreich angepaßt, um ihre Fähigkeit zu verbessern, zu Frieden und Stabilität im euro-atlantischen Raum beizutragen. Zu den inneren Reformen gehören eine neue Kommandostruktur einschließlich des Konzepts der Alliierten Streitkräftekommandos (CJTF), die Schaffung von Vorkehrungen, die die rasche Dislozierung von Streitkräften für das gesamte Spektrum von Bündnisaufgaben erlauben, sowie der Aufbau der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI) innerhalb des Bündnisses (gesperrt durch WDN.“ Diese ESVI, die Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität also – die Identität verbürgende Abkürzung dieser europäischen Sonderidentität inmitten der strategisch allgemeinen, weltweit präsenten der Nato-Identität wird man sich merken müssen –, besteht anspruchsvoll. Sie ist staatsmacht männlich und durchaus nicht als Aprilscherz verkündet worden. Urbi et orbi. Ex cathedra Nato. Damit, wie es nach

selbigem Identitätsbekenntnis heißt, die „allgemeine Fähigkeit, Krisen zu bewältigen“ befördert werde. Die „Identitäten“ also, die europäisch besondere und die natoallgemeine bewähren sich darin, wie zur Zeit, da ich diese Zeilen schreibe, daß die Interessen der Natoländer bombenidentisch verfolgt werden. Und welche Bezeichnung und Handlung wären identitätsförderlicher als die „exakte“ Unterscheidung zwischen „Freund“ und „Feind“ und als die eindeutig vorgegebene Entscheidung inmitten dieses zweigeteilten Entweder-Oder die Ekstase aller Identitäten: der Krieg. Angesichts des zivilisatorischen Fortschritts, inmitten dessen dynamisch vorwärts gerichtetem Verlauf wir uns befinden, werden die Freund-Feind-Identität bzw. Nicht-Identität und ihre kriegerischen Folgen dadurch zusätzlich aufgewertet, daß ‚die Menschenrechte‘ eindeutig zur einen, die Untermenschenverhaltensweisen eindeutig zur anderen Seite geschlagen werden.

Identität, Identität, Identität. Als gäbe es fast kein anderes Wort mehr, um auf irgendeine behauptete, gesuchte, verlorene oder gewünschte Eigenart aufmerksam zu machen. So bewegen wir uns sprachgeschaffen dauernd zwischen irgendwelchen einander in höherer, fremder oder feindlicher Identität vermutenden Phänomenen. Es wuselt nur so davon. Der europäischen Verteidigungsidentität nicht nur, der Corporate Identity globaler und weniger globaler Spieler; der nationalen und ethnischen Identitäten aller Such- und Herrschaftsarten; der Identität der Freien Demokratischen Partei ebenso wie der Grünen; und schließlich der Myriade von identitätssüchtigen Individuen getrieben von der bangen Frage, ob sie ihre verlorene, aber ach so heftig ersehnte Identität wohl würden ergattern können.

Sucht man inmitten all des Identitätsgewusels das zu identifizieren, was den jeweiligen Kern dieser aufs Angestregteste angestrebten, behaupteten und verteidigten Identität jeweils ausmache, dann fällt durchgehend auf:

- es handelt sich um ein höchst vages Gebilde. Fast kann als Regel gelten: je emphatischer die „Identität“ hervorgehoben wird, desto nebulöser erinnert sie jedem genaueren Zugreifen;
- individuelle und kollektiv-institutionelle Identitätspräventionen gehen wild durcheinander, verbinden sich und trennen sich wieder;
- die Identitätsbehauptung gilt der eigenen Versicherung und der Abgrenzung von anderen Identitäten in Form einer Art essentialistischen Geste. Das Reden von der Identität kann heute geradezu als der „Jargon der Eigentlichkeit“ (Adorno) bezeichnet werden

Die Mode dessen, was dann in den USA zuerst in den 80er und 90er Jahren „Identitätspolitik“ genannt worden ist, die diffuse Mode der konfusen Identitäten hält schon eine Weile an. Fast ist es also keine Mode mehr zu nennen, sondern ein Ausdruck sozialer Wirklichkeit der Gegenwart in einem zeitlich einige Jahrzehnte umfassenden Sinne. Fast sieht es demgemäß so aus, als habe sich die „Identitätsterminologie“ (Tugendhat 1979, 284) durchgesetzt; auf den Identitätsbegriff könne trotz aller Kritik nicht verzichtet werden (Heiner

Keupp 1989). Als „Identity's architect“ wird in einer neuen Biographie Erik H. Erikson gefeiert (Lawrence J. Friedman, 1998). Und Jürgen Habermas vor einem Vierteljahrhundert auf hohem philosophischen Kothurn gestellte Frage „Können komplexe Gesellschaften eine vernünftige Identität ausbilden?“ (J. Habermas 1976, S. 92-126) wird bis hin zur Europäischen Verteidigungsidentität unablässig positiv beantwortet. (Hierbei kann an dieser Stelle dahingestellt bleiben, daß Habermas seinerzeit angeblich weniger komplexe vor-moderne Gesellschaften mit seinem hegelisierenden Identitätsbegriff gänzlich verkannte). Warum ist wohl der Trickster die Schlüsselfigur Primitiver Gesellschaften (Stanley Diamond 1976); warum die griechische Tragödie ein Kernereignis während der Blütezeit der athenischen Polis (Martha Nussbaum 1986)?

Es fehlte und fehlt nicht an triftiger Kritik. Diese trifft indes bei den Identitätstoren auf verstopfte Ohren. Die Beobachtung gilt für den allgemeinen Sprachgebrauch ebenso wie für den sozial- und geisteswissenschaftlichen. Die unbekümmerte Abstandslosigkeit des letzteren zur inflationär abgegriffenen Sprachmünze ist es, was mit am meisten stören muß. Durch den unverantwortlichen, „wissenschaftlich“ geadelten Sprachgebrauch, der sich durch eine ärgerliche Faulheit auszeichnet, sich der skulptösen Anstrengung des Begriffs zu unterziehen, wird die aller „Identität“ bare Identitätsetikettierung höchst heterogener und heteronomer Sachverhalte noch und noch reproduziert. Geradezu exemplarisch ist dafür der jüngst von Aleida Assmann und Heidrun Friese herausgegebene Sammelband „Identitäten“ (1998). Dort stellen die beiden Herausgeberinnen einleitend fest, das Wort „Identität“ habe sich „in unserer Alltagssprache geradezu epidemisch ausgebreitet“. Sie halten jedoch nicht einen Reflexionsmoment inne. Absatzlos fahren sie stattdessen fort: „Aber nicht um die Konjunktur dieses ‚Plastikwortes‘ (Uwe Pörksen) soll es in diesem Band gehen, sondern um die Bedeutung und Reichweite eines transdisziplinären (!) (Ausrufezeichen WDN) Begriffs, der in den Kulturwissenschaften zunehmend Aufmerksamkeit beansprucht“ (Aleida Assmann/Gudrun Friese, 1998, 11). Die schiere schwebende Beliebigkeit ist es denn auch, die einem aus den im einzelnen manchmal trefflichen Beiträgen entgegenweht. Jede und jeder hat offenbar Anspruch auf ihr-einen eigenen Identitätsbegriff so wie jede Person und jede Gruppe ihre wie immer geartete Identität im individuell und kollektiv verstandenen Menschenrecht auf Identität beanspruchen können.

Schon vor 15 Jahren hat Lothar Baier das fahrlässige Identitätsgeschwätz kritisch aufgespießt, wenn ich einmal davon absehe, daß Theodor W. Adornos großes Buch „Negative Dialektik“, eines der philosophischen Grundbücher des XX. Jahrhunderts, ein einziger fundamentaler Angriff auf die philosophisch praktische Herrschaft von Identität genannt werden kann (Adorno 1966; Lothar Baier 1985).

Lothar Baier hebt zu Recht den losen Stoff der identitätsstraff gespannten Begriffshosen hervor:

„Als Metapher einer Metapher garantiert die neue Identität also nicht nur einfache Mehrdeutigkeit, sondern Mehrdeutigkeit in Potenz: daher die fabelhafte Konsensfähigkeit von ‚Identität‘, die früher vielleicht nur von ‚Volk‘ und ‚Ehre‘ erreicht wurde“ (1985, 8). Baier zeigt, wie hinter Eriksons Identitätsbegriff eine höchst fragwürdige und dazuhin gesellschaftlich höchst voraussetzungsvolle Normalitätsannahme steckt, der schließlich „aufs engste mit dem Polizeibegriff der *carte d'identité*“ korrespondiere. Mit T.R. Young (New sources on self, New York 1972) arbeitet er die Gefahr dieses randlosen Begriffs heraus:

„Das Ethos des possessiven Individualismus feiert den Wert der individuellen Identität; aber die Marktwirtschaft des fortgeschrittenen Kapitalismus kann nicht jedem mit der Ware versorgen. Der Kampf um Identität kann noch erbitterter geführt werden als der Kampf um materielle Güter, weil jeder Sieg so kurzlebig ist und uns gescheitert, durch das Warenspektakel kopiert, zurückläßt. Nur die ungemein Starken, Begabten und Reichen können mithalten; die Ärmeren unterliegen im darwinistischen Kampf um Identität, und ihre Bedürfnisse werden in ganz realem Sinne frustriert.“

„Die Identitätsmetapher“, so fährt Baier später fort, „hat den unschätzbaren Vorzug, den Begriff der Individualität zu bewahren, ihn insgeheim und gleichzeitig aber von dem daran geknüpften Freiheitsversprechen zu entbinden. Seine biologistische Konnotation negiert die Möglichkeit der Wahl: man könne etwas anderes werden als das, was man ist. ...Biologismus und Polizeisprache geben sich in dieser Identität ein lehrreiches Stelldichein.“ „Wem es zu der eigenen nicht gereicht hat, dem wird seit neuestem als Trost das Aufgehen in der ‚nationalen Identität‘ in Aussicht gestellt“ (Baier 1985, S.16f.). Warum sich über sprachliche Ausdrücke, und seien sie noch so fragwürdig und beliebig, weiter aufregen? Lohnt sich das? Kann nicht jede und jeder ihre eigene (Identitäts-)Sprache sprechen und schreiben? Mitten im eigenen Garten, auf der Straße oder auch in den privilegierten Hallen des von Disziplinen durchfurchten, wenngleich kaum noch disziplinierten Akademos? Sprache, das wissen wir nicht erst seit dem Konstruktivismus und seiner dekonstruktiven Schwester, schafft die Wirklichkeit mit. Wie wir etwas wahrnehmen. Wir wir uns zu uns und zu anderen verhalten. Sprache ist also nahezu durchgehend politisch in einem weiten Sinne des Worts. Deswegen ist es erforderlich, sich um die wirklichkeitsschaffende Sprache und das, was mit etablierten Modewörtern angestrebt wird, zu kümmern. Hierinnen bilden sich Bewußtsein und Verhalten. Darum auch mein Identitätsikonoklasmus, den ich in einer allerdings minderheitlichen Reihe zum Preise des Nicht-Identischen betreibe.

## II Notate, die das Irrlicht des Identitätswahns argumentativ auszublasen suchen

### 1 Wortgeschichtliche Erinnerung. Mit Latein hebt es an.

Is, ea, id: er sie es, der die das, derjenige, diejenige, dasjenige.

Daher: idem eadem idem: eben der-, die-, dasselbe; der, die, das nämliche. Soweit die Belegstellen im Kleinen Georges reichen, ist kein übertragen metaphorischer Gebrauch festzustellen. Kein Bedeutungshof umgibt die hinweisenden Fürwörter, der sie in einem claire-obscure beliebt.

Noch der neueste Brockhaus (Bd. 10, Wiesbaden 1997, S.397) bleibt unmißverständlich, eindeutig und klar. Unter „Identität“ findet sich da: (spätlateinisch, zu lateinisch idem ‚derselbe‘) 1) allgemein: die völlige Übereinstimmung einer Person oder einer Sache mit dem, was sie ist oder als was sie bezeichnet wird.

Auch die weiteren Erläuterungen zum logischen, zum physikalischen und zum mathematischen Gebrauch weichen von der allgemeinen Bestimmung im Kern nicht ab. Einschlägige englische und französische Wörterbücher bestätigen:

1. the state or fact of being the same 2.a) the state or fact of being some specific person or thing; individuality; 2.b) the state of being as described.

Identité Identität; völlige Übereinstimmung; Personalausweis; Erkennungsmarke.

Durchgehend gilt für all diese lateinwurzigen I-Wörter: sie sind wurzelnah geblieben; ihr personen- oder sachbezogener Gebrauch ist eindeutig und klar; es handelt sich um das, was numerisch quantitative Identität genannt wird (vgl. Tugendhat 1979, 282ff.).

Auf diese Eigenschaften strikt begrenzt ist der Gebrauch des Identitätsbegriffs zunächst unproblematisch. Problematisch wird er erst dann, dann aber massiv, wenn diese numerisch quantitativen Eigenschaften qualitativ zur herrschaftlichen Identifikation von Menschen und deren Steuerung benutzt werden. Alle Statistik, die von eindeutig identifizierten Sachen und von mit eindeutigen Merkmalen versehenen Menschen lebt – Menschen zählen nicht als Personen, sondern als spezifische ‚Merkmalsträger‘ – kann auf diese Weise rasch zum Herrschaftsmittel werden. Die menschliche Person und ihre ‚Totalität‘ werden unter bestimmte Merkmale subsumiert oder auf diese reduziert. Ein Merkmalsreduktionismus à la Kennkarte. Mit Hilfe der Merkmale, die in den Karteikarten der Bürokratie, heute im EDV-System derselben gesammelt und gespeichert werden, wird über einzelne Menschen oder ganze Menschengruppen je nach dem Merkmalscluster, unter dem sie erfaßt sind, entschieden bzw. diese werden so oder so behandelt. Typ: „Rasterfahndung“. Aus diesem Grunde stellen ‚an sich‘ harmlose Merkmale, die Menschen äußerlich identifizieren lassen sollen, eine enorme Manipulationsgefahr

dar. Dieselbe wird noch nicht dadurch bewältigt, indes wenigstens gesehen und in einem ersten normativen Schritt dadurch angegangen, daß das Bundesverfassungsgericht in seinem „Volkszählungsurteil“ vom 15. 12. 1983 ein „informationelles Selbstbestimmungsrecht“ des Menschen aus Art. 2 GG hergeleitet hat.

## 2 Begriffsgeschichtliche Lücke.

Dieselbe kann ich hier nicht beheben. Dies wäre längst erforderlich ähnlich dem Conze-Brunner-Koselleckschen Begriffsgeschichtlichen Wörterbuch (dann würde beispielsweise Habermas' oben schon apostrophierter begrifflicher Anachronismus und die in ihm enthaltene Verfehlung früherer ‚Wirklichkeiten‘ einsichtig). Läge eine solche sozialgeschichtlich fundierte Begriffsgeschichte des Identitätsbegriffs schon vor – sollte sie es schon geben, wäre sie meinen herumsuchenden Augen entgangen (Ansätze dazu s. Dieter Henrich 1979) –, ließen sich drei Fragen eher beantworten:

(1) Wann und in welchem Kontext wird der Begriff personenbezogener Identität geboren, wann und in welchem Kontext verbreitert er sich? (2) Wann und in welchem Kontext kommt der Begriff kollektiver Identität auf, wie kommt es, daß derselbe einen solchen begriffsimperialen Zug angetreten hat? (3) Sind die jeweils mit beiden – sich wann und wie überschneidenden – Gebrauchsarten verbundenen Merkmale gleich oder doch ähnlich geblieben oder ist begrifflicher Gestalt- und Substanzwandel mit welchen funktionalen Differenzen festzustellen?

Nur einige disparate Ansätze will ich antupfen.

- a) Die in deutschen Landen primär entsprungene „Identitätsphilosophie“ mit der Hegel'schen Spitze und der von Nietzsche vollzogenen Beerdigung wirkte sich unter- und oberirdisch auf die neuerliche Identitätsdebatte aus. Vor allem Jürgen Habermas greift explizit auf Hegel und seine „absolute Identität“ zurück. Abgesehen davon jedoch, daß Glanz und Elend der dann vor allem wieder bei Husserl fassbaren Tradition (s. Michael Theunissen 1977) just am Identitätsbegriff und – schnoddrig gesprochen – am faszinierend verfehlten Versuch zu erörtern wäre, das Eine und damit Alles auf „den (aufgehenden, aufhebenden) Begriff“ zu bringen, abgesehen auch von den mutmaßlich fatalen Folgen in deutscher Philosophie und Politik bis tief ins XX. Jahrhundert, dürften die direkten Effekte hinsichtlich des neueren Begriffsgebrauchs eher schwach sein. Dennoch lohnte es sich begriffsgeschichtlich, der ihrerseits in die neuzeitliche Philosophie eingebetteten Identitätsphilosophie und ihren nachweislichen Kontinuitäten nachzugehen.
- b) Der neuere personenbezogene Identitätsbegriff geht vor allem auf die Arbeiten von Erik H. Erikson zurück (vgl. neuerdings Jürgen Straub

1998, S.73ff.). Erikson und seine höchst eigensinnige Variante der psychohistorisch gewandten Psychoanalyse konnte freilich schon auf einen allerdings eingeschränkten Begriffsgebrauch bei Sigmund Freud zurückgreifen. Bei Freud fehlt jedoch im Unterschied zu Erikson und seinen an einer unterstellten Normalität ausgerichteten Stadien (Zyklen) der Identitätsbildung jegliche Assoziation an kollektive Identitäten. Solche ist auch dort nicht zu erkennen, wo Freud wie beispielsweise in „Massenpsychologie und Ichanalyse“ explizit auf entsprechende Zusammenhänge eingeht.

### **3 Identifizierung und Identität – die Herrschaftsmittel schlechthin**

a) Es gab noch keinen Begriff von Identifizierung als Herrschaft sicherndes Handeln und Identität als Zustand geschlossener Orientierung entgegen allem Abweichenden, die Sache solchen Handelns und solchen Orientierens gab es jedoch früh.

Platons Politeia bringt beides zum Ausdruck. Nicht nur jeder Schuster, jeder Mensch hat bei seinem/ihrer Leisten in herrschaftswahrheitsteiliger Gesellschaft zu bleiben. Damit alle ihren Funktionen rollengerecht dienen, kommt Platon schon genialer Weise in dieser Herrschaftsutopie kat'exochen darauf, die nötigen Eigenschaften, wie wir heute sagen würden, genetisch zu fixieren. So wie entsprechend interpretierte „Natur“ immer hilft, wenn's darum geht, Herrschaft „auf ewig“ zu legitimieren.

Von „Identität“ ist vorbegrifflich auch der Sache nach noch keine Rede. Umso mehr vom Identifizieren. Darum wird Musik ausgeschlossen. Sie könnte zu abweichenden Emotionen führen. Darum wird die Tragödie mißliebig. In ihr sind viel zu viele Ambivalenzen gegenwärtig, ohne am Ende aufgehoben zu werden. Darum wird selbst Homer gescholten. Er läßt die Göttinnen und Götter angesichts des im Liebesnetz verstrickten Hephaist' albern lachen. Damit verletzt er ihre eindeutigklare Göttinnen- und Götterfunktion. Das aber kann bei Hörerinnen und Hörern zu bösen, vom rechten Weg abweichenden Häusern führen.

b) War Platons Politeia in statischen Zeiten gedichtet worden und ist deshalb seine Identifizierungsmanie zunächst eher verwunderlich, gilt dies für moderne Herrschaft und hier die moderne Herrschaftseinrichtung schlechthin, den Staat, nicht gleicherweise.

Der moderne Staat ist Akteur und Ausdruck einer sich mählich und dann immer schneller beschleunigenden kapitalistischen Gesellschaft, die deren eher statische Faktoren, nicht zuletzt herrschaftliche Ungleichheit gefährdet. Darum wird Identifizierung, Ding- und Personenfestmachen, zu der Herrschaftsaufgabe vor allen anderen. Die „Angst vor dem Chaos“, die Angst vor nicht kooptierbaren Bewegungen, Emeuten, Revolten von unten gehört darum zur etatistischen raison d'être. Hierbei läßt sich herrschaftsgünstigerweise

die Eigen-Sicherung staatlicher Herrschaft mit der Gewährleistung bürgerlicher Sicherheitsinteressen verbinden. Nicht weil die beiden, analytisch gesprochen, identisch wären. Schon der große Staatstheoretiker Thomas Hobbes begründet zwar das Zustandekommen des Staatsvertrags aus dem pazifistischen Interesse der bürgerlichen Individuen. Sobald der „sterbliche Gott“ Staat jedoch einmal entstanden ist, wird dessen Bestandssicherheit zur schlechthinigen Bezugsgröße. Der Staat definiert dann seine Sicherheit als die der Bürger. Die Gleichsetzung eigenständig staatlicher und bürgerlicher Sicherheitsinteressen erlaubt vielmehr ein staatliches Sicherheitsmanagement im Krieg und im Innere-Sicherheits-Frieden, das dauernd – auf bürgerlich oft höchst riskante Weise – der eigenen Staats-Sicherheit dient.

Die möglichst präventive Identifikation abweichenden Verhaltens, insbesondere dann, wenn dessen kollektive Bündelung droht, wird beim modernen Staat in all seinen absolutistisch-feudalen und dann nationalstaatlich-liberal-demokratisch verfassten Etappen in verschiedener Weise durch ein erklekliches Symbolmanagement ergänzt. Dasselbe ist mit Emblemen, Ikonen, herrschaftstheatralischen Inszenierungen aller Art, mit Hymnen, Fahnen, Standbildern, Denkmälern und zeitverschieden allen anderen Symbolen mehr darauf gerichtet, zuerst Herrscher- und Herrschaftshaus- und später nationalstaatliche „Identität“ zu produzieren (vgl. etliche weiterführende Angaben bei Christian Geulen 1998, S. 346ff.). Sprich: die unbefragte „Ganzheit“ eines Herrschaftsverbands soll seinen Subjekten (= Unterworfenen), seinen Bürgerinnen und Bürgern von früh bis spät mit Hilfe einer Art Symbolökologie eingepägt werden. Die Hebel, mit deren Hilfe die Identifikation der Untertanen, nationalstaatlich dann vor allem der Bürgerinnen und Bürger bewirkt wird, bestehen zusätzlich aus einem fülligen Köcher positiver und negativer Sanktionen, dazu angetan, die gerade in liberaldemokratisch verfassten Massengesellschaften abstrakte Kluft zwischen Bürgerinnen und Bürgern durch entsprechend orientierende und früh sozialisierende Innenausstattung zu überbrücken (dieser Aspekt ist in Norbert Elias allzu einseitig fixiertem „Prozeß der Zivilisation“ und seinem Zivilisationsbegriff vollkommen ausgeblendet). Je mehr alldurchdringender Staat und alldurchdringende Kapitalisierung interessenspezifisch dissoziieren und Vereinzelung zunimmt, desto wichtiger wird ein Symbolmanagement, das das ansonsten un(be)greifbare Ganze jedenfalls in projektiver Identifikation kopfunter erreichen läßt. Das ist es, wovon alle Nationalismen und Ethnozentrismen unentwegt handeln.

Zwei Extremfälle staatlich herrschaftlicher Identifizierung und zugleich herrschaftlich produzierter ebenso wie eingetrimmter Identität bieten in diesem Jahrhundert der Nationalsozialismus einerseits und der Sowjetkommunismus andererseits.

a) Die nationalsozialistische Herrschaft zeichnet sich in diesem Zusammenhang durch drei besonders hervorgehobene Merkmale aus. Durch das Merkmal der identifikatorischen Ab- und Ausgrenzung (1). Durch das Merkmal der totalitären Orientierung mitsamt dem entsprechenden Apparat

(2). Durch das Merkmal der „restlosen Erfassung“ (3). All diese Merkmale, ihr Zusammenhang und die aus ihnen erwachsenden übrigen Herrschafts- und Ausmerzeigenarten sind zureichend bekannt. Die Konstruktion der „jüdischen Identität“ und ihre umfassende, zur Ausgrenzung geeignete Beliebigkeit hat Daniel J. Goldhagen neuerdings zurecht noch einmal hervorgehoben (s. Goldhagen 1996, hier bes. S. 54ff.) (1). Ulrich Herbert hat in seiner trefflichen Best-Biographie dargestellt, wie die teutonisch „positive“ und die antisemitisch „negative“ „Identität“ in einer totalen Weltanschauung zusammenpassten (2).

„Best hinterließ einen Apparat, der zwischen 1934 und 1940 unter seiner maßgeblichen Mitverantwortung zu einem der stärksten Machtfaktoren des Regimes geworden und in seiner Struktur historisch ganz neuartig war: die Kombination einer bürokratisch nach modernen und professionellen Maßstäben durchorganisierten Sicherheitsbehörde mit einem weltanschaulichen Elitekorps, befreit von allen hemmenden juristischen und politischen Widerständen und ausgestattet mit einer ebenso ehrgeizigen und jungen wie fachlich versierten Führungsgruppe. Deren durch die Stilisierung der exklusiven generationellen Erfahrung elitär aufgeladenes Selbstverständnis war eingebettet in ein totalitäres Weltbild, das alle Widersprüche der Wirklichkeit auf ein dahinter stehendes, aus der „Natur“ und dem „Leben“ selbst abgeleitetes Prinzip zurückführte und ihr Handeln auf *eine* politische Perspektive bezog. Auf diese Perspektive der Neuordnung Europas, ja der Welt nach „völkischen“ Grundsätzen waren die Aussonderung und Ausmerzung alles Abweichenden und ‚Degenerierten‘ und die Förderung alles „Gesunden“ im Innern ebenso bezogen wie die gigantischen Pläne der Bevölkerungsverschiebung im Osten, der „völkischen Flurbereinigung“ in Polen durch Deportationen und Massenmord und die sich rapide radikalisierende Politik gegen die Juden“ (Herbert 1996, S. 249).

„Die restlose Erfassung“, so haben Götz Aly und Karl Heinz Roth (Berlin 1986) den nationalsozialistischen Versuch genannt, die Massenstatistik auf jede erdenkliche Weise in den Dienst ihrer mobilisierenden, restringierenden und mordenden Politik zu stellen. Verglichen mit den heutigen Möglichkeiten waren die technischen Vorkehrungen, Daten nach vorweg identifizierten Merkmalen zu erfassen, zu speichern, weiterzugeben und aufgrund der je zweckspezifisch sortierten Daten auswählerisch, ja sogar personenwählerisch zu handeln, fast lächerlich eingeschränkt.

b) Die geradezu strukturell neurotische Identifizierungssucht dauernd mißtrauischer, überall Verrat wittender Herrschafts-Systeme läßt sich an den sowjetkommunistischen Regimen gleicherweise demonstrieren. Jeder krumme Finger wird zur Gefahr. Darum ist er schon abzuschneiden, bevor er zu wachsen eine Chance besitzt. Erneut verhaken sich „positive“ Identifizierung mit der „Identität“ der neuesten Parteilinie mit der negativen, sprich der Ausgrenzung und der Liquidierung.

Heiner Müller hat der Haßangst vor Ambivalenz in vielen seinen Stücken Ausdruck gegeben. Diese Haßangst wirkt, weil sie der Identifizierungsangst der Parteimitglieder korrespondiert. Niemand will als Verräter herausfallen. Im „Jahrhundert des Verrats“ (Margret Boveri 1963) gibt es nur die kopflose Übernahme herrschaftsfabrizierter Identitäten. Darum auch die herausragende Nebenrolle der „Renegaten“ (Michael Rohrwasser 1991). Im „Mauser“ läßt Müller den Chor anheben:

„Du hast gekämpft an der Front den Bürgerkrieges  
 Der Feind hat keine Schwäche gefunden an dir  
 Wir haben keine Schwäche gefunden an dir.  
 Jetzt bis du selber eine Schwäche  
 Die der Feind nicht finden darf an uns.  
 Du hast den Tod ausgeteilt in der Stadt Witebsk  
 An die Feinde der Revolution mit unserem Auftrag  
 Wissend, das tägliche Brot der Revolution  
 In der Stadt Witebsk wie in anderen Städten  
 Ist der Tod ihrer Feinde, wissend, das Gras noch  
 Müssen wir ausreißen, damit es grün bleibt  
 Wir haben die getötet mit deiner Hand.

...

...

Nämlich die Unwissenheit kann töten  
 So wie der Stahl töten kann und das Fieber  
 Aber das Wissen genügt nicht, sondern die Unwissenheit  
 Muß aufhören ganz, und nicht genügt das Töten  
 Sondern das Töten ist eine Wissenschaft  
 Und muß gelernt werden, damit es aufhört  
 Denn das Natürliche ist nicht natürlich  
 Sondern das Gras müssen wir ausspeien  
 ... (Heiner Müller 1978, S. 55ff.)

#### **4 Moderne Wissenschaft im nahezu exklusiven Modus der Identifikation**

Eine lange Geschichte. Sie ist hier nicht einmal verkürzt zu erzählen. Eine Geschichte des unvorstellbaren Erfolgs. Eine ohne die niemand gegenwärtig leben könnte, so wie er und sie es inmitten der dadurch mitgeschaffenen Gesellschaft tun.

Und dennoch ist bekanntermaßen die *via moderna* der Wissenschaften weithin eine der immer feinsinnigeren Identifikation und damit zugleich eine der nicht immer so feinsinnigen Exklusion, ja der Verfehlung und Unterdrückung. Alles, was der Fall ist, auch was an menschlicher Gesellschaft der Fall ist, wird objektiviert und identifikatorisch zerlegt, durchdrungen, um entsprechend rekonstruiert und möglichst neu konstruiert werden zu können.

Diese objektivierend-identifikatorische Logik, in deren konstruktiver Phase wir uns befinden, schreitet analog zur staatlichen Herrschaft und zur kapitalistischen Ökonomie voran. Die verfahrensförmige, weniger die selbstredend erforderliche materielle Verbindung ist entscheidend. Wissenschaftliche Entwicklung balanciert also nicht vereinzelt herrschaftliche und kapitalistische Entwicklungen. Sie arbeitet denselben zu. Sie treibt dieselben in ihrer innovatorischen Identifikation und (Re-)konstruktion voran – bis in die letzten Verästelungen des menschlichen Genoms dringend.

Daraus erwachsen nicht nur ökologische Kosten und Gefahren; daraus erwachsen zuerst – und auch die „äußere“ Ökologie definierend – soziale Kosten und Gefahren. Weil das, was nicht identifiziert werden kann, weil das, was sich nicht rechnet – nach dem kapitalistisch monetären Abstraktionsmodus, den ich an dieser Stelle aus Platz- und Zeitgründen nicht mehr behandeln kann –, aussortiert oder auf die lange Bank geschoben wird. Bis daß es identifiziert werden könne; bis daß es sich irgendwie rechne. *Time is money*. Radikaler noch: *the human being, more so: social communication and organization are money*.

Am Exempel der humangenetischen Entwicklung, an der „Front“ von Forschung, Entwicklung und Anwendung läßt sich das gemeinte Problem wenigstens schürzen, wenn schon nicht in angemessener Weise traktieren. Die Humangenetik folgt unbeschadet ihren eigenen Verfahrensformen dem allgemeinen wissenschaftlichen Fortschritts-„Gesetz“ der immer mikrologischeren Identifikation, der Kombination des Identifizierten und neuerdings der neuen Komposition anderwärts identifizierter Zell- und subzellulärer Verhalte (ich drücke mich bewußt nicht „sophisticated“ aus). Auf diese Weise ist die Humangenetik dabei, die Erbanlagen des Menschen genfest zu machen; Anlagen, die als gefährlich erscheinen, zu entfernen und durch „positive“ zu ersetzen; und schließlich Menschen aus der Retorte zu „klonen“.

Wenn nicht alle Zeichen trügen, steht dieser wissenschaftlich-technische und dann dem *medical-industrial complex* zuhandene Fortschritt in diesen Jahren bevor. Entscheidende Schritte auf dem Weg sind gegangen. Allerdings erweist sich derselbe immer wieder als langwieriger, voraussetzungsreicher und vor allem in seinem Folgenwissen als sehr viel ungewisser als seine frohgemuten wissenschaftlich ökonomischen Betreiber einräumen mögen. Im Zusammenhang der „Identifikations- und Identitätskritik“ sind vor allem folgende Probleme und Gefahren auszumachen:

a) Identifikation bedeutet auch im ungeheuer komplexen Bereich der Humangenetik (wie zuvor schon der Pflanzen- und Tier-Genetik) immer zugleich den Ausschluß des Nichtidentifizierten, des Nicht- oder Noch-Nicht-Identifizierbaren. Indes, das, was aufgrund der Identifikationserfolge im Umkreis des *medical-industrial complex* entwickelt und angewandt wird, definiert exklusiv das, was identifiziert ist. Eine wissenschaftlich-technisch-ökonomische Konstruktion.

b) Die Identifikation von Erbanlagen läßt in den meisten Fällen keine absolute sichere Prognose darüber zu, ob und wann eine Erbanlage, die als schädlich angesehen wird, in einem Menschenleben wie zum Ausdruck kommt. Mit anderen Worten die Erkenntnis, daß beispielsweise Zuckerkrankheit genetisch angelegt ist, besitzt nur den Status einer Möglickeitsaussage. Diese Erkenntnis läßt nicht prognostizieren, ob überhaupt, wann und wie die Zuckerkrankheit eintritt. Möglicherweise tut sie dies nur oder träte sie nur ein, wenn der betreffende Mensch 105 Jahre alt würde. Mit anderen Worten: eine Fülle physischer, vor allem aber auch psychisch sozialer Kontextfaktoren spielen eine mitentscheidende Rolle. Und vor allen Kontextfaktoren, sich wechselseitig beeinflussende Erbanlagen. Hinzukommt, daß die Krankheitswirkungen nicht vorweg beurteilt werden können, von den allgemeinen sozialen Folgen einmal zu schweigen.

c) Die hinter all dem unfraglichen wissenschaftlichen Identifizierungsgewinn mächtig schattende Gefahr besteht in einem freilich dann ökonomisch politisch allgemein betriebenen Biologismus. Die neue Konzeption eines prinzipiell „erbgesunden Menschen“ könnte zur allgemeinen Orientierungs- und praktischen Verhaltensregel werden, nun, da sie dem Anscheine nach wissenschaftlich erwiesen ist. Obgleich die Unhaltbarkeit einer solchen Konzeption lange vor allem normativen Rasonnement dargelegt werden kann -es sei denn, es würde ein Unmensch mit ewigem Leben gekürt, sonst gehört zur condition humaine nun einmal „die Krankheit zum Tode“ und vorgängig Verletzlichkeit, Krankheitsanfälligkeit -, besitzt oder (noch) besäße eine solche Orientierung an lebenslang positiv perfekter Gesundheit einen nicht mehr aufhaltbaren Rattenschwanz an Folgen. Die Folge permanenter Diskriminierung qua diversem Gesundheitsstandard wäre mutmaßlich noch die „harmloseste“ davon.

d) Schon heute ist der kriminologisch strafverfolgerische Mißbrauch der diversen Gentests, des „Genetischen Fingerabdrucks“ zu beobachten. Er belegt, daß der soziale Mißbrauch wissenschaftlicher Erkenntnisse eines der Hauptprobleme darstellt. Mit Unterstützung konformer und durch Projekte verlockter Wissenschaftler werden allemal methodisch voraussetzungsreiche und beschränkte Erkenntnisse über ihren Geltungshof hinaus ausgedehnt. Nun, so scheint es, kann Platons Herrschaftstraum, zunächst beschränkt auf den kriminogenen Bereich, ein freilich höchst expansionsfähiger Bereich, modern szientifisch wahr werden. Indem angebliche genetische Merkmale von Tätern und von Verdächtigen aufgenommen, gespeichert und zu praktischen Erkenntniszwecken weitergegeben werden, kann, so scheint es, die Fahndung erleichtert, verallgemeinert und perfektioniert werden. Die numerisch genetische „Identität“ wird in Richtung auf das soziale Wesen Mensch groß geschrieben. Die entsprechenden Anwendungsfelder im Arbeitsbereich, im Sicherheitssektor und anderwärts warten schon auf die genetisch untergründige und leicht zuhandene Selektion ohne weitere soziale Umstände. Der Ausdruck „Selektion“ aus dem „Wörterbuch des Unmenschen“ gewinnt erneut gegenwarts-, vor allem zukunftskräftige Geltung.

e) In rückwärtsgerichteter Kulturkritik werden die bevorstehenden genetischen Möglichkeiten, Erbanlagen punktuell zu korrigieren, in die Keimbahnen auf die Dauer verändernd einzugreifen, gar Menschen genidentisch zu klonieren vor allem als Gefahr für die „Identität“ des Menschen großgerufen. An dieser Stelle rächt sich der fahrlässige Gebrauch des numerischen Identitätsbegriffs fast am meisten. Und die Kritik an den humangenetischen Identifizierungs- und identischen Produktionskünsten, wenn sie denn – bald? – einmal praktiziert werden könn(t)en, verrät eine fast identische Argumentationsbasis mit den Kritisierten. Eine biologistisch identifikatorische nämlich (vgl. die Gegenkritik von Claus Koch 1996). Geht man darauf aus, Menschen als selbstbewußte und selbsttätige – dies das Schlüsselwort Wilhelm von Humboldts – Personen sich entwickeln zu lassen, frei nach Goethe: geprägte Formen die lebend sich entwickeln, dann kommt es zentral auf die gesellschaftlichen Umstände, auf die jeweils gegebenen Sozialisationsmuster an. Ernst Bloch rückt den gesellschaftlichen Werdensverhalt des Menschen und seiner Eigenarten trefflich im ersten Satz seines „Prinzips Hoffnung“ aus: „Ich bin, aber ich habe mich nicht, darum werden wir erst.“ Das aber heißt: das Eigenartig-Eigensinnige am jeweiligen Individuum, seine „Personhaftigkeit“ besteht nicht primär in seiner genetischen Ausstattung als einer Potenz, es entwickelt sich vielmehr oder wird blockiert gemäß den gesellschaftlichen Umständen und den Möglichkeiten (Oskar Negt/Alexander Kluge 1986): Ob und wie der einzelne sich diese Umstände zueigen machen, in seinem „Ich“ aufheben kann.

Person aber meint gerade nicht das, was mit dem Ausdruck „Identität“ dauernd vom Numerischen ins Qualitative oszillierend, vom Individuum zur Gesellschaft mutierend angezeigt und angestrebt wird. Person, zunächst die Maske, die Larve des Schauspielers (griechisch: *prosopon*) wird schon bei Cicero gebraucht im Sinne von Persönlichkeit, Individualität, dem Charakter, den jemand in seiner Handlungsweise zeigt oder dem Charakter, der Stellung, dem Rang, der Bedeutung, die Verhältnisse einer Person geben (gemäß Kleinem Georges). Es handelt sich also um eine emphatisch *soziale* Bestimmung. Charakter, ursprünglich ein Werkzeug um einzugraben, wird u.a. schon in der griechischen Tragödie im übertragenden Sinne gebraucht und meint das Gepräge, das einer Person oder Sache gleicht; die aufgeprägte Eigentümlichkeit, das Wesen, kurzum den Charakter, der alles andere als „identisch“ ist oder sein muß. Entsprechend diesen alt-ehrwürdigen und unverändert gebrauchbaren Begriffen kommt es auf die gesellschaftlichen Sozialisationsbedingungen, auf die gesellschaftlichen Regeln, die materiellen und immateriellen Anerkennungsmuster und Anerkennungspraktiken primär an, damit selbstbewußte und handlungsfähige Personen werden können. Die naturwissenschaftlich technischen Fertigkeiten sind dann sekundär, unbeschadet aller Schwierigkeiten und zusätzlich erforderlichen Vorkehrungen angefangen mit einem Begriff des Menschen auf der Höhe ‚seiner‘ technischen Möglichkeiten.

## 5 Die identifikations- und identitätsver-rückte Moderne

Ich müßte weit, zu weit ausholen. Das seither Gesagte gilt weitgehend analog, in jedem Fall homolog. Je mehr ‚die‘ Moderne sich aus der Fülle der möglichen und tatsächlichen Modernen im jahrhundertelangen Verlauf ihrer Entwicklung auf eine höchst widerspruchsvolle Größe hin bewegt, desto mehr ‚lebt‘ sie davon, daß sich zwei Konditionen und zwei Operationen einander ergänzend vereinen: Kontingenz objektiv und machbar kollektiv subjektiv zu ergreifen (vgl. zu einigen politikwissenschaftlichen Aspekten im engeren Sinne Kari Palonen 1998; systemtheoretisch selbstredend und durchgehend Niklas Luhmanns weitverzweigt enges Werk). Und zum Zwecke solchen Ergreifens, solcher operationellen Nutzung: Identifikation. Die expansive und zugleich intensive Durchkapitalisierung aller gesellschaftlichen Dimensionen weltweit ist deren innovatorisch monetäre Verlaufsform. Das kapitalsystematische *laissez innover* gehorcht einer Logik; im monetären Wert, der seinerseits schon in schier perfekter Abstraktion virtuell geworden ist, besitzt sie ihr sich immer erneut tantaloid verschiebendes Ziel. Die binäre Logik der neuen Technologien, der Informationstechnologie an der Spitze, dient der einseitig auf schier universelle Verfügung und grenzenloses Wachstum bei strikt begrenzten restlos identifizierbarem Wert gerichteten globalen Entwicklung. Darum gilt mehr denn je die von Zygmunt Bauman herausgearbeitete, freilich ihrerseits zu simplifizierte ‚Feindschaft‘ von „Moderne“ versus Ambivalenz (Bauman 1992). Das, was Marx außerhalb seiner hofferischen Geschichtsphilosophie in seiner Kapital-Analyse ‚prophezeit‘ hat, was er als dem Begriff des Kapitals inhärent herausgearbeitet hat, nun wird’s Ereignis. Vereinfacht ausgedrückt: die monetäre Wertabstraktion frißt alle ihre besonderen Kinder. Nur das, was sich monetär, und in diesem Sinne tatsächlich universal, aufheben läßt, zählt. Das *ist* die Logik der Identifikation, in der sich – im Jargon der Systemtheorie gesprochen – die Medien, Macht und Geld vereinen und absolut setzen in einem. Diese Medien werden mehr noch als diejenigen im Bereich der Telematique Marshall McLuhan-gemäß zur *message*. Die Suche nach Identitäten sind im Zusammenhang dieser „Logik der Identifikation“ nichts anderes als die ohnmächtigen Kunst- als Naturgriffe der überforderten Individuen und Kollektive, die schon, um sich orientieren zu können, trotz aller schlechten Abstraktion faßlicherer Konzepte bedürfen. Daraus erklärt sich mutmaßlich auch die emanzipatorisch gerichtete, der Form nach gegenemanzipativ wirksame „identity politics“.

### III Sozial- und geisteswissenschaftliche Identitätsfischzüge wider den Geist und die wissenschaftliche Verantwortung derjenigen, die solche Netze werfen

Die sozial- und geisteswissenschaftlichen Identifizierungen und unkritisch behandelten, ja mitgekurten „Identitäten“ verlangten eine eigenständige Auseinandersetzung. Selbige müßte nicht zuletzt die erheblichen und in der Sache wichtigen Differenzen unter denjenigen beachten, die den Identitätsbegriff m.E. leichtfertig gebrauchen. Das vermag ich an dieser Stelle nicht zu tun. Dennoch ist es erforderlich, einige der hauptsächlichen Schwächen und Gefahren wenigstens in kursorischem ‚Pointilismus‘ knapp hervorzuheben. Was meine Nutzung der Literatur angeht, so verfare ich in „informierter Willkür“.

#### 1. Kritischer Hinweis auf den „subjekttheoretischen Identitätsbegriff“ (Jürgen Straub 1998, S.83 und ff.)

Das, was Jürgen Straub und andere dazu motiviert, besagten Identitätsbegriff vorwärts gerichtet ‚retten‘ zu wollen, teile ich in weitem Umfange. Allerdings tue ich dies nicht, insoweit als schon bei der Anamnese der Gründe der hohle und problematische Identitätsbegriff gebraucht wird, Gründe die dann selbstredend den gerechtfertigten Begriff aus ihrem Hut zaubern lassen.

„Man muß den psychologischen und soziologischen Identitätsbegriff“, so Jürgen Straub, „von dieser erfahrungsgesättigten Vorstellung des radikalen Identitätsverlusts her denken, um zu begreifen, worüber Erikson und viele ihm verwandte Denker und Forscher im Grund genommen sprechen.“ Nach diesem seinerseits vagen „im Grunde“ schwingt Straubs Rechtfertigung erst recht pathetisch empor: „Wer dies nicht berücksichtigt, untergräbt mit leichter Hand die Voraussetzungen, unter denen der subjekt- und sozialwissenschaftliche Diskurs über Identität *überhaupt nur sinnvoll* ist. Wer dies übergeht, verabschiedet sich nolens volens von den Bedingungen, unter denen die Rede über „Identität“ – bei allen unleugbaren begrifflichen Problemen – doch etwas einigermaßen klar Bestimmtes zum Ausdruck bringen kann“ (Straub 1998, S. 85f.).

Erfreulich klar macht Straub das Unklare seiner Rede. Das trifft auch die Sache, um die es ihm geht: die Verteidigung des Identitätsbegriffs, seines subjektspesifischen Theoretikers Erik H. Erikson und der ihm zugrundeliegenden Sache. Welche ‚Sache‘ aber liegt ihm zugrunde? Die von den gegenwärtigen sozioökonomischen und politischen Umständen nicht gewährleisteten Chancen (s.o.) dafür, daß sich selbstbewußte und handlungsfähige Personen/Charaktere ausbilden? Wenn dem so wäre, wie es mir der Fall zu sein scheint, warum halten Straub und andere nicht am Begriff der Person fest? Warum sprechen sie nicht von den sozialen Bedingungen bestimmter, von ihnen erwünschter Charaktermerkmale? Warum stattdessen das Reden von

einer Identität, die reichlich begriffslos vorgestellt wird und deren soziale Bedingungen gleichermaßen nahezu gänzlich unbestimmt bleiben. Darüber kann das pauschale Reden von der „erfahrungsgesättigten Vorstellung des radikalen Identitätsverlusts“ nicht hinweghelfen. Welche sozialen Bedingungen haben zuvor die „Identitäten“ unserer Großväter und Großmütter gewährleistet zu Zeiten da Heinrich Mann seinen „Untertan“ schrieb oder kurz vorher Theodor Fontane seine aufregende „Effi Briest“, von Thomas Manns „Buddenbrocks“ zu schweigen? Oder gab's entsprechende soziale und also personale Chancen vorher oder danach im Sinne durchschnittlich gegebener Bedingungen? Der autoritative Hinweis macht die Sache nicht besser: „Von Ausnahmen abgesehen sieht die moderne Psychologie (der westlichen Welt) personale Selbst- und Weltverhältnisse *generell* im Lichte eines normativ gehaltenen Identitätsbegriffs.“ Ich gestehe offen, daß ich bei zugestandener begrenzter Kenntnis der modernen Psychologie der westlichen Welt, unterstellt beide bestimmten Artikel stimmen, wie ein anderer toller Mensch vergebens von Tür zu Tür renne, um wenn schon nicht „identische“ Menschen jenseits der Identity Card (die in Deutschland die Nazis vollends eingeführt haben), so doch bei den entsprechend einschlägigen Wissenschaftlern einigermaßen überzeugende begriffliche, sozial vermittelte und psychisch verdichtete Kriterien zu finden.

- Bei Straub wie anders schon bei Jürgen Habermas (Jürgen Habermas 1976 I und II.) oder beim Identitätsstifter Erikson ist mir der zu Recht unterstrichene Zusammenhang zwischen der „Identität“ eines Individuums und den sozialen Bedingungen derselben in einem weiten Verstande reichlich unklar geblieben. Nirgendwo habe ich denselben zureichend spezifiziert und – pardon – gesamtgesellschaftlich begründet gefunden.
- In der Straubschen Kurzbegründung wie anderwärts bleibt mir die hinter der Identitätsannahme stehende Vermutung von „identitärer“ Normalität, die auch historisch einigermaßen verortbar sein müßte, wenig greifbar.

Sobald man dem Begriff genauer auf den Leib rückt, entzieht sich derselbe in Vagheiten. Tut er das nicht, begegnen seine Vertreter unter anderem den Dilemmata und Gefahren, die Ernst Tugendhat in seiner Habermas-Kritik angedeutet hat. Zum einen: „Da das Wort ‚Identität‘ – im Gegensatz zu ‚Identifikation‘ und ‚Sich-identifizieren-mit‘ (auch das ist nicht beachtet worden) – im normalen Sprachgebrauch primär die numerische Identität bedeutet, ist zu vermuten, daß das Wort, sobald es einmal eingeführt war, dazu verleiten mußte, auch dann eine numerische Identität dahinter zu suchen, wenn sie in der Sache nicht gegeben war, während das Umgekehrte schwerer vorzustellen ist“ (Tugendhat 1979, S. 286). Zum zweiten: „Ich finde diese Auffassung (daß die Frage nach der Identität wie eine Biene um das Ob der eigenen Einzigartigkeit gegenüber allen anderen kreise, WDN) unplausibel und meine, daß sie einzig durch die mißverständliche numerische Auffassung der Identität nahegelegt wird. Wer die qualitative Identitätsfrage ‚was für ein Mensch bin ich und was für ein Mensch

will ich sein?' selbstständig stellt, wird *faktisch* zu Ergebnissen kommen, die ihn als einzigartigen erscheinen lassen, aber wer die Einzigartigkeit zum Problem macht und auf sie *abzielt*, bringt einen sachfremden Faktor in die Wahrheitsfrage: statt daß das Ziel der Frage einzig ist, wie es sich wirklich verhält und wie es am besten stünde mit meiner Existenz und der der anderen, ginge es jetzt darum, wie ich mich von anderen unterscheiden kann, eine Sorge um ‚Abständigkeit‘, die Heidegger, wie ich meine mit Recht der Uneigentlichkeit zugeordnet hat“ (Tugendhat 1979, S. 289f.). Weniger philosophisch tief argumentiert macht Tugendhat an dieser Stelle eine der zwei m.E. hauptsächlichen Gefahren deutlich: daß die mehr oder minder angstvolle und mehr oder minder elitäre und schließlich mehr oder minder vergebliche Suche nach seiner fixen Identität vor allem in der Abgrenzung zum anderen fündig werde. Es ist also vor allem eine ‚negative‘ Identität (analog zum Begriff der „negativen Freiheit“ Isaiah Berlins gebildet). Hinzu kommt das von Goethe human überdeckte Paradoxon: „Kennst Du schon das große Wort“, so schrieb er an Lavater, „individuum est ineffabile.“ Das aber heißt, qualitativ einzigartig *ist* eine Person allenfalls (und sie wird es, erneut Goethe, als „geprägte Form, die lebend sich entwickelt“), eine Annahme, die das Fundament der Menschenrechte bildet, diese Eigenart kann jedoch nicht in allgemeine Identitätsstufen und Identitätskriterien auseinandergelegt werden (werden sie es, werden identische homunculi daraus). Selbst dann bestünde Individualität (Personalität) wie Poesie Hugo von Hofmannsthal gemäß immer noch in der „Kunst (dem allenfalls biographisch rekonstruierbaren Synergismus/dem Syndrom, WDN) der Zusammenstellungen.“ Die zweite der Gefahr, die aus der auch sozialwissenschaftlich eingeredeten Identitätssucht erwächst, ist in der Orientierung an einem Fehlbild zu erkennen. Eine solche Fehlorientierung mag zu Projektionen aller Art und zu Anpassungen just an Verhältnisse führen, die allen Eigensinn verhindern: Dem Gegenteil der mit Identität vorgegaukelten Persönlichkeit. Als müsse man, wir alle erschrecken darob, sähen wir uns im Spiegel, sozusagen zwei identische Gesichtshälften haben. Als kämpften nicht dauernd mehrere Seelen in unserer Brust. Als wären innere (mit ‚äußeren‘ korrespondierende, von ‚außen‘ jedenfalls mitgeschaffene) Konflikte und der Versuch einer allemal prekären Balance a-normal. Als müsse der Weg, eine eigene, eigensinnige Person zu werden, nicht Tag für Tag inmitten widrigförderlicher, sozial naher und sozial fernerer Bedingungen vorbewußt bewußt erkämpft werden. Als könne er primär als „Weg nach innen“ vorgestellt werden. Das feministische Reden während der 70er Jahre von der Politik in der ersten Person bedeutet dementsprechend, daß das prekäre Ich nur in der dauernden im weitesten Sinne politischen Auseinandersetzung mit anderen und im Kontext von möglichst nicht einfach verinnerlichten ‚objektiven‘ Strukturen und Institutionen gefunden, nie als Zustand – „Identität“ – gehalten werden kann.

Mir scheint es kein Zufall, daß Personen, die mehr als human erträglich von anderen Menschen und ihren gwaltsamen Zugriffen gebeuteltes sind, wie Menschen in den KZs der Nationalsozialisten nicht von ihrer verlor-

renen oder zertrümmerten „Identität“ faseln, obgleich es solche auch geben mag, weil sie gängige Sprachformeln übernehmen. Imre Kertesz hat sein jüngstes Buch geradezu programmatisch „ICH – ein anderer“ genannt (Kertesz 1998), ein Buch von Variationen über das Thema „Nicht-Identität“ und gerade darin erkenntlichem charakterlichem Eigensinn. Da heißt es unter anderem:

„Freiheit. Auftauchen aus dem jahrelangen trüben Strudel aufeinanderfolgender Beziehungen.“ „Mit meinem Leben stehe ich in einer Wechselbeziehung. Diese Beziehung heißt: Ausgeliefertsein.“ „Doch warum klage ich wie ein Wiener Kleinbürger? Offenbar habe ich mit Identitätsproblemen zu kämpfen; mit wem bin ich solidarisch?“ „Ich bin das unverbesserliche Kind von Diktaturen, meine Besonderheit ist das Gebrandmarktsein.“ „Ihr verlangt doch nicht, daß ich meine nationale, konfessionelle und rassische Zugehörigkeit formuliere? Ihr verlangt doch nicht, daß ich eine *Identität* habe. Ich verate euch: Meine einzige Identität ist die des Schreibens (*Eine sich selbst schreibende Identität*).“ „Als ich im Armsessel Hesses *Demian* lese, greift meine Hand plötzlich nach einem kleinen Quittungszettel und kritzelt rasch folgendes darauf: ‚Erschreckend, wie wenig mich das Wesen, das ich bin, interessiert.‘“ (Kertesz S. 9, 12, 17, 26, 56, 90).

Und nicht nur für ehemalige KP-Parteifunktionäre, möglicherweise auch für westtiefe Identitätssucher und Identitätskonstrukteure, die stolz sind auf ihre „Forscheridentität“ aufzustampfen, scheint mir folgende Passage wichtig:

„Alte Parteiführer äußern sich im Fernsehen. Sie ‚glaubten‘ an die Partei. Sie ‚glaubten‘, daß ‚Irrtümer‘, ‚Fehler‘ passiert seien, aber sie ‚glaubten‘ zum Beispiel, das ‚Stalin davon nichts gewußt‘ habe. Usw. Doch wäre es falsch, anzunehmen, sie hätten solche Gemeinplätze nicht mit echten Inhalten, ihren sogenannten ‚Glauben‘ nicht mit echten Gedanken oder Gefühlen verwechselt. Die daraus zu ziehende Lehre: diese Menschen haben ihr Leben auf einem falschen Gebrauch der Sprache gebaut. Schlimmer noch, sie haben diesen falschen Sprachgebrauch zum gültigen Konsens erhoben und haben bei ihrem Abgang lauter Sprachgeschädigte zurückgelassen, die nun dringend moralische Sozialhilfe benötigen, da die durch den falschen Sprachgebrauch wertlos gewordenen, wie Papierfetzen zerfasernden Worte plötzlich ihre moralischen Verletzungen zu enthüllen scheinen“ (Kertesz 1998, S.10).

2. Kollektive Identität – ein Nichts oder ein praktizierter Alptraum: Wie ist es nur möglich, daß das „Jahrhundert des Verrats“ just Intellektuelle oder privilegierte Kopfarbeiter so wenig lehrte und lernte?

Der Ausdruck „Identität“, da es ein Begriff nicht ist, nicht einmal ein identifikationsstarker (s.o.), mag im Umkreis der Person gerade noch angehen, wengleich ich starke Gegenanzeigen vorweisen zu können meine. Der Gebrauch des Identitätsetiketts für Kollektiva aller Art jedoch, verliert sich entweder in begriffspräzisen, tatsächlich begriffslosen Verquastheiten (a), in

Schlampigkeiten der Analyse wie der Begriffe, die nur Als Ob Erkenntnisse erlauben (b) oder in gefährlichen Sack(un-)begriffen, die dazuhin wissenschaftlich bereitgestellt und/oder legitimiert werden. (c) Um es klipp und klar zu sagen, ausnahmsweise ohne die fast immer beachtlichen Ambivalenzen und losen Argumentationsfäden einzuräumen: wer von kollektiver Identität redet, der oder die tut es in einer Weise ahnungslos, daß solche Naivität am Ende dieses unsäglichen Saeculums, gezählt als das 20ste, nicht mehr akzeptabel ist.

a) Ich will kurz auf Jürgen Habermas' hegellisierende Reflexionen zur Frage „Können komplexe Gesellschaften eine vernünftige Identität ausbilden?“ zurückkommen. Ich tue es nicht, um ihm verspätet am Zeug zu flicken. Ich tue dies mit dem nötigen Respekt vor einem gegenwärtig wirkungsmächtigen Denker, der ganze Generationen in seiner Begriffsschule zu Füßen sitzen hat.

Liest man seinen Vortrag nach einem Vierteljahrhundert erneut, dann entläßt die Lektüre intellektuell magenleer und vorstellungswirr. Alles bleibt schwebend, ungreifbar, ohne wenigstens phantasievoll vorgestellte soziale Gründe. Keine Ferne macht mehr schwierig. Keine materiellen Umstände geben Gewicht. Keine institutionellen Formen eröffnen Chancen der Gestaltung. Einigermaßen deutlich wird nur, daß das, was an „kollektiver Identität“ vorgestellt wird (in diesem Fall sachlich richtiger: vorgegaukelt, auf dünnem, nirgendwo erkenntlich aufgehängtem philosophischen Seil vorgeturnt), irgendwann in der Gegenwart der weltweit sich entwickelnden „Moderne“ zum Ereignis werden soll. Kapitalismus? Herrschaft? Menschen in hochungleichen Massengesellschaften, die um Wohlstand und grotesk um Hunger konkurrieren? Das alles spielt fürs erste keine Rolle, wenn's um die „neue Identität einer erst im Entstehen begriffenen Weltgesellschaft“ zu tun ist. Welche kaum noch verborgene geschichtsphilosophische Ladung eines, der u.a. auszog, die verzerrenden Geschichtsphilosophien der Vorväter aufzutäuen. Folgerichtig heißt es:

„Sie (die „neue Identität“) muß zwar, wenn sie die strukuranaloge Ergänzung zu postkonventionellen Ich-Identitäten darstellen soll, die Geltung einer universalistischen Moral unterstellen. Aber diese läßt sich auf Grundnormen der vernünftigen Rede zurückführen; das kommt ohnehin einer kollektiven Identität entgegen, die, wie gesagt, im Bewußtsein der allgemeinen und gleichen Chancen der Teilnahme an wert- und normbildenden Lernprozessen begründet ist. Eine solche Identität braucht keinen fixen Inhalt mehr, um stabil zu sein, aber sie braucht jeweils Inhalte. Identitätsverbürgende Deutungssysteme, die heute die Stellung des Menschen in der Welt verständlich machen, unterscheiden sich von traditionellen Weltbildern nicht so sehr in ihrer geringeren Reichweite, als vielmehr in ihrem revisionsfähigen Status“ (Habermas 1976, S.117).

Übersetzung gefällig? Oder wird dem geneigt Lesenden bis zur Unkenntlichkeit leicht?

Die Schlußpassage des Vortragsaufsatzes belegt eine derart radikal immaterielle und daß heißt in der Sache a-soziale Argumentationsweise, daß ei-

nem vor einer solchen (informationell schwerelosen) Zukunftswelt „altmenschlich“ ganz angst und bang oder eben leicht werden mag:

„Ich will nur soviel behaupten: wenn in komplexen Gesellschaften eine kollektive Identität sich bilden würde, hätte sie die Gestalt einer inhaltlich kaum präjudizierten, von bestimmten Organisationen unabhängigen Identität einer Gemeinschaft derer, die ihr identitätsbezogenes Wissen über konkurrierende Identitätsprojektionen, also: in kritischer Erinnerung der Tradition oder angeregt durch Wissenschaft, Philosophie und Kunst diskursiv und experimentell ausbilden. Unterdessen würde es die zeitliche Struktur einer zukunftsorientierten Erinnerung erlauben, universalistische Ich-Strukturen über die Parteinahme für jeweils besondere Interpretationsrichtungen auszubilden; denn jede Person kann mit den übrigen Positionen, denen sie *in der Gegenwart* gegenübersteht, gerade in der Parteilichkeit für ein *künftig* zu realisierendes Allgemeines übereinkommen“ (Habermas 1976, S.121).

Gewänne dies mit so unbestimmt verpackten Begriffen Vorgestellte ‚materielle Gewalt‘ inmitten leerer, allem Besonderen abholder Universalismen, schmeckte humane Freiheit trocken. Das Monstrum weltweiter kollektiver Identität wäre zu dem geworden, was Habermas zuletzt wollte, eine geradezu an Aldous Huxley erinnernde radikal a-gesellschaftliche Gesellschaft. Unbeschadet jedoch solcher in ihrer sozialen Abstraktion geradezu extremistischer Träume lassen sich an diesem kollektiv-identischen Exerzitium von Jürgen Habermas die gesammelten Gefahren der schlechten Abstraktionen aller herrschafts- und/oder tugendvoll vorgegaukelten kollektiven Identitäten demonstrieren: selbige bleiben entweder so merkmals- und verfahrensleer, daß alles mögliche pervers Orientierende und Mobilisierende mit ihnen angestellt werden kann. Oder die in verführerisch konkreter Abstraktion gefüllten kollektiven Identitätsschemata gehorchen allen Arten ethnozentristischer, nationalistischer oder gegebenenfalls auch internationalistischer und universalistischer Verkürzungen.

b) Gegenwärtige sozialwissenschaftliche Analysen sind voll davon. Glücklicherweise gehen viele nicht darin auf. Roland Roth hat solche im Bereich der Forschungen zu den „neuen sozialen Bewegungen“ eingängig vorgestellt (Roth 1998; vgl. für Teile der Geschichtswissenschaft ähnlich erhellend Lutz Niethammer 1996). Voll also vom kollektiven Identitätsjargon. Hinsichtlich der sozialen Bewegungen selbst wirkt die „identitäre“ Suche und Sucht erwartbar geradezu desaströs.

„Was Castells jüngst in globaler Perspektive zusammengetragen hat, belegt eine kaum bestreitbare Entwicklungstendenz: die Fragmentierung der neuen sozialen Bewegungen entlang einer Vielzahl von mehr oder weniger selbstgewählten kollektiven Identitäten, die durch Identitätspolitik in den Bewegungen zusätzlich vorangetrieben wird“ (Roth 1998, S. 62).

Und ähnlich desaströs verhält sich’s mit solcherart fixierter, das Begriffsungetüm „kollektive Identität“ als nicht in Frage gestellte Bezugsgröße vor- und

nachanalytisch handhabender Forschung. „Nach wie vor gilt auch für die Forschungen zu neuen sozialen Bewegungen“, so resümiert Roland Roth im Schlußteil seines informationsdichten Aufsatzes („4. Probleme des Identitätsansatzes“) das Monitum von Veit-Michael Bader, daß „sich die immer wieder betonte große Bedeutung kollektiver Identität für die Herrstellung kollektiven Handelns und sozialer Bewegungen umgekehrt proportional verhält zur Klärung der Grundbegriffe und des Bezugsrahmens“ (Roth 1998, S. 66; der zitierte Bader 1991, S. 104).

Der „terminologische und konzeptionelle Treibsand“, von dem Roth spricht, gipfelt zusätzlich zum „unpolitischen“, nämlich Herrschaftsverhältnisse aussparenden Reduktionismus in dem, was Roland Roth die dritte Gefahr nennt: „Eine dritte Gefahr liegt in Theorieansätzen, die explizit mit dem Angebot der Identitätsstiftung für aktuelle Bewegungen auftreten (z.B. Touraine, Melucci, Beck). Inspiriert von den jeweils wahrgenommenen Thematisierungswellen der Bewegungen selbst, drohen sie, zirkulär deren ‚Identität‘ entlang der Großthemen (Technokraie, herausfordernde kulturelle Codes, Risiko) zu ‚bestätigen‘, oder sie wenden sich enttäuscht ab, wenn Bewegungen andere Wege gehen“ (Roth 1998, S.68).

Indes: die sozialwissenschaftlich schäumende Identitätswelle schwappt unverdrossen ans Land. Als gäb's nicht einmal periodische Ebben. Zwei neuere Exempel im identitätssüchtigen EU-Europa.

Zuerst der historisch ungewöhnlich gebildete Soziologe M. Rainer Lepsius. Auch er erliegt dem Sog und sorgt sich um die „kulturelle Identität in der Europäischen Union“ (Lepsius 1999). Er trägt manches Gescheite dazu bei. Daß Identität eines „Objekts“ bedürfe; ebenso daß sie, wie die „sozialpolitische Identität des Nationalstaats“ manche „Vermittlungsprozesse“ benötige. Was (kollektive) Identität sei, und wie die diversen nationalstaatlichen europäischen „Identitäten“ vermittelt werden könnten, bleibt freilich auch in seinen Thesen dunkel. Dort, wo er wenigstens auf Institutionen und Prozeduren abhebt, die „Identität“ produzieren sollen. Lepsius formuliert sachter: ausbilden –, denkt er freilich offenkundig wie die meisten Kollektiven Identitätstheoretiker in Großinstitutionen à la Nationalstaat oder à la EU und deren Herrschaftsbedarf bei selbstredend liberal vorausgesetzten Bürgerinnen und Bürgern. Nach einer längeren Passage, die von den Verflechtungsbeziehungen in der EU und den Schwierigkeiten „identitärer“ Zurechnung handelt und darob die Vorteile des Nationalstaats herausstreicht, schließt M. Rainer Lepsius:

„Für die Ausbildung von Identitäten bedarf es aber der normativen Konstruktion von Verantwortlichkeit und Haftung, wozu allerdings auch ein Sanktionssystem gehört, um die normative Zuschreibung auch durchzusetzen oder doch (!, WDN) symbolisch durchsetzen zu können“ (Lepsius 1999).

Ein Historiker und Soziologe, der um alle Tücken nationaler Identifikation weiß, als europäischer Regierungsberater mit Identitätsschirm. Warum nur diese analytisch, in institutioneller Phantasie und in normativ demokrati-

schem Bezug sparsame Pose, die mangelhaft durchsichtig mit dem so nur mißbräuchlich handhabbaren Identitätskitt arbeitet?

Bei einem anderen erfahrenen und gut gelernten Sozialwissenschaftler, bei Georg Vobruba geht's noch identitätswindiger und darum ärgerlicher zu. In einem jüngst in der Zeitschrift „Leviathan“ veröffentlichten Aufsatz räsontiert er, nein schwadroniert er über „das Problem einer umverteilungsfesten europäischen Identität“ (Vobruba 1999). Dort liest man u.a.:

„Die Frage nach einer ‚umverteilungsfesten europäischen Identität‘ zielt auf das folgende Problem: Es geht um die Konstitutionsbedingungen eines Gefühls (! WDN) der Zusammengehörigkeit, das zu der Bereitschaft motiviert, eines Teil des eigenen Einkommens an anonyme andere abzugeben“ (Vobruba 1999, S.79). Später findet sich erfreulicherweise eine genauere Bestimmung dessen, was man unter „kollektiver Identität“ zu verstehen hat.

„Wenn wir kollektive Identitäten als Voraussetzung für die Bereitschaft zu transnationaler Umverteilung begreifen, führen wir sie als etwas ein, das individuelle Interessen transzendiert.“ Nach diesem tautologischen Verständnis kommt synthetisch hinzu: „Wir verstehen unter einer kollektiven Identität also mehr als ein bloßes Bekenntnis ohne Konsequenzen. Kollektive Identitäten in diesem Sinne haben ihren praktischen Test bestanden, wenn sie zur Hinnahme von Verteilungsforderungen führen“ (Vobruba 1999, S. 87).

Damit einen die historischen Spuren eines so sparsam mit Kontrolllampen und Verfahrensvorkehrungen versehenen Tests „kollektiver Identität“ nicht zu sehr schrecken – denn „kollektive Identität“ – so verstanden – ließe die „Deutsche Arbeitsfront“, den „Arbeitsdienst“ und „Kraft durch Freude“ nicht nur als höchst wirksam, sondern auch als höchst abzeptabel erscheinen –, weist Georg Vobruba später auf ein gewisses institutionelles Defizit EU-Europas hin. Freilich, er bezeichnet dasselbe nicht genauer. Er selbst verzichtet darauf, die nötigen Verfahrensbedingungen zu nennen, damit das verteilungspolitische, kollektiv zielende Identitätsmanagement nicht primär aus herrschaftlich erzeugter „Hinnahme“ bestehe. Hinnahme –, das ist sozialwissenschaftlich aus Legitimation geworden. Angesichts solcher Lücken, die nota bene anders auch für die von Vobruba behandelten sozialpolitischen Probleme gilt, verwundert eine der mageren Schlußfolgerungen nicht:

„Wird sich“, so fragt er, „ein stabiles europäisches Institutionengefüge und damit korrespondierende umverteilungsfeste europäische Identität entwickeln?“ Und Georg Vobruba beantwortet diese in Richtung „Institutionengefüge“ und seiner „Stabilität“ nicht weiter qualifizierte Frage mit zwei Antworten, die keines Kommentars mehr bedürfen: „Ja, wahrscheinlich, aber das braucht Zeit. Die Schaffung von Institutionen und intensive Elitediskurse können bei der Entwicklung einer europäischen Identität hilfreich sein, sie aber nicht ersetzen“ (Vobruba 1999, S.91).

Angesichts solchen kollektiven Identitätsgeraunes wundert Werner Weidenfelds unqualifizierter, genauer nur gemäß der etablierten Interessen qualifi-

zierter europäischer Hilferuf nach einem „identitätsbegründeten Elementarkonsens unter den Europäern“ nicht mehr.

„Diese vier exemplarischen Ausschnitte – (die Weidenfeld exemplarisch einseitig behandelt, WDN) – Balkan-Krieg (allein die USA werden gelobt, WDN), riskante Nachbarschaft, Währungsunion, institutionelle Reformen – zeigen, daß die Frage nach der (!, WDN) europäischen Identität weit mehr ist als ein intellektuelles Glasperlenspiel. Identität bietet den Rahmen, in dem die Politik in Pro und Contra ihre Prioritäten setzen und begründen kann. Ohne einen solchen Kontext der europäischen Selbstverständigung gerät Politik bestenfalls zum situativen Krisenmanament“ (Werner Weidenfeld 1999).

Mag dem Zitierenden der Seufzer gestattet sein, es möge angesichts solcher Identitätsdrohungen beim „situativen Krisenmanagement“ bleiben.

c) Ich kann's an diese Stelle kurz machen, wenngleich der massive Mißbrauch kollektiver Identitätsorientierung einen Großteil der mörderischen Geschichte des 19. und vor allem des 20. Jahrhunderts ausmacht. Und diese Mißbrauch ist nie denkbar gewesen und nie passiert ohne Tausende und Abertausende von Intellektuellen, die ihre Intelligenz auf den Altären vorurteils- und also auch herrschaftstüchtiger kollektiver Identitäten geopfert haben. Hierbei wollten sie, wie sich's bei Intellektuellen versteht, das Fußvolk der Opferdiener dabei haben. Mehr denn anderwärts gilt die lateinische Einsicht: *vestigia terrent*, auch dann, wenn vor allen kurzschlüssigen Analogien allemal Abstand genommen werden muß. Indes: der (Un- bzw. Sack-)Begriff „Kollektive Identität“, mit allen Wackersteinen vorurteilsgefertigter Härte gefüllt, ist nicht primär ob seines geschichtsmächtigen Mißbrauchs zu bekämpfen. Er bietet sich hurenhaft dem Mißbrauch selber an. Und nichts als dem Mißbrauch.

Ich kann mich, um den Artikel nicht unmäßig zu längen, auf eine zusammenfassende Bewertung Jürgen Straubs beziehen. Daß Jürgen Straub trotz derselben einen wissenschaftlich re-konstruktiven Gebrauch kollektiver Identität für möglich, ja für wünschenswert hält, kann ich freilich schon um des in solchem Gebrauch historisch steckenden Anachronismus weder verstehen, noch akzeptieren.

„Festzuhalten ist: Die bislang dargestellte Verwendungsweise des Konzepts der ‚kollektiven Identität‘ ist wissenschaftlich untragbar. Ein kollektives Subjekt zu hypostasieren, um diesem gleichsam ‚von außen‘ eine bestimmte Identität zuzuweisen, widerspricht dem Anspruch, Wirklichkeiten mit erfahrungswissenschaftlichen Mitteln zu erkunden und (zunächst) zu beschreiben. Die theoretisch und empirisch haltlose Homogenisierung vieler einzelner aus einer ideologisch und strategisch operierenden Außenperspektive schafft, wie dargelegt, eine ‚Einheit‘, die mit dem höchst voraussetzungsvollen Begriff der Einheit, wie er im Hinblick auf das Konzept personaler Identität skizziert wurde, offenkundig so gut *wie nichts mehr zu tun hat*. Abgesehen davon, daß der Begriff der Einheit auf personaler und kollektiver Ebene *generell* etwas anderes anzeigt, fingiert die normierende Rede von

‚kollektiver Identität‘ eine Einheit, die von der (mehr oder minder zwanglosen) Verständigung unter Menschen, die sich auf etwas Gemeinsames einigen, *völlig abgelöst* sein kann. Nicht die in kollektiv anerkannten, geteilten Erfahrungen, Erwartungen und Orientierungen begründete Qualifizierung der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft stiftet hier eine gemeinsame, sozialintegrative Identität. Kollektive Identität erscheint in diesem Fall vielmehr als normierende Verordnung und Suggestion, die ohne den Rückhalt kommunikativer Verständigung auf Wirksamkeit setzt“ (J. Straub 1998, S. 101f.).

#### **IV Die zentralen Probleme bleiben:**

- Wie können soziale Bedingungen geschaffen werden, die selbstbewußte und handlungsfähige Personen erlauben?
- Wie können sich soziale Gruppen im Kleinen und im Großen orientieren; und wie können sie handeln, ohne daß aus politischem Eigensinn und kultureller Eigenart Ausgrenzungen anderer entstehen, die in den kollektiven Versuchen der Ausmerze enden mögen?

#### **Wenige abschließende Bemerkungen**

1. Eine kleine Geschichte kollektiver Orientierungsprobleme erzählt von Helmut Gollwitzer:

„Das ist eine Tendenz der Militarisierung“, so Helmut Gollwitzer im Rahmen eines 1982 gehaltenen Vortrag „Frieden als Menschenrecht“, „die für die Supermächte und deren Satelliten entscheidend ist. In der ganzen Geschichte züchten Bürger mit den Schützern ihrer Rechte, zugleich die Gräber ihrer Rechte. Das ist das historische Dilemma von Staat, Militär und Frieden. Die Beherrschten müssen also jetzt dieses Verhältnis vom Schutz ihrer Rechte durch Androhung und Anwendung von Gewalt und Aufs-Spiel-Setzen ihrer Rechte oder Opferung ihrer Rechte kritisch reflektieren. Darum geht es heute. Ich will dazwischen ein kleines Beispiel vorführen, weil ich es gerade gelesen habe: die Autobiographie von Oskar Hippe, einem trotzkistischen Arbeiter, seine Erinnerungen an 60 Jahre Arbeiterbewegung, unter dem Titel „...und die Fahn’ ist rot“ (Junius-Verlag, Hamburg 1979). Der Verfasser ist jüngstes Kind einer Eisenbahnerfamilie mit zwölf Kindern aus der Gegend von Merseburg. Die Eltern haben einen kleinen Garten, etwas Viehhaltung, und der Vater bekommt immer unzureichenden Lohn. Der Vater ist religiös, nicht sehr fleißiger Kirchgänger, aber entschiedenes Kirchenmitglied. Er ist streng konservativ, Monarchie und Preußentum sind für ihn tabu,

Sozialdemokraten sind vaterlandslose Gesellen und Landesverräter. Alle Aggressionen in diesem verkümmerten Mann entladen sich nicht gegen das System und die Herrschenden, sondern gegen Frau und Kinder; ihnen verbietet er die Lektüre sozialdemokratischer Hetzblätter. Beim Kriegsbeginn 1914 ist er in Hochstimmung: ‚Jetzt werden wir es den Franzosen zeigen. In wenigen Wochen sind wir in Paris, und in einem Vierteljahr sind unsere Soldaten wieder zurück.‘ Die Kinder dieses Vaters sind größtenteils Sozialisten, dann Kommunisten. Das ist in zwei Punkten – scheint mir – lehrreich. Es geht ja doch beim Rechtsfrieden, um das noch einmal in Erinnerung zu bringen, für das Individuum auch um die Sicherheit der physischen Existenz, das ist klar, aber zugleich zweitens um geregelte intersubjektive Beziehungen und drittens um eine geregelte Partizipation an einem größeren Allgemeinen. Das werden jetzt meine Leitfragen sein. Vater und Kinder Hippe haben eine solche Beziehung zu einem Allgemeinen. Für den Vater ist das Allgemeine das Vaterland plus dem Monarchen, für den Sohn ist das Allgemeine die sozialistische Zukunftsgesellschaft. Das Allgemeine des Vaters erfüllt die Sinngebung für Opfer und die Möglichkeit der Identifizierung mit einem Größeren, was offenbar ein dringendes Bedürfnis des Menschen ist. Der Sklave hat kein Allgemeines, das ist eine Hauptberaubung des Sklavenseins. Aber dieses Allgemeine des Vaters, das monarchische Vaterland, gibt ihm nicht die Möglichkeit der Partizipation – oder nur als Opfer, nur scheinhaft als Subjekt. Es gibt das Dreiklassenwahlrecht, und die Scheinhaftigkeit bleibt auch nach 1918 mit dem gleichen Wahlrecht der Demokratie bis heute. Die Scheinhaftigkeit des Subjektseins beim Vater ist ganz deutlich; denn dieses scheinhafte Subjektsein hebt nicht auf, daß er ein Objekt für das Allgemeine ist, ein verwendbares Objekt. Als Klassengesellschaft ist die Gemeinsamkeit der Interessen vorgetäuscht. Der Staat kann in der Klassengesellschaft gar nicht gleichmäßig das Allgemeine sein, das zu sein er vorgibt. Und von der Horde bis zum modernen Staat ist dieses Allgemeine ständig ein begrenztes Allgemeines, nicht die universale Menschheit. Für den Sohn ist der Schein dieser Allgemeinheit durchschaut. Er will sein Subjektsein durchsetzen in gleichmäßiger Partizipation und universal. Das ist das Pathos der Arbeiterbewegung gewesen“ (Helmut Gollwitzer 1983, S.12f.).

2. Diese von Helmut Gollwitzer erzählte Geschichte vom geschichtsvertäuten Individuum und (seinem/ihrer) Allgemeinen enthält viele Lehren.

Zuerst, daß auch der Sohn, Oskar Hippe, von seinem programmatisch so viel größeren und normativ ohne Diskriminierung arbeitenden Allgemeinen verraten worden ist oder, weniger passiv ausgedrückt hat, sich infolge seiner irgendwann einmal unkritisch geratenen Sucht, sich zu identifizieren, hat verraten lassen. Das jeweilige Allgemeine ist übrigens, Aristoteles zufolge, das was wir Politik nennen. Es gibt also nicht nur das dem *zoon politikon* eigene Bedürfnis, in und mit dem Allgemeinen, in und mit der vorgesetzten und zuweilen gewählten Politik zu wachsen. Es gibt gleicherweise die dauernde

Notwendigkeit, sich nie und nimmer darauf zu verlassen, indem man den eigenen Kopf und die eigene Moral an der Garderobe irgendeines emphatisch fordernden Allgemeinen abgibt. Also lautet die Dauerdevise frei nach Bert Brecht: glotzt nicht so identifizierungssüchtig! Sehnt euch nicht identitätsromantisch!

Eine Reihe wichtiger anderer Bedingungen im Verhältnis von „Ich und Allgemeinem“ sind Gollwitzers Erzählung zu entnehmen. Dieses „Verhältnis“ wird darum zusätzlich so schwierig, weil „ich“ ein Allgemeines immer schon vorfinde, in dasselbe hineingeboren worden bin und dem einmal gegebenen Allgemeinen, das mich zugleich sozialisiert, oft schwer und allenfalls narbenbedeckt entrinnen kann. Darum ist die Qualität des Selbst- und Urteilsbewußtseins prius und primär eine soziale, kontextanabhängige Größe. Darum drücken die herrschaftsvollen Phantasmen kollektiver Identität bis ins Innerste der ganz und gar uneigenen des Subjekts. Dasselbe wird erneut zum Subjectum. Ich will einige der Bedingungen, wie sie in Gollwitzers Bericht fällig aufscheinen, in Form einiger unvollständiger Fragen ohne weitere Ausführungen auflisten:

- Wie ist das Allgemeine (Politik im weiten Verstande) zustandegekommen und wie wird es jeweils neu zustandegebracht?
- Welche institutionell ausdifferenzierten Bedingungen der Teilnahme daran bestehen; wie wird die Teilnahme durch Teilhabe gewährleistet?
- Welche Kontrollen der Verlaufsformen und der Wirkungen des Allgemeinen sind vorgesehen; wie funktionieren dieselben; welche Arten von Öffentlichkeit und Kritik sind möglich?
- In welcher Weise ist das politisch Allgemeine auf substantielle Werte und das heißt vor allem aktiv und materiell verstandene Menschenrechte samt Demokratie bezogen; wie bringt es dieselben zum Ausdruck und zur Wirkung?
- Wie werden die Nachgeborenen in das jeweils vorausgesetzte Allgemeine sozialisiert; erneut welche voice- und exit-Optionen im Sinne von Albert O. Hirschmans bekannter Unterscheidung haben sie?
- Welche Verbindlichkeit besitzt das Allgemeine; wie wird abweichendes Verhalten sanktioniert (und werden ihrerseits die Sanktionen kontrolliert); sind mehrfache Loyalitäten vorgesehen; und: was heißt jeweils Loyalität?

3. Angesichts identifizierungstoller weltweiter und naher Entwicklungen gilt mehr denn je das Doppelgebot: im (auch wissenschaftlichen) Identifizieren das Nicht-Identifizierbare zu achten; vor allem und zuerst: die Rettung des Nicht-Identischen und des Nicht-Identifizierbaren.

An Stelle einer ausführlicheren Auseinandersetzung mit Theodor W. Adornos großem Buch, erneut sei's emphatisch hervorgehoben, Negative Dialektik, die ich aus Platzgründen aufspare, zitiere ich einen zentralen Satz

aus der Einleitung, der unter den rubra „Das antagonistische Ganze“ und „Entzauberung des Begriffs“ steht.

„Daß es aber gleichwohl des nicht unter die Identität zu Subsumierenden – nach der Marxischen Terminologie des Gebrauchswertes – bedarf, damit Leben überhaupt, sogar unter den herrschenden Produktionsverhältnissen fort dauere, ist das Ineffabile der Utopie“ (Theodor W. Adorno 1966, S.20).

PS.: Ob mein Streit wider das ambivalenzenfeindliche Identifizieren und den gefährlichen Schlund des Identitätsbegriffs, insbesondere, wenn er sich kollektiv öffnet, mehr ist als ein DonQuichotte'scher Kampf gegen mächtig drehende und schlagende Identifizierungs- und Identitätsflügel? Auf der Seite DonQuichotte's bin ich gerne im Streit.

## Literatur

Für etliche Anregungen möchte ich meinem Freund und (psychologischen) Kollegen Gert Jüttemann (TU Berlin) sehr danken.

Adorno, Theodor, W. 1963: Der Jargon der Eigentlichkeit, Frankfurt/Main.

Adorno, Theodor, W. 1966: Negative Dialektik, Frankfurt/Main.

Aly, Götz und Roth, Karl Heinz, 1986: Restlose Erfassung, Berlin.

Assmann, Aleida, Friese, Heidrun, Hrsg. 1998: Identitäten. Erinnerung, Geschichte, Identität 3, Frankfurt/Main.

Baier, Lothar, 1985: Gleichheitszeichen. Streitschriften über Abweichung und Identität, Berlin.

Bauman, Zygmunt, 1992: Moderne und Ambivalenz, Hamburg.

Boveri, Margret, 1961-63: Der Verrat im 20. Jahrhundert, Reibek bei Hamburg.

Diamond, Stanley, 1976: Auf der Suche nach dem Primitiven, Frankfurt/Main.

Friedman, Lawrence J. 1999: Identity's architect. Erik H. Erikson a biograph, New York.

Geulen, Christian, 1998: Die Metamorphose der Identität. Zur „Langlebigkeit“ des Nationalismus, in: Assmann, Aleida und Friese, Heidrun s.o., S. 346-373.

Goldhagen, Daniel, Joah, 1996: Hitler's Willing Executioners, Cambridge/Mass.

Gollwitzer, Helmut, 1983: Frieden als Menschenrecht, in: Freiheit und Gleichheit. Streitschrift für Demokratie und Menschenrecht hrsg. vom Komitee für Grundrechte und Demokratie, H.4. Januar 1983, S. 7-16.

Habermas, Jürgen, 1976: Moralentwicklung und Ich-Identität, in: Ders.: Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus, Frankfurt/Main, S. 63-91.

Habermas, Jürgen, 1976: Können komplexe Gesellschaften eine vernünftige Identität ausbilden?, in: Ders.: Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus, Frankfurt/Main, S. 92-126.

Henrich, Dieter, 1979: „Identität“, in: Marquard Odo und Stierle, Karl-Heinz, Hrsg: Poetik und Hermeneutik, München.

Herbert, Ulrich, 1996: Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft, S. 203, 1989, Bonn.

Kertesz, Imre, 1998: Ich – ein anderer, Berlin.

- Keupp, Heiner, 1987: Auf der Suche nach der verlorenen Identität, in: Keupp, Heiner und Bilden, Helga Hrg.: Verunsicherungen. Das Subjekt im gesellschaftlichen Wandel, Göttingen.Toronto.Zürich, 1998, S. 48-69.
- Lepsius, M. Rainer, 1999: Bildet sich eine kulturelle Identität in der Europäischen Union, in diesem Band.
- Müller, Heiner, 1978: Mauser, Berlin.
- Negt, Oskar und Kluge, Alexander, 1986: Geschichte und Eigensinn, Frankfurt/Main.
- Niethammer, Lutz, 1996: Konjunkturen und Konkurrenzen kollektiver Identität, in: Prokla 3/1996, S.378-399.
- Nussbaum, Martha, 1986: The Fragility of Goodness. Luck and Ethics in Greek Tragedy and Philosophy, Cambridge/Mass.
- Palonen, Kari, 1998: Das ‚Webersche Moment‘. Zur Kontingenz des Politischen, Opladen/Wiesbaden.
- Rohrwasser, Michael, 1991: Der Stalinismus und die Renegaten, Stuttgart.
- Roth, Roland, 1998: ‚Patch-Work‘. Kollektive Identitäten neuer sozialer Bewegungen, in: Hellmann, Kai-Uwe und Koopmans, Hrg: Paradigmen der Bewegungsforschung. Entstehung und Entwicklung von Neuen Sozialen Bewegungen und Rechtsextremismus, Opladen/Wiesbaden.
- Straub, Jürgen, 1998: Personale und kollektive Identität. Zur Analyse eines theoretischen Begriffs, in: Assmann, Aleida und Friese, Heidrun s.o., S. 73-104.
- Theunissen, Michael, 1977: Der Andere. Studien zur Sozialanthropologie der Gegenwart, New York und Berlin 2. Aufl.
- Tugenhat, Ernst, 1979: Selbstbewußtsein und Selbstbestimmung. Sprachanalytische Interpretationen, Frankfurt/Main.
- Vobruba, Georg, 1999: Währungsunion, Sozialpolitik und das Problem einer umverteilungsfesten europäischen Identität, in: Leviathan 1/1999, S. 78-94.
- Wagner, Peter, 1998: Fest-Stellungen. Beobachtungen zur sozialwissenschaftlichen Diskussion über Identität, in: Assmann, Aleida und Friese, Heidrun s.o., S. 44-72.
- Weidenfeld, Werner, 1999: Die Bedrohung Europas. Wie die Identitätsschwäche des Kontinents zur Gefahr wird, in: FAZ Nr. 109 vom 12. Mai 1999.

# Regionale Identität, Transnationaler Regionalismus und Europäische Kompetenz

Theoretische, methodische und normative Überlegungen zum Verhältnis von Regionaler und Europäischer Identität

*Peter Schmitt-Egner*

## **„Identität“: Einleitende Überlegungen zur methodischen Verortung eines theoretischen Wackelpuddings!**

Selbst eine längere Erkundungsfahrt durch die sozialwissenschaftliche Literatur zum Identitätsproblem kann den Eindruck nicht widerlegen, daß dieser „Entdeckungsprozeß“ mit dem gleichen Paradox behaftet zu sein scheint wie sein „Erkenntnisprodukt“ selbst: nämlich daß das ungebrochene Wachstum der Identitätsliteratur keineswegs von der zunehmenden Klarheit oder der allgemeinen Akzeptanz eines transdisziplinär orientierten Identitätsbegriffs begleitet ist.

Als jüngstes Beispiel kann ein interdisziplinär angelegter Sammelband (Ruano-Borbela 1998) dienen, der zumindest die aktuelle französischsprachige Forschung repräsentiert. In der Einleitung heißt es „La notion d'identité est multiforme. On l'utilise dans les circonstances aussi différentes que de l'élaboration de la personnalité de l'enfant ou l'attitude de défense des populations lors de conflits de guerriers.“ (Ruano-Borbela 1998: 2). Solche Annäherungen an den Gegenstand helfen uns kaum weiter. Sie erschöpfen sich eher in Tautologien und bieten keine transdisziplinäre Plattform, von der einzeldisziplinäre Fragestellungen hergeleitet werden können. Als relationaler Begriff verliert er somit nicht nur seine erkenntnisleitende Funktion für die Sozialwissenschaften, sondern auch seine forschungsstrategische Bedeutung für ihre einzelnen Disziplinen. Versucht man einen gemeinsamen Nenner zwischen dem „modernen“ (Luhmann 1990 und 1992, Lohauß 1995, Spangenberg 1994) und dem „klassischen“ Identitätsbegriff<sup>1</sup> zu finden, so läßt sich ein sozialwissenschaftlich begründetes Identitätskonzept über drei aufeinander aufbauende Operationen rekonstruieren:

---

1 Ich meine hier die Tradition, die von der Koinzidenzlehre des Aristoteles ( Topik ) ausgeht, daß zwei Gegenstände identisch sind, wenn alles was von a ausgesagt wird, auch von b ausgesagt werden kann. Ohne diese aussagenlogische Begriffsbestimmung bleiben auch „moderne“ Definitionen unscharf: Ebenso sicher ist jedoch, daß diese für einen sozialwissenschaftlichen Zugang keineswegs hinreichend ist, läßt sie doch den sozialen Prozeßcharakter und die paradoxe Natur „humaner Identitätsformen“ außen vor.

- Die Identifizierung der paradoxen Struktur seines (theoretischen) Begründungszusammenhangs,
- die Analyse seines Konstruktionscharakters im Rahmen des forschungsstrategischen Verwendungszusammenhangs und
- die Offenlegung seines „reflexiven“ Prozeßcharakters im Rahmen des empirischen Wirkungszusammenhangs.

Ohne an dieser Stelle auf die Literatur weiter eingehen zu können, (siehe Überblick bei: Ruano-Borbelan 1998:1-13) reduzieren wir diese Operation auf drei einfache Prozeßelemente, die jedem sozialwissenschaftlichen Identitätsbegriff inhärent zu sein scheinen. Diese sind:

- Die Einheit in der Dualität (bzw. Differenz),
- der Konstruktionsprozeß dieser Einheit durch Abgrenzung als „negativer“ und Eingrenzung als „positiver“ Differenzierungsprozess zu und von dieser Dualität, der die Konstitution eines „Innen“ (dem „Eingegrenzten“) und „Außen“ (dem „Abgegrenzten“) gewährleistet und
- der Wirkungszusammenhang dieser Identität als permanente Interaktion zwischen „Innen“ und „Außen“, zwischen dem (Wahrnehmungs-) Produkt der (zeitlichen) „Kontinuität“ und dem Prozeß der Diskontinuität (Wandel), zwischen räumlicher Eingrenzung und Entgrenzung.

„Identität“ im abstraktesten und reduktionistischen Sinn definieren wir daher als *prozessuale Einheit in der Differenz*<sup>2</sup>. Die Einheit agiert in und mit der Differenz. Als Prozeß verweist sie auf das zeitliche Kontinuum, als Interakti-

---

2 In Anlehnung an das Identitätskonzept Luhmanns (1990/1992) entwickelt Peter Michael Spangenberg (1994: 134ff.) sein kommunikationstheoretisches Identitätskonzept als konstitutiv für einen modernen Identitätsbegriff. Wie noch auszuführen sein wird, schließen wir uns diesem nur bedingt an. Denn so notwendig die kommunikationstheoretische Auflösung des Identitätsbegriffs für seine Konstitution zu sein scheint, so unzureichend wird sie für die Analyse ihres konkreten Wirkungszusammenhangs. „Identitäten“ können von einem Beobachter nur wahrgenommen, d.h. als Projektionsfläche „erzeugt“ (Luhmann 1990: 14ff.) werden. „Erzeuger“ im Sinne von „Konstrukteur“ ist nicht der „Beobachter“, sondern der jeweilige Akteur des Konstruktionsprozesses, der die Identitätsmuster wiederum nicht beliebig erfinden im Sinne von „erzeugen“ kann, sondern sich selbst am „Vorgefundenen“ orientieren muß. Identität bedarf darüber hinaus nicht nur der Konstitution, sondern der permanenten Reproduktion der Einheit in der Differenz durch ihre Akteure. Auch für die Analyse des praktischen Wirkungszusammenhangs erscheint mir die Fixierung auf die Beobachterperspektive verkürzt. Im folgenden werden wir sehen, daß die Region als „Beobachtungseinheit“ nur als deskriptives Forschungsinstrument zur Untersuchung der „Region als Handlungseinheit“ oder Handlungsraum fungiert. Ihr Wirkungszusammenhang leitet sich zwar aus dem Konstruktcharakter ab, Qualität, Quantität, Richtung und Stärke sind aber z.T. grundverschieden. Man vergleiche nur die „identitätsstiftende“ Wirkung einer „Strukturregion“ als Handlungsraum mit der einer subnationalen Handlungseinheit oder Kulturregion mit eigenen Kompetenzen. In den Ausführungen zum Regionsbegriff werden diese Aspekte weiter diskutiert.

on kennzeichnet sie den Raum ihres Objekts und Subjekts sowie seiner Grenzen.

Mit diesen Bestimmungen sind die Weichen für unsere nachfolgenden Ausführungen gestellt: Zunächst wird kurz die interdisziplinäre Dimension gekennzeichnet, um den erkenntnisleitenden Zugriff der jeweiligen Einzeldisziplin zum Identitätsproblem sichtbar zu machen. Von einer Identitätsdefinition ausgehend listen wir anschließend die verschiedenen Gegenstandsebenen des Phänomens auf und versuchen den theoretischen Ort zu identifizieren, von dem die empirische Erfassung „Regionaler Identität“ ausgehen kann.

Der empirische Verwendungszusammenhang wird dann durch die Entwicklung operationaler Parameter zur Erfassung „regionaler Identität“ aus dem theoretischen Konzept der „Region“ als Raum- und Systemkategorie hergeleitet.

Aufbauend auf der Analyse des Wirkungszusammenhangs „Regionaler Identität“ wird versucht, ihre Ambivalenz, aber auch ihr Handlungs- und Entwicklungspotential herauszuarbeiten.

Eine Grundthese wird dabei sein, daß ein modernes Identitätskonzept nur auf der normativen und praktischen Triade von „Wurzel, Interaktion und Kompetenz“ aufbauen kann und jede Spaltung dieser Triade zu Ausgrenzungs- oder zu Entgrenzungsprozessen führt.

Diese These wird am Beispiel transnationaler Lernprozesse und der „Europäischen Kompetenz“ von Regionen näher erläutert. Kernaussage wird sein, daß das normative Verhältnis von regionaler und europäischer Identität in gemeinsamen transnationalen Lernprozessen zu suchen ist, die jeweils von unterschiedlichen Ebenen und aus unterschiedlichen Perspektiven erfolgen. Abschließend werden am Beispiel der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit jene transnationalen Schnittstellen, Institutionen und Kompetenzen genannt, die eine Europäische Kompetenz der Regionen als normatives Konzept begründen sollen und damit als Brücke zwischen regionaler und Europäischer Identität gelten können.

## **1 Interdisziplinäre Verortung und Mehrdimensionalität des Identitätsbegriffs**

Bei der interdisziplinären Verortung können wir ganz unsystematisch und ohne Anspruch auf Vollständigkeit zwischen folgenden Zugängen unterscheiden:

- Zwischen dem philosophischen Zugang: „Mit sich eins sein“, Einheit von Sein und Bewußtsein, Geist und Materie, Subjekt und Objekt etc., der ausgehend vom Identitätsprinzip ( $A=A$ ) begrifflogische, sowie ontologische Untersuchungen zum Gegenstand hat,

- dem psychologischen Zugang, der sich mit Identitätsbewußtsein und Selbstkonzept, sowie den emotionalen und kognitiven Determinanten individueller und sozialer Identitätsbildung befaßt (z.B. Lilli 1994, Hauser 1995),
- dem soziologischen Zugang, der sich auf die Untersuchung gesellschaftlicher Konstrukte bzw. Diskursformationen von Kollektiver Identität und Gruppenidentität (Giesen 1993) richtet,
- dem kulturwissenschaftlichen Zugang, der Sprache und Religion, soziale Verhaltenscodes und ethnische Rituale, Lebenswelten und Lebensstile als Konstrukte und Anker von Identität thematisiert (Lindner: 1994),
- dem historischen Zugang, der sich das kollektive Gedächtnis und die historische Genese von „Identitäten“ zum Gegenstand nimmt (Erbe 1994) und
- dem geographischen Zugang, der sich mit territorialen Abgrenzungs- und Eingrenzungsprozessen, bzw. kognitiven Karten als Konstruktionsprinzipien von Raumidentität befaßt (Blotevogel 1996, Weichhart 1991/1996).

Aus diesem methodologischen Zugang der einzelnen Disziplinen hergeleitet, erschließt sich auch die Mehrdimensionalität des Forschungsgegenstandes „Identität“.

Sie zeigt uns, wo der o.g. Prozeß der Eingrenzung und Abgrenzung und sein Produkt, das „Innen“ und „Außen“ auf der jeweiligen Gegenstandsebene lokalisiert werden kann.

So fassen wir *Personale Identität* als widersprüchliches Produkt von emotionalen, kognitiven und somatischen Prozessen, welche das Selbstkonzept eines Individuums bestimmen und damit sein „Innen“ (Selbstwahrnehmung) und „Außen“ (Identifizierbarkeit). Die Abgrenzung nach außen ist hier nur relevant, insoweit sie die Eingrenzung nach innen bestimmt.

Dieser Prozeß ist aber nicht hinreichend zu analysieren, ohne den Bezug zur *Sozialen Identität* herzustellen als Produkt einer inter-individuellen Interaktion zwischen „Ich“ und „Du“, Ego und Alter, das mindestens zwei „Selbstkonzepte“ voraussetzt. Nach George Herbert Meads Klassifikation, ist es der Schritt vom „I“ zum „Me“ (Mead 1988 7. Aufl.). Soziale Identität findet ihre Ausbildung im Gruppenprozeß, der sich sowohl diachron in den einzelnen Sozialisationsphasen als auch synchron als gleichzeitiges und wechselseitiges soziales „role taking“ vollzieht. Das „Innen“ zeigt sich hier in internalisierten sozialen Werten, Normen und Verhaltensweisen, die sich nach „außen“ in der Gruppenkonformität äußern.

Dieser Konformitätsprozeß ist dann auch die Basis der *Kollektiven Identität*. Sie ist das interaktive Produkt eines Eingrenzungsprozesses, der das „Wir“ und eines Abgrenzungsprozesses, der die „Anderen“ erzeugt. Sie thematisieren die Einheit und Differenz von Normen, Werten und Verhaltensformen zwischen mindestens zwei Gruppenkollektiven. Die differenten Dis-

kursformationen schreiben so diesen Prozessen einen kollektiv-legitimatorischen Sinn zu.

Sind auf dieser Ebene noch die Wertungen „negativ, positiv oder neutral“ offen, so führt uns eine Qualifizierung oder Wertung dieser Kollektiven Identität zur *Kulturellen Identität*. Produkt dieser Eingrenzung ist (nach Leiris) das „Eigene“ (des kollektiven „Wir“) und das „Fremde“ das einer Abgrenzung (von „den Anderen“). Entscheidend bei der Qualifizierung dieses Interaktionsprozesses zwischen mindestens zwei Gruppenkollektiven ist, ob ihre Normen, Werte, Codes und Verhaltensweisen, die den Abgrenzungsprozeß bestimmen, zur Eingrenzung (Integration) oder zur Ausgrenzung führen. Je nachdem bestimmt sich auch, ob es sich um „egalitäre, hegemoniale oder minoritäre Identitäten“ handelt. (Assmann 1993: 40). Die genannten Identitäten unterliegen alle einem zeitlichem Kontinuum im Prozeß der Diskontinuität.

Deshalb ergibt sich als weitere Folie die *Historische Identität*, in der die Genese, die Dauer und der Wandel kollektiver und kultureller Identitäten thematisiert werden. Ein thematisierter Gegenstand ist z.B. das „Kollektive Gedächtnis“ (Halbwachs) in seinen subjektiven („Geschichtsbewußtsein“, Alltagspraktiken) oder vergegenständlichten (z.B. Denkmäler) Ausformungen.

Werden diese Ebenen mit der Abgrenzung und Eingrenzung des Raums als Territorium verknüpft, so sprechen wir von *Territorialer Identität* als Produkt der Zuschreibung, Definition und Durchsetzung räumlicher Grenzen. Als Prozeß ist sie bestimmt durch räumliche Eingrenzung und Abgrenzung der vorgenannten sozialen, kollektiven und kulturellen Identitäten. Je genauer die Grenze definiert wird, umso schärfer werden die Eingrenzungs- und Abgrenzungsprozesse. Denn je mehr die territoriale mit der kollektiven Identität<sup>3</sup> zusammenfällt, umso mehr wirkt erstere als Abgrenzungsbarriere, je mehr die kulturelle mit der territorialen Grenze zusammenfällt, umso mehr wirkt sie als Ausgrenzungsbarriere. Beide werden wir in Laufe unserer Erörterungen weiter konkretisieren.

Territoriale Identität ist das Produkt dreier Sub-Prozesse:

- Identifizierung bzw. Identifizierbarkeit von Außen durch Grenzsetzung und Abgrenzung des Raums und seiner Identitäten (Quantifizierung der Form),
- das „Identifiziertwerden“ dieser kollektiven und kulturellen Identitäten von außen = passiver Identifikationsprozeß (Qualifizierung des Objekts oder Inhalts),
- Identifikation von „Innen“ d.h. Eingrenzungsprozeß der kulturellen und kollektiven Identitäten innerhalb des identifizierten Territoriums = aktiver Identifizierungsprozeß (Identifikation von Form und Inhalt des Territoriums durch das Subjekt).

---

3 Bernhard Giesen (1993: 3f.) hat die Grenze als den Ort von Identität bestimmt, von dem aus in räumlicher, zeitlicher und reflexiver Dimension die Konstruktion von Welt beginnt.

## 2 Von der Territorialen zur „Regionalen Identität“

Der Regionalismusforscher Michael Keating kommt in der jüngsten Bilanzierung seines umfangreichen Werkes zu dem Schluß: „It is easy to note that regional identity is a key element in the construction of regions as social and political spaces and systems of action. It is more difficult to define just what this identity consists of.“ (Keating 1998, 85)

Ein erster Schritt zur Identifizierung dieser „key elements“ ist mit der operationalen Definition territorialer Identität erfolgt<sup>4</sup>. Der Schritt zur regionalen Identität dient damit als weitere Konkretionsebene des bisher entwickelten Identitätsbegriffs.

Begreifen wir „Regionale Identität“ als einen speziellen Typus dieser Territorialen Identität so haben bei der empirischen Erfassung dieser „Besonderheit“ die gleichen operationalen Ebenen zu gelten:

- Identifying the region (= formale Identität)
- Identified by the region (Objekt- Ebene = materiale Identität)
- Identifying with the region (Subjekt-Objekt-Interaktion von formaler und materialer Identität).

### Regionale Identität als Identifizierung der Form der Region: Zur Konstitution des „Innen“ und „Außen“ durch Abgrenzung

Über „regionale Identität“ zu sprechen, ohne eine Begriffsbestimmung von „Region“ zu wagen, gleicht dem Unterfangen, den Bau eines Hauses mit den ersten Stockwerken beginnen zu wollen, ohne Grundriß und Fundament zu kennen.

Demgegenüber stehen die mehr als 50jährigen Bemühungen geographisch orientierter Regionalforschung um eine konsensuale Gegenstandsbestimmung. In den letzten Jahren haben sich neue Versuche angeschlossen (Brunn 1996). Es ist hier kein Platz auf diese historische Diskussion einzugehen. Die aktuelle Auseinandersetzung kann lediglich auf ihre Grundpositionen reduziert werden. Stark vereinfacht läßt sie sich auf folgende Polarität reduzieren: holistisch-substantialistischer (Bausinger) versus soziologisch-konstruktivistischer Regionsbegriff (Weichhard 1990). Im ersten Fall wird die Region als vorgegebene „Entität“ von quasi ontologischem Charakter, im zweiten Fall als Verräumlichung nicht-räumlicher (sozialer) Phänomene in-

---

4 Die von Keating (1998: 86) im Anschluß an Blotevogel (1990) und Frankenberg/Schuhbauer (1994: 16) als „key elements“ verwendete „kognitive, affektive und konative“ Komponente setzt jedoch die beiden ersten Schritte, die Identifizierung der Form und des Inhalts Territorialer Identität ebenso voraus, wie die ihr zugrunde gelegten Folien von der personalen bis zur kulturellen Identität.

terpretiert. Diese konstruktivistische Auffassung scheint sich zwar in der Raumforschung und Geographie (Weichhard 1990, Blotvogel in Brunn 1996) zunehmend durchgesetzt zu haben und wird hier auch weitgehend geteilt. Sie läßt allerdings noch immer die Frage offen, wie sich der Regionsbegriff von anderen soziologischen Gegenständen abgrenzt, bzw. wie er theoretisch mit ihnen zu vernetzen ist. Es geht also um Herleitung der Region als soziale Systemkategorie aus ihrer „Herkunft“ als Raumkategorie und nicht umgekehrt.<sup>5</sup> Denn die Erörterung dieser Frage führt uns unmittelbar zum Identitätsproblem. Über die folgende Definition soll also ein Weg gefunden werden, den Dualismus des Regionsbegriffs als Raum- und (soziale) Systemkategorie zu überwinden, um damit ein Basiskonzept zu gewinnen, das sich zur theoretischen Begründung und empirischen Analyse „Regionaler Identität“ eignet. Unsere Ausgangsdefinition von „Region“ liefert hier eine erste Grundlage (Schmitt-Egner 1996: 19, 1998: 51):

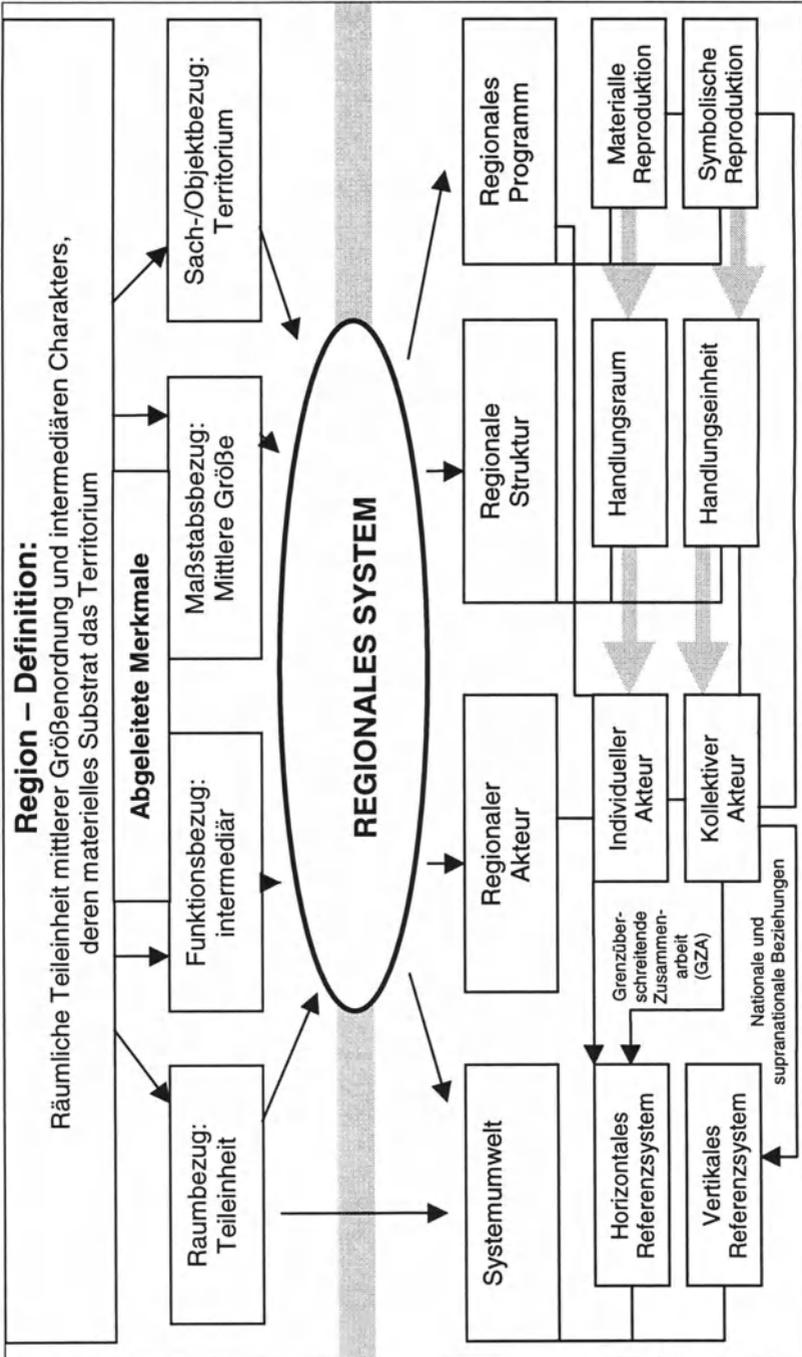
*Unter Region – gleichgültig ob in ihrer subnationalen, transnationalen oder internationalen Gestalt – verstehe ich eine räumlich konstruierte Teilinheit mittlerer Größenordnung und intermediären Charakters, deren materielles Substrat das Territorium bildet.*

Die folgenden Grundmerkmale, die in dieser Begriffsbestimmung enthalten sind, repräsentieren die Wegweiser des Pfades zur Identifizierung der Form, als Grenze von „Außen“ und „Innen“ (siehe für das folgende Schmitt-Egner 1996: 20f.):

1. Der Lage oder Raumbezug: Die Teilraum-Natur verweist einerseits auf eine Ganzheit und damit auf ein vertikales Referenzsystem, andererseits aber auch auf ein horizontales Referenzsystem gegenüber anderen Teil-Einheiten; kurz: Durch dieses Koordinatensystem läßt sich die Systemumwelt der Region, ihr „Außen“ kennzeichnen. Die Begrenzung nach „oben“ zur nächsthöheren Einheit (z.B. Nationalstaat) erschließt uns ihre Teilraumnatur, ihre Abgrenzung nach außen weist sie als Raumeinheit aus. Beide konstituieren die Form nach außen.
2. Mit der Bestimmung als „Einheit“ haben wir aber auch einen ersten formalen Hinweis auf das „Innen“ und damit ein zweites Basiselement formaler (Raum) Identität.
3. Der Maßstabs- oder Quantitätsbezug „mittlere Größe“ zeigt auf, welche Raumgröße in welchem Bezugssystem (national, supranational, international) erfaßt wird und daß neben der größeren (Vertikale nach oben), kleinere Einheiten umfaßt werden (verlängert also die Vertikale nach unten).

---

5 Die von den profiliertesten Theoretikern wie Peter Weichhard vorgetragene Lösung können daher in diesem Punkt nicht ganz überzeugen. „Region“ als „Strukturprinzip sozialer Systeme“ (Weichhard) verweist zwar auf ein Resultat, kann aber nicht aufzeigen, wie diese soziale Systemkategorie aus der Raumkategorie herleitbar wird. Wir gehen daher von der Region als genuiner Raumkategorie aus, um von dort das regionale System und seine Identität zu rekonstruieren.



4. Der funktionale Bezug „intermediär“ weist auf die Vermittlung dieser Einheit zwischen dem Ganzen und der kleinsten Einheit hin und definiert die Pole des vertikalen Referenzsystems, das nach unten subregionale Einheiten einschließt und nach oben von einer supraregionalen Einheit eingeschlossen wird.
5. Dagegen verweist der Sach- oder Objektbezug „Territorium“ schon auf den Konstruktionscharakter dieser Teileinheit, d.h. daß es sich hier um kein natürliches, sondern ein historisches Produkt politischer und sozialer Interaktionen handelt und erschließt uns vier weitere Konstruktionsprinzipien dieser Identität.
  - a) Den Zeitbezug, daß Regionen entstehen und wieder verschwinden.
  - b) Den Handlungsbezug, daß die Region als Teileinheit ist nicht nur Objekt einer Grenzsetzung sondern zugleich auch Handlungsraum.
  - c) Subjektbezug: Werden die Grenzen nicht nur von außen sondern auch von innen gesetzt und der Akteur nicht nur die Eingrenzung, sondern auch die Abgrenzung vollzieht, sprechen wir von der Region als Handlungseinheit.
  - d) Qualitätsbezug: er zeigt uns, welche Normen, Werte und Codes das Regionale Programm (kollektiv und kulturell) bestimmen (symbolische Reproduktion).

Mit den Kategorien Handlungsraum, Handlungseinheit als Bausteine des Systemelements „Struktur“ und den Systemelementen Akteur, Programm und Umwelt haben wir den Schritt zur Region als sozialer Systemkategorie vollzogen.

Wie ist von hier aus „Regionale Identität“ zu ermitteln? Ausgangspunkt der empirischen Ermittlung sind nach unseren bisherigen Ausführungen vier theoretische Grundfragen:

1. Form: Wie grenzt sich diese Teil-Einheit nach außen (horizontal- und vertikal) ab? Dies ist die Frage nach der Form der Teileinheit. Die Teileinheit erhält ihre Form durch die Identifizierung ihres „Außen“ und „Innen“ d.h. Verhältnis von *Region und ihrer Umwelt*. Letztere erschließt sich aus der Horizontalen und Vertikalen als formale Voraussetzung ihrer Identität.
2. Inhalt: (Objekt) Was wird nach „Innen“ (bzw. unten) eingrenzt? Inhaltliche Bestimmung erhält die Form durch die Frage, welche sachlichen Attribute diese Teileinheit bestimmen, also die rechtlichen, sozialen, politischen, ökonomischen und kulturellen Determinanten dieser Teileinheit und ihre sozialen, kollektiven und kulturellen Identitäten. Sie qualifizieren die *Region als Handlungsraum*.
3. Zweck: Die dritte Frage richtet sich auf den Zweck und das Ziel: Wozu wird eingegrenzt? Zweck ist die Umsetzung des Regionalen Programms. Aus der Perspektive der Identität ist dabei die symbolische Reproduktion

des Regionalen Systems durch Erhaltung und Entwicklung seiner Kollektiven und kulturellen Identitäten konstitutiv.

4. Mittel: Wie, in welcher Art und Weise wird abgegrenzt und eingegrenzt? Ist das Regionale Programm in sich kohärent oder widersprüchlich, d.h. widersprechen, ergänzen oder verstärken sich materielle und symbolische Reproduktion? Leiten sich die regionalen Kompetenzen eher aus den kollektiven oder kulturellen Identitäten ab? Das ist die Frage nach ihrem politischen, ökonomischen und kulturellen Autonomiegrad (Schmitt-Egner 1996: 27f.) und der Stärke ihrer Handlungsfähigkeit, kurz die Frage nach der *Regionalen Kompetenz*.
5. Subjekt: (Akteur) Die letzte Frage führt uns zum Subjekt der Grenzsetzung: Wer grenzt nach außen (und oben) ab und nach innen ein und wer setzt das regionale Programm um? D.h. wer definiert die Grenzen und setzt sie durch oder wer kreiert diese „Identität“? Hier stellt sich also die Frage nach dem (kollektiven und individuellen) regionalen Akteur, der die *Region als Handlungseinheit* begründet.

Je nachdem, ob dieser Prozeß primär nur von außen oder auch von „innen“ kommt, erschließt sich zweierlei: Der jeweilige Autonomie- oder Kompetenzgrad und der Regionstyp.

Im ersten Fall handelt es sich nur um eine Strukturregion oder Planungsregion, die von außen gesteuert wird und lediglich als Handlungsraum fungiert, d.h. die Region ist dabei lediglich Identifikationsobjekt für Zwecke von außen (Formale Identität). Im zweiten Fall handelt es sich um eine Wahrnehmungs- und Identitätsregion (Blotevogel 1996), die auch eine Handlungseinheit darstellt, d.h. Mittel und Zweck der regionalen Reproduktion werden primär von innen gesteuert und Identität kann ihre materielle und symbolische Wirkung entfalten.

Die Identifizierung der Region kann zusammenfassend in der Frage fokussiert werden, wie die kognitive Repräsentation der Region als territoriale Teileinheit und ihrer Grenzen beschaffen ist. Werden nur Handlungsräume bzw. Handlungseinheiten abgegrenzt oder sind beide Strukturbausteine präsent? Ist diese kognitive Repräsentation Produkt einer Zuschreibung „von außen“ und/oder eines Identifikationsprozesses“ von innen“? Hiermit sind die weiteren Ermittlungsebenen regionaler Identität angesprochen. Wir kommen zunächst zur Außenperspektive.

### **Regionale Identität als „Wahrnehmung“ und Zuschreibung von außen: Zur Identifizierung und Qualifizierung des „Inneren Objekts“ durch Eingrenzung von außen**

Während über die erste operationale Ebene die Form zu ermitteln ist, wird auf der zweiten nach dem „Inhalt“ gefragt. Sie leitet den qualitativen Identi-

fizierungsprozeß des regionalen Systems ein, indem sie ihre Akteure zum Objekt einer Attribuierung von außen macht. Dieser Zuschreibungsprozeß kann u.a. über folgende Fragen erhoben werden:

- Inwiefern wird der Region von außen eine Territoriale Identität zugeschrieben = formeller Handlungsraum: von der Beobachtungseinheit über die Strukturregion bis zum teilautonomen Raum mit individuellen Akteuren = formelle Reproduktion?
- Inwieweit wird letztere zugleich mit einer kollektiven Identität identifiziert: = Handlungseinheit mit einem kollektiven Akteur und einem kollektiven Programm = materielle Reproduktion?
- Inwiefern werden den genannten Identitäten und ihren Trägern Normen, Werte, Codes und Verhaltensweisen zugeschrieben, wie sie kulturelle Identitäten auszeichnen = Qualifizierung von Handlungsraum und Handlungseinheit als das „Eigene“ gegenüber anderen Regionen = symbolische Reproduktion.
- Sind diese Zuschreibungen positiv, negativ oder neutral?
- Welche der genannten Wahrnehmungen und Wertungen dominieren im Zuschreibungsprozeß?
- Stehen sie in Übereinstimmung oder im Widerspruch zur Selbstwahrnehmung des Zuschreibungsobjektes?
- Aus welcher Richtung der Systemumwelt erfolgt die Zuschreibung, von der horizontalen Ebene = andere Regionen, oder der vertikalen Ebene, d.h. von „oben“ (z.B. national oder supranational)?
- Sind die Zuschreibungen von der horizontalen Ebene ebenso wie die von der Vertikalen eher different oder einheitlich?
- Widersprechen, ergänzen oder gleichen sich die Zuschreibungen aus der vertikalen und horizontalen Ebene?

### **Identifikation mit der Region: Zur Konstitution des „Subjekts“ regionaler Identität durch die Interaktion von Abgrenzung und Eingrenzung**

Während bisher der Identifizierungsprozeß eher von außen gesteuert wird (kulturelle Identifizierbarkeit), konstituiert sich der subjektive Identifikationsprozeß von innen. Er beschreibt den Nukleus der Regionalen Identität als Selbstdefinition des regionalen Bewußtseins und Wertesystems (kollektive Identität als „Selbstbewußtsein“).

Das „Subjekt“ des Identifikationsprozesses sind die regionalen Akteure. Ihr Handlungs-Spektrum erstreckt sich von der bloßen Selbstzuschreibung bis zur Teilhabe an der Realisierung des regionalen Programms. Hinsichtlich der Richtung können sich freilich jene unterscheiden, die eher zur Erhaltung oder eher zur Weiterentwicklung der symbolischen Reproduktion beitragen möchten. Hinsichtlich der Stärke ist zu fragen, welche Kompetenzen die

Akteure befähigen, die symbolische Reproduktion erfolgreich zu vollziehen. Als regionale Eliten werden dabei jene Gruppen und Personen bezeichnet, welche über Ressourcen und Kompetenzen verfügen, ohne die eine erfolgreiche symbolische Reproduktion nicht vollzogen werden kann. Stehen ihre Identitätskonzepte im Widerspruch zur Bevölkerung, so ergibt sich das Problem der „hegemonialen Identität“ (Assmann 1994) innerhalb der Region. Die Ausgangsfragen zur Ermittlung dieser subjektiven Identifikationsprozesse beziehen sich daher auf die Region als Raum- und Systemeinheit

- Wie sieht die „mental map“ der Bewohner einer Region bzw. der regionalen Akteure aus? (Raumidentität)
- Existiert Widerspruch oder Übereinstimmung zwischen Elite und Bevölkerung der Region hinsichtlich Gegenstand (Identitätsanker), Richtung und Stärke dieses Identifizierungsprozesses? (Systemidentität)
- Ist dieser Widerspruch bzw. Übereinstimmung eher graduell oder absolut zu verstehen?

Verbindet man diese Fragen mit den operativen Ebenen 1 und 2, so stützt sich ihre empirische Ermittlung und Ausdifferenzierung auf folgende Grundbausteine oder Prinzipien:

- a) Die Region als Lebensraum: Wie sehr und innerhalb welcher Grenzen identifiziert sich die regionale Bevölkerung mit der natürlichen Landschaft? = *ökologisches Identitätsprinzip*
- b) Die Region als Erlebnisraum: Wie stark wird die Region als Erlebnisraum erfahren, d.h. als emotionales Bezugssystem, das als nicht ersetzbar oder auswechselbar erlebt wird? = *emotionales Identitätsprinzip*
- c) Die Region als Präferenzraum: Wie wird a und b von ihren Bewohnern bewertet und inwiefern trägt diese Bewertung (positiv/negativ) zur regionalen Identität bei = *kognitives Identitätsprinzip*?
- d) Die Region als (internerer) Interaktionsraum: Gibt es regionaltypische Alltagspraktiken, Handlungsmuster und Festkulturen, die das Verhalten der Bevölkerung bestimmen und damit zur ihrer Identifizierbarkeit beitragen = *konatives Identitätsprinzip*?
- e) Die Region als Bewußtseinsraum: Welche soziokulturellen Codes und Diskusformationen, Lebenswelten und Lebensstile bestimmen das regionale Bewußtsein und wie wirken sich jene auf das „Wir“-Gefühl aus? = *kollektives Identitätsprinzip*
- f) Die Region als historische Landschaft: Sind gemeinsame historische Erfahrungen bei der regionalen Bewußtseinsbildung (kollektives Gedächtnis) konstitutiv? = *historisches Identitätsprinzip*
- g) Die Region als Raum des „Selbst- oder Fremdbewußtseins“. Inwieweit prägen die von a bis f genannten Prinzipien einschließlich Regionalsprache, regionaltypische Symbole und Werthaltungen das regionale Selbstbewußtsein und wie wirken sich jene auf das der Region „Eigene“ und „Fremde“ aus? = *kulturelles Identitätsprinzip*

### **3 Regionale Identität zwischen Begrenzung und Entgrenzung**

Wir haben gesehen, daß der Konstruktionsprozeß von Regionaler Identität durch die permanente Interaktion von Abgrenzung und Eingrenzung gekennzeichnet ist, die nicht auf einen bloßen Zuschreibungsprozeß reduziert werden kann. Sobald diese Form territorialer Identität von kollektiven und kulturellen Identitäten dominiert wird, stellt sich die Frage in welcher Form, Richtung und Stärke eingegrenzt und abgegrenzt wird. Dies haben wir bisher nur aus der Binnenperspektive erörtert. Unsere Frage läßt sich jedoch erst dann hinreichend beantworten, wenn die Außenperspektive, die sich aus dem horizontalen und vertikalen Referenzsystem erschließt, gleichermaßen mit einbezogen wird.

#### **Agenturen der Begrenzung: Die Region als subnationale Einheit**

Materialisiert sich die Teilraumnatur der Region innerhalb des nationalstaatlichen Systems, so sprechen wir von ihr als subnationale Einheit. Inwiefern sie Handlungsraum und Handlungseinheit ist, hängt von der Form der Abgrenzung (politisch, ökonomisch, kulturell) und den ihr zugestandenen Kompetenzen ab, sich als regionales System zu reproduzieren. Im vertikalen Kontext ist die Autonomie der Region immer begrenzt, solange sie als Teil eines Ganzen gilt. Völlige Autonomie führt daher die Auflösung der subregionalen Einheit (Separatismus) und die Konstitution eines „Ganzen“ (im Sinne des Souveränitäts- und Territorialitätsprinzips). Was bedeutet das für das regionale Identitätskonzept? Es bedeutet in jedem Fall, daß es von einer kollektiven Identität (z.B. Nationale Identität) überlagert wird, welche die regionale Identität von „oben“ und nach oben begrenzt. Sehen sich beide als komplementär, dann begünstigt sie die vertikale Kooperation, werden sie als Widerspruch wahrgenommen, dann ist Konflikt angesagt (Regionalismus). Gerät die kollektive Identität der supraregionalen Einheit mit der kulturellen Identität der Region in einen Widerspruch, so erfährt diese Begrenzung eine erheblich verschärfende Wirkung (Nationalismus-Regionalismus).

#### **Agenturen der Entgrenzung: Systemische Modernisierung und Globalisierung**

Mit Luhmann verstehen wir als zentrales Strukturprinzip der Modernisierung die Ausdifferenzierung der Gesellschaft in ungleiche Teilsysteme (Wirtschaft, Religion, Recht, Technik, Politik), die sich jeweils durch die Art des Funktionsbezugs zum Gesamtsystem unterscheiden (Luhmann 1993, Bd. 3.: 430f.). Vereinfacht gesagt, wird das Beziehungsgeflecht zwischen den Teilsy-

stemem als komplexes Netz dargestellt, das auf dem wechselseitigen Austausch von Ressourcen (Macht, Einkommen, Bildung, Sicherheit etc.) beziehungsweise komplementärer Vorteile und Leistungen beruht (Ebenda). Mit systemischer Modernisierung ist insofern eine tendenzielle Standardisierung regionaler Lebenswelten (Ipsen 1996) verbunden, die in der Globalisierung ihren „ent-räumlichenden“ Motor gefunden hat: Diese erstreckt sich nicht nur auf globale Kapitalverflechtungen, Medien, Unternehmenskonzentrationen und Warenmärkte, sondern wirkt durch die Revolutionierung der Kommunikationsmittel (Internet, Satelliten-Fernsehen etc.) und die weltweite Mobilität direkt und mit immer größerer Geschwindigkeit in die regionale Lebenswelt des Einzelnen hinein. „In the modern era the level of time-space-distanciation is much higher than in previous periods, and the relations between local and distant social forms and events become correspondingly ‚stretched‘. Globalization refers essentially to that stretching process, in so far as the modes of connection between different social contexts or regions become networked across the earth’s face as a whole“ (Anthony Giddens 1990: 64f.). Die kommunikative Erreichbarkeit triumphiert über alle Kommunikationsinhalte, folglich werden letztere durch die Interessen der Kommunikationsmittel-Besitzer gesteuert. Das Problem dabei ist nur, daß sich der Mensch nicht beliebig „enträumlichen“ läßt. In jedem Fall ist dieser Homogenisierungsdruck so stark, daß er sich auf den Differenzierungsprozeß zwischen „Eigenem“ und „Fremdem“ auszuwirken scheint. Ulrich Beck hat diese Veränderung mit der weltweiten Mobilität (durch Tourismus, Wanderbewegungen, Migrationsströme, nationale Restaurantkulturen etc.) begründet, die nach ihm zur Vereinheitlichung und Standardisierung führen und die Unterscheidungen zwischen „Eigenen und Fremden“ innen und außen unscharf werden lassen oder gar aufheben (Beck 1993: 121f.). Wenn wir diese These uneingeschränkt gelten lassen, ist die Frage nach der Zukunft „regionaler Identitäten“ beantwortet: es wird sie nicht mehr geben. Theoretisch wie empirisch kann diese Position nicht vorbehaltlos unterstützt werden. Unsere Thesen passen jedoch auch nicht in die „antimoderne Schublade“, wenn wir empirische Hinweise und normative Begründungen für einen Weg regionaler Identität zwischen Ausgrenzung und Entgrenzung finden wollen.

#### **4 Eingrenzung oder Ausgrenzung als Antwort auf Entgrenzungs- und Begrenzungsprozesse**

Fassen wir zusammen: Regionale Identität kann durch Be- und Entgrenzungsprozesse in folgender Weise bedroht sein: Im Falle der vertikalen Begrenzung dann, wenn die nächsthöhere Einheit, die Grenzen und Kompetenzen der Teileinheit so beschneidet, daß ihre formelle, materielle und/oder symbolische Reproduktion bedroht ist. Im ersten Fall geht die Identifizier-

barkeit der Form (z.B. Administrative Region) verloren, im zweiten Fall lösen sich die qualitativen Identifizierungsmerkmale (z.B. Strukturregion) auf, im dritten Fall verschwindet das Subjekt der Identifizierung als Träger der symbolischen Reproduktion (Kulturregion).

Wirkt die (transnationale) Umwelt mit Entgrenzungsimpulsen auf die regionalen Systeme ein und sind diese mit Medien und Mittel aufgeladen, die den Standardisierungs- Homogenisierungs- und Vereinheitlichungsprozeß fördern, dann ist regionale Identität ebenfalls bedroht. „Modernisierung“ als sachliche Entgrenzungsagentur und die Globalisierung als räumliche Entgrenzungsagentur stehen in einem inneren Zusammenhang und bilden somit auch den räumlichen und sachlichen Gegensatz zur Regionalen Identität, insoweit ihre Entgrenzungsimpulse kollektive oder kulturelle Identitäten tendenziell aufheben oder gar zerstören. Da diese Fragen für die Zukunft regionaler Identitäten von grundlegender Bedeutung sind, aber auch ein unverzichtbarer Hintergrund für unsere Erörterungen sind, wollen wir hier etwas konkreter auf sie eingehen.

Bleiben wir in der Gegenwart, dann lassen sich für die Regionen grundsätzlich drei Reaktionen auf Be- und Entgrenzungsprozesse identifizieren, die auch empirisch belegt werden können: Anpassung, Ausgrenzung und Eingrenzung.

Horizontale Entgrenzung hat den Verlust Regionaler Identität durch (bedingungslose) Anpassung an die Standards der Entgrenzungsagenturen zur Folge. Vertikale Entgrenzung löst die Grenzen dieser Teileinheit zugunsten der supraregionalen Einheit auf. Erfolgt keine Reaktion, dann wird die Region zum Objekt, ihre symbolische Reproduktion ist nicht mehr gewährleistet. Der regionalen Identität wird ihre Grundlage entzogen. Mit der Entgrenzung löst sich die Trennung von „Eigenem“ und „Fremden“ zunehmend auf, ebenso wie die Unterscheidung von „Außen“ und „Innen“. Als Identitätsanker bleibt nur die (inhaltsleere) Form, ein von außen gesteuerter Handlungsraum ohne Handlungseinheit bzw. kollektive Identität. Ob diesem Prozeß widerstandslos oder gar zustimmend, reaktiv ablehnend oder aktiv kritisch begegnet wird, hängt davon ab, welche Vorstellungen von Kollektiver Identität in der Region dominieren und wie mit dem Verhältnis des „Eigenen und Fremden“ umgegangen wird (Kulturelle Identität); d.h. ob es sich um Eingrenzungs- oder Ausgrenzungsstrategien handelt. Ullrich Beck hat letztere auf den Punkt gebracht: „In dieser Sicht deuten die Ausbrüche von Fremdenhaß und ethnisch bestimmten Kriegen in Europa auf das Ireal-Werden der Grenzen der Weltgesellschaft. Sie sprechen nicht für die Wiederbelebung alter, fortwirkender und im Marxismus-Leninismus unterdrückter Volkskulturen und ethnischen Identitäten, sondern sind militante Reaktionen auf die Möglichkeiten, „Fremdheit“ und „Andersartigkeit“ in der Moderne zu behaupten und zu erneuern“ (Ulrich Beck 1993: 121). Je nachdem in welcher Richtung der Homogenisierungsdruck sich bewegt, formieren sich verschiedene Arten von Regionalismus (siehe unten). Um ihm aktiv zu widerstehen, bleibt entweder

bleibt entweder die (kulturelle) Autonomie (z.B. Föderalismus), oder die Ausgrenzung der höheren Einheit, d.h. der Ausstieg (Separatismus).

Im Gegensatz zur passiven Erduldung sind Ausgrenzung und Eingrenzung zwei entgegengesetzte strategische Antworten auf Be- und Entgrenzung. Erstere zielt reaktiv auf Erhaltung, letztere setzt auf eine aktive Entwicklung regionaler Identität durch die offene Auseinandersetzung mit den o.g. Agenturen. Ausgrenzung setzt auf Abschottung durch statische Bewahrung des „Eigenen“ und Ausgrenzung „des Fremden“. Die Folgen spiegeln sich in einem Spektrum von Provinzialismus bis zum Ethnonationalismus. Eingrenzung bedeutet das „Eigene“ zu entwickeln, d.h. sich seiner Wertigkeit, aber auch Unvollkommenheit bewußt zu sein und das „Fremde“ als Lernfeld der Entwicklung des Eigenen zu begreifen. Das Ergebnis dieser Eingrenzungsstrategie ist das Zusammenspiel von Identität und Kompetenz, d.h. Be- und Entgrenzung als Lernfelder und Bewährungsprobe des „Eigenen“ zu begreifen, sowie Fähigkeiten in der Auseinandersetzung mit dem „Fremden“ zu entwickeln, die beiden gleichermaßen nutzt.

Die Reaktionsweisen auf Be- und Entgrenzungsprozesse regionaler Identität nenne ich Regionalismus. Welche empirische Typen des Regionalismus sind heute identifizierbar und wie sind jene zu klassifizieren?

## **5 Die „Regionalismen“ des 20. Jahrhunderts in Europa zwischen Ausgrenzung und Eingrenzung**

Alle Regionalismen des 20. Jahrhunderts basieren entweder auf Abgrenzungs-, Ausgrenzungs- oder Eingrenzungsstrategien, die gegen die Standardisierungsimpulse, Homogenisierungstendenzen und Zentralisierungsmaßnahmen vertikaler Instanzen oder horizontaler Entgrenzungsprozesse gerichtet sind. Ausgehend vom europäischen Regionalismus kann die folgende Typisierung vorgenommen werden: Versucht man „Regionalisierung“ und „Regionalismus“ im Kontext eines nationalen und internationalen Interaktionsschemas zu begreifen, dann lassen sich diese Prozesse am Ausgang des 20. Jahrhunderts als vier ungleichzeitige Entwicklungsphasen begreifen (Groß/Schmitt-Egner 1994 und Schmitt-Egner 1999):

– *Der „alte Regionalismus“*, der sich konservativ-traditionalistisch versteht und nach wie vor in „Volkstumsideologien“ und „Nationalismen“ verhaftet ist. Seine harmloseste Form ist der Provinzialismus, seine extremste der Ethnonationalismus. Er ist scheinbar noch am dichtesten dem historischen Verhältnis von Nationalismus und Regionalismus verhaftet. Besaß er noch im 19. Jahrhundert Eingrenzungsfunktionen innerhalb der Nationalstaatsbildung, so setzt er angesichts der Entgrenzungsprozesse am Ende des 20. Jahrhunderts auf reaktive Ausgrenzungsstrategien. War die Identitätsproblematik des 19. Jahrhun-

derts auf die Einheit von Staat und Nation als Voraussetzung der Moderne gerichtet, so spitzt sie sich hier auf die Rückkehr zur vormodernen Einheit von Ethnie und Territorium zu, bei welcher der Staat nur als Vollzugsinstrument dient. Ihre „identitätsstiftende“ Legitimierung wird u.a. über ethnozentrisch interpretierte Geschichtsmythen (z.B. Amselfeld-Mythos) konstruiert. Ihre Grundstrategie ist die Ausgrenzung des „Fremden“ zugunsten des „Eigenen“. Verbindet sich hier die kulturelle mit der territorialen Identität, dann dient diese Ausgrenzungsstrategie in letzter Konsequenz nur einem Zweck: die Entleerung des Raums von allem „Fremden“ durch Deportation oder Vernichtung.

– Orientiert sich der „alte“ Regionalismus an der Ausgrenzung, so basiert der „neue“ Regionalismus als „Aufstand der Provinz“ (Gerdes 1980, Elkar 1981, Blaschke 1981) auf Abgrenzungstrategien gegen die Begrenzungen der vertikalen Instanzen. Sie konkretisierten sich in der Modernisierungs- und Zentralisierungspolitik unitarischer Staaten, die als Vereinheitlichung nicht nur nationaler politischer und ökonomischer Strukturen zugunsten der nationalstaatlichen Zentrale, sondern auch als Nivellierung regionaler Identitäten verstanden wurde und wird (Baskenland, Korsika, Nordirland). Auch dieser „Regionalismus“ war mit Nationalismen durchsetzt, die sich in den separatistischen, autarkistischen und autonomistischen Zielsetzungen dieser Bewegungen äußerten. Die Minimalforderung hinsichtlich der Identitätsproblematik mündet in eine volle kulturelle Autonomie, die durch eine politische und ökonomische Teilautonomie gestützt wird (Spanien). Ihre maximale Variante, die in der Regel von den radikalen Flügeln (z.B. ETA) vertreten wird, resultiert in der Forderung nach einem neuen Staat, dessen Identitätsanker weniger durch den Regionalismus als durch den Nationalismus begründet wird. Hat der „neue“ Regionalismus sein Abgrenzungsziel erreicht (z.B. zusätzliche Kompetenzen und/oder kulturelle Autonomie), so scheint damit die Erhaltung des regionalen Systems gesichert. Ist die kulturelle Identität in der Reaktion auf die Begrenzung ein ausschließender Maßstab von Autonomieforderungen, dann ist sie mit der Ausgrenzung des „Fremden“ verbunden; dominiert eher die kollektive Identität, dann ist die Eingrenzung verschiedener subregionaler Kulturen möglich. Richtet sich dieser Regionalismus vorwiegend gegen die Begrenzungsinstanzen durch Abgrenzungsstrategien, so die nächsten beiden auf die Entgrenzungs- und erweiterten Begrenzungsinstanzen: den Globalismus und den Supranationalismus durch (offensive) Eingrenzungsstrategien.

– So bedient sich der „postmoderne“ Regionalismus nicht einer Abgrenzungs-, sondern einer Eingrenzungsstrategie gegen die o.g. Entgrenzungsprozesse. „Postmodern“ nennen wir ihn deswegen, weil er sich weder den Standardisierungsprodukten der Moderne bedingungslos unterwirft, noch dieselben ausgrenzt, sondern sich ihrer (technologischen) Mittel bedient, um die materielle Reproduktion des regionalen Systems zu sichern. Er wendet

sich nicht mehr gegen den Zentralismus des Nationalstaates, sondern versteht sich als „kleinräumige“ Antwort auf die Prozesse der Globalisierung. In den Stichworten „Innovatorisches Millieu“ (Mailliard) „Industrial Districts“ und „Flexible Spezialisierung“ (Sabel) hat das Paradigma der „Regulation“ eher das ökonomische Identitätsprinzip von Regionalismus und Regionalisierung thematisiert. Als Konstruktionsprinzip regionaler Identität gilt hier das ökonomische und soziale Leistungsvermögen kleiner Raumeinheiten, flexible Problemlösungen vor Ort zu produzieren und die Herausforderungen der Globalisierung als kreative Chance zu begreifen, ohne ihren Standardisierungs- und Vereinheitlichungsideologien zu verfallen. Eingrenzung heißt hier die „flexible Antwort“ auf die Entgrenzung durch den Aufbau einer Kompetenz, die in der Lage ist, die materiale Reproduktion des regionalen Systems nicht nur zu gewährleisten, sondern auch weiterzuentwickeln.

Dieser Entwicklungsprozeß bleibt jedoch nur im „Ökonomischen“ verhaftet und birgt die Gefahr in sich, daß die symbolische Reproduktion auf der Strecke bleibt, wenn das „Eigene“ nur ökonomistisch bestimmt und das „Fremde“ nur als Bewährung im weltweiten Konkurrenzkampf gefaßt wird. Diese Eingrenzungsstrategie ist insofern unvollkommen, als das „Fremde“ nur als ökonomistisches Lernfeld der Konkurrenz und das „Eigene“ nicht als komplementäres Potential zur Kooperation mit dem Fremden begriffen wird.<sup>6</sup> Eine Eingrenzungsstrategie, die sich sowohl auf Begrenzungs- als auch Entgrenzungstendenzen richtet, vertritt der

– „*Transnationale Regionalismus*“. Unter dem Stichwort „Europa der Regionen“ wird die Begrenzungsperspektive vertikal zum Supranationalismus erweitert und die horizontale Entgrenzungsperspektive nicht nur als Konflikt mit dem Globalismus, sondern als Chance der transnationalen Kooperation zwischen den Regionen wahrgenommen (Groß/Schmitt-Egner 1994, Schmitt-Egner 1998, Schmitt-Egner 1999). Als bottom up-Ansatz bezieht er sich weder auf den alten Regionalismus, noch auf den Zentralstaat, sondern auf die europäische Ebene (z.B. Europäische Regionalpolitik). Er sieht sich nicht mehr atavistischen Ideologien verhaftet oder durch marginale Gruppen gesteuert, sondern wird von modernen regionalen Eliten und Akteuren in den zentralen europäischen Institutionen, wie EU und Europarat, dominiert. Er trägt alle Elemente des postmodernen Typus in sich und setzt nicht auf Abschottung durch antimoderne Parolen, sondern auf Kooperation zwischen den Regionen mit struktur- und kulturpolitischen Zielsetzungen. Weder ist die Verweigerung der Modernität sein Ziel, noch will er die Vereinheitlichung passiv erleiden. Vielmehr verfolgt er eine Politik der aktiven Behauptung regionaler Kultur in Europa durch den Ausbau interner Steuerungsfähigkeit und externer Kooperation, indem er die transnationale Verständigung in allen

---

6 Die Mechanismen nach der eine solche komplementäre Strategie funktionieren kann, sind bei Schmitt-Egner (1996: 41) aufgelistet.

relevanten Politikbereichen und innerhalb des vertikalen und horizontalen Referenzsystems zu betreiben versucht. Entgrenzung wird hier zum Lernfeld und der Begrenzung wird mit der Eingrenzung der Top-down-Politik vermittelt rechtlicher Prinzipien (Subsidiaritätsprinzip) und politischer Kompetenzen (Mitwirkung am europäischen Entscheidungsprozeß) begegnet.

Transnationaler Regionalismus ist selbstredend zunächst nur ein normatives Konzept der offensiven Eingrenzung, das empirisch zu belegen ist und sich praktisch zu bewähren hat. Seine Grundstrategie heißt transnationales Lernen zwischen dem „Eigenen“ und „Fremden“, externe Kooperation zum Nutzen der internen Entwicklung von beiden Seiten. Dabei geht es um die Weiterentwicklung und nicht um die Aufgabe des „Eigenen“.

Kann der Transnationale Regionalismus zur modernen Rekonstruktion von „Regionaler Identität“ beitragen und eine Alternative zwischen der Skylla der Ausgrenzung und der Charybdis der Entgrenzung sein?. Ein erfolgreicher „Umgang“ mit diesen Prozessen erfordert für die Regionen „Fähigkeiten“, die, wenn nicht vorhanden, erworben werden müssen. Und hier können wir der strategische Ausgangspunkt offensiver Eingrenzung lokalisieren: das *Verhältnis von Identität und Kompetenz*.

Bevor wir zur europäischen Variante kommen, fassen wir zusammen, welche zusätzliche Elemente ein moderner Identitätsbegriff angesichts der beschriebenen Herausforderungen bedarf.

## **6 Regionale Identität und Europäische Kompetenz als Produkte transnationalen Lernens**

### **Drei Grundaspekte des modernen Identitätsbegriffs:**

#### **Wurzel, Kompetenz und Interaktion**

Wir beschränken uns daher nur auf die Frage, welche Konsequenzen für den Identitätsbegriff aus unserer bisherigen Erörterung zu ziehen sind und in welchem europäischen Kontext dieser Begriff eine normative Rolle spielen könnte.

Ausgehend von unserem Identitätsbegriff als prozessuale Einheit in der Differenz haben wir zunächst seine beiden Grunddimensionen als „Wurzel“ (Identitätsanker) und „Interaktion“ (z.B. Diskursformationen b. Giesen 1992, Assmann 1994) in unserem Frageraster thematisiert. Wie gezeigt, sind diese Elemente für die Rekonstruktion eines Identitätskonzeptes zwar unverändert konstitutiv, zur empirische Erfassung moderner und transnational orientierter regionalen Identitäten reichen sie jedoch nicht mehr aus. Hinzu tritt die „Kompetenz“ als wesentlicher Baustein zur Entwicklung des „Eigenen“ durch die Begegnung mit dem „Fremden“.

Bevor wir diesen Aspekt in seiner Beziehung zum europäischen Kontext näher ausführen, wollen wir die Facetten der transnationalen Interaktionsformen kurz ausleuchten. Bisher haben wir den Interaktionsaspekt nur auf der Ebene von Abgrenzung, Ausgrenzung und Entgrenzung untersucht und seine Abwehrfunktion gegen Entgrenzungsprozesse sichtbar gemacht (Ankerfunktionen). Wir versuchten jedoch hier schon auf die Qualität der Ankerfunktionen abzuheben, die als Weichen für die jeweiligen Reaktionsformen auf Entgrenzungsprozesse interpretiert werden können, nämlich, ob letztere zur Ausgrenzung oder gar zur Auflösung Regionaler Identität oder ob sie auch als Chance für Lernprozesse begriffen werden können. Produkt dieser Form der Eingrenzung könnte eine erweiterte Kompetenz sein, welche die Regionale Identität stärkt, sofern sie zur materiellen und symbolischen Weiterentwicklung des regionalen Systems beiträgt.

These wird dabei sein, daß das Verhältnis von regionaler und europäischer Identität in der Triade von „Wurzel, Interaktion und Kompetenz“ begründet liegt. Sie bilden die Leitfäden, mit denen die beiden Konzepte verflochten und in ein gemeinsames Netz gebettet werden können (für das folgende Schmitt-Egner 1996: 53f.). Um diese „Fäden“ genauer zu bestimmen und die Netzstruktur sichtbar zu machen, müssen sie weiter „zerfasert“ werden. Da wir den ersten Leitfaden bereits entflochten haben und die Verbindung mit dem zweiten „gewebt“ wurde, gilt es nun dieses Gewebe weiter zu „spinnen“, d.h. das Verhältnis von Interaktion und Kompetenz zu beleuchten. Die Beziehung von Eingrenzung und Entgrenzung wird nun nicht mehr nur formal und quantitativ thematisiert, sondern durch die Interaktionsqualität bestimmt, die uns erkennen läßt, welche Fasern unseres Fadens weitergesponnen werden müssen.

Bei der Bestimmung der Interaktionsqualität beschränken wir uns auf die drei Grundformen transnationaler Interaktion: (interkulturelle) Verständigung, Begegnung und Dialogik. Interkulturelle Kommunikation kennzeichnet allgemein den Prozeß der intersubjektiven Verständigung zwischen mindestens zwei Kulturen, während transnationale Kommunikation die grenzüberschreitende Verständigung zwischen mindestens zwei Akteuren aus zwei verschiedenen Nationen ohne Zwischenschaltung des Staates bedeutet. Erster Zweck der Kommunikation ist das Verstehen des anderen, um zum eigentlichen Zweck der Verständigung zu kommen. Die Sprache fungiert dabei als notwendiges, jedoch keineswegs hinreichendes Verständigungsmittel. Kulturelles Verstehen unterscheidet sich vom instrumentellen Sprachverstehen durch die Kenntnis des Kontextes. Letztere wird zur Kompetenz durch ihre adäquate Anwendung im interkulturellen und transnationalen Kommunikationsprozeß.

Ein zweiter Aspekt des Begriffs bezieht sich auf die Einsicht des französischen Ethnologen Michel Leiris (1985), daß Kulturen nur in und aus der interkulturellen Begegnung leben. Kulturen sterben ab, wenn sie erstarren. Leiris faßt demnach Kulturen als „lebendigen Organismus“, (Leiris 1985: 123) als einen immerwährenden Prozeß „Eine allemal festgelegte Kultur wä-

re so etwas wie eine tote Sprache“. Strategisches Ziel jeder Kooperation ist die Verständigung über Konsens oder Konflikt. Zweck der Verständigung ist die Auslotung gemeinsamer und differierender Interessen als Basis von Problemlösung und Konfliktbewältigung.

Als dritter Aspekt transnationaler Interaktion wirkt das Prinzip der „Dialogik“. Nach Edgar Morin liegt der „europäische Genius nicht nur in der Vielfalt und im Wandel, sondern im Dialog innerhalb dieser Vielfalt, die letztlich den Wandel bewirkt“ (Morin 1988: 128f.). Diese „Dialogik“ ist nach ihm das entscheidende Charakteristikum der kulturellen Identität Europas – und so muß man hinzufügen – seiner Regionen.

Nach unserer eingangs entwickelten Regionsdefinition ist der Begriff der Regionalen Identität in welchen Varianten auch immer, aus der Teilraumnatur herzuleiten. Territoriale Identität unterscheidet sich von anderen Formen „kollektiver Identität“, sie hat jedoch die Vielschichtigkeit der Diskursformationen mit letzterer gemein. Die formelle Identifizierbarkeit einer territorialen Teileinheit, wird inhaltlich durch kognitive Karten und deren Grenzen, sowie gemeinsamer Kultur und Geschichte, aber auch von gemeinsamen Verwaltungserfahrungen, Mentalitäten und kollektivem Gedächtnis etc. (Wahrnehmungsseite) bestimmt. Bei alledem wird Identität als Wurzel begriffen, die im wesentlichen den Wahrnehmungsaspekt als kognitive und emotionale Aneignung reflektiert. Unsere Erörterung kann aber nicht bei den „Ankerfunktionen“ dieses Identitätsbegriffs stehenbleiben. Denn im transnationalen Kontext ist zu fragen, inwiefern diese Wurzel nicht nur ein konservativer Erhaltungsmechanismus, sondern ein Handlungspotential – nicht nur für die Regionen – in sich birgt. Was für ein Potential könnte das sein? Obgleich unsere bisherigen Überlegungen eine Antwort nahelegen, möchte ich jene jetzt im Kontext einer wie immer begriffenen „Europäischen Identität“ diskutieren.

Wir wollen allerdings nicht den zahllosen normativen Konzepten von Europäischer Identität ein neues hinzufügen, sondern das Verhältnis von regionaler und europäischer Identität auf der Basis der entwickelten Triade begründen. Um dies aber hinreichend leisten zu können, muß der Kompetenzbegriff näher bestimmt werden. Unsere Ausgangsthese ist dabei, daß die „Zukunft“ einer „Europäischen Identität“ insoweit auf ihren Ursprung bezogen werden kann, als sich dort Erfahrungsmodelle transnationalen Lernens finden lassen. Inwiefern wir auf ein solches Modell zurückgreifen können und sollen, versuchen wir an folgendem Beispiel zu demonstrieren.

### **„Europäische Kompetenz“ als Resultat transnationaler Lernprozesse oder das Verhältnis von Ursprung und Zukunft einer „Europäischen Identität“**

Die Kulturwissenschaftlerin Aleida Assmann hat die Notwendigkeit eines modernen Identitätsbegriffs als Produkt von Diskursformationen betont, der

sich von den angeblich „mystizistischen Konzepten“ von Herder oder Nietzsche abzusetzen habe (Assmann 1994: 18).

Zumindest was Nietzsche betrifft, möchte ich dem widersprechen. Ganz im Gegenteil, ich behaupte, mit ihm beginnt der moderne, diskursive, europäisch geprägte Identitätsbegriff. Denn wie zu zeigen sein wird, hat der „Antihistoriker“ Nietzsche an der Ursprungsgeschichte Europas am Beispiel der Genese des griechischen Genius – nicht nur demonstriert, wie das Eigene bewahrt und das Fremde zugelassen, oder im Fremden das Eigene erkannt, sondern durch das Fremde entwickelt werden konnte und trotzdem ein völlig neuer Kulturtypus entstand. Nietzsche wendet sich gegen die Klassik und seine eigenen Zeitströmungen, wenn er feststellt: „Nichts ist törichter, als den Griechen eine autochthone Bildung nachzusagen, sie haben vielmehr bei allen Völkern lebende Bildung in sich eingesogen, sie kamen gerade deshalb so weit, weil sie es verstanden, den Speer von dort weiter zu schleudern, wo ihn ein anderes Volk liegen ließ. Sie sind bewundernswürdig in der Kunst, fruchtbar zu lernen; und so wie sie, sollen wir von unseren Nachbarn lernen, zum Leben, nicht zum gelehrtenhaften Erkennen, alles Erlernte als Stütze benutzend.“ (Nietzsche 1980 Bd. 5: 355). Warum war dieser Lernprozeß so fruchtbar? War doch die griechische Kultur lange Zeit, „ein Chaos von ausländischen, semitischen, babylonischen, lydischen, ägyptischen Formen und Begriffen und ihre Religion ein wahrer Götterkampf des gesamten Orients“ (Nietzsche 1980 Bd. 1: 284). Dennoch wurde die hellenische Kultur kein Aggregat, sondern „die Griechen lernten allmählich das Chaos zu organisieren dadurch, daß sie sich auf sich selbst, d.h. auf ihre echten Bedürfnisse zurückbesannen und die Scheinbedürfnisse absterben ließen. So ergriffen sie wieder von sich selbst Besitz.“ Die geistige Grundlage dieser Entwicklung bildete die delphische (appollinische) Weisheitslehre des „Erkenne dich selbst“ (gn’othi saut’ on). Deshalb blieben sie „nicht lange die überhäuften Erben und Epigonen des ganzen Orients; sie wurden selbst, nach beschwerlichstem Kampfe mit sich selbst durch die praktische Auslegung jenes Spruches, die glücklichsten Bereicher und Mehrer jenes Schatzes und die Erstlinge und Vorbilder aller Kulturvölker“ (ebd. Bd. 1: 284f.). Ob diese Sichtweise einer „richtigen“ historischen Interpretation entspricht, spielt in unserem Kontext nur eine sekundäre Rolle. Entscheidend ist, daß Nietzsche hier über den Identitätsbegriff von Leiris und Morin hinausgeht, wenn er nicht nur den kommunikativen und interaktiven Aspekt betont, sondern den des transnationalen bzw. interkulturellen Lernens und der Fähigkeit zur materiellen und symbolischen Selbstreproduktion. Die griechische Identitätswurzel resultiert also weder in einer Abwehr (Ausgrenzung) noch in der kritiklosen Assimilation und Anpassung (Entgrenzung), sondern in der kritischen Verarbeitung dieser Einflüsse. Sich unter dem Vorzeichen der Selbsterkenntnis das „Fremde zu eigen“ machen, setzte die Interaktion von Selbstreflexion und „Fremdreflexion“ voraus. Ihr praktisches Produkt resultierte im Vermögen, neue kreative Konsequenzen aus diesem Lernprozeß für die weitere (innere) Ent-

wicklung zu ziehen. Kompetenz und Interaktion können also als Anker bzw. Wurzel dieser Identität bezeichnet werden.

## **7 Die „Europäische Kompetenz“ von Regionen als gemeinsames Fundament Regionaler und Europäischer Identität**

Im Zentrum des hier verwendeten europäischen Identitätsbegriffs stehen daher nicht die vielfältig konkurrierenden Traditionen (Abendland, Christentum etc.) als Identitätsanker, sondern der Prozeß des transnationalen Lernens, der Kritik und Selbstkritik, dessen normatives und praktisches Produkt als „Europäische Kompetenz“ (Schmitt-Egner 1996) bezeichnet werden kann.

Auf die regionale Ebene bezogen verstehe ich daher unter „Europäischer Kompetenz“ die Fähigkeit einer Region und ihrer Akteure, den Prozeß der Europäischen Integration als transnationales Lernfeld zu nutzen, um durch externe (transnationale) Kooperation (bzw. Vernetzung) ihre interne Entwicklung zu fördern. Die innere Beziehung von Regionaler Identität und Europäischer Kompetenz konstituiert also ein Identitätskonzept jenseits von Ausgrenzung und Entgrenzung.<sup>7</sup>

Wo sind die transnationalen Lernfelder für Regionen in Europa zu finden, was kann gelernt werden und in welcher Beziehung tragen diese Prozesse zur Weiterentwicklung regionaler Identität bei? Die ersten beiden Fragen sind durch unser regionales Systemmodell zu beantworten: Die transnationalen Lernfelder sind im vertikalen und horizontalen Interaktionssystem zu finden, in dem die Region eingebunden ist.

Ohne bewerten zu wollen, wie weit dieser Lernprozeß schon Ergebnisse zeitigt, sind auf der europäischen Ebene zwei transnationale Vernetzungsleistungen unbezweifelbar (für das folgende Schmitt-Egner 1996, 1999 passim)<sup>8</sup>: Eine vertikale, die sich auf die Institutionalisierung der Regionen in der EU und im Europarat, aber auch auf die Expansion der Europäischen Regionalverbände bezieht (Hierzu demnächst Schmitt-Egner 1999 passim) und eine horizontale, die sich in der interregionalen und grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Regionen in Europa dokumentiert (Hrbek/Weynand 1994, Groß/Schmitt-Egner 1994, Raich 1995, Brunn/Schmitt-Egner 1998).

- 
- 7 Modernisierungstheoretikern wie z.B. Beck soll in diesem Punkt widersprochen werden. „Multikulturelle Identität“ gerät so nicht nur zum sprachlichen Paradoxon, sondern verkleistert die Tatsache, daß keiner aus seiner „Kultur“ beliebig aussteigen kann, bietet den Ethnonationalisten die geeignete Projektionsfläche und verhindert transnationale Lernprozesse, die ihren Ausgangspunkt in der eigenen Kultur haben.
- 8 Ein detaillierter Katalog dieser Lernfelder findet sich bei Schmitt-Egner 1996: 38ff. Die europäischen Regionalorganisationen als Lernnetzwerke bei Schmitt-Egner 1999 passim.

Welches Wissen kann dort erworben werden?

Hier unterscheiden wir zwischen inhaltlich-sachlichem Wissen und formell-strategischem Wissen.

a) *Sachliches Integrations- und Kooperationswissen*

In der vertikalen Vernetzung bezieht sich ersteres auf den sachlichen Informationsgewinn der Regionen hinsichtlich des europäischen Integrationsprozesses im allgemeinen und seiner Politikfelder im besonderen (z.B. durch die Fachausschüsse im Ausschuß der Regionen, die jeweiligen Lobby-Institute oder in Deutschland auch über die nationalen Europaministerkonferenzen der Bundesländer, bzw. den Länderbeobachter etc.). Dies nenne ich den Erwerb von Integrationswissen.

Analog hierzu erschließt sich durch die (horizontale) interregionale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit ein sachliches Kooperationswissen, eine Kenntnis der jeweiligen Partnerregion, d.h. ihrer politischen, kulturellen und ökonomischen Besonderheiten. Je vielfältiger die Vernetzung der Region, um so breiter das Wissen, je intensiver und dauerhafter die Kooperation, um so tiefer das Wissen.

b) *Strategisches Wissen*

Mindestens ebenso wichtig wie der sachliche Informationsgewinn ist der Erwerb strategischen Wissens. Im vertikalen Lernprozeß bezieht sich dies z.B. auf das interkulturelle Verhandlungsverhalten und die transnationale Koalitionsbildung im Ausschuß der Regionen (Kalbfleisch-Kottsieper 1995, S. 20-40 und J.J.Hesse 1995/96, Schmitt-Egner 1999: Einleitung), sowie auf die Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse innerhalb der europäischen Regionalorganisationen wie der Versammlung der Regionen Europas (VRE) oder der Arbeitsgemeinschaft europäischer Grenzregionen (AGEG) (Schmitt-Egner 1999:passim). Da die dort vertretenen Regionen nicht auf die EU beschränkt sind, erschließt sich noch eine größere Variation transnationaler Strategie. Ein letzter Aspekt strategischen Wissens, der auf den zuvor genannten aufbaut, ist die Organisierung der Regionsinteressen auf europäischer Ebene, z.B. im Rahmen der Regional- und Strukturpolitik (Bache 1998). Hier können transnationale Organisationserfahrungen gewonnen werden, die in anderen Kontexten wie z.B. bei der horizontalen Kooperation anzuwenden sind.

Bisher ist klar, „Europäische Kompetenz“ bezieht sich zwar auch auf die sog. „endogenen“ und „externen“ Potentiale, letztere sind aber nicht gleichbedeutend mit „Standortqualität“. Weder erschöpft sich ihr Stellenwert in einer Auflistung ökonomischer Potentiale, noch kann eine solche ökonomistische Sichtweise dem Konzept als Ganzem gerecht werden. Vielmehr fließen hier zusätzliche Kriterien und Parameter ein, die den herkömmlichen „Stand-

ortblickwinkel“ sprengen. Diese, oben schon empirisch aufgeführten Parameter werden jetzt systematisiert.

Europäische Kompetenz setzt sich demnach zusammen aus: 1. Gegenstand und Prozeß der transnationalen Kooperation mit seinen Variablen, 2. dem Steuerungsprogramm mit seinen Steuerungsprinzipien, die Regel und Richtung dieses Prozesses bestimmen und 3. den Mitteln, Instrumenten und Verfahren, mit denen das Ziel interne Entwicklung durch externe Vernetzung, erreicht werden soll.

## **8. Von der „Regionalen Identität zu einer Europäischen Identität der Regionen: „Interkulturelle Schnittstellen“ und „Transnationaler Regionalismus“ als Elemente zur Begründung eines normativen Identitätskonzeptes am Beispiel der grenzübergreifenden Zusammenarbeit (Saar-Lor-Lux)**

Abschließend soll am Beispiel der grenzübergreifenden Zusammenarbeit von Regionen gezeigt werden, an welchen transnationalen Schnittstellen jene Lernprozesse anzusiedeln sind, die das Verhältnis des „Eigenen“ zum „Fremden“ thematisieren und somit eine Chance bieten, einerseits transnationale Kompetenzen für die interne materiale und symbolische Reproduktion zu nutzen und andererseits regionale Identität zu einer Europäischen Identität der Regionen weiterzuentwickeln.

Grenzregionen haben im Gegensatz zu Binnenregionen einen zusätzlichen Vorteil. Während letztere sich zumeist mit zwei Schnittstellen begnügen müssen, besitzen Grenzregionen wie z.B. das Saarland vier Schnittstellen, die zugleich als Felder transnationaler und interkultureller Lernprozesse begriffen werden können und verschiedene Ebenen des Transnationalen Regionalismus kennzeichnen (vergl. auch Schmitt-Egner 1998):

- *Eine „binationale Verständigungskultur“*, bei der „das Eigene“ als regionale Brückenfunktion zwischen den Nationalkulturen Frankreichs und Deutschlands verstanden wird. Als „Nationalkultur“ bezeichne ich dabei alle sozialen Systeme, Verhaltensmuster und Diskursformationen, die sich über den *Nationalstaat* konstituiert haben, wie z.B. Verwaltungskulturen, Bildungs- und Ausbildungssysteme, soziale Sicherungssysteme, politisches Konfliktverhalten, nationale Mentalitäten und Stereotypen etc. Binationale Verständigungskultur ist auf den Abbau von Konfliktstrukturen gerichtet, die durch die unterschiedlichen National(staats)kulturen erzeugt worden sind.
- *Eine grenzübergreifende Regionalkultur* der „Euro-Region“ Saar-Lor-Lux. Transnationale Regionsbildung erfordert die Definition gemeinsa-

mer Entwicklungsziele unter Beibehaltung unterschiedlicher regionaler Identität. Das „Fremde“ wird angeeignet, soweit es die materielle Reproduktion betrifft, das Eigene wird durch das Fremde weiterentwickelt, soweit es die symbolische Reproduktion betrifft.

- *Eine transnational-europäische Regionalkultur* innerhalb eines „Europa der Regionen“. Das betrifft sowohl die transnationale Begegnung und Kooperation von europäischer Regionalkulturen auf der horizontalen Ebene, als auch den „bottom up-Regionalismus der Vertikalen“ (in den europäischen Regionalinstitutionen). Diese transnationale Kooperation nicht benachbarter Regionen vervielfältigt das Lernfeld und die interkulturellen Schnittstellen durch gemeinsame Projekte und die Implementierung europäischer Regionalprogramme, bei denen das transnationale Partnerschaftsprinzip konstitutiv ist (Schmitt-Egner 1999). Die Begegnung und der Dialog mit differenten Arbeits- und Verwaltungskulturen, Verhaltensstilen und Problemlösungsmethoden bieten in der Kooperation die Chance, das „Eigene“ auf seine Kompetenz kritisch zu überprüfen und das „Fremde“ zum Lernfeld des „Eigenen“ zu machen.
- *Eine interkulturell-europäische Regionalkultur*, bei der die Grenzregion als Schnittstelle zweier Kulturkreise Europas fungiert: in unserem Falle der romanischen und der germanisch-, nord- und mitteleuropäischen Tradition (Europäische Kultur). Hier gilt es exemplarisch die erweiterte Ebene der Kulturkreise zu nutzen durch die Reflexion ihrer Differenz als Ausgangspunkt interkultureller Begegnung und Teil der europäischen Kultur. Hier geht es um klassische interkulturelle Lernprozesse im Kontext europäischer Kultur, die jedoch auf der regionalen Ebene stattfinden.

Mit der zuletzt gekennzeichneten Schnittstelle ist der Bogen von der regionalen zur europäischen Identität geschlagen, dessen Produkt als „Europäische Kompetenz“ und dessen Prozeß als transnationales Lernen bezeichnet werden kann.

Selbstredend handelt es sich hier um ein normatives Konzept, denn wir diskutieren hier nicht, inwieweit diese Prozesse bisher realisiert und ihre Chancen genutzt worden sind.

Dennoch wollen wir abschließend und unser Beispiel weiterführend, einige Voraussetzungen für die Realisierung dieser Lernprozesse und Schnittstellen angeben. Ein erster praktischer Schritt, diese Schnittstellen als Lernkanäle zu nutzen, ist die Schaffung von Schnittstellen-Instrumenten. Hier sind folgende Instrumente zu unterscheiden: interkulturelle Kompetenzen sowie transnationale Institutionen als Koordinationsagenturen.

### *Sprachkompetenzen*

Wir beschränken uns hier auf die Sprachkompetenzen, die analog zu den genannten Schnittstellen zu sehen sind:

- Binationale Hochsprachen (z.B. deutsch-französisch).
- Grenzübergreifende Regionalsprachen (z.B. Rhein- und Moselfränkisch).
- Die Europäischen Regionalsprachen, (z.B. Katalanisch, Walisisch etc.).
- Instrumentelle Sprachen, die innerhalb der vertikalen und horizontalen regionalen Netze in Europa zum Zweck des Verstehens gesprochen werden, wie z.B. das Englische.
- Die interkulturelle Sprachkompetenz, d.h. die Kompetenz, die den kulturellen Kontext der Sprache beherrscht und damit die Perspektive des anderen europäischen Kulturkreises, der Nationalkultur und Regionalkultur einzunehmen weiß (wie z.B. des romanischen. Sie ist eines der wirksamsten Mittel der Verständigung zwischen dem „Eigenen“ und „Fremden“.
- Die kulturelle Formensprache des künstlerischen Mediums, wie z.B. Musik und bildende Kunst, ist ein Ausdruck globaler Verständigungskultur und kann als Mittel dienen, die Entgrenzung einzugrenzen und im Fremden das Eigene zu entdecken. Sie kann auf allen genannten Ebenen eingesetzt werden, da sie zwar aus der kulturellen Identität schöpft, an sie jedoch nicht gebunden und universell vermittelbar ist.

Bei unserem Beispiel ergeben sich als *Koordinationsagenturen* (vergl. Schmitt-Egner 1993<sup>9</sup>):

- Deutsch-französische Institutionen.
- Saar-Lor-Lux-Institutionen.
- Europäische Institutionen.
- Sonstige Institutionen und Organisationen, die den romanischen Kulturkreis betreffen.
- Allgemeine kulturelle Institutionen und Produzenten, deren Arbeit auf Europa ausgerichtet ist.

## 9 Zusammenfassung

Ausgehend von einer einfachen (nominalen) Identitäts- Definition haben wir im ersten Teil die verschiedenen Dimensionen des Identitätsbegriffs skizziert, um die Spezifika der Regionalen Identität als Erscheinungsform territorialer Identität lokalisieren zu können. In einem weiteren Schritt versuchten wir die drei analytischen Ebenen zu bestimmen, die zur Erforschung regionaler Identität relevant sind: „Identifying the region“, „identified by the region“, „identifying with the region“. In einem dritten Schritt konnten wir aus diesem analytischen Raster ein Fragekatalog (framework) zur empirischen Erforschung regionaler Identität herleiten. Diese Ebene bezog sich auf die interne

---

9 Diese Institutionen sind bei Schmitt-Egner (1993a) zahlenmäßig und ihren transnationalen Funktionen gemäß aufgelistet.

Ermittlung regionaler Identität, bei der die Literatur gewöhnlich stehen bleibt. Unser These dagegen ist, daß die Interaktion von „Innen“ und „Außen“, die für die Weiterentwicklung des Identitätsbegriffs konstitutiv ist, nur auf der Basis eines Regionskonzeptes ermöglicht werden kann, das den kohärenten Zusammenhang zwischen seiner Raum- und System-„Natur“ thematisiert. Von der Systemumwelt der Region ausgehend, konnte so sein horizontales Referenzsystem als Entgrenzungsprozeß und sein vertikales als Begrenzungsprozeß hergeleitet werden. Die jeweilige „Antwort“ auf diese Prozesse, nämlich Ausgrenzung, Eingrenzung und Auflösung (der Grenzen), konstituiert ein erweitertes Konzept von Regionaler Identität als transnationale Interaktion. Als Lernfeld der Eingrenzung begriffen, kann sie zur transnationalen bzw. europäischen Kompetenz führen. Es handelt sich dabei um komplementäre Lernprozesse auf der horizontalen Ebene (zwischen den Regionen und im Umgang mit der Globalisierung), ebenso wie innerhalb des vertikalen Referenzsystems, das nunmehr durch die supranationale Ebene erweitert wird. Als Voraussetzungen für den Erwerb von „Europäischer Kompetenz“ fungieren die transnationalen Schnittstellen und ihre Instrumente. Sie sollen den Transnationalen Regionalismus befähigen, immer mehr auch zum Subjekt des europäischen Integrationsprozesses zu werden und nicht nur das Objekt europäischer „top down“-Politik zu bleiben. „Europäische Kompetenz“ wird somit zum entscheidenden Verbindungsglied zwischen regionaler und europäischer Identität.

Im zweiten Teil haben wir die erweiterten Parameter einer „Europäischen Identität“ entwickelt. Analytische Basis dieses modernen Identitätsbegriffs ist die Triade von „Wurzel“ (roots), Kompetenz und Interaktion. Sie fungiert nicht nur als Grundlage der Abgrenzung, sondern der selbstbewußten Eingrenzung, die ihre Quellen in transnationalen Lernprozessen und interkulturellem Austausch findet und jene kritisch zu nutzen weiß. Die „Zukunftsfähigkeit“ dieses Identitätsbegriffs wird dann in einem Diskurs zur Ursprungsgeschichte Europas (am Beispiel der griechischen Kultur) erörtert und dargestellt, daß diese Kultur eine Produkt transnationalen Lernens war.

Abschließend wird am Beispiel der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit von Regionen in Europa gezeigt, wie ein transnationaler Identitätsbildungsprozeß von „unten“ stattfinden kann.

Am Beispiel der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Saar-Lor-Lux werden die Schnittstellen und Medien dieser transnationalen Lernprozesse konkretisiert und an einem Modell aufgezeigt, inwieweit die „Europäische Kompetenz“ von Regionen zu einer europäischen Integration „von unten“ beitragen kann.

## Literatur

- Assmann, Aleida 1994: Zum Problem der Identität aus kulturwissenschaftlicher Sicht, in: Rolf Lindner, Die Wiederkehr des Regionalen. Über neue Formen der Identität, Frankfurt/NY, S. 13-35
- Bache, Ian 1998: Regional Policy in Europe, Manchester
- Blotevogel, Hans-Heinrich 1996: Auf dem Weg zu einer Theorie der Regionalität. Die Region als Forschungsobjekt der Region, in: Brunn (Hrsg.) 1996: S. 44-68
- Bossong, Waldemar u.a. (Hrsg.) 1994: Westeuropäische Regionen und ihre Identität, (Mannheimer historische Forschungen Bd. 4), Mannheim
- Brunn, Gerhard (Hrsg.) 1996: Region und Regionsbildung in Europa, Baden-Baden
- Brunn, Gerhard/Schmitt-Egner, Peter (Hrsg.) 1998: Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Europa. Theorie, Empirie, Praxis, Baden-Baden
- Erbe, Michael 1994: Die historische Dimension regionaler Identität, in: Bossong u.a. a.a.O., S. 36-45
- Frankenberg, Peter/Schuhbauer, Jörg 1994: Raumbezogene Identität in der Geographie im Lichte neuerer Veröffentlichungen, in: Bossong u.a. (Hrsg.) a.a.O., S. 13-35
- Giddens, Anthony 1990: The Consequences of Modernity, Stanford
- Giesen, Bernhard 1993: Die Intellektuellen und die Nation. Eine deutsche Achsenzeit Frankfurt/Main
- Groß Bernd/Schmitt-Egner Peter 1994: Europas kooperierende Regionen. Rahmenbedingungen und Praxis transnationaler Zusammenarbeit deutscher Grenzregionen in Europa, Baden-Baden
- Hauser, Karl 1995: Identitätspsychologie, Berlin
- Hesse, Jens-Joachim 1995/96: Der Ausschub der Regionen, Baden-Baden
- Hrbek, Rudolf/ Weyand, Sabine 1994: betrifft: Das Europa der Regionen, München
- Ipsen, Detlef 1996: Region zwischen System und Lebenswelt, in Brunn (Hrsg.), a.a.O., S. 112-118.
- Kalbfleisch-Kottsieper, Ulla 1995: Legitimationsprobleme der Europäischen Union, in: INTERREGIONES Nr. 4, S. 20-40
- Leiris, Michel 1985: Die eigene und die fremde Kultur, Frankfurt
- Lilli, Waldemar 1994: Sozialpsychologische Implikationen regionaler Identität, in Bossong, Waldemar u.a. (Hrsg.), S. 85-97
- Lindner, Rolf 1994: Die Wiederkehr des Regionalen. Über neue Formen der Identität, Frankfurt/NY
- Lohauß, Peter 1995: Moderne Identität und gesellschaftliche.Theorien und Konzepte, Opladen
- Luhmann, Nicklas 1990: Identität-was oder wie? in ders.: Soziologische Aufklärung, Bd. 5, Konstruktivistische Perspektiven, Opladen, S. 14-30
- Ders. 1992: Beobachtungen der Moderne, Frankfurt/Main
- Ders. 1993: Gesellschaftsstruktur und Semantik. Studien zur Wissenssoziologie der Modernen Gesellschaft, Bd. 3, Frankfurt/Main, S. 430
- Morin, Edgar 1988: Europa denken, Frankfurt/Main
- Nietzsche, Friedrich 1980a: Unzeitgemäße Betrachtungen: Vom Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben in: Werke, Bd. 1 (Hrsg. K. Schlechta), 5. Aufl. München, Wien
- Ders. 1980b: Die Philosophie im tragischen Zeitalter der Griechen, in Werke, Bd. 5 (Hrsg. K. Schlechta), 5. Aufl. München, Wien, S. 355ff.
- Schmitt-Egner, Peter 1993: Interkulturelle und europäische Schnittstellen des Saarlandes, in Jacques Robert/Francois Talvat/Peter Schmitt-Egner, Das Saarland im Wettbewerb der europäischen Regionen, Bd. 2, Straßburg

- Ders. 1996: Die „Europäische Kompetenz“ von Regionen – Ein Paradigma des Transnationalen Regionalismus? Eine propädeutische Skizze zur Theorie, Empirie und Praxis transnationaler Kooperation von Regionen in Europa., in INTERREGIONES Nr. 5, S. 7-56
- Ders. 1998, Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Europa als Gegenstand wissenschaftlicher Forschung und Strategie transnationaler Praxis, in Brunn/Schmitt-Egner (Hrsg.), S. 27-77
- Ders. 1999: Handbuch der Europäischen Regionalorganisationen, Baden-Baden (i.E.).
- Spangenberg, Peter Michael 1994: Einheiten in der Differenz? in: Bossong u.a. (Hrsg.), S. 132-151
- Ruano-Borbelan, Jean-Claude (Ed.) 1998: L'identité: L'individu. Le groupe. La société, Auxerre
- Weichhard Peter 1996: Region – Chimäre, Artefakt oder Strukturprinzip sozialer Systeme, in Brunn (Hrsg.) 1996, S. 25-43
- Ders. 1990: Raumbezogene Identität. Bausteine zu einer Theorie räumlich-sozialer Kognition und Identifikation, Stuttgart

# Politische Mobilisierung und die Identifikation von Interessen

## Das Beispiel Lega Nord

*Gabriele Mordt*

In den letzten Jahren wurde die sozialwissenschaftliche Diskussion über die Ursachen und Dynamik kollektiven Handelns durch eine Reihe von Arbeiten<sup>1</sup> bereichert, die unter den Stichworten *Identität* und *Identitätspolitik* die Bedeutung affektuelier und wertrationaler Handlungsmotivationen für politisches Engagement in den Mittelpunkt ihrer Analysen stellen. Ihr theoretischer Hintergrund ist durchaus heterogen, sie teilen jedoch weitgehend die Einschätzung, daß *Interessen* sich sowohl theoretisch als auch empirisch aus *Identitäten* ergeben und ihnen daher kausalanalytisch nur eine nachgeordnete Bedeutung zukommt. Die entgegengesetzte Position wird von instrumentalistisch argumentierenden Ansätzen vertreten: Sie betrachten zweckrationales Handeln und individuelle Kosten-Nutzen-Kalküle als ausschlaggebend für kollektives Handeln. Die Kontroverse zwischen diesen diametral entgegengesetzten Theorierichtungen kann, vor allem in der Nationalismus- und Ethnizitätsforschung, auf eine mittlerweile recht lange Tradition zurückblicken. Es fehlt auch nicht an Stimmen, die die blinden Stellen beider Richtungen benennen und eine kritische Ergänzung und Fortführung beider Perspektiven anmahnen.<sup>2</sup> Dennoch sind auch in den aktuellen Debatten beide Positionen wieder in zum Teil recht einseitiger Form vertreten.

Am einen Ende des Spektrums finden sich Autoren wie Samuel Huntington, dessen These vom *Kampf der Kulturen* (1996) in der akademischen und nicht-akademischen Öffentlichkeit breit rezipiert und diskutiert wurde. Ihm geht es darum, nach dem Zerfall der bipolaren Welt des Kalten Krieges ein neues Paradigma zur Analyse internationaler Beziehungen zu entwickeln. Er prognostiziert, daß die Konflikte der nächsten Jahrzehnte

---

1 Zu nennen sind hier z.B. Belliotti (1995), Calhoun (1994), Giddens (1991), Hall (1994), Scheff (1994).

2 So stellen z.B. Schlee/Werner fest: „Um die soziokulturellen Grenzziehungsprozesse jenseits eines wertzentrierten Kollektivismus einerseits und eines rationalistischen Individualismus andererseits zu erfassen, bedarf es einer kritischen Ergänzung und Fortführung beider Perspektiven, die sowohl die expressiven als auch die instrumentellen Aspekte erfaßt.“ (Schlee/Werner 1996: 18f.)

nicht mehr entlang ökonomischer Trennlinien zwischen armen und reichen Ländern oder entlang ideologischer Unterschiede zwischen Kapitalismus und Sozialismus auftreten, sondern entlang kultureller Bruchlinien verlaufen werden – sowohl zwischen als auch innerhalb der „großen Zivilisationen“. Das Handeln von Individuen und auch von Staaten wird seiner Meinung nach vor allem von ihren kulturellen Identitäten<sup>3</sup> bestimmt. „In dieser neuen Welt ist Lokalpolitik die Politik der Ethnizität, Weltpolitik die Politik von Kulturkreisen. Die Rivalität der Supermächte wird abgelöst vom Konflikt der Kulturen.“ (Huntington 1996: 24) Die Prämisse, daß Interessen nur vom Standpunkt der eigenen Identität aus entwickelt werden können<sup>4</sup>, führt bei Huntington allerdings zu der problematischen Annahme, daß affektuelle, wertrationale und zweckrationale Handlungsmotivationen miteinander in Einklang stehen. Sie münden in Handlungsstrategien, die auf dem Vertrauen zur eigenen oder verwandten Kultur sowie auf dem Mißtrauen gegenüber „fremden“ Kulturen gründen und primär den Schutz bzw. den Machtzuwachs der eigenen Kultur zum Ziel haben.

Huntingtons Ansatz hat neben Zustimmung auch Kritik erfahren – meiner Meinung nach zurecht, denn er enthält eine ganze Reihe problematischer soziologischer Implikationen. Eine sehr grundlegende Kritik an der hier in Anschlag gebrachten Dominanz wertrationaler und affektueller Handlungsmotivationen wird von Vertretern des Rational Choice-Paradigmas formuliert, die von der gegenteiligen Annahme ausgehen: Auch kollektives Handeln auf askriptiver Basis läßt sich als rationale Strategie zur Nutzenmaximierung erklären. Gegenüber Ansätzen, die bei derartigen Mobilisierungen wertrationalem oder affektuelllem Handeln eine gewichtige Rolle zuschreiben, plädieren sie dafür, das Erklärungspotential ihres Theorieansatzes nicht vorschnell beiseite zu schieben. Michael Hechter, der auf der Suche nach einer handlungstheoretischen Unterfütterung seiner ursprünglich strukturtheoretisch angelegten Analyse der innerbritischen Regionalismen auf die Rational Choice-Theorie stieß, argumentiert dafür u.a. aus forschungsstrategischen Gründen folgendermaßen: Erklärungen von Gruppenbildung und Gruppen-solidarität, die auf emotionale Mechanismen rekurren, erscheinen ihm momentan noch als sehr wenig elaboriert, Erklärungen, die wertrationale Handlungsmotivationen in Anschlag bringen, als zu restriktiv und empirisch schwer überprüfbar. Beide Ansätze lieferten zudem nur ex-post-Erklärungen. Aus einer Rational Choice-Perspektive hingegen hält er es für möglich, falsifizierbare ex-ante-Annahmen darüber zu entwickeln, unter welchen Umständen sich solidarische Großgruppen bilden, die diese Solidarität in politische

---

3 Huntington's Konzept der kulturellen Identität ist ursprünglich recht breit angelegt, verengt sich im Laufe seiner Argumentation dann aber immer mehr auf einen religiös begründeten Identitätsbegriff.

4 „Die Menschen leben nicht von Vernunft allein. Sie können erst dann ihr Eigeninteresse klären und rational verfolgen, wenn sie sich selbst definiert haben. Interessenpolitik setzt Identität voraus.“ (Huntington 1996: 147)

Mobilisierung überführen können (Hechter 1995: 55f.). Russell Hardin versucht aus ähnlichen Erwägungen heraus, die Entstehung von Gruppensolidarität und Gruppenkonflikten als Resultat rationaler Handlungsstrategien ihrer Mitglieder zu analysieren. Erklärtes Ziel seines Buches ist „to go as far as possible with a rational choice account of the reputedly primordial, moral, and irrational phenomena of ethnic and nationalist identification and action“ (Hardin 1995: 16). Diese Intention teilen auch die Autoren, die sich in dem 1995 von Breton et al. herausgegebenen Sammelband zum Thema *Nationalism and Rationality* äußern. Unterstützt werden diese thematisch orientierten Plädoyers für eine Verwendung des Rational Choice-Ansatzes durch metatheoretische Argumente, die diese Theorie zum koordinierenden Paradigma der Sozialwissenschaften erhoben wissen wollen.<sup>5</sup>

Das Plädoyer dafür, das Erklärungspotential der Theorien zweckrationalen Handelns nicht vorschnell beiseite zu schieben, scheint mir gut begründet. Erklärungen regionalistischer Mobilisierung, die die materiellen Interessen der Akteure für unwesentlich halten, blenden damit einen wesentlichen Bestandteil sozialen Lebens aus. Andererseits lassen sich aber auch nicht alle Dimensionen sozialen Handelns auf rationale Wahlakte reduzieren. Rational Choice-Theorien haben unter genau spezifizierten Rahmenbedingungen fruchtbare Ergebnisse geliefert. James Bohman vertritt die These, die Vertreter des Rational Choice Paradigmas hätten, von den anfänglichen Erfolgen ihres Ansatzes beflügelt, seinen Anwendungsbereich immer weiter ausgedehnt und schließlich überdehnt. „... they have either broadened their explanations in ways that are often inconsistent with their own core assumptions or have imported extratheoretical assumptions about institutional structure or alternative models of rationality from outside the theory.“ (Bohman 1992: 208) Ich möchte in diesem Aufsatz zunächst die theoretischen Grenzen benennen, die Rational Choice-Ansätze respektieren müssen, wollen sie sich bei der Analyse kollektiven Handelns in Form sozialer Bewegungen nicht in Selbstwidersprüchlichkeiten verstricken oder ihre Erklärungskraft einbüßen. Im zweiten Teil dieses Artikels werde ich dann an einem empirischen Beispiel, an Italiens Lega Nord, zeigen, daß eine Perspektive, die diese Grenzen berücksichtigt, ohne die Rolle instrumentellen und strategischen Handelns ganz auszublenden, wichtige Beiträge zu einer Theorie kollektiven Handelns leisten kann.

## Die Grenzen des Rational Choice-Paradigmas

Eine Huntingtons Thesen diametral entgegengesetzte Position vertreten Autoren, die die handlungsleitende Relevanz sozialer Identifikationen vollständig als Resultat von Kosten-Nutzen-Kalkülen begreifen. Ein instruktives Bei-

---

5 Vgl. dazu z.B. Coleman (1991-1994), Esser (1993), Wiesenthal (1987).

spiel für ein derartiges Vorgehen läßt sich bei Anthony Oberschall finden, der im weiteren Sinn zu den Vertretern des resource mobilization approach zählt. Er hat sich die immer wieder an Rational Choice-Ansätzen zur Erklärung kollektiven Handelns vorgebrachte Kritik, sie seien grundsätzlich defizitär, weil sie die zentrale Dimension sozialer und kollektiver Identitäten ignorierten, zu Herzen genommen und versucht, eine Theorie kollektiver Identität auf der Grundlage des Rational Choice-Paradigmas zu entwickeln. Dabei bedient er sich bestimmter rollentheoretischer Annahmen. Soziale Identitäten, ob zugeschrieben oder erworben, werden als Rollen verstanden, die den Akteur mit bestimmten Rollenerwartungen konfrontieren. Die Erfüllung dieser Erwartungen ist wiederum mit Kosten verbunden – und wenn es nur die Opportunitätskosten an Zeit sind, die einer bestimmten Rolle gewidmet wird. Gleichzeitig resultiert rollenkonformes Handeln aber auch in Gratifikationen instrumenteller und expressiver Art. Ausgehend von dieser Prämisse vermutet Oberschall, daß sich individuelle Handlungsstrategien als das Ergebnis eines Wahlakts darstellen lassen, der den sozialen Druck, der mit verschiedenen Rollenerwartungen verbunden ist, auf eine den Nutzen des Individuums maximierende Weise ausbalanciert.

Ich möchte hier nun nicht im einzelnen nachzeichnen, wie Oberschall versucht, seine Theorie zu operationalisieren<sup>6</sup>. Ich möchte vielmehr auf eine Prämisse Oberschalls aufmerksam machen, die er nicht ausdrücklich nennt, die aber seinem Ansatz implizit zugrundezuliegen scheint. Er unterstellt in seinem Modell, daß unsere sozialen Identitäten und die mit ihnen verbundenen Rollen unserem Entscheidungshandeln alle gleichermaßen zugänglich sind, daß sie uns, deutlich voneinander unterscheidbar, mit ihren Forderungen konfrontieren und wir jeden unserer Handlungsabläufe auf rollenspezifische Kosten-Nutzen-Relationen hin analysieren können. Innerhalb der rollentheoretischen Diskussion wurden die Defizite eines derartigen Rollenkonzepts ausführlich diskutiert (vgl. dazu Krappmann 1993). Verschiedene soziale Identitäten können unterschiedlich tief in unserer Persönlichkeitsstruktur und unseren Handlungsroutinen<sup>7</sup> verankert sein. Bestimmte Arten, die Welt zu sehen, uns in der Welt zu sehen und uns in ihr zu bewegen, erscheinen uns so selbstverständlich, daß wir allenfalls im Fall auftretender Konflikte anfangen darüber nachzudenken, mit welcher sozialen Identität wir sie zu verbinden haben – und selbst dann werden wir die Frage oftmals nicht oder nicht ohne weiteres beantworten können. Verallgemeinernd läßt sich sagen, daß uns unsere sozialen Identitäten unterschiedlich stark prägen und daher intentionalem und speziell zweckrationalem Handeln in unterschiedli-

---

6 Es zeigt sich, daß dies schon in einem sehr einfachen Modell, in dem nur zwei soziale Identitäten miteinander in Konflikt geraten, ein sehr komplexes und schwieriges Unterfangen ist.

7 Ich erinnere hier nur an die Arbeiten zum Habitus-Konzept von Norbert Elias oder auch, aus einer etwas anderen Perspektive, von Pierre Bourdieu.

chem Maße zugänglich sind. Weiterhin muß eine Kalkulation der Kosten und Nutzen, die mit spezifischen sozialen Identitäten verbunden sind, zumindest in unseren westlichen Gegenwartsgesellschaften den Umstand berücksichtigen, daß über die Bedeutung von Rollen und den mit ihnen verknüpften Verhaltenserwartungen nicht unbedingt Konsens besteht. Welche empirischen und normativen Konsequenzen ergeben sich heute aus der Identität als Frau oder Mann? Was bedeutet es in unserer Gesellschaft, Christ zu sein? Was zeichnet einen „guten Deutschen“ aus? Diese und ähnliche Fragen sind in enttraditionalisierten, pluralistischen Gesellschaften wesentlich umstritten. Die Vorstellung einer stabilen Identität, die man *hat* und die sich aus verschiedenen Rollen mit jeweils klaren, möglichst widerspruchsfreien Normen zusammensetzt, die uns alle gleichermaßen kognitiv zugänglich sind, könnte Überlegungen wie die von Oberschall zumindest im Ansatz als plausibel erscheinen lassen: Wir finden bestimmte Rollen und Rollenerwartungen fertig vor, sind so in der Lage zu kalkulieren, wie die jeweils rollenspezifischen Kosten-Nutzen-Relationen ausfallen und können nach dieser Maßgabe entscheiden, wie stark wir uns in den einzelnen Rollen engagieren wollen. Diese Annahmen sind aber für (spät)moderne Gesellschaften nicht mehr aufrechtzuerhalten.

Daraus ergibt sich eine erste Begrenzung der Erklärungskraft von Rational Choice-Ansätzen. Der Versuch, die Bedeutung sozialer Identität für kollektives Handeln restlos durch ein Nutzenmaximierungskalkül zu erklären, eben in der Form, daß Akteure die Handlungsrelevanz ihrer verschiedenen sozialen Identitäten rein nach dem Prinzip der Interessenkalkulation abwägen, führt zu ganz grundsätzlichen Verzerrungen. Ein problematischer Aspekt an Huntingtons Ansatz ist sicherlich der Umstand, daß er in seinem Bestreben, kulturelle Grenzen überzubetonen, die Verhältnisse innerhalb einer Kultur zu stark homogenisiert. So bestimmt bei ihm z.B. die religiöse Identität die „Interessen“ *der* Muslime, und Fragen danach, ob z.B. die Interessen der muslimischen afghanischen Frauen tatsächlich mit den Interessen der ebenfalls muslimischen Taliban deckungsgleich sind, kommen bei ihm gar nicht erst zur Sprache. Genauso einseitig wie die Annahme, eine „Basisidentität“ bestimme die Ausprägung aller Interessen erscheint mir aber die gegenteilige Unterstellung, die Bedeutung sozialer Identitäten ergebe sich für die individuellen Akteure rein aufgrund von Kosten-Nutzen-Kalkülen.

Viele Vertreter der Rational Choice-Theorien würden diesem Argument zwar zustimmen, aber zugleich darauf hinweisen, daß es keinen grundlegenden Einwand gegen ihren Ansatz begründet. Man müsse ja nicht alle Formen sozialer Identität in dem Bereich ansiedeln, der individuellen Entscheidungen zugänglich ist, sondern könne unhintergehbare Formen oder Folgen sozialer Identität im Bereich der constraints verorten, die den Entscheidungsspielraum des Individuums begrenzen. Im Begriff der constraints werden von den Rational Choice-Theorien Zwangsbedingungen des Handelns aufgenommen, die dem individuellen Dispositionsvermögen Grenzen setzen. Dazu zählen

neben strukturellen und institutionellen Handlungsbedingungen auch die Prägungen durch Sozialisationsprozesse, die nicht reflexiv eingeholt werden können, zu denen die Akteure keine innere Distanz herzustellen vermögen (Wiesenthal 1987: 444f.). Sehr stark im Individuum verwurzelte Identitäten, deren normative Komponenten kaum kontrovers sind, könnten aufgrund dieser Überlegungen als nicht hintergehbare Voraussetzungen sozialen Handelns, d.h. als constraints, analysiert werden, während Identitätskomponenten, die der reflexiven Distanzierung zugänglich sind, wählbare Handlungsoptionen zur Verfügung stellen. Man könnte so Identitätsmodelle entwerfen, die empirisch überprüft werden können. „Indem gefragt werden kann, ob Normen als constraints oder als Kostenfaktor wirken, ist zugleich ein Indikator für ihre faktische Regulierungsstärke gewonnen.“ (Wiesenthal 1987: 445)

Das forschungsstrategische Potential eines derartigen Vorgehens ist in der Tat gerade für unsere Gegenwartsgesellschaften, die sich dadurch charakterisieren lassen, daß mehr und mehr soziale Tatbestände von unhintergehbaren Handlungsbedingungen zu Gegenständen von Entscheidungszwängen werden, von zentraler Bedeutung. Allerdings stößt man dabei auf ein zentrales Problem innerhalb des Rational Choice-Paradigmas, das meiner Meinung nach zu einer weiteren Abgrenzung seines legitimen Anwendungsbereichs führt, und zwar auf die Frage, wie sich Werte und Normen in Kosten-Nutzen-Kalküle und Maximierungsstrategien einbinden lassen.

Die Rational Choice-Theorie bringt auf theoretischer Ebene zwei unterschiedliche, voneinander unabhängige Elemente zur Erklärung sozialen Handelns in Anschlag: das subjektive Element des individuellen Nutzens und das objektive der äußeren Beschränkungen, denen der Handelnde unterliegt. Werden Identitätskonzepte oder Normen von einem Bestandteil der constraints zu Kostenfaktoren im Bereich der Handlungsmöglichkeiten, wechseln sie die Ebene und werden von objektiven Handlungsbeschränkungen zu Elementen individueller Nutzenkalküle. Empirische Anwendungen dieser Theorie unterstellen sehr häufig, daß die soziologisch relevante und interessante Handlungsmotivation der Akteure darauf gerichtet ist, private und instrumentelle Güter, wie vor allem Reichtum, gelegentlich auch Macht und Prestige, zu maximieren, um dadurch Zugang zu den Dingen zu bekommen, die sie um ihrer selbst willen schätzen. Dadurch setzen sie die individuellen, subjektiven Vorstellungen von Nutzen als bekannt und vor allem als konstant voraus und können dadurch Veränderungen im sozialen Handeln allein als Resultat der Veränderung der sozialen Beschränkungen, denen der Einzelne unterliegt, erklären (Hechter 1994: 318f.).

Diese Forschungsstrategie impliziert die starke These, daß man seine immateriellen Wertvorstellungen durch den Einsatz instrumenteller Ressourcen befriedigen bzw. realisieren kann, daß also instrumentelle und nicht-instrumentelle Werte in einem Verhältnis der Austauschbarkeit stehen. Diese These läßt sich so nicht halten. Nicht alles, was uns wertvoll ist, läßt sich durch den Einsatz instrumenteller Ressourcen erlangen, und daher kommt es

immer wieder zu Situationen, in denen wertrationale und affektuelle Handlungsmotivationen mit zweckrationalen Kalkülen in Konflikt geraten. Empirisch zeigt sich immer wieder, daß nicht alles soziale Handeln zweckrationalen Beweggründen unterliegt. Daraus ergibt sich eine zweite Begrenzung, die Rational Choice-Ansätze hinsichtlich ihres Erklärungspotentials akzeptieren müssen. Es reicht nicht aus, wenn soziale Identitäten ihren theoretischen Ort entweder als nicht hintergehbare Handlungsbedingungen im Bereich der constraints oder als Kostenfaktoren im feasible set haben. Sie beeinflussen auch die Ausbildung von Präferenzen, die nicht in instrumentellen Maximierungsstrategien aufgehen.

Innerhalb des Rational Choice-Paradigmas lassen sich drei unterschiedliche Strategien im Umgang mit nichtinstrumentell motiviertem Handeln erkennen. Man kann erstens behaupten, daß alles Handeln in letzter Instanz instrumentelles Handeln ist und sich auf die Suche nach den verborgenen instrumentellen Motivationen machen. Dieses Vorgehen scheint mir sehr fragwürdig und theoretisch letztendlich inkonsistent zu sein. Es beruht darauf, daß die Annahme nutzenmaximierender Akteure nicht als empirisch zu überprüfende Hypothese, sondern als analytische Prämisse verwendet wird, die sich nicht widerlegen läßt und somit dem Verdikt der Selbstimmunisierung unterliegt. Lawrence Boland führt diese Nicht-Widerlegbarkeit auf logische Eigenschaften der Form der „All-and-some-statements“ zurück (Boland 1981: 1034). Da strikt universelle Aussagen nicht verifizierbar und strikte Existenzaussagen nicht falsifizierbar sind, entsteht aus ihrer Kombination – in diesem Fall in der Aussage „Für *alle* Akteure gilt, daß sie *irgendetwas* maximieren“ – eine, wie Jürgen Kaube es ausgedrückt hat, unangreifbare Festung ohne Zugbrücke (Kaube 1996: 142).

Zweitens kann man zwar anerkennen, daß Menschen auch wertrational bzw. affektiv handeln, diesen Umstand aber für insignifikant halten: entweder weil nicht-instrumentelles Handeln zu selten vorkommt, um auf der Makro-Ebene von Belang zu sein, oder weil nichtinstrumentelle Werte in der Bevölkerung zufallsverteilt sind und sich ihre Effekte daher auf der Makro-Ebene gegenseitig aufheben. Gerade diese Annahmen werden von den Autoren bestritten, die u.a. die regionalistischen Bewegungen der westlichen Gegenwartsgesellschaften als Zeichen dafür werten, daß affektuelle und wertrationale Handlungsorientierungen nicht nur existieren, sondern sich immer mehr im Bereich öffentlichen Handelns bemerkbar machen und daß dabei ihre beschreibbare strukturelle „Ungleichverteilung“ Anlaß zu Konflikten gibt. Dieser Streitpunkt läßt sich nicht theorieimmanent, sondern nur empirisch klären.

Und schließlich kann man die Maximierungsprämisse aus ihrer zweckrationalen Engführung lösen und auch die Maximierung anderer Werte bzw. Präferenzordnungen zulassen. D.h. man präjudiziert nicht, entlang welcher Dimensionen die Akteure ihren Nutzen maximieren wollen bzw. wie sie ihn definieren. Handelnden wird die Fähigkeit zur Selbstdistanz zugebilligt, die

sich in der Ausbildung von Metapräferenzen äußert. Diese Strategie scheint mir die Grenzen, innerhalb derer die Rational Choice-Theorie fruchtbar angewendet werden kann, zu überdehnen und ihre Erklärungskraft zu beeinträchtigen.<sup>8</sup> Amartya Sen, der die Fähigkeit zur Bildung von Metapräferenzen unter dem Begriff der Reflexivität thematisiert, führt diesen gerade deswegen ein, weil seiner Ansicht nach ausschließlich an Nutzenmaximierung orientierte Akteure in allen tatsächlich existierenden Gesellschaften keine kompetent handelnden Menschen, sondern „rationale Narren“ wären (Sen 1979). Die Fähigkeit zur Abwägung zwischen verschiedenen Präferenzstrukturen ist nach Sen gerade das, was einen im vollen Sinn „rationalen“ Akteur auszeichnet. Sobald man aber eine Art von Reflexivität unterstellt, die diese Abwägung leisten kann, bringt man offensichtlich einen Rationalitätsbegriff in Anschlag, der wesentlich breiter ist als der die Rational Choice-Theorien tragende Begriff der instrumentellen Vernunft. Außerdem wird zusammen mit dem Konzept der Reflexivität notwendigerweise ein gewisses Maß an Unbestimmtheit zugelassen. Das Resultat reflexiver Abwägung und Überlegung läßt sich, auch wenn man noch soviel zusätzliche Variablen oder Ad-hoc-Erklärungen zum Einsatz bringt, nie mit letzter Eindeutigkeit prognostizieren. Wollte man die ganze Bandbreite menschlichen Handelns mit zweckrationalen Kosten-Nutzen-Kalkülen erklären, würde man den legitimen Anwendungsbereich des Rational Choice-Ansatzes überdehnen. Daraus ergibt sich eine dritte Begrenzung des legitimen Anwendungsbereichs von Rational Choice-Ansätzen. In dem Moment, wo Rational Choice-Erklärungen bei den Akteuren mehrere Präferenzordnungen zulassen, unter denen diese dann in konkreten Handlungskontexten abwägen müssen, bringen sie einen Rationalitätsbegriff ins Spiel, der eine Theorie der Zweckrationalität bzw. die Regeln der Kosten-Nutzen-Kalkulation überschreitet.

Eine theoretische Perspektive, die die Wichtigkeit instrumentellen Handelns anerkennt, ohne es zum alleinigen Kausalprinzip zu erheben, trägt in mehrerer Hinsicht Wichtiges zu einer Theorie kollektiven Handelns bei. Sie kann Hinweise darauf geben, wann sich Menschen aufgrund welcher Gemeinsamkeiten politisch engagieren, sie kann ein ideologiekritisches Gegengewicht zu einer übermäßigen Kulturalisierung sozialer Phänomene darstellen, und wirft dadurch relevante Fragen auf, die aus einer stark identitätstheoretischen Perspektive überhaupt nicht in den Blick geraten. Bevor ich dies am Beispiel der Lega Nord konkretisiere, möchte ich noch einmal theseartig zusammenfassen, wo die Erklärungsgrenzen von Rational Choice-Ansätzen liegen.

1. Die Bedeutung sozialer Identitäten für kollektives Handeln kann nicht durch ein Nutzenmaximierungsmodell erklärt werden. Die Vorstellung,

---

8 Eine ausführlichere Argumentation für diese These findet sich z.B. bei Bohman (1992).

- Akteure würden sich denjenigen ihrer sozialen Identitäten am meisten verpflichtet fühlen, die ihnen bei geringsten Kosten den größten Nutzen versprechen, greift zu kurz.
2. Das Problem des Zusammenhangs von Identität und Interesse läßt sich auch nicht dadurch lösen, daß man die Normen, die mit sozialen Identitäten verbunden sind, wahlweise im Bereich der constraints oder des feasible set ansiedelt: Soziale Identitäten beeinflussen die Ausbildung von Metapräferenzen, die dann den Bereich des Möglichen in einer spezifischen Weise strukturieren.
  3. In dem Moment, wo Rational Choice-Ansätze Metapräferenzen zulassen, die es den Akteuren ermöglichen, sich zwischen unterschiedlichen Präferenzordnungen zu entscheiden, bringen sie einen Rationalitätsbegriff ins Spiel, der eine Theorie der Nutzenabwägung bzw. die Kategorien der Zweckmäßigkeitserwägungen überschreitet.

## **Der Aufstieg der Lega Nord**

Ilvo Diamanti (1993, 1994) unterteilt die Entwicklungsgeschichte der norditalienischen Autonomiebewegungen in vier Phasen: die konstituierende Phase (1983-1987), die Aufbauphase (1987-1990), die Durchsetzungsphase (1990-1992) und die wohl bis heute andauernde Konsolidierungsphase. Die konstituierende Phase ist vor allem durch die Erfahrungen der 1980 gegründeten Liga Veneta geprägt, die in den industrialisierten Zonen des Veneto 1983 völlig unerwartet ein Wahlergebnis von 8% erzielte. Ihr organisatorischer Gründungskern war die „Società filologica veneta“, die sich schon in den siebziger Jahren formiert hatte. Als ihr zentrales Anliegen sah sie die Verbreitung des Bewußtseins, daß der Veneto eine eigenständige Sprache, Kultur und regionale Identität besitze, die gegenüber Eingriffen von außen zu schützen seien (Diamanti 1992: 233). Konkret richteten sich diese Schutzbestrebungen zu Beginn der achtziger Jahre gegen die katholische Kirche und die Partei der Christdemokraten (DC), denen zum einen eine Instrumentalisierung der Religion für politische Zwecke und zum anderen ein Verrat am spezifischen Arbeitsethos der Kultur des Veneto vorgeworfen wurden: Die DC eigne sich die Produkte der Arbeit des Nordens an um sie, systematisch und von der Kirche gestützt, in den Süden umzuverteilen (vgl. dazu auch Fix 1995). „Jede Stimme für die Liga Veneta war eine Stimme gegen Rom, gegen den Staat und gegen den Süden, der eine Projektionsfläche für alle staatlich programmierten Fehlentwicklungen darstellte.“ (D'Amato/Schieder 1995). Die anfänglichen Wahlerfolge ließen sich aber nicht konsolidieren, da sich bald eine Interessendivergenz zwischen der Liga Veneta und ihrer Basis herausbildete. Während die Liga an ihrem Projekt einer ethnisch begründeten Autonomiebewegung festhielt, lag ihren Wählern mehr an einem Eintreten für konkrete, materielle Interessen.

Die Aufbauphase hingegen war stark geprägt von den Erfahrungen, die Umberto Bossi mit der 1982 gegründeten Lega Lombarda sammelte. Er stellte rasch fest, daß eine politische Mobilisierung im Namen einer eigenständigen ethnischen oder gar nationalen Identität in der Lombardei nicht funktionieren konnte. „Anders als im Veneto gibt es in der Lombardei eine Vielzahl von Dialekten, die untereinander nicht kommunikabel und die zudem in den Städten meistent dem Gebrauch des Italienischen gewichen sind.“ (D’Amato/Schieder 1995: 59) Also definierte Bossi das Kriterium des Territoriums neu. Die Lombardei wurde von einer ethnisch eigenständigen Region zur Basis einer Interessengemeinschaft gegen Rom und gegen den Süden. Mit diesem Solidarisierungsangebot verzeichnete die Lega Lombarda 1987 bei den Wahlen beeindruckende Erfolge im gesamten Territorium der Lombardei. Bei den Kommunal- und Regionalwahlen vom Mai 1990 wurde sie mit 20,0% der Stimmen zur zweitstärksten Fraktion im Regionalparlament.

Die Durchsetzungsphase begann mit den Bemühungen Bossis um eine Vereinigung der verschiedenen regionalen Leghe in Norditalien. Er setzte eine Konföderation zwischen der Lega Nord, der Liga Veneta, der Bewegung Piemont Autonomista und den Leghe in den Regionen Ligurien, Emilia-Romagna und Toskana durch. Neben wahltaktischen Beweggründen – Bossi wollte eine Zersplitterung des Wählerreservoirs vermeiden – stand hinter diesen Einigungsbestrebungen programmatisch die Idee der „Republik des Nordens“, die die gemeinsamen kulturellen Interessen der Völker des Po-Alpen-Raums gegen den Rest Italiens verteidigen sollte. Aufgrund dieses Programms hatten sich die einzelnen Teil-Leghen Norditaliens bereits im Dezember 1989 zur Allianz des Nordens (Alleanza Nord) formiert. 1991 vereinigten sie sich endgültig, mit Bossi als unangefochtenem Führer<sup>9</sup>, unter der Bezeichnung Lega Nord. In den politischen Forderungen der Lega dominierte in dieser Phase ein radikaler Föderalismus. Sie wollte die Aufteilung Italiens in drei fiskal- und wirtschaftspolitisch weitgehend autonome Makro-Regionen durchsetzen: in eine Republik des Nordens (Padania), des Zentrums (Etruria) und des Südens (Repubblica del Sud). Diesen Forderungen verlor sie u.a. mit Sezessionsdrohungen Nachdruck.

Die Konsolidierungsphase schließlich ist durch das spannungsvolle Verhältnis zwischen der Lega Nord und der Forza Italia Berlusconi geprägt. Bei den Parlamentswahlen 1992 wurde die Lega mit über 18% der Wählerstimmen zur zweitstärksten Partei Norditaliens, im Zentrum und im Süden waren ihre Erfolge jedoch nur marginal. Bei den Kommunal- und Regionalwahlen 1993 erzielte sie im Norden wiederum beachtliche Resultate. So konnte sie in Mailand, der für sie so symbolträchtigen Hauptstadt des „arbeitenden Nordens“, den Bürgermeister stellen. Bei den Wahlen im März 1994 sah sich die

---

9 Er mußte allerdings zunächst einen internen Machtkampf gegen Franco Rocchetta von der Liga Veneta und Gipo Farassino von der Bewegung Piemont Autonomista für sich entscheiden.

Lega aufgrund der Einführung des Mehrheitswahlrechts gezwungen, eine Allianz mit Forza Italia und der Alleanza Nazionale Gianfranco Finis (AN) einzugehen. Forza Italia gewann 21% der Stimmen, die AN 13,5% und die Lega 8,4%. Noch in der Wahnacht ging Bossi auf Distanz zu seinen Koalitionspartnern, die Koalitionsverhandlungen gestalteten sich schwierig, und die Koalition hielt nicht lange. Berlusconi geriet sehr schnell in die Kritik, u.a. wegen seiner Medienpolitik und wegen der Ermittlungsverfahren gegen seine Firma Fininvest.<sup>10</sup> Mitte Oktober kam es zu einem eintägigen Generalstreik, Mitte November protestierten in Rom eineinhalb Millionen Gewerkschafter. Bossi nahm dies zum Anlaß, sich von Berlusconi abzusetzen und die Koalition zu beenden. Am 22.11.1994 wurde Berlusconi selbst ein Ermittlungsbescheid zugestellt, Mitte Dezember wurde er vernommen, am 22.12. kam er einer Abstimmung über ein Mißtrauenvotum zuvor und trat zurück. Viele Beobachter und Kommentatoren vermuteten, die Allianz Bossis mit der insgesamt eher unglücklichen Regierungskoalition Berlusconis hätte die Lega Nord nachhaltig geschwächt, sie hätte mit den Wahlen 1994 den Höhepunkt ihrer Wirksamkeit bereits erreicht. Bei den Wahlen 1996<sup>11</sup> trat die Lega jedoch wieder allein, ohne Bündnispartner an und stellte „für viele Beobachter den ‚heimlichen Wahlsieger‘ dar. Sie erzielte landesweit mehr als 10% der Listenstimmen und errang 59 Sitze in der Kammer sowie 24 Mandate im Senat“ (Helms 1996: 389). In Norditalien wurde sie mit 20% der Stimmen zur stärksten Partei.

Eine wichtige Voraussetzung für die Mobilisierungserfolge der Lega Nord ab Beginn der 90er Jahre war die Verschiebung der *politischen Gelegenheitsstrukturen*. Das Konzept der *political opportunity structure* wurde vor allem von Tarrow (z.B. 1994) für die Forschung über soziale Bewegungen fruchtbar gemacht. Die Situation in Italien läßt sich mit dem von ihm entwickelten Analyserahmen sehr gut fassen. Tarrow zufolge verläuft politische Mobilisierung in Zyklen, die durch eine Veränderung der politischen Gelegenheitsstrukturen ausgelöst werden. Unter diesem Begriff faßt er all die politischen Gegebenheiten zusammen, die kollektives Handeln entweder begünstigen oder behindern. Sein besonderes Augenmerk gilt dabei gruppenexternen Ressourcen. „Social movements form when ordinary citizens ... respond to changes in opportunities that lower the cost for collective action, reveal potential allies and show where elites and authorities are vulnerable.“ (Tarrow 1994: 18) Veränderungen in der politischen Gelegenheitsstruktur können sich u.a. aus neuen Regierungsmehrheiten nach Wahlen, durch Spaltungen innerhalb der politischen Eliten, oder auch aufgrund veränderter internationaler Konstellationen ergeben. Der sich dadurch erweiternde Hand-

---

10 Eine detaillierte Analyse des „Phänomens Berlusconi“ liefert Stefan Kreml (1996).

11 Die Zeit zwischen dem Rücktritt der Regierung Berlusconis und den Wahlen 1996 wurde durch ein überparteiliches „Technokratenkabinett“ unter Lamberto Dini überbrückt.

lungsspielraum wird im allgemeinen nicht nur von *einem* kollektiven Akteur genutzt. Es kommt zu einer Welle politischer Mobilisierung in verschiedenen sozialen Bewegungen, die deshalb auch nicht nur mit staatlichen oder parteipolitischen Instanzen, sondern auch untereinander in Konflikt oder zumindest im Wettbewerb stehen. Verengen sich die Gelegenheitsstrukturen wieder, flacht der Protestzyklus ab, und es schließt sich eine Phase des Quietismus und der politischen Passivität an.

Die politische Krise, die sich in Italien Ende der 80er Jahre abzuzeichnen begann und spätestens 1992 manifest wurde, betraf nicht nur die politischen Institutionen im engeren Sinne. Da die etablierten Parteien nicht nur das politische System besetzten, sondern über eine ganze Reihe von Kontrollmechanismen auch die gesellschaftlichen Interaktionen in einem weiteren Sinn kontrollierten, „entwickelte sich die Krise des politischen Systems zwangsläufig zur Gesellschaftskrise“ (Fix 1995: 189). Ausgelöst wurde sie u.a. durch das Ende des Kalten Krieges. Der Zerfall des Ostblocks berührte die italienische Innenpolitik auf ganz besondere Weise. Mit ihm verlor die ideologisch begründete Spaltung der italienischen Gesellschaft in ein kommunistisches und in ein katholisches Lager an handlungsleitender Wirkung. Die zwei wichtigsten Parteien, Christdemokraten (DC) und Kommunisten (PCI), konnten sich nicht mehr auf die weltanschaulich fundierte Loyalität ihrer Wähler verlassen. Die Gefahr einer kommunistischen Machtübernahme war nicht mehr gegeben. Damit verlor vor allem die DC ein wichtiges Element ihrer legitimatorischen Basis. Immer mehr Wähler begannen ihre Einschätzung der Politiker nicht mehr allein an deren Parteizugehörigkeit, sondern an ihrer tatsächlichen Leistung auszurichten. Dadurch geriet die Handlungsunfähigkeit der wichtigsten politischen Organe verstärkt ins Blickfeld. Parlament und Regierung waren aufgrund der Parteienfragmentierung im Parlament, dem Resultat eines reinen Verhältniswahlrechts ohne Sperrklausel, zur Mehrheitsfindung nur nach langwierigen Aushandlungsprozessen in der Lage. Italien schien durch einen Reformstau blockiert, den die Politiker nicht mehr aufzulösen wußten. Erst nachdem diese Atmosphäre der Unzufriedenheit mit dem politischen System im allgemeinen und den etablierten Parteien im besonderen zur Formierung neuer politischer Akteure geführt hatte, konnte es überhaupt zu der Aufdeckung ausgedehnter Korruptionsnetzwerke (*tangentopoli*) kommen, die das etablierte politische System endgültig delegitimierten.<sup>12</sup> Die Ermittlungen begannen 1992, als der sozialistische Politiker Mario Chiesa von einem mittelständischen Unternehmer wegen Schmiergeldforderungen angezeigt wurde. Chiasas Geständnisse und die darauf folgen-

---

12 „The thesis can be formulated that it was only with the rise of new political actors – most prominently the Lega – and the corresponding decline of the hegemonic power of the governing bloc dominated by the DC and the PSI, that the juridical investigation could gain this prominence in shaping Italian politics in the early 1990s.“ (Schmidtke 1996: 126).

den Untersuchungen der Mailänder Justiz unter Antonio di Pietro enthüllten ein System der Korruption, das nicht länger dem moralischen Versagen einzelner Politiker angelastet werden konnte.<sup>13</sup>

Aber noch bevor dieses System in seinem ganzen Ausmaß zu erahnen war, zeichnete sich bei den Wahlen 1992 das Ende der Ersten Republik<sup>14</sup> ab. Das existierende politische System hatte mit zunehmender Delegitimierung zu kämpfen, die etablierten politischen Eliten erschienen reformunwillig oder reformunfähig, tradierte Problemlösungsstrategien versagten. In dieser Situation verschoben sich die politischen Gelegenheitsstrukturen derart, daß ein unkonventionelles politisches Engagement nicht nur moralisch geboten, sondern auch strategisch erfolgversprechend erschien.

Diese Beobachtungen stützen die These, daß affektuelle und wertrationale Überzeugungen allein noch keinen ausreichenden Anstoß für politisches Engagement liefern. Sie werden zumindest auf einer breiten Basis erst dann handlungsrelevant, wenn Aussicht darauf besteht, daß sich die Kosten politischen Einsatzes wieder auszahlen. Die Entscheidung dafür, sich überhaupt politisch zu engagieren, wird also zweifelsohne auch von strategischen Erwägungen beeinflusst. Unter der Voraussetzung einer günstigen politischen Gelegenheitsstruktur bleibt dann aber immer noch die Frage offen, im Rahmen welcher sozialen Bewegung sich Menschen politisch mobilisieren lassen. Tatsächlich zeigte sich auch in Italien, daß die Lega Nord bei ihrem Werben um Anhänger nicht nur mit den etablierten politischen Parteien konkurrieren mußte. Neben der Lega nutzten noch drei andere „neue“ politische Akteure die Gunst der Stunde und boten sich als Katalysatoren für die allgemeine Unzufriedenheit der Wähler an. Elisabeth Fix faßt sie unter dem Etikett *neue Bewegungsparteien* zusammen. Es handelt sich hierbei neben der Lega Nord um die Referendumsbewegung Mario Segnis, das Netzwerk Leoluca Orlando, La Rete, und die Forza Italia Silvio Berlusconi. Die Lega, die in den achtziger Jahren als erste dieser neuen Bewegungen die politische Bühne betrat, kann dabei als ‚Organisationsinnovateur‘ (Nedermann 1975: 20) bezeichnet werden. Will man erklären, wie sich Bossi nicht nur gegenüber den etablierten Parteien, sondern auch gegenüber seinen nicht-etablierten Konkurrenten behaupten konnte, ist ein kurzer Blick auf deren Intentionen und Programme unerlässlich.

---

13 In manchen Fällen stand die gesamte politische Führungsriege einer Region auf der Anklagebank. Zwischen Februar 1992 und Oktober 1994 wurden gegen 799 Personen Ermittlungen aufgenommen, von denen zu letztgenanntem Zeitpunkt bereits 179 verurteilt waren. Die genaue Summe an Bestechungsgeldern läßt sich nicht feststellen. Im *Economist* (10.03.1993) wurde sie auf vier Billionen US Dollar jährlich geschätzt (siehe auch Schmidtke 1996: 126).

14 „In the wake of the 1992 elections little is clear other than that the first Italian Republic is all but dead. Contrary to the views of eminent academics, anticommunism was the only reason why the Italian people tolerated it. As soon as they were able to junk the system safely, they set about the task with gusto.“ (Codevilla 1992: 164).

Die Referendums-Bewegung des prominenten Christdemokraten Mario Segni wurde 1989 gegründet. Sie stellte eine parteiübergreifende Initiative dar, die die notwendigen institutionellen Reformen nicht mehr auf parteipolitischem Weg, sondern über Volksabstimmungen vorantreiben wollte. Ihr erstes Ziel war die Einführung einer einzigen Präferenzstimme. Weitere Vorhaben bestanden in der Einführung des Mehrheitswahlrechts in allen Kommunen und der Änderung des Wahlsystems für den Senat (Fix 1995: 200). Mit der Referendums-Bewegung entstand auch zum ersten Mal in Italien ein parteienübergreifendes Wahlbündnis. Die Entscheidung dafür, die Bürger bei Volksabstimmungen direkt aufzufordern, selbst für eine Reform des politischen Systems aktiv zu werden, erfolgte nicht nur aus taktischen Erwägungen, sondern hatte auch symbolische Bedeutung: Sie sollte jeden einzelnen dazu auffordern, seinen „...*eigenständigen* Beitrag zur Reform des bewegungsunfähig gewordenen politischen Systems zu leisten“ (Fix 1995: 201).

La Rete wurde von Leoluca Orlando 1991 nach seinem Austritt aus der DC als Sammelbecken von Christdemokraten, parteilich nicht organisierten katholischen Aktivisten, Kommunisten und Hinterbliebenen von Mafia-Opfern gegründet. Das Netzwerk richtete sich vor allem gegen das „Netz“ der Mafia und gegen diejenigen, die dieses „Netz“ zur Befestigung ihrer politischen Macht auf kommunaler, regionaler oder nationaler Ebene nutzten.<sup>15</sup> Im Gründungsaufwurf von La Rete wurden als wichtigste Ziele „die Wiedererlangung der Bedingungen der alltäglichen Legalität“ und der Aufbau einer „Demokratie der Ehrlichen“ benannt (zitiert nach della Porta 1993: 62). Auch ihr ging es darum, Mißstände des politischen Systems zu beseitigen. Während Segnis Referendum-Bewegung zwar den einzelnen Bürger ansprach, aber doch von Angehörigen der politischen Elite getragen wurde, verstand sich La Rete ganz explizit als Bürgerbewegung, die die Gesellschaft von der Basis her reformieren will. Seit den Wahlen von 1992 tritt La Rete landesweit an, hat ihre Erfolge jedoch nach wie vor primär im Süden.

Als dritter politischer Akteur, der mit der Lega Nord darum konkurrierte, den Wählerprotest zu kanalisieren, ist schließlich Forza Italia zu nennen. Über Berlusconi Beweggründe, kurz vor den Wahlen 1994 vom Privatunternehmer zum politischen Unternehmer einer Bewegungspartei zu werden, ist viel spekuliert worden. Er selber begründete diesen Schritt mit seiner Befürchtung, die Demokratische Partei der Linken könne einen Sieg über das in sich gespaltene Mitte-Rechts-Lager erringen (*Corriere della Sera*, 20.01.1994). Tatsächlich dürfte es ihm aber auch darum gegangen sein, günstige politische Rahmenbedingungen für sein Firmenimperium Fininvest zu schaf-

---

15 La Rete sieht im „systematischen Zusammenhang zwischen der politischen Rolle der Mafia und dem System der Parteienherrschaft einen wesentlichen Strukturdefekt des Funktionierens des politischen Systems in Italien. Der wichtigste Nutznießer dieses Systems war die DC ...“ (Fix 1995: 202).

fen. „Gründungsmitglieder“ der Bewegung waren 26 Manager von Fininvest. Es waren auch Fininvest-Angestellte, die für Forza Italia die Aufgaben übernahmen, die normalerweise Parteifunktionäre erfüllen. Sie kümmerten sich um Interessenaggregation, Wählermobilisierung und die Rekrutierung von politischem Personal. Forza Italia verstand sich in Abgrenzung von den etablierten politischen Parteien explizit als *Bewegung*.<sup>16</sup> Sie begnügte sich mit einer rudimentären Organisationsstruktur, bestehend aus sogenannten „Clubs“, die laut Statut „mit kulturellen, gesellschaftlichen und im weiteren Sinne auch politischen Initiativen versuchen, die Anerkennung, Verbreitung und Vertiefung der liberal-demokratischen Gesinnung des Lebens und der Gesellschaft zu fördern“ (zitiert nach *Die Zeit*, 6.05.1994). Nach den Wahlen 1994 wurde Berlusconi, wie schon oben erwähnt, mit der Regierungsbildung beauftragt. Sein Rücktritt bedeutete offensichtlich keinen nachhaltigen Image-Verlust für Forza Italia. Auch bei den Wahlen 1996 schnitt sie wieder relativ gut ab. Sie blieb, gemessen an den Listenstimmen, die stärkste Partei des rechten Spektrums (Helms 1996).

Diese knappe Skizze der Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für den Aufstieg und die Konsolidierung der Lega Nord kann deutlich machen, welche Fragen sich bei der Analyse ihrer bisherigen Erfolgsgeschichte ergeben. Die generalisierte politische und gesellschaftliche Krise zu Beginn der 90er Jahre eröffnete neue politische Gelegenheitsstrukturen. Diese wurden von vier Bewegungsparteien genutzt: neben der Lega Nord gründeten sich die Referendums-Bewegung, La Rete und Forza Italia. Gemeinsam war diesen Bewegungen ihre Kritik an den Wirkungsmechanismen der Parteienherrschaft, an dem von ihnen verursachten Reformstau und an der endemischen Korruption. Trotz jeweils unterschiedlicher politischer Schwerpunktsetzungen – die Lega kämpfte primär gegen die zentralstaatliche Verfaßtheit, die Referendumsbewegung für zentralstaatliche Reformen, La Rete gegen die Verquickung von Politik und Mafia, und Forza Italia für eine neoliberalistische Umstrukturierung des ökonomischen Sektors – gab es doch auch eine ganze Reihe inhaltlicher Berührungspunkte. Drei dieser Bewegungsparteien suchten nach gesamtstaatlichen Auswegen aus der Krise Italiens, allein die Lega Nord konzentrierte sich primär auf Lösungen für nur eine Region, für den Norden. Zu klären ist nun, warum die durch die Erweiterung der politischen Gelegenheitsstrukturen angestoßene Mobilisierung eines breiten Protestpotentials in *einem* und *nur in einem* Fall in Form einer regionalistischen Bewegung erfolgte.

---

16 Ihr Generalsekretär drückte das so aus: „Forza Italia ist eine Meinungsbewegung, eine freie Vereinigung von Personen und keine politische Partei“ (Corriere della Sera, 6.01.1994, zitiert nach Fix 1995, 204).

## Klärungsversuche

Das Beispiel der italienischen Lega Nord ist für die Auseinandersetzung zwischen Identitäts- und Interessentheoretikern besonders instruktiv. Ihr fehlt eine Mobilisierungsvoraussetzung, die für Vertreter der jeweiligen Endpunkte des Spektrums unerlässlich ist: Die Lega konnte auf keine gewachsene, historisch verwurzelte nationale oder ethnische Identität Norditaliens zurückgreifen. Der territoriale Identitätsbezug der Norditaliener war noch 1993 deutlich stärker an ihre Gemeinde oder die umliegende Region als an „Norditalien“ geknüpft, ja sie fühlten sich sogar mit Europa noch vergleichsweise stärker verbunden (Schmidtke 1996: 223). Des weiteren spielte Regionalismus in der Geschichte des italienischen Nationalstaates weder als Prinzip staatlicher Organisation<sup>17</sup> noch als Bezugsrahmen politischer Partizipation<sup>18</sup> eine große Rolle. Alle historischen und empirischen Befunde sprechen dafür, daß man die Vorstellung einer norditalienischen Identität nicht als handlungsleitende Basis für die Mobilisierungserfolge der Lega voraussetzen kann, sondern daß sich ein derartiges Identitätskonstrukt allenfalls im Zusammenhang mit dem Aufstieg der Lega entwickelt hat.

Die bisherige Erfolgsgeschichte der Lega Nord kann also weder im Sinne Huntingtons umstandslos als Ausdruck einer „Politik der Ethnizität“ noch, im Sinne Oberschalls, als Resultat eines Kalküls rollenspezifischer Kosten-Nutzen-Relationen interpretiert werden. Eine Deutung ihrer Anziehungskraft, die allein auf die immer wieder thematisierte Dichotomie zwischen Süd- und Norditalien rekurriert und unterstellt, Bossi wäre deshalb erfolgreich, weil er endlich die Interessen artikuliere, die sich aus der „norditalienischen Identität“ ergäben, greift zu kurz. Wie die oben kurz skizzierte Aufstiegsgeschichte der Lega zeigt, konnte Bossi nicht auf ein tradiertes Bewußtsein einer *norditalienischen* kollektiven Identität zurückgreifen. Er schuf ein derartiges Identifikationsangebot erst durch die Vereinigung der einzelnen Leghe mit stark lokalen Bezügen zur Lega Nord. Die dieses Angebot definierenden Abgrenzungskriterien waren ebensowenig konstant wie die daraus abgeleiteten Interessen. Sie wurden von Bossi immer wieder modifiziert. Daher fehlen hier auch empirisch die notwendigen Voraussetzungen für einen Erklärungsansatz im Sinne Oberschalls. Es gibt (noch) keine klar definierte soziale Rolle des

---

17 Das Bemühen um eine vorsichtige Regionalisierung Italiens seit Anfang der 70er Jahre wurde von Putnam (1993) nachgezeichnet, der dieser Politik durchaus Erfolge bescheinigt. Hält man sich aber vor Augen, daß die Regionen nach wie vor nur über begrenzte Finanzautonomie verfügen und auf zentralstaatlicher Ebene nicht repräsentiert sind, muß man wohl eher der Einschätzung zustimmen, daß die Möglichkeiten einer eigenständigen Politikgestaltung auf regionaler Ebene bis zum heutigen Tag sehr begrenzt sind (Schmidtke 1996: 123).

18 In der letzten Welle eines breiten politischen und sozialen Protestes vor der Krise zu Beginn der 90er Jahre, also zwischen 1965 und 1975, lassen sich kaum politische Akteure finden, die sich territorial bzw. regional definieren (Tarrow 1989).

„Norditalieners“ mit eindeutigen Rollenerwartungen und -gratifikationen, die als Basis für ein Interessenskalkül dienen könnte.

Diamanti beklagt in seiner 1993 erschienenen, breit angelegten Studie über *La Lega* zu Recht die Tendenz zu oberflächlichen Erklärungen, die auf unterstellte ethnische Identifikationsprozesse oder kulturelle Dichotomien zwischen Nord- und Süditalien zurückgreifen. Für ihn beruht der Erfolg der Lega gerade nicht auf einer zum Fundamentalismus neigenden strikten Verteidigung kulturell begründeter Trennlinien, sondern auf ihrer Flexibilität. Sie versteht es immer wieder, sich den aktuellen soziopolitischen Strömungen anzupassen und nicht nur ihr Programm, sondern auch die soziale Gruppe, die sie mobilisieren will und deren Interessen zu vertreten sie beansprucht, neu zu definieren, mit dem Ziel, ihr Wählerpotential möglichst optimal auszunützen.

Daß soziopolitische Offenheit und Anpassungsfähigkeit die entscheidenden Ursachen für den Erfolg der Lega seien, wird auch von Giovanna Pajetta unterstrichen. Von ihr durchgeführte qualitative Interviews interpretiert sie dahingehend, daß die Fähigkeit der Lega, wie ein Chamäleon die Farben seiner jeweiligen Umgebung anzunehmen, ihren Anhängern ein Gefühl der Bestätigung, Beruhigung und politischer Würde vermittelt (Pajetta 1994). Dieser Feststellung mag durchaus zuzustimmen sein, aber sie benennt eher ein Problem denn eine Lösung. Warum finden manche Norditaliener gerade bei der Lega diese Bestätigung? La Rete ist in Norditalien deutlich weniger erfolgreich, obwohl ihre am Subsidiaritätsprinzip organisierte lockere Organisationsstruktur in lokalen Einheiten etwaige Durchgriffe einer „fremden“ süditalienischen Mentalität auf die Arbeit in den Basisgruppen minimiert.<sup>19</sup> Auch ihre Leitwerte, wie Ehrlichkeit und Kampf gegen Korruption, scheinen auf den ersten Blick durchaus mit den moralischen Forderungen der Lega vereinbar zu sein. Was die Lega von La Rete unterscheidet ist ihre Distanz zum Zentralstaat. Auf der Basis einer kollektiven norditalienischen Identität definiert sie Norditalien als den primären Fokus für legitime Solidaritätsansprüche, hinter dem eine gesamtitalienische Solidarität zurücktreten muß. Warum sollte gerade dies dem Wählerpotential der Lega ein Gefühl von Beruhigung und Anerkennung vermitteln?

Oliver Schmiedte und Carlo Ruzza (1993) versuchen diese Frage unter Bezug auf Giddens' Konzept der Politik der Lebensführung zu klären, welches nicht zweckrationale, sondern wertrationale Handlungsmotivationen in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit rückt. In einer Medienanalyse zeigen sie für die Anfangsjahre der Lega (1980-1990), daß die Themen, die den öf-

---

19 „In jeder Basiseinheit steht das Engagement für die Belange der kleinen Einheit, des Stadtteils oder der Stadt, im Vordergrund. Der Einsatz für die Belange der lokalen Gemeinschaft wird dabei so hoch gewichtet, daß die Bedingung für eine Mitarbeit nicht an die offizielle Mitgliedschaft in der Bewegung gebunden ist.“ (Fix 1995: 203).

fentlichen Diskurs bestimmten, zunehmend auch die Themen waren, die die Lega in ihren politischen Kampagnen in den Vordergrund rückte. Im einzelnen handelt es sich dabei um die Anprangerung politischer Korruption, um die Unzulänglichkeiten des politischen Systems, den desaströsen Zustand des öffentlichen Dienstes und um die systematische Verschwendung von Steuergeldern. Ihre Analyse der Beiträge in der meinungsbildenden, liberalen Zeitung *La Repubblica* kommt zu dem Resultat, daß die allgemeine Aufmerksamkeit für diese zentralen Anliegen der Lega in den letzten Jahren immer mehr gestiegen ist.<sup>20</sup> Als weiteren Grund für die Mobilisierungserfolge der Lega führen Schmidtke und Ruzza an, daß sie es vermochte, die desintegrierenden Wirkungen der Krise der dörflichen und kleinstädtischen Gemeinschaften durch ihr Angebot einer regionalen Identität aufzufangen. Diese kollektive Identität, die in einem „vornehmlich medial gestützten *public discourse* erzeugt“ (Schmidtke/Ruzza 1993: 26) wurde, bot den von der Lega propagierten Werthaltungen eine kulturelle Verankerung. Bilanzierend kommen sie zu dem Schluß, daß der Aufstieg der Lega Nord keinen Widerstand gegen die Auflösung traditionaler Lebensverhältnisse widerspiegelt und sich auch nicht auf der Basis einer als schicksalhaft empfundenen ethnischen Identität entfaltet. Vielmehr ist er Ausdruck eines politischen Protestes, als dessen „mobilisierendes Prinzip auf personaler Ebene die wissenschaftliche Entscheidung für einen Lebensentwurf, nicht aber die vorreflexiv eingeübte Identität des einzelnen auszumachen ist“ (Schmidtke/Ruzza 1993: 26).

Der hier zum Ausdruck kommenden Kritik daran, das Engagement für die Lega unter Rückgriff auf traditionale, vormoderne Orientierungen zu erklären, ist unbedingt zuzustimmen. Eine zu starke Konzentration auf wertrationale Handlungsorientierungen bei gleichzeitiger Vernachlässigung der Dimension materieller Interessen gerät jedoch leicht in Gefahr, zu dem von Kaschuba (1994) beklagten *Kulturalismus* beizutragen, der z.B. *soziale Ungleichheit* in *kulturelle Differenz* transformiert. Eine genauere Analyse der von der Lega vertretenen Werte macht deutlich, daß diese keineswegs zwangsläufig über den Verweis auf eine *norditalienische* Identität begründet werden müssen. Die Vorwürfe, die die Lega gegen das politische System richtet, lassen sich durchaus angemessen auch als Ausdruck einer an Gerechtigkeitsprinzipien orientierten emanzipatorischen bzw. universalistischen Politik formulieren. Der Norden erarbeitet einen Großteil der Ressourcen, die dann vom Zentralstaat aufgesogen und nach ineffizienten oder ungerechten Kriterien weiterverteilt werden, wobei der Norden konsequent benachteiligt wird. Sicherlich ist die Voraussetzung dafür in den Augen der Lega die spezifische Arbeitsethik der Norditaliener, die es überhaupt ermöglicht, daß dieser als illegitim empfundene Verteilungsprozess in Gang kommt. Die konkreten Proteste richten sich jedoch gegen die Weiter-

---

20 Ob dies als Erfolg der Öffentlichkeitsarbeit der Lega zu werten ist, oder ob die Lega schlicht von der Entwicklung der öffentlichen Meinung profitiert hat, lassen die Autoren allerdings offen.

verwendung der so erarbeiteten Ressourcen. Wenn die Lega als einen ihrer zentralen programmatischen Punkte immer wieder für den Norden finanzielle Autonomie einklagt, ob im Rahmen eines Bundesstaates oder eines in drei Teilrepubliken zergliederten Italiens, steht dahinter das Argument, daß es ungerecht ist, wenn die Menschen nicht über die Ressourcen verfügen können, die sie selbst erarbeitet haben.

Schließlich sollte man auch die materiellen und zweckrationalen Handlungsorientierungen nicht außer acht lassen, die ein Engagement für die Lega unterstützen können.<sup>21</sup> Schmidtke interpretiert das Phänomen „Lega Nord“ in seiner umfang- und materialreichen Studie von 1996 nicht mehr so stark als Ausdruck einer Politik der Lebensführung wie in seinem Aufsatz von 1993. Er sieht ihren Erfolg aber nach wie vor darin begründet, daß sie eine „Identitätspolitik“ formuliert und betreibt, die ursprünglich territorial fundiert war und sich im Verlauf ihrer Entwicklung mehr auf kulturelle Vergemeinschaftung stützt. Seine Untersuchung liefert gute Gründe dafür, warum die Lega mit einem derartigen Programm erfolgreich sein konnte. Unklar ist aber immer noch, was genau die Italiener, die sie wählen, von denen unterscheidet, die sie nicht wählen.<sup>22</sup> Hier könnte eine von Hardin (1995) inspirierte Analyse der jeweiligen Alltagsepistemologie von Lega-Wählern und -nichtwählern weiterhelfen. Wie nehmen sie jeweils ihre Position in Norditalien, im italienischen Nationalstaat, in Europa wahr? Und welche Schlußfolgerungen ziehen sie daraus? Der Verweis darauf, daß die Norditaliener unabhängig von ihrer beruflichen Position der Ansicht sind, sie könnten ökonomisch von einer Autonomie oder gar Sezession nur profitieren, weil dann der Ressourcentransfer nach Rom und in den Süden zu Ende wäre, erscheint auf den ersten Blick plausibel. Sie wird aber offensichtlich nur für ca. 20% der Norditaliener zum wahlentscheidenden Argument. Welche zweckrationalen Strategien verfolgen die anderen 80% mit ihren Wahlentscheidungen, und warum? Das Pauschalurteil, den Wählern der Lega komme es nur darauf an, daß sie „den Süden“ loswerden und sich vom parasitären Zentralstaat befreien wollen, wirft, genauso wie der Befund, die Norditaliener forderten über die Lega die Anerkennung ihrer Identität ein, mehr Fragen auf, als es beantwortet. Ein Forschungsansatz, der davon ausgeht, daß in spätmodernen Gesellschaften neben zweckrationalen auch wertrationale und affektuelle Motive politisches Handeln anleiten können und der nicht a priori bestimmte Abhängigkeitsverhältnisse zwischen ihnen unterstellt, kann zu differenzierteren Urteilen führen.

- 
- 21 Eine Berücksichtigung dieser Dimension sozialen Handelns könnte möglicherweise einen Erklärungsansatz dafür bieten, warum sich in Süditalien keine regionalistische, sich über *Identitätspolitik* legitimierende soziale Bewegung herausbildet. Für Süditaliener wäre es aufgrund materieller Erwägungen nicht sehr rational, unter Bezug auf eine eigenständige Identität die Separation vom italienischen Nationalstaat zu fordern.
  - 22 Die Zusammensetzung der Lega-Wähler weist keine schichtspezifischen Besonderheiten auf, sondern stellt mittlerweile einen repräsentativen Bevölkerungsquerschnitt dar.

## Literaturverzeichnis

- Anderson, Perry: *The Invention of the Region 1945-1990*, Working Paper No.94/2, Florenz 1994.
- Belliotti, Raymond: *Seeking identity. Individualism versus community in an ethnic context*, Lawrence 1995.
- Bohmann, James: „The Limits of Rational Choice Explanation“, in: Coleman, James/Fararo, Thomas (Hg.): *Rational Choice Theory. Advocacy and Critique*, Newbury Park; London; New Delhi 1992.
- Boland, Lawrence: „On the Futility of Criticizing the Neoclassical Maximization Hypothesis“, in: *American Economic Review*, Vol. 71, 1981, S. 1031-1036.
- Breton, Albert et. al. (Hg.): *Nationalism and Rationality*, Cambridge 1995.
- Calhoun, Craig: *Social Theory and the Politics of Identity*, Cambridge 1994.
- Codevilla, A.: „A Second Italian Republic“, in: *Foreign Affairs*, Vol. 71, No. 3, 1992.
- Coleman, James: *Grundlagen der Sozialtheorie*, 3 Bände, München 1991-1994.
- D'Amato, Gianni/Schieder, Siegfried: „Die Lega Nord: Zwischen ethnischer Staatsbürgerschaft und förderalem Projekt“, in: *Prokla: Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, Heft 98, Nr. 1, 1995, S. 53-68.
- della Porta, Donatella: *Bewegungen und Protest in Italien. Mögliche Szenarien für die 90er Jahre*“, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, Vol. 6, 1993, S. 59-68.
- Diamanti, Ilvo: „La mia patria è il Veneto. Valori e proposta politica delle Leghe“, in: *Polis* 6, 1992, S. 225-255.
- Diamanti, Ilvo: *La Lega. Geografia, storia e sociologia di un nuovo soggetto politico*, Mailand 1993.
- Diamanti, Ilvo: „Lega Nord: un partito per le periferie“, in: Ginzborg P. et al.: *Stato dell'Italia*, Mailand 1994
- Dreier, Volker: „Lega Nord. Morphologie, Entwicklung, Erfolg und Zukunft eines politischen Chamäleons“, in: *Neue politische Literatur* 1, 1995, S. 106-115.
- Esser, Hartmut: *Soziologie. Allgemeine Grundlagen*. Frankfurt/Main 1993.
- Fix, Elisabeth: „Die Genese der ‚Bewegungspartei‘ als neuer Parteityp im politischen System Italiens“, in: Nedelmann, Brigitta/Koepf, Thomas (Hg.): *Politische Institutionen im Wandel*, Opladen 1995, S. 188-214.
- Giddens, Anthony: *Modernity and Self-Identity. Self and Society in the Late Modern Age*, Oxford 1991.
- Giddens, Anthony: *Jenseits von Links und Rechts. Die Zukunft radikaler Demokratie*, Frankfurt/Main 1997.
- Hall, Stuart: *Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften* 2, Hamburg 1994.
- Hardin, Russel: *One for All. The Logic of Group Conflict*, Princeton 1995.
- Hechter, Michael: „The Role of Values in Rational Choice Theory“, in: *Rationality and Society*, Vol. 6, No. 3, 1994, S. 318-333.
- Hechter, Michael: „Explaining Nationalist Violence“, in: *Nations and Nationalism*, Vol. 1, No. 1, 1995, S. 53-68.
- Helms, Ludger: „Der italienische Machtwechsel von 1996 und seine Folgen“, in: *Leviathan*, H. 3, Jg. 24, 1996, S. 387-394.
- Huntington, Samuel: *Der Kampf der Kulturen. The Clash of Civilizations. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert*, München; Wien 1996.
- Kaschuba, Wolfgang: „Kulturalismus: Vom Verschwinden des Sozialen im gesellschaftlichen Diskurs“, in: *Berliner Journal für Soziologie*, H. 2, 1994, S. 179-192.
- Kaube, Jürgen: „Rationales Handeln – Probleme seiner Theorie“, in: „*Soziale Systeme. Zeitschrift für Soziologie*, H. 1, 1996, S. 137-152.

- Krappmann, Lothar: Soziologische Dimensionen der Identität. Strukturelle Bedingungen für die Teilnahme an Interaktionsprozessen, Stuttgart 1993.
- Krempf, Stefan: Das Phänomen Berlusconi. Die Verstrickung von Politik, Medien, Wirtschaft und Werbung, Frankfurt/Main 1996.
- Mannheimer, Renato (Hg.): *La Lega Lombarda*, Mailand 1991.
- Melucci, Alberto/Diani, Mario: *Nazioni senza stato. I movimenti etnico-nazionali in Occidente*, Mailand 1992.
- Meyer, Thomas: *Identitäts-Wahn. Die Politisierung des kulturellen Unterschieds*, Berlin 1997.
- Nedelmann, Brigitta: „Handlungsraum politischer Organisationen. Entwurf eines theoretischen Bezugsrahmens zur Analyse von Parteientstehung“, in: *Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik* 4, 1975, S. 9-118.
- Oberschall, Anthony: *Ethnic Conflict and Collective Identify*, Unveröffentlichtes Manuskript, 1994.
- Pajetta, Giovanna: *Il Grande Camaleonte. Episodi, passioni, avventure del leghismo*, Mailand 1994
- Putnam, Robert D.: *Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy*, Princeton 1993.
- Scheff, Thomas: *Bloody Revenge. Emotions, Nationalism, and War*, Boulder; San Francisco; Oxford 1994.
- Schlee, Günther/Werner, Karin: *Inklusion und Exklusion: Die Dynamik von Grenzziehungen im Spannungsfeld von Markt, Staat und Ethnizität*, Köln 1996.
- Schmidtko, Oliver/Ruzza, Carlo: „Regionalistischer Protest als ‚Life Politics‘“ in: *Soziale Welt*, H. 1, 1993, S. 5-29.
- Schmidtko, Oliver: *Politics of Identity: Ethnicity, Territories and Political Opportunity Structure in Modern Italian Society*, Sinzheim 1996.
- Sen, Amartya: „Rational Fools.“ in: Hahn, F./Hollis, M. (Hg.): *Philosophy and Economic Theory*, Oxford 1979, S. 87-109.
- Tarrow, Sidney: *Democracy and disorder: protest and politics in Italy, 1965-1975*, Oxford 1989.
- Tarrow, Sidney: *Power in Movement. Social Movements, Collective Action and Politics*, Cambridge 1994.
- Wiesenthal, Helmut: „Rational Choice“, in: *Zeitschrift für Soziologie*, H. 6, Jg. 16, 1987, S. 434-449.
- Wieser, Theodor: „Regionen auf schwachen Beinen“, in: Ferraris, Luigi/Trautmann, Günther/Ullrich, Hartmut (Hg.): *Italien auf dem Weg zur ‚zweiten Republik‘?*, Frankfurt/Main 1995, S. 379-386.

# Kultur als Identitätsgenerator in ostdeutschen Regionen

Zum Verhältnis von Integration und Differenz im vereinten Deutschland

*Wolfgang Bergem*

## 1 Innere Einheit und innere Vielfalt

Alljährlich am 3. Oktober steht ein Schauspiel auf dem Spielplan der deutschen Staatsbühne, in dem ein Chor von Politikern und Publizisten in dunklen Klängen eine *Unio mystica* anmahnt: In zahlreichen Reden und Leitartikeln zum Tag der deutschen Einheit wird die „innere Vereinigung“ beschworen, die es nun, nach der äußeren, staatlichen Vereinigung, zu schaffen gelte. Die meisten politischen, journalistischen und wissenschaftlichen Zwischenbilanzen zum Prozeß der deutschen Vereinigung sind sich einig in der skeptischen Defizitanzeige, daß die Vollendung der „inneren Einheit“ in Form einer „kulturellen Integration“ als eine der Politik und Gesellschaft gestellte Aufgabe noch ausstehe<sup>1</sup>. Nun dürfte unstrittig sein, daß auch moderne Gesellschaften auf ein gewisses Mindestmaß an Gemeinschaftlichkeit und Zusammengehörigkeitsgefühl angewiesen sind, und sicherlich hat die „kommunitäre“, von „lebensweltlichen Gemeinschaften und interpersonalen Netzwerken“ geprägte Kultur<sup>2</sup> in Ostdeutschland durch die friedliche Revolution von 1989 der daraufhin vereinigten Republik wertvolle politische Erfahrungen bereitgestellt. Jedoch steht der diffuse Topos von der inneren Einheit in seinem monistischen Kern in einem Spannungsverhältnis zur pluralistischen Vorstellung von legitimer gesellschaftlicher Vielfalt, kultureller Offenheit und regionaler Unterschiedlichkeit. Unklar bleibt bei den Appellen an eine Vertiefung der politisch-kulturellen Integration auf nationaler Ebene, wie weit in einer vielfältig ausdifferenzierten Gesellschaft in einem föderalistisch organisierten Staat mit schrumpfenden nationalen Souveränitätsrechten und Entscheidungskompetenzen der Bedarf an Übereinstimmung in Werthaltungen, Einstellungen und Mentalitäten, an Uniformität in gemeinsamen Erinnerungen, aktuellen Selbstbildern und Zukunftsentwürfen, an Homogenität in bezug auf kollektive Identität eigentlich reicht.

Die Feststellung einer „inneren Entfremdung“<sup>3</sup> oder auch „Wiederentfremdung“<sup>4</sup> zwischen Ost- und Westdeutschen läßt die Frage offen, welches

---

1 Vgl. etwa Eppelmann 1995; Hettlage/Lenz 1995; Kaase 1995; Schäuble 1997.

2 Probst 1998: 7.

3 Geißler 1995: 141.

Gesellschaftsbild der Forderung nach Überwindung der konstatierten „inneren Mauer“<sup>5</sup> als Zielvorstellung zugrunde liegt. Wo die deutsche Vereinigung als „eine großartige Chance für Heil-Werden und Ganz-Sein“<sup>6</sup> verstanden wird, schimmern die alte deutsche Konfliktscheu und Harmoniesehnsucht durch – mit ihrer problematischen Nähe zu organischen Ganzheitsvorstellungen im völkischen Denken. In der Anknüpfung an die politisch-kulturelle Tradition harmonistischer Gemeinschaftskonzeptionen verdankt der „Imperativ der inneren Einheit“ seine Popularität – neben seiner national orientierten semantischen Aufladung – auch der Tatsache, daß er sich als Argument in der Auseinandersetzung zwischen neuen und alten Bundesländern über knapp gewordene Ressourcen und politische Prioritätensetzung „auf fast jeden beliebigen politischen, ökonomischen, sozialen und mentalen Zusammenhang projizieren [läßt] – sei es in polemischer, in interessengeleiteter, in besorgter oder in wissenschaftlich-neugieriger Absicht“<sup>7</sup>. Hans-Joachim Veen sieht das für den nationalstaatlichen Zusammenhalt notwendige Maß an innerer Einheit in Form eines normativen Grundkonsenses in bezug auf die fundamentalen Prinzipien der Verfassung, „ergänzt um soziale Marktwirtschaft und Westintegration, nationale Identifikation und Grundsympathie“, als bereits erreicht an und relativiert die Ost-West-Differenz in Deutschland, indem er an die Adresse jener Argumentationen, die Stereotypisierungen und Mentalitätslücken zwischen Ost- und Westdeutschen zum Vereinigungsdefizit erklären, fragt: „Wer hat je die mentalen Unterschiede zwischen rheinischen Katholiken, norddeutschen Lutheranern und schwäbischen Pietisten zu einem Problem der inneren Einheit gemacht?“<sup>8</sup> Gegen diese Auffassung vom vorhandenen hinreichenden Minimalkonsens wird nun vorgebracht, die empirisch ermittelten Differenzen hinsichtlich der Einstellungen zu Demokratie, Sozialstaat und Vermittlungsinstitutionen drückten folgenreiche „grundsätzlichere Differenzen“ aus; daher wird auf der nationalen Hausaufgabe insistiert, nach der formalen Vereinigung „müssen die Bürger der alten und der neuen Länder zu einer integrierten politischen Gemeinschaft zusammenwachsen“<sup>9</sup>.

Die zahlreichen empirischen Untersuchungen zu politischen Orientierungen, Werthaltungen und Einstellungsmustern, deren Wahrnehmungs- und Interpretationsschemata das nationale Analysegebiet gemäß der früheren deutsch-deutschen Grenze teilen, weisen detailliert Differenzen zwischen

---

4 Fach 1995: 25.

5 Maaz 1991: 154.

6 Maaz 1991: 159.

7 Veen 1997: 19.

8 Veen 1997: 27 und 21.

9 Fuchs/Roller/Weßels 1997: 3.

Ost- und Westdeutschland aus<sup>10</sup> und prognostizieren je nach theoretischer Fundierung und vorausgesetztem Erkenntnisinteresse teils eine mittelfristige Angleichung, teils eine fortbestehende Disparität zwischen den politischen Kulturen im Osten und Westen der Republik. Für eine Beurteilung der ermittelten Trends entscheidend und daher umstritten bleibt die Frage, ob die festgestellten Differenzen lediglich situativ die Unterschiede in den aktuellen Problemlagen, den sozialen und ökonomischen Bedingungen sowie in politischen Erwartungshorizonten spiegeln oder ob hier eine prinzipielle, in der fundamentalen Verschiedenheit der Sozialisationserfahrungen in Ost und West verankerte Kluft vorliegt, die den für das Funktionieren der Demokratie notwendigen Zusammenhalt gefährde. Handelt es sich bei den Ost-West-Differenzen im vereinigten Deutschland um einen Zusammenprall grundlegend verschiedener tradierter Kulturen oder nur um aktuelle Unterschiede in der politischen Kultur? Zu einer Annäherung an diese Frage, die zwischen den Vertretern der Situationshypothese und denen der Sozialisationshypothese letztlich kaum geklärt werden kann<sup>11</sup>, soll im folgenden Beitrag im Blick auf Ostdeutschland die Perspektive von der teilnational-dichotomischen auf die regionale Ebene verlagert werden.

Die Selbst- und Fremdzuschreibungen von kollektiver Identität in der Berliner Republik stimmen in der Wahrnehmung der Trennung einer ostdeutschen von einer westdeutschen Gesellschaft weitgehend überein. Die Kommunikationsstörungen zwischen Ost- und Westdeutschen und das ostdeutsche Empfinden ökonomischer Benachteiligung haben in den neunziger Jahren das Entstehen einer prononcierten DDR-Identität post festum motiviert. Die ostdeutsche Selbstwahrnehmung als Erinnerungs- und Erzählgemeinschaft, die ihre Identität vor allem durch die Abgrenzung von Westdeutschland<sup>12</sup> sowie dessen Abwertung<sup>13</sup> begründet und die lebendige Leiche DDR als Narration wieder auferstehen läßt, bestärkt die Vorstellung von einer relativ homogenen ostdeutschen Gesellschaft, fast Gemeinschaft. Deren Mitglieder identifizieren sich – in dieser Wahrnehmung – primär über die biographische Tatsache, Bürger oder Bürgerin der DDR gewesen zu sein. Vereinigung und Transformation generierten demnach eine ostdeutsche Abgrenzungsidentität, deren Konstruktionsprinzipien in der aktuellen Selbstbehauptung gegenüber dem Westen und der Kompensation von Entwertungserlebnissen liegen, aber

---

10 Vgl. beispielsweise Bauer-Kaase 1994; Westle 1994; Brähler/Richter 1995; Gabriel 1995; Meulemann 1995; Gabriel 1996; Fuchs/Roller/Weßels 1997; Pickel/Walz 1997; Zelle 1998.

11 Vgl. hierzu die Überblicksdarstellung bei Pollack/Pickel 1998: 10-12.

12 Vgl. Rutschky 1995: 856; oder Ritter 1996: 143f. und 174-179.

13 Die ostdeutsche Abwertung westlicher Institutionen, des westlichen politischen Systems sowie der Westdeutschen kann verstanden werden als Reaktion auf die erfahrene eigene Abwertung durch Westdeutschland, auf das Gefühl, als Bürger zweiter Klasse behandelt zu werden; vgl. Pollack 1997: 12f.

auch im Wieder-Erzählen der Vergangenheit, in der Erinnerung an gemeinsame lebensweltliche Erfahrungen.

Inzwischen häufen sich jedoch die Anzeichen dafür, daß Prozesse der internen Differenzierung und Pluralisierung es zunehmend erschweren, eine als homogen und kohärent gedachte Gesellschaft in Ostdeutschland ihrem westdeutschen Pendant gegenüberzustellen. Das Verblassen der Demarkationslinie des Kalten Krieges legt die Annahme nahe, daß es jene innere Einheit, die für die vereinigte Nation eingeklagt wird, als kulturelle Homogenität im teilnationalen Osten der Republik ebensowenig gibt wie im Westen. Ähnlich wie die Dimensionen der Lebensstile, der soziokulturellen Milieus, der Generations-, Geschlechts- oder Berufszugehörigkeit bietet die Ebene der Region eine Möglichkeit, der Frage nach Pluralisierung in den neuen Bundesländern nachzugehen. Das Thema regionaler Differenzierung ist für die sozialwissenschaftliche Theoriebildung auch deshalb interessant, weil der Nachweis des Fortbestehens bzw. der Zunahme solcher Variationen und Unterschiede gegenläufig wäre zum Mainstream von generellen Theorien sich modernisierender Gesellschaften – bezogen auf die neuen Länder vor allem zur These des nachholenden Modernisierungsprozesses –, die Gefühle und Bewußtseinsformen regionaler Zugehörigkeit nur als vormoderne bzw. rückwärtsgewandte und verschwindende Relikte begreifen<sup>14</sup>. Regionale Differenz in (Ost-)Deutschland steht nun nicht kategorial alternativ, sondern vielmehr komplementär zur Ost-West-Differenz in der Bundesrepublik. Es ist nicht zu übersehen, daß die geteilten Erinnerungen an eine getrennte Geschichte in zwei gegensätzlichen politischen Systemen solche Prägungskraft entfalten, daß die deutsche Teilung sich auf der Ebene der heutigen Identifikationsformen fortsetzt. Dennoch wird diese Ost-West-Differenz aus der Zeit der Zweistaatlichkeit bereits jetzt überlagert, modifiziert und abgeschwächt durch Unterschiede zwischen den ostdeutschen Regionen sowie durch Übereinstimmungen zwischen bestimmten ost- und westdeutschen Regionen. Die „Einheit“, die durch die Wahrnehmung von Differenz zum „Anderen“ politische Identität in der Berliner Republik erst möglich macht, ist selbst bereits konstituiert aus dem Spannungsverhältnis zwischen innerer Einheit und interner Differenzierung.

## 2 Kultur und Identität zwischen Integration und Distinktion

Um der Bedeutung von Kultur für die Konstruktion regionaler Identität in Ostdeutschland nachgehen zu können, soll zunächst der hier zugrunde gelegte Kulturbegriff erläutert werden. Das in den neunziger Jahren gestiegene akademische Interesse an Kultur als einem kausalen Explanans für Politik

---

14 Vgl. Bertram 1996: XIV.

und Gesellschaft deutet auf ein aktuelles Bedürfnis nach Identifikation, dessen Motive im Ende des Ost-West-Konflikts und den Umbrüchen der internationalen Politik ebenso ausgemacht werden können wie in Globalisierungstrends und der Erosion nationalstaatlicher Souveränität. Dem wachsenden Orientierungsbedarf in einer zunehmend unübersichtlich erscheinenden Welt kommt der Terminus der Kultur mit seinem Assoziationsfeld von Normen, Sinn und Deutung entgegen.

Dem Begriff der Kultur haftet im Deutschen eine gewisse Neigung zu einem semantischen Imperialismus an. Im öffentlichen Sprachgebrauch gibt es offenbar kaum Grenzen für den derzeit grassierenden Schöpferdrang beim Erfinden neuer, meistens euphemistischer Komposita mit „Kultur“; nach „Unternehmenskultur“ und „Spielkultur“ (auf dem Fußballfeld) ist nun auch schon von „Aktienkultur“<sup>15</sup> die Rede, wenn es darum geht, Wertpapiere zu kaufen und wieder zu veräußern. In den einschlägigen Wissenschaftsdisziplinen hingegen finden sich – bei allen definitorischen und konzeptuellen Variationen – *common grounds* in der Auffassung von Kultur als einem symbolischen System, wie sie vor allem von Ernst Cassirer und Clifford Geertz entwickelt wurde. Kontroverser ist bereits Fred Inglis' Konzentrierung kulturwissenschaftlicher Forschung auf die Untersuchung von Werten, die nur als *narratives* zu verstehen und zu erklären seien<sup>16</sup> – hier knüpft Inglis an Geertz' Maxime an, unter Kultur einfach „*the ensemble of stories we tell ourselves about ourselves*“<sup>17</sup> zu begreifen. Unabhängig von theoretisch nicht zu klärenden Fragen wie etwa, ob Kultur Gesellschaften integriert oder differenziert, sie stabilisiert oder dynamisiert, betont das semiotische Verständnis von Kultur zunächst die Bedeutungskomponente sozialen Handelns und damit den gesellschaftlichen Bedarf an Sinnstiftung und Deutung, die normative Orientierung und Selbstverortung erst ermöglichen. Das Sinnbedürfnis des Menschen wird von der Kulturanthropologie als ein Elementarbedürfnis angesehen; für Ulf Hannerz kann der Mensch, doppeldeutig als „*creature who makes sense*“ vorgestellt, in einer Welt ohne Sinn gar nicht leben<sup>18</sup>. In der Kulturosoziologie rücken Jeffrey Alexander und Philip Smith die Sinnproblematik wieder ins Zentrum der Theoriebildung, indem sie gegen die dominierenden sozialstrukturellen und akteurszentrierten Kulturansätze argumentieren, nur in strikter analytischer Trennung der Kultur von Sozialstruktur und Handeln könne Kultur als Struktur symbolischer Sets binärer Codes erfaßt werden<sup>19</sup>.

Definitionen stehen immer in Nähe der Willkürlichkeit, dennoch markieren sie einen notwendigen Ausgangspunkt der Überlegungen. Mit einer se-

15 Ron Sommer, Chef der deutschen Telekom, beim Börsengang seines Unternehmens; vgl. Süddeutsche Zeitung, 18.11.1996.

16 Vgl. Inglis 1993: 229-237.

17 Zit. n. Inglis 1993: xi.

18 Hannerz 1992: 3.

19 Vgl. Alexander/Smith 1994: 158-164.

miotisch akzentuierten Begriffsfassung kann unter Kultur ein kommunikativ hergestelltes, tradiertes und prozeßhaft veränderbares, im kollektiven Gedächtnis einer Gruppe gespeichertes Ensemble von Symbolen verstanden werden, das menschliche Ausdrucksformen bedeutend und verstehbar macht, um Sinn zu konstituieren, Orientierung anzubieten und Identität zu generieren. Der Terminus Ensemble von Symbolen ist dabei treffender als die Begriffe Struktur oder System von Symbolen, die viele Definitionen heranziehen. Der Systembegriff legt die statische Vorstellung kausal zuzuordnender Funktionen nahe, der Strukturbegriff suggeriert die Annahme geordneter Beziehungen von Teilen eines kohärenten Ganzen; es ist jedoch zu bezweifeln, daß Ordnung, Kohärenz und Funktion besonders gut geeignete Perzeptionsraster sind zur Erfassung der weithin opaken Phänomene, die mit „Kultur“ bezeichnet werden. Die Vorstellung von Kultur als einem organischen und zusammenhängenden Ganzen (die den Forderungen nach kultureller Integration, heilemdem Ganz-Sein und innerer Einheit in Deutschland implizit zugrunde liegt) ist weit weniger angemessen als die Wahrnehmung von Kultur als einem pluralen und prozessualen Phänomen. Die vom „Mythos der kulturellen Integration“<sup>20</sup> geprägte Auffassung, einer spezifischen, wie auch immer national, regional oder ethnisch abgrenzbaren Gruppe sei eine spezifische Kultur in strukturierter Kohärenz zu eigen, wird von der Ethnologie mittlerweile in Frage gestellt<sup>21</sup>.

Somit gehört auch die Vorstellung von einer direkten und meßbaren Funktionalität von Kultur für soziale und politische Prozesse in den Bereich wissenschaftlicher Mythen: Die integrativen Wirkungen von Kultur als einer Art gesellschaftlichem Kitt sind nicht zu bezweifeln, jedoch vollziehen sich diese Integrationsleistungen nicht ohne Spannungen, Konflikte und Widersprüche. Eine lineare Ableitung gesellschaftlichen und politischen Handelns aus dem kulturellen Werte- und Normensystem greift daher zu kurz. Die komplexe und nie unmittelbar kausale Bedeutung von Kultur für Politik und Gesellschaft hat Clifford Geertz in seinen Studien deutlich gemacht, die ihn zur Erkenntnis führten: Als Symbolsystem „ist Kultur keine Instanz, der gesellschaftliche Ereignisse, Verhaltensweisen, Institutionen oder Prozesse kausal zugeordnet werden können. Sie ist ein Kontext, ein Rahmen, in dem sie verständlich – nämlich dicht – beschreibbar sind.“<sup>22</sup> Die kausalen Beziehungen zwischen Kultur und politischen sowie sozialen Strukturen bilden ein interdependentes, kaum zu entwirrendes Geflecht. Wer der Frage nach Ursache und Wirkung im Verhältnis zwischen Kultur und Politik nachgehen will, fühlt sich bald an die Frage erinnert, ob nun die Henne oder das Ei zuerst da war.

---

20 Margaret Archer: *Culture and Agency*, Cambridge 1988; zit. n. Müller 1994: 146.

21 Vgl. etwa Hannerz 1995: 67.

22 Geertz 1983: 21.

Mit dem theoretischen Verständnis von Kultur als Ensemble von sinnproduzierenden Symbolen ist die Frage nach der empirischen Extension des Terminus noch nicht beantwortet. Im wissenschaftlichen Sprachgebrauch hat sich ein weiter Kulturbegriff als eine, teilweise mit Abstrichen, anerkannte Konsensformel etabliert. Vor rund vierzig Jahren, 1958, konstatierte Raymond Williams einen Bedeutungswandel des Begriffs *culture*, der nicht mehr bloß intellektuelle und künstlerische Aktivitäten, nicht nur geistige und schöpferische Arbeit bezeichne, sondern das ganze Leben, „*a whole way of life, material, intellectual and spiritual*“<sup>23</sup>. Auch die einflußreiche Konzeptualisierung von Kultur im Centre for Contemporary Cultural Studies in Birmingham war in ihrer Intention, die Dualität von *high culture* und *low culture* zu überwinden, ähnlich umfassend<sup>24</sup>. Der schnelle Siegeszug des breit angelegten Verständnisses von Kultur ermöglichte in den sechziger und frühen siebziger Jahren einen Paradigmenwechsel in der Historiographie, durch den Kultur als geschichtsbestimmende Kraft nun neben soziale Strukturen, Politik und Wirtschaft gestellt werden konnte<sup>25</sup>. Fortan waren der semantischen und explikativen Expansion des Kulturbegriffs bis hin zu Ben Aggers programmativer Wendung „*Culture is Us*“<sup>26</sup> kaum noch Grenzen gesetzt.

Mittlerweile ist der argumentative Rekurs auf Kultur als Interpretament so tief verankert, daß die Gefahr einer Überkulturalisierung verzeichnet wird. Der Historiker Richard Johnson prägte in den siebziger Jahren den Begriff des „Kulturalismus“ als polemische Kritik an der von Williams und Thompson vertretenen Geschichtsauffassung, die durch ihre Anthropologisierung und Subjektivierung die Bedeutung gesellschaftlicher und ökonomischer Prozesse des Industriekapitalismus sowie die Relevanz institutioneller Politik vernachlässigte<sup>27</sup>. Mit anderer Akzentuierung kritisiert Wolfgang Kaschuba heute, daß ein großer Teil des Diskurses über Gesellschaft, Politik und Geschichte nur noch „*in terms of culture*“ geführt werde, daß „Gesellschaftskritik“ sich unter der Hand zur „Kulturkritik“ wandle, daß soziale Probleme in kulturelle umetikettiert werden. Aus notabene kulturanthropologischer Perspektive konstatiert er die Gefahr, daß die Bezugnahme auf die Bedeutung des Kulturellen zur „Attitüde, zum bloßen Gestus einer höheren Reflexivität und Moralität“ gerät, wenn „Kultur“ hypostasiert und selbstreferentiell, unter weitgehender Ausblendung von „Gesellschaft“ als einem beein-

---

23 Williams 1967: xvi, vgl. auch xviii und 325.

24 Vgl. etwa Clarke/Hall/Jefferson/Roberts 1979: 40-42; Agger 1992: 78f.; oder Green 1996: 51-54.

25 Vgl. Kaschuba 1995: 13.

26 Agger 1992: 6.

27 Vgl. Richard Johnson: Thompson, Genovese and Socialist-Humanist History, in: History Workshop Journal 1978, Heft 6, S. 79-100; zit. in Kaschuba 1995: 14; vgl. zur Diskussion der kapitalistischen Produktionsbedingungen kultureller Formen Johnson 1996: 80-94.

flußbaren Handlungskontext gebraucht wird<sup>28</sup>. Ein Problem beim Gebrauch des weiten, tendenziell grenzenlosen Kulturbegriffs besteht in der Tat darin, daß am Ende Kultur und Gesellschaft als deckungsgleich erscheinen und daß dann Probleme der Gesellschaft allein als Fragen der Kultur betrachtet werden. Dann wird etwa soziale Ungleichheit zwischen Ost- und Westdeutschland als ein Phänomen kultureller Differenz wahr- und hingenommen. Diese Verschiebung der Perspektive bedeutet eine Entpolitisierung und Entschärfung der Problemsicht.

Für weitaus gefährlicher als entsprechende wissenschaftliche Trends hält Kaschuba jedoch die direkt politische „Instrumentalisierung von Kultur“, die „Indienstnahme des moralischen Kapitals der Kultur für politisch-ideologische Zwecke“, die er in vier Strategien der Inszenierung einer Bedrohung der eigenen Kultur ausmacht: Im kulturellen „Rassismus“, der nicht mehr biologisch-genetisch, sondern kulturalistisch argumentiert; im Fundamentalismus, der unter radikaler Berufung auf einen religiös oder weltanschaulich begründeten kulturellen Traditionalismus „Authentisches“ rekonstruiert und revitalisiert; in der „Ethnisierung“ von machtpolitischen Konflikten und Verteilungskämpfen um ökonomische Ressourcen wie auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien; und schließlich in den gegenwärtig weltweit aufbrechenden Neo-Nationalismen, die staatliche Legitimität mit kulturellen und ethnischen Argumenten begründen<sup>29</sup>. Während Kaschuba angesichts dieser politischen Instrumentalisierungen dennoch an Begriff und Konzept der Kultur festhält und für die kulturwissenschaftliche Aufgabe der Aufklärung über diese Implikationen plädiert, gehen andere Ethnologen, zum Beispiel Lila Abu-Lughod<sup>30</sup>, inzwischen so weit, auf das Kulturkonzept völlig zu verzichten, da es „– in Verbindung mit kollektiv zugeschriebenen Identitäten – zu einem Werkzeug von Ausgrenzung und Distanzierung geworden ist, mit dem sich Gewalt und Unterdrückung schüren lassen, ein weiteres Instrument staatlicher Überwachung und der Manipulation von Minderheiten“<sup>31</sup>. Das Problem bei kulturalistischen Trends in der politischen und sozialwissenschaftlichen Diskussion besteht in nuce im Abgrenzungs- und potentiellen Ausgrenzungscharakter von Kultur und Identität.

Die Konjunktur von Kultur als Paradigma hat in den letzten Jahren eine Renaissance der *Cultural Studies* begründet, die in den USA die Soziologie im öffentlichen Diskurs ebenso wie in wissenschaftlichen Buchhandlungen bereits an den Rand gedrängt haben. Im Zuge dieses kulturwissenschaftlichen Booms kommt nun den Begriffen Identität<sup>32</sup> und Differenz<sup>33</sup> sowie den ent-

---

28 Kaschuba 1995: 14-16.

29 Vgl. Kaschuba 1995: 22-28.

30 Vgl. Lila Abu-Lughod: *Writing Against Culture*, in: Richard G. Fox (Hg.): *Recapturing Anthropology*, Santa Fe 1991; diesen Beleg führt Hannerz (1995: 75) an.

31 Hannerz 1995: 75.

32 Vgl. statt vieler Hall 1994.

33 Vgl. beispielsweise West 1993 oder die Beiträge in Hetherington/Munro 1997.

sprechenden theoretischen Konzepten eine zunehmend zentrale Bedeutung zu. Im Blickfeld der neueren *Cultural Studies* stehen weniger Kategorien wie alternative, Klassen- oder Subkulturen als vielmehr die Unterscheidung kultureller Identitäten in Nationen, Regionen oder Ethnien<sup>34</sup> und die Frage nach den Identitätspolitiken<sup>35</sup> von Minderheiten. In der Behauptung des Authentischen und Originären einer Identität gerät Distinktionalität zum entscheidenden Merkmal von Kultur. Durch die grundlegende Wahrnehmung einer Kultur mittels der Unterscheidung von Eigenem und Fremdem, durch die kulturell begründete Abgrenzung der Identität der eigenen Gruppe oder Gesellschaft von anderen werden Kultur und Identität zu Begriffen der Distinktion und der Differenz. In den Verfahren der Inklusion und der Exklusion konstituiert Kultur als ein kommunikativ hergestelltes und damit zwangsläufig kollektives Phänomen immer auch kollektive Identität. So wie sich personale Identität durch die Definition des Verhältnisses zu anderen Individuen ausbildet, wird kollektive Identität in erster Linie durch die Definition der Differenz zu den – imaginierten – Identitäten anderer Gruppen, durch das Benennen von Gemeinsamkeiten und Unterschieden, konstruiert.

Laurence Grossberg erkennt ein Spezifikum des Menschen der Moderne darin, Identitätszusammenhänge in solche der Differenz zu transformieren, und stellt damit die Beziehungen zwischen Differenz und Identität auf den Kopf: „Thus, the modern constitutes not identity out of difference but difference out of identity. The modern never constitutes itself as an identity (different from others) but as a difference (always different from itself – across time and space). In this sense, the fundamental structures of modernity are always productions of difference.“<sup>36</sup> Bei dieser Argumentation bleibt ungeklärt, wie Identität, die laut Grossberg erst Differenz konstituiert, wiederum selbst, in Absehung von Differenz, konstruiert wird. Der angebotene terminologische Ausweg, Identität nicht mit Theorien der Differenz, die das Andere durch seine Negativität definierten, sondern mit der Kategorie der „*otherness*“ zu begründen, die das Andere in einer Theorie der Positivität als „*the changing same*“<sup>37</sup> wahrnehme, vermag kaum zu überzeugen: Ohne Rekurs auf die Kategorie der Differenz kann das eben Andere des Andersseins, das sich Verändernde des *changing same* nicht erfaßt werden. Sinnvoller ist hier eine Auffassung, die den Konstruktionscharakter der Differenz hervorhebt, die Differenz nicht als ontologisch gegebene, sondern als vorgestellte Differenz begreift. Auch mit dieser konstruktivistischen Einschränkung des Abgrenzungspotentials von Differenz als Prämisse für Identifikation steht die Generierung kollektiver Identität in der Entsprechung von Integration nach innen und Distinktion nach außen stets in

---

34 Vgl. etwa Oommen 1997 oder die Beiträge in Mudimbe 1997.

35 Vgl. zum Beispiel die Beiträge in Anner 1996.

36 Grossberg 1996: 93.

37 Diese Beschreibung bezieht Grossberg (1996: 97) von Paul Gilroy: *The Black Atlantic: Modernity and Double Consciousness*, Cambridge, MA 1993.

Gefahr einer prekären Nähe einerseits zu totalitären Homogenisierungen, andererseits zu friedensbedrohenden Feindbildprojektionen<sup>38</sup>. Die auf gemeinsame symbolische Codierungen gestützte Abgrenzung der eigenen Gruppe schließt die Ausgrenzung von anderen zwangsläufig ein; die Übergänge, an denen das Bild vom kulturell oder politisch Anderen zum Bild vom Fremden und dieses zum Bild vom Feind wird, sind dabei fließend.

Die Frage nach kollektiver Selbstidentifikation wird neu formuliert, seitdem mit dem Ende des Kalten Krieges auch dessen rigides Perzeptionsmuster einer Freund-Feind-Schematisierung verblaßt. Dieses schlichte binäre Codieren beim Einteilen der Welt in gut und böse, bei der Innen-Außen-Differenzierung in „wir“ und „die anderen“ hat über Jahrzehnte hinweg integrative und stabilisierende Funktionen für die betroffenen Gesellschaften erfüllt – im Osten wie im Westen. Beide deutsche Staaten bedienten sich in der Zeit der Zweistaatlichkeit – in allerdings unterschiedlicher Intensität – der legitimatoischen Wirkung von Feindbildprojektionen, die auf den jeweils anderen deutschen Staat zielten. Integration und Stabilität bezogen die beiden politischen Systeme vor allem in den ersten beiden Nachkriegsdekaden aus der staatlich forcierten Abgrenzung von Kapitalismus und Imperialismus bzw. von Kommunismus und Kollektivismus.

Als Termini der Distinktion und der Integration können Kultur und Identität zur Begründung einer Segregation des Eigenen vom (z.B. ethnisch) Fremden radikalisiert werden. Bernhard-Henri Lévy erfaßt den Willen zur „Reinheit in der Politik“, der als prägendes Prinzip Kommunismus und Nationalsozialismus mit den gegenwärtigen Fundamentalismen in Ruanda, Rußland, Bosnien oder Algerien verbinde, mit dem Begriff des „Integrismus“. Aus diesem Zusammenhang folgert er das Plädoyer, das Konzept des Totalitarismus, mit dem die Beziehung zwischen den beiden wesentlichen Barbaren des 20. Jahrhunderts, dem Nazismus und dem Kommunismus, gedacht werden konnte, für das 21. Jahrhundert zu ersetzen durch das neue Konzept des Integrismus<sup>39</sup>. Die zentralen Inhalte des voranschreitenden „integristischen Glaubens“ sieht Lévy im Glauben an die „wahre Gemeinschaft“, in der Absage an die jüdisch-christliche Vorstellung der Erbsünde und der auf diesem Bruch gründenden verklärten Vision von einem unschuldigen Ursprung und der Rückkehr zu einer „guten“ Natur als dem Ort der „entflohenen Reinheit“, in der Auffassung einer zu beseitigenden „Verdorbenheit“ und „Unreinheit“ der als Feinde Ausgemachten, so daß das Ziel des „unendlichen Reinigungsgangs“ in einer organisch gedachten „geheilten Gesellschaft“ besteht, die ohne politische Vermittlungsinstanzen und soziale Differenzierung in Einheit, als „Fusion“, leben kann<sup>40</sup>. Für den kulturellen Rassismus, der in den gegenwärtigen Fundamentalismen deutlich wird, sind kollektive Identi-

---

38 Vgl. hierzu ausführlicher Bergem 1999a: 21-23.

39 Vgl. Lévy 1995: 76f.

40 Vgl. Lévy 1995: 90-103.

täten weniger plurale und dynamische Konstruktionen als vielmehr aus „Authentischem“ gewachsene und statisch integrierte Gebilde; in dieser Sicht ist kulturell Verschiedenes unvereinbar, kulturelle Differenz also nicht zu übersteigen.

Vor dem Hintergrund dieser Janusköpfigkeit der integral-distinktionalen Begriffe Kultur und Identität zielt eine Reihe neuerer kulturwissenschaftlicher Arbeiten darauf, Abgrenzungen als Konstruktionsprinzip von Identität in den Hintergrund treten zu lassen und das Verbot der Assimilation, das dem Postulat der radikalen kulturellen Alterität folgt, zu überwinden. In dem von Wolfgang Welsch entwickelten Konzept der Transkulturalität zum Beispiel lautet die Prämisse: „Es gibt nicht nur kein strikt Eigenes, es gibt auch kein strikt Fremdes mehr.“ Die „Pluralisierung möglicher Identitäten“ sei internes, „grenzüberschreitende Konturen“ hingegen externes Merkmal von Kulturen. Das Transkulturalitätskonzept entwirft ein „Bild vom Verhältnis der Kulturen“, das nicht mehr Ausgrenzung und Separation betont, sondern „Verflechtung, Durchmischung und Gemeinsamkeit“; nicht mehr Isolierung und Konflikt, sondern „Verstehen und Interaktion“ stehen im Mittelpunkt dieser Vorstellung<sup>41</sup>. Kulturelle Mischungsformen und globale Verflechtungen kultureller Muster heben auch die Autoren hervor, die eine Pluralisierung bzw. – je nach Beurteilung desselben Phänomens – Fragmentierung moderner Identität diagnostizieren. Während Laurence Grossberg „multiple Identitäten“<sup>42</sup> erkennt, Walter Reese-Schäfer „Mehrfachidentitäten“ sowie eine politisch gebotene „Identitätsvervielfältigung“<sup>43</sup> anführt und Heiner Keupp eine „Patchwork-Identität“<sup>44</sup> als Signum der Gegenwart feststellt, erfaßt Stuart Hall mit dem Begriff „hybride Kulturen“ die Vermischung verschiedener kultureller Traditionen, die angesichts homogenisierender Globalisierungsprozesse sowie der Erosion und des Niedergangs geschlossener Identitäten nationaler Kulturen immer weniger separiert fortexistieren können. Die Avantgarde solcher „Kulturen der Hybridität“ sieht Hall in Menschen, die aufgrund postkolonialer Migration und der Auflösung stabiler biographischer Kontexte in Diasporasituationen leben, mehreren „Heimaten“ angehören und durch die grundlegende Erfahrung von Differenz zu kulturellen „Übersetzern“ werden<sup>45</sup>.

Im Kontext dieser Konzeptualisierungen von Transkulturalität und mehrdimensionaler, hybrider Identität kann der Mischungscharakter von Identitätsbildungen in Ostdeutschland verstanden werden, in denen Aspekte der Erinnerungsgemeinschaft DDR mit aktuellen Erfahrungen im Transformationsprozeß, nationalen Bindungen sowie regionalen, lokalen oder auch europäischen Bezügen verwoben sind.

---

41 Welsch 1995: 42-44. Vgl. zur Kritik an Welschs Konzept der Transkulturalität Assmann 1994: 31f.

42 Grossberg 1996: 89.

43 Reese-Schäfer 1997: 326.

44 Keupp 1997: 11.

45 Hall 1994: 41, 207 und 218.

### 3 Regionale Teilidentitäten in Ostdeutschland

Kultur als plurales und dynamisches Phänomen bietet heute kaum mehr die Grundlage für eindeutige und problemlose Identitätsbildungen nationalen Zuschnitts. Das in den letzten Jahren gewachsene Interesse an kultureller Identität ist verknüpft mit der Hinwendung zum Partikularen, zum Lokalen und Regionalen, die für die Gesellschaften des Westens weniger als Gegenbewegung denn als Komplement zu den wahrgenommenen Modernisierungsprozessen der globalen Verflechtung und der kulturellen Homogenisierung verstanden werden kann. Die Aufwertung regionaler Teilidentitäten in den meisten europäischen Demokratien ist nicht nur eine partikularistische Antwort auf universalistische Konzeptionen, sondern weiterhin Reaktion auf die Perzeption einer Unfähigkeit liberal-pluralistischer Nationalstaaten, Sinn zu generieren, Orientierung zu ermöglichen und emotionale Heimat anzubieten. Die subnationalen Einheiten der Regionen mit ihrer höheren sinnlichen Wahrnehmbarkeit und Erlebbarkeit sind offenbar eher in der Lage, affektive Bindungskraft zu entfalten, als die nationalstaatlichen Formen moderner Massengesellschaften. Liberale Demokratien leben vom alltäglichen und meistens wenig attraktiven Kompromiß, nicht von hehren Verheißungen und holistischen Utopien. Indem den symbolischen Repräsentationen dieser nationalen „*cold projects*“<sup>46</sup> in den Augen ihrer Adressaten immer weniger Deutungspotenz zugebilligt wird, verlagert sich das Bedürfnis nach Sinnstiftung und Beheimatung auf andere kategoriale Rahmen, die noch mit Homogenität und Kohäsion assoziiert werden können. Die Suche nach Gemeinschaftlichkeit und Identitätsbildung in überschaubaren Lebenswelten kann sich dann weniger an der Nation als an der Region orientieren.

In Deutschland kommt nach der unerwarteten Rückkehr des Nationalstaats bei der zweiten deutschen Vereinigung hinzu, daß aufgrund der nationalsozialistischen Diktatur und der Verwerfungen, die sie im kollektiven Gedächtnis der Deutschen und dem ihrer damaligen Opfer hinterlassen hat, sowie aufgrund der vierzigjährigen Geschichte der Zweistaatlichkeit keine unbelastete und ohne weiteres akzeptierte nationale Identität zur Verfügung steht. Auch dadurch erfahren Bewußtseinsformen regionaler Zugehörigkeit im föderalen System der Bundesrepublik eine gewisse Aufwertung. Die Thematisierung von Regionen als kategorialen Rahmen für Prozesse der Identitätsbildung steht im Spannungsverhältnis zur tradierten Konstruktion der deutschen „Kulturnation“, die – als komplementäres Konzept zur „Volksnation“<sup>47</sup> – mit dem Rekurs auf Kultur, vor allem Literatur, als Identitätsgenerator gerade auf eine nationale Homogenisierung partikulärer Identitäten zielte. Die Kultur hatte aus der Perspektive der

---

46 Ralf Dahrendorf; zit. n. Probst 1994: 1289.

47 Vgl. etwa Lepsius 1990: 232-246. Die bekannte Unterscheidung von Staatsnation und Kulturnation geht zurück auf Friedrich Meinecke: Weltbürgertum und Nationalstaat. Studien zur Genesis des deutschen Nationalstaats, München und Berlin 1908.

nationalen Einigungsbewegung im 19. Jahrhundert bereits die Einheit der Nation und der nationalen Identität hergestellt, bevor die erste deutsche Vereinigung von 1871 diese Einheit auf staatlicher Ebene nachvollzog. Nachdem die deutsche Teilung die Kongruenz von Nation und Staat für vierzig Jahre aufgehoben hatte, galt einem großen Teil der deutungskulturellen Eliten in Ost- und Westdeutschland weiterhin Kultur als Garant dieser Einheit – hier zeigte sich die Wirksamkeit des Konzepts der Kulturnation<sup>48</sup>.

Implizit war jetzt von einer Konkurrenz, zumindest von einem Nebeneinander verschiedener Identitäten die Rede. Bezogen auf das Amalgam einer individuellen Identität kann man sich das Individuum als „einen Schnittpunkt von verschiedenen Identitäten vorstellen“<sup>49</sup>: Nationale, regionale oder ethnische Zugehörigkeit, Geschlecht, Religion und Konfession, soziale Schicht etc. sind verschiedene Bezugsrahmen für Identifikationsprozesse. Die Ausprägung dieses Komplexes von Identitäten ist dabei nicht statisch, sondern variabel; in Abhängigkeit von konkreten Situationen und Kommunikationen kann ein kategorialer Rahmen für Identität jeweils im Vordergrund stehen oder mit anderen Bezugsfeldern spezifische Verbindungen eingehen.

Regionen können als nach unterschiedlichen Kriterien abgrenzbare, relativ homogene subnationale räumliche Einheiten verstanden werden. Prägend ist je nach Intention und Kontext entweder die – vor allem aus der Perspektive des Nationalstaats begründete – Auffassung von Region als einem organisationsfunktional, etwa nach wirtschaftlicher Struktur, Arbeitsmarkt oder Raumordnung bestimmten Territorium oder das Verständnis von Region als einem historisch gewachsenen und auch veränderbaren „Raum, der durch die territoriale Verdichtung kultureller, sprachlicher, landsmannschaftlicher ... Eigenarten und v.a. durch ein raumbezogenes Zusammengehörigkeitsgefühl (Identität) der Bevölkerung gekennzeichnet ist“<sup>50</sup>. Politische Bedeutung, zum Beispiel im Blick auf die Entstehung von Regionalismusbewegungen, kommt Regionen vor allem dann zu „wenn sie einerseits als lebensweltliche Kategorie von einer Mehrheit ihrer Bewohner anerkannt werden und andererseits diese Anerkennung gesellschaftlich folgenreich wird“<sup>51</sup>. Für die Prozesse der Identitätsbildung in den Regionen der föderalistischen Bundesrepublik ist es in der Regel, besonders bei den größeren Flächenstaaten, sinnvoll, mit Regionen räumliche Einheiten oberhalb der lokalen und unterhalb der Landesebene zu bezeichnen. Im Gegensatz zur Sprachregelung der Europäischen Union, die unter Regionen in Deutschland die Bundesländer versteht, liegt es bei einer Perspektivierung von Regionen als territorialen Bezugsrahmen für kulturelle Selbstidentifikation nahe, anstelle des beispielsweise nur schwa-

---

48 Vgl. hierzu ausführlicher Bergem 1999b.

49 Kalpaka/Räthzel 1990: 50.

50 Langmann 1992: 464.

51 Sturm 1991: 584.

chen Landesbewußtseins in Sachsen-Anhalt eher das stärkere partielle Regionalbewußtsein als Altmärker, Mansfelder oder Harzer<sup>52</sup> zu thematisieren.

Die Grenzen einer Region als Raum mit einem Angebot der Identitätsstiftung sind selten eindeutig zu bestimmen und vor allem sind sie veränderbar: Diese Grenzen können sich verschieben in Abhängigkeit davon, „wie hoch oder niedrig die positive Valenz eines Raumes“ eingeschätzt wird<sup>53</sup>. In dem das Bedürfnis nach regionaler Identität und Territorialität sich den geeigneten Raum zu schaffen versucht, können regionale Bindungen in Ausnahmefällen Bundesländergrenzen korrigieren, wie im Fall der neun vogtländischen Gemeinden in Thüringen mit insgesamt 12.000 Einwohnern, die aufgrund historischer und kultureller Gemeinsamkeiten mit dem sächsischen Vogtland 1992 ihr Bundesland verlassen haben und dem Freistaat Sachsen eingegliedert wurden<sup>54</sup>. Das Beispiel machte Schule, weitere kulturell abgrenzbare Territorien formulierten ähnliche Austrittswünsche. Auch die am Ende fehlgeschlagenen Bestrebungen des thüringischen Kreises Schmalkalden im Jahr 1993, aus historisch-kulturellen Gründen wieder als Exklave an das Land Hessen angegliedert zu werden<sup>55</sup>, können als Beleg dafür genommen werden, wie die „Sehnsucht nach Heimat“<sup>56</sup> in Form einer Suche nach regionaler Identität sich die adäquaten Gebietsgrenzen abzustecken versucht. Im Scheitern der Länderfusion von Berlin und Brandenburg vom Mai 1996 vermischen sich Ost-West-Differenz und regionale Differenz: Neben der geringen Neigung zu einer weiteren Vereinigung, von der man eine – weitere – Vereinnahmung durch den Westen, diesmal Westberlin befürchtete, und alten märkischen Berlin-Vorbehalten war die gewachsene kollektive Identität der Brandenburger ausschlaggebend für die deutliche Ablehnung<sup>57</sup> der geplanten Länderehe in Brandenburg.

Die durch Selbst- und Fremdzuschreibungen von Identität unterscheidbare Gruppe von Menschen, die in einer Region zusammenlebt, ist eine vorgestellte Gemeinschaft, die in Deutungsdiskursen sowie in symbolhaften und ritualisierten Akten ihre Differenz zum Anderen manifestiert. In diesen symbolischen Verfahren kultureller Repräsentation der Gemeinschaft liegen die entscheidenden „ideologischen Ressourcen“, deren sich Regionalbewegungen „bei der politischen Mobilisierung“ gerade deshalb bedienen können, da das Empfinden kultureller Identität per se nicht zum „Gegenstand des politischen *bargaining* gemacht werden“ kann<sup>58</sup>. Zum Zusammenhang zwischen

52 Vgl. Tullner 1994: 68f.

53 Ipsen 1994: 239.

54 Vgl. Lapp 1992: 460.

55 Als hessische Exklave in Thüringen bestand Schmalkalden von 1360 bis 1944; vgl. Lapp 1993: 1073.

56 Clement 1997: 252.

57 62,72% der Abstimmungsteilnehmer in Brandenburg stimmten mit Nein, in Berlin 45,85%; vgl. Golz 1996: 350.

58 Schmidtke 1995: 30.

nationalstaatlicher Organisation und dem Grad politischer Mobilisierung sowie der Radikalität politischer Forderungen von Regionalbewegungen ist festzuhalten, daß föderalistische Strukturen allein keine schwache Ausprägung von Regionalismen gewährleisten. Zwar kann im föderativen System der Bundesrepublik Regionalismus als politische Bewegung allenfalls ansatzweise ausgemacht werden – Regionalität drückt sich hier eher im Habitus eines Regionalbewußtseins aus –; jedoch wurden Regionalismen nicht nur in Staaten mit zentralistischer Tradition wie Frankreich, Spanien, Italien und Großbritannien akut, sondern auch in Ländern mit föderaler oder dezentraler Organisation wie der Schweiz, Belgien und Kanada<sup>59</sup>.

In der DDR haben Regionen als räumliche Bezugsrahmen staatlicher Ordnungspolitik kaum eine Rolle gespielt. In der Tradition des preußisch-sowjetischen Zentralismus waren für Partikularismen jedweder Art enge Grenzen gesetzt. Die Territorialplanung der DDR war ab 1964 integraler Bestandteil des zentralistischen Planungssystems und direkt den Bezirksplanungskommissionen unterstellt<sup>60</sup>. Eine Funktion von Regionen als kulturellen Räumen, in denen sich landsmannschaftliche, sprachliche und geschichtliche Merkmale verdichten und ein Zusammengehörigkeitsgefühl der Bewohner prägen, war in der offiziellen Ideologie nicht vorgesehen. Vereine mit dem expliziten Ziel der Pflege regionaler kultureller Traditionen waren im Staat der SED verboten; jedoch gab es seit den siebziger Jahren, als die Parteiführung den Wert von Tradition und kulturellem Erbe zur Konstitution kollektiver Identität für sich entdeckte und gemäß ihren Zielvorstellungen zu kanalisieren suchte, wachsende nutzbare Spielräume für regional orientierte Traditionspflege und Heimatverbundenheit. Die vielerorts betriebene Lokal- und Regionalgeschichtsschreibung deutet auf ein Bedürfnis nach Sinnstiftung durch Heimatgeschichte. Ein Dresdner Buchhändler berichtet, daß in der DDR das Interesse des Publikums an Büchern über Regionalgeschichte „riesig“ und einschlägige Neuerscheinungen bereits „nach Stunden vergriffen waren“<sup>61</sup>. Mitte der achtziger Jahre waren entsprechende Bewegungen so erstarkt, daß sie der Kontrolle von Partei und Staat zu entgleiten drohten<sup>62</sup>. Ein Indiz für das bereits vor dem Fall der Mauer vorhandene Interesse an regionalen Teilidentitäten mag auch die Tatsache sein, daß bereits bei den ersten Montagsdemonstrationen im Herbst 1989 in Dresden weiß-grüne Fahnen in Verbindung mit der Forderung nach Wiederherstellung des Landes Sachsen mitgeführt worden sind<sup>63</sup>. Das wachsende Regionalbewußtsein im Staat der SED, der mit seinem Identitätsangebot immer weniger Bürger erreichen konnte, kann auch als Nische verstanden werden, deren Ventilfunktion die

---

59 Vgl. Schultze/Sturm 1992: 404f.

60 Vgl. Kind 1997.

61 Fellisch 1994: 128.

62 Vgl. Schwabe 1994: 35. Einen Hinweis auf das Erstarken regionaler Befindlichkeiten bereits vor der Wende gibt auch Schröder 1993: 22.

63 Vgl. Fellisch 1994.

herrschende Klasse erkannt und die sie am Ende auch nicht mehr bekämpft hat.

Der Einfluß tradierter kultureller Kennzeichen einer Region auf kollektive Selbstidentifikation hat die DDR offenbar überdauert. Das kann am Territorium des Obereichsfeldes studiert werden: Als nahezu geschlossen katholisches Gebiet bietet es den Modellfall eines weitgehend homogenen sozialmoralischen Milieus<sup>64</sup>. Für die Wahlforschung kann die durch die Zugehörigkeit zur katholischen Konfession geprägte regionale Identität die – auch für Thüringen – weit überdurchschnittliche Stimmabgabe für die CDU im Obereichsfeld viel eher erklären als ein Kosten-Nutzen-Kalkül im Sinne von Downs' Ökonomischer Theorie der Politik<sup>65</sup>. Auf die Überzeugungskraft, die der Region als Argument in der politischen Diskussion in Ostdeutschland mittlerweile zugebilligt wird, deutet das folgende Vorgehen von Betriebsräten der Stadt Brandenburg: Die partikularen Interessen der Arbeitnehmer, die sie als Betriebsräte zu vertreten haben, „werden als Teil einer regionalen Gesamtentwicklung formuliert, nicht nur als konkurrierende Einzelinteressen“<sup>66</sup>. Die auf die Region orientierte Entwicklung des gesamten Betriebs erhält in dieser milieübergreifenden Perspektive Vorrang vor den Interessen ihrer eigentlichen Klientel, den Belegschaften der Betriebe, deren interessenpolitische Vertretung allein offenbar nicht genügend legitimiert ist.

Im ostdeutschen Transformationsprozeß kommt den Bewußtseinsformen regionaler Zugehörigkeit aus der Perspektive von Politik und Wirtschaft durchaus Funktionalität zu: Einerseits soll regionale Identität, wie Kurt Biedenkopf in einer Grundsatzrede gefordert hat, „über die schwierigen ökonomischen Umstellungen auf dem Weg zum Kapitalismus hinweg helfen“<sup>67</sup>; andererseits soll die Inszenierung von „*regional corporate identity*“<sup>68</sup> im Regional-Marketing die Investitionsquote fördern. Ein Regionsimage wird vermarktet, wenn Unternehmern auf der Suche nach einem Standort die ökonomischen Potentiale regionaler Differenz in Ostdeutschland zur Abschöpfung dargeboten werden: Auf der Grundlage einer Befragung von Erwerbsspersonen in Sachsen, in der unter anderem die Einstellungen zu Arbeit und Beruf untersucht wurden, weist ein Mitarbeiter des Bonner Instituts für Wirtschaft und Gesellschaft darauf hin, daß „regionale Mentalitäten als Standortfaktor“ fungieren, insoweit die „stark arbeitsorientierten mentalen Prägungen der Sachsen“ sowie die „Gruppen- und Gemeinschaftsorientierung“, die als Ergebnis der Erhebung festgestellt werden, durchaus ein Argument im wirtschaftlichen Kalkül möglicher Investoren darstellen<sup>69</sup>. Doch nicht nur von Arbeitstugenden soll die Wirtschaft profitieren: „Fußball-Begeisterung als

64 Vgl. zu dem Terminus Lepsius 1966: 382-392.

65 Vgl. Wehling 1994.

66 Schweigel/Segert/Zierke 1996: 196.

67 Wiedergegeben in Ipsen 1994: 233.

68 Fürst 1995: 542.

69 Müller-Syring 1994: 149f.

Standortfaktor“ titelte die *Süddeutsche Zeitung* am 13.6.1997; in dem Artikel ging es um die spektakulären sportlichen Erfolge des Fußball-Clubs Energie Cottbus, die der Krisenregion Lausitz (mit 19 % Arbeitslosenquote) ein neues euphorisches Wir-Gefühl vermittelt haben und auf deren positive Ausstrahlung im Hinblick auf Investitionen in der Region man nun hoffte.

Die Identität ostdeutscher Regionen wird durchaus von Landes- und Kommunalpolitikern sowie auch von Wirtschaftsunternehmen inszeniert. Regionale Identität als Ausdruck der Suche nach Sinn und Deutung in raumbezogenen Kulturen kann von seiten der Politik, der Wirtschaft oder deontungskultureller Eliten gefördert und kanalisiert werden; sie kann von ihnen jedoch nicht ohne eine vorhandene Grundlage entsprechender kultureller Dispositionen produziert werden. Auch wenn der generell prozessuale Charakter von Kultur und Identität nicht übersehen werden kann, ist doch Kontinuität ein wichtiges Element regionaler Identifikation. Das bedeutet für Ostdeutschland, die Erinnerung an eine als prägend erlebte, territorial definierte gemeinsame Vergangenheit muß nach vierzig Jahren DDR zumindest latent noch vorhanden sein, damit Konstruktionen regionaler Identität überhaupt Resonanz und Akzeptanz finden.

#### 4 Das Paradox der Integration durch Differenz

Der räumliche Bezug definiert Regionen als Orientierungsrahmen für Identitätswürfe in stärkerem Maße als Nationen, deren Identifikationsofferten eher mit ideellen und normativen Bezügen konstruiert werden. Die Raumüberwindung und tendenzielle Raununabhängigkeit durch die aktuellen Entwicklungen in Bereichen wie Telekommunikation, Massenmedien und Verkehr, durch globale ökonomische und politische Verflechtungen sowie die wachsende Mobilität von Kapital, Arbeit und Technologie haben Raumbezüge generell an Bedeutung verlieren lassen zugunsten zeitlicher, sektoraler und funktionaler Bezüge<sup>70</sup>. Dennoch verzeichnet die Politikwissenschaft ein Anwachsen von Regionalismen als politisch-kulturellen Protest-, Gegen- bzw. komplementären Bewegungen und damit die „Wiederentdeckung des Raumes“<sup>71</sup> als mehr oder weniger institutionalisierte Arena für Identifikationsprozesse, soziale Interaktionen und politisches Handeln. Ähnliches konstatieren die Soziologie, wenn sie in der „Wiederentdeckung einer räumlichen Kategorie“<sup>72</sup> das Phänomen des Regionalismus theoretisch zu erfassen versucht, und die Sozialgeographie, wenn sie im Revival des „regionalistischen Paradigmas“ im Kontext der Renaissance des Historismus Herderscher

---

70 Vgl. Fürst 1995: 539f. und 542.

71 Fürst 1993: 301.

72 Pieper 1987: 534.

Prägung die „Philosophie des Partikularismus wieder aktuell“ werden sieht<sup>73</sup>. Jürgen Pohl interpretiert die in den verschiedenen Regionalismen zum Ausdruck kommende Aufwertung räumlicher Orientierungen auf Kosten der Orientierungen an funktionalen, nichträumlichen Strukturen als Indiz für eine „Abwehrhaltung gegen abstrakte Rationalisierungstendenzen der modernen Gesellschaft“ und versteht Region als einen relativ einfach handhabbaren „räumliche[n] Code ... , mit dessen Hilfe die Komplexität der modernen Weltgesellschaft besser strukturiert werden kann“<sup>74</sup>. Nicht nur modernisierungstypische Komplexion und Abstraktion, sondern auch die im Kontext von Globalisierungstrends wahrgenommene Nivellierung von Differenzen fördern die Behauptung des Eigenen gegenüber dem näherrückenden Anderen, die Aufrechterhaltung oder auch die Konstruktion des Spezifischen gegenüber dem Generellen, die Verteidigung des Besonderen und Lokalen gegenüber dem Allgemeinen und Globalen.

Die gewachsene Bedeutung von Regionalbewußtsein für Konstruktionen kultureller Identität kann somit nur zum Teil mit der Perzeption eines Steuerungsversagens und Legitimitätsdefizits von Nationalstaaten erklärt werden. Entscheidend für die Aufwertung der Region ist, daß die Kompetenz zur Kompensation der Begleiterscheinungen von Modernisierungs- und Globalisierungsprozessen in Form sicherer Sinnvermittlung und affektiv bindender Beheimatung in der Tendenz weniger bei der Nation als bei der kleinräumigeren und lebensweltnäheren Region vermutet wird. Der räumliche Bezug der Region kommt der Suche nach Sinn und dem Interesse an Heimat als einem sinnlich erfahrbaren Ort kultureller Identifikation stärker entgegen als die eher nichträumlichen Bezüge nationaler Identitätskonstruktionen. Identitätsobjekt ist dann ein Territorium, nicht ein Prinzip: Das Vaterland der Nation bindet in dieser Tendenz weniger als die Heimat der Region. Indem Regionen eher Identifikationsräume als Identifikationsinhalte bereitstellen, ist der Distinktionscharakter der Konstruktion kultureller Identität mit regionalem, vor allem räumlich hergestelltem Bezug schwächer ausgeprägt als bei einem auf die Nation gerichteten, primär normativen, ideellen oder ideologischen Bezug. Gegenüber politisch „rechts“ oder „links“ zu verortenden Programmatiken ist Regionalismus an sich indifferent; kontext- und situationspezifisch können sich regionalistische Bewegungen und Formen von Regionalbewußtsein mit strukturkonservativen oder auf Veränderung setzenden Ideen verbinden und mit traditionalistischer oder mit emanzipatorischer Intention auftreten: Die Verbindung von Raum und Inhalt ist weitgehend arbiträr.

Zwar basiert Regionalität auf der Definition räumlicher Grenzen und damit auf „Abgrenzung“, jedoch begründet „der relativ ‚neutrale‘ Bezugsrah-

---

73 Pohl 1993: 28-32 und 239.

74 Pohl 1993: 26 und 241.

men des Territoriums“<sup>75</sup> kulturelle Identität weniger distinkional als die leichter steigerbaren Bezugsrahmen normativer und ideeller Konstrukte. Im Vergleich zu anderen Kriterien kultureller Identifikation wie Abstammung, Ethnizität oder Rasse läßt der Raum aufgrund seiner inhaltlichen Indifferenz die Verfahren der Inklusion und Exklusion als determinierende Zuschreibungen unveränderbarer Differenz nur schwach wirksam werden. Regionale Identität taugt damit, *cum grano salis*, weniger zur Freund-Feind-Schematisierung als nationale Identität.

Was nun ostdeutsche Regionalität und Regionalbewegungen von westdeutschen oder westeuropäischen unterscheidet, ist die Ost-West-Dimension kollektiver Identitätsbildung: In Ostdeutschland kommt der spezifische Aspekt hinzu, daß die Identifikation mit der eigenen Region die Selbstverortung als „Gesellschaft der ehemaligen DDR“, die Identität vor allem in der Abgrenzung und Negation von etwas Anderem, von Westdeutschland begründet, in den Hintergrund rücken läßt. Regionale Identität in Ostdeutschland ermöglicht eine Distinktion vom Westen der Republik, jedoch ist diese Distinktion nicht auf die gemeinsame Geschichte der Ostdeutschen in der DDR verwiesen und fällt damit weniger rigide aus als die dichotomisch-teilnationale Abgrenzung. Somit entsteht das Paradoxon, daß die Hinwendung zu regionalen, also subnationalen Identitäten die Ost-West-Differenz relativiert und diese territorial orientierte Pluralisierung und Differenzierung die nationale politisch-kulturelle Integration der Berliner Republik fördert. Hybridität, Melange, Transkulturalität sind wohl Schlüsselkategorien zum Verständnis der komplexen Situation kollektiver Identitäten in Ostdeutschland. In diesem Amalgam verbinden sich – in individuell jeweils spezifischer Weise – das Empfinden regionaler Zugehörigkeit, der aus dem kulturellen Gedächtnis rekonstruierte Erinnerungs- und Erzählzusammenhang DDR, das Bewußtsein der Staatsbürgerschaft im Nationalstaat Deutschland und die noch wachsende Selbstwahrnehmung als Europäer.

Wer sich die semantische Spannweite des Kulturbegriffs und die im Vergleich dazu relativ genaue Begrenzung politischer Kultur auf den Teil der Kultur, der sich auf die Politik im Sinne öffentlicher Angelegenheiten, Regulierung von Interessenkonflikten, Legitimation von Herrschaft usw. bezieht, vor Augen führt, wird das Wort von der kulturellen Differenz zwischen Ost- und Westdeutschen doch zu groß finden. Es handelt sich bei den demoskopisch feststellbaren Differenzen eher um aktuelle Unterschiede in der politischen Kultur (die neben ebenso zu konstatierenden politisch-kulturellen Übereinstimmungen existieren). Die bei Ost- und Westdeutschen verbreitete Vorstellung von der Differenz zwischen den beiden Teilgesellschaften übersteigt das Maß der in der politischen Kulturforschung empirisch ermittelten Unterschiede. Ein strukturelles Problem für den beliebten deutsch-deutschen Abgrenzungsdiskurs besteht somit im Deutlichwerden, daß aufgrund des

---

75 Pieper 1987: 548.

Fehlens grundlegender Differenzen auf der Ebene kultureller Inhalte „Ost- und Westdeutsche ... zu viel gemeinsam [haben], um Distinktionen problemlos aufrecht halten“<sup>76</sup> und die relativ einfach zu konstruierende Abgrenzungsidentität weiterhin pflegen zu können. Die gegenseitige Wahrnehmung von Ost- und Westdeutschen über die Stereotypisierung pseudo-ethnischer Identitäten bewirkt eine Kulturalisierung des Vereinigungsdiskurses: Kulturalität tritt dann an die Stelle von Individualität; individuelles Verhalten und individuelle Anschauungen werden dann in erster Linie als Ausdruck einer angeblich tief verwurzelten und kaum veränderbaren kulturellen Prägung wahrgenommen und interpretiert. Entgegen der im zweiten Kapitel diskutierten These Grossbergs, Differenz werde erst aus Identität konstituiert, handelt es sich bei dem vielschichtigen Komplex von Identitätskonstruktionen im vereinigten Deutschland eher um den Vorgang der Konstitution von Identität aus der Perzeption kultureller Differenz: Selbst- und Fremdzuschreibungen von Identität in den alten und neuen Bundesländern stimmen in der Wahrnehmung einer west-östlichen Teilung und der Tendenz zur Leugnung kultureller Gemeinsamkeiten weitgehend überein.

Der forcierte Abgrenzungsdiskurs, in dem die Ostdeutschen gar zu einer „ethnischen Gruppe“ eingeschmolzen werden<sup>77</sup>, verkennt, daß die Ost-West-Differenz überlagert, abgeschwächt und in Frage gestellt wird von Prozessen der Pluralisierung und Binnendifferenzierung in Ost- und in Westdeutschland. Die Formierung interner politischer, sozialstruktureller und soziokultureller Differenzen, die Entwicklung unterschiedlicher Lebensstile, Habitusformen und Subkulturen sowie die Existenz regionaler Teilidentitäten lassen die Demarkationslinie des Kalten Krieges auch als kulturelle Scheidelinie zunehmend verblassen. Damit ist das Verschärfen von – verständlicherweise vorhandenen – Unterschieden zwischen Ost- und Westdeutschen zu einer grundlegenden kulturellen Kluft im innerdeutschen Abgrenzungsdiskurs ebenso unangebracht wie die Mahnungen, diese Differenzen zu überwinden und eine innere Einheit zu vollenden.

Günter Kunert hält die immer etwas antipluralistisch klingende, als Baso ostinato den Vereinigungsprozeß begleitende Forderung nach „Vollendung der Einheit“ für Illusion und Unsinn; eine Einheit könne bestenfalls in sozialer und ökonomischer Hinsicht erreicht werden: „Eine andere ist nicht denkbar. Wie andere Völker werden auch wir mit Differenzen aller Art in unserem ‚uneinigen Vaterland‘ zu leben haben. Es will auch mir nicht einleuchten, warum so etwas wie eine Ausschaltung von Gegensätzen und Widersprüchen wünschenswert sei, eine Harmonie, die ausschließlich durch Uniformität zu gewinnen wäre, eine mentale Gleichheit, wie sie nur für Zombies

---

76 Ritter 1996: 175.

77 Howard 1995: 124.

vorstellbar ist. Unsere Werturteile und Vorurteile werden wir ohnehin nicht los. Wir müßten nur mit ihnen gelassener umgehen.“<sup>78</sup>

## Literaturverzeichnis

- Agger, Ben: *Cultural Studies as Critical Theory*, London und Bristol 1992.
- Alexander, Jeffrey/Philip Smith: Der Diskurs der amerikanischen Zivilgesellschaft: Ein neuer kultursoziologischer Entwurf, in: *Berliner Journal für Soziologie*, 4. Jg. 1994, H. 2, S. 157-177.
- Anner, John (Hg.): *Beyond Identity Politics. Emerging Social Justive Movements in Communities of Color*, Boston 1996.
- Assmann, Aleida: Zum Problem der Identität aus kulturwissenschaftlicher Sicht, in: Rolf Lindner (Hg.): *Die Wiederkehr des Regionalen. Über neue Formen kultureller Identität*, Frankfurt a.M. und New York 1994, S. 13-35.
- Bauer-Kaase, Petra: Die Entwicklung politischer Orientierungen in Ost- und Westdeutschland seit der Deutschen Vereinigung, in: Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hg.): *Parteien und Wähler im Umbruch. Parteiensystem und Wählerverhalten in der ehemaligen DDR und den neuen Bundesländern*, Opladen 1994, S. 266-297.
- Bergem, Wolfgang: Friedenspolitik und europäische Identität, in: ders./Volker Ronge/Georg Weißeno (Hg.): *Friedenspolitik in und für Europa. Festschrift für Gerda Zellentin zum 65. Geburtstag*, Opladen 1999a, S. 17-40.
- Bergem, Wolfgang: Krise der Vereinigung? Ost- und westdeutsche intellektuelle Diskurse in den neunziger Jahren, in: Bernhard Claußen/Wolfgang Donner/Gerhard Voigt (Hg.): *Krise der Politik – Politische Bildung in der Krise?*, Glienicke und Cambridge 1999b (im Druck).
- Bertram, Hans: Vorwort, in: ders. (Hg.): *Regionen im Vergleich. Gesellschaftlicher Wandel in Ostdeutschland am Beispiel ausgewählter Regionen (KSPW: Transformationsprozesse, Bd. 22)*, Opladen 1996, S. IX-XV.
- Brähler, Elmar/Horst-Eberhard Richter: Deutsche Befindlichkeiten im Ost-West-Vergleich. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 1995, B 40-41, S. 13-20.
- Clarke, John/Stuart Hall/Tony Jefferson/Brian Roberts: Subkulturen, Kulturen und Klasse, in: Axel Honneth/Rolf Lindner/Rainer Paris (Hg.): *Jugendkultur als Widerstand. Milieus, Rituale, Provokationen*, Frankfurt a. M. 1979, S. 39-131.
- Clement, Hans-Jörg: Die Sehnsucht nach Heimat als Vorwegnahme der nationalen Frage, in: Gerd Langguth (Hg.): *Die Intellektuellen und die nationale Frage*, Frankfurt a.M. und New York 1997, S. 252-263.
- Eppelmann, Rainer: Zur inneren Einheit Deutschlands im fünften Jahr nach der Vereinigung, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 1995, B 40-41, S. 8-12.
- Fach, Wolfgang: Ko-Referat zu Wilhelm Bürklin: Die politische Kultur in Ost- und Westdeutschland. Eine Zwischenbilanz, in: Gerhard Lehbruch (Hg.): *Einigung und Zerfall. Deutschland und Europa nach dem Ende des Ost-West-Konflikts*, Opladen 1995, S. 25-30.

---

78 „Einheit nach-gefragt“ – Betrachtungen auf einem schwierigen Weg. Eine Essay-Reihe im Deutschlandfunk, Köln 1995; zit. n. Spittmann 1995: 8.

- Fellisch, Manfred Artur: Sachsen: ein Land mit großer kultureller und wirtschaftlicher Vergangenheit, in: Martin Greiffenhagen/Heinrich Tiemann/Hans-Georg Wehling (Red.): Die neuen Bundesländer, Stuttgart u.a. 1994, S. 124-133.
- Fuchs, Dieter/Edeltraud Roller/Bernhard Weßels: Die Akzeptanz der Demokratie des vereinigten Deutschland. Oder: Wann ist ein Unterschied ein Unterschied?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1997, B 51, S. 3-12.
- Fürst, Dietrich: Raum – die politikwissenschaftliche Sicht, in: Staatswissenschaften und Staatspraxis, 4. Jg. 1993, Heft 2, S. 293-315.
- Fürst, Dietrich: Region/Regionalismus, in: Dieter Nohlen (Hg.): Lexikon der Politik, Bd. 1: Politische Theorien (hg. von Dieter Nohlen und Rainer-Olaf Schultze), München 1995, S. 539-543.
- Gabriel, Oscar W.: Immer mehr Gemeinsamkeiten? Politische Kultur im vereinigten Deutschland, in: Ralf Altenhof/Eckhard Jesse (Hg.): Das wiedervereinigte Deutschland. Zwischenbilanz und Perspektiven, Düsseldorf 1995, S. 243-274.
- Gabriel, Oscar W.: Politische Orientierungen und Verhaltensweisen, in: Max Kaase u.a. (Hg.): Politisches System (Berichte zum sozialen und politischen Wandel in Ostdeutschland, Bd. 3), Opladen 1996, S. 231-319.
- Geertz, Clifford: Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme. Übersetzt von Brigitte Luchesi und Rolf Bindemann, Frankfurt a. M. 1983.
- Geißler, Rainer: Neue Strukturen der sozialen Ungleichheit im vereinten Deutschland, in: Robert Hettlage/Karl Lenz (Hg.): Deutschland nach der Wende. Eine Zwischenbilanz, München 1995, S. 119-141.
- Golz, Hans-Georg: Länderfusion gescheitert, in: Deutschland Archiv, 29. Jg. 1996, Heft 3, S. 349-352.
- Green, Michael: The Centre for Contemporary Cultural Studies, in: John Storey (Hg.): What is Cultural Studies? A Reader, London and New York 1996, S. 49-60.
- Grossberg, Laurence: Identity and Cultural Studies: Is That All There is?, in: Stuart Hall/Paul du Gay (Hg.): Questions of Cultural Identity, London 1996, S. 87-107.
- Hall, Stuart: Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften 2, hg. und übers. von Ulrich Mehlem u.a., Hamburg 1994.
- Hannerz, Ulf: Cultural Complexity. Studies in the Social Organization of Meaning, New York 1992.
- Hannerz, Ulf: „Kultur“ in einer vernetzten Welt. Zur Revision eines ethnologischen Begriffs, in: Wolfgang Kaschuba (Hg.): Kulturen – Identitäten – Diskurse. Perspektiven Europäischer Ethnologie, Berlin 1995, S. 64-84.
- Hetherington, Kevin/Rolland Munro (Hg.): Ideas of Difference. Social Spaces and the Labour of Division, Oxford und Malden, MA 1997.
- Hettlage, Robert/Karl Lenz: Einleitung: Zusammenwachsen – zusammen wachsen. Integrationsprobleme im vereinten Deutschland, in: dies. (Hg.): Deutschland nach der Wende. Eine Zwischenbilanz, München 1995, S. 11-21.
- Howard, Marc Alan: Die Ostdeutschen als ethnische Gruppe? Zum Verständnis der neuen Teilung des geeinten Deutschland, in: Berliner Debatte Initial, 1995, Heft 4/5, S. 119-131.
- Johnson, Richard: What is cultural studies anyway?, in: John Storey (Hg.): What is Cultural Studies? A Reader, London und New York 1996, S. 75-114.
- Inglis, Fred: Cultural Studies, Oxford und Cambridge, Mass. 1993.
- Ipsen, Detlev: Regionale Identität. Überlegungen zum politischen Charakter einer psychosozialen Raumkategorie, in: Rolf Lindner (Hg.): Die Wiederkehr des Regionalen. Über neue Formen kultureller Identität, Frankfurt a.M. und New York 1994, S. 232-254.
- Kaase, Max: Die Deutschen auf dem Weg zur inneren Einheit. Eine Längsschnittanalyse von Selbst- und Fremdwahrnehmungen bei West- und Ostdeutschen, in: Hedwig Ru-

- dolph (Hg.) unter Mitarbeit von Dagmar Simon: Geplanter Wandel, ungeplante Wirkungen. Handlungslogiken und -ressourcen im Prozeß der Transformation, WZB-Jahrbuch 1995, S. 160-181.
- Kalpaka, Annita/Nora Rätzkel: Ideologische Effekte emanzipatorischer Konzepte oder: Die vielen Seiten eines Kopftuchs, in: dies. (Hg.): Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein, Köln 1990, S. 45-80.
- Kaschuba, Wolfgang: Kulturalismus: Vom Verschwinden des Sozialen im gesellschaftlichen Diskurs, in: ders. (Hg.): Kulturen- Identitäten – Diskurse. Perspektiven Europäischer Ethnologie, Berlin 1995, S. 11-30.
- Keupp, Heiner: Diskursarena Identität: Lernprozesse in der Identitätsforschung, in: ders./Renate Höfer (Hg.): Identitätsarbeit heute. Klassische und aktuelle Perspektiven der Identitätsforschung, Frankfurt a.M. 1997, S. 11-39.
- Kind, Gerold: Territorientwicklung und Territorialplanung in der DDR: Ergebnisse und Auswirkungen auf die Raumstruktur Deutschlands, in: Annette Becker (Hg.): Regionale Strukturen im Wandel, Opladen 1997, S. 17-103.
- Langmann, Andreas: Regionen, in: Uwe Andersen/Wichard Woyke (Hg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1992, S. 464-466.
- Lapp, Peter Joachim: Die neuen Bundesländer – V: Thüringen, in: Deutschland Archiv, 25. Jg. 1992, Heft 5, S. 456-461.
- Lapp, Peter Joachim: Die Kreisgebietsreform in den neuen Bundesländern, in: Deutschland Archiv, 26. Jg. 1993, Heft 9, S. 1068-1075.
- Lepsius, M. Rainer: Parteiensystem und Sozialstruktur: Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: Wilhelm Abel u.a. (Hg.): Wirtschaft, Gesellschaft und Wirtschaftsgeschichte. Festschrift zum 65. Geburtstag von Friedrich Lütge, Stuttgart 1966, S. 371-393.
- Lepsius, M. Rainer: Interessen, Ideen und Institutionen, Opladen 1990.
- Lévy, Bernhard-Henri: Gefährliche Reinheit. Aus dem Französischen von Maribel Königer, Wien 1995.
- Maaz, Hans-Joachim: Das gestürzte Volk oder die verunglückte Einheit, Berlin 1991.
- Meulemann, Heiner: Aufholendenzen und Systemeffekte. Eine Übersicht über Wertunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1995, B 40-41, S. 23-33.
- Mudimbe, V. Y. (Hg.): Nations, Identities, Cultures, Durham und London 1997.
- Müller, Hans-Peter: Kultur und Gesellschaft. Auf dem Weg zu einer neuen Kulturosoziologie?, in: Berliner Journal für Soziologie, 4. Jg. 1994, H. 2, S. 135-156.
- Müller-Syring, Rolf: Fleißig und tüchtig, doch Verlust der Wettbewerbsorientierung, in: Martin Greiffenhagen/Heinrich Tiemann/Hans-Georg Wehling (Red.): Die neuen Bundesländer, Stuttgart u.a. 1994, S. 134-150.
- Oommen, T. K.: Citizenship, Nationality and Ethnicity. Reconciling Competing Identities, Cambridge 1997.
- Pickel, Gert/Dieter Walz: Politikverdrossenheit in Ost- und Westdeutschland: Dimensionen und Ausprägungen, in: Politische Vierteljahresschrift, 38. Jg. 1997, Heft 1, S. 27-49.
- Pieper, Richard: Region und Regionalismus. Zur Wiederentdeckung einer räumlichen Kategorie in der soziologischen Theorie, in: Geographische Rundschau, 39. Jg. 1987, Heft 10, S. 534-549.
- Pohl, Jürgen: Regionalbewußtsein als Thema der Sozialgeographie. Theoretische Überlegungen und empirische Untersuchungen am Beispiel Friaul, Kallmünz/Regensburg 1993.
- Pollack, Detlef: Das Bedürfnis nach sozialer Anerkennung. Der Wandel der Akzeptanz von Demokratie und Marktwirtschaft in Ostdeutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1997, B 13, S. 3-14.

- Pollack, Detlef/Gert Pickel: Die ostdeutsche Identität – Erbe des DDR-Sozialismus oder Produkt der Wiedervereinigung? Die Einstellung der Ostdeutschen zu sozialer Ungleichheit und Demokratie, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 1998, B 41-42, S. 9-23.
- Probst, Lothar: Das Dilemma der Intellektuellen mit der Nation. Ein Plädoyer gegen die Kontinuitätslogik, in: *Deutschland Archiv*, 27. Jg. 1994, Heft 12, S. 1287-1291.
- Probst, Lothar: Ost-West-Differenzen und das republikanische Defizit der deutschen Einheit, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 1998, B 41-42, S. 3-8.
- Reese-Schäfer, Walter: Supranationale und transnationale Identität – zwei Modelle kultureller Integration in Europa, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 38. Jg. 1997, Heft 2, S. 318-329.
- Ritter, Claudia: Politische Identitäten in den neuen Bundesländern. Distinktionsbedarfe und kulturelle Differenzen nach der Vereinigung, in: Helmut Wiesenthal (Hg.): *Einheit als Privileg? Vergleichende Perspektiven auf die Transformation Ostdeutschlands*, Frankfurt a.M. und New York 1996, S. 141-187.
- Rutschky, Michael: Wie erst jetzt die DDR entsteht. Vermischte Erzählungen, in: *Merkur*, 49. Jg. 1995, Heft 9-10 (558/559), S. 851-864.
- Schäuble, Wolfgang: Nationale Identität und die innere Einheit Deutschlands, in: Gerd Langguth (Hg.): *Die Intellektuellen und die nationale Frage*, Frankfurt a. M. 1997, S. 283-297.
- Schmidtke, Oliver: Kollektive Identität in der politischen Mobilisierung territorialer Bewegungen. Eine analytische Perspektive, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 8. Jg. 1995, Heft 1, S. 24-31.
- Schröder, Richard: *Deutschland schwierig Vaterland. Für eine neue politische Kultur*, Freiburg i.Br. 1993.
- Schultze, Rainer-Olaf/Roland Sturm: Regionalismus, in: Dieter Nohlen (Hg.): *Lexikon der Politik*, Bd. 3: *Die westlichen Länder* (hg. von Manfred G. Schmidt), München 1992, S. 404-416.
- Schwabe, Klaus: Mecklenburgische und vorpommersche Identität. Mentalitäten und Befindlichkeiten, in: Martin Greiffenhagen/Heinrich Tiemann/Hans-Georg Wehling (Red.): *Die neuen Bundesländer*, Stuttgart u.a. 1994, S. 28-41.
- Schweigel, Kerstin/Astrid Segert/Irene Zierke: Das Eigene und das Fremde: Regionale soziale Milieus im Systemwechsel, in: Hans Bertram/Stefan Hradil/Gerhard Kleinhenz (Hg.): *Sozialer und demographischer Wandel in den neuen Bundesländern*, Opladen 1996, S. 189-207.
- Spittmann, Ilse: Fünf Jahre danach – Wieviel Einheit brauchen wir?, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 1995, B 38, S. 3-8.
- Sturm, Roland: Regionen, in: Dieter Nohlen (Hg.): *Wörterbuch Staat und Politik*, München 1991, S. 584-586.
- Tullner, Mathias: Das neueste der neuen Bundesländer: Sachsen-Anhalt, in: Martin Greiffenhagen/Heinrich Tiemann/Hans-Georg Wehling (Red.): *Die neuen Bundesländer*, Stuttgart u.a. 1994, S. 67-89.
- Veen, Hans-Joachim: Innere Einheit – aber wo liegt sie? Eine Bestandsaufnahme im siebten Jahr nach der Vereinigung Deutschlands, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 1997, B 40-41, S. 19-28.
- Wehling, Hans-Georg: Das Eichsfeld. Musterfall eines katholischen Milieus, in: Martin Greiffenhagen/Heinrich Tiemann/ders. (Red.): *Die neuen Bundesländer*, Stuttgart u.a. 1994, S.110-118.
- Welsch, Wolfgang: Transkulturalität. Zur veränderten Verfaßtheit heutiger Kulturen, in: *Zeitschrift für Kulturaustausch*, 45. Jg. 1995, Heft 1, S. 39-44.
- West, Cornel: The new cultural politics of difference, in: Simon During (Hg.): *The Cultural Studies Reader*, London und New York 1993, S. 203-217.

- Westle, Bettina: Demokratie und Sozialismus. Politische Ordnungsvorstellungen im vereinten Deutschland zwischen Ideologie, Protest und Nostalgie, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 46. Jg. 1994, Heft 4, S. 571-596.
- Williams, Raymond: *Culture and Society 1780-1950*, London 1967, Erstausgabe 1958.
- Zelle, Carsten: Soziale und liberale Wertorientierungen: Versuch einer situativen Erklärung der Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 1998, B 41-42, S. 24-36.

# Identitätsmarketing in ‚künstlichen‘ Gebilden: Die Fälle NRW und Sachsen-Anhalt

*Suzanne M. Bleier*

„Standorte sind in der Tat Produkte, deren Identität und Wert aufgebaut und vermarktet werden müssen. Ein Standort, der es versäumt, sich erfolgreich zu plazieren, riskiert wirtschaftliche Stagnation und Niedergang.“ (Kotler 1994: 24)

„Die Schaffung eines mächtigen Images ist Teil des gesamten Marketingprozesses. Es verlangt nach einer guten strategischen Marktprüfung, zielgerichteter Produktverbesserung und kreativer Erfindung von Symbolen. Hat ein Standort diese Schritte unternommen, ist seine nächste Aufgabe, das neue Image unter seinen Zielgruppen zu verbreiten.“ (202)

„Wir sind überzeugt, daß das strategische Standort-Marketing den adaptivsten und produktivsten Ansatz zur Lösung der Standortprobleme darstellt.“ (37)

## Einleitung

Globalisierungsbedingte Effekte, die unter den Begriffen der Deterritorialisierung, Deregulierung und Entnationalisierung firmieren, erzwingen nicht nur die Neukonstitution politischer Regulationsregime<sup>1</sup>, sondern ebenfalls eine Neu-Justierung des hegemonialen und auf den Nationalstaat ausgerichteten Symbolsystems. Für die Entwicklung einer zivilgesellschaftlichen Identität kann jedoch die unumwundene Übernahme tradierteter Symbolik ebenso wenig eine Perspektive bieten (vgl. Giddens 1998: 88) wie ihr reiner Transfer auf subnationale oder supranationale Ebenen. Dieser würde nur einer neuen „Verräumlichung“<sup>2</sup> entsprechen, ohne die substantialistischen und essentialistischen Implikationen mitzubedenken, die spätmodernen Anforderungen nicht gerecht wird. Entnationalisierung birgt jedoch die Chance der Neuordnung des demokratischen Gemeinwesens. In dieser Perspektive können hier die Machtverschiebungen ‚nach unten‘ auf die föderalstaatlichen Politikebenen gesehen werden. Dezentralisierung und damit auch die Bildung neuer re-

---

\* Dieser Aufsatz ist im Zusammenhang mit meiner vergleichenden Studie über *Image, Identität und Transformation: Identitätspolitik an der Schnittstelle von Globalisierung und Regionalisierung* entstanden, die im Rahmen des DFG-Graduiertenkollegs ‚Identitätsforschung‘ an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg demnächst abgeschlossen wird.

1 Zu einem grundlegenden Überblick der deutschsprachigen Diskussion vgl. hierzu Kohler-Koch (1998).

2 Vgl. zum Begriff der „Verräumlichung“ (Werlen, 1997), hier Kapitel 2.

gionaler und lokaler „Armaturen“ (Lipietz: 1994) deuten schon die reregulatorischen Kräfte an. Möglicherweise gewinnen sie in Zukunft eine Schlüsselstellung als sozial integrierende Räume. Vor diesem Hintergrund möchte ich zwei Herausforderungen benennen: Erstens die Abkehr von einem Verständnis des National/Staates als Behälter-Raum und eine entsprechende Neubestimmung des sozialwissenschaftlichen Vokabulars, und zum anderen eine Kompatibilisierung traditioneller Zeichen- und Symbolsysteme zugunsten der normativen Implikationen von Zivilgesellschaft. Das Erfordernis der Überwindung traditioneller „raumzentrierter“ (Werlen 1997: 12) Deutungen von Kulturen und Gesellschaften folgt aus der Tatsache, daß sie entgrenzten globalisierten Lebensverhältnissen nicht gerecht wird und ihre bedenkenlose Weiterführung die Risiken politischer Fragmentierung begünstigt. Dieses Problem möchte ich hier im Zusammenhang von Raumproduktion und Identitätspolitik in Regionalisierungsprozessen diskutieren.

Im *ersten Teil* möchte ich zunächst auf die erwähnte Herausforderung in identitätspolitisch-normativer Perspektive eingehen. Im *zweiten Teil* werde ich den Kontext von politikstrategischer Steuerung kollektiver Identitätsbildung und Imageplanung in Regionalisierungsprozessen aufzeigen. Im *dritten und vierten Teil* werden dazu zwei Entwicklungen diskutiert: Die eine kann als *ökonomischer Regionalismus* bezeichnet werden, die andere beschreibt die darin eingebetteten Konstruktionsprozesse neuer *Raummythen*: über die *Kommodifizierung* und *Eventisierung* ‚regionaler Besonderheiten‘ werden Regionen zum Träger normativer Vorgaben ‚gemacht‘. Meine *These* ist nun, daß die Stärkung der regionalen und lokalen Ebenen politische Fragmentierung bewirkt.

Die Überlegungen gehen von *drei Grundannahmen* aus:

1. Während sich im 19. Jahrhundert die bürgerliche Elite für die Erfindung der Nation und die Durchsetzung der hegemonialen Kollektivsymbolik verantwortlich zeigte (Giesen 1993), vereint die zeitgenössische Deutungselite Intellektuelle, politische und wirtschaftliche Entscheidungsträger mit der Kulturindustrie<sup>3</sup>. Hier kann daher von einem neuen *Symbol-Unternehmertum* gesprochen werden, das sich der Neu- und Wiedererfindung von Regionen und regionaler Identitäten verschrieben hat.
2. Die Chance der strukturellen Neuordnung geht nur unzureichend mit einer Anpassung und Neugestaltung der Kollektivsymbolik einher und bietet unter spätmodernen Bedingungen *keine zeitgemäße politische Orientierung*. Die Neuerfindung ‚regionaler Identitäten‘ birgt „totalisierende Fiktionen“ (Somers/Gibson 1994: 55).
3. Ein dem Standortwettbewerb verschriebener *ökonomischer Regionalismus* birgt die Gefahr *politischer Fragmentierung*. Insoweit gewinnen re-

---

3 Der Begriff orientiert sich hier an der Bedeutung der ‚cultural industries‘ im anglo-amerikanischen Sprachraum und umfaßt die Medienindustrien (Musik, Fernsehen, Kino, Verlagswesen), die Freizeit- und Tourismuswirtschaft (Urry, 1995: 154).

gionale Identitäten politische Relevanz und begünstigen einen (binnen-)regionalen Partikularismus, der so erfolgreiche Regionalentwicklung unterläuft.

## 1 Globalisierung als Chance

In der Diskussion um die globalisierungsbedingten Effekte auf politisches Steuerungs- und Regelungsvermögen, in der auch die Fragen der Legitimation und Partizipation im Kontext nationalstaatlicher ‚Entgrenzung‘ neu gestellt werden, ist hierzulande eine eindeutige Schwerpunktbildung der Modell- und Theorieentwicklung zu erkennen, die man auch als *Institutionenzentrismus* bezeichnen könnte. Für die Engführung der institutionenzentrierten Perspektive, die vornehmlich die strukturell-administrativen Konsequenzen, das Steuerungs- und Integrationspotential der Regulationsregime im Mehrebenensystem auslotet, sind zwei Entwicklungen ausschlaggebend. Zum einen hat sich die einseitige Insichtnahme der Professionalisierung der „Politik durch Verfahren“ (Wolfgang Seibel, 1997) zu Lasten demokratietheoretischer Erklärungsansätze und fehlender Lösungskonzepte ausgewirkt und die politisch-kulturellen Funktionsvoraussetzungen von Demokratie weitgehend ausgeblendet<sup>4</sup>. Zum anderen sehen sich die Sozialwissenschaften in der ‚Ära der Transformation‘ theoretischen und methodologischen Herausforderungen gegenüber, die mit den herkömmlichen Instrumentarien kaum zu fassen sind. Dem Auseinandertreten von Identität, Souveränität und Territorialität des Nationalstaates ist nicht mit einer Epistemologie beizukommen, die ihrer Voraussetzung nach von einem ‚Container-Raum‘ ausgeht, in dem soziale Beziehungen sich organisieren und reproduzieren<sup>5</sup>. Die seit etwa zwei Jahrzehnten im anglo-amerikanischen Sprachraum stattfindende ‚geographische Wende‘ in den Sozialwissenschaften ist in der politikwissenschaftlichen Forschung der BRD bislang auf wenig Widerhall gestoßen, doch bietet sie hinsichtlich unserer methodologischen Schwierigkeiten geeignete Perspektiven<sup>6</sup>. So ist es sinnvoll, zunächst zwischen vier Analyseebenen des national/staatlich organisierten Raums zu unterscheiden: der geographische Raum, die politisch-administrativen Steuerungsebenen des ordnungspolitischen Raums, der „soziale“ und der „mentale Raum“ (vgl. Lefebvre 1997)<sup>7</sup>.

---

4 Dieses Desiderat konstatiert auch Manfred G. Schmidt (1996).

5 Zur Kritik auch Rohe (1996: 107), Sassen (1997) und neuerdings auch Zürn (1998: 257), der das Scheitern des Nationalstaates in der Herstellung eines überzeugenden Symbolsystems zur Sprache bringt.

6 Einen guten Überblick bietet dazu Berking (1998).

7 Dem Geographen Neil Brenner (University of Chicago, Dept. of Political Science) danke ich, daß er mich mit der politischen Theorie Henri Lefebvres bekannt gemacht hat, die im Globalisierungsdiskurs eine neue Aktualität und Qualität gewinnt. Neil Brenner interpretiert die neoliberale Globalisierung und die einhergehenden Redi-

Die Frage nach den zukünftigen Orten der Demokratie und Legitimation ist nun unweigerlich mit der Frage nach der politischen Kultur und Identität verknüpft. Denn politisch-kulturelle Identitäten sind in der bundesrepublikanischen Gesellschaft noch immer stark über eine ethnisch fundierte Nationalkultur resp. Regionalkulturen organisiert, und die hieran ausgerichteten und teilweise konkurrierenden hegemonialen Symbolsysteme fundieren politisches Bewußtsein. Die Beziehung von politischer und kultureller Identität kann dabei als dialektische angesehen werden, die innerhalb des sozialen Gedächtnisses organisiert wird (vgl. Knoblauch 1998)<sup>8</sup>. Für die Entwicklung politischer Identität mit Blick auf die erstrebte Ausbildung von Mehrfachloyalitäten in einer postmodernen Kultur bedeutet dies eine über die bloße Anerkennung hinausgehende „Wünschbarkeit“ des Zusammenlebens mit Anderen in einer politischen Gemeinschaft (vgl. Taggart 1995: 38, nach: Zürn 1998, 262). Daraus ergeben sich weiterführende Aufgaben, die ich hier nur skizzieren kann: Wie findet das ‚fragmentierte‘ Subjekt noch zu einer politischen Identität, oder anders formuliert, findet politische Orientierung im mannigfaltigen Angebot der Lebensstile noch eine entsprechende Nachfrage? An welche sozialräumlichen Dimensionen sollen und können kollektive Identitäten gebunden sein? In welchem Verhältnis stehen kollektive Identitäten zu den verschiedenen räumlichen Dimensionierungen? Welche Rahmenbedingungen und Identifikationsangebote fördern also ein ‚multiples Selbst‘? Wobei hier nichts Pathologisches gemeint ist, sondern die Fähigkeit der Ausbildung von Mehrfachloyalitäten.

Die Transnationalisierung der Waren-, Finanz- und Kulturmärkte führt nun nicht nur zu einer partiellen Erosion der zentralen staatlichen Steuerungsmechanismen über den gesamtstaatlichen Raum, sondern auch zu einer Transformation sozialräumlicher Realitäten und stellt somit die Ver-Ortung traditioneller kollektiver Identitäten in Frage. Die Bedingung, daß Demokratie jedoch kollektive Identität voraussetzt, wirft nicht nur Problemstellungen der räumlichen Reregulierung der politischen Macht (ordnungspolitischer Raum) und des demokratischen Gemeinwesens auf (sozialer Raum), sondern auch Fragen hinsichtlich der räumlichen Verortung der Identitätsgrundlage und ihrer normativen Dimension, die für die Mitglieder eines Demos zeitge-

---

mensionierungen des Raumes entsprechend als Wendepunkt in der Geschichte der staatlichen Raumproduktion, die darauf abzielt, „die krisenfreie Zirkulation des Kapitals sicherzustellen“ (1997: 547). Dafür ist die Synchronisierung der von Lefebvre nach „national-territorial“, „sozial“ und „mental“ geschiedenen räumlichen Dimensionierungen, die den staatlichen Raum konstituieren, notwendig, um so die räumliche Stabilität zum Zweck der Kapitalakkumulation, die politische Macht und die gesellschaftliche Legitimation zu organisieren. Zur Hervorhebung ähnlicher Unterscheidungsmerkmale vgl. auch Brenner (1998) und Nitschke (1996); vgl. zum Verhältnis der räumlichen Dimensionierungen besonders Lefebvre (1997).

8 Zur Entwicklung nationaler und kultureller Identität in der Neuzeit, vgl. hier Giesen (1991).

mäße Orientierungen unter spätmodernen Verhältnissen bereitstellen. Nun wird die ‚Herstellung‘ der Deckungsgleichheit von hegemonialem Repräsentationssystem ‚Nationalkultur‘ und Staatswesen unter dem Druck der Machtverlagerung nach unten und nach oben immer weniger Überzeugungskraft haben und das Monopol als sozialintegrative Instanz aufgeben müssen. Die Nationalisierung von Kultur wird also nicht länger die Perspektive bieten, denn Zivilgesellschaft wird sich nur mit einer postmodernen Kulturform vereinbaren lassen (vgl. Reese-Schäfer, 1997). Hinsichtlich der Entwicklung einer die Refiguration der politischen Räume berücksichtigende und die Zivilgesellschaft stärkende kollektive Identität, muß es daher im politischen Interesse sein, die symbolische Ordnung neu zu justieren, also eine zeitgemäße ‚symbolische Kompatibilität‘ herzustellen.

Ein in dieser Perspektive noch weiter zu entwickelnder Ansatz könnte ein handlungstheoretisch ausgerichtetes Konzept von *Transregionalität* bieten. Damit ist gemeint, daß die im Zuge „alltäglichen Geographiemachens“ (Werlen 1997) erzeugten Identitätsattribuierungen und also das Zeichen- und Symbolsystem, um die normativen Implikationen von „Transkulturalität“ (Welsch 1994) angereichert werden, zugunsten der Anerkennung pluraler Kulturen und Identitäten in transregionaler Perspektive<sup>9</sup>. Dieses Konzept steht quer zu den Wissensformen, die eher dazu tendieren, eine regionenzentrierte Orientierung zu fördern.

Eine Problemstellung, die hier nur angedeutet werden kann, ergibt sich aus dem Tatbestand, daß die Anerkennung einer gemeinsamen Identitätsgrundlage die *Wiedererkennbarkeit* von tradierten Symbolen und Zeichen voraussetzt. Sicher ist die Forderung der Überwindung traditioneller Symbolik legitim, realistisch eingeschätzt kann die Maßgabe der Wiedererkennbarkeit jedoch nur bedeuten, daß es sich um eine Transformation der Zeichen- und Symbolsysteme in der oben angeführten Perspektive handeln muß, nicht um deren gänzliche Überwindung.

## 2 Globalisierung, Raumordnung und die Renaissance regionaler Identitäten

Die sozialräumliche Neuordnung zwischen Regionalisierung der zentralen Staatsmacht und der Globalisierung des Kapitals vollzieht und überlagert sich in einer Dialektik von Zersplitterung, Fragmentarisierung und Differenzierung (Lefebvre 1997: 351). „Glokalisierung“ beschreibt die widersprüchliche und simultane Produktion unterschiedlicher Raumdimensionen (Swyngedouw 1992): Eine Konsequenz neoliberaler Strategien der Deregulierung,

---

9 Einen sehr guten Überblick über die anglo-amerikanischen Konzepte der Hybridität von Kulturen und Identitäten bieten Bronfen/Marius/Steffen (1997).

Privatisierung und Marktliberalisierung in der europäischen Union ist die Redimensionierung der staatlichen Raumorganisation. Der partiellen Erosion zentraler staatlicher Steuerungsmechanismen folgen Reregulierungs- und Restrukturierungsmaßnahmen des staatlichen Raums (Brenner 1997, 1998). Postfordistische Reregulierungsmaßnahmen wirken den globalisierungsbedingten Machtverschiebungen auf sub- und supranationalen Ebenen und damit dem einhergehenden Legitimationsdilemma entgegen und können als Akkumulationsstrategie begriffen werden, die in den 80er Jahren von verschiedenen europäischen Regimen zur Unterstützung einer postfordistisch-industriellen Entwicklung und einer verbesserten Kapitalverwertung innerhalb der wichtigsten urbanen Regionen genutzt wurde (Swyngedouw 1996). Sie können daher als Strategien des politischen und ökonomischen Krisenmanagements begriffen werden und lassen sich besonders gut an der Raumordnungspolitik ablesen. In der Gegenwart konzentriert sich die Redimensionierung vornehmlich auf die städtisch-regionalen und die besonders von der Deindustrialisierung betroffenen Standorte, wo neue industrielle und institutionelle Infrastrukturen entstehen. So werden im Hinblick auf die Förderung ‚endogener Potentiale‘ sub-nationale Regionen entworfen, mit dem Ziel einer gerechteren Regionalentwicklung<sup>10</sup>.

- 10 Die fordistische Raumordnungspolitik begriff das gesamte Staatsgebiet als geographische Größe, innerhalb dessen der Industrialisierungsprozeß gleichmäßig vorangetrieben werden sollte und sah vor, daß durch staatliche Steuerung ein nationales Netzwerk zentraler Orte von Arbeitskraft und Kapitalakkumulation entwickelt und ausgedehnt und letztlich auch die Peripherien erfassen würde. Durch Umverteilung der Überschüsse zwischen den zentralen Orten sollte die ungleichmäßige regionale Entwicklung innerhalb des staatlichen Raums ausgeglichen werden. Dieses im 1965 verabschiedeten Raumordnungsgesetz (ROG) formulierte und in den letzten Versionen 1989 und 1991 bestätigte Ziel, leitet sich aus Art. 72 GG ab, der die „Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse im gesamten Staatsgebiet fordert“. Unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise und dem Einsetzen der Deindustrialisierungsprozesse seit den frühen 70ern, setzte sich bei den Planern zunehmend die Ansicht durch, den Ausgleich regionaler Unterschiede nicht durch staatliche Steuerung in den Griff bekommen zu können. Dieses praktisch als unrealistisch verworfene Ziel (KWSW 1977) fand jedoch keine Entsprechung in einer postfordistischen Reformulierung des staatlichen Raumordnungsgesetzes. Gleichwohl begann der Bund, das Konzept der ‚endogenen regionalen Potentiale‘ gegenüber der Entwicklung des gesamtstaatlichen Raums in den Vordergrund zu stellen und fand Eingang im Raumordnungspolitischen Orientierungs- und Handlungsrahmen (ORA 1993 und HRA 1995). Im Zuge der Dezentralisierung haben Länder und Gemeinden unter dem Druck wachsender Verwaltungsaufgaben und schwieriger Haushaltsbedingungen zwischenzeitlich die zentrale Rolle bei der Steuerung und Förderung des Akkumulationsprozesses übernommen. *Nichtsdestoweniger richtet der Bund seine sozio-ökonomische Politik laut ROG auf ein als Einheit verstandenes nationales Territorium aus, daß die geographische Größe bildet, auf die sich seine staatliche Souveränität gründet.* Vgl. ausführlich Brenner (1997). Zu dieser faktischen Krise nationaler Raumplanung kommt hinzu, daß verschiedene Planungsfunktionen an die EU abgetreten wurden, deren Interesse es ist, räumliche Polarisierung und ungleiche Entwicklung für den europäischen Wirtschaftsraum zu regulieren (vgl. Albrechts/Swyngedouw 1989; Bullmann 1994).

Länder und Gemeinden gewinnen nun gegenüber dem Bund eine zentrale Bedeutung bei der Organisation der Stadtplanung und Raumordnung und operieren als „Unternehmer-Staaten“ (Brenner 1997: 560):

„... alle Länderregierungen verhalten sich jetzt wie das Management eines Unternehmens und versuchen, ihre gesamte Politik auf die Bedürfnisse und Notwendigkeiten des Bundeslandes als einer industrialisierten Zone innerhalb des postfordistischen Weltkapitalismus abzustimmen“ (Esser/Hirsch 1987: o. S., zit. nach Brenner 1997: 559)<sup>11</sup>.

Für die Bundesländer Sachsen-Anhalt als Ziel-1 Region (wie alle ostdeutschen Bundesländer) und Nordrhein-Westfalen (als Ziel 2, 5b Region), die beide von Deindustrialisierung und hoher Arbeitslosigkeit betroffen sind, bedeutet die wirtschaftliche Entwicklung damit auch eine starke Abhängigkeit von der an den EU-Leitlinien orientierten Vergabe von Fördermitteln. In beiden Bundesländern wurde begonnen, mit der regionalisierten Strukturpolitik einen Rahmen zu schaffen, aus dem heraus sich die Regionen entwickeln können. Dazu wurden dezentrale Entscheidungsstrukturen angelegt, die die Stärkung und Verantwortung lokaler Akteure erhöhen sollen. Die Wettbewerbsfähigkeit einer Region soll dadurch begünstigt werden, daß die lokalen ‚Kernkompetenzen‘ identifiziert und gestärkt werden. Reregulierungsmaßnahmen wie die in den Bundesländern eingesetzten Regionalisierungsprozesse erweitern die Kompetenzen regionalen Handelns und sollen die Partizipationschancen lokaler, regionaler und sozialer Bewegungen erhöhen, sprich, einen Demokratisierungsschub leisten. *Gleichzeitig* ist jedoch die Tendenz festzustellen, daß 1. die Kompetenzerweiterungen mit Finanzkürzungen einhergehen und politische Handlungsspielräume einschränken, 2. daß die Einführung neuer dezentraler Körperschaften (Regionalkonferenzen) mit Legitimationsdefiziten behaftet ist<sup>12</sup> und 3. ihre erfolgreiche Arbeitsweise, die über die divergierenden Interessen der beteiligten Akteure durch ein gemeinsames ‚Regionalbewußtsein‘ garantiert werden soll<sup>13</sup>, durch den Standortwettbewerb der beteiligten Kommunen und ihre Rivalitäten geschwächt wird.

---

Das Konzept der ‚endogenen Potentiale‘, daß in erster Linie auf die Schaffung und Förderung lokaler Strukturen von Arbeit und Ökonomie abhebt, kann meines Erachtens um *lokale Geschichte und Kultur* erweitert werden, die als ‚weiche‘ *Standortpotentiale* in Imagepolitiken besondere Beachtung finden.

- 11 Diese Einschätzung trifft sich gegenwärtig auch mit der Einführung des ‚Lean‘-Paradigmas der Privatwirtschaft in die öffentliche Verwaltung und städtebaulichen Planung und der Stärkung von Public-Private Partnership. Zur Umsetzung moderner Managementstrategien in Verwaltungsorganisationen sowie deren Konsequenzen auf Stadt- und Regionalentwicklung vgl. auch Weber/Streich (1997).
- 12 Zum Problem der Legitimation und der demokratietheoretischen Problematik ‚privater Regierungen‘ vgl. Voelzkow (1994, 1996).
- 13 Der Begriff ‚Regionalbewußtsein‘ bedeutet im Rahmen der Regionalisierung der Strukturpolitik, daß verschiedene regionale und lokale Akteure Region als gemein-

Es ist zunächst davon auszugehen, daß Deregulierungs- und Dezentralisierungsmaßnahmen Strategien der Nationalisierung und entsprechender Homogenisierung unterlaufen. Quasi durch die Hintertür erfahren jedoch neue ‚kollektive Identitäten‘ eine Renaissance, so nämlich das mittlerweile auch in die Landesentwicklungsprogramme und regionale Entwicklungskonzepte eingegangene ‚Leitbild‘<sup>14</sup> der ‚regionalen Identität‘, das bislang programmatisch den föderalstaatlichen Politikebenen im Sinne der Entwicklung und Stärkung einer ‚Landesidentität‘ vorbehalten ist. Wenn Regionalisierungsprozesse auch als Demokratisierungsprozesse konzipiert sind, dann sind die Implikationen dieses ‚Leitbildes‘ und seine Realisierung in demokratietheoretischer Perspektive zu bedenken. Die Aktualität dieses Leitbildes verdankt sich Legitimationsdefiziten in zweierlei Hinsicht: Für die an den Regionalisierungsprozessen direkt beteiligten Gruppen gilt es, einen über die konfligierenden Interessen hinaus *konsensualen Bezugsrahmen* zu schaffen, der über die Chancen der Kooperation, des Engagements und letztlich den Erfolg der Maßnahmen entscheidet. Die getroffenen Maßnahmen (die Bildung neuer Wirtschaftsregionen in neuen Grenzen, neue kollektive Akteure) müssen legitimatorisch nach *innen und außen* abgedefert werden. In dieser Perspektive erhält nun Imageplanung eine Schlüsselposition.

Imageplanung und Standortmarketing als Instrumente nationaler, regionaler und lokaler Wirtschaftspolitiken gewinnen im Zuge der Globalisierung und der europäischen Integration und des voranschreitenden Wettbewerbs um Investitionen, Subventionen, Kaufkraftpotentiale und qualifizierte Arbeitskräfte zunehmend an Bedeutung. Da in kapitalistischen Gesellschaften die Logik der Warenwelt auch zunehmend die gesellschaftlichen Semantiken bestimmt, ist es nicht verwunderlich, wenn Imageplanung entsprechend ihre Kommunikationsprozesse nach ökonomischen Absatztheorien ausrichtet: für die Regionen wird ein jeweils einzigartiges und positives „Image“ angestrebt,

---

samen Referenzrahmen zur Abstimmung und Koordination strukturpolitisch relevanter Maßnahmen akzeptieren.

- 14 Der Begriff des regionalen ‚Leitbildes‘ findet hier nur deshalb Verwendung, da er gängiger Begriff in der Stadt- und Regionalplanung und entsprechend in den Zielvorstellungen der Landesentwicklungsprogramme ist. Der Begriff wäre selbst auf seinen ideologischen Gehalt zu diskutieren, denn „... trotz aller ideologischer Belastung im Kontext totalitärer und autoritärer Planungsversuche (...) verdichtet sich das Orientierungswissen von Architekten und Stadtplanern in wesentlichen Teilen zu bildhaften Vorstellungen, die in diesem Sinne Leitbildwirkung haben; im präsentativen, d.h. bildhaftgegenständlichen Denken verschmelzen diskursiv formulierte Ziele und quantifizierte Raumprogramme zu einer imaginären ‚Schau der wünschenswerten räumlichen Ordnung‘, der weithin – zumeist unbewußt und unaufgeklärt – diffuse Ansprüche auf eine gesellschaftliche Ordnungsmacht der Planer in einer ‚geordneten‘ Gesellschaft zugrunde liegen“ (Durth/Gutschow 1988: 162ff.).

mit dem Ziel der Herstellung einer regionalen „Corporate Identity“<sup>15</sup>. Das Image, der ‚gute Ruf‘, scheint innerhalb sowie über die Regionsgrenzen hinaus eine bedeutende Rolle zu spielen, mehr noch, das Image entscheidet möglicherweise über Entwicklung oder Niedergang einer Region. Verkürzt kann das Ziel der imageplanerischen Maßnahmen so gefaßt werden, daß die Außen- und Innensicht auf die Region beeinflußt, verändert und verbessert werden sollen und die Öffentlichkeit über die Verbesserung und Veränderung struktureller Entwicklungen aufgeklärt und informiert wird. So gelten besonders dem vergangenheitsorientierten Blick, der die (negative) Beurteilung einer Region wider besseres Wissen über die Gegenwart bestimmt, die Anstrengungen regionaler Imagekampagnen. Ziel ist es immer, einen Ist-Zustand in einen Soll-Zustand zu überführen. Für die Ermittlung des Ist-Zustands bilden die mit den Mitteln der Umfrageforschung erhobene öffentliche Meinung bezüglich einer Region – die Außensicht –, der Identifikationsgrad der Bewohner mit einer Region – die Innensicht – zwei Fixpunkte, die die Ausrichtung der Imageplanung bestimmen. Ziel der Veränderung der Außensicht ist, potentielle Investoren in ihrer Standortwahl zu beeinflussen oder die Tourismusförderung entscheidend zu verbessern. Auf die Innensicht Einfluß zu nehmen bedeutet, die Identifizierung der Bewohner mit ‚ihrer Region‘ zu stärken, Legitimationsgewinne zu erzielen, politische Partizipation zu stärken und der Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte vorzubeugen. Imageplanung kann in dieser Perspektive als das interessegeleitete Bemühen politischer und gesellschaftlicher Akteure begriffen werden, auf Produktion, Verstärkung oder Wandel ‚regionaler Identitäten‘ Einfluß zu nehmen. Imageplanung dient der interessengeleiteten Durchsetzung politischer und ökonomischer Ziele und kann daher als *Imagepolitik* begrifflich gefaßt werden. Imagepolitiken als *politisches Kommunikationsmanagement* kollektiver Akteure wie Regionen und Städte bedienen sich moderner Kommunikationstechnologien und –strategien, die in die in Zielgruppen segmentierte Öffentlichkeit unterschiedliche Identitätsangebote streuen. Imagepolitik begreife ich weiterhin als *multifunktionales Steuerungsinstrument von Transformationsprozessen* in einer zunehmend deregulierten Politik und Ökonomie, die an Produktionsprozesse neuer ‚kollektiver Identitäten‘ gekoppelt ist.

Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt gelten als zwei ‚krisengeschüttelte‘ ‚Bindestrich-Regionen‘. Beide leiden zudem unter dem Ruf, eine ‚künstliche‘ Region ‚ohne Identität‘ zu sein. Diese verbreitete Ansicht verdankt sich der dominanten Denkfigur, daß Bindestrich-Regionen wie Sachsen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen nicht historischen, ‚sondern‘ kontrak-

---

15 In der Praxis der Public Relations wird Corporate Identity als Bestandteil strategischer Unternehmensführung verstanden: Corporate Identity bezeichnet hier zunächst die ‚Firmenidentität‘, das „Selbstverständnis eines Unternehmens“ und wird von Dieter Herbst als „das Management von Identitätsprozessen einer Organisation“ definiert (1998: 14). Zur wissenschaftlichen Diskussion dazu Kückelhaus (1998: vgl. Kap: 4.2).

tualistischen Ursprungs sind und über keine Landestradi-tion verfügen (vgl. Laufer 1991: 63ff.). ‚Jungen‘ Bundesländern wird gemeinhin eine ‚Landesidentität‘ abgesprochen. Für diese Einschätzung spricht zunächst, daß sich beide Regionen durch eine heterogene Raumstruktur und entwicklungs-geschichtlich unterschiedliche Teilkulturen auszeichnen. Der immer wieder bemühte Dualismus von ‚historischer‘ und ‚kontraktualistischer‘ Regionsbil-dung bedarf allerdings einer Überprüfung. Argumentationen dieser Art insi-nuieren einen Gegensatz zwischen ‚natürlich‘ (historisch) und ‚künstlich‘ (kontraktualistisch) begründeter ‚Regionalidentität‘. Die Frage ist jedoch, ob ohne weiteres von ‚natürlichen‘ Grenzziehungen gesprochen werden kann. Diese Phantasmagorie verdankt sich doch eher der Fortführung des Denkmo-dells, „Natur zum politischen Programm“ zu erklären (vgl. Schultz 1995: 492; 1998: 38ff.). Komplementär zur Erdung der politischen Grenzen des Nationalstaates in der ‚Natur‘ und in seiner ‚Gottgewolltheit‘, wurde analog eine regionale Version eingeführt, die besonders im Kontext interessenpoliti-scher Debatten um den Länderfinanzausgleich und der Länderneugliederung Bedeutung erlangt. Es scheinen jedoch nicht alleine die Grenzziehungen der Bundesländer zu sein, von deren Kurz- oder Langlebigkeit die Einschätzung der ‚Künstlichkeit‘ abgeleitet wird. Immerhin sind alle nach 1945 gegründe-ten Bundesländer *als* Bundesländer neu entstanden, die Länder der britischen und sowjetischen Zone zunächst als Gebietskörperschaften ohne Staatsquali-tät, die Länder der SBZ zunächst als „Glieder“ der „Deutschen Demokrati-schen Republik“ (Schiffers 1996: 38), die bis zu ihrer Auflösung 1952 exi-stierten und 1990 in veränderten Grenzen rekonstituiert wurden. Die Neu-konstitution der Länder verdankt sich also weder einer ‚schicksalhaften‘ Vollendung einer nur durch die Kriegsniederlage unterbrochenen Kontinui-tät, noch gingen sie einer ‚natürlichen‘ Kausalität folgend aus den jeweiligen Vorläuferterritorien hervor, sondern sie verdanken ihre Existenz der alliierten Besatzungspolitik. Die in der Historie sich legitimierende und heterogene Strukturen als Makel suchende Argumentationslinie verdankt sich zum einen dem Umstand, daß die Begriffe ‚politische Identität‘ und ‚kulturelle Identität‘ vertauscht werden, und zum anderen einer weitverbreiteten Fortführung des (klassischen) homogenisierenden und ethnifizierenden Kulturbegriffs, der ‚kulturelle Identität‘ fundiert. In dieser interessierten Sichtweise werden poli-tische Identitäten über kulturelle Identitäten konstruiert. Das Problem, der Vorwurf mangelnder politischer Einheit, dem sich diese beiden ‚jungen‘ Länder ausgesetzt sehen, scheint doch eher darin zu bestehen, daß sie den ‚Anspruch‘ der Bildung politisch-kultureller Kontinuitäten, durch Rückbin-dung aktuell wirkender politischer Grenzen an eine die subjektive Erfahrbar-keit überschreitende Geschichte der Vorläuferterritorien, scheinbar nicht so ‚erfolgreich‘ erfüllen. Die Frage ist nur, welchen symbolischen Wert diese Praktik der regionalen ‚Selbstsuche‘ für uns heute haben kann? Ist dies unter spätmodernen Bedingungen sinnvoll und notwendig? Sich *nicht* als Angehö-rige einer homogen vorgestellten Kultur zugehörig zu wissen, sich weder in

einer Reihe mit den geadelten Ahnen aufzustellen noch sich in einem Raum zu wähen, der nur virtuell mit einer Herrscher- und Dynastiegeschichte aufgeladen ist, scheint der Daseinsberechtigung politischer Regionen der Gegenwart und der ‚Seinsvergewisserung‘ ihrer Bewohner überaus abträglich. Wieso besteht der Vorwurf der ‚Künstlichkeit‘ gegenüber einer Region wie NRW weiterhin, obgleich das Bundesland in seiner fast 53jährigen Geschichte eine feste Größe im Bewußtsein der Bürger geworden ist? Ähnliches gilt für die Bewohner des Bundeslandes Sachsen-Anhalt mit einer nun fast zehnjährigen Landestradiation in den Grenzen nach 1990. Die Antworten können nur in den interesselenteten Absichten der Kritiker gesucht werden, denn

„tatsächlich ist das Land Nordrhein-Westfalen als die wohl glücklichste Neubildung eines Landes nach 1945 zu betrachten“ (Matz 1997: 74)

und erhielt in den großen Neugliederungs-Gutachten der Luther-Kommission 1955 und der Ernst-Kommission 1973 neben Bayern und anderen Bundesländern „das Gütesiegel der Leistungsfähigkeit“ (91, 100). Und mit Reinhard Schiffers ist zu konstatieren,

daß „inzwischen ... alle Bundesländer – auch die neuen – ihre Geschichte (haben)“ (1996: 101).

### 3 Die Entstehung neuer Raummythen

Der Anspruch, den die Globalisierung in ihrer kulturellen Dimension an uns stellt, kann mit Malcolm Waters als die Neugestaltung der Bedingungen der Produktion, des Tausches und des Ausdrucks von Symbolen bezeichnet werden (1995: 7f.) In ihrer sozialintegrativen, legitimatorischen und mobilisierenden Funktion werden *Geschichte, Kultur und Tradition als Ressourcen für Modernisierungsprozesse* erkannt. Im Standortwettbewerb finden sie als „Weiche Standortpotentiale“ große Bedeutung, die die Profilierung von Städten, Regionen und Staaten unterstützen sollen. Die Symbolunternehmer müssen nun das Problem lösen, nach innen integrativ und mobilisierend zu wirken, denn ohne die Zustimmung und das entsprechende Engagement der Bürger in Maßnahmen, die bspw. auf die Stärkung der Lebensqualität (ebenfalls ein Standortfaktor) zielen, können regionale Modernisierungsprozesse nicht erfolgreich sein.

Mein Hauptaugenmerk gilt hier nun dem Entstehungszusammenhang von ‚regionaler Identität‘, den Interessen handlungsleitender Akteure und ihrer Kommunikation mit den Zielgruppen, hier: die ‚Bevölkerung einer Region‘, und die Steuerung der Aneignung durch jenes Wissen, welches für die Zielgruppe die Basis für die Konstitution einer regionalen Sichtweise bilden und als regionale ‚Unverwechselbarkeit‘ erkannt werden soll. Oder anders formuliert: Die Analyse der regionalen Bedingungen, unter denen die symbolische Konstruktion von ‚regionaler Identität‘, d.h. kultureller Sinngebun-

gen und Deutungsmuster möglich wird<sup>16</sup>. Ich definiere mit Gerhard Hard, daß „*Region ... der Output einer Tätigkeit (ist), die man Regionalisieren nennen kann, und Regionalisieren heißt, Begriffe und Bilder von Regionen herzustellen und diese mit mehr oder weniger Erfolg in die soziale Kommunikation einzufädeln*“ (1994: 54). Entsprechend verstehe ich Region als hermeneutisches Konstrukt sozialer Kommunikation. In Anlehnung an Benno Werlen und seiner Konzeptualisierung eines *handlungstheoretischen Verständnisses von Regionalisierung*, konzentriere ich mich in meiner Untersuchung auf die von ihm entwickelten politisch-normativen und informativ-signifikativen Typen alltäglichen ‚Geographie machens‘ (vgl. Werlen 1996).

Der Prozeß der Produktion historischer und kultureller Repräsentationen ist in das ‚Branding‘ (Produktion einer Markenidentität) für Städte und Regionen eingelassen und wird aktiv von den Akteuren des öffentlichen und privaten Sektors, den darin integrierten Kultur- (z.B. Freizeitwirtschaft und Tourismus) und Medienindustrien vorangetrieben. Als *Mittel der Kommunikation* kommen zum Einsatz: zielgruppenspezifische Publikationen im Printbereich und kampagnenförmige Kommunikation, das grenzüberschreitende Medium Internet, wissenschaftliche Publikationen und Seminare, Multi-Media-Produktionen (z.B. „Geschichte Mitteldeutschlands als Medienereignis“, Projekt des öffentlich-rechtlichen Mitteldeutschen Rundfunks, der auch das Sendegebiet Sachsen-Anhalt umfaßt), öffentliche Verkehrsmittel im Nah- und Regionalverkehr (als Träger von Werbemaßnahmen), Messestände, Kleinwerbemittel (Stofftaschen, Bleistifte), regionale *Konsumprodukte*, die über politische und folkloristische *Events* identitätsstiftend wirken sollen. Insgesamt zeichnen sich im Hinblick auf die im Konzept der ‚endogenen Potentiale‘ angelegten Ziele der Schaffung und Förderung sozio-kultureller ‚Besonderheiten‘ für NRW und Sachsen-Anhalt folgende Tendenzen ab:

Es werden vornehmlich jene *Diskursformationen* kommuniziert, die Benno Werlen als *signifikative Verräumlichungen* bezeichnet. Unter Verräumlichung ist eine „signifikative Regionalisierung“ zu verstehen, d.h. „die *geregelt* Verwendung symbolischer Aneignung als Zuweisung spezifischer Bedeutungsgehalte sozialer Prozesse an einen räumlichen Ausschnitt“ (1997: 410, 414). Die räumlichen Manifestationen treten in den Vordergrund und lassen die sozialen Prozesse und Interessen verschwinden, deren Ausdruck sie sind. Verräumlichung ist eine verdinglichende, reifizierende Diskursform, die soziale Komplexität auf räumliche Kategorien reduziert. Zum Verschwinden gebracht werden damit aber auch die Machtproduktion und die von Subjekten mit unterschiedlichem Machtpotential vorgenommenen Interpretationen sozialer Wirklichkeit. Desweiteren wird ein „hermeneutischer Traditionalismus“ fortgeführt, d.h. die Fixierung auf den Erhalt, die Förderung und Erforschung territorial gebundenen Heimatbewußtseins und die Kon-

---

16 Dies entspricht dem Vorschlag Benno Werlens zur Analyse von ‚regionaler Identität‘ (1992: 25).

struktion holistischer Entitäten wie Region, Volk und Land (vgl. Werlen 1997: 10). Die Tatsache, daß immaterielle Werte und Normen nicht erdräumlich lokalisiert werden können, macht nicht nur die ‚Regionalbewußtseinsforschung‘ überflüssig. Die so vollzogenen Konstruktionsprozesse sind Ausdruck „regionzentrierter Darstellung sozialkultureller Wirklichkeit“ (12), die – wenn auch vielfach unbeabsichtigt und sublim – neo-völkische Denkfiguren konstituieren<sup>17</sup>. Derartige Diskursformationen begründen sich in der „tiefenontologisch“ (unbemerkt) verknüpften Einheit von Kultur/Gesellschaft und Raum. „Tiefenontologie“ bezeichnet nach Werlen die „bewußtseinsmäßige Seinsweise“ von Gesellschaft und Raum,

„als was ‚Gesellschaft‘ und ‚Raum‘ von den Subjekten bewußtseinsmäßig konstituiert werden, und nicht was sie ‚an sich‘ sind“ (11).

Physisch-materielle Gegebenheiten sind sozialen Bedeutungen also nicht inhärent, sondern auferlegt. Die Rhetorik politischer Reden und die Autoren der einschlägigen Historiographie der Landeszentralen für politische Bildung führen überwiegend die raumzentrierte Perspektive fort. So ist vielfach vom „Wesen der Landschaft“, dem „Willen der Rheinländer“ und die „Suche nach den Wurzeln Sachsen-Anhalts und seiner Bewohner“ die Rede. Die Konstitution einer ‚Mitte Europas‘ (Sachsen-Anhalt) oder eines ‚Zentrum Europas‘ (NRW) können als entsprechende, also regionenzentrierte Diskursformationen (Diskurs der Mitte), angesehen werden, die jeweils eine ökonomische Vormachtstellung zur Anerkennung bringen wollen. Augenfällig ist hierbei die postmoderne Variante politischen Geographie-Machens, die den Raum NRW beschreibt: die „verräumlichte Partikularismus/Universalismusdebatte“

---

17 Zur kritischen Diskussion des sozialgeographischen Programms zur Erforschung von ‚Regionalbewußtsein‘ vgl. Hard (1987a, 1987b), Weichhart (1990), Werlen (1987, 1989). Auch die postmoderne Variante der Erforschung von ‚Regionalbewußtsein‘ (Danielzyk/Krüger 1990; Krüger 1988), die auf das Konzept der ‚Besonderheit‘ und der Förderung der endogenen Potentiale der Region abhebt, birgt ähnlich problematische Implikationen, und kann mit Werlen als „verräumlichte Partikularismus/Universalismusdebatte“ bezeichnet werden, die der „regionzentrierten Darstellung sozialkultureller Wirklichkeit“ verhaftet bleibt (Werlen 1997: 12). Es scheint kein Zufall zu sein, daß in der wissenschaftlichen Diskussion der *ideologisch belastete* Heimat-Begriff weitgehend gemieden wird und unverdächtig scheinende (akademische) Konstruktionen wie ‚regionale Identität‘, ‚Regionalbewußtsein‘ oder ‚Räumliche Identifikation‘ eingeführt wurden. Analogien dürfen jedoch getrost gezogen werden. Mir scheint, daß es sich bei diesem Phänomen der Renaissance ‚regionaler Identitäten‘ um eine politisch und akademisch verfehlt „Resemantisierung“ kulturellen Sinns handelt, getragen von der Vorstellung eines allgemeinen Werteverlusts und der Notwendigkeit seiner Wiederaufladung (vgl. Koslowski, 1989: 61). Zur begrifflich und theoretisch differenzierten Bestimmung von ‚raumbezogener Identität‘ vgl. Weichhart (1990). Zur offensichtlich problematischsten Seite von ‚Heimat‘ und der entsprechenden Abwertung des Begriffs vgl. auch Puschner (1999).

über die Konstruktion der räumlichen ‚Einheit‘ durch Integration lokaler Differenzen (Diskurs der Besonderheit).

Die Vergangenheitsrekonstruktionen von Kultur, Geschichte und Tradition für das Land Sachsen-Anhalt, erfolgen in erster Linie über Erzählungen der über die Existenz des Landes hinausweisenden *älteren Vergangenheit*. Hier werden die Anfänge der regionalen Traditionen in den Ursprung der Menschheitsgeschichte zurückverlegt. Die Geschichte und Kultur von Sachsen-Anhalt wird als die Summe von Einzelleistungen verstanden, doch sie werden einer imaginären kulturhistorischen und sozialräumlichen Einheit der Gegenwart gutgeschrieben. Dies gilt besonders für die subjektiven Leistungen der Gäste und Besucher, Exilanten, Emigranten und Immigranten. Dabei, und dies gilt es nachdrücklich zu betonen, weist Soziales keine unmittelbar räumliche Existenz auf. Erst durch die Konstruktion einer Räumlichkeit der Handlungskontexte, also Beschreibungen der sozialen Welt in Raumkategorien, werden Regionen zu Vehikeln der Repräsentation von Bedeutung. Die materiellen Gegebenheiten sind aber nicht die Bedeutung selbst, wie es die Rhetorik vom „Wesen“ der Landschaft und Region unterstellt. Die regionalen Eigenschaftsattribuierungen implizieren zudem die Abwesenheit der Subjekte und damit die Subjektunabhängigkeit kultureller Bedeutungen.

Weiterhin kann festgehalten werden, daß für Sachsen-Anhalt im Hinblick auf die Bildung historischer und territorialer Kontinuitäten, nationale Raummythen in geschichtsteleologischer Manier transformiert werden („Wiege des Deutschen Reiches“, „Wiege der Aufklärung“) sowie der ‚Ursprung‘ der Grenzen als politisch-administrative, über dem Umweg der „Naturalisierung des Kulturellen“ (vgl. Wood 1993: 76f.) zum Verschwinden gebracht werden sollen. Dies gelingt durch die Beschreibung sozial-kultureller Wirklichkeiten auf der Grundlage des Newtonschen Container-Raums, die zu einer territorial-biologisch definierten Auffassung von Gesellschaft führt (vgl. Werlen 1995: Kap. 3.2).

Die Rekonstruktionen der *unmittelbar zurückliegenden Vergangenheit* konzentriert sich in beiden Regionen auf die Darstellung der Manifestationen industrieller Geschichte. Die Rhetorik und Ästhetik beschwört eine romantische und harmonische Industriedylle. Die „Kathedralen der Arbeit“ stehen emblematisch für die industrielle Entwicklung. Aber sie ist, was sie verbergen will: fiktiv. Industrialisierung wird als konfliktlose Entwicklung dargestellt. Ihre Ziele und sozialen Folgen sind verbannt. In der Sphäre der Konsumption und des Erlebens werden lokale und regionale Kulturen und Geschichte als Produkte einer Waren-Kultur begriffen und entsprechend der zweckrationalen Handlungsinteressen der Symbol-Unternehmer thematisiert. In der Perspektive politischen Marketings erhalten Geschichte und Kultur damit Fetischcharakter. Die Handlungslogik von Marketing-Strategen ist aber auch keinem Wahrheitsanspruch verpflichtet<sup>18</sup>. Die Zielsetzung von

---

18 vgl. Schmitt/Simonsen, 1998, 41

Marketing-Ästhetik ist die Erzeugung von sinnlichem Erleben und Emotionen. Über die Vermittlung identitätsattribuierender Eigenschaften der Produkte ‚Region‘, ‚Heimat‘, ‚Geschichte‘ und ‚Kultur‘ und einer entsprechenden Resemantisierung der sozialen Zeichensysteme, soll der Mehrwert folglich in der Kompensation des Verlusts kulturellen Sinns liegen. Bemerkenswert ist schließlich die Ausrichtung politischer Kommunikation für die Konstituierung regionaler (kultureller) Identitäten (im Gegensatz zu politischer Identität). Politisch-normative Sinnangebote werden in erster Linie von einem falsch verstandenen Postmodernismus geleitet und geraten in der marktformigen Kommunikation selbst wieder zum Fetisch. Der so normativ gegliederte Raum soll identitätsstiftend wirken.

#### 4 Ökonomischer Regionalismus und politische Fragmentierung

Aufgrund der Bedeutung und Problematik in der Herstellung von Kohärenz der verschiedenen sozialräumlichen Dimensionierungen, sei hier noch auf einen Aspekt eingegangen, der sich vermutlich unter dem Eindruck der Globalisierung verschärfen wird: es betrifft den Problemzusammenhang von ‚*politischer Entfremdung*‘ und ‚*politischer Fragmentierung*‘. Politische Fragmentierung bedeutet zunächst, daß politisches Handeln grenzüberschreitende Auswirkungen hat und die Gültigkeitsreichweite von politischen Regelungen und die sozialen Handlungszusammenhänge, auf die sie sich beziehen, auseinanderdriften (vgl. Zürn 1998: Kap. 9). Insofern müssen die verschiedenen Dimensionierungen des staatlichen Raums immer wieder hergestellt und aufeinander abgestimmt werden. Grundlegend sind dabei die beiden Voraussetzungen politischen Handelns, die mit Michael Zürn als Kongruenzbedingung und Identitätsbedingung bezeichnet werden können (1996: 39f.). Daraus folgt, daß politische Akteure in den von ihnen produzierten und sich nun neu formierenden „national/territorialen“, „sozialen“ und „mental“ Raum intervenieren müssen, um „eine Art logische Kohärenz“ zu stiften (Lefebvre 1991: 378) und entsprechend die symbolischen Konstituenten auf eine neue legitime Grundlage zu stellen. Meines Erachtens, und dies spielt für die Folgeüberlegungen eine entscheidende Rolle, ist *nicht* eindeutig zu klären, ob ‚die Identität‘ dem Interesse *vorgelagert* ist (vgl. hingegen Reese-Schäfer, 1997: 318ff.), sondern kann nur in der Analyse der verschiedenen Handlungskontexte und Konstitutionsbedingungen von kollektiver Identität entschieden werden. Ich möchte das Verhältnis von Identität und Interesse zunächst als *dialektisches* begreifen. Entsprechend verstehe ich auch die Refiguration der politischen Geographien im Verhältnis zu kollektiver Identitätsbildung und Demokratisierung und nicht als simultane Entwicklungen: Die Refiguration der politischen Geographien geht der kollektiven Identitätsbildung und Demokratisierung voraus. Erst durch eine erfolgreiche *nachholen-*

*de Identitätsbildung* seitens der Gruppen, in deren Namen gesprochen wird, können ‚gemeinsame‘ Interessen de facto formuliert und legitimiert werden. Ich möchte dies im folgenden so verdeutlichen: Das Phänomen, das Bourdieu als „Urzirkel der Repräsentation“ bezeichnet und die Grundlage der Machtausübung von Herrschaftssubjekten über Herrschaftsobjekte schafft, beruht auf der verschleierte Beziehung zwischen Delegierten und Repräsentanten. Nicht nur institutionelle Regeln, Normen und Gesetze sind Manifestationen politischer Macht, sondern auch rhetorische Strategien von (politischen) Wortführern, die den Anspruch formulieren, „im Namen von“ zu sprechen und zu handeln und damit jenen Identität verleihen, in deren Namen sie sprechen. Die Gruppe konstituiert sich gleichzeitig in einem von ihr geschaffenen Wortführer, der umgekehrt beanspruchen kann, die Interessen der Gruppe zu repräsentieren. In diesem sich wechselseitig bedingenden Prozeß der Delegation und Repräsentation liegt die Ursache der *politischen Entfremdung* und des *politischen Fetischismus*, der den Prozeß der Selbst- und Fremdkonstitution von Individuen zu einer Gruppe und die ursprüngliche Machtbeziehung verdunkelt. Es ist also zunächst die Delegation von Interessen der Einzelpersonen an einen Sprecher, die die Gruppe konstituiert und sie mit den Attributen ausstattet, die zu einer Gruppe gehören: ein Büro, ein ständiges Vertretungsorgan, das in der Entstehung als Instanz der Repräsentation ein symbolischer Akt ist und in dieser Symbolisierung für die Repräsentierten „ein Eigendasein zu führen scheint“ und damit politischer Fetisch wird. Die Delegation ist also die Grundlage der politischen Entfremdung. Wird die hier zwangsläufig entstehende *synchrone Lücke* (womit ich behelfsmäßig die zeitliche Dimension der Ungleichzeitigkeit der Vorgänge andeuten möchte) nicht erfolgreich über „symbolische Akte“ der Repräsentanz geschlossen (vgl. Bourdieu 1989: 38-48) und gelingt keine Synchronisierung der Interessen, dann wird es wohl als Legitimationsdefizit *wahrgenommen*. Ein durch die synchrone Lücke *systemimmanentes Legitimationsdefizit* ist jedoch im Verhältnis von Delegation und Repräsentation immer schon eingeschlossen. Bourdieu problematisiert dazu eine weitere Dimension im Zusammenhang von Identitätsbildung und Interesse, die er als „Ursupation“ bezeichnet und welche eintritt, wenn der Repräsentation keine Delegation politischer Macht vorausgegangen ist und sich ein Sprecher trotzdem zu einem Wortführer machen kann. Die Ursupation besteht nun darin, einen Anspruch geltend zu machen und „im Namen von“ (einer imaginierten Gemeinschaft) zu sprechen. Die symbolische Macht besteht also in rhetorischen Strategien, glauben zu machen, im Namen einer Gruppe zu sprechen, solange in deren Namen gesprochen wird, die *Eingemeindung* nicht dementieren. Der „Orakeffekt“ schafft es dabei, die zum Sprechen zu bringen, in deren Namen er spricht und „dies mit der Autorität der Abwesenden“ (44). Wie gelingt es in der Ursupation jedoch dann, die Deckungsgleichheit herzustellen? Bourdieu beantwortet dies so, daß sich die Interessen zwischen *dem Fürsprecher* und den *Eingemeindeten* decken, weil es sich nicht um definierte Interessen handelt. Die

Interessen des Fürsprechers werden durch den „Metonymie-Effekt“ verallgemeinert und so denjenigen, die er repräsentiert, zugeschrieben. Diese *diskursive Konstruktion einer gemeinsamen Identität* gelingt bspw. in der einfachsten sprachlichen Realisierungsform „Wir“ und zielt darauf ab, „sprachliche Gleichheit von Personen herzustellen“ (Wodak 1998: 99f.).

Vor diesem Hintergrund ist auch die Renaissance ‚regionaler Identitäten‘ in Globalisierungsprozessen zu sehen. Die Stärkung der lokalen und regionalen Ebenen führt nicht automatisch zu mehr Demokratisierung, sondern kann Fragmentierung und eine Zunahme regionaler Ungleichheiten bewirken (Zürn, 1998, 258). Insofern steht nicht nur die am Nationalstaat ausgerichtete kollektive Identität zur Disposition, sondern auch das, was man als Landesidentitäten der Bundesländer bezeichnet. Dezentralisierung hat ebenfalls konkrete Auswirkungen auf die subregionalen Ebenen.

Die rot-grüne Landesregierung hat unter der Leitung des Ministerpräsidenten Wolfgang Clement seit Beginn seiner Amtszeit am 27. Mai 1998 eine Reihe von Maßnahmen eingeleitet. Unter dem Motto „Konzentration und Erneuerung“ (Regierungserklärung am 17. Juni 1998) „stehen alle *staatlichen* Aufgaben auf dem Prüfstand“ (Clement, 1999b: 6). Die Modernisierung von Regierung und Verwaltung betrifft die Landesregierung selbst, die Landesoberbehörden und die Mittelebene. Durch politisches ‚Outsourcing‘ sollen Aufgaben des Landes an die neuen „staatlichen Regionaldirektionen“ delegiert werden, die die fünf Bezirksregierungen ablösen und die staatlichen Sonderbehörden integrieren. Die beiden mächtigen Landschaftsverbände sollen deutlich verkleinert und der Kommunalverband Ruhrgebiet (KVR) durch eine „Agentur Ruhr“ abgelöst werden. Die Reformen sollen ab dem 1. Januar 2000 in Kraft treten.<sup>19</sup> Ich möchte hier jedoch die Initiativen des von Privatunternehmen getragenen *Vereins Pro Ruhrgebiet e.V.* vorstellen, der nicht von der Verwaltungsreform betroffen ist. Der Verein hat per Internet (als grenzüberschreitendes Medium) die Bewohner des Ruhrgebiets aufgefordert, ihre Stimmen zu einer ‚Ruhrwahl‘ abzugeben. Ziel dieser Initiative ist es, einen eigenen Regionalbezirk ‚Ruhrgebiet‘ zu schaffen. Die Verwaltungsreform in NRW wird wohl als einmalige Chance begriffen, dieses Ziel einer Neugründung durchzusetzen. Seit der *ersten Mobilisierungsphase ab dem 1. März 1999* ist der Verein federführend in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und stellt die Möglichkeiten zur Wahlbeteiligung via Internet, über vorgedruckte Postkarten, allgemeine Post, per Fax, per E-mail und per Ted-Telefon bereit. Die Aktion, so wird angekündigt, soll bis Ende Mai dauern. Dieser Termin verdankt sich scheinbar dem Umstand, daß zu diesem Zeitpunkt mit einem Kabinettsbeschluß der Landesregierung zum 2. Moder-

---

19 Die Umsetzung der reformerischen Bemühungen regelt ein Mehrstufenplan. Am 1. März 1999 ist bereits das ‚erste Gesetz zur Modernisierung von Regierung und Verwaltung‘ in den Landtag eingebracht worden. Über die Eckpunkte des 2. Modernisierungsgesetzes wurde am 26. Mai entschieden.

nisierungsgesetz der Verwaltungsreform zu rechnen ist. In der *zweiten Mobilisierungsphase seit Anfang April* sind weitere handlungsleitende Akteure hinzugekommen: Auf lokaler Ebene sind es die Parteien, besonders die Essener SPD, Bündnis 90/Die Grünen in Gladbeck und Bottrop, die Bochumer CDU, die mittels eigener Unterschriften-Aktionen, Informationsständen und Plakatierungen die Öffentlichkeit zu mobilisieren suchen.

In der chronologischen Abfolge der Unterschriftenaktion zeigt sich im Hinblick auf die Initiatoren überraschend, daß an letzter Stelle die Unternehmen ‚hinzugetreten‘ sind: Laut Information der Ruhrwahl-News vom 8. April 1999 „erklärten sich dreißig Unternehmen bereit, die Aktion zu unterstützen“. An die entsprechenden Unternehmen seien 15.000 Stimmkarten geschickt worden.

Die via Internet kommunizierten Kernaussagen zur Wahl lauten:

- a. Für eine einheitliche Region.
- b. Für Interessenvertretung von innen.
- c. Für eine Kooperation aller Ruhrgebietsstädte.
- d. Für gemeinsame Zusammenarbeit nach außen.

An der Ruhrwahl haben bislang (Stand 6. Juni 1999) 86.767 Personen teilgenommen, die „dem Ruhrgebiet ihre Stimme geben“. Interessant ist nun festzustellen, welche Informationen über die Verwaltungsreform an die Internet-Gemeinde sowie über Flugblätter kommuniziert werden. Zwei Beispiele seien hier genannt. In einem Flugblatt heißt es:

1. „obwohl das Ruhrgebiet eine *zusammengehörige Region* ist, wird es *von außen* regiert“
2. „die Verwaltungsreform bietet die Chance, das Ruhrgebiet *zu vereinen*“
3. Ziel ist die Schaffung einer „*starken Regionalorganisation*“
4. „das Revier darf nicht länger zerstückelt bleiben“
5. „die Landespolitiker entscheiden in Kürze, wie das *Ruhrgebiet künftig regiert* wird: nur von außen oder doch vom Ruhrgebiet aus?“
6. „damit *Sie ein Wörtchen mitreden* können, rufen *wir* symbolisch zur Ruhrgebietswahl auf“ (ab dem 1. März)
7. „die gesammelten Wünsche der Menschen im Ruhrgebiet“ werden „der Landesregierung überbracht“
8. „Wir wollen Reformen, aber nicht gegen, sondern für das Ruhrgebiet! Für ein geeintes Ruhrgebiet mit Tradition und starker Zukunft!“ (alle Hervorh. S.B.)

Der Text hat aufgrund seines appellativen Charakters mobilisierende Funktion. Auffällig sind vor allem zwei Aussagen: 1. „daß das Ruhrgebiet nicht länger zerstückelt bleiben darf“ und 2. „daß das Ruhrgebiet von außen regiert wird“. Im Vergleich mit dem übrigen Informationsmaterial handelt es sich dabei um die dominanten Argumentationsfiguren. Interessant ist auch, daß im Mitgliederbrief des Vereins Pro Ruhrgebiet vom 23. März 1999, der Vor-

standsvorsitzende Dr. Herbert Krämer im Titel mit den Worten zitiert wird: „Derzeit wird das Ruhrgebiet wie eine Kolonie von außen verwaltet“. Krämer weist auch darauf hin, daß die Grenzen der Bezirksregierungen „das Ruhrgebiet zerteilen“. Zur Veranschaulichung des ‚gewaltsamen Aktes‘ wird eine farbige Grafik erstellt. Aus dem Inhaltsverzeichnis geht hervor, daß alle Beiträge sich der Verwaltungsreform zuwenden: Schlagkräftige Titel zieren hier die Beiträge: „99 Prozent der Mitglieder von *pro Ruhrgebiet* gegen Zerteilung der Region“, „Mehr als 60 Prozent fordern: Eigene Verwaltung für das Revier!“

Die Öffentlichkeit wird nun mit einer wichtigen Fehlinformation konfrontiert: Die Stellungnahme des Vereins insinuiert („gegen Zerteilung der Region“) an manchen Stellen, daß die Verwaltungsreform die Dreiteilung der Regierungsbezirke bewirkt und unterschlägt implizit ihre schon über drei Jahrzehnte währende Existenz. Hier stellt sich natürlich die Frage nach der unerwarteten Relevanz der ‚Dreiteilung‘ und damit der Grenzziehung der Regierungsbezirke; schließlich bildeten diese Grenzen in der Vergangenheit keinen veröffentlichten Anlaß zur Kritik. Die notwendige Identitätskomponente der formulierten Ansprüche des Vereins, der sich aus mittelständischen Unternehmen zusammensetzt, wird über die als existent vorausgesetzte und evaluierte ‚regionale Identität‘ der Einwohner eingeworben. Damit werden die ökonomischen Interessen, auf denen die Initiativen zurückgehen und die über die Bildung einer entsprechenden Regionalorganisation mehr ‚Selbstbestimmung‘ fordern, als Interessen aller Bürger ausgegeben. Damit sind alle Komponenten vorhanden, die ich im Hinblick auf die Ursupation im Verhältnis von Repräsentation und Delegation diskutiert habe. Die Strategie, das besondere Interesse des Vereins als allgemeines Interesse zu deklarieren und dahinter zum Verschwinden zu bringen, wird nicht nur durch Metonymien, sondern auch durch Selbst-Autorisierung (die Bourdieu auch „Selbstkonsekration“ nennt; 1989: 42) des Vereins Pro Ruhrgebiet in der durch ihn initiierten Bewegung symbolisch hergestellt. Mit der Verwendung einer sachlich-abstrakten Sprache sowie von Umfrageergebnissen gegenüber der Internet-Gemeinde und der Presse wird eine „legitime Usurpation begründet“ (47). Gegenüber den Mitgliedern des Vereins, als Zielgruppe des ‚Mitgliederblatts‘, wird eine andere Argumentationsstrategie verwendet, um zu integrieren. Hier wird vor allem betont, daß 90% der Bürger (Autorisierung) das Ruhrgebiet als „Heimat“ erleben (der Prozentsatz ist *nicht* identisch mit entsprechenden Erhebungen). Die Umfrageergebnisse sagen auch nichts über die *besonderen* Interessen der Befragten aus und ob die Zustimmung, sich als Ruhrgebietsbewohner zu definieren, die gleichen Interessen widerspiegelt wie die der Wirtschaftsführer. Im Sinne der Kampagnenstrategen wird so eine legitime Grundlage ihrer Ansprüche signalisiert und zu Gunsten ihrer besonderen Interessen vereinnahmt. Ziel ist also die Schaffung einer Region mit regionaler Selbstverwaltung, die den Zugang zu und die Verteilung von Fördermitteln für das Ruhrgebiet garantieren soll. Zur Legitimationsbildung

versuchen nun wirtschaftliche Interessengruppen und parteipolitische Akteure eine nachholende Identitätsbildung zu erwirken, um das ‚Zukunftsunternehmen‘-Ruhrgebiet auf eine demokratische Grundlage zu stellen. Gegenüber der Verwaltungsreform und den Plänen der Landesregierung formiert sich hier eine mobilisierende Gegenbewegung, die im Sinne der initiierten Interessengruppen als ökonomisch motivierter Regionalismus bezeichnet werden kann und versucht, die ordnungspolitischen Zielsetzungen der Landesregierung auszuhebeln. Im Hinblick auf die Motivlage der Akteure sei auf den Umstand verwiesen, daß das Ruhrgebiet der am stärksten von Strukturproblemen betroffene Raum ist. Dies qualifiziert die Region aber gerade als das „Herzstück“ von NRW, wohin immerhin die meisten Fördermittel des Landes fließen. Inwieweit die lokalen Initiativen zur Bildung eines Verwaltungsbezirks Ruhr Erfolg haben, kann hier nicht beantwortet werden. In einer Information der Ruhrwahl-News vom 6. April 1999 zum Stand der parteipolitischen Meinungsbildung auf kommunaler Ebene wird die Tendenz angeführt, wonach die Städte Essen, Bochum und Herne für die Bildung eines Verwaltungsbezirks Ruhr aussprechen; die Städte Dortmund, Duisburg, Gelsenkirchen und Bottrop hingegen „wollen sich vom Ruhrgebiet abkehren“ und suchen ihren Anschluß an die Regierungsbezirke Münster, Arnsberg und Düsseldorf. Dies würde einer Beibehaltung der bestehenden Bezirksgrenzen entsprechen.

In diesem Zusammenhang darf eine Studie von Gerald Wood (1989) nicht unerwähnt bleiben, der in seiner Analyse der Berichterstattung der auflagenhöchsten ‚Westdeutsche Allgemeine Tageszeitung‘ (WAZ) festgestellt hat, daß die Zeitung in ihren redaktionellen Beiträgen explizit versucht, „eine ganz bestimmte Region in den Köpfen ihrer Leserschaft zu verankern“, indem Berichte mit regionalem, also „überlokalem Interesse als Berichte aus dem ‚Ruhrgebiet‘ resp. ‚Revier‘ deklariert“ wurden. Die Zeitung tritt als Stifter einer ‚regionalen Identität‘ in bezug auf das Ruhrgebiet auf. Es gibt aber kein Ruhrgebiet als administrative Einheit und die Raumeinheit des KVR-Gebietes ist nicht mit dem Verbreitungsgebiet der WAZ identisch. Ebenfalls ist hervorzuheben, daß die WAZ über die „Bildung kognitiv-affektiver Orientierungen“ ein Mittel zur „Bindung der Leserschaft“ gefunden hat. Und schließlich wurde ich aufgrund meiner eigenen Recherchen gewahr, daß der WAZ-Konzern Mitglied des Initiativkreises Ruhrgebiet (IR) ist, der sich wiederum als Partner des Vereins Pro Ruhrgebiet versteht. Beide haben sich zum Ziel gesetzt, die Identität der Bürger mit „ihrem Revier“ zu stärken.

## 5 Zusammenfassung

Auf der Grundlage der vorläufigen Ergebnisse kann zusammengefaßt werden, daß die Agenten politischer und ökonomischer Regionalisierungsprozesse nicht ohne die ‚Verräumlichung‘ des Sozialen und Kulturellen auskommen. Es gelingt ihnen in der globalisierungs- und regionalisierungsbedingten ‚Neugestaltung der Bedingungen der Produktion, des Tausches und des Ausdrucks von Symbolen‘ (Waters) nicht, den spät-modernen Entwicklungen gerecht zu werden. Es ist davon auszugehen, daß die skizzierten Diskursformationen ‚regionale Identitäten‘ konstituieren oder präformieren. Die Zuneigung und Begehrlichkeit, die Phantasmagorien wie ‚regionale Identitäten‘ in ihren prä-modernen Implikationen so attraktiv machen, stärkt Subjektivität jedoch nur als „excess of belonging“ (Ahmad, 1992) und damit auch in ihrer selbstermächtigenden Funktion gegenüber ‚Anderen‘. Die so transformierte Kultur, Geschichte und Tradition in Ressourcen für Modernisierungsprozesse unterläuft implizit das Ziel regionaler Entwicklung und die progressiven Züge regionaler Strukturpolitik, die in globalisierten (Wirtschafts-) Verhältnissen eingebettet ist. Im letztgenannten Beispiel zur Gründungsinitiative eines Regierungsbezirks Ruhr blendet die Argumentation auch gerne die Tatsache der wirtschaftlich grenzüberschreitenden Verflechtung des Ruhrgebiets aus.

Aus den skizzierten Problemlagen folgt in normativer Perspektive, daß für politisches Handeln in Räumen – wo politische und sozialkulturelle räumliche Dimensionierungen nicht kohärent sind, sich überlagern und Grenzen transzendieren – eine grundsätzliche und kritische Distanznahme zu substantialistischen Projektionen auf den ‚Container-Raum‘ gelten sollte, die Abwandlung entsprechend ausgerichteter identitätspolitischer Projekte und natürlich eine Revision des wissenschaftlichen und politischen Vokabulars, um nicht einer „Rückkehr der Stämme“ (Michael Walzer) Vorschub zu leisten.

## 6 Ausgewählte Bibliographie

- Ahmad, Aijaz 1992: *In Theory: Classes, Nations, Literatures*, London
- Albrechts, Louis/Swyngedouw, Erik 1989: The challenges for regional policy under a flexible regime of accumulation, in: Louis Albrechts et al. (eds.), *Regional Policy at the Crossroads*, London, 67-89
- ARL, 1988: Akademie für Raumforschung und Landesplanung. Novellierung des Raumordnungsgesetzes. Vorschläge des ad-hoc-Arbeitskreises, Hannover
- Behrens, Fritz 1999: Rede von Innenminister Dr. Fritz Behrens im Landtag am 12.3.1999, [www.nrw.de/politik/sublinks\\_verwaltungsreform.htm](http://www.nrw.de/politik/sublinks_verwaltungsreform.htm)
- Berking, Helmuth 1998: Global Flows and Local Cultures. Über die Rekonfiguration sozialer Räume im Globalisierungsprozeß, in: *Berliner Journal für Soziologie*, 3, 381-392
- Bourdieu, Pierre 1989: Delegation und politischer Fetischismus, in: Rolf Ebbighausen/Sighard Neckel: *Anatomie des politischen Skandals*, Frankfurt M., S. 36-54

- Brenner, Neil* 1997: Die Restrukturierung staatlichen Raums: Stadt- und Regionalplanung in der BRD 1960-1990, *Prokla* 109, 27(4), 545-565
- Brenner, Neil* 1998: Re-scaling state space: urban regions, uneven development and the contradictory political geography of neoliberalism. *Department of Political Science*, University of Chicago, unveröff. Manuskript
- Bronfen, Elisabeth/Marius, Benjamin/Steffen, Therese* (Hg.) 1997: *Hybride Kulturen. Beiträge zur anglo-amerikanischen Multikulturalismusdebatte*, Tübingen
- Bullmann, Udo* (Hg.) 1994: *Die Politik der dritten Ebene*, Baden-Baden
- Clement, Wolfgang* 1998: Konzentration und Erneuerung. Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Wolfgang Clement vor dem Landtag NRW am 17. Juni 1998
- Clement, Wolfgang*, 1999a: Brief von Ministerpräsident Wolfgang Clement an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe, 23. Februar 1999, Reden und Dokumente, <http://www.nrw.de/aktuell/reden/mskr990223.htm>
- Clement, Wolfgang* 1999b: Rede des Herrn Ministerpräsidenten Wolfgang Clement. Kamener Konferenz der SPD-Fraktion, 5. März 1999
- Danielzyk, Rainer/Krüger, Rainer* 1990: Ostfriesland: Regionalbewußtsein und Lebensformen. Ein Forschungskonzept und seine Begründung. *Wahrnehmungsgeographische Studien zur Regionalentwicklung*, Bd. 9, Oldenburg
- Durth, Werner/Gutschow, Werner* 1988: *Träume in Trümmern. Planungen zum Wiederaufbau zerstörter Städte im Westen Deutschlands 1940-1950*, Bd. 1, Konzepte, Braunschweig
- Esser, Josef/Hirsch, Joachim* 1987: Stadtsoziologie und Gesellschaftstheorie. Von der Fordismuskrise zur ‚postfordistischen‘ Regional- und Stadtstruktur, in: Walter Prigge (Hg.), *Die Materialität des Städtischen*, Basel/Boston, 31-58
- Giddens, Anthony* 1999: *Der dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie*, Frankfurt/M.
- Giesen, Bernhard* 1993: *Die Intellektuellen und die Nation. Eine deutsche Achsenzeit*, Frankfurt M.
- Giesen, Bernhard* (Hg.) 1991: *Nationale und kulturelle Identität. Studien zur Entwicklung des kollektiven Bewußtseins in der Neuzeit*, Frankfurt
- Hard, Gerhard* 1987a: „Bewußtseinsräume“. Interpretationen zu geographischen Versuchen, regionales Bewußtsein zu erforschen, in: *Geographische Zeitschrift*, 75, 127-148
- Hard, Gerhard* 1987b: Das Regionalbewußtsein im Spiegel der regionalistischen Utopie, in: *Informationen zur Raumentwicklung*, 419-444
- Hard, Gerhard* 1994: Regionalisierungen, in: Wentz, Martin (Hrsg.): *Region*, Frankfurt M./New York
- Herbst, Dieter* 1998: *Corporate Identity. Das professionelle 1x1*, Berlin
- Knoblauch, Hubert* 1998: Das kommunikative Gedächtnis, *unveröff. Manuskript* des Vortrages während des Freiburger Soziologentages
- Kohler-Koch, Beate* (Hg.) 1998: *Regieren in entgrenzten Räumen, Politische Vierteljahresschrift* 39, Sonderheft 29, Opladen/Wiesbaden
- Koslowski, Peter* 1989: *Wirtschaft als Kultur. Wirtschaft, Kultur und Wirtschaftsethik in der Postmoderne*, Wien
- Kotler, Philip/Haider, Donald/Rein, Irving* 1994: *Standort-Marketing: Wie Städte, Regionen und Länder gezielt Investitionen, Industrien und Tourismus anziehen*, Düsseldorf/Wien/New York/Moskau
- Krüger, Rainer* 1988: *Die Geographie auf der Reise in die Postmoderne? Wahrnehmungsgeographische Studien zur Regionalentwicklung*, Bd. 5, Oldenburg
- Kückelhaus, Andrea* 1998: *Public Relations: Die Konstruktion von Wirklichkeit. Kommunikationstheoretische Annäherungen an ein neuzeitliches Phänomen*, Opladen

- KWSW 1977: Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel: Wirtschaftlicher und sozialer Wandel in der Bundesrepublik Deutschland, Göttingen
- Laufer, Heinz, 1991: Das föderative System der Bundesrepublik Deutschland, Bonn
- Lefebvre, Henri, 1974/1997: The Production of Space (production de l'espace), Cambridge/Mass.
- Link, Jürgen/Wülfing, Wulf 1991: Nationale Mythen und Symbole in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts: Strukturen und Funktionen von Konzepten nationaler Identität, Stuttgart
- Lipietz, Alain 1994: The national and the regional: their autonomy vis-à-vis the capitalist world crisis, in: Ronen Palan/Barry Gills (eds.): Transcending the State-Global Divide, Boulder
- Matz, Klaus-Jürgen 1997: Länderneugliederung. Zur Genese einer deutschen Obsession seit dem Ausgang des Alten Reiches, Idstein 1997
- Nitschke, Peter 1996: Was heißt regionale Identität im heutigen Europa?, in: Brunn, Gerhard (Hg.): Region und Regionsbildung in Europa, Baden-Baden, 285-299
- Pro Ruhrgebiet e.V. 1999: Homepage [www.proruhrgebiet.de](http://www.proruhrgebiet.de) und [www.ruhrwahl.de/ruhrwahlnews.html](http://www.ruhrwahl.de/ruhrwahlnews.html)
- Puschner, Uwe 1999: Völkische Heimat, in: Kulturamt der Stadt Oldenburg (Hg.), Regionaler Fundamentalismus? Die Heimatbewegung in Stadt und Land Oldenburg, Oldenburg
- Reese-Schäfer, Walter 1997: Supranationale oder transnationale Identität – zwei Modelle kultureller Integration in Europa, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 38(2), 318-329
- ROG 1965: Raumordnungsgesetz vom 8. April 1965, Stuttgart
- Rohe, Karl 1996: Die Region als Forschungsgegenstand der Politikwissenschaft, in: Gerhard Brunn (Hg.), Region und Regionsbildung in Europa, Baden-Baden,
- Sassen, Saskia 1997: Die globale Ökonomie, in: Telepolis, [www.heise.de/tp/deutsch/special/eco/6188/2.html](http://www.heise.de/tp/deutsch/special/eco/6188/2.html) v. 20.11.97
- Schiffers, Reinhard 1996: Weniger Länder – mehr Föderalismus? Die Neugliederung des Bundesgebietes im Widerstreit der Meinungen 1948/49-1990. Eine Dokumentation. Hrsg. von der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Dokumente und Texte (3), Düsseldorf
- Schmidt, Manfred G. 1996: Der Januskopf der Transformationswende. Kontinuität und Wandel der Demokratietheorien, in: Klaus von Beyme/Claus Offe (Hg.): Politische Theorien in der Ära der Transformation, *Politische Vierteljahresschrift*, Sonderheft 26/1995, Opladen, S. 182-210
- Schmitt, Bernd/Simonsen, Alex 1998: Marketing-Ästhetik. Strategisches Management von Marken, Identity und Image, München/Düsseldorf
- Schultz, Hans-Dietrich 1995: „Was ist des Deutschen Vaterland?“, in: *Geographische Rundschau*, 47, 492-497
- Schultz, Hans-Dietrich 1998: „Wahlverwandschaften“. Der Beitrag der Geographie zum ‚Mythos der Nationen‘, in: *humboldt spektrum*, 5(4), 38-44
- Seibel, Wolfgang 1997: Einspruch zum Politologentag: Im Zweifelsfall unzuständig, *Die Zeit* Nr. 43 v. 17.10.97
- Somers, Margaret R./Gibson, Gloria D. 1994: Reclaiming the Epistemological „Other“: Narrative and the Social Constitution of Identity, in: Craig Calhoun (ed.): *Social Theory and the Politics of Identity*, Cambridge/Mass., 37-99
- Swynedouw, Erik 1992: The Mammon quest: ‚glocalisation‘, interspatial competition and the monetary order – the construction of new scales, in: Mick Dunford, Grigoris Kafkalas (Eds.), *Cities and regions in the new Europe*, New York, 39-67
- Swynedouw, Erik 1996: Reconstructing citizenship, the re-scaling of the state and the new authoritarianism: closing the Belgian Mines, *Urban Studies*, 33(8), 1499-1521

- Taggart, Paul 1995: New Populist Parties in Western Europe, in: West European Politics 18(1), 35-51
- Urry, John 1995: Consuming Places, London/New York
- Voelzkow, Helmut 1994: Die Regionalisierung der Strukturpolitik und neue Formen einer intermediären Interessenvermittlung, in: H. Kilper (Hg.), Steuerungseffekte und Legitimation regionaler Netzwerke. *Discussion-Paper* des Instituts Arbeit und Technik des Wissenschaftszentrums Nordrhein-Westfalen, Gelsenkirchen, 7-39
- Voelzkow, Helmut 1996: Private Regierungen in der Techniksteuerung. Eine sozialwissenschaftliche Analyse der technischen Normung, Frankfurt am Main/New York
- Waters, Malcolm 1995: Globalization, London
- Weber, Hajo/Streich, Bernd (Hg.) 1997: City-Management. Städteplanung zwischen Globalisierung und Virtualität, Opladen
- Weichhart, Peter 1990: Raumbezogene Identität. Bausteine zu einer Theorie räumlich-sozialer Kognition und Identifikation, Stuttgart
- Welsch, Wolfgang 1994: Transkulturalität – die veränderte Verfassung heutiger Kulturen, in: Stiftung Weimarer Klassik und DG Bank Frankfurt M. (Hrsg.): Sichtweisen. Die Vielheit in der Einheit, Edition Weimarer Klassik
- Werlen, Benno 1987: Gesellschaft, Handlung und Raum. Grundlagen handlungstheoretischer Sozialgeographie, Stuttgart
- Werlen, Benno 1989: Sozialforschung in territorialen Kategorien? Zum Grundproblem traditioneller Soziographie und Sozialgeographie, in: Soziographie, 2, 13-25
- Werlen, Benno 1992: Regionale oder kulturelle Identität? Eine Problemskizze, in: Berichte zur deutschen Landeskunde, 66(1), 9-32
- Werlen, Benno 1995: Sozialgeographie alltäglicher Regionalisierungen, Bd. 1: Zur Ontologie von Gesellschaft und Raum, Stuttgart
- Werlen, Benno 1996: Geographie globalisierter Lebenswelten, in: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie*, 21(2), 97-128
- Werlen, Benno, 1997: Sozialgeographie alltäglicher Regionalisierungen, Bd. 2: Globalisierung, Region und Regionalisierung, Stuttgart
- Wodak, Ruth/de Cillia, Rudolf/Reisigl, Martin/Liebhart, Karin/Hofstätter, Klaus/Kargl, Maria 1998: Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identität, Frankfurt M.
- Wood, Gerald 1989: Regionalbewußtsein im Ruhrgebiet in der Berichterstattung regionaler Tageszeitungen, in: Berichte zur deutschen Landeskunde Bd. 63, 2, 537-562
- Zürn, Michael 1996: Über den Staat und die Demokratie im europäischen Mehrebenensystem, in: PVS, 37(1), 27-55
- Zürn, Michael 1998: Regieren jenseits des Nationalstaats, Globalisierung und Denationalisierung als Chance, Frankfurt M.

# Vom DM-Nationalismus zum EuroPAYismus?

*Michael Hennes*

## 1 Das deutsche Nationalbewußtsein

Der Krieg ist der Vater und Henker der Staaten.<sup>1</sup> Doch er allein bestimmt nicht die Geschichte der Menschheit. Zwischen den Kriegen unterliegen die Staaten einem ständigen Fluß historischer Ereignisse, die sie in ihrer Substanz und in ihren Interessen verändern. Nationen besitzen selten unveränderliche „vitale“ Interessen, abgesehen vom Schutz gegen fremde Eroberung. Doch die Bedrohung der territorialen Integrität ist für Deutschland und die meisten Staaten der Europäischen Union seit dem Ende des Ost/West-Konflikts auf ein Minimum gesunken. Nationen haben auch keine objektiven Identitäten, die mit Blut und Eisen geschmiedet wurden. Nationalstaaten verfügen stattdessen über eine Vielzahl von Institutionen, Regeln und Individuen, die selbst einer ständigen Veränderung unterliegen und dynamische Kräfte in der Herausbildung ihrer nationalen Identität darstellen. Daß eine Nation in diesem chaotischen Fluß der Ereignisse eine eigene Identität entwickeln kann, liegt alleine im Bewußtsein ihrer Bürger begründet. Eine nationale Identität wird im politischen Bewußtsein gebildet.

### 1.1 Die Wiederentdeckung der Nation

Die Spurensuche nach dem deutschen Nationalbewußtsein beginnt in der Stunde Null. Als Kriegsverlierer rückten die Deutschen von ihrem radikalen Nationalismus ab und fanden in der westlichen Staatengemeinschaft eine neue Heimat. Seit den 50er Jahren unterstützten sie vorbehaltlos die europäische Integration. Erst seit 1992 belegen Meinungsumfragen, daß die Deutschen beim Projekt der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) erstmals mit ihrer Integrationsbereitschaft gebrochen haben. Laut dem Eurobarometer<sup>2</sup> vollzog sich dieser Bruch Ende 1991 mit den Diskus-

---

1 De Gaulle, Charles: *Memoiren der Hoffnung. Die Wiedergeburt 1958-1962*, Wien/München/Zürich 1971, S. 199.

2 Vgl. Europäische Kommission: *Eurobarometer Nr. 35ff.*, Brüssel, Juni 1991 ff.

sionen über den Vertrag von Maastricht. Beim zentralen Integrationsschritt der 90er Jahre, der EWWU, liefen die Deutschen in das Lager der traditionell euroskeptisch gesinnten Mitgliedstaaten (Großbritannien, Dänemark, Finnland und Schweden) über. In einem deutlichen Kontrast dazu wurden seit 1992 in der gesamten EU-Bevölkerung konstante Mehrheiten für die EWWU ermittelt, wie auch jeweils in allen anderen zehn Mitgliedstaaten.<sup>3</sup> Besonders klare Umfragemehrheiten für die Währungsunion weisen in scharfem Kontrast zu Deutschland die fünf anderen EWG-Gründungsstaaten (Belgien, Frankreich, Italien, Niederlande und Luxemburg) aus.<sup>4</sup>

Die Deutschen sind D-Mark-Nationalisten. Mit der Einführung des Euro als Buchgeld zum 1. Januar 1999 hat eine Erprobungsphase begonnen, die zeigen wird, ob dieses spezifische Nationalbewußtsein der 90er Jahre nur ein vorübergehendes Phänomen war. Vieles spricht für ein Verschwinden der Dämonen, denn in keinem großen Industriestaat haben die Bürger seit 1945 ein derart zwiespältiges Verhältnis zu ihrer Nation wie die Deutschen. „Nach dem Zusammenbruch des ‚Dritten Reichs‘ bot Europa den zutiefst verunsicherten Menschen einen Ersatz an Identität; man war nicht stolz, ein Deutscher zu sein – also war man Europäer.“<sup>5</sup> „Nationalstolz“ und „Vaterlandsliebe“ wurden in der Bundesrepublik zu Werthaltungen einer schrumpfenden Minderheit.<sup>6</sup> An die Stelle der mythischen Volksgemeinschaft früherer Zeiten trat mit der Bonner Republik nüchterner „Verfassungspatriotismus“.<sup>7</sup>

Im Laufe der 60er Jahre sank der Stern des Nationalismus auch in den anderen Staaten Westeuropas.<sup>8</sup> Hatten die Deutschen bis dahin ein „postnationales“ Sonderbewußtsein gepflegt, ordneten sie sich nun immer stärker in den westeuropäischen Mainstream ein. Die Überwindung des Nationalismus korrespondierte nicht nur mit postmateriellen Forderungen nach Freiheit und

---

3 Nur das 1995 beigetretene Österreich weist erst seit 1996 Mehrheiten für die EWWU auf; vgl. ebd.

4 Ebd. Im November 1997 lag der Anteil der EWWU-Befürworter in der gesamten EU bei 51%, in Deutschland bei 40% (Gegner der EWWU: in der EU 37%, in Deutschland 45%). Nach den Ergebnissen der Forschungsgruppe Wahlen stieg in Deutschland mit der herannahenden Einführung des Euro die Zahl der Gegner im Januar 1998 sogar auf 71% an (nach 59% im Dezember 1997); vgl. ebd. Nr. 48, Brüssel, März 1998, S. 45; sowie „Euroskepsis steigt sprunghaft an“, in: Die Welt, 17.1.1998.

5 De Weck, Roger: Ein Wechsel auf Europas Zukunft, in: Die Zeit 46 (13.12.1991) 51, S.1.

6 Vgl. Rausch, Heinz: Politisches Bewußtsein und politische Einstellungen im Wandel, in: Weidenfeld, Werner (Hg.), Die Identität der Deutschen, Bonn 1983, S. 119-153.

7 Sternberger, Dolf: Verfassungspatriotismus. Schriftenreihe der niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung: „Grundfragen der Demokratie“, Folge 3, Hannover 1982.

8 Im Zuge der Ausbreitung „postmaterieller“ Werthaltungen (vor allem die Indifferenz-Entscheidung „mehr Freiheit statt mehr Wohlstand“), vgl. Inglehart, Ronald: Changing Value Priorities and European Integration, in: Journal of Common Market Studies 10 (1971/72) 4, S. 1-36.

Lebensqualität, sondern kam ebenso dem Aufbau der Konsumgesellschaft und den ökonomischen Vorteilen einer europaweiten Marktordnung entgegen. Sie entsprach den Vorstellungen einer Mehrheit der Sozialdemokraten, Liberalen und Konservativen, traf sich in den 80er Jahren auch mit den post-nationalen Politikbegriffen der neuen sozialen Bewegungen. Vielfältige gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Interessen schufen eine europäische oder westliche Identität der Deutschen auf Kosten ihres Nationalbewußtseins.

Der Verlust der nationalen Identität war beinahe schon eine westeuropäische Normalität, als das Nationalbewußtsein mit den 90er Jahren eine plötzliche Renaissance erlebte. Ausgangspunkt war wie stets bei einschneidenden Veränderungen in der Geschichte der europäischen Integration<sup>9</sup> ein Umbruch des internationalen Systems: An der Wende von den 80er zu den 90er Jahren brach die bipolare Ordnung des Ost/West-Konflikts zusammen und besiegelte das historische Scheitern des Kommunismus. Für die Deutschen ergab sich dadurch die Chance der nationalen Vereinigung. Zwei Parolen brachten in den bewegenden Monaten zwischen Oktober 1989 und Mai 1990 die Wiederentdeckung der deutschen Nation zum Ausdruck. Erstmals seit 1945 brauten Gefühlsstürme für ein „Deutschland, einig Vaterland!“ gerade auch massenhaft unter jüngeren Deutschen auf. Und im Osten Deutschlands erschallte als Forderung der Leipziger Montagsdemonstrationen: „Kommt die D-Mark nicht nach hier, gehen wir zu ihr!“ Die DDR implodierte und löste sich im vereinten Deutschland auf. Mit der deutsch-deutschen Währungsunion wanderte die D-Mark zum Umtauschkurs von eins zu eins in den Osten.

## 1.2 Der D-Mark-Nationalismus

Das neue Nationalbewußtsein verlor nach der vollzogenen Einheit schnell seine massenmobilisierende Kraft. Der singuläre Moment der Vereinigung war vorüber. Doch das neue Lebensgefühl zuckte weiter im starren Festhalten an der D-Mark. Die Wiederentdeckung der deutschen Nation 1989/90 und das Aufbrausen des D-Mark-Nationalismus 1991/92 hingen eng zusammen. Über die Westdeutschen hatte der Historiker Wolfgang Mommsen einmal geschrieben, daß sie ihre nationale Identität in einem kollektiven Stolz auf Wirtschaftswunder, Wohlstand und Wiederaufbau gefunden hätten.<sup>10</sup> Viele Ostdeutsche hatten ebenfalls gehofft, mit dem Beitritt zur „BRD“ am Wirtschaftswunder zu partizipieren. Das Symbol des Wirtschaftswunders ist die Deutsche Mark.

---

9 Vgl. hierzu Hennes, Michael: Europapolitische Zielkonflikte zwischen Deutschland, Frankreich und Großbritannien anlässlich der Regierungskonferenz 1996/97, Bonn 1998 (Diss.), Kap. 6.

10 Vgl. Mommsen, Wolfgang J.: Wandlungen der nationalen Identität, in: Werner Weidenfeld (Hg.), Die Identität der Deutschen, Bonn 1983, S. 172-174.

Ausgerechnet die D-Mark sollte mit dem Vertrag von Maastricht aufgegeben werden. „Wer in solcher Weise Hand anlegt an die Mark als das wichtigste Erfolgssymbol Deutschlands nach dem Kriege, muß mit kritischen Reaktionen rechnen.“<sup>11</sup> In der deutschen Publizistik entlud sich augenblicklich ein Proteststurm der „D-Mark-Nationalisten“.<sup>12</sup> Die Deutsche Mark wurde als nationaler Mythos, als Symbol des Nationalstolzes und als Stück der kollektiven Lebensgeschichte der Deutschen beschrieben. Diesen „Mythos Mark“ beschwor auch das Hamburger Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ und erklärte die Währung zum „Inbegriff des Wirtschaftsaufschwungs nach dem Kriege“, zur „Chiffre für deutsche Wirtschaftspolitik und deutschen Wohlstand“, zur Verkörperung von „Tugenden wie Fleiß und Sparsamkeit“, um zu schließen: „Die Mark ist deutsch und für manchen sogar Deutschland.“<sup>13</sup> „If there is nationalism in Germany, it is not *Deutschland über alles* but *Deutsche Mark über alles*.“<sup>14</sup> 1997 schrieb auch der Berliner Zeitgeschichtler Arnulf Baring in einem vielbeachteten Buch, daß die Währung nach dem Kriege zum wichtigsten Symbol des deutschen Nationalstolzes geworden sei.<sup>15</sup>

Der D-Mark-Nationalismus bestimmte im Laufe der 90er Jahre immer deutlicher den politischen Diskurs im deutschen Bürgertum, während die politische Klasse lange Zeit an der vorbehaltlosen Integrationsbereitschaft der alten Bundesrepublik in Europa festhielt. Erst 1997/98, als der Beginn der Währungsunion bereits gesichert war, machte der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl dem D-Mark-Nationalismus wiederholt Avancen. Kohl stimmte nun zu, daß für viele Deutschen die Währung „das Symbol für 50 Jahre Frieden, 50 Jahre Freiheit im freien Teil unseres Landes und 50 Jahre Stabilität und Wohlstand“ sei.<sup>16</sup>

### 1.3 Die Relikte des deutschen Nationalismus

Das erste Relikt war der Glaube an das gemeinsame Heil oder den gemeinsamen Untergang in der Schicksalsgemeinschaft der Nation. Denn die Währung werde von „jedem Deutschen, ob links oder rechts, jung oder alt“ zum Symbol des Wiederaufbaus nach dem Kriege erhoben.<sup>17</sup> Die Mark erscheint

---

11 Kremp, Herbert: Maastricht und die Zweifel, in: Die Welt, 21.2.1992.

12 Der Begriff stammt von De Weck 1991.

13 Anonym: „Es gibt kein Zurück“, in: Der Spiegel (9.12.1991) 50, S. 125.

14 Joffe, Josef: Europe, Apple Pie And the D-Mark, in: International Herald Tribune, 1.4.1992 (Herv. im Orig.).

15 Baring, Arnulf: Scheitert Deutschland ? Abschied von unseren Wunschwelten, Stuttgart 1997, hier S. 16.

16 Kohl, Helmut: Weichenstellungen für das 21.Jahrhundert. Rede zur Eröffnung des World Economic Forum in Davos, 29.1.1998. Dok. in: Bulletin (11.2.1998) 11, S. 126.

17 Joffe 1992.

als Klammer, welche die Nation zusammenhält und ihr Schicksal in sich trägt. Im Vorfeld des Maastrichter Gipfels von 1991 schrieb bereits der Ehrenvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, daß die Mark „die wirtschaftliche und soziale Stabilität der zweiten deutschen Republik“ verkörpere: „Diese D-Mark in einer Europäischen Währungsunion aufgehen zu lassen, ist das größte Geschenk, das wir Europa machen können.“<sup>18</sup> Arnulf Baring sah rückblickend den Gründungsschatz der zweiten deutschen Republik verschenkt, denn die Mark sei der „Grundstein, auf dem 1949 die Bundesrepublik errichtet wurde“ und „noch wesentlicher als das Grundgesetz für das Selbstverständnis der Deutschen.“<sup>19</sup>

Das zweite Relikt des Nationalismus war der Feind im Westen. „Die Mark ist in der Falle, gelockt von François Mitterrand. Helmut Kohl hat die Falle *bewußt*, ja sogar in missionarischem Eifer, betreten; er ist keineswegs hineingestolpert.“<sup>20</sup> Ein anderer liberaler Publizist stimmte unheilverkündend zu: „Den Pyrrhussieg hat Frankreich errungen, nicht weil es Europa wollte, sondern weil es ihm gelungen ist, die Mark anzuzapfen und dadurch zu schwächen.“<sup>21</sup> Schon im Vorfeld des Maastrichter Gipfels warnte Dregger, „daß es für uns Deutsche höchst unbefriedigend wäre, wenn der Eindruck entstände, Europa solle nicht um Europas willen geschaffen werden, sondern um die deutsche Wirtschaftskraft ‚einzuhegen‘.“<sup>22</sup>

Das dritte Relikt des Nationalismus war, daß im Widerstand gegen das „Maastrichter Esperantogeld“<sup>23</sup> entschieden ethnische Kriterien von Politik auflebten. „Die Mentalitäten der europäischen Völker sind zu *verschieden*. Im Süden wird Geld leichter ausgegeben als im Norden, wo die Zukunftsvorsorge hoch im Kurs steht (...) Auch die Arbeitsintensität ist, mentalitätsbedingt, in Neapel anders als in Hamburg. Nichts dagegen einzuwenden. Aber es bedeutet doch in der Konsequenz, daß hinter einem Ecu eines Tages weniger Arbeit *pro Währungseinheit* stehen wird als heute hinter der Mark steht.“<sup>24</sup> Insbesondere die Italiener galten den D-Mark-Nationalisten als notorische Schuldenmacher.<sup>25</sup> Ein Vorstandsmitglied der Deutschen Bank forderte im April 1992, daß die Europäische Zentralbank wegen der geldpolitischen

---

18 Dregger, Alfred: Die D-Mark ist unser Geschenk an Europa, in: Die Welt, 5.12.1991.

19 Baring 1997, S. 231f.

20 Thoma, Franz: Die Mark in der Falle, in: Süddeutsche Zeitung, 14.12.1991 (Herv. im Orig.).

21 Augstein, Rudolf: Der gefesselte Gulliver, in: Der Spiegel (16.12.1991) 51, S. 23.

22 Dregger 1991.

23 Gauweiler, Peter: Wir wollen die Mark, kein Esperanto-Geld, in: Münchener Abendzeitung, 27.1.1992.

24 Thoma, Franz: Gefährliches Abenteuer mit dem Europa-Geld, in: Süddeutsche Zeitung, 8.2.1992 (Herv. im Orig.).

25 So schon Neumann 1992.

Stabilität der EWWU nicht nur in Frankfurt angesiedelt, sondern ihr erster Präsident auch tatsächlich ein Deutscher sein müsse.<sup>26</sup>

Das vierte Relikt war der Griff nach der Weltmacht. Nur mit dem Mythos Mark konnte noch eine machtpolitische Stellung Deutschlands als europäischer Hegemon imaginiert werden.<sup>27</sup> Zwar war kaum ein Autor so unvorsichtig, sich an der Pose einer deutschen Supermacht zu weiden, doch der Blick von außen wurde hier gespiegelt: „Die Franzosen sehen in der D-Mark die Force de frappe der Deutschen.“<sup>28</sup> Eine andere Variante der Spiegelung war die Herkunftslegende der Währungsunion, der weit verbreitete Mythos vom Maastrichter „Damenopfer“ (vgl. Kap. 3.1.).

## 2 Die Entstehung der deutschen Identität

Grundsätzlich lassen sich drei Prozesse der nationalen Identitätsbildung unterscheiden. Erstens kann eine nationale Identität als positive Kraft entwickelt werden, etwa bei der Französischen Republik in Form der Ideen von 1789. Zweitens kann Nationalbewußtsein in negativer Abgrenzung vom Fremden entstehen, wie das für den Gruppennarzißmus nationalistischer und faschistischer Bewegungen typisch ist. Drittens kann sich eine nationale Identität passiv bilden, in Form von Klischees, die von außen an die Bürger einer Nation immer wieder herangetragen werden. Der D-Mark-Nationalismus dagegen ist bloß eine Ersatzidentität, die das deutsche Bürgertum aufgrund der Diskreditierung aller Nationalen in der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs entwickelt hat.

### 2.1 Gesellschaft ohne Selbstbewußtsein

Der Zeitgeschichtler Arnulf Baring stellt fest, daß Amerikaner, Engländer und Franzosen „von einem Grundgefühl zehren, das Nationen auszeichnet: große Dinge in der Vergangenheit gemeinsam getan zu haben und entschlossen zu sein, sie auch in Zukunft zu tun“.<sup>29</sup> Die Deutschen bilden dagegen eine verspätete Nation<sup>30</sup>, die erst im 19. Jahrhundert vereinigt wurde und ihre kulturelle sowie sprachliche Zersplitterung nie aus einer eigenen positiven

---

26 Ulrich Cartellieri, nach „Deutscher Präsident für Europäische Zentralbank“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3.4.1992.

27 Vgl. Hennes 1998: Kap. 4.2.

28 Alfred Dregger nach der Rubrik „Auf ein Wort“, in: Die Welt, 14.2.1992.

29 Baring 1997: S. 14f.

30 Vgl. Plessner, Helmuth: Die verspätete Nation. Über die politische Verführbarkeit bürgerlichen Geistes, Stuttgart 1959.

Kraft heraus überwunden hat. Stattdessen beruhte die nationale Identität der Deutschen auf einer rein antithetischen Abgrenzung zu den Ideen von 1789 und zu den Nachbarvölkern. Diese negative Abgrenzung bereitete intellektuell mit dem ausgehenden 19. Jahrhundert die beiden Weltkriege vor.

Deshalb wundert es nicht, wenn Baring feststellt, daß man bei den Deutschen „ein historisch und kulturell bedingtes Selbstvertrauen, einen Stolz auf die eigene Vergangenheit“ kaum finden könne, die westdeutsche Demokratie ihre politische Stabilität vielmehr aus der industriellen Leistungsfähigkeit und dem damit verbundenen Sozialstaatsmodell gezogen habe.<sup>31</sup> Der Berliner Zeitgeschichtler erkennt, daß die Deutschen bloß über eine Ersatzidentität verfügen. Jeder direkte Vergleich mit dem gefestigten Nationalbewußtsein von Franzosen, Briten oder Amerikanern macht den eklatanten Mangel an kollektivem Selbstbewußtsein der Deutschen deutlich. Der vormalige Kanzler Kohl offenbarte die Farce, als er formulierte: „Natürlich stellen sich viele Deutsche – gerade auch im Zusammenhang mit dem Wechsel von der D-Mark zum Euro – die Frage: Werden wir unsere Identität verlieren im Prozeß der europäischen Einigung?“<sup>32</sup> Mit dem Aufbrausen des D-Mark-Nationalismus trat eine Regression des deutschen Nationalbewußtseins zu Tage, die 1945 unvermeidlich geworden war.

Am Anfang standen die Trümmer des Zweiten Weltkriegs. Die 1949 gegründete Bundesrepublik entwickelte entschieden postnationale Traditionen, geboren aus den Schrecken von Krieg und Militarismus. Selbst die vitalen Interessen des neuen Staates, die Abschreckung eines expansiven Sowjetkommunismus, wurden zögerlich und supranational im Rahmen der NATO unter US-amerikanischer Führung wahrgenommen. Nach 1945 waren Nationalismus und deutsche Machtpolitik passé, stand vorbehaltlose Westintegration auf dem politischen Kompaß der Bonner Republik. Allerdings war die „postnationale“ Politik der Ära Adenauer zumindest auf Seiten der Ordoliberalen einem zentralen nationalen Interesse untergeordnet, dem wirtschaftlichen Wiederaufbau.<sup>33</sup>

Die Währung wurde „ein Stück der eigenen Lebensgeschichte. Die Einführung der D-Mark im Juni 1948 war (...) der erste Lichstrahl der Hoffnung inmitten tiefer Verzweiflung in dem zerstörten Deutschland der unmittelbaren Nachkriegszeit. Viele haben der D-Mark damals keine Chance gegeben. Die Geschichte hat die Untergangspropheten widerlegt. Dies ist vor allem das Verdienst der Gründergeneration, die unser Land nach dem zweiten Weltkrieg wieder aufgebaut hat. Ihrer Kraft und ihrem Willen verdanken wir das

---

31 Baring 1997: S. 15.

32 Kohl (12.1.) 1998: S. 98.

33 Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard war nicht nur ein Gegner der Römischen Verträge. Gleichfalls ordnete er die NATO und die Höhe der Rüstungslasten dem Ziel des wirtschaftlichen Wiederaufbaus explizit unter; vgl. Erhard, Ludwig: Deutsche Wirtschaftspolitik. Der Weg der sozialen Marktwirtschaft, Düsseldorf/Wien 1962, S. 263-266.

sogenannte Wirtschaftswunder. Und mit ihrer harten und unermüdlichen Arbeit haben sie erreicht, daß die D-Mark allen Unkenrufen zum Trotz eine erfolgreiche und harte Währung geworden ist. Vor diesem Hintergrund dieser geschichtlichen Zusammenhänge habe ich großes Verständnis für das Gefühl vieler Menschen, die jetzt fragen: Diese gute D-Mark sollen wir hergeben?<sup>34</sup>

Das Wirtschaftswunder basierte auf einer wirtschaftspolitischen Philosophie. Die Bank deutscher Länder sowie die spätere Bundesbank („ein zentrales Element unserer demokratischen Stabilität“<sup>35</sup>) folgten seit der Währungsreform von 1948 kontinuierlich dem Primat der Preis- und Geldwertstabilität, mit dem die D-Mark zur härtesten Währung der Welt geformt wurde.<sup>36</sup> Die Politik der harten Mark wurde zum „Ausdruck einer in der Nachkriegszeit wiedergewonnenen Stabilität, Ausweis deutscher Tüchtigkeit und Ausfluß eines hierzulande besonders ausgeprägten Sicherheitsbedürfnisses“.<sup>37</sup> Ludwig Erhard erklärte die Preisstabilität ausdrücklich zur Grundlage des Wiederaufbaus.<sup>38</sup> Die Politik der CDU war mit den 50er Jahren orientiert am Leitbild des „typischen“ Deutschen, eines unpolitischen, pragmatisch gesinnten Wohlstandsbürgers, dessen Lebensplanung ganz seiner beruflichen Karriere und der Erringung von persönlichem Wohlstand folgte.<sup>39</sup> Der Wohlstandsbürger mit der harten Mark wurde zur nationalen Ersatzidentität.

Es kam zu einer völligen Unterordnung der gesamten Lebensplanung unter das Wohlstandsziel. Der konservative Soziologe Helmut Schelsky faßte diese Totalität in seiner Modellvorstellung von der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ zusammen, in der die Masse der Gesellschaft sich in den mittleren Einkommensschichten gruppiert,<sup>40</sup> mit sozialen Konsequenzen: „Es scheint so, als ob an Stelle des Klassenstatus die Verbraucherposition zur zentralen Determinante aller Verhaltensformen wird, sei es in der Kindererziehung, in der Politik oder in den kulturellen Bereichen, so daß der negative Prozeß der Nivellierung

---

34 Kohl, Helmut: Europäische Wirtschafts- und Währungsunion – Fundament für ein stabiles Haus Europa. Rede auf der gewerkschaftspolitischen Arbeitstagung 1998 des Deutschen Beamtenbundes in Bad Kissingen, 12.1.1998. Dok. in: Bulletin (3.2.1998) 9, S. 98.

35 Baring 1997: S. 231.

36 Vgl. Emminger, Otto: Kontinuität und Wandel in vier Jahrzehnten deutscher Wirtschaftspolitik, in: Kurt H. Biedenkopf u.a., Kontinuität und Wandel in vier Jahrzehnten deutscher Wirtschaftspolitik. Symposium der Ludwig-Erhard-Stiftung in Bonn, 16.1.1986, Stuttgart/ New York 1986, S. 35-48.

37 De Weck 1991.

38 Erhard 1962: S. 221-224, 337-353.

39 Vgl. Schwarz, Hans-Peter: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Bd.2: Die Ära Adenauer 1949-1957, Stuttgart 1981, S. 375-417; ferner Schelsky, Helmut: Die skeptische Generation. Eine Soziologie der deutschen Jugend, Düsseldorf/ Köln 1957.

40 Vgl. die Aufsätze „Die Bedeutung des Schichtungsbegriffes für die Analyse der gegenwärtigen deutschen Gesellschaft“ (1953) und „Gesellschaftlicher Wandel“ (1956/61), in: Schelsky, Helmut: Auf der Suche nach Wirklichkeit. Gesammelte Aufsätze, Düsseldorf/ Köln 1965, S. 331-351.

der Klassengesellschaft positiv als die Herausbildung der hochindustriellen Freizeit- und Verbrauchergesellschaft zu bestimmen wäre.“<sup>41</sup>

„Wir sind wieder wer!“ – das Bild von einer Nation aus Wohlstandsbürgern, welche die leistungsfähigste Industrie Europas aufgebaut hatten und mit ihrer harten Mark massenhaft zu den Küsten Südeuropas ausschwärmten, wurde auch im Ausland das Klischee vom westdeutschen Bundesbürger. Trotz der Verunsicherungen durch Popkultur, APO und Neo-Marxismus äußerte sich die Verwestlichung der breiten Bevölkerung in den 60ern weiterhin bloß als Ausbreitung der Konsumgesellschaft.<sup>42</sup> Als mit den 70er Jahren Wohlstandssättigung und die Freizeit der Deutschen deutlich angewachsen waren, trat nicht etwa ein Umschwung des Lebensgefühls ein, sondern die männliche Bevölkerung äußerte einen Anstieg von Langeweile und das Empfinden von Sinnverlust.<sup>43</sup>

In den 60er Jahren wollte Ludwig Erhard die strikte Konsumorientierung seiner Wirtschaftswunderkinder korrigieren und sprach von der Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft, „in der Wohlstand dem einzelnen mehr als nur Befreiung von materieller Not und sozialer Sicherheit bringen, sondern ein neues Lebensgefühl wecken soll. Zu der materiellen soll sich die geistige und seelische Befreiung des Menschen gesellen.“<sup>44</sup> Doch auch dem spiritus rector fiel als Alternative zum Wohlstandsprogramm seiner Partei nichts anderes mehr ein als die nebulöse Forderung nach einer „Formierten Gesellschaft“, deren Orientierung am Gemeinwohl dann weder klare Konzepte noch Taten folgten.<sup>45</sup> Und so vollzog sich konsequent der Machtverlust der CDU in dem Moment, als die Wirtschaftspartei erstmals aufhörte, für den Erfolg der ständigen Wohlmehrung zu stehen – unter dem Eindruck der ersten Rezession, 1964/65 mit einem Anstieg der Inflationsrate.<sup>46</sup>

Das Gefühl für die innere Leere blieb. Zugleich zogen die Westintegration und eine zunehmend kulturell, wirtschaftlich sowie politisch miteinander vernetzte Welt jeder nationalen Renaissance in Deutschland enge Grenzen. Der D-Mark-Nationalismus der 90er Jahre konnte daher nur Ausdruck einer nationalen Ersatzidentität sein – schwach an Substanz, Selbstbewußtsein und Widerstandswillen. Als Regierungsalternative hatte sich auch die SPD dem deutschen Bürgertum nur empfohlen, indem sie mit dem Godesberger Programm 1959 einen entschlossen marktwirtschaftlichen Kurs einschlug. Zen-

---

41 Ebd.: S. 341.

42 Vgl. Hildebrand, Klaus: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Bd.4: Von Erhard zur Großen Koalition 1963-1969, Stuttgart 1984, S. 417-444.

43 Vgl. Noelle-Neumann, Elisabeth/ Piel, Edgar (Hg.): Eine Generation später. Bundesrepublik Deutschland 1953-1979, München/ New York u.a. 1983, S. 16-22, 122, 163f.

44 Erhard 1962: S. 341.

45 Vgl. Ders.: Die Formierte Gesellschaft, Bonn 1966.

46 Vgl. Schiller, Karl: Preisstabilität durch globale Steuerung der Marktwirtschaft. Walter-Eucken-Institut, Vorträge und Aufsätze Nr. 15, Tübingen 1966, S. 10f.

trales Symbol des deutschen Wiederaufbaus blieb die Deutsche Mark. Die deutsche Identität kam über diesen schlichten Materialismus nie hinaus. Und so war das starre Festhalten an der D-Mark ein Gebot des ökonomischen Selbstverständnisses: „Denn es kann keine Zweifel geben, daß die D-Mark ein gewinnbringendes Markenzeichen Deutschlands darstellt, das zur weltweiten Reputation der deutschen Wirtschaft und zum Wohlstand des gesamten Landes erheblich beigetragen hat.“<sup>47</sup>

## 2.2 Das wirtschaftliche Interesse hinter der deutschen Identität

Kern der deutschen Identität ist die Unterordnung des gesamten Lebens unter die ökonomische Ratio. Die Bundesbürger folgen einem Wohlstandsethos, die Bundespolitik einem Primat der Preis- und Geldwertstabilität und das Klischee vom Deutschen im Ausland ist das Bild des Wohlstandsbürgers mit der harten Mark. Nun beruht Rationalität in der ökonomischen Modellvorstellung letztlich immer auf Güterabwägungen und auf einem Kosten/Nutzen-Kalkül, von dem sich Individuen leiten lassen. Ökonomische Rationalität ohne eine klare Kalkulation wirtschaftlicher Interessen ist nicht denkbar. Hinter dem Primat der Preis- und Geldwertstabilität stand spätestens seit den 70er Jahren das Kalkül der gesellschaftlichen Mehrheit in der Bundesrepublik:

Die Politik der harten Mark blieb für die Mehrheit der Deutschen ein überzeugendes Programm, weil in einer demographisch zunehmend älteren und materiell zunehmend wohlhabenderen Gesellschaft die Wertsicherung der Ersparnisse, Kapitalanlagen und Altersversorgung<sup>48</sup> zum zentralen ökonomischen Interesse wurde. Dieses Interesse mag zwar auch vor dem Hintergrund der kollektiven Erfahrungen mit zwei Hyperinflationen im 20. Jahrhundert virulent gewesen sein.<sup>49</sup> Entscheidender dürfte aus Sicht des deutschen Sparer, Investors oder Spekulanten jedoch stets die unmittelbare Wertsicherung der eigenen Kapitalanlage gewesen sein. Und so wurde die harte Mark im zentralen Bereich der wirtschaftlichen Interessen das herausragende Symbol für „Sicherheit“.<sup>50</sup> Es ist in diesem Zusammenhang aufschlußreich, daß der Anteil der Euro-Gegner

---

47 Neumann, Manfred J.M.: In die Ära der Euro-Mark, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.4.1992.

48 „Millionen von Rentnern insbesondere werden von jeder Preissteigerung in ihrem sozialen Sein aufs härteste betroffen“ (Erhard 1955: S. 6).

49 So schon ebd.

50 Schäuble, Wolfgang/ Glos, Michael / Lamers, Karl: Die Europäische Währungsunion – Deutschlands Interesse und Verantwortung, in: Pressedienst der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Bonn, 16.9.1997, S. 7; ähnlich schon Köhler, Horst: Wir haben mehr erreicht, als zu Beginn der Verhandlungen zu erwarten war, in: Handelsblatt, 10.3.1992.

in der EU bei der Bevölkerung über 55 Jahren allgemein deutlich höher liegt als bei jeder Altersgruppe darunter.<sup>51</sup>

Das setzte der nationalstaatlichen Politik den Orientierungsrahmen. Deutsche Politik ordnete dem Interesse der Besitzstandswahrung instinktiv lange Zeit alles unter, sogar die Europapolitik. Es war gerade zwei Wochen vor dem Maastrichter Gipfel vom Dezember 1991, als Bundeskanzler Helmut Kohl vor dem Deutschen Bundestag eine Haushaltsrede hielt. Kohl führte aus, „daß die Stabilität der D-Mark das wichtigste Ziel unserer Politik sein muß“, weil sie die Realeinkommen der Deutschen gesteigert habe und weiterhin Wohlstand sowie Arbeitsplätze sichern werde.<sup>52</sup> Die Stabilität der Währung sei nicht nur „Grundlage unseres wirtschaftlichen Erfolgs“, sondern ebenso des politischen: „All das, was hier heute über das Ansehen unserer Republik, über die Stellung Deutschlands in der Welt und auch über die außenpolitische Position mit Recht gesagt wurde, könnten wir vergessen, wenn die D-Mark eine instabile Währung würde.“<sup>53</sup>

Helmut Kohl hatte sich kurz vor dem Maastrichter Gipfel in einen direkten Gegensatz zu den bereits weitgehend abgeschlossenen Planungen für die Europäische Währungsunion begeben. Scheinbar bemerkte der frühere Bundeskanzler nicht, wie stark er vor dem Bundestag gegen seine eigene Europapolitik argumentierte: „Wenn die D-Mark heute zur zweitwichtigsten Anlage- und Reservewährung geworden ist, so ist das eine Aussage, die nicht nur unseren Stolz erregen, sondern vor allem auch die Verpflichtung stärken sollte, dies so zu erhalten.“<sup>54</sup> Zwei Wochen später beschloß Helmut Kohl in Maastricht die Europäische Währungsunion und damit das Ende der Deutschen Mark. Der Aufschrei der deutschen Publizistik war laut, doch der Bundeskanzler hatte lediglich die Ersatzidentität der Deutschen verschoben – von Bonn aus auf die gesamte Europäische Union.

### 3 Die europäische Identität

Die deutsche Identität hat nie über eine originäre politische Idee verfügt. Dabei verstärken sich heute im Prozeß der Globalisierung die zentrifugalen Tendenzen der modernen Gesellschaften noch, die nationalen Identitäten lösen sich weiter auf. Ein Ersatz kann nur noch auf überstaatlicher Ebene ge-

---

51 Vgl. Europäische Kommission: Eurobarometer Nr. 43, Brüssel, Herbst 1995, Anl. B40; Nr. 47, Oktober 1997, S. 29, Anl. B42.

52 Kohl, Helmut: Chancen einer säkularen Veränderung für die Sicherung der Zukunft Europas. Rede anläßlich der zweiten Beratung des Haushaltsgesetzes 1992 vor dem Deutschen Bundestag in Bonn, 27.11.1991. Dok. in: Bulletin (28.11.1991) 136, S. 1107, 1109.

53 Ebd.: S. 1109.

54 Ebd.

schaffen werden. Konservative Kritiker der Europapolitik verfolgen diesen Prozeß mit großer Skepsis und wollen die nationale Identität bewahren. Doch für die Deutschen ist die nationale Identität sinnentleert und obsolet.

### 3.1 Die Legende vom Maastrichter „Damenopfer“

Liberalen sowie konservativen Sinnstifter haben Nachhutgefechte geführt, um das Vakuum der deutschen Identität zu füllen. Arnulf Baring erhob den Vorwurf, die Bundesregierung habe die D-Mark im Tausch gegen die französische Unterstützung für die deutsche Einheit aufgegeben.<sup>55</sup> Josef Joffe paraphrasierte, daß François Mitterrand seinerzeit von Helmut Kohl gefordert habe: „Du kriegst das ganze Deutschland, wenn ich die halbe Mark bekomme.“<sup>56</sup> Ziel der Franzosen sei es gewesen, das vereinte Deutschland durch die Abschaffung der Mark zu schwächen, „um für die Nachbarn erträglich zu sein.“<sup>57</sup> Allerdings war beim Maastrichter Gipfel und auch schon auf der vorgeschalteten Regierungskonferenz die deutsche Einheit bereits ein historisches Faktum. Die Rettung der D-Mark wäre damals für Bonn zu einer relativ leichten Übung auf dem diplomatischen Parkett geworden.

„Die Legende, die deutsche Zustimmung zur Währungsunion sei der Preis für die Zustimmung insbesondere Frankreichs zur deutschen Einheit gewesen, ist Gift für die künftige Entwicklung in unserem gemeinsamen Europa.“<sup>58</sup> Die Konstruktion der Kritiker folgt dem politischen Hintergedanken, die deutsche Identität zu retten und zu stärken. Doch der Versuch ist vergeblich, die deutsche Ersatzidentität wird sich im gemeinsamen Europa auflösen. Dem untergegangenen Nationalismus bleibt alleine die Legendenbildung. Die Legende vom Maastrichter Damenopfer beruht auf einer Selektion der historischen Ereignisse, die den rein deutsch-französischen Interessengegensatz des Jahres 1990 zum Ursprung der EWWU macht. Übersehen wird dabei die gesamte historische Dynamik der Jahre 1986 bis 1995 und hier insbesondere das Interesse der Deutschen als einer „Wirtschaftsnation“, die eingebunden ist in transnationale Wirtschaftsräume:

Frankreich war zwar unzweifelhaft daran interessiert, die Abhängigkeit der französischen Geldpolitik von der deutschen zu lösen, doch auch in der Bonner Außenpolitik regte sich schon mit dem entstehenden Binnenmarkt 1987/88 und den Währungsschwankungen im EWS das Bewußtsein für währungspolitische Risiken, die durch die Globalisierung der Finanzmärkte ent-

---

55 Baring 1997: S. 232-235.

56 Joffe, Josef: Den Karren vor das Pferd gespannt, in: Süddeutsche Zeitung, 10.1.1998.

57 Baring, 1997: S. 219.

58 Genscher, Hans-Dietrich: Rede vor dem Deutschen Bundestag, 23.4.1998. Stenographische Berichte, 13. Wahlperiode, 230. Sitzung, S. 21043.

stehen würden.<sup>59</sup> Im Januar 1988 griff der damalige Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher das französische Drängen für eine Verwirklichung der Währungsunion<sup>60</sup> auf und wies vor dem Europäischen Parlament in Straßburg darauf hin, daß die „Krise der internationalen Finanzmärkte (...) in dramatischer Weise die Notwendigkeit verstärkter Zusammenarbeit im Währungsbereich unterstrichen“ habe.<sup>61</sup> Einen Monat nach seiner Straßburger Rede präzisierte er in einem Memorandum, daß die Abhängigkeit des EWS vom Dollar gelöst werden sollte.<sup>62</sup> In Paris und Bonn wurde also lange vor dem Vereinigungsprozeß eine Währungsunion verfolgt, um das EWS zu stabilisieren.

Auch die französische Interessenlage des Jahres 1990 war weniger durch Arglist und Pression motiviert, wie Rudolf Augstein<sup>63</sup>, Arnulf Baring<sup>64</sup>, Josef Joffe<sup>65</sup> oder Franz Thoma<sup>66</sup> behauptet haben. Das zeigt der Blick in französische Quellen jüngeren Datums: Präsident Mitterrand fürchtete 1989 einen neuen Nationalismus im deutschen Volk, aus dem die Abkehr der deutschen Europapolitik von der Europäischen Währungsunion folgen würde. Mitterrand warf in Gesprächen mit seinen Mitarbeitern vor allem der CDU vor, daß sie einen neuen Nationalismus in Deutschland anfrage, um den Untergang der DDR zu beschleunigen<sup>67</sup>. Als der damalige französische Staatspräsident im Juni 1989 Bundeskanzler Helmut Kohl auf dem Madrider Gipfel des Europäischen Rates erstmals zu einer Verpflichtung auf die Währungsunion drängte, hatte Mitterrand den D-Mark-Natio-

- 
- 59 Ausführlich hierzu Hennes, Michael: Europas Zukunft. Währungsunion statt Politischer Union, in: Außenpolitik 47 (1997) 1, S.33-42; vgl. auch Genscher 1998: S. 21043f.; die französische Politik habe schon in den 60er Jahren eine europäische Währungsunion als Konkurrenz zum Dollar und zur amerikanischen Hegemonie im Weltwährungssystem angestrebt, vgl. „Pour Hubert Védrine, ‚l’euro est une idée française‘, in: Le Monde, 5.5.1998.
- 60 Siehe die Darstellung bei Stoltenberg, Gerhard: Wendepunkte. Stationen deutscher Politik 1947-1990, Berlin 1997, S. 327-329; Genscher 1998: S. 21043.
- 61 Genscher, Hans-Dietrich: Programm der deutschen Ratspräsidentschaft in der EG, vorgetragen vor dem Europäischen Parlament in Straßburg, 20.1.1988. Dok.in: Bulletin (22.1.1988) 99, S. 64.
- 62 Védrine, Hubert: Les mondes de Francois Mitterrand. À l’Elysée 1981-1995, Paris 1996, S.400.
- 63 Augstein 1991.
- 64 Baring 1997: S. 132f., 219f., 232-235.
- 65 Joffe 1998.
- 66 Thoma 1991.
- 67 Vgl. Andeutungen in den Gesprächsprotokollen vom Ostberliner Besuch Mitterrands im Dezember 1989. Dok.in: Les réserves de Francois Mitterrand sur l’unification allemande, in: Le Monde, 4.5.1996; deutlichere Äußerungen finden sich bei Attali, Jacques: Verbatim. Bd.3: Chronique des années 1988-1991, Paris 1995, S. 390, 392, 401.

nalismus der deutschen Öffentlichkeit im Blick. Deshalb forderte er konkrete Zusagen von Kohl.<sup>68</sup>

François Mitterrand fürchtete, daß der aufkeimende D-Mark-Nationalismus die Währungsunion verhindern könnte und sah hierin ein Menetekel für die Zukunft. Er prophezeite dramatische Konsequenzen für das vereinte Deutschland: es drohe langfristig eine gegen Deutschland gerichtete Allianzenbildung in Europa.<sup>69</sup> Deutschland mit der EWWU in Europa einzu binden sollte aus Sicht des Elysée-Palastes einer fatalen Renationalisierung des Denkens auf dem Kontinent vorbeugen. Mitterrand war sich scheinbar mit Kohl darin einig, daß für die Deutschen die europäische Einbindung nur ein Gewinn sein konnte. Der damalige Bundeskanzler beteuert, daß es ihm bei der Überwindung der deutschen Teilung um die „Vision“ gegangen sei, die europäische Einigung zu vollenden.<sup>70</sup>

Die D-Mark wurde in Maastricht nicht geopfert, um die französische Zustimmung zur längst vollzogenen deutschen Einheit zu erlangen, sondern um die europäische Einigung trotz der deutschen Einheit fortsetzen zu können. Mitterrand wollte einer Renationalisierung in Deutschland vorbeugen. Als Inhalt der europäischen Identität zeigt sich einmal mehr ihre rein negative Abgrenzung zu kurzfristigem nationalem Egoismus. Erst der Euro könnte der Europäischen Union eine erste positive Kraft, wenn auch in Form einer Ersatzidentität, schaffen. Der Euro könnte eine europäische Ersatzidentität verkörpern, wie sie die D-Mark für die Deutschen symbolisiert hat.

### 3.2 Der Euro als Symbol der europäischen Identität

Der Euro wurde als eine Art D-Mark der EU konzipiert. 1991 kam das deutsche Interesse zum Zuge. Daß Mitterrand auf dem Maastrichter Gipfel, also bereits über ein Jahr nach der vollzogenen deutschen Einheit, die deutsche Unterstützung für den 1. Januar 1999 als unwiderrufliches Eintrittsdatum der EWWU gewinnen konnte, hatte einen anderen Grund als die Ablösung der letzten französischen Besatzungsrechte im Prozeß der deutschen Einigung. Die Bundesregierung selbst konnte ab 1991 mit dem Pfund der D-Mark wuchern und die Bedingungen der Währungsunion bestimmen. Bonns Unter-

---

68 So Védrine. 1996: S. 419f. Als Kohl im Oktober 1989 nach Paris reiste, äußerte er, daß er die Regierungskonferenz über die Währungsunion nicht überstürzen wolle, da er ansonsten eine Enttäuschung bei den nächsten Wahlen befürchte (nach Attali 1995: S. 326).

69 Vgl. Attali 1995: S. 323f., 368-370 ; Thatcher, Margaret: *The Downing Street Years*, London 1993, S. 796-798; Kohl, Helmut: *Ich wollte Deutschlands Einheit* (dargestellt von Kai Diekmann und Rolf-Georg Reuth), Berlin 1996, S. 184f.

70 Kohl 1996: S. 483.

händler bei der Regierungskonferenz von 1991 reklamierten, mehr erreicht zu haben als anfangs erwartet wurde: eben daß die deutsche Währungsordnung de facto in Europa eingeführt werde.<sup>71</sup> Stabilitätskriterien, Unabhängigkeit der Zentralbank, Vorrang der Preis- und Geldwertstabilität bei der europäischen Geldpolitik – die deutschen Forderungen hatten sich auf der Regierungskonferenz durchgesetzt. Nach dem Maastrichter Gipfel rühmten sich der Bundeskanzler<sup>72</sup> und sein Finanzminister<sup>73</sup>, daß sie Frankfurt als Standort der Europäischen Zentralbank vorgeschlagen hätten.

Theo Waigel bekräftigte angesichts des aufbrausenden D-Mark-Nationalismus nach dem Maastrichter Gipfel, daß die D-Mark keineswegs für Europa „geopfert“ oder „verschenkt“ worden sei: „Nein, wir führen unsere D-Mark in Europa ein.“<sup>74</sup> „Unsere Stabilitätspolitik wird zum Modell und zum Maßstab für das neue Europa ! Wir exportieren das Wesen der Deutschen Mark nach Europa !“<sup>75</sup> Als 1995 im Rat der Wirtschafts- und Finanzminister der Euro auf den Weg gebracht wurde, durften erneut die Deutschen die weiteren Bedingungen der EWWU maßgeblich definieren: Name und Stückelung der europäischen Währung, langsames Übergangsszenario für die Jahre 1999 bis 2002, Abschluß eines Stabilitätspaktes.<sup>76</sup> Erst mit dem Herbst 1996 war die Währungsunion wirklich eingeleitet. Umgehend büßte Bonn die liebgewonnene Führung wieder ein. Im Jahr darauf machte Helmut Kohl dem D-Mark-Nationalismus erstmals rhetorische Avancen.

Die gesunkene Strahlkraft der Europapolitik konnte der Spitze der CDU kaum verborgen geblieben sein. Die D-Mark-Nationalisten sind die Enkel von Ludwig Erhard und stellen einen erheblichen Anteil des Wählerklientels der Unionsparteien. Doch erst im gemeinsamen Europa können die Deutschen eine politische Identität schaffen, ihre nationale Wunde schließen. Deutschland ist eine verspätete Nation, die niemals über eine eigene Identität vom Rang der großen Nationen im Westen verfügt hat. In Frankreich und Großbritannien, Nationen mit einer historisch gefestigten Identität, fällt der Übergang nach Europa weitaus schwieriger. Doch der Übergang wird durch den europäischen Binnenmarkt und den Prozeß der Globalisierung erzwungen.

In der europäischen Einigung bündeln sich postnationale Impulse. Die Jahre zwischen 1999 und 2002 werden von entscheidender Bedeutung sein.

71 Köhler 1992.

72 Kohl, Helmut: Regierungserklärung zu den Ergebnissen des Europäischen Rates in Maastricht vor dem Deutschen Bundestag in Bonn, 13.12.1991. Dok. in: Bulletin (17.12.1991) 56, S.1155.

73 Waigel: Die Mark wird nicht geopfert, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.12.1991.

74 Ebd.

75 Theo Waigel, zit.n. Marsh, David: Der zaudernde Riese. Deutschland in Europa, München 1994, S. 170.

76 Hennes 1998, Kap. 4.3.

Zum gemeinsamen Europa besteht für die Deutschen keine Alternative. Der D-Mark-Nationalismus ist politisch nicht mehr als eine nationale Regression, die mit der Einführung des Euro als Bargeld 2002 verschwinden wird. Ist die Währungsunion erfolgreich, dürfte sich der D-Mark-Nationalismus schon bald in einen Euronationalismus übertragen, denn hinter beiden Symbolen steht das Selbstverständnis als Wohlstandsbürger. „Wenn eines Tages die europäische Währung das nationale Geld ersetzt, wird diese Währung vielleicht mehr als alles andere für Europa stehen und den Prozeß der Integration symbolisieren. Eine dauerhaft stabile und starke Währung könnte die Menschen sicher für mehr Europa öffnen. Sie könnte ihnen aufzeigen, welche Chancen die Einigung beinhaltet.“<sup>77</sup>

Vor dieser Verschiebung der Identität muß die Bundesregierung jedoch die EWWU drei Jahre lang durch eine außerordentlich kritische Phase steuern. Der „point-of-no-return“ dürfte erst Anfang 2002 überschritten werden, wenn der Austausch der nationalen Münzen und Banknoten durch die Euro-Sorten im Geldkreislauf erfolgt. Nach diesem „Big Bang“ wird eine Wiedereinführung von nationalen Währungen für die Staaten der Euro-Zone nur noch mit einer schweren Krise der europäischen Einigung und ihrer nationalen Volkswirtschaften durchzuhalten sein. Bis zum „Big Bang“ im Jahre 2002 muß der Euro seine Stabilität beweisen.

## Literatur

- Attali, Jacques: Verbatim. Bd.3: Chronique des années 1988-1991, Paris 1995.
- Augstein, Rudolf: Der gefesselte Gulliver, in: Der Spiegel (16.12.1991) 51, S.23.
- Baring, Arnulf: Scheitert Deutschland ? Abschied von unseren Wunschwelten, Stuttgart 1997.
- De Gaulle, Charles: Memoiren der Hoffnung. Die Wiedergeburt 1958-1962, Wien/ München/ Zürich 1972.
- De Weck, Roger: Ein Wechsel auf Europas Zukunft, in: Die Zeit 46 (13.12.1991) 51, S. 1.
- Dregger, Alfred: Die D-Mark ist unser Geschenk an Europa, in: Die Welt, 5.12.1991.
- Emminger, Otmar: Kontinuität und Wandel in vier Jahrzehnten deutscher Wirtschaftspolitik, in: Kurt H. Biedenkopf u.a., Kontinuität und Wandel in vier Jahrzehnten deutscher Wirtschaftspolitik. Symposium der Ludwig-Erhard-Stiftung in Bonn, 16.1.1986, Stuttgart/ New York 1986, S. 35-48.
- Erhard, Ludwig: Stabil in Wirtschaft und Währung. Regierungserklärung zur konjunkturpolitischen Lage vor dem Deutschen Bundestag in Bonn, 19.10.1955, Bonn (hekt. Ms.).
- Ders.: Deutsche Wirtschaftspolitik. Der Weg der sozialen Marktwirtschaft, Düsseldorf/ Wien 1962.
- Ders.: Die Formierte Gesellschaft, Bonn 1966.
- Europäische Kommission: Eurobarometer Nr. 35ff., Brüssel, Juni 1991 ff. (erscheint halbjährlich).

---

77 Tietmeyer 1994: S. 460.

- Frey, Gerhard: Deutschland – ein Geschenk an Paris?, in: Deutsche National-Zeitung, 17.12.1991.
- Gauweiler, Peter: Wir wollen die Mark, kein Esperanto-Geld, in: Münchener Abendzeitung, 27.1.1992.
- Genscher, Hans-Dietrich: Programm der deutschen Ratspräsidentschaft in der EG, vorgelesen vor dem Europäischen Parlament in Straßburg, 20.1.1988. Dok. in: Bulletin (22.1.1988) 99.
- Ders.: Rede vor dem Deutschen Bundestag in Bonn, 23.4.1998. Stenographische Berichte, 13.Wahlperiode, 230.Sitzung, S. 21042-21047.
- Hennes, Michael: Europas Zukunft. Währungsunion statt Politischer Union, in: Außenpolitik 47 (1997) 1, S. 33-42.
- Ders.: Europapolitische Zielkonflikte zwischen Deutschland, Frankreich und Großbritannien anlässlich der Regierungskonferenz 1996/97, Bonn 1998 (Diss.).
- Hildebrand, Klaus: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Bd.4: Von Erhard zur Großen Koalition 1963-1969, Stuttgart 1984.
- Inglehart, Ronald: Changing Value Priorities and European Integration, in: Journal of Common Market Studies 10 (1971/72) 4, S. 1-36.
- Joffe, Josef: Europe, Apple Pie and the D-Mark, in: International Herald Tribune, 1.4.1992.
- Ders.: Den Karren vor das Pferd gespannt, in: Süddeutsche Zeitung, 10.1.1998.
- Kohl, Helmut: Chancen einer säkularen Veränderung für die Sicherung der Zukunft Europas. Rede anlässlich der zweiten Beratung des Haushaltsgesetzes 1992 vor dem Deutschen Bundestag in Bonn, 27.11.1991. Dok. in: Bulletin (28.11.1991) 136.
- Ders.: Regierungserklärung zu den Ergebnissen des Europäischen Rates in Maastricht vor dem Deutschen Bundestag in Bonn, 13.12.1991. Dok. in: ebd. (17.12.1991) 56.
- Ders.: Ich wollte Deutschlands Einheit (dargestellt von Kai Diekmann und Rolf-Georg Reuth), Berlin 1996.
- Ders.: Europa vor wichtigen Entscheidungen. Rede bei der International Monetary Conference in Interlaken, 2.6.1997. Dok. in: Bulletin (25.6.1997) 54.
- Ders.: Europäische Wirtschafts- und Währungsunion – Fundament für ein stabiles Haus Europa. Rede auf der Gewerkschaftspolitischen Arbeitstagung 1998 des Deutschen Beamtensyndikats in Bad Kissingen, 12.1.1998. Dok. in: ebd. (3.2.1998) 9.
- Ders.: Weichenstellungen für das 21. Jahrhundert. Rede zur Eröffnung des World Economic Forum in Davos, 29.1.1998. Dok. in: ebd. (11.2.1998) 11.
- Köhler, Horst: Wir haben mehr erreicht, als zu Beginn der Verhandlungen zu erwarten war, in: Handelsblatt, 10.3.1992.
- Kremp, Herbert: Maastricht und die Zweifel, in: Die Welt, 21.2.1992.
- Marsh, David. Der zaudernde Riese. Deutschland in Europa, München 1994.
- Neumann, Manfred J.M.: In die Ära der Euro-Mark, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.4.1992.
- Noelle-Neumann, Elisabeth/ Piel, Edgar (Hg.): Eine Generation später. Bundesrepublik Deutschland 1953-1979, München/ New York u.a. 1983.
- Plessner, Helmuth: Die verspätete Nation. Über die politische Verführbarkeit bürgerlichen Geistes, Stuttgart 1959.
- Schäuble, Wolfgang/ Lamers, Karl/ Glos, Michael: Überlegungen zur europäischen Politik. Dok. in: Pressedienst der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Bonn, 1.9.1994.S
- Dies.: Die Europäische Währungsunion – Deutschlands Interesse und Verantwortung. Dok. in: ebd., 16.9.1997.
- Schelsky, Helmut: Die skeptische Generation. Eine Soziologie der deutschen Jugend, Düsseldorf/ Köln 1957.

- Ders.: Auf der Suche nach Wirklichkeit. Gesammelte Aufsätze, Düsseldorf/ Köln 1965.
- Schiller, Karl: Preisstabilität durch globale Steuerung der Marktwirtschaft. Walter-Eucken-Institut, Vorträge und Aufsätze Nr. 15, Tübingen 1966.
- Schwarz, Hans-Peter: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Bd.2: Die Ära Adenauer 1949-1957, Stuttgart 1981.
- Sternberger, Dolf: Verfassungspatriotismus. Schriftenreihe der niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung: „Grundfragen der Demokratie“, Folge 3, Hannover 1982.
- Stoltenberg, Gerhard: Wendepunkte. Stationen deutscher Politik 1947-1990, Berlin 1997.
- Thatcher, Margaret: The Downing Street Years, London 1993.
- Thoma, Franz: Die Mark in der Falle, in: Süddeutsche Zeitung, 14.12.1991.
- Ders.: Gefährliches Abenteuer mit dem Europa-Geld, in: ebd., 8.2.1992.
- Tietmeyer, Hans: Europäische Währungsunion und Politische Union – das Modell mehrerer Geschwindigkeiten, in: Europa-Archiv 49 (1994) 16.
- Védrine, Hubert: Les mondes de Francois Mitterrand. A l'Elysée 1981-1995, Paris 1996.
- Weidenfeld, Werner (Hg.): Die Identität der Deutschen, Bonn 1983.

# Kollektive Identitäten in der internationalen Politik

## Anmerkungen zur Konzeptualisierung eines modischen Begriffs

*Christoph Weller*

### 1 Einleitung<sup>1</sup>

Betrachtet man die internationale Politik in einem wörtlichen Sinne als eine Welt, in der (National-)Staaten miteinander interagieren, ist es nur von geringem Interesse, die Konstitution und die Bedeutung kollektiver Identitäten für die internationale Politik zu betrachten.<sup>2</sup> Wenn die Existenz von Staaten als gegeben angenommen wird, die dominanten Interessen dieser Staaten durch die anarchische Struktur des internationalen Systems bestimmt erscheinen und die kollektive Handlungsfähigkeit derjenigen Menschen, die einen solchen „Staat“ bilden, vorausgesetzt wird, stehen nicht Identitäten, sondern Interessen im Mittelpunkt der Analyse internationaler Politik. Doch die inzwischen vermehrte Aufmerksamkeit für die *soziale Konstruktion* des internationalen Systems (vgl.

- 
- 1 Dieser Beitrag ist entstanden im Teilprojekt „Kollektive Identitäten als treibende Kraft für Fragmentierung und Globalisierung im Prozeß der Entwicklung einer Weltgesellschaft“ (vgl. Weller 1997b) der an der Technischen Hochschule Darmstadt und der Universität Frankfurt a.M. angesiedelten Forschungsgruppe Weltgesellschaft. Insbesondere der TH Darmstadt ist für die materielle Unterstützung dieses Teilprojekts zu danken. Vorhergehende Fassungen dieses Textes wurden an verschiedenen Stellen präsentiert, u.a. im Instituts-Kolloquium des Instituts für Politikwissenschaft der Technischen Hochschule Darmstadt, des Instituts für Interkulturelle und Internationale Studien der Universität Bremen und beim Workshop „Kultur und Identität in den Internationalen Beziehungen“ an der Humboldt-Universität Berlin (29./30.1.1998). Für konstruktive Kritik und viele hilfreiche Kommentare danke ich den jeweiligen DiskussionsteilnehmerInnen, insbesondere aber Andrea Liese, Thomas Faist, Cornelia Ulbert und Ulrich Schneckener sowie Heidrun Abromeit, Mathias Albert, Stefan Beck, Lothar Brock, Tillmann Elliesen, Klaus-Gerd Giesen, Gunther Hellmann, Hans-Martin Jaeger, Lukas Meyer, Georg Mildenerberger, Bernhard Moltmann, Gerald Mörsberger, Bernhard Peters, Frank Schimmelfennig, Rainer Schmalz-Bruns, Hilmar Schmidt, Thomas Schmidt, Christina Schrade, Ingo Take, Alexander Wendt, Jürgen Wilzewski, Klaus Dieter Wolf, Bernhard Zangl und Michael Zürn.
  - 2 Hier und da wird zwar auch von kollektiver Identität unter Staaten gesprochen (vgl. z.B. Wendt 1994; Risse-Kappen 1994: 175f; 1995a: Ch. 8; 1995b: 509; 1996; Katzenstein 1996b: 22-26). Dieses basiert jedoch in der Regel auf einem Analogieschluß von der sozialen auf die zwischenstaatliche Ebene, der an entscheidenden Stellen unbegründet erscheint (ausführlicher dazu Weller 1999).

Wendt 1987, 1992) brachte vermehrt Identitäts-Fragen auf die Agenda der Internationalen Beziehungen. Die Identität von Staaten beeinflusse deren Verhalten in den zwischenstaatlichen Beziehungen und sei daher auch für die Bestimmung ihrer Interessen zu berücksichtigen (vgl. etwa Jepperson et al. 1996: 53). So erreichte der Begriff „Identität“ – ähnlich wie jener der „Kultur“ – in kurzer Zeit erhebliche Prominenz in den Internationalen Beziehungen (vgl. u.a. Lapid/Kratochwil 1996a; Katzenstein 1996a). Dabei kam jedoch kein ausgearbeitetes und breit anerkanntes Identitäts-Konzept zur Anwendung; vielmehr wurde der Eindruck vermittelt, Identität sei eine zusätzliche erklärende Variable für insbesondere jenes Staatenverhalten, welches mit den strukturell vorgegebenen Staatsinteressen unvereinbar erschien. Was sich dabei hinter dem Begriff „Identität“ verbirgt, kann höchst unterschiedlich sein – wie auch in anderen Disziplinen verschiedene Identitäts-Konzepte verwendet werden.

Mit den folgenden Anmerkungen zur Konzeptualisierung dieses modischen Begriffs wird zum einen der Versuch unternommen, die augenblicklichen Identitäts-Debatten in den Internationalen Beziehungen etwas zu strukturieren. Zum anderen soll eine Konzeptualisierung „kollektiver Identität“ vorgestellt werden, wie sie sich auf der Grundlage der Identitätsbegriffe bei George Herbert Mead und Erik H. Erikson für eine Analyse insbesondere weltgesellschaftlicher Entwicklungen anbieten könnte. Zuvor soll es jedoch darum gehen, die „Identitäts-Konjunktur“ in den Internationalen Beziehungen zu hinterfragen und die Vielschichtigkeit des Identitäts-Begriffs etwas aufzuhellen (Abschnitt 2), bevor auf die Identitäts-Konzepte eingegangen werden kann, die möglicherweise produktive Ausgangspunkte für die Analyse kollektiver Identitäten in der internationalen Politik und in der Weltgesellschaft sein könnten (Abschnitt 3). Welche unterschiedlichen Verständnisse von „kollektiver Identität“ sich in der aktuellen Debatte finden, wird im vierten Abschnitt skizziert, um anschließend Konzepte *nationaler* Identität daraufhin befragen zu können, ob sie dazu in der Lage sind, auch andere Formen kollektiver Identitätsbildung analytisch zu erfassen (Abschnitt 5).

Dem Beitrag liegt die These zugrunde, daß gerade der *Wandel* kollektiver Identitäten heute spezifische Beachtung verdient, weil zum einen mit dem Verschwinden des Ost-West-Konflikts eine über weite Strecken die Wahrnehmung der internationalen Politik dominierende Kategorisierung weggefallen ist, und weil außerdem durch Globalisierungsprozesse heute deutlich erweiterte Möglichkeiten für die Bildung transnationaler kollektiver Identitäten gegeben sind. Dieser internationale Strukturwandel besitzt neben seinen materiellen auch wichtige immaterielle Dimensionen, die hier mit dem Konzept der kollektiven Identitäten in den Blick genommen werden sollen. So wird im sechsten Abschnitt auf die Bedeutung nicht-nationalstaatlicher kollektiver Identitäten eingegangen; ihre Entstehungsvoraussetzungen scheinen jedoch von denen „nationaler Identität“ in einigen wichtigen Punkten abzuweichen, was die Frage nach einem geeigneten analytischen Instrumentarium zur Untersuchung neuer kollektiver Identitäten aufwirft.

Im siebten und achten Abschnitt wird dann ein aus der Sozialpsychologie entlehntes Konzept sozialer Identität in seinem Potential für eine Analyse der Entstehung und des Wandels kollektiver Identitäten sowie des internationalen Strukturwandels vorgestellt. Damit wird die Aufmerksamkeit darauf gelenkt, daß die Konstitutionsbedingungen des internationalen Systems weit über Machtpotentiale, ökonomische Abhängigkeiten, Militärallianzen und Übereinstimmung in der Herrschaftsform („Demokratischer Frieden“) hinausreichen. Hierfür werden die Theorie der Sozialen Identität und die *Self-Categorization Theory* als Mikrofundierung eines darauf aufbauenden Kozepts kollektiver Identität eingeführt. Auf dieser Basis läßt sich ein Verständnis „kollektiver Identität“ gewinnen, mit dem sich – so das Hauptargument des Beitrags – sowohl der Mechanismus erkennen läßt, unter welchen Bedingungen politisch handlungsrelevante kollektive Identitäten entstehen, als auch ein Vorschlag abgeleitet werden kann, wie sich die Kategorie „Identität“ für die Internationalen Beziehungen fruchtbar machen läßt. Dieses soll in besonderer Weise der letzte Abschnitt verdeutlichen, an dessen Ende am Beispiel der These vom „Clash of Civilizations“ auf die Frage nach den Kennzeichen internationalen Strukturwandels zurückgekommen wird.

## 2 „Identitäts-Konjunktur“

„We need to situate the debates about identity within all those historically specific developments and practices which have disturbed the relatively ‚settled‘ character of many populations and cultures“ (Hall 1996: 4). Würde diese Einschätzung von Stuart Hall auch auf die „Identitäts-Konjunktur“ in den Internationalen Beziehungen angewandt, wären die entsprechenden Beiträge zwar als interessante Gegenstände wissens- bzw. wissenschaftssoziologischer Analysen, viel weniger jedoch als Beiträge zu einer sozialwissenschaftlichen Theoriebildung zu lesen. Dabei handelt es sich heute nicht um die erste „Identitäts-Konjunktur“ (vgl. Lapid 1996: 5f.): ein Aufmischen dessen, was für einige Zeit stabil war oder zumindest erschien und nicht gleich in eine neue Ordnung zurückfand, hat immer wieder Identitäts-Fragen virulent werden lassen: Schon 1978 erklärte Hermann Bausinger den „inflationistischen Gebrauch des Wortes Identität“ mit stattfindendem Wandel, in dem „Identität“ auf Stabilisierendes verweise:

„Zweifellos ist Identität ein modischer Begriff; aber sprachliche Moden – auch solche der Wissenschaftssprache – kommen nicht von ungefähr. Von Identität ist deshalb soviel die Rede, weil Identität zum Problem geworden ist. Der Begriff verkörpert, so weit die Konnotationen im einzelnen auseinanderlaufen mögen, ein Moment von Ordnung und Sicherheit inmitten des Wechsels; und sein besonderer Reiz liegt dabei darin, daß er nicht eigentlich die Bedeutung von Starrheit oder Erstarrung vermittelt, sondern daß er verhältnismäßig elastisch etwas Bleibendes in wechselnden Konstellationen anvisiert“ (Bausinger 1978: 204).

Es ist wohl diese Elastizität des Bleibenden im Wandel, welche den Identitäts-Begriff auch für die Internationalen Beziehungen der 1990er Jahre so attraktiv macht, denn das Ende des Ost-West-Konflikts auf der einen (vgl. Lebow/Risse-Kapfen 1995; Holm/Sørensen 1995) und die sich intensivierenden weltgesellschaftlichen Entwicklungen auf der anderen Seite (vgl. Forschungsgruppe Weltgesellschaft 1996; Albert et al. 1999) brachten so viel Wandel in die internationale Politik der 1990er Jahre, daß dessen Konsequenzen, besonders in ihrem Zusammenwirken, mit den traditionellen Analyseinstrumenten der 1980er Jahre (vgl. etwa Baldwin 1993) nicht mehr ausreichend erfaßbar scheinen. Dem Staatenverhalten bestimmte dominante Interessen zugrunde zu legen, kann angesichts der Auflösung von Staaten oder ihrer sich zunehmend intensivierenden Integration, etwa in Europa, analytisch nur noch begrenzt tragfähig sein. Zudem erscheint fraglich, ob diese Staatenwelt überhaupt noch das vornehmliche Untersuchungsobjekt der Internationalen Beziehungen sein kann, wenn immer stärker auch nichtstaatliche Akteure (multinationale Konzerne, INGOs, regionale Bewegungen, ethnische Gruppen etc.) das Geschehen der internationalen Politik mitbestimmen und bei der zentralen Frage nach Krieg und Frieden schon längst ein Perspektivenwechsel stattgefunden hat, weil nicht mehr in zwischenstaatlichen, sondern in innerstaatlichen Kriegen der Großteil kollektiver Gewaltanwendung stattfindet (vgl. etwa Gantzel 1997).

Solche Zweifel an traditionellen analytischen Instrumentarien der Internationalen Beziehungen befördern auch die Abkehr vom Modell der utilitaristischen Handlungstheorie (vgl. Müller 1994). Bestimmtes staatliches und gesellschaftliches Handeln ist mit dem Konzept der Nutzenmaximierung nicht plausibel zu erklären. Werte, Normen, Rollen und Identitäten gewinnen damit an Bedeutung für differenziertere Erklärungsansätze, bis heute jedoch in starkem Maße in der Form, daß mit diesen genannten Faktoren das Zustandekommen bestimmter Präferenzen und Interessen veranschaulicht werden soll. Daß damit vor allem „Identität“ Prominenz erlangte und innerhalb kürzester Zeit gleich zum Mode-Thema wurde, hat allerdings weniger mit einem systematischen und konsistenten Forschungsprogramm zu tun als viel mehr und vor allem mit der Vieldeutigkeit des Identitäts-Begriffs. Dabei herrscht die geringste Uneinigkeit noch über die prinzipiell große Bedeutung von Identitäten für das Handeln der Akteure in der internationalen Politik – warum würde man sich auch sonst den vor allem großen methodischen Problemen von Identitäts-Analysen aussetzen?

Konkreter Ausgangspunkt – und damit Rechtfertigung, sich mit mehr als „Interessen“ zu beschäftigen – war in vielen Fällen der Befund, daß entweder das Handeln von Staaten über Zeit konstant blieb, obwohl sich die Struktur des internationalen Systems, innerhalb derer das Handeln stattfand, verändert habe (z.B. die deutsche Außenpolitik vor und nach der Vereinigung); oder daß Staaten Veränderungen beim Handeln aufwiesen, obwohl die Struktur konstant geblieben sei (z.B. die Ost- und Entspannungspolitik der Bundesre-

publik 1969/70). Beides ließ sich mit „Interessen“, die unter erheblichem Einfluß der jeweiligen Struktur gebildet wurden, nicht so recht, mit „Identitäten“ aber um so besser erklären: im ersten Fall hatte die „nationale Identität“ des Akteurs größeren Einfluß auf sein Handeln als die Struktur, und die Identität war in diesem Fall über Zeit stabil geblieben; im zweiten Fall dagegen hatte der Staat seine „nationale Identität“ verändert, was ihn trotz konstanter Struktur zu verändertem Handeln führte. Was solche nationalen Identitäten konstant sein läßt oder verändert, ist dann jeweils nur im Einzelfall zu klären.

In der Tendenz laufen viele Identitäts-Ansätze in den Internationalen Beziehungen auf eine derartige Erweiterung des Erklärungspotentials von Interessen-Ansätzen hinaus. Dies ist auch kaum zu kritisieren, wenn sich angeben läßt, wie sich solche nationalen Identitäten *unabhängig* von nachfolgendem Handeln erfassen lassen und unter welchen Bedingungen sie in der beobachteten Form entstehen bzw. sich wandeln. Doch da beginnen die Probleme vieler Identitäts-Analysen in den Internationalen Beziehungen. Große Uneinigkeit besteht nämlich bisher über die Konzeptualisierung von Identität, was vor allem die zwei Fragen betrifft: Wer ist Träger von Identität (Personen, Gruppen, Staaten, Institutionen) und wie entsteht sie bzw. was sind Ursachen ihres Wandels? Hinzu kommt, daß ganz verschiedene Faktoren offenbar Einfluß auf diese Identitäten ausüben.

Werden vor allem Staaten als die zentralen Akteure der internationalen Politik betrachtet, werden sie auch als Träger von Identität aufgefaßt. Ihre je spezifische – nationale – Identität ergäbe sich dann primär aus den Strukturen des internationalen Systems (Wendt 1992, 1994). In diesen Fällen ist die Identität der Staaten zwischen den Strukturen der internationalen Politik auf der einen und den Interessen der Staaten auf der anderen Seite angesiedelt (vgl. Jepperson et al. 1996: 53); Identitäten beeinflussen dann primär die Interessenbildung, wirken aber auch zurück auf die Strukturen des internationalen Systems.

In anderen Herangehensweisen werden dagegen eher Personen (Staatschefs, AußenministerInnen, internationale Bürokratien) zu Identitäts-Trägern, sie agieren auf dem Hintergrund bestimmter Selbstbilder, die in engem Zusammenhang mit den Institutionen stünden, die sie repräsentierten (vgl. etwa Risse-Kappen 1995a: 205; 1995b: 505; 1996: 366, 393; Chafetz et al. 1997: 174). Solcherart Identitäten würden in starkem Maße von kulturellen Normen geprägt, was dann wiederum Auswirkungen auf den Handlungsspielraum der Akteure habe. Wichtig werde dann, daß die jeweiligen Identitäten in den entsprechenden Interaktionen anerkannt bzw. bestätigt werden, weil sie sonst instabil und weniger einflußreich würden.

Werden *kollektive* Identitäten als entscheidende Form einflußreicher Identitäten ausgemacht, tritt ihr Entstehungs- und Reproduktionsprozeß in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit, denn dieser konstituiert erst die Gruppe als Trägerin kollektiver Identität. Sie basiert auf Gemeinsamkeiten, auf-

grund derer sich die Mitglieder der Gruppe von Nicht-Mitgliedern unterscheiden. Die Grenzziehung zwischen *ingroup* und *outgroup* verschafft den Gemeinsamkeiten, die „uns“ von den „anderen“ unterscheiden, besondere Bedeutung. Diese kollektive Identität wird um so einflußreicher sein, je umfassender solche Gemeinsamkeiten die *ingroup* von vielen anderen *outgroups* abgrenzen (vgl. unten Abschnitt 4).

Diese drei Herangehensweisen unterscheiden sich scheinbar klar in der Frage, wer Träger von Identität ist. Zugleich stehen die jeweiligen Identitäten jedoch in engem Bezug zu den Staaten als zentralen Akteuren der internationalen Politik, entweder als kollektive Identität eines Staatsvolks, als personale Identität staatlicher Repräsentantinnen bzw. -tanten oder als Identität eines Staates selbst. Identitäts-Analysen der Internationalen Beziehungen konzentrieren sich auf den Staat und schenken damit den *unterschiedlichen* Konstitutionsbedingungen solcher „staatlicher Identitäten“ entsprechend der drei skizzierten Herangehensweisen zu wenig Aufmerksamkeit. Unklar bleibt somit, wie sich die Identität unabhängig von den Interessen und dem Handeln, welches mit der jeweiligen Identität erklärt werden soll, untersuchen läßt. Wie kann die Identität von Staaten, von Völkern, von Regierungen, von AußenministerInnen oder Institutionen erhoben werden? Woran erkennen wir „Identität“, wenn wir sie „sehen“? Diesen Fragen wird vielfach – oder vielleicht sogar meistens – mit größtmöglicher empirischer Plausibilisierung der jeweils entscheidenden „Identität“ im Einzelfall begegnet. Doch lassen uns solche Fallstudien ziemlich ratlos, wenn man sich für die untersuchten Akteure auch andere plausible Identitäten vorstellen kann – und noch mehr, wenn mit einem Identitäts-Wandel argumentiert wird –, denn es drängt sich die zweifelnde Frage auf: Warum änderte sich genau jene Identität zu just diesem Zeitpunkt und dann gerade von P nach Q?

Gerade solche Studien, die mit einem Identitäts-Wandel argumentieren, verdeutlichen ein entscheidendes Defizit der vorliegenden IB-Identitäts-Analysen. Es liegt im Verzicht auf solche Ansätze, die Identitäten nicht nur Wirkungen zuweisen, sondern auch ihre Entstehung und ihren Wandel erfassen und erklären können. Der Inflation von Identitätskonzepten in den Internationalen Beziehungen korrespondiert ein gehöriges Desinteresse an den diese Identitäten konstituierenden Faktoren. Anders ausgedrückt: Aus den oben skizzierten Gründen avanciert Identität zur heißgeliebten unabhängigen – erklärenden – Variable; als abhängige – zu erklärende – Variable bleibt sie für die Politikwissenschaft nur äußerst schwer greifbar. Sie steht damit jedoch in der Gefahr, alleine für Ad-hoc-Erklärungen von Einzelfällen herangezogen zu werden, ohne daß sich daraus ein konsistentes Forschungsprogramm entwickeln könnte.

Durch die Uneinheitlichkeit in der Begriffsverwendung, insbesondere was die Träger von Identität angeht, fehlt auch der theoretische Ausgangspunkt für Identitäts-Analysen in den Internationalen Beziehungen. Die besondere Aufmerksamkeit für Staaten müßte eigentlich kollektive Identitäten

in den Mittelpunkt rücken, denn auf ihnen basiert die Handlungsfähigkeit von Kollektiven und damit auch von Staaten. Stattdessen wird staatliche Identität entweder ihren RepräsentantInnen zugewiesen oder der Staat reifiziert, um ihn selbst mit einer personalen Identität auszustatten. Und alle drei Herangehensweisen operieren häufig mit dem Begriff „nationale Identität“, was dazu beiträgt, Konzepte personaler und kollektiver Identität unklar miteinander zu vermischen (vgl. ausführlicher dazu Weller 1999). So kann nicht verwundern, daß Spötter – nicht ganz zu unrecht – alles Reden und Schreiben von Identität als Nachwanderung vor Erfindung der Fackel identifizieren:

„Was könnte ‚kollektive‘ beziehungsweise ‚nationale Identität‘ bedeuten? Wo von ihr die Rede ist, bleibt alles finster. Wer stiftet sie wem, wie und wozu? Niemand vermochte bislang darzutun, wie das funktioniert, aber viele reden davon. Frei nach Nestroy: Was keiner versteht, ist ‚kollektive Identität‘.“<sup>3</sup>

So mehr oder weniger treffend der Reim den gegenwärtigen Stand der Diskussion auch charakterisieren mag, ist doch kaum zu übersehen, daß der Begriff „Identität“ für unterschiedliche Fragestellungen ein erhebliches analytisches Potential zu besitzen scheint; ein völlig inhaltsleerer Begriff würde wohl kaum solch inflationäre Verwendung und Prominenz erzielen können. Doch scheint genau so offensichtlich, daß verschiedene Identitäts-Konzepte klar voneinander getrennt werden sollten, um größere konzeptionelle Klarheit zu gewinnen und deren analytisches Potential auch für die Internationalen Beziehungen nutzen zu können.

### 3 Identitäts-Begriffe und -Konzepte

„Identität“ kommt in der Politikwissenschaft vornehmlich als „kollektive Identität“ eine Bedeutung zu (vgl. Gerdes 1989: 348), sieht man von der „Identitätstheorie der Demokratie“ einmal ab, wo „Identität“ die „Bezeichnung für das Einssein von Gesetzgeber und Gesetzesausführenden oder von Herrschenden und Beherrschten“ (Schmidt 1995: 409) ist. Die weitere Suche nach lexikalischer Unterstützung liefert zwar wortreiche Beschreibungen, wenn etwa „kollektive Identität“ definiert wird als „die zeit- und generationenübergreifende Beständigkeit von Institutionen, Symbolen, Werthaltungen und Zielen einer Gruppe oder staatlich verfaßten Gesellschaft, wie sie z.B. im ‚Nationalbewußtsein‘ präsent gehalten wird“ (Holtmann 1991: 237; ähnlich Gerdes 1989: 348). Aber solche Aufzählungen spiegeln eher die heterogene

---

3 Rudolf Walther: Was ist „nationale Identität“?, in: Die Zeit 33, 12.8.1994: 28; ähnlich schon Marquard (1979: 347), Bausinger (1978: 204) und Henrich (1979: 133), der den „sehr hohen Grad an Dunkelheit und Problemverwirrung, welche gegenwärtig den Gebrauch des Identitätsbegriffes kennzeichnen, – ganz besonders in den Sozialwissenschaften“ – beklagt.

reale Begriffsverwendung wider, als daß sie eine Hilfe zur terminologischen Klärung und konzeptionellen Differenzierung sein könnten. Ebenso wenig kann der Analogieschluß von der personalen auf die kollektive Identität zum Begriffsverständnis beitragen,<sup>4</sup> er befördert im Gegenteil die oben dargestellte konzeptionelle Verwirrung, denn im Falle kollektiver Identität findet die Interaktion zur Konstitution der Identität vornehmlich innerhalb des Kollektivs statt, der Träger der Identität interagiert mit sich selbst, während die Entstehung personaler Identität auf den Austausch des Individuums mit anderen Identitäts-Trägern angewiesen ist (vgl. Mead 1973: Kap. 19).<sup>5</sup> Und die historische Dimension von Identität, auf deren Bedeutung regelmäßig hingewiesen wird (vgl. Holtmann 1991: 237; Weidenfeld 1992: 377; Gerdes 1989: 348), macht zwar ein wichtiges Element jeder Identität aus, aber nur in konzeptioneller Verbindung mit Prozessen ihrer ständigen Reproduktion, die zugleich das Potential für den Identitäts-Wandel bereitstellen.

Die lateinische Herkunft des Wortes weist die „Wesenseinheit“, eine völlige Gleichheit oder Übereinstimmung als Kern des Bedeutungsfelds aus.<sup>6</sup> Somit ist Identität zunächst immer die völlige Übereinstimmung mit sich selbst, dem eigenen Wesen. Tritt man nun mit einem sozialwissenschaftlichen Anspruch an diese Kernbedeutung heran, läßt sich wohl kaum auf die Ausgangspunkte eines philosophischen Identitätsbegriffs bei Platon, Aristoteles, Leibniz und Kant rekurrieren (vgl. Henrich 1979: 137-140). „In der philosophischen Theorie ist Identität ein Prädikat, das eine besondere Funktion hat; mittels seiner wird ein einzelnes Ding oder Objekt als solches von anderen gleicher Art unterschieden“ (Henrich 1979: 135). Stattdessen bieten die Wurzeln einer sozialpsychologischen Begriffsbildung bei George Herbert Mead (1973) und Erik H. Erikson (1973) einen produktiven Ausgangspunkt auch politologischer Identitäts-Analysen. Dort wird – ganz allgemein gesprochen – mit „Identität“ eine komplexe Eigenschaft bezeichnet, die von Personen erworben wird. So verschieden also die Bedeutung des Begriffs in den beiden Kontexten ist, so offensichtlich ist gleichwohl auch das inhaltlich

---

4 „Personale und kollektive Identität ergeben sich aus einem Prozeß der Selbstdefinition. [...] Analog zur personalen Identität entsteht kollektive Identität aus Interaktion, aus Rollen und Symbolen. Kollektive Identitätsfindung bedarf der gemeinsamen Überzeugungen, Zuschreibungen und Einordnungen. Identität äußert sich in der Art und Weise, wie Menschen denken sowie in der Form der Verankerung ihrer Weltbilder und gesellschaftlichen Konstruktionen“ (Weidenfeld 1992: 376).

5 „Von kollektiven Identitäten, von lokaler oder nationaler oder ethnischer Identität wird oft in einer Weise gesprochen, die ganz und gar unklar läßt, wer denn das Subjekt dieser Begriffe, wer also mit was identisch ist. Der Verdacht ist nicht einfach von der Hand zu weisen, daß es sich dabei um einen ähnlichen Analogiekurzschluß handelt wie bei Volkspersönlichkeit und vergleichbaren Begriffen. Zumindest empfiehlt es sich, die Terminologie vorweg etwas genauer zu bestimmen“ (Bausinger 1978: 205; vgl. auch Bausinger 1986: 143).

6 Wahrig Fremdwörter-Lexikon, München 1983: 294; Duden Fremdwörterbuch, 5. Auflage 1990: 331; Der kleine Stowasser, München 1980: 215.

Verbindende (vgl. Henrich 1979: 134-137 sowie Elias 1987: 209f. und Luhmann 1990: 21). Eine „Konfusion, die wirklich heillos ist“ (Henrich 1979: 136) entsteht jedoch, wenn die Differenz zwischen diesen beiden Identitätsbegriffen nicht beachtet wird.

Identität im sozialwissenschaftlichen Sinne ist Produkt gesellschaftlichen Austauschs, sie entsteht, reproduziert und wandelt sich im sozialen Prozeß (Mead 1973: 222, 244f., 268; Erikson 1973: 124, 141, 188). Nicht das Individuum, sondern ein gesellschaftlicher Austauschprozeß ist Ausgangspunkt für die Existenz von Identität (Mead 1973: Kap. 29). Dies steht jedoch in keinem Gegensatz zu der Vorstellung, daß sich in personaler Identität gerade die Individualität einer Person ausdrückt:

„Die Tatsache, daß sich jede Identität durch den oder im Hinblick auf den gesellschaftlichen Prozeß bildet und sein individueller Ausdruck ist, [...] ist sehr leicht mit der Tatsache zu vereinbaren, daß jede einzelne Identität ihre eigene spezifische Individualität, ihre eigenen einzigartigen Merkmale hat, weil jede einzelne Identität innerhalb dieses Prozesses, während sie seine organisierten Verhaltensstrukturen spiegelt, ihre eigene und einzigartige Position innerhalb seiner formt und somit in seiner organisierten Struktur einen anderen Aspekt dieses ganzen gesellschaftlichen Verhaltensmusters spiegelt als den, der sich in der organisierten Struktur irgendeiner anderen Identität innerhalb dieses Prozesses spiegelt“ (Mead 1973: 245; vgl. auch Erikson 1973: 124).

An dieser Konzeption wird die Verknüpfung von individueller Prägung und gesellschaftlicher Konstitution und damit die Vereinbarkeit von Kontinuität durch gleichbleibende Prägung, und ständig möglichem Wandel aufgrund sozialer Veränderung besonders deutlich. Identität verweist auf das Andauernde und kann sich doch unter besonderen Umständen innerhalb kurzer Zeit erheblich wandeln, weil soziale Strukturen nur in dem Maße konstant sind, wie sie unverändert reproduziert werden.

Welchen sozialwissenschaftlichen Zugriff erlaubt uns ein solches Konzept, wenn wir daran interessiert sind, Bedeutung und Einfluß ihrer jeweiligen Identität für das Handeln von Akteuren abzuschätzen? Anhand der Frage „Wer ist Subjekt der Identifizierung?“ lassen sich zwei Möglichkeiten des Erkennens bestimmter Identitäten unterscheiden.

Zum einen läßt sich von einer (sozialen) Identität ausgehen, „die dem Individuum in einem sozialen System zugeschrieben wird, eine Kombination von Merkmalen und Rollenerwartungen, die es kenntlich, identifizierbar macht. [...] Identität wird hier als ein von außen zugeschriebener Merkmalskomplex betrachtet“ (Frey/Haußer 1987: 3), wobei also bestimmte Eigenschaften eines Individuums bezeichnet werden, die es in ihrer spezifischen Kombination von anderen unterscheidbar macht. In gleicher Weise wird häufig auch Kollektiven und sozialen Systemen, also Gruppen, Institutionen, Staaten etc., eine Identität zugeschrieben, indem Merkmale benannt werden, die als kennzeichnend für das jeweilige Kollektiv oder soziale System gelten.

Während jedoch die Identität eines Individuums entweder als Merkmalszuschreibung von außen oder – quasi von innen – als selbstreflexive Bewußtseinsleistung entstehen kann, ist die Identität von sozialen Systemen oder Kollektiven nur als von außen zugeschriebener Merkmalskomplex denkbar, „denn auch für das Mitglied ist das soziale System, das es identifiziert, nicht identisch mit ihm selbst. Das Mitglied ist höchstensfalls ein Teil davon“ (Frey/Haußer 1987: 4). Zwar können Kollektive einen diskursiven Verständigungsprozeß bezüglich ihrer Kollektiv-Identität führen, aber bei einer solchen Konzeptualisierung bliebe die sich zwangsläufig anschließende Frage unbeantwortet, welche der offensichtlich konkurrierenden Vorstellungen der Kollektiv-Identität nun das Handeln des Kollektivs bestimmt. Ohne eine Theorie darüber, wie ein Kollektiv in einer spezifischen Situation zu seiner handlungsbestimmenden Identität kommt, handelt es sich immer um Identitätszuschreibungen von außen, bei denen Subjekt und Objekt der Identifizierung verschieden sind und umstritten bleibt, welchen Anteil die jeweilige Identität an der Handlungsorientierung hat.

Zum anderen läßt sich die Frage nach dem Subjekt der Identifizierung auch so beantworten, daß der Träger der Identität *selbst* seine identitätsprägenden Merkmale zu erfassen sucht. Hierbei handelt es sich dann um einen *reflexiven Identitätsbegriff*, bei dem Objekt und Subjekt der Identifizierung die selbe Person sind, der folglich nur auf die Identität eines Individuums anwendbar ist.

„Identität wird hier als selbstreflexiver Prozeß eines Individuums verstanden. Eine Person stellt Identität über sich her, indem sie ihr Wissen, ihre Erfahrungen über sich selbst verarbeitet [...]. Es handelt sich dabei stets um Phänomene, in denen eine Person sich selbst, ihr ‚Selbst‘ bzw. Aspekte davon aus der Innenperspektive identifiziert“ (Frey/Haußer 1987: 4).

Auch diese Identität entsteht jedoch nicht im Selbstmonolog, sondern im gesellschaftlichen Prozeß, sie setzt die soziale Umwelt voraus (vgl. Mead 1973: Kap. 29), weshalb auch hier von „sozialer Identität“ die Rede ist. Vor allem aber handelt es sich um ein subjektives Konzept von Identität, welches aus der Selbst-Erfahrung resultiert, auf deren Grundlage das Individuum ein Bild von sich selbst erstellt. Diese Identität hat Auswirkungen auf das Verhalten des Individuums: es wird, um sich keinen Identitätskonflikten auszuliefern, seinem Selbst-Bild entsprechen wollen und seine sozialen Beziehungen danach ausrichten, eine *positive* soziale Identität zu entwickeln und zu erhalten. Welcher Aspekt der sozialen Identität eines Individuums in bestimmten Kontexten dominiert und damit auch handlungsbestimmend wird, darüber liefern bestimmte sozialpsychologische Theorien Hypothesen, auf die weiter unten eingegangen wird. Zunächst ist jedoch die Frage nach der Konzeptualisierung „kollektiver Identität“ aufzugreifen, die für die Internationalen Beziehungen von besonderer Relevanz ist.

#### 4 Kollektive Identität

In den Internationalen Beziehungen werden oft Staaten wie Individuen behandelt, ausgestattet mit der Fähigkeit zu rationaler Interessenbildung und im Besitz einer bestimmten Identität, die Einfluß hat, sowohl auf die Interessenbildung wie auf das staatliche Handeln (vgl. Wendt 1994; Jepperson et al. 1996). In diesem Zusammenhang wird in mißverständlicher Weise auch der Begriff „kollektive Identität“ verwendet, der dabei auf Gemeinsamkeiten *zwischen* bestimmten Staaten hinweisen soll. Es geht um die „Collective Identity Formation Among States“ (Wendt 1994: 388; vgl. auch Risse-Kappen 1995a, 1996), die einen prägenden Charakter für die zwischenstaatlichen Beziehungen haben könne. Unklar bleibt bei dieser Konzeptualisierung jedoch vor allem die *Motivation* zur kollektiven Identitätsbildung, die auf der sozialen Ebene von entscheidender Bedeutung für die inhaltliche Prägung und die handlungsbestimmende Wirkung kollektiver Identität ist,<sup>7</sup> in der gesellschaftlichen Konstruktion „Staat“ aber eigentlich keinen Platz hat.

Deutlich fundierter erweisen sich solche Konzepte kollektiver Identität, die im Zusammenhang der Nationalismus-Forschung entwickelt wurden. Sie beziehen sich zwar in den allermeisten Fällen auch auf Staaten, vor allem den Staatenbildungsprozeß, in dem eine nationale kollektive Identität im Mittelpunkt steht. Aber die Träger kollektiver Identität sind in diesem Fall nicht Staaten, sondern die Individuen, die auf der Grundlage von Gemeinsamkeiten eine Gemeinschaft bilden und ein Wir-Bewußtsein entwickeln (vgl. Estel 1994: 34). Zwar wird mit „kollektiver Identität“ vor allem auf den subjektiven Aspekt der Gemeinschaft abgehoben, doch gerade bei nationalen Identitäten spielen die objektiven Gemeinsamkeiten (Abstammung, Sprache, Kultur etc.) insofern eine bedeutende Rolle, weil sie das „Rohmaterial“ darstellen, „aus dem in entsprechenden Wissensprozessen ein Teil ausgewählt, mehr oder minder interpretativ aufbereitet und in dieser Form zum Bau der nationalen Identität verwendet wird“ (Estel 1994: 32).<sup>8</sup> So wird die Nation als Identitätsangebot für die Individuen konstruiert und mit einer Geschichte ausgestattet, aus der sich auch kollektive Ziele für die Zukunft ergeben; solches prägt die inhaltliche Ausgestaltung einer nationalen Identität.

Diesem Identitätsangebot für das Kollektiv steht auf der individuellen Ebene das Bedürfnis nach Gruppenzugehörigkeit gegenüber. Die Voraussetzung für kollektive Identität liegt bei den Individuen, die ihre soziale Identität nur darüber ausbilden können, sich selbst bestimmten Gruppen zuzuordnen und darüber auch ihr Selbstwertgefühl zu steigern. Kollektive Identität

---

7 Prominentes Beispiel für die unbegründeten Schlußfolgerungen eines unreflektierten Analogieschlusses von der sozialen auf die zwischenstaatliche Ebene ist Mercer (1995); vgl. dazu Weller (1997a, 1999).

8 Hierbei werden dann unpassende Gemeinsamkeiten ausgeblendet, passende mit Bedeutung aufgeladen und zusätzliche Gemeinsamkeiten neu erfunden (Estel 1994: 31).

basiert auf einer wertenden Unterscheidung zwischen der Gruppe, der man selbst angehört, und den anderen, die nicht zur *ingroup* gehören. Indem solche Aspekte hervorgehoben werden, bei denen der Vergleich zwischen *ingroup* und *outgroup* positiv ausfällt, kann die Gruppenzugehörigkeit auch das individuelle Selbstwertgefühl steigern. So haben kollektive Identitäten besonders durch ihre wertende Dimension große Bedeutung für die jeweilige soziale Identität von Individuen, die sich aus solchen Gruppenzugehörigkeiten ergibt (vgl. Brown 1990: 420f.).

Geht man von diesem individuellen Bedürfnis nach Gruppenzugehörigkeit aus (siehe ausführlicher dazu unten, Abschnitt 7), stellt sich die Frage, warum gerade nationale Identität die wichtigste Form kollektiver Identitätsbildung darstellt. Und diese Frage scheint in gleich dreierlei Hinsicht von großer Bedeutung für die politologische Analyse kollektiver Identitäten zu sein: Unter *normativem* Blickwinkel sollte den Gefahren des Nationalismus dadurch ausgewichen werden, daß nicht ethnische Zugehörigkeit, sondern der politische Wille der StaatsbürgerInnen Grundlage nationaler Identität sein solle (vgl. Habermas 1994); im Begriff der „Staatsbürgernation“ konnten sich scheinbar normatives Ideal und empirischer Befund aufeinander zubewegen (vgl. Richter 1994). In *konzeptioneller* Hinsicht ist nationale Identität ein Sonderfall kollektiver Identitätsbildung, denn ihr liegen immer auch Interessen zugrunde, welche eng mit einer Herrschafts-Dimension verknüpft sind (siehe dazu unten, Abschnitt 5). Und *empirisch* läßt sich beobachten, daß sich mit einer zurückgehenden Bedeutung nationalstaatlicher Identitäten im Zuge der Entwicklung einer Weltgesellschaft vermehrt neue transnationale Identitäten herausbilden können (z.B. internationale Umweltbewegung), die das Geschehen der internationalen Politik beeinflussen. Aus diesen drei Gründen erscheint es notwendig, für die Internationalen Beziehungen ein Konzept kollektiver Identitäten zu entwickeln, welches weder durch den Wunsch nach der „guten Nation“ (vgl. Richter 1994) normativ aufgeladen wird, noch auf staatlich verfaßte oder national begründete Kollektive festgelegt ist. Den theoretischen Grundlagen einer solchen Konzeptualisierung wendet sich der letzte Teil dieses Beitrages zu; zunächst ist jedoch zu verdeutlichen, welche Einsichten sich aus den vorliegenden Analysen nationaler Identitäten gewinnen lassen, aus welchen konzeptionellen Gründen sich aber für die Analyse kollektiver Identitäten in der internationalen Politik nur bedingt an diese Forschung anknüpfen läßt.

## 5 Nationale Identität

Es scheint heute weitgehend anerkannt zu sein, daß nationale Identität nicht das unveränderliche Wesen einer Nation bezeichnet, sondern das Selbstbild einer Gemeinschaft, welches diese vornehmlich in diskursiven Prozessen er-

zeugt und vermittelt (vgl. Wodak et al. 1998: 61). Besonders Benedict Anderson (1993) hat auf diesen Konstruktionsaspekt aufmerksam gemacht, wenn er davon ausgeht, daß „Nation-Sein – und gleichermaßen Nationalismus kulturelle Produkte einer besonderen Art sind“ (Anderson 1993: 14). Nationen sind danach „vorgestellte Gemeinschaften“, „kulturelle Kunstprodukte“, „weil die Mitglieder selbst der kleinsten Nation die meisten anderen niemals kennen, ihnen begegnen oder auch nur von ihnen hören werden, aber im Kopf eines jeden die Vorstellung ihrer Gemeinschaft existiert“ (Anderson 1993: 15). Es handelt sich nach seinem Konzept also um eine gesellschaftliche Konstruktion von Zusammengehörigkeit und Ausgrenzung – „die Nation wird als *begrenzt* vorgestellt“ (Anderson 1993: 16, Hervorh. dort) –, bei der das, was „Nation“ ausmacht, unterschiedlich sein kann.<sup>9</sup>

„Die Nation ist zunächst eine gedachte Ordnung, eine kulturell definierte Vorstellung, die eine Kollektivität von Menschen als eine Einheit bestimmt. Welcher Art diese Einheit sein soll, ergibt sich aus den Kriterien für die Bestimmung der nationalen Kollektivität in der Ordnungsvorstellung der Nation. [...] Je nach den Kriterien und ihrer Mischung ergeben sich unterschiedliche Kollektivitäten von Menschen, die untereinander einen nationalen Solidaritätsverband formen sollen. Die Eigenschaften, die in einer gedachten Ordnung der Nation Geltung gewinnen, begründen also unterschiedliche Arten von Nationen“ (Lepsius 1990: 232).

Doch auch wenn der Konstruktionscharakter nationaler Identität, die „gedachte Ordnung der Nation“ gegenüber objektivistischen Auffassungen, die auf substantielle Gemeinsamkeiten unter den Mitgliedern der nationalen Gemeinschaft verweisen, heute stark hervorgehoben wird, wird bei solchen Konstruktionen nationaler Identität doch immer vorausgesetzt, daß es diese Gemeinsamkeiten schon gibt.<sup>10</sup> Die diskursive Konstruktion nationaler Identität (Wodak et al. 1998) bedarf offenbar des Rohmaterials, welches sich zur Konstruktion nationaler Identität interpretativ aufbereiten läßt (vgl. Estel 1994: 32). Besondere Bedeutung kommt dabei einer politisch-kulturellen Elite bzw. den Intellektuellen zu (Giesen 1993), die einen entscheidenden

---

9 „Die neuere Nationalismusforschung betont zu Recht, daß die ‚Nation‘ ein Entwurf war, ein Artefakt, das auf dem Willen zum Gemeinsamen, zu Gemeinsamkeiten beruhte“ (Jeismann 1993: 14). Vgl. schon Weber (1964: 316) sowie jetzt Estel (1994). Zum Konstruktionscharakter von Identität vgl. auch Berger (1966); Waldmann/Elwert (1989); Nagel (1994); Widmann (1994).

10 „Menschen verstehen sich dann als zusammengehörig und erwarten, zumindest nach außen, ein entsprechendes Handeln, wenn zwischen ihnen für wichtig gehaltene Gemeinsamkeiten bestehen. Umgekehrt heißt das aber, daß es *ohne* solche Gemeinsamkeiten keine Gemeinschaften, keine Nationen gibt. [...] Doch kommt es bei der Konstitution bzw. der Legitimation der Nation nicht wirklich auf die Gemeinsamkeiten selbst, sondern die ihnen zugeordneten, sie interpretierenden Wissensbestände der symbolischen Kultur an. Denn offensichtlich spiegeln diese Bestände nicht einfach die fraglichen Gemeinsamkeiten, sondern bringen sie, zumindest als Zusammenhang von bestimmter Qualität, erst hervor“ (Estel 1994: 31).

Beitrag zur Konstruktion nationaler Identitäten zu leisten haben. Sie liefern den intellektuellen Entwurf, der von den Angehörigen der Gemeinschaft anerkannt werden muß und darin auch seine inhaltlichen Gestaltungsschranken findet (Estel 1994: 32f.).

Bei einem solchen Entwurf spielt die Konstruktion einer gemeinsamen Geschichte eine ebenso wichtige Rolle wie die Transformation der nationalen Identität in eine allgemeinverbindliche soziale Ordnung (Estel 1994: 44):

„Die Nation entsteht so in einem sich selbst tragenden Prozeß: Sie wird, ganz allgemein gesagt, zur Realität aufgrund eines spezifischen Wissens, das sie schafft und sie immer neu, über das an ihm orientierte Handeln hervorbringt; und sie wirkt als institutionell verfestigte Gegebenheit auf dieses Wissen bestätigend und modifizierend zurück. In diesem Sinn ist die Nation objektiv und subjektiv zugleich, sind Nation und Nationalbewußtsein dialektisch aufeinander bezogen“ (Estel 1994: 46).

Der nationalen Identität geht voraus, daß es eine gemeinsame Geschichte gibt, daß nationale Eliten das verbindende Wissen über diese Geschichte und die Intention zur Konstruktion einer nationalen Identität beisteuern und daß damit auch Institutionen einhergehen, die zur andauernden Reproduktion nationaler Identität beitragen. Zudem ist nationale Identität durch eine starke räumliche Bindung gekennzeichnet, weil sie meist in Verbindung mit der Etablierung sozialer Organisationsformen für ein bestimmtes Territorium entwickelt wird.

Die besondere Prominenz nationaler Identität als spezifischer Ausprägung kollektiver Identitätsbildung hängt außerdem mit den gesellschaftlichen Normen legitimer Gewaltanwendung zusammen. Bevor der Nationalstaat seine strukturbildende Funktion einnahm, bezogen sich die primären emotionalen Bindungen der Individuen auf andere gesellschaftliche Institutionen, waren Städte, Dörfer oder Stämme „die Objekte gemeinsamer Identifizierung, gemeinsame Objekte der Bindung individueller Valenzen“ (Elias 1970: 151). Funktional betrachtet geht es diesen Institutionen um die Abwehr physischer Bedrohung von außen. Die emotionale Bindung gründet somit besonders in der Institutionalisierung der Ver- und Gebote von Gewaltanwendung (vgl. auch Weber 1964: 312; Assmann 1993: 245; Erdheim 1992: 732):

„Wenn man untersucht, was die verschiedenen Figurationen, die auf unterschiedlichen Stufen diesen Typ emotionaler Bindung der sie bildenden Individuen an sich ziehen, miteinander gemeinsam haben, findet man zunächst einmal, daß sie alle Einheiten sind, die den Gebrauch von physischer Gewalt in den Beziehungen ihrer Angehörigen zueinander einer verhältnismäßig scharfen Kontrolle unterwerfen, während sie zugleich ihre Angehörigen auf den Gebrauch von physischer Gewalt in Beziehung zu Nichtangehörigen vorbereiten und sie in vielen Fällen dazu ermutigen“ (Elias 1970: 151).

Die Legitimation solcher, gegenüber den eigenen Gesellschaftsmitgliedern verbotenen, lebenszerstörenden Gewalt setzt die kategoriale Unterscheidung

zwischen *ingroup* und *outgroup* voraus und verfestigt sie zugleich. Wenn sich die Beziehung zu Mitgliedern einer anderen Gesellschaft in einer so grundlegenden Frage wie der der Gewaltanwendung von den Beziehungen *innerhalb* von Gesellschaften unterscheidet, muß dies zum einen in besonderer Weise die Wahrnehmungen der sozialen Welt steuern, denn eine Fehlwahrnehmung kann möglicherweise existentielle Bedeutung erlangen. Die Unterscheidung zwischen InländerInnen und AusländerInnen strukturiert somit die Wahrnehmungen der sozialen Welt in besonderem Maße. Zum zweiten ist in dieser Kategorisierung eine Wertung enthalten, indem die *outgroup* gegenüber der *ingroup* abgewertet wird, denn wie anders wäre die gegenüber Mitgliedern der *ingroup* verbotene Gewaltanwendung im Hinblick auf Mitglieder der *outgroup* zu rechtfertigen? Mit der Anerkennung dieser normativen Grundlage des Staates geht somit einher, daß die Identifikation mit dem eigenen Staat immer eine positive ist, weil die *ingroup* höher bewertet wird als die *outgroup*.

## 6 Nicht-nationale kollektive Identitäten

Die Voraussetzungen für die dominante Bedeutung nationalstaatlicher kollektiver Identitäten sind teilweise im Schwinden begriffen. Zum einen wurde das oben beschriebene Staatsverständnis, aus dem die Abwertung aller AusländerInnen resultiert, erheblich relativiert, sowohl durch die Erfahrungen grenzüberschreitenden Austauschs und internationaler Interdependenz als auch durch internationale Vereinbarungen und Normen, speziell das in der UNO-Charta niedergelegte Gewaltverbot in den internationalen Beziehungen. Innerstaatliche Normen wurden so auf die inter- und transnationalen Beziehungen übertragen, und die wachsende Bedeutung gesellschaftlicher Akteure in der internationalen Politik läßt die Bedeutung von Grenzen und damit die soziale Kategorisierung aufgrund der Staatszugehörigkeit sinken.

Im Zuge der Globalisierung haben zum anderen die grenzüberschreitenden Austauschbeziehungen erheblich zugenommen, transnationale Beziehungen stellen einen wachsenden Anteil gesellschaftlicher Austauschprozesse dar, so daß zunehmend auch andere als nationale Differenzwahrnehmungen prägend werden. Durch das Ende des Ost-West-Konflikts ist zudem ein Kategorisierungsmuster verschwunden, welches für 40 Jahre die Wahrnehmungen der internationalen Politik dominiert hatte. Damit sind heute viele neue Differenzverfahren und -wahrnehmungen möglich, die auch zu vielfältigen neuen kollektiven Identitäten führen. So entstehen etwa vielerorts verstärkt regionale kollektive Identitäten, welche eine nicht unerhebliche Herausforderung mancher Staaten darstellen. In anderen Fällen bilden sich ethnisch geprägte kollektive Identitäten, die in Konkurrenz zu jener Identität treten, welche der Staat seinen Angehörigen zu bieten hat. Andererseits bil-

den sich auch vermehrt transnationale kollektive Identitäten heraus, etwa bei UmweltschützerInnen, die auf der Grundlage einer internationalen Vernetzung und Kontaktpflege im Ökologiebereich eine klare Differenz zu Wirtschaftsinteressen, die an einer ungehinderten Ausbeutung der natürlichen Ressourcen interessiert sind, wahrnehmen.

Nicht nur die Machtverhältnisse, auch die dominanten kollektiven Identitäten haben sich mit dem Ende des Ost-West-Konflikts gewandelt. Neben nationalstaatlichen kollektiven Identitäten – und diese vielfach in den Hintergrund drängend – waren vor 1989 zwei kollektive Identitäten vielfach politisch handlungsbestimmend: die des Westens und die des Ostens. Entlang der Grenzen zwischen den Blöcken wurde kategorisiert und zwischen *ingroup* und *outgroup* unterschieden. Die völlig überspitzten Gewaltdrohungen der Blöcke gegeneinander schienen gerechtfertigt, da mit der Kategorisierung die Abwertung der *outgroup* einhergeht. Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts verloren jedoch die Kategorien „West“ und „Ost“ und damit auch die entsprechenden kollektiven Identitäten ihre Bedeutung. Damit war zunächst völlig offen, anhand welcher neuen Kategorien nun das Geschehen der internationalen Politik wahrgenommen und welche kollektiven Identitäten nun politisch handlungsbestimmend werden würden. Die Antwort ist insbesondere deshalb schwer zu geben, weil die sozialen Austauschprozesse sich hinter der Fassade des Ost-West-Konflikts regional sehr unterschiedlich entwickelt haben. So kam es an zahlreichen Orten zu separatistischen Bewegungen, andernorts kam die nationale kollektive Identität zu erneuter Dominanz; in allen Fällen wurde dabei jedoch eine Grenzziehung vorgenommen, die zuvor von untergeordneter Bedeutung gewesen war, die aber jetzt sowohl einer bestimmten *ingroup* zu erhöhter politischer Bedeutung verhalf und zugleich die Abwertung einer *outgroup* mit sich brachte, nicht selten mit der Konsequenz verstärkter Gewaltbereitschaft oder sogar Anwendung. Neue Kategorisierungen bei der Wahrnehmung politischer Entwicklungen hatten zu kollektiven Identitäten geführt, die für die internationalen Beziehungen handlungsrelevant wurden.

Doch was sind die Entstehungsbedingungen für politisch handlungsrelevante kollektive Identitäten? Vertraute man in dieser Frage auf die politische Publizistik, führte jede Gemeinsamkeit einer Gruppe sogleich zur kollektiven Identität. Aus einer solchen Außenzuschreibung läßt sich jedoch kein systematischer Zusammenhang entwickeln, denn welche von unendlich vielen möglichen Gemeinsamkeiten zwischen Menschen läßt eine politisch handlungsrelevante kollektive Identität entstehen? Nach ihren Konstitutionsbedingungen ist zu fragen, will man sich sozialwissenschaftlich auf dieses Thema einlassen, denn andernfalls wird „Identität“ leicht zur alles erfassenden – und damit nichts erklärenden – Kategorie. Wäre „Identität“ allein ein Verweis auf irgendeine Gemeinsamkeit eines Kollektivs jedweder Größe, hätte der Begriff keinen wissenschaftlichen Wert; ausgedrückt in einer weiteren Variation frei nach Nestroy, aber reimlos: Was nichts erklärt, ist kollekti-

ve Identität. Denn haben die Bayern nicht auch so manches gemeinsam? Warum haben sie dann bis heute keine so starke regionale Identität herausgebildet, daß sie wohl besser aus der BRD austreten sollten? Auch die Europäer haben Gemeinsamkeiten und mancherorts ist ja auch schon die Rede von der „europäischen Identität“<sup>11</sup> – aber warum bildet sie sich hier und da heraus, und da und hier auch wieder nicht? Und würde nicht die Herausbildung einer globalen Identität – denn wir GlobusbewohnerInnen haben doch auch irgendwie Gemeinsamkeiten – die beste Voraussetzung dafür bieten, daß Kriege zwischen Nationen aufhören und die Menschheit sich den globalen Herausforderungen ökologischer und ökonomischer Art gewachsen zeigen könnte? Gemeinsamkeiten reichen offenbar nicht aus. Mit einem Identitätsbegriff, der auf die reflexive Dimension verzichtet, lassen sich zwar beliebig Identitäten von außen zuschreiben, aber weder über ihre Entstehung noch über ihre Wirksamkeit lassen sich verallgemeinerbare Aussagen machen. An diesem Punkt scheint es mir weiterführend, auf eine Theorie der Identität zurückzugreifen, die in der Sozialpsychologie entwickelt wurde. Sie basiert auf einem reflexiven Identitätskonzept und macht primär Aussagen zur Entstehung sozialer Identität von Individuen. Dies könnte jedoch auch als Grundlage dienen für ein Konzept kollektiver Identitäten, ihrer Herausbildung, Stärke und politischen Wirksamkeit, sogar im Hinblick auf die internationale Politik.

## 7 Theorie der sozialen Identität

Das menschliche Bedürfnis nach einem positiven Selbstbild ist der grundlegende Motivationshintergrund für die Bewertung sozialer Kategorien, zu denen man sich selbst zugehörig fühlt. Die Mitgliedschaft in „Gruppen“<sup>12</sup> bestimmt in der individuellen Selbstwahrnehmung den Platz des Individuums in der Gesellschaft, woraus die soziale Identität des Individuums resultiert. Sie enthält diejenigen Aspekte des individuellen Selbstbildes, die sich aus den Gruppenmitgliedschaften ergeben. Um sich in der sozialen Umwelt orientieren zu können, müssen wir mit Hilfe sozialer Kategorien definieren, wer wir sind.

„Wir klassifizieren nicht nur andere als Mitglieder dieser oder jener Gruppe, sondern wir weisen auch *uns selbst* einen Platz in Beziehungen zu eben diesen Gruppen zu. Unser Gefühl der Identität ist mit anderen Worten eng verbunden

---

11 Auf der Grundlage der Auswertung repräsentativer Bevölkerungsumfragen in den EG-Mitgliedstaaten können Fuchs et al. (1993b: 396) „zumindest Ansätze einer europäischen Identitätsbildung“ erkennen. Vgl. auch Fuchs et al. (1993a).

12 Der Begriff „Gruppe“ wird in diesem Zusammenhang ganz offen und damit synonym zu „Kollektiv“ gebraucht.

mit unseren verschiedenen Gruppenmitgliedschaften“ (Brown 1990: 420, Hervorh. dort).

Indem Menschen auf diese Weise eine soziale Identität ausbilden, erhalten Kategorisierungen, die bei der Wahrnehmung der sozialen Welt vorgenommen werden, eine besondere Bedeutung: sie bilden die Grenze zwischen *ingroup* und *outgroup*, wobei unter den Mitgliedern der *ingroup* dann ein Zusammengehörigkeitsgefühl entsteht,<sup>13</sup> wenn sie in einer bestimmten Situation in übereinstimmender Weise die soziale Welt so kategorisieren, daß sie sich jeweils individuell als Mitglieder dieser Gruppe wahrnehmen.<sup>14</sup> Damit erfährt eine bestimmte soziale Identität dominante Bedeutung für die Mitglieder eines Kollektivs, was sich als „kollektive Identität“ bezeichnen läßt. Dabei ist jedoch zu betonen, daß hiermit nicht Kollektiven eine Identität zugeschrieben wird, sondern auf der Grundlage eines reflexiven, auf Individuen bezogenen Identitäts-Begriffs dann von „kollektiver Identität“ die Rede sein soll, wenn sich die Mitglieder eines Kollektivs – jeweils individuell – dominant als Mitglieder genau dieses Kollektivs wahrnehmen.<sup>15</sup>

Prämisse der Theorie der sozialen Identität ist die bei jeder menschlichen Wahrnehmung vorgenommene Kategorisierung: auf der Grundlage von Ähnlichkeiten und Unterschieden werden die Objekte der Wahrnehmung in gleiche oder verschiedene Kategorien gruppiert; hierzu zwingt schon allein die kognitive Ökonomie, da wir anders nicht in der Lage sind, mit der unendlichen Vielfalt der wahrgenommenen Reize klarzukommen. Die dabei vorgenommene Ordnung dient jedoch nicht nur der Orientierung, sondern auch der Strukturierung der Welt nach Kategorien und der sozialen Welt nach Gruppen, anhand derer jeder/m einzelnen eine Antwort auf die Frage „Wer bin ich?“ ermöglicht wird.

„Social categorization allows the perceiver to ‚structure the causal understanding of the social environment‘ as a guide to action. Importantly, it also provides a system of orientation for *self-reference*, creating and defining the individual’s place in society“ (Oakes et al. 1994: 81, Hervorh. dort).

Diese Vorstellung geht letztlich zurück auf die Konzeptualisierung sozialer Identität bei Mead (1973: 266), „welche die Identität des Einzelnen aus dem gesellschaftlichen Prozeß ableitet“. Der einzelne Mensch kann seine Identität nur herausbilden und wahrnehmen in sozialen Kontakten, weshalb von „so-

13 Hier lassen sich Ähnlichkeiten mit dem Konzept der „Wir-Gruppen“ erkennen; vgl. hierzu Elwert (1989) und Leggewie (1994: 53).

14 Mit dieser Form sozialer Kategorisierung unmittelbar verbunden ist die Fremdgruppenabwertung, um aus der relativen Überlegenheit der eigenen Gruppe eine positive soziale Identität abzuleiten, von der das individuelle Selbstwertgefühl zu profitieren vermag (vgl. Tajfel/Turner 1986; Weller 1992; Oakes et al. 1994).

15 An dieser Stelle handelt es sich letztlich um eine Mikro-Fundierung eines das Handeln in Kollektiven entscheidend beeinflussenden Faktors, der hier als „kollektive Identität“ konzeptualisiert wird.

zialer Identität“ die Rede ist. Diese soziale Identität beinhaltet dann diejenigen Aspekte des Selbstbildes eines Individuums, die sich aus den sozialen Kategorien ergeben, zu welchen es sich zugehörig wahrnimmt (Tajfel/Turner 1986: 16). Dieser Wahrnehmung geht die Strukturierung der sozialen Welt anhand von Kategorien voraus, die kontextabhängig sind. Die Entstehung kollektiver Identität setzt somit voraus, daß die Wahrnehmung der sozialen Welt für die Mitglieder eines Kollektivs durch eine bestimmte Kategorisierung geprägt wird, die von großer Bedeutung für die soziale Identität der einzelnen ist.

Beispielhaft läßt sich dieser Vorgang kollektiver Identitätsbildung am besten an einer Konfliktsituation verdeutlichen: Kommt es etwa bei einer Demonstration zur Konfrontation mit der Staatsgewalt, wird die Wahrnehmung der Beteiligten geprägt durch die Unterscheidung zwischen PolizistInnen und DemonstrantInnen. Dies wird zweifellos die dominierende Kategorisierung sein, auf deren Grundlage die Mitglieder beider Gruppen ihre jeweilige soziale Identität bilden: Für die PolizistInnen steht in dieser Situation nicht ihre möglicherweise vorhandene Übereinstimmung mit den inhaltlichen Zielen der Demonstration im Vordergrund, sondern ihre soziale Identität als Angehörige des Staatsapparates. Diese Selbstwahrnehmung resultiert aus der die Situation für alle Beteiligten dominierenden Kategorisierung, was zu einem Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen den Mitgliedern der jeweiligen *ingroup* führt. Indem so für alle PolizistInnen die soziale Identität, Angehörige der Polizei zu sein, dominiert, bildet sich eine kollektive Identität heraus, die zweifellos in entscheidender Weise das Handeln jeder und jedes einzelnen entscheidend beeinflußt, weil damit weniger die individuelle Nutzenmaximierung, als vielmehr die kollektive Identität als gefühlte Zusammengehörigkeit innerhalb der eigenen *ingroup* die Handlungsmaxime sein wird; gleiches gilt für die DemonstrantInnen.

Allein zur besseren Veranschaulichung, wie die Wahrnehmungen der sozialen Welt durch eine bestimmte Kategorisierung geprägt werden, wurde hier auf eine Konfliktsituation zurückgegriffen; auch ohne einen solchen unmittelbaren Konflikt können kollektive Identitäten entstehen, denn bei allen Wahrnehmungen der sozialen Welt müssen Kategorisierungen vorgenommen werden. Jedoch sind dann differenzierte Aussagen darüber erforderlich, auf der Grundlage welcher Kategorisierungen die Wahrnehmungen der sozialen Welt strukturiert werden und welche Reichweite die daraus resultierenden kollektiven Identitäten haben, d.h. an welchen Grenzen die Trennung zwischen *ingroup* und *outgroup* vorgenommen wird. Sie lassen sich aus dem im Rahmen der *Self-Categorization Theory* entwickelten Meta-Kontrast-Prinzip ableiten.

## 8 Self-Categorization Theory

Die *Self-Categorization Theory* basiert auf den Erkenntnissen der Theorie der sozialen Identität, stellt aber in gewisser Weise eine Weiterentwicklung dar (vgl. Turner 1987; Oakes et al. 1994) und will damit vor allem den Zusammenhang aufhellen zwischen dem kognitiven Prozeß der Kategorisierung und der Realität von Gruppen. Die Grundannahme der Theorie besteht darin, daß die Bildung sozialer Identität auf einer Selbst-Kategorisierung beruht. Dies bedeutet, daß bei der Selbstwahrnehmung und der damit verbundenen Kategorisierung der sozialen Welt das Individuum sich selbst in einer ganz bestimmten Dimension als identisch mit anderen wahrnimmt, jeweils im Gegensatz zu denen, die bei der in dieser Dimension vorgenommenen Kategorisierung als *anders* wahrgenommen werden. Selbst-Kategorisierung kann also auf unterschiedlichsten Abstraktionsebenen (in unterschiedlichen Dimensionen/Kategorien) vorgenommen werden und die gewählte Dimension ist kontextabhängig. Im Kontext der Evaluation universitärer Lehrveranstaltungen wird man sich beispielsweise als Lehrende(r) wahrnehmen – in Abgrenzung zu den Studierenden –, während man sich im Zusammenhang einer Resolution gegen Mittelkürzungen im Bildungsbereich zusammen mit den Studierenden vor allem als Universitäts-Angehörige(r) sieht. Steht dagegen die Kürzung der Entwicklungshilfe zur Debatte, wird bei Menschen, die sich für globale Gerechtigkeit und internationale Solidarität einsetzen, eine transnationale Identität aktiviert, die zwischen BefürworterInnen und GegnerInnen von Entwicklungshilfe unterscheidet, während im Falle des olympischen Medaillenspiegels die nationalstaatliche kollektive Identität dominieren dürfte.

An diesen Beispielen soll gleichzeitig deutlich werden, daß soziale Situationen jeweils bestimmte Kategorisierungen anbieten, nach denen die Wahrnehmungen strukturiert und damit auch die Selbstwahrnehmung vorgenommen wird. Doch sind die Kategorisierungen, die der soziale Kontext anbietet, nur eine von zwei Determinanten, welche die Selbstwahrnehmung bestimmen. Der entscheidende Beitrag der *Self-Categorization Theory* besteht darin, eine theoretische Erklärung dafür zu liefern, anhand welcher Kriterien darüber entschieden wird, welche der sich bietenden Dimensionen zur Kategorisierung – und damit zur Bildung sozialer Identität – vorgenommen wird:

„This point is formalized in the principle of *meta-contrast*, which is so called because it involves a contrast between contrasts, a judgement of difference between differences. The meta-contrast principle predicts that a given set of items is more likely to be categorized as a single entity to the degree that differences within that set of items are less than the differences between that set and others within the comparative context“ (Oakes et al. 1994: 95f., Hervorh. dort).

Die Entscheidung über die vorgenommene Kategorisierung basiert also auf dem Vergleich der Unterschiede innerhalb mit den Unterschieden zwischen den potentiellen Kategorien. Von den Kategorisierungen, welche der soziale

Kontext anbietet, wird folglich diejenige zur Bildung sozialer Identität herangezogen, die beim Vergleich der Differenzen (*meta-contrast*) die größte Verschiedenheit zwischen den Mitgliedern der *ingroup* zu denen der *outgroup* ergibt. Dabei ist es, gerade in einem persönlichen, überschaubaren Kontext, durchaus möglich, daß man sich selbst weniger in sozialen Kategorien, sondern vor allem in seiner Individualität wahrnimmt, die soziale Identität also von geringer Bedeutung für die Selbstwahrnehmung ist.

„[But] following the meta-contrast principle, *social* categorization of the self and others becomes more likely as intergroup differences increase and intragroup, interpersonal differences decrease“ (Oakes et al. 1994: 99, Hervorh. dort).

Je größer der wahrgenommene soziale Raum ist, desto stärker ist man darauf angewiesen, Kategorisierungen vorzunehmen, durch welche die Unterschiede *zwischen* den Gruppen deutlicher erscheinen, während *innerhalb* von Gruppen die Ähnlichkeiten betont werden. Damit gewinnt die soziale Identität vor allem bei der Wahrnehmung der internationalen Politik an Bedeutung. Und Resultat sozialer Kategorisierung ist die Entpersonalisierung der Selbstwahrnehmung und des Verhaltens: „Most importantly, self-categorization theory proposes that it is this process of depersonalization that makes group behaviour possible and produces its emergent, irreducible properties“ (Oakes et al. 1994: 100). Kollektive Identität entsteht immer dann, wenn die Mitglieder eines Kollektivs sich selbst primär als Mitglied dieses Kollektivs wahrnehmen und damit eine Entpersonalisierung sowohl der Wahrnehmung als auch des Verhaltens stattfindet.

Kollektive Identitäten basieren also auf den bei der Wahrnehmung der sozialen Welt vorgenommenen Kategorisierungen, durch welche Individuen sich selbst einen bestimmten Platz in der sozialen Welt zuweisen. Wenn bei dieser Wahrnehmung Staaten und nationalstaatliche Zugehörigkeit das Bild der internationalen Politik dominieren, werden vor allem nationalstaatliche kollektive Identitäten in der internationalen Politik handlungsleitend sein. Wenn dagegen eine globale Konfliktformation wie der Ost-West-Konflikt wahrnehmungsbestimmend wirkt, treten nationalstaatliche Identitäten in den Hintergrund zugunsten eines *ingroup-outgroup*-Verhältnisses entlang der Block-Grenze. Und wenn die Wahrnehmungen grenzüberschreitender Politik zunehmend von transnationalen Beziehungen geprägt werden, die sich im Zuge der Globalisierung herausbilden, können sich entlang der dabei dominierenden Kategorisierungen kollektive Identitäten herausbilden, welche die politische Handlungsmöglichkeit von Nationalstaaten oder zwischenstaatlichen Institutionen einschränken.

## 9 Kollektive Identitäten in den Internationalen Beziehungen

Sind kollektive Identitäten relevant für das, was sich in der internationalen Politik abspielt, in einem Feld, von dem uns immer wieder gesagt wird, daß hier Macht und Interessen, wirtschaftlicher Einfluß und militärische Potentiale die vornehmlich bestimmenden Faktoren sind? In jüngster Zeit haben die Internationalen Beziehungen auch die „Identität“ entdeckt. Daß die schon klassisch zu nennenden drei traditionellen Denkschulen der Internationalen Beziehungen, Realismus, Pluralismus und Globalismus, „Identität“ – in welchem Verständnis auch immer – nicht unmittelbar in ihre Analysekonzepte integrieren können (vgl. Zalewski/Enloe 1995: 294-297), wird nur wenige überraschen (vgl. hierzu auch Jepperson et al. 1996: 68-72). Entsprechend wird in den verschiedenen Beiträgen vielfach analytisches Neuland betreten, um die hinter dem Begriff „Identität“ vermutete Bedeutung speziell für die Internationalen Beziehungen fruchtbar zu machen und eine diesem Gegenstandsbereich angemessene Konzeptualisierung vorzunehmen.

In diesem Zusammenhang wurde in einem Beitrag auch explizit auf die *Social Identity Theory* zurückgegriffen (Mercer 1995), dabei aber übersehen, daß gerade angesichts der Globalisierungsprozesse *intergroup* und *interstate relations* nicht gleichgesetzt werden können. An dieser, die amerikanischen Diskussionen prägenden, auf den Neorealismus hin ausgerichteten Argumentation leiden auch die Beiträge von Alexander Wendt (1992, 1994, 1995, 1996), in denen er Identität immer als ein Merkmal von Staaten auffaßt und damit keinen reflexiven Identitätsbegriff verwenden kann (vgl. ausführlicher Weller 1997a). Die hier vorgeschlagene Konzeptualisierung von „kollektiver Identität“ könnte dagegen eine Möglichkeit darstellen, die sich hinter internationalem Strukturwandel vollziehenden Veränderungen bei der Wahrnehmung der internationalen Politik mit den Handlungsmöglichkeiten kollektiver Akteure, insbesondere von Staaten zu verknüpfen. Ohne eine starke kollektive Identität sind Kollektive kaum handlungsfähig. Doch was sind die Voraussetzungen einer starken kollektiven Identität?

Drei Faktoren lassen sich identifizieren, von denen die politische Wirksamkeit kollektiver Identitäten abhängig ist: die Einheitlichkeit der Identitätsbildung innerhalb des handelnden Kollektivs, das Ausmaß alternativer Identitäten, welche über die Grenzen des Kollektivs hinwegreichen sowie die Dauerhaftigkeit der entsprechenden kollektiven Identität. Politisch handlungsbestimmend wird jene kollektive Identität sein, die schon über einen gewissen Zeitraum besteht und von deren Weiterexistenz die Handelnden ausgehen können, die für tendenziell alle Mitglieder des Kollektivs Teil der jeweiligen sozialen Identität ist und zu der keine anderen starken kollektiven Identitäten querliegen. Wird die internationale Politik über einen längeren Zeitraum von allen Mitgliedern eines Kollektivs anhand ausschließlich *einer* Kategorisierung wahrgenommen, handelt es sich um eine sehr starke kollektive Identität. Existieren hingegen verschiedene Kategorisierungen, die je

nach Themenfeld der internationalen Politik Anwendung finden und damit verschiedene Grenzen zwischen *ingroup* und *outgroups* etablieren, schwächen sich die verschiedenen kollektiven Identitäten gegenseitig ab. Allerdings ist darauf zu achten, ob nicht durch inhaltlich verschiedene Kategorisierungen immer wieder die selbe Grenzziehung zwischen *ingroup* und der gleichen *outgroup* aktiviert wird; in diesem Fall kann aus den Wahrnehmungen eine starke kollektive Identität resultieren, weil keine Überlappungen kollektiver Identitäten vorhanden sind. Daß sich verschiedene kollektive Identitäten gegenseitig abschwächen setzt voraus, daß die Grenzen zwischen *ingroup* und *outgroups* vielfach quer zueinander liegen und damit andere im einen Fall zur *outgroup*, im anderen Fall aber zur *ingroup* gehören.

Zusammenfassend soll zum Abschluß nochmal verdeutlicht werden, daß durch das Ende des Ost-West-Konflikts und die schon lange zuvor einsetzenden, aber erst nach 1989 für die Bildung grenzüberschreitender kollektiver Identitäten bedeutsam werdenden Globalisierungsprozesse eine Situation entstanden ist, in der keine Kategorisierung die Wahrnehmung der internationalen Politik in solcher Weise dominiert, daß sich heute starke kollektive Identitäten entlang einer globalen Konfliktformation herausbilden würden. Ganz im Gegenteil haben nach 1989 ethnische, sektoral-transnationale und regionale Identitäten an Bedeutung gewonnen, was etwa im Hinblick auf eine europäische Identität vielfach beklagt wird. Solange Staaten in den internationalen Beziehungen als Hüter des Gewaltverbots im Innern und Träger von Gewaltapparaten für ihre Außenbeziehungen auftreten, bleiben sie die Prototypen von Institutionen, die sich auf starke kollektive Identitäten stützen können, bleiben nationalstaatliche Identitäten weiterhin eine dominante Ausprägung kollektiver Identitätsbildung. Doch im Zuge der Entwicklung einer Weltgesellschaft verlieren Staaten zunehmend an Bedeutung für die kollektive Identitätsbildung.<sup>16</sup> Zum einen reduziert sich durch die Herausbildung von Normen und Institutionen zwischen Staaten ein für die nationalstaatliche Identität entscheidendes Kennzeichen von Staaten: die Unterscheidung von legitimer Gewalt nach außen und dem Gewaltverbot nach innen. Zum anderen wird die Wahrnehmung der internationalen Politik zunehmend durch andere Institutionen geprägt, die alternative Angebote für eine Kategorisierung und damit für die Bildung kollektiver Identitäten darstellen.

Die Bildung starker, politisch handlungsrelevanter kollektiver Identitäten läßt sich heute auf substaatlicher (Sezessionsbewegungen, Ethnizität), regionaler (z.B. Grenzregionen), transnationaler (z.B. Umweltbewegung), staatlicher (Nationalismus) und überstaatlicher Ebene (z.B. „Clash of Civiliza-

---

16 Vgl. schon die Frage von Habermas (1976: 110), „ob die Realität einer in Entstehung begriffenen Weltgesellschaft noch vereinbar ist mit einer auf Territorien bezogenen Identität“. Habermas' Überlegungen liegt jedoch ein normativer Identitäts-Begriff zugrunde, der leicht in Kollision mit der dargestellten sozialpsychologischen Theoriebildung gerät.

tions“) beobachten,<sup>17</sup> was im Vergleich zum Ost-West-Konflikt eine vielschichtige Fragmentierung der internationalen Politik bedeutet. Daraus folgt jedoch nicht zwangsläufig eine erhöhte Gefahr für den gewaltsamen Austrag von Konflikten. Nur wenn die Wahrnehmungen der internationalen Politik mit einer dominanten Kategorisierung verbunden werden und sich für die Mitglieder eines Kollektivs eine klare Grenze zwischen *ingroup* und *outgroup* ergibt, durch welche sie sich einen Platz im sozialen Zusammenhang der internationalen Politik zuweisen, ist durch die *outgroup*-Abwertung eine Gewaltneigung im Konfliktaustrag zu erwarten. Werden jedoch in verschiedenen Zusammenhängen unterschiedliche Kategorisierungen vorgenommen, so daß sich keine einheitliche kollektive Identität herausbildet, existiert keine Grundlage dafür, daß die Mitglieder einer Gruppe sich zu einem gewaltsamen Konfliktaustrag motivieren lassen. So läßt sich in der Herausbildung vielfältiger kollektiver Identitäten die Möglichkeit erkennen, der Gewalt in den internationalen Beziehungen die Basis zu entziehen. Voraussetzung hierfür ist jedoch die intensive Überlappung der vielfältigen kollektiven Identitäten. Nimmt sich die oder der einzelne in den verschiedenen Zusammenhängen der internationalen Politik als zu unterschiedlichen Gruppen zugehörig wahr, ist zu erwarten, daß die Mitglieder eines anderen Kollektivs im einen Falle zur *outgroup*, im anderen aber – zumindest teilweise – zur *ingroup* gehören. Solche überlappenden kollektiven Identitäten können sich jedoch nur dort herausbilden, wo sich die Vielfältigkeit weltgesellschaftlicher Entwicklungen auch in den Kategorisierungen bei der Wahrnehmung der internationalen Politik abbildet. Dies ist nicht überall gegeben und fehlt gerade dort, wo Konflikte existieren und durch eine kontrollierte Medienberichterstattung die Herausbildung und Aufrechterhaltung einer einzigen kollektiven Identität gezielt herbeigeführt wird. Zwar könnte die Internationalisierung der Massenmedien solchen Gefahren entgegenwirken, aber es erscheint nicht unmöglich, daß sich ähnlich dem Ost-West-Konflikt auch eine globale Konfliktformation mit starken kollektiven Identitäten herausbildet, die alle weltgesellschaftlichen Entwicklungen und sich überlappenden Bindungen in den Hintergrund drängen könnte.

Vor allem der Nord-Süd-Konflikt scheint mir eine solche Gefahr zu beinhalten. Die These Samuel Huntingtons (1993) vom „West against the rest“ steht auf schwachen Füßen (vgl. etwa die Kritik von Senghaas 1995 und Müller 1998), aber es ist nicht undenkbar, daß im Zuge der Globalisierung als einer primären „OECD-isierung“ immer stärker zwischen Nord und Süd, zwischen der reichen und der armen Welt eine Trennungslinie entsteht, an der nicht nur die Mehrzahl interessen-dominierter Handlungszusammenhänge ihre Begrenzung findet, sondern diese Trennungslinie auch für die kollek-

---

17 Vgl. auch Axtmann (1995: 93, 97) und Alonso (1995: 587): „Among the forces challenging citizenship as a primary identity are three which I shall call supranational, subnational and transnational.“

tive Identitätsbildung eine entscheidende Grenzziehung zwischen *outgroup* und *ingroup* bedeutet.<sup>18</sup> Wenn aber die Wahrnehmungen immer stärker dadurch geprägt würden, daß die internationale Politik durch den Nord-Süd-Konflikt bestimmt wird,<sup>19</sup> besteht die Gefahr, daß sich anhand dieser Kategorisierung eine starke kollektive Identität „Norden“ herausbildet. Liegen die Außengrenzen interessendominierter Handlungszusammenhänge und starker kollektiver Identitäten aufeinander und existieren nur wenige, zu dieser Grenzziehung querliegende kollektive Identitäten – etwa transnationale kollektive Identitäten auf der Grundlage internationaler Solidarität –, resultiert daraus eine deutlich erhöhte Eskalations- und Gewaltneigung des Konflikts (vgl. Weller 1995). Insofern erscheint es besonders wichtig, bei der Analyse weltgesellschaftlicher Entwicklungen das Augenmerk nicht allein auf die zunehmende Intensität und Reichweite der Globalisierung zu richten, sondern auch danach zu fragen, welche Veränderungen sich bei den kollektiven Identitäten abzeichnen. In bezug auf kollektives Handeln müssen hier vor allem die Außengrenzen starker kollektiver Identitäten interessieren, welche durch die Veränderungen internationaler Strukturen und Institutionen in einem möglicherweise grundlegenden Wandel unterworfen sind. Die empirische Analyse kollektiver Identitäten in der Weltgesellschaft hat folglich dort anzusetzen, wo in entscheidender Weise die Kategorisierungen für die Wahrnehmung der internationalen Politik bestimmt werden: in den Massenmedien.

## Literatur

- Albert, Mathias/Brock, Lothar/Wolf, Klaus Dieter (Hrsg.) 1999: *Civilizing World Politics. Society and Community Beyond the State*, Lanham, Md.
- Alonso, William 1995: *Citizenship, Nationality and Other Identities*, in: *Journal of International Affairs* 48: 2, 585-599.

- 
- 18 Senghaas (1995: 211f.) ist zuzustimmen, daß sich keine geokulturellen Konfliktkonstellationen abzeichnen und Zivilisationen per se nicht zusammenstoßen werden, aber eine „geo-materielle“ Konfliktkonstellation scheint durchaus vorstellbar, welche durch kulturelle Faktoren dann überhöht und damit zu dominanten kollektiven Identitäten – ähnlich denen des Ost-West-Konflikts – führen könnte, mit der entsprechenden Gewaltbereitschaft und Eskalationsgefahr.
- 19 Huntingtons These vom „Clash of Civilizations“ hat natürlich dazu beigetragen, daß zur Interpretation internationaler Politik auf dieses primitive Muster zurückgegriffen wird, und läßt sich somit auch als Versuch zur Bildung einer neuen kollektiven Identität des Westens verstehen, indem eine bestimmte Kategorisierung zur Wahrnehmung der internationalen Politik angeboten oder vorgegeben wird (vgl. hierzu Hummel/ Wehrhöfer 1996). Ob dieses Kategorisierungsangebot zur Herausbildung einer handlungsbestimmenden kollektiven Identität führt, läßt sich vor allem daran ablesen, inwiefern es die massenmediale Präsentation der gesamten internationalen Politik dominiert.

- Anderson, Benedict 1993: Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts, Frankfurt a.M.
- Assmann, Aleida 1993: Zum Problem der Identität aus kulturwissenschaftlicher Sicht, in: *Leviathan* 21: 2, 238-253.
- Axtmann, Roland 1995: Kulturelle Globalisierung, kollektive Identität und demokratischer Nationalstaat, in: *Leviathan* 23: 1, 87-101.
- Baldwin, David A. (Hrsg.) 1993: *Neorealism and Neoliberalism: The Contemporary Debate*, New York.
- Bausinger, Hermann 1978: Identität, in: Bausinger, Hermann/Jeggle, Utz/Korff, Gottfried/Scharfe, Martin: *Grundzüge der Volkskunde*, Darmstadt, 204-263.
- Bausinger, Hermann 1986: Kulturelle Identität – Schlagwort oder Wirklichkeit, in: Bausinger, Hermann (Hrsg.): *Ausländer – Inländer. Arbeitsmigration und kulturelle Identität*, Tübingen, 141-159.
- Berding, Helmut (Hrsg.) 1994: *Nationales Bewußtsein und kollektive Identität. Studien zur Entwicklung des kollektiven Bewußtseins in der Neuzeit 2*, Frankfurt a.M.
- Berger, Peter 1966: Identity as a Problem in the Sociology of Knowledge, in: *European Journal of Sociology* 7: 1, 32-40.
- Berger, Peter L./Luckmann, Thomas 1980: *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie*, Frankfurt a.M.
- Brock, Lothar/Albert, Mathias 1995: Entgrenzung der Staatenwelt. Zur Analyse weltgesellschaftlicher Entwicklungstendenzen, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 2: 2, 259-285.
- Brown, Rupert 1988: *Group Processes. Dynamics within and between Groups*, Oxford.
- Brown, Rupert 1990: Beziehungen zwischen Gruppen, in: Stroebe, Wolfgang/Hewstone, Miles/Codol, Jean-Paul/Stephenson, Geoffrey M. (Hrsg.): *Sozialpsychologie. Eine Einführung*, Berlin, 400-429.
- Chafetz, Glenn/Abramson, Hillel/Grillot, Suzette 1997: Culture and National Role Conceptions: Belarussian and Ukrainian Compliance with the Nuclear Nonproliferation Regime, in: Hudson, Valerie M. (Hrsg.): *Culture and Foreign Policy*, Boulder, Colo., 169-200.
- Elias, Norbert 1970: *Was ist Soziologie?*, Weinheim.
- Elias, Norbert 1987: Wandlungen der Wir-Ich-Balance, in: Ders.: *Die Gesellschaft der Individuen*, Frankfurt a.M., 207-315.
- Elwert, Georg 1989: Nationalismus und Ethnizität. Über die Bildung von Wir-Gruppen, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 41: 3, 440-464.
- Erdheim, Mario 1992: Das Eigene und das Fremde. Über ethnische Identität, in: *Psyche* 46: 8, 730-744.
- Erikson, Erik H. 1973: Das Problem der Ich-Identität, in: Ders.: *Identität und Lebenszyklus*, Frankfurt a.M., 123-212.
- Esser, Hartmut 1988: Ethnische Differenzierung und moderne Gesellschaft, in: *Zeitschrift für Soziologie* 17: 4, 235-248.
- Estel, Bernd 1994: Grundaspekte der Nation, in: Estel, Bernd/Mayer, Tilman (Hrsg.): *Das Prinzip Nation in modernen Gesellschaften. Länderdiagnosen und theoretische Perspektiven*, Opladen, 13-81.
- Forschungsgruppe Weltgesellschaft 1996: Weltgesellschaft: Identifizierung eines „Phantoms“, in: *Politische Vierteljahresschrift* 37: 1, 5-26.
- Frey, Hans-Peter/Haußer, Karl 1987: Entwicklungslinien sozialwissenschaftlicher Identitätsforschung, in: Frey, Hans-Peter/Haußer, Karl (Hrsg.): *Identität. Entwicklungen psychologischer und soziologischer Forschung*, Stuttgart, 3-26.
- Fuchs, Dieter/Gerhards, Jürgen/Roller, Edeltraud 1993a: Ethnozentrismus in den zwölf Ländern der europäischen Gemeinschaft, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 45: 2, 238-253.

- Fuchs, Dieter/Gerhards, Jürgen/Roller, Edeltraud 1993b: Ethnozentrismus und kollektive Identitätskonstruktionen im westeuropäischen Vergleich, in: Schäfers, Bernhard (Hrsg.): Lebensverhältnisse und soziale Konflikte im neuen Europa, Frankfurt a.M., 390-398.
- Gantzel, Klaus Jürgen 1997: Kriegsursachen – Tendenzen und Perspektiven, in: Ethik und Sozialwissenschaften 8: 3, 1-10.
- Gerdes, Dirk 1989: „Identität“, in: Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (Hrsg.): Politikwissenschaft. Theorien – Methoden – Begriffe, München, 348.
- Giesen, Bernhard 1993: Die Intellektuellen und die Nation. Eine deutsche Achsenzeit, Frankfurt a.M.
- Habermas, Jürgen 1976: Können komplexe Gesellschaften eine vernünftige Identität ausbilden?, in: Ders.: Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus, Frankfurt a.M., 92-126.
- Habermas, Jürgen 1994: Staatsbürgerschaft und nationale Identität, in: Ders.: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, 4. Auflage, Frankfurt a.M., 632-660.
- Hall, Stuart 1996: Introduction: Who Needs ‚Identity‘?, in: Hall, Stuart/Gay, Paul du (Hrsg.): Questions of Cultural Identity, London, 1-17.
- Henrich, Dieter 1979: „Identität“ – Begriff, Probleme, Grenzen, in: Marquard, Odo/Stierle, Karlheinz (Hrsg.): Identität, München, 133-186.
- Holm, Hans-Henrik/Sørensen, Georg (Hrsg.) 1995: Whose World Order? Uneven Globalization and the End of the Cold War, Boulder, Colo.
- Holtmann, Everhard 1991: „Identität“, in: Holtmann, Everhard (Hrsg.): Politik-Lexikon, München, 237.
- Hummel, Hartwig/Wehrhöfer, Birgit 1996: Geopolitische Identitäten. Kritik der Ethnisierung einer sich regionalisierenden Welt als paradigmatische Erweiterung der Friedensforschung, in: WeltTrends 12, 7-34.
- Huntington, Samuel P. 1993: The Clash of Civilizations?, in: Foreign Affairs 72: 3, 22-49.
- Jeismann, Michael 1993: Alter und neuer Nationalismus, in: Jeismann, Michael/Ritter, Henning (Hrsg.): Grenzfälle. Über neuen und alten Nationalismus, Leipzig, 9-26.
- Jepperson, Ronald L./Wendt, Alexander/Katzenstein, Peter J. 1996: Norms, Identity, and Culture in National Security, in: Katzenstein, Peter J. (Hrsg.): The Culture of National Security. Norms and Identity in World Politics, New York, 33-75.
- Katzenstein, Peter J. (Hrsg.) 1996a: The Culture of National Security. Norms and Identity in World Politics, New York.
- Katzenstein, Peter J. 1996b: Introduction: Alternative Perspectives on National Security, in: Katzenstein, Peter J. (Hrsg.): The Culture of National Security. Norms and Identity in World Politics, New York, 1-32.
- Lapid, Yosef 1996: Culture’s Ship: Returns and Departures in International Relations Theory, in: Lapid, Yosef/Kratochwil, Friedrich (Hrsg.): The Return of Culture and Identity in IR Theory, Boulder, Colo., 3-20.
- Lapid, Yosef/Kratochwil, Friedrich (Hrsg.) 1996a: The Return of Culture and Identity in IR Theory, Boulder, Colo.
- Lapid, Yosef/Kratochwil, Friedrich 1996b: Revisiting the „National“: Toward an Identity Agenda in Neorealism?, in: Lapid, Yosef/Kratochwil, Friedrich (Hrsg.): The Return of Culture and Identity in IR Theory, Boulder, Colo., 105-126.
- Larsen, Knud S./et al. 1993: National Identity: Group-specific or Common Stereotypes, in: Larsen, Knud S. (Hrsg.): Conflict and Social Psychology, London, 213-224.
- Lebow, Richard Ned/Risse-Kappen, Thomas (Hrsg.) 1995: International Relations Theory and the End of the Cold War, New York.

- Leggewie, Claus 1994: Ethnizität, Nationalismus und multikulturelle Gesellschaft, in: Berding, Helmut (Hrsg.): Nationales Bewußtsein und kollektive Identität. Studien zur Entwicklung des kollektiven Bewußtseins in der Neuzeit 2, Frankfurt a.M., 46-65.
- Lepsius, M. Rainer 1990: Nation und Nationalismus in Deutschland, in: Ders.: Interessen, Ideen und Institutionen, Opladen, 232-246.
- Lohauß, Peter 1995: Moderne Identität und Gesellschaft. Theorien und Kozepte, Opladen.
- Luhmann, Niklas 1990: Identität – was oder wie?, in: Ders.: Soziologische Aufklärung 5: Konstruktivistische Perspektiven, Opladen, 14-30.
- Marquard, Odo 1979: Identität: Schwundtelos und Mini-Essenz – Bemerkungen zur Genealogie einer aktuellen Diskussion, in: Marquard, Odo/Stierle, Karlheinz (Hrsg.): Identität, München, 347-370.
- Mead, George Herbert 1973: Geist, Identität und Gesellschaft aus der Sicht des Sozialbehaviorismus (Mit einer Einleitung herausgegeben von Charles W. Morris), Frankfurt a.M.
- Mercer, Jonathan 1995: Anarchy and Identity, in: International Organization 49: 2, 229-252.
- Müller, Harald 1994: Internationale Beziehungen als kommunikatives Handeln. Zur Kritik der utilitaristischen Handlungstheorien, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 1: 1, 15-44.
- Müller, Harald 1998: Das Zusammenleben der Kulturen. Ein Gegenentwurf zu Huntington, Frankfurt a.M.
- Nagel, Joane 1994: Constructing Ethnicity: Creating and Recreating Ethnic Identity and Culture, in: Social Problems 41: 1, 152-176.
- Oakes, Penelope J./Haslam, S. Alexander/Turner, John C. 1994: Stereotyping and Social Reality, Cambridge, Mass.
- Peterson, V. Spike 1993: The Politics of Identity in International Relations, in: Fletcher Forum of World Affairs 17: 2, 1-12.
- Richter, Dirk 1994: Der Mythos der „guten“ Nation. Zum theoriegeschichtlichen Hintergrund eines folgenschweren Mißverständnisses, in: Soziale Welt 45: 3, 304-321.
- Risse-Kappen, Thomas 1994: Demokratischer Frieden? Unfriedliche Demokratien? Überlegungen zu einem theoretischen Puzzle, in: Krell, Gert/Müller, Harald (Hrsg.): Frieden und Konflikt in den internationalen Beziehungen, Frankfurt a.M., 159-189.
- Risse-Kappen, Thomas 1995a: Cooperation Among Democracies. The European Influence on U.S. Foreign Policy, Princeton, N.J.
- Risse-Kappen, Thomas 1995b: Democratic Peace – Warlike Democracies? A Social Constructivist Interpretation of the Liberal Argument, in: European Journal of International Relations 1: 4, 491-517.
- Risse-Kappen, Thomas 1996: Collective Identity in a Democratic Community: The Case of NATO, in: Katzenstein, Peter J. (Hrsg.): The Culture of National Security. Norms and Identity in World Politics, New York, 357-399.
- Schmidt, Manfred G. 1995: „Identität“, in: Ders.: Wörterbuch zur Politik, Stuttgart, 409.
- Senghaas, Dieter 1995: Die Wirklichkeit der Kulturkämpfe, in: Leviathan 23: 2, 197-212.
- Smith, Anthony 1991: National Identity, London.
- Smith, Anthony D. 1992: National Identity and the Idea of European Unity, in: International Affairs 68: 1, 55-76.
- Tajfel, Henri/Turner, John C. 1986: The Social Identity Theory of Intergroup Behavior, in: Worchel, Stephen/Austin, William G. (Hrsg.): Psychology of Intergroup Relations, 2. Auflage, Chicago, Ill., 7-24.
- Taylor, Charles 1994: Was ist die Quelle kollektiver Identität?, in: Dewandre, Nicole/Lenoble, Jacques (Hrsg.): Projekt Europa. Postnationale Identität: Grundlage für eine europäische Demokratie?, Berlin, 42-46.

- Turner, John C. 1987: *Rediscovering the Social Group: A Self-Categorization Theory*, Oxford.
- Waldmann, Peter/Elwert, Georg 1989: Einleitung: Ethnizität im Wandel, in: Waldmann, Peter/Elwert, Georg (Hrsg.): *Ethnizität im Wandel*, Saarbrücken, 7-18.
- Walther, Rudolf 1994: Was ist „nationale Identität“?, in: *Die Zeit* 33, 12.8.1994, 28.
- Weber, Max 1964: *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie*, Köln.
- Weidenfeld, Werner 1992: „Identität“, in: Weidenfeld, Werner/Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.): *Handwörterbuch zur deutschen Einheit*, Frankfurt a.M., 376-383.
- Weller, Christoph 1992: Feindbilder und ihr Zerfall. Eine Analyse des Einstellungswandels gegenüber der Sowjetunion, Tübingen; auch erschienen unter dem Titel: *Feindbilder und Einstellungen – Die kognitive Erklärung, ihre Mängel und sozialpsychologische Abhilfe*, in: Wolf, Klaus Dieter (Hrsg.): *Ordnung zwischen Gewaltproduktion und Friedensstiftung*, Baden-Baden 1993, 249-291.
- Weller, Christoph 1995: Feindbilder und Krieg, in: *Berliner Debatte – Initial* 6/95, 69-78.
- Weller, Christoph 1997a: *Collective Identities in World Society: Some Theoretical and Conceptual Considerations* (World Society Research Group Working-paper No. 6), Darmstadt; erscheint jetzt in: Albert, Mathias/Brock, Lothar/Wolf, Klaus Dieter (Hrsg.): *Civilizing World Politics*, Lanham, Md.
- Weller, Christoph 1997b: *Vergemeinschaftung im Prozeß der Entwicklung einer Weltgesellschaft. Projektbericht und Studien* (Technische Hochschule Darmstadt: Projektbericht), Darmstadt.
- Weller, Christoph 1997c: *Außenpolitisches Handeln in stereotypen Schranken. Die Bedeutung kognitiver Wahrnehmungsmuster für die Bildung kollektiver Identitäten*. Vortrag beim DVPW-Kongreß im Rahmen der Ad-hoc-Gruppe „Politik und Kognition“, Bamberg, 17. Oktober 1997.
- Weller, Christoph 1998: *Bedingungen und Möglichkeiten außenpolitischen Einstellungswandels. Erklärungen des Feindbild-Zerfalls gegenüber der Sowjetunion am Ende des Ost-West-Konflikts* (Technische Universität Darmstadt: Dissertation), Darmstadt.
- Weller, Christoph 1999: *Kollektive Identitäten in der Weltgesellschaft. Nationale, transnationale und globale Identitäten im 21. Jahrhundert*, Bremen, unv. Ms.
- Wendt, Alexander 1987: *The Agent-Structure Problem in International Relations Theory*, in: *International Organization* 41: 3, 335-370.
- Wendt, Alexander 1992: *Anarchy is What States Make of It: The Social Construction of Power Politics*, in: *Internationale Organization* 46: 2, 391-425.
- Wendt, Alexander 1994: *Collective Identity Formation and the International State*, in: *American Political Science Review* 88: 2, 384-396.
- Wendt, Alexander 1995: *Constructing International Politics*, in: *International Security* 20: 1, 71-81.
- Wendt, Alexander 1996: *Identity and Structural Change in International Politics*, in: Lapid, Yosef/Kratochwil, Friedrich (Hrsg.): *The Return of Culture and Identity in IR Theory*, Boulder, Colo., 47-64.
- Widmann, Peter 1994: *Die nationale Leidenschaft: Benedict Anderson und Eric Hobsbawm über die Nation*, in: *Leviathan* 22: 2, 171-178.
- Wodak, Ruth/de Cillia, Rudolf/Reisigl, Martin/Liebhart, Karin/Hofstätter, Klaus/Kargl, Maria 1998: *Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identität*, Frankfurt a.M.
- Zalewski, Marysia/Enloe, Cynthia 1995: *Questions about Identity in International Relations*, in: Booth, Ken/Smith, Steve (Hrsg.): *International Relations Theory Today*, University Park, Penn., 279-305.

# Moralische Mörder? Einige Überlegungen zu den moralischen Selbstbildern von Holocaust-Tätern<sup>1</sup>

*Harald Welzer*

„Der lautlose Übergang“, schreibt Primo Levi, „von der Lüge zum Selbstbetrug ist nützlich: Wer auf ‚Treu und Glauben‘ lügt, lügt besser, spielt seine Rolle besser, findet leichter Glauben beim Richter, beim Historiker, beim Leser, bei Frau und Kindern.“ Eine so oder ähnlich gelagerte Perspektive liegt oftmals der klassischen Frage zugrunde, wie es um die Moral derjenigen bestellt gewesen sein mag, die als Schreibtischtäter, SS-Schergen, Wehrmachtssoldaten, KZ-Aufseherinnen oder Hilfspolizisten am Massenmord an Juden, Zigeunern, Behinderten und sonstigen „Volksschädlingen“ beteiligt waren. Stillschweigend vorausgesetzt wird dabei, daß diese Täter sich selbst hätten in irgendeiner Weise belügen müssen, um ihr Morden in den Rahmen ihres sonstigen Handelns und in ihr Selbstkonzept integrieren zu können – eine Voraussetzung, die ihnen genau betrachtet ein vorgängiges moralisches Vermögen gerade unterstellt, und zwar eines, das demjenigen verblüffend ähnlich sieht, das wir uns selbst gerne attestieren.

In einer eigentümlichen Doppelbewegung werden NS-Täter mit der berühmten Frage „Wie konnten sie nur?“ als Menschen konzipiert, die gegen ursprünglich bessere Vermögen schlecht gehandelt haben – eine Figur, die kollektiv gewendet nicht zufällig derjenigen des kurzzeitig vom rechten Wege abgekommenen Volkes der Dichter und Denker entspricht. Wie aber, wenn die Täter nicht wider eine bessere Moral, sondern im Rahmen ihrer „Weltanschauung“ höchst moralisch gehandelt haben; wie, wenn das Bewußtsein, trotz allem ein moralisch handelnder Mensch zu sein, am Ende gar das psychologische Rüstzeug dafür bereitgestellt hätte, ohne Abscheu und reinen Gewissens zu töten?

Ich möchte im folgenden vor dem Hintergrund einiger recht einfacher Überlegungen und empirischer Beispiele zeigen, daß die Täter nicht nur wußten, was sie taten, sondern daß sie ihr Tun auch nur in Ausnahmefällen

---

1 Eine andere Fassung dieses Vortrags ist unter dem Titel „Massenmord und Moral“ bereits veröffentlicht in Dabag, M. & Platt, K. (Hg.)(1998). Genozid und Moderne. Opladen: Leske & Budrich.

mit moralischen Zweifeln konfrontierte, ja, daß sie gerade deswegen töten konnten, weil sie sich dabei als moralisch integre Persönlichkeiten wahrnehmen konnten. Die folgende briefliche Mitteilung eines Euthanasie-Arztes an seine Frau mag das auf einer zunächst impressionistischen Ebene andeuten: „So, Mutti, jetzt hat Pa aber wieder ein Gutachten zurechtgezimmert, über das er sich selbst freut. Der Mann wird wahrscheinlich zum Tode verurteilt.“ (Friedrich Mennecke, zit. nach Chroust 1987, S. 79)

Die Reaktion auf das Goldhagen-Buch „Hitlers willige Vollstrecker“ in Deutschland hat gezeigt, daß der Autor bei allem Schematismus seiner Thesen mit der Thematisierung moralischer Gesichtspunkte einen Nerv deutscher Geschichtsbetrachtung getroffen hat, und eine genauere Betrachtung macht deutlich, daß der dem zugrundeliegende nervöse Punkt in den Diskussionen wohlweislich ausgespart blieb. Ich beziehe mich dabei auf Goldhagens Überlegung, daß die Deutschen zur Zeit des Nationalsozialismus nicht mit denselben ethischen und moralischen Grundüberzeugungen ausgestattet waren, die wir für uns selbst in Anspruch nehmen: „Vor allem“, schreibt Goldhagen, „darf man nicht länger von der Voraussetzung ausgehen, daß die Deutschen damals [...] unseren Idealvorstellungen von uns selber entsprachen.“ (1996, S. 66f.)

Diese Überlegung hört sich simpel an, stellt aber im Zusammenhang der bisherigen Täterforschung eine Provokation dar, denn Goldhagen macht sich vor einem solchen Hintergrund ja nicht auf die Suche nach den sozialen, sozialpsychologischen und psychologischen Umständen, die die eigentlich guten Deutschen zu erbarmungslosen und grausamen oder gleichgültigen und emotionslosen Tätern und Mitläufern machte, sondern er geht von dem schlichten Sachverhalt aus, daß sie sich, wenn sie mordeten, eben keineswegs als gute Menschen verhielten. Die Anerkennung dieses ebenso einfachen wie schrecklichen Sachverhalts zieht eine andere Fragestellung nach sich als die Annahme, die Bereitschaft zum Mord hätte erst hergestellt, vorhandene moralische Barrieren und ethische Skrupel hätten erst überwunden werden müssen. Denn während diese Annahme von der empirisch durch nichts gedeckten Grundüberzeugung ausgeht, die Zivilisierung hätte bis zum 20. Jahrhundert eine gründliche Abneigung gegen das Töten etabliert, meldet Goldhagens Fragestellung Zweifel an der Gültigkeit dieser Grundüberzeugung an, indem sie darauf besteht, daß der Massenmord von Menschen vorbereitet und vollzogen wurde, die allem Anschein nach keine besonderen Schwierigkeiten damit hatten, ihr Handeln mit ihrem Selbstkonzept in Einklang zu halten.

Darin liegt nach meinem Dafürhalten die Brisanz seines Buches, die durch das Holzschnitthafte seiner Thesen überdeckt wird. Aber die Kleinredei seiner zentralen Überlegungen spricht doch deutlich aus, worüber man im Land der Täter eben nicht so gern reden möchte: darüber, daß ein großer Teil der Deutschen sich zur Zeit des Nationalsozialismus einer Moral verpflichtet fühlte, die die Erniedrigung und Verfolgung anderer Menschen nicht verurteilte, sondern forderte, und die unter anderem beinhaltete, daß es notwendig und gut sei, zu töten.

Goldhagen spricht in diesem Zusammenhang von einem „kognitiven Modell“, also von einem Deutungsmuster, das in Deutschland allgemein verbreitet gewesen sei und dessen zentraler Punkt in der Vorstellung bestanden habe, daß jegliches Unglück in Zusammenhang mit den Juden stehe und jeglicher Schritt zum besseren folgerichtig von deren Beseitigung abhängt. Dies ist so historisch gewiß nicht haltbar, aber Goldhagens Bild von einem „kognitiven Modell“ läßt sich durchaus für die Untersuchung dessen verwenden, welche normativen Orientierungen im Deutschland der ersten Jahrhunderthälfte vorherrschend waren und die Erziehung wie die Menschenbilder prägten. Für die wissenschaftliche Untersuchung, von welchem Bewußtsein die „ganz normalen Mörder“ ausgingen, reicht es natürlich nicht aus, zu sagen, sie seien alle Antisemiten gewesen – denn erstens kann man in einem hoch arbeitsteiligen und industriell strukturierten Vernichtungsprozeß völlig ideologiefrei zum Mörder werden, zweitens führt ein Vorurteil nicht geradewegs zum Mord und drittens war der Antisemitismus in Deutschland keineswegs ausgeprägter als andernorts in Europa.

Hier kann der Kern der zum Mord bereiten kognitiven Modellbildung also nicht liegen. Bestandteile einer solchen müßten eher Vorstellungen über die absolute Ungleichheit von Menschen sein, über Prinzipien der Über- und Unterordnung, Orientierungen an Fragen der Ehre, des Blutes, des Volkes, der Rasse – kurz: die Ideale der wilhelminischen Gesellschaft, ergänzt um einen wissenschaftlichen Rassismus und Träume von der vollständigen Gestaltbarkeit der Welt. Norbert Elias hat in seinen „Studien über die Deutschen“ (1989) versucht, die gesellschaftliche Situation in Deutschland vor 1933 hinsichtlich ihrer ethischen und moralischen Orientierungen zu untersuchen, und zwar um – in seinem Werk ganz singulär – die Frage zu klären, wie „Hitler möglich war“. Und bei der Klärung dieser Frage „drängt sich in der Tat die Einsicht auf, daß diese Ausbreitung von gesellschaftlich sanktionierten Modellen der Gewalttätigkeit und der sozialen Ungleichheit zu den Voraussetzungen seines Kommens gehörte.“ (Elias 1989, S. 27)

Elias geht davon aus, daß sich seit der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts ein Gestaltwandel im deutschen Bürgertum vollzogen hat, in dem Fragen der Ehre, der Satisfaktionsfähigkeit, der Ungleichheit von Menschen, der Nation und des Volkes zunehmend größere Bedeutung zukam als humanitären Idealen und Fragen der Moral, wie sie für weite Teile des Bürgertums seit der Aufklärung Bedeutung hatten. Der sich etablierende „Ehrenkanon“ beruht Elias zufolge „auf einer strikten Hierarchisierung der menschlichen Beziehungen, einer klaren Ordnung des Befehlens und Gehorchens, während der [...] mittelständische Kanon der Moral explizit den Anspruch auf Geltung für alle Menschen zu erheben scheint und so implizit das Postulat der Gleichheit aller Menschen bekundet.“ (1989, S. 130) Elias führt diesen Gestaltwandel unter anderem darauf zurück, daß die Einigung der deutschen Nation eben nicht aus einer bürgerlichen Revolution resultierte, sondern aus dem militärischen Sieg von 1871, der unter der Führung der tradi-

tionellen Elite errungen worden war. Dies führte Elias zufolge zu einer Abkehr von den Idealen des bürgerlich-aufklärerischen Moralkanons und zur Orientierung am Ehrenkanon der Oberschichten, und der stuft, insbesondere in seiner preußischen Fassung „kulturelle Leistungen und alles das, was die Vertreter des deutschen Bürgertums in der zweiten Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts hochgehalten hatten, also auch Humanität und eine generalisierte Moral, niedriger ein [...]. Die musischen Interessen der höfisch-aristokratischen Gesellschaft selbst waren gering, und das gleiche gilt von den modellsetzenden Offizierskreisen des kaiserlichen Deutschland. Daß in diesen Kreisen die Tradition des kriegerischen Ehrenkanons und nicht die des bürgerlichen Kultur- und Moralkanons weitergetragen wurde, versteht sich von selbst. Ebenso selbstverständlich ist auch, daß sie an ein Herkommen der hierarchischen Ungleichheit von Menschen, der bedingungslosen Über- und Unterordnung gebunden waren. [...] Ehrenfragen rangierten hoch, Moralfragen niedrig. Probleme der Humanität, der Identifizierung von Mensch zu Mensch waren aus dem Gesichtskreis verschwunden, und im großen und ganzen wurden diese früheren Ideale als Schwäche sozial niedrigstehender Schichten negativ bewertet.“ (1989, S. 152f.)

Am Beispiel der schlagenden Verbindungen führt Elias zunächst mit Geltung für eine spezifische gesellschaftliche Gruppe vor, daß die Etablierung des militärisch-aristokratischen Ehrenkanons auch als Regelung der gesellschaftlichen Praxis der Beziehungen zwischen den Menschen fungierte und sowohl bestimmte Persönlichkeitsstrukturen wie auch die Ausprägung bestimmter Normen beförderte: „Die Erziehung stellte Menschen auf eine Gesellschaft mit betonten hierarchischen Ungleichheiten ein, wo der jeweils Höhere sich ostentativ als überlegener und besserer Mensch verhielt und alle Niedrigerstehenden ausdrücklich fühlen ließ, daß sie niedriger, schwächer, schlechter seien als er.“ (1989, S. 136)

Eine solche „Verhaltens- und Empfindenstradition“ läßt sich in mehr oder minder ausgeprägten Spuren gewiß auch noch bis gegen Ende des zwanzigsten Jahrhunderts in Deutschland verfolgen – für die vergangene Jahrhundertwende jedenfalls dürfte sie, wenigstens in den Kreisen des Bürgertums und des Adels, der dominierende Faktor in der Herausbildung jener normativen wie politischen Orientierungen gewesen sein, die schließlich in den genozidalen Prozeß einmündeten. Wenn man Ulrich Herberts Studie über den völkischen Studentenfürher und späteren Stellvertreter Heydrichs, Werner Best, liest, beginnt sich das von Elias vielleicht noch allzu abstrakt gezeichnete Bild etwas mehr mit Leben zu füllen. Herbert arbeitet nicht nur sehr sorgfältig die soziohistorische Situation der Zeit nach 1918 mit ihrer Entwicklung völkischer und nationaler Ideale heraus, sondern zeigt am Beispiel des jungen Juristen Best, daß sich in der aufstrebenden akademischen Elite der 20er Jahre vor dem Hintergrund elitärer, rassenbiologischer und völkischer Theorien ein Ethos der „Sachlichkeit“ herausbildete, das in einer zeitgenössischen Selbstbeschreibung so charakterisiert wird: Die hervorste-

chenden Eigenschaften dieser sogenannten „politischen Generation“ seien „Wahrheitsliebe und Schlichtheit“, „Ernst, wortkarge Verschlossenheit und Zurückhaltung, ja manchmal schroffe Kälte“. Das Wichtigste aber sei die „Sachlichkeit“: die Sache über das Persönliche zu stellen, die Ablehnung des „Zuschautragens von Gefühlen“ [...], denn „wo wir ehrliches Mitleid empfinden, scheuen wir uns, es nach altem Stil kitschig zu äußern und wollen lieber in den Verdacht der >Gefühllosigkeit< kommen.“ (Herbert 1996, S. 44)

Bests politische Schriften aus dieser Zeit propagieren denn auch die Bekämpfung des politischen und rassistischen Gegners „aus dem Vollzug der Gesetze der Natur heraus und in der Verfolgung der Interessen des eigenen Volkes, so daß der Kampf nicht mehr in Emotion und Leidenschaft, sondern als ‚sachliche Arbeit‘ geführt werden kann.“ (Herbert 1996, S. 95) Mit dieser Konzeption eines „seriösen Antisemitismus“, der gerade aus der Ablehnung persönlicher Motive und spontaner Gefühle heraus argumentiert und Handlungsoptionen entwickelt, teilt Best die Auffassung weiter Teile der akademischen Jugend, die dann nur ein Jahrzehnt später die Führungselite des „Dritten Reiches“ bilden werden.

Wie Herbert herausarbeitet, wird das argumentative Fundament des „seriösen Antisemitismus“ zum einen durch die rassenbiologische Lehre, zum anderen durch die völkische Theorie gebildet, die das Wohlergehen und die „Gesundheit“ des Volkes als „überzeitlicher Gesamtwesenheit“ (Himmler) gegenüber dem Geschick des Einzelnen privilegiert und daraus das Recht ableitet, im übergeordneten Interesse des Volkes diesem die Interessen des Einzelmenschen genauso unterzuordnen, wie jene der „Sklavenvölker“ denen der „Herrenvölker“ zu unterwerfen sind. In der innenpolitischen Theorie des mittlerweile zum Hauptabteilungsleiter des Geheimen Staatspolizeiamtes avancierten Juristen Best lautet das daraus abgeleitete Programm: „Der politische Totalitätsgrundsatz des Nationalsozialismus, der dem weltanschaulichen Grundsatz der organischen und unteilbaren Volkseinheit entspricht, duldet keine politische Willensbildung in seinem Bereiche, die sich nicht der Gesamtwillensbildung einfügt. Jeder Versuch, eine andere politische Auffassung durchzusetzen oder auch nur aufrechtzuerhalten, wird als Krankheitserscheinung, die die generelle Einheit des unteilbaren Volksorganismus bedroht, ohne Rücksicht auf das subjektive Wollen seiner Träger ausgemerzt.“ (Best 1936, zit. nach Herbert 1996, S. 164)

Die außenpolitische Variante dieser Programmatik bestand in der aus der „völkischen Weltanschauung“ hergeleiteten Auffassung, daß es den „ewigen Gesetzen des Lebens“ entspreche, wenn sich nach rassistischen Kriterien definierte Völker als Feinde gegenüberstünden und auf Leben und Tod kämpften – die besondere Rolle der Juden als Gefahr für das Überleben der anderen Völker leitet sich im Rahmen dieser Theorie aus dem Umstand ab, daß sie deren völkische Identität dadurch bedrohen, daß sie innerhalb dieser Völker leben und sich mit ihren Angehörigen vermischen. Der zentrale Feind der gesunden Entwicklung des deutschen Volkskörpers wohnt als „Parasit“

in diesem selbst und muß ebenso konsequent „ausgemerzt“ werden wie andere Träger „schädlichen Erbgutes“, auf jeden Fall aber konsequenter bekämpft werden als äußere Feinde in Gestalt anderer Völker.

Dieser „seriöse Antisemitismus“ war für Angehörige der Führungselite vom Schlage Bests keineswegs ein Anlaß, etwa persönliche Ressentiments gegenüber einzelnen Angehörigen der jüdischen Bevölkerung zu entwickeln oder gar die Ausschreitungen „gewöhnlicher Antisemiten“ auch in den Reihen der eigenen Partei oder deren Organisationen zu befürworten: die Juden waren in dieser Perspektive einfach „aufgrund ihrer Abstammung Teil eines den Deutschen feindlichen Volkstums, das zu bekämpfen, zu vertreiben, unter Umständen auch zu vernichten im Sinne [...] der Vorstellungen von den völkischen ‚Lebensgesetzen‘ eine unumgängliche, von individuellen Gefühlen aber ganz unabhängige Notwendigkeit darstellte, die mit dem eigenen Verhalten gegenüber einzelnen Juden gar nicht in direkter Verbindung stand.“ (Herbert 1996, S. 314)

Das Vorhandensein solcher Orientierungen in den Kreisen der politischen, administrativen, medizinischen, naturwissenschaftlichen und technischen Eliten sagt natürlich nichts darüber aus, wie der faktische Umgang mit Angehörigen der Opfergruppen aussah, aber im abstrakteren Sinne einer Moral, die sich auf das Wohlergehen überindividueller und übertemporaler Einheiten bezieht, also gerade von subjektiven Motiven und Zielsetzungen abieht, lassen sich Auffassungen wie jene von Werner Best zitierte durchaus als „moralische“ bezeichnen – wenn auch der Inhalt dieser „Moral“ von derjenigen abweicht, die wir gegenwärtig favorisieren.<sup>2</sup> Im Sinne der prominentesten psychologischen Theorie der Moralentwicklung, derjenigen Kohlbergs, wäre noch nicht einmal sicher zu entscheiden, ob Best eine konventionelle oder sogar eine postkonventionelle Moral als höchste Stufe der moralischen Entwicklung zum Ausdruck bringt (Colby & Kohlberg 1984).

Hilfreicher als der Rückgriff auf Theorien der Moralentwicklung scheint die Erinnerung an ein sozialpsychologisches Axiom, das im ersten Drittel dieses Jahrhunderts von William I. Thomas formuliert wurde: „Wenn Menschen Situationen als real definieren, dann sind diese real in ihren Folgen.“ Dieses als „Thomas-Theorem“ bekanntgewordene Diktum besagt bei aller Einfachheit nicht weniger, als daß erstens das Handeln von Menschen davon

---

2 Ich sehe hier davon ab, daß moralisches Handeln in philosophischer Perspektive Freiheit voraussetzt und sich nur kategorial und nicht sozialwissenschaftlich bestimmen läßt. Mir geht es hier um so etwas wie ein praktisches Moralkonzept, dessen Subjekt nach geläufiger Auffassung auf überindividuell und nach Möglichkeit auch übertemporal orientiertes Handeln verpflichtet ist. Daß hierbei unmittelbar die nur epochen- und gesellschaftsspezifisch definierbare Größe ins Spiel kommt, was es denn ist, was dem Gemeinwohl dient, macht ein solches Moralkonzept prinzipiell vulnerabel dafür, mit jeglichem Inhalt angefüllt zu werden. Aber dies gilt auch und gerade dann, wenn wir im Alltagssinne von moralischem bzw. amoralischem Handeln sprechen.

abhängig ist, wie sie Situationen wahrnehmen und definieren, und daß zweitens die auf der Grundlage solcher Definitionen entstehenden Handlungsfolgen nicht Bestandteile von Phantasiewelten, sondern von Wirklichkeit sind. Wenn also „der Jude“ aus der Sicht rassenbiologischer und völkischer Theorien als der Feind der Deutschen schlechthin erscheint, dann mag das – zumal aus heutiger Perspektive – als irrational oder pseudowissenschaftlich charakterisiert werden – zeitgenössisch bildete diese Wahrnehmung allemal das Fundament dafür, bestimmte Handlungen zu propagieren und auch zu vollziehen, und die Folgen dieser Handlungen waren der ganz und gar wirkliche Tod von Millionen von Menschen.

Hannah Arendt hat das sehr anschaulich beschrieben: „Die Nazis handelten wirklich so, als ob die Welt von Juden beherrscht sei und einer Gegenverschwörung bedürfe, um gerettet zu werden. Die Rassedoktrinen waren nicht mehr eine Theorie höchst zweifelhaften wissenschaftlichen Wertes, sondern wurden jeden Tag innerhalb einer funktionierenden Welt realisiert, in deren Rahmen es höchst ‚unrealistisch‘ gewesen wäre, ihren Realitätswert zu bezweifeln.“ (Arendt 1986, S. 573) Die schlichte Evidenz des Thomas-Theorems mag hilfreich dafür sein, sich zu vergegenwärtigen, daß Menschen eben nicht zu allen Zeiten und in allen Gegenden der Welt im Rahmen identischer Perzeptionen und moralischer Urteile handeln, sondern daß es im Gegenteil die Unterschiedlichkeit der Rahmenvorgaben ist, die einmal diese und einmal jene Handlung als die richtige erscheinen läßt. Weiter gibt es auch Auskunft darüber, weshalb es möglich sein kann, daß jemand sich selbst als moralisch vollkommen integres Subjekt wahrnehmen kann, der aus einer anderen Perspektive als geradezu außerweltlich amoralisch erscheint.

Die eingangs zitierte Unterstellung, daß zuvor vorhandene moralische Skrupel erst hätten ausgeschaltet oder überwunden werden müssen, bevor die Bereitschaft zum Töten hergestellt werden konnte, entpuppt sich vor diesem Hintergrund als wishful thinking: es könnte im Gegenteil viel mehr zur Erklärung von Täterhandeln beitragen, wenn man wenigstens probenhalber davon ausginge, daß sich Schreibtischtäter gerade im Ausarbeiten ihrer Mordprogramme als moralisch handelnde Menschen empfanden, und daß unmittelbare Täter das Gefühl ihrer moralischen Integrität – in Kohlbergs Formulierung das Gefühl, „ein guter Kerl“ zu sein – gerade aus dem Bewußtsein bezogen, bei allem, was sie taten, „anständig“ zu bleiben, d.h. im Sinne überpersonaler und übersituativer Normen zu handeln.

„Von euch werden die meisten wissen, was es heißt, wenn 100 Leichen beisammen liegen, wenn 500 daliegen oder wenn 1000 daliegen. Dies durchgehalten zu haben, und dabei – abgesehen von Ausnahmen menschlicher Schwäche – anständig geblieben zu sein, das hat uns hart gemacht.“ (Heinrich Himmler, zit. nach Broszat 1963, S. 16) In dieser oft zitierten Passage aus der Rede Himmlers vor dem obersten Führerkorps der SS im Oktober 1943 geht die unproblematische Verkoppelung von Töten und Moral auch

ohne tiefschürfende Interpretation hervor. Es ist diese Verkoppelung aus der Einsicht in die Notwendigkeit auch unangenehmer Handlungen und dem Gefühl, diese notwendigen Handlungen gegen das eigene mitmenschliche Empfinden auszuführen, die die Basis bietet, sich als „anständig“ wahrzunehmen – als jemand, der – um Rudolf Höß zu zitieren – „ein Herz hatte“, der „nicht schlecht war.“ (Höß 1963, S. 156)

Dabei bliebe freilich noch genauer zu untersuchen, was eine solche Ethik der Anständigkeit umfaßte. Ich möchte diese Frage exemplarisch zunächst anhand des Falles des Kommandanten von Treblinka, Franz Stangl, skizzieren, um dann abschließend einige generalisierende Schlußfolgerungen anzudeuten. Der 1908 geborene Stangl, unintellektuell und im Gegensatz zu Werner Best direkt in Tötungshandlungen involviert, war von 1940 bis 1942 Polizeivorstand der Euthanasieklinik Schloß Hartheim, von März bis September 1942 Kommandant von Sobibor und schließlich, bis zum August 1943, der Kommandant des Vernichtungslagers Treblinka.

1971 hat er der Journalistin Gitta Sereny ausführliche Interviews über seine Vergangenheit gegeben, die das Material der folgenden Ausführungen liefern. Sereny selbst interessiert sich – wie in ihrem mißglückten Buch über Albert Speer (1996) – zentral für die Frage der Schuldanerkennung und -verarbeitung durch die Täter selbst, und auch sie geht implizit davon aus, daß ihre Gesprächspartner insgeheim ein tiefes Schuldgefühl empfinden – was ja wiederum voraussetzt, daß sie gegen eigene moralischer Maßstäbe verstoßen haben. Stangl spricht Sereny zufolge nur ein einziges Mal von Schuld, und zwar im Zusammenhang eines Verhörs, in dem ein Opfer aus äußerste erniedrigt wird (Vgl. Sereny 1995, S. 41). Sereny interpretiert Stangls Schuldbekennnis in diesem vergleichsweise noch harmlosen Fall als Verschiebung dafür, daß er im Zusammenhang der ca. eine Million Menschen, die er auf dem Gewissen hatte, von Schuld nicht sprechen konnte. Auch hier setzt sie wiederum voraus, daß Stangl Schuld darüber empfand, daß in Sobibor und Treblinka unter seinem Kommando so unvorstellbar viele Menschen umgebracht wurden, und sie hat auch eine psychologische Erklärung dafür, warum Schuldbekennnisse in solchem Zusammenhang nahezu unmöglich sind: „Nur ein Ungeheuer hätte an solchen Taten selbst aktiv teilnehmen, seine Schuld eingestehen und dann [...] noch weiterleben können.“ (Sereny 1995, S. 41f.)

Die Autorin sieht bei dieser Einschätzung nicht nur davon ab, daß Stangl auch im Zusammenhang des erwähnten Verhörs seine Schuld lediglich darin gesehen hat, nicht zu realisieren, in was „die Deutschen“ ihn „hineingezogen“ hatten, daß er mithin schon in diesem Zusammenhang ein etwaiges Schuldbewußtsein externalisiert, sondern daß ihre These vom „Ungeheuer“ durch nichts gedeckt ist als durch die Verwechslung ihres eigenen normativen Selbstbildes mit dem einer anderen Person.

Stangl selbst zeigt emotionale Betroffenheit gegenüber seinen Opfern nur dann, wenn sie schon tot sind und irgendetwas mit ihrer Beseitigung

nicht funktioniert: „Sie hatten zuviele Leichen [in eine Grube] hineingelegt, und die Verwesung war so weit fortgeschritten, daß unten alles flüssig wurde. Die Leichen sind übergequollen, aus der Grube hinaus – und den Berg hinuntergerollt. Ich hab da welche gesehen – mein Gott, es war fürchterlich.“ (Stangl, zit. nach Sereny 1995, S. 129). Stangl löst diese Probleme der Konfrontation mit grauerregenden Szenen – ganz ähnlich wie der Auschwitz-Kommandant Rudolf Höß (vgl. Welzer 1993) – durch Distanzierung vom Geschehen: Entweder schaut er weg oder vermeidet die Schauplätze des Tötens generell („In Sobibor konnte man fast vollkommen vermeiden, es zu sehen“ (Stangl, zit. nach Sereny 1995, S. 131)), oder stürzt sich in manische Aktivitäten (1995, S. 235), die ihn qua Arbeitsüberlastung darin hindern, wahrzunehmen, welche Resultate seine Arbeit hervorbringt.

Interessanter als solche Vermeidungsstrategien der unmittelbaren Konfrontation mit den ekelregenden Aspekten seiner Aufgabe ist aber, welche Einschätzungen Stangl in den Interviews gegenüber den moralischen Aspekten seines Tuns abgibt – etwa wenn er auf der Grundlage des auf der Polizeischule Gelernten einzuschätzen versucht, ob er an verbrecherischen Handlungen beteiligt gewesen sei: „In der Polizeischule hatten sie uns beigebracht – ich erinnere mich genau, es war Rittmeister Leitner, der das immer sagte –, daß ein Verbrechen vier Grundvoraussetzungen erfüllen muß: die Veranlassung; den Gegenstand; die Tathandlung und den freien Willen. Wenn eines von diesen vier Prinzipien fehlte, dann handelte es sich nicht um eine strafbare Handlung. [...] Sehen Sie, wenn die ‚Veranlassung‘ die Nazi-Regierung war, der ‚Gegenstand‘ die Juden, und die ‚Tathandlung‘ die Vernichtungen, dann konnte ich mir sagen, daß für mich persönlich das vierte Element, der ‚freie Wille‘ fehlte.“ (1995, S. 189f.)

Sereny hält diese Theorie Stangls für eine Exkulpationsfigur, die der Verschleierung seines eigenen Schuldempfindens dient. Verschiedene andere Interviewausschnitte zeigen aber, daß Stangl in anderen Zusammenhängen, die im Rahmen seines Verantwortungsbereiches mit dem verknüpft waren, was er als „freien Willen“ bezeichnet, großen Wert auf eine genaue Charakterisierung seiner Handlungsweise legt. Dabei spielt die Zurückweisung des Verdachts, er habe persönlich etwas gegen Juden gehabt, genauso eine zentrale Rolle wie die peinliche Vorstellung, er habe als Kommandant irgendwelche Unkorrektheiten durchgehen lassen. So schildert er etwa die Beschwerde eines gerade in Treblinka angekommenen Juden („ein anständig aussehender Kerl“), der sich über einen Aufseher beklagte, der ihm Wasser versprochen hatte, wenn er ihm dafür seine Uhr geben würde. „Aber dann hatte der Litauer die Uhr genommen, ihm aber kein Wasser gegeben. Ja, das war nicht korrekt, oder? Auf jeden Fall, Klauen hat’s bei mir nicht gegeben. Ich habe die Litauer sofort gefragt, wer die Uhr genommen hatte. Aber es hat sich niemand gemeldet. Franz [...] flüsterte mir zu, daß es sich um einen der litauischen Offiziere handeln könnte – die Litauer hatten sogenannte Offiziere – und daß ich doch nicht einen Offizier öffentlich blamieren könnte. Ich

habe ihm gesagt: ‚Das interessiert mich absolut nicht, was ein Mann für eine Uniform trägt. Mich interessiert nur, was in ihm drinnen steckt.‘ Das ist auch sofort nach Warschau weitergegangen. Aber das war mir ganz egal. Was recht ist, muß recht bleiben, stimmt das nicht?“ (1995, S. 197)

Auffällig ist hier das Ethos der überpersonalen Korrektheit, das den Juden als Beschwerdeführer genauso einbezieht wie das mögliche Fehlverhalten verbündeter Offiziere – „was recht ist, muß recht bleiben“ ist Stangls Handlungsmaxime, die völlig unvermittelt zu dem Kontext ist, in dem die ganze Situation sich abspielt, und die völlig abgekoppelt von dem Umstand ist, daß der Beschwerdeführer wahrscheinlich noch vor dem Ende von Stangls Recherche in der Gaskammer ermordet worden war. Auf Serenys Frage jedenfalls, was mit dem Mann geschehen sei, antwortet Stangl lapidar: „Ich weiß nicht.“ Der Kontext der Massenvernichtung bleibt Stangl im Rahmen seiner Geschichte völlig äußerlich, wichtig ist ihm – wie Rudolf Höß im Rahmen analoger Geschichten – die Herausstellung seiner korrekten Handlungsweise, die von persönlichen Bevorzugungen oder Benachteiligungen strikt absieht. Daraus schöpft sich die moralische Integrität, die Stangl sich selbst zuschreibt, und da sie sich auf der Ebene des konkreten Handelns wenigstens aus seiner Sicht unzweifelhaft darstellen und belegen läßt, vermag die sonstige Erfüllung seiner Aufgaben, soweit sie seinem „freien Willen“ nicht unterlag, keinerlei Beunruhigung bei ihm hervorzurufen.

Dazu allerdings ist eine andere Geschichte geeignet, die Stangl in die Gefahr bringt, als aus persönlichen Motiven heraus handelnd, ja, als sadistischer Charakter dargestellt zu werden – und diese Geschichte ist es entsprechend auch, die ihn in seinen Gesprächen mit Sereny in größter Unbehaglichkeit und Aufregung zeigt. Es geht dabei um den Zeugen Stan Szmajzner, der als 14-jähriger Junge nach Sobibor kam und im Lager der Vernichtung entgehen konnte, weil er Qualitäten als Goldschmied bewies und offenbar eine Art von Sympathie bei Stangl wecken konnte. Stangl ließ sich mehrere Schmuckgegenstände von ihm fertigen und kam gelegentlich, wie Szmajzner berichtete, auch nur zum Plaudern zu ihm. Eine wichtige Rolle bei seinen gerichtlichen Aussagen spielte, daß Stangl ihm jeden Freitagabend Würstchen brachte mit den Worten: „Hier sind Würste für Dich, um den Sabbat zu feiern.“ Auf die damit angedeutete Infamie, den jüdischen Jungen dazu zu verführen, Schweinefleisch ausgerechnet am Sabbat zu essen, kam Stangl in seinen Gesprächen mit Sereny mehrere Male zurück, und in der Tat war es genau diese Geschichte, die ihn von allen Zeugenaussagen im Prozeß gegen ihn am meisten beunruhigte und aufbrachte: „Diese Sache mit den Würstchen wurde absichtlich mißgedeutet [...]. Es ist wahr, daß ich ihm Sachen zum Essen brachte, und wahrscheinlich waren auch Würstchen dabei. Aber nicht um ihn mit Schweinefleisch zu locken oder ihn zu verhöhnen: Ich brachte ihm ja auch andere Sachen. Ich glaube, es war, weil wir selbst unsere Lebensmittelzuteilungen am Freitag bekamen und weil das Lager ja meistens voll mit Essen war und uns Nahrungsmittel übrigblieben. Ich *mochte* diesen Jungen.“ (1995, S. 149)

Für unseren Zusammenhang ist es ganz gleichgültig, ob Stangl seine Gaben tatsächlich aus einer besonderen Gemeinheit heraus oder gutwillig und bloß gedankenlos darbrachte – bemerkenswert ist, daß ihm nicht seine verantwortliche Beteiligung an den Massenmorden zu schaffen machte oder die Tatsache, daß er zwei Vernichtungslager kommandiert hatte, sondern daß seine moralische Integrität im persönlichen Umgang mit einer konkreten Person öffentlich in Zweifel gezogen wurde. Sereny selbst sieht das ganz richtig – „das, was er konkret getan hatte, und nicht das, was er war“, machte ihm am meisten zu schaffen (1995, S. 150) – allerdings sieht sie darin einen weiteren Beleg für Stangls „moralische Korruptiertheit“ und die Weigerung, „sich mit der totalen Veränderung seiner Person auseinanderzusetzen.“ (1995, S. 150)

Auch hier zeigen die verwendeten Begrifflichkeiten die zugrundeliegende Theorie an: Der eigentlich integre Stangl hat sich im genozidalen Prozeß korrumpieren lassen und sein moralisches Vermögen verloren. Die umgekehrte Deutung wäre viel naheliegender: Stangl hat keine oder kaum Probleme mit der „Arbeit“ gehabt, die er seiner Auffassung nach zu verrichten hatte, und dies insbesondere dann nicht, wenn er sich in bezug auf seine Person als „guten Kerl“ wahrnehmen konnte, gerecht, sachlich, ohne Parteinahme und gelegentlich über seine Vorschriften hinaus hilfreich und freundlich. Die Aufrechterhaltung dieses Selbstbildes des Vernichtungslagerkommandanten wird es gewesen sein, die sichergestellt hat, daß Stangl ob seiner eigentlichen Funktion, die darin bestand, Massen von Menschen dem Tod zuzuführen, eben keinerlei moralische Bedenken befielen: Hier ist eine Aufgabe, die in ein Universum so oder so begründbarer Zwecke einzuordnen ist, dort ist das fallweise rollendistanzierte Individuum, das seine Aufgaben jederzeit pflichtgemäß zu erfüllen bereit ist, aber daneben auch „Mensch bleiben“ will.

Der Zweifel an dieser letzteren Eigenschaft ist es denn auch im Gegensatz zu den eigentlich maßstabslosen Verbrechen, was ihn bedrückt – und gerade hier geht es ihm insbesondere in den Gesprächen mit Sereny um ein Zurechtrücken seiner Handlungen. Daß er im übrigen in den Lagern nicht erst moralisch korrumpiert wurde, sondern – wenn man denn kategorial so operieren möchte – es schon von Beginn an war, erschließt sich unter anderem daraus, daß Stangl die Stirn hatte, dem Ausladen der eingetroffenen Transporte von Deportierten im weißen Reitanzug beizuwohnen. Seine Begründung dafür bestand darin, daß er erstens wegen der schlechten Wege das Reiten als Fortbewegungsart bevorzugte, daß es zweitens heiß gewesen sei, und daß es drittens Zufall gewesen sei, daß der Schneider im Nachbarort lediglich einen weißen Leinenstoff verfügbar hatte, als Stangl wegen des Verschleißes seiner Uniform beschloß, sich einen Anzug machen zu lassen. Dieser besondere Verschleiß wiederum resultierte Stangl zufolge aus der mehrmaligen Desinfektion seiner Kleider wegen Sandfliegenbefalls. Als Stangl diese Geschichte erzählt, hakt Sereny ein und fragt: „Diese Sandfliegen müs-

sen für die Gefangenen ein schreckliches Problem gewesen sein.“ Worauf Stangl lapidar antwortet: „Nicht jeder reagierte so empfindlich auf sie wie ich [...]. Sie mochten mich halt.“ (1995, S. 137)

Auch wenn man hier gewiß von einem völligen Fehlen von Empathie und einer nachgerade schizoiden Gedankenlosigkeit sprechen kann – einen Prozeß von moralischer Korruption deutet diese Episode gerade nicht an, sondern ein vorgängiges und ganz fragloses Gefühl von Superiorität und Allmacht, die Stangl ganz im Gegensatz zu den Zweifeln an seiner moralischen Integrität auch 25 Jahre nach den Ereignissen noch in keinerlei Beunruhigung stürzt. Mit Bestürzung allerdings realisiert er, daß es gerade dieser Anzug war, der ihn retrospektiv im Chaos der ankommenden Transporte für überlebende Zeugen identifizierbar machte als jemand, der in die Menge geschossen hatte – was ihn wiederum aufs Tiefste empört und zu Beteuerungen veranlaßt, niemals in Menschenmengen geschossen zu haben (1995, S. 143). Und komplementär zu dieser Empörung gegenüber der Erschütterung seiner Integrität durch solche Aussagen sind Geschichten, die Stangl erzählt, um gerade diese unter Beweis zu stellen – wie jene vom Häftling Blau, den er – offenbar aus Sympathie – zum Koch gemacht hatte: „Er wußte“, berichtet Stangl, „daß ich ihm helfen würde, wann immer ich konnte. Eines Tages klopfte er in der Frühe an meine Bürotür, stand habt acht und bat um Erlaubnis, mit mir zu sprechen. Er sah sehr besorgt aus. Ich sagte: ‚Natürlich, Blau, kommen Sie herein. Was haben Sie denn auf dem Herzen?‘ Er antwortete, es wäre wegen seinem 80jährigen Vater. Er sei mit dem Morgentransport angekommen. Könnte ich nicht etwas tun? Ich sagte: ‚Nein, wirklich, Blau, das ist unmöglich, das verstehen Sie doch; ein Achtzigjähriger...‘ Er erwiderte schnell, daß er das natürlich verstünde. Aber könnte er mich um Erlaubnis bitten, seinen Vater ins ‚Lazarett‘ (anstatt in die Gaskammer) bringen zu dürfen? Und könnte er seinem Vater vorher in der Küche etwas zu essen geben? Ich antwortete ihm: ‚Gehen Sie und tun Sie, was Sie für das Beste halten, Blau. Offiziell weiß ich von nichts. Aber inoffiziell können Sie dem Kapo von mir sagen, es geht in Ordnung.‘ Als ich am Nachmittag zurück ins Büro kam, wartete Blau schon auf mich. Er hatte Tränen in den Augen, stand habt acht und sagte: ‚Herr Hauptsturmführer, ich möchte Ihnen danken. Ich habe meinem Vater zu essen gegeben und ihn ins >Lazarett< gebracht – es ist alles vorüber. Ich danke Ihnen sehr.‘ Ich antwortete: ‚Ja, Blau, da ist gar nichts zu danken, aber wenn Sie mir danken wollen, dann können Sie es natürlich tun.‘“ (1995, S. 244)

Gerade der Eindruck von einem ungläublichen Zynismus, mit dem man eine solche Geschichte von heute aus zur Kenntnis nimmt, geht an der ja nachgerade treuherzigen Intention Stangls, diese Episode zu erzählen, glatt vorbei: Sie ist eben nicht der Beleg für einen moralischen Verfall, sondern dafür, daß sich jemand im Rahmen der zeitgenössischen normativen Orientierungen schon als guten Menschen wahrnehmen konnte, wenn er einem Anderen durch eine Unterlassungshandlung den Weg in den Tod ein wenig

erleichterte. Die Tatsache, daß Stangl in der Lage ist, derlei Geschichten als Beispiele für seine „menschliche“ Haltung zu erzählen, zeigt das Auseinanderfallen der normativen Orientierungen von Erzähler und ZuhörerIn, damit aber, daß Täter wie Stangl erstens in einem anderen normativen Rahmen gehandelt haben, als wir ihn nachträglich als Maßstab an ihre Wahrnehmungen, Deutungen und Handlungen anlegen, und daß sie zweitens ein – wie auch immer makaberes – Handeln als „gute Menschen“ offensichtlich benötigten, um ihr Selbstbild als integrale Persönlichkeit aufrechtzuerhalten. In dieser Sicht wird die Moral zu einem psychologischen Accessoire, das eben gerade nicht geeignet ist, die Bereitschaft zum Mord zu hemmen, sondern sie im Gegenteil erst sicherzustellen.

Es scheint einen ziemlich grundlegenden Widerstand von Menschen dagegen zu geben, als „schlecht“ zu gelten, und noch der skrupelloseste Verbrecher scheint aller Erfahrung nach größten Wert darauf zu legen, in irgendeiner Facette seiner Persönlichkeit als „menschlich“ wahrgenommen zu werden. Diese Alltagsbeobachtung vermag in einer sozialpsychologischen Perspektive kaum zu irritieren, die davon ausgeht, daß es jenseits von sozialer Eingebundenheit menschliches Leben schlichtweg nicht gibt – und insofern, da kann man Sereny allerdings zustimmen, wäre es für Täter vom Schlage Stangls in der Tat zuviel gewesen, sich als das Ungeheuer zu erkennen, das er in unserer Perspektive war.

Aber war er tatsächlich ein Ungeheuer? Diese Frage ist politisch wie moralisch vielleicht ganz umstandlos zu entscheiden, nicht aber wissenschaftlich. Sozialpsychologisch betrachtet, und das sträubt man sich angesichts des Ungeheuerlichen seiner Taten zu schreiben, hat er nichts anderes getan, als sich einerseits im Rahmen zeitgenössischer normativer Paradigmen, wissenschaftlicher Lehrmeinungen, militärischer Pflichtauffassungen und kanonisierter Ehredefinitionen zu verhalten und andererseits sich ebenso zeitgenössischer Definitionen von „Anständigkeit“ zu versichern – und diese Ethik von „Anständigkeit“ war es denn auch, die ihn, wie angedeutet, noch Jahrzehnte nach seinen Taten lediglich daran zweifeln ließ, ob er nicht im konkreten zwischenmenschlichen Verhalten gefehlt habe.

Dieser Zweifel an der durchgehaltenen Anständigkeit findet sich immer, wenn man sich mit autobiographischen Materialien über signifikante Täter beschäftigt, wo diese sich mit der persönlichen Dimension ihres Tuns beschäftigen, dort also, wo sich etwa Stangl mit dem Vorwurf persönlicher Gemeinheit konfrontiert sieht, wo etwa Höß über von ihm selbst begangene Handlungen räsonniert, „die jedem noch menschlich Empfindenden das Herz im Leibe umdrehen ließen.“ (Höß 1963, S. 120), oder wo einer der von Christopher Browning untersuchten Polizeibataillonsangehörigen die folgende Überlegung zu Protokoll gibt: „Ich habe mich, und das war mir möglich, bemüht, nur Kinder zu erschießen. Es ging so vor sich, daß die Mütter die Kinder bei sich an der Hand führten. Mein Nachbar erschöß dann die Mutter und

ich das dazugehörige Kind, weil ich mir aus bestimmten Gründen sagte, daß das Kind ohne seine Mutter doch nicht mehr leben konnte. Es sollte gewissermaßen eine Gewissensberuhigung für mich selbst sein, die nicht ohne ihre Mutter mehr lebensfähigen Kinder zu erlösen.“ (Browning 1996, S. 107)

Die Psychologie hat für solche Ungeheuerlichkeiten ein ganzes Arsenal von Kategorien zur Verfügung – Rationalisierung, Dissonanzreduktion, Abwehr, Abspaltung, was immer –, aber allzu selten wird auf die eher triviale psychologische Notwendigkeit hingewiesen, daß Handlungen für den, der sie vollzieht, in irgendeiner Weise mit Sinn belegbar sein müssen<sup>3</sup> und in irgendeiner Weise überführbar sein müssen in ein Selbstkonzept, das das Gefühl der eigenen moralischen Integrität nicht massiv infrage stellt. Angesichts dessen kann man schon über die wenigen Fälle beglückt sein, in denen Täter verzweifelt sind und mit Nervenzusammenbrüchen, Alkohol, Drogen oder Desertionen auf die subjektive Unmöglichkeit reagiert haben, zu tun, was ihrer Wahrnehmung nach von ihnen verlangt wurde. Daß die weit überwiegender Zahl von Tätern ganz offenbar an ihren Aufgaben nicht zerbrach, sagt vielleicht etwas darüber aus, welche Rolle die Selbstvergewisserung über ihr moralisches Vermögen in jenen Handlungszusammenhängen spielte, die in der Vorbereitung oder Durchführung massenhaften Mordens bestanden.

Das Verhältnis von Massenmord und Moral müßte in dieser Perspektive genau andersherum diskutiert werden als gewöhnlich: Nicht die Frage, wie moralische Hemmnisse überwunden werden konnten, führt zu einer Erklärung des Täterhandelns, sondern der Befund, daß die Selbstvergewisserung über ein trotz allem noch intaktes moralisches Vermögen die Taten für die Täter ermöglichte. Ich habe diesen erschreckenden Befund an anderer Stelle im Rahmen des Konzepts der Rollendistanz beschrieben (Welzer 1993), einer zentralen Bedingung professionellen Handelns, die – Erving Goffman zufolge – den Abstand zwischen dem Individuum und seiner Rolle, „zwischen Tun und Sein“ bezeichnet. „Tatsächlich“, so Goffman, „verleugnet das Individuum nicht die Rolle, sondern das mögliche Selbst, das die Rolle für alle Rolleninhaber impliziert, die sich nicht dagegen wehren.“ (Goffman 1973, S. 265)

Vor dem Hintergrund eines solchen Konzepts, das einen Mechanismus der Bewältigung professioneller Anforderungen beschreibt, schrumpft das Handeln der Täter auf ein Normalmaß ein, das allerdings mehr Schrecken bereithält, als jede Vorstellung, sie wären sadistisch, schizoid, verroht, korrumpiert oder was auch immer gewesen. Das moralische Vermögen, so müßte man nun ergänzen, übernimmt im Rahmen dieses Konzepts bloß die Funktion, die Distanz von der jeweiligen Rolle im Prozeß des Massenmordes sicherzustellen. Das Verhältnis von Massenmord und Moral ist in dieser Sicht nicht kontradiktorisch, sondern eines der wechselseitigen Bedingung – mit amoralischen Tätern hätte sich der Massenmord nicht durchführen lassen.

---

3 Genau darauf hat bereits Raul Hilberg im ersten Satz seiner Untersuchungen über die Täter hingewiesen (Hilberg 1991, S. 1061).

## Literatur

- Arendt, H. (1986). *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, München: Piper
- Bauman, Z. (1992). *Dialektik der Ordnung. Die Moderne und der Holocaust*. Hamburg: eva
- Broszat, M. (Hrsg.) (1963). *Kommandant in Auschwitz. Autobiographische Aufzeichnungen des Rudolf Hess*, München: dtv
- Browning, C.R. (1996). *Ganz normale Männer: Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die „Endlösung“ in Polen*. Reinbek: Rowohlt
- Chroust, P. (1987). Friedrich Mennecke. Innenansichten eines medizinischen Täters im Nationalsozialismus. In G. Aly u.a., Biedermann und Schreibtischtäter. Materialien zur deutschen Täter-Biographie (S. 67-122). Berlin: Rotbuch
- Elias, N. (1989). *Studien über die Deutschen*. Frankfurt/M.: Suhrkamp
- Goffmann, E. (1973). Rollendistanz, in: H. Steinert (Hrsg.). *Symbolische Interaktion*, S. 260-279, Stuttgart: Klett
- Goldhagen, D.J. (1996). *Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust*. Berlin: Siedler
- Herbert, U. (1996). *Best: biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft; 1903 – 1989*. Bonn: Dietz
- Hilberg, R. (1991). *Die Vernichtung der europäischen Juden* (Bd. 3). Frankfurt/M.: Fischer
- Höß, R. (1963). *Meine Psyche. Werden, Leben und Erleben*. In M. Broszat (Hrsg.), *Kommandant in Auschwitz. Autobiographische Aufzeichnungen des Rudolf Höß* (S. 23-156). München: dtv
- Colby, A. & Kohlberg, L. (1984). *Das moralische Urteil: Der kognitionszentrierte entwicklungspsychologische Ansatz*. In G. Steiner (Hrsg.), *Entwicklungspsychologie Bd. 1 (Kindlers Psychologie des 20. Jahrhunderts)* (S. 348-366). Weinheim u. Basel: Beltz
- Sereny, G. (1995). *Am Abgrund. Gespräche mit dem Henker. Franz Stangl und die Morde von Treblinka*. München: Piper
- Sereny, G. (1996). *Albert Speer. Das Ringen mit der Wahrheit und das deutsche Trauma*. München: Piper
- Welzer, H. (1993). *Härte und Rollendistanz. Zur Sozialpsychologie des Verwaltungsmassenmordes. Leviathan*, 21, 3,
- Welzer, H. (1997). *Verweilen beim Grauen. Essays zum wissenschaftlichen Umgang mit dem Holocaust*. Tübingen: edition diskord

# Die Autorinnen und Autoren

Prof. Dr. *Wolfgang Bergem*, Bergische Universität Wuppertal, Fachbereich Gesellschaftswissenschaften

*Susanne Bleier*, Universität Halle-Wittenberg, Graduiertenkolleg Identitätsforschung

Prof. Dr. *Michael Brumlik*, Universität Heidelberg, Institut für Erziehungswissenschaft

*Michael Hennes*, Universität Essen, Institut für Politikwissenschaft

Prof. Dr. *Rainer M. Lepsius*, Universität Heidelberg, Institut für Soziologie

Dr. *Peter Lohauß*, Statistisches Landesamt Berlin

Dr. *Gabriele Mordt*, Universität Halle, Institut für Soziologie

Prof. Dr. *Wolf-Dieter Narr*, Freie Universität Berlin, Fachbereich Politische Wissenschaft

Dr. *Walter Resse-Schäfer*, Universität Hamburg, Institut für Politische Wissenschaft

Dr. *Peter Schmitt-Egner*, Universität Siegen, Institut für Europäische Regionalforschung

Prof. Dr. *Harald Welzer*, Universität Hannover, Institut für Psychologie

Dr. *Christoph Weller*, Universität Bremen, Institut für Interkulturelle Studien